

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Band 98

Kuno Bludau

Gestapo- geheim!

Widerstand und Verfolgung
in Duisburg 1933–1945

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Bonn-Bad Godesberg

Bludau, Gestapo — geheim!

Schriftenreihe des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Band 98

Kuno Bludau

Gestapo — geheim!

Widerstand und Verfolgung in
Duisburg 1933-1945

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Bonn-Bad Godesberg

A24963

max
bert-Stiftung

Diese Veröffentlichung erscheint gleichzeitig als Band 16
der Schriftenreihe Duisburger Forschungen, heraus-
gegeben vom Stadtarchiv Duisburg in Verbindung mit der
Mercator-Gesellschaft Duisburg.

ISBN 3-87831-149-4

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149

© 1973 bei Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit
Genehmigung des Verlags

Herstellung: Graphische Gesellschaft Grunewald GmbH, Berlin
Printed in Germany

9 1637 FES 21. 3. 74

Geleitwort

Im Jahre des Erscheinens dieses Werkes ist es 40 Jahre her, daß mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Todesstunde der Weimarer Republik geschlagen und das dunkelste und unheilvollste von unmenschlichen Grausamkeiten begleitete Kapitel deutscher Geschichte begonnen hatte.

Über den Reichstagsbrand, die Konzentrationslager, das Ermächtigungsgesetz, den Tag von Potsdam, die Auflösung der Gewerkschaften, die Gleichschaltung aller Lebensbereiche, führte der Weg zur totalen Machtübernahme durch den Nationalsozialismus. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Ernennung Himmlers zum Chef der Geheimen Staatspolizei, das Heimtückegesetz, das Blutschutzgesetz, die Reichskristallnacht, die Ermordung der Juden, die Zerstörung der Souveränität der Tschechoslowakei waren Stationen, die das terroristische, diktatorische Regime markieren. Schließlich löste der Überfall auf Polen den Weltkrieg aus, und über Stalingrad und durch ein Meer von Blut und Verwüstung endete das für 1000 Jahre proklamierte Dritte Reich nach 12 Jahren mit der bedingungslosen Kapitulation.

In dieser Zeit hat es nur einmal für einen Atemzug ein hoffnungsvoll weithin leuchtendes Fanal gegeben, das war das Ereignis vom 20. Juli 1944, als der mißglückte und mit ungeheuren Opfern bezahlte Versuch, die Diktatur durch ein Attentat auf Hitler zu beseitigen, der Welt Zeugnis von einer beachtlichen Widerstandsbewegung im deutschen Volke gab.

Durch ein umfangreiches Schrifttum sind wir heute über Widerstandskreise gut unterrichtet. Wir wissen, wie viele Menschen unter hoffnungs- und aussichtslosen Bedingungen sich aufgelehnt und ihr Leben eingesetzt haben. Wir wissen aber auch, daß das Gewaltsystem brutal, gnadenlos, erbarmungslos zuschlug, daß es skrupellos war in den Methoden, Menschen zu quälen, zu erniedrigen, zu demütigen, zu verhöhnen. Es gab nur blinden Haß, keine Achtung vor dem Leben, vor der Würde eines Menschen, der auch nur einer anderen Meinung war.

Es schnürt einem die Kehle zu, wenn man den SS-Staat von Eugen Kogon wieder zur Hand nimmt. Man möchte aufschreien beim Anblick der Lebensbilder, die Annedore Leber in ihrem Buch „Das Gewissen steht auf“ oder Walter Hammer in seinem Werk „Hohes Haus in Henkers Hand“ festgehalten hat. Es geht immer noch unter die Haut, wenn man die Zeugnisse des Widerstandes in Tagebuchblättern, Abschiedsbriefen und Aufzeichnungen der Sammlung „Du hast mich heimgesucht bei Nacht“ von Helmut Gollwitzer, Käthe Kuhn und Reinhold Schneider liest oder das „Tagebuch der Anne Frank“ oder Albrecht Haushofers „Moabiter Sonette“ oder Inge Schol's „Weiße Rose“ oder Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gefängnis von Dietrich Bonhoeffer oder von Pater Alfred Delp. Immer noch sehen wir mit tiefem Groll Carl von Ossietzky in der Gewalt eines Machtmenschen oder die Männer des 20. Juli vor dem teuflischen Richter

des Volksgerichtshofes oder den kleinen Jungen mit erhobenen Händen, der aus dem Warschauer Getto in das Vernichtungslager abtransportiert wird. Wieder denkt man an die Enthüllungen im Auschwitz-Prozeß und im Eichmann-Prozeß.

In Duisburg selbst sind nur wenig dokumentarische Unterlagen aus den 12 dunklen Jahren vorhanden. Es war daher der Wunsch der Stadt Duisburg, diese Zeit durch einen Forschungsauftrag untersuchen zu lassen. Die Frucht umfangreicher und mühevoller Arbeit legt der Autor mit diesem Werk vor. Er ist sich bewußt, daß es lückenhaft ist. Es konnten nur Bereiche erschlossen werden, wo sich Material anbot. Es mußte ja in jener Zeit alles vernichtet werden. Ein Tagebuch, ein Kalenderblatt, ein Brief, eine harmlose Notiz konnten ebenso zum Verhängnis werden, wie ein unvorsichtiges Wort Menschen in das Konzentrationslager oder gar an den Galgen bringen konnte. Jeder war in ständiger unmittelbarer Lebensgefahr. Informationen gingen von Mund zu Mund. Zeugen gibt es heute nur noch wenig. Dennoch haben sich dem Autor mehr Quellen erschlossen, als zunächst zu erwarten war.

So steigen mit diesem Buch Schatten der Vergangenheit herauf, die Schatten jener 12 finsternen Jahre deutscher Geschichte. Das Buch blendet zurück auf eine Zeit, in der die Menschen mit der Demokratie nicht fertig wurden und das kostbare Gut der Freiheit leichtfertig für die Willkür eines totalen Staates preisgaben.

Das Buch soll ein Dank sein für den Opfergang unzähliger Menschen und eine ständig präsente Mahnung für Gegenwart und Zukunft.

August Seeling, Altoberbürgermeister

Inhalt

| | |
|--|-------|
| Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen | XI |
| Einleitung | XIII |
| TEIL A | |
| <i>Widerstand der Sozialdemokraten und sozialistischer Splittergruppen</i> | |
| | Seite |
| 1. Der sozialdemokratische Widerstand | 3 |
| 1.1. Vom Reichstag in die Illegalität | 3 |
| 1.11 Die letzten Tage der illegalen SPD | 3 |
| 1.12 Entstehung des Exil-Parteivorstandes „SOPADE“ | 5 |
| 1.13 Der sozialdemokratische Parteivorstand im Prager Exil auf der Suche nach Möglichkeiten zur Formierung des Widerstandes gegen das NS-Regime | 7 |
| 1.2 SA und SS zerschlagen die sozialdemokratische Opposition in Duisburg | 9 |
| 1.21 In letzter Stunde vor dem Zusammenbruch der Republik. Reichsbanneraktionen in Moers und Hamborn | 9 |
| 1.22 Ausschaltung der SPD im Duisburger Stadtparlament | 11 |
| 1.23 Eskalation des Terrors. Der 2. Mai 1933 | 14 |
| 1.24 Sieben Wochen Ungewißheit bis zur nächsten Aktion der politischen Polizei | 16 |
| 1.3 Versuche zur Formierung einer illegalen SPD-Gebietsorganisation | 18 |
| 1.31 Ein Reichsbannermann schafft konspirative Verbindungen. Die sozialdemokratische Untergrundarbeit läuft an | 18 |
| 1.32 Ideologische Barrieren zwischen Widerstandskreisen. SOPADE versucht den Alleingang | 23 |
| 1.33 Brotfabrik „Germania“ Duisburg-Hamborn. Zentrale der illegalen SPD am Niederrhein | 26 |

| | | |
|------|---|----|
| 1.4 | Die Ohnmacht der illegalen Opposition kündigt sich an | 30 |
| 1.41 | Stimmungsumschlag vom Optimismus zur Resignation | 30 |
| 1.42 | Zusammenbruch des „Germania“-Kreises | 35 |
| 1.5 | Nach dem Zusammenbruch des geheimen Verbindungsnetzes am Niederrhein | 42 |
| 1.51 | Mitglieder der illegalen Transportarbeitergewerkschaften versuchen die Aufklärungskampagne fortzusetzen | 42 |
| 1.52 | Fünf Duisburger Sozialdemokraten unter den letzten Opfern des Regimes .. | 44 |
| 2. | Widerstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (SAPD) | 47 |
| 2.1 | Stichwortvermerk zur Geschichte der SAPD | 47 |
| 2.11 | Abspaltung von der SPD | 47 |
| 2.12 | Besondere Beziehung der Splitterpartei zu Duisburg durch Carl Minster .. | 49 |
| 2.2 | Die SAPD in der Duisburger Untergrundbewegung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung | 50 |
| 2.21 | Der erste Organisationsversuch schlägt fehl | 50 |
| 2.22 | Die jüngere Generation ergreift die Initiative | 51 |
| 2.23 | Entfaltung und Propaganda der illegalen Organisation | 53 |
| 2.3 | Im Verbindungsnetz saßen Gestapospitzel | 57 |
| 3. | Die anarchosyndikalistische Widerstandsbewegung | 60 |
| 3.1 | Stichwortvermerk zur Geschichte der anarchosyndikalistischen Bewegung ... | 60 |
| 3.11 | Die „Freie Arbeiter Union Deutschlands — Syndikalisten“ (FAUD—S) und ihre Beziehung zu Duisburg | 60 |
| 3.12 | FAUD—S 1932/1933. Exodus nach Holland | 63 |
| 3.2 | Anarchosyndikalisten im Untergrund | 65 |
| 3.21 | Duisburg, FAUD-Emigrantenleitstelle und Agitationszentrum für Westdeutschland | 65 |
| 3.22 | Propagandamaterial und Verbreitungsgebiet | 68 |
| 3.23 | Resignation, Neubeginn und Zusammenbruch | 72 |
| 3.3 | Exkurs. Der „Rote Consul von Barcelona“ — ein Anarchosyndikalist aus Duisburg | 74 |

TEIL B

Der kommunistische Widerstand

| | | |
|----|---|----|
| 1. | Entstehung und Entfaltung der illegalen KPD | 81 |
|----|---|----|

VIII

| | | |
|------|--|-----|
| 1.1 | Versuche zur Konzentration von KPD, RGO und RFB-Ersatzorganisationen 1933—1935 | 81 |
| 1.11 | Anfänge der Untergrundtätigkeit im Untersuchungsgebiet | 83 |
| 1.12 | Winter 1933 bis Frühjahr 1934 im Zeichen des strategischen Konzepts der „Einheitsfront von unten“. Aktivierung der RGO | 89 |
| 1.13 | Scheitern eines breiten Organisationsversuches | 95 |
| 1.14 | Zweiter Ansatz. Zentrum Hamborn | 97 |
| 1.15 | Aktivierung des RFB-Potentials in Duisburg „links der Ruhr“. — „Revolutionsstürme“ | 99 |
| 1.2 | Technik der Nachrichtenleitung. Duisburg Übermittlungszentrale für KPD- und Komintern-Anweisungen 1933—1935 | 103 |
| 1.21 | Der „Technische Apparat“. Allgemeines | 103 |
| 1.22 | Illegaler Zeitungsimport aus Rotterdam. Esperanto-Bund als Tarnorganisation | 108 |
| 1.23 | Eine Duisburger Bäckerei. Geheimdruckerei und Vertriebszentrale für kommunistisches Propagandamaterial | 111 |
| 1.24 | Zusammenbruch der Agitationsleitstelle Duisburg | 114 |
| 1.3 | Kommunistische Aktionen im Kulminationspunkt der nationalsozialistischen Machtentfaltung 1935. Zwischen revolutionärer Vorwärts-Strategie und realitätsbezogener Anpassungspolitik | 117 |
| 1.31 | Nochmaliger Anlauf zur Bildung einer illegalen Gewerkschaftsorganisation | 117 |
| 1.32 | Organisatorische Umstellungen bei den Führungsstäben und in der Basis. Spuren des AM-Apparates | 121 |
| 2. | Der kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD) im Untergrund | 124 |
| 2.1 | KJVD: Vortrupp und Experimentierabteilung der kommunistischen Einheitsfrontpolitik im westlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein | 124 |
| 2.11 | Basis und Entstehung des illegalen KJVD im Duisburger Raum. Erste Rückschläge | 126 |
| 2.12 | Neue Organisationsansätze im westlichen Ruhrgebiet. Frühjahr 1934 | 134 |
| 2.13 | Ein Instrukteur namens „Theo“. Vergebliche Bemühungen um Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Jugendverband (SJV) | 135 |
| 2.2 | Die Kampfbereitschaft erlahmt | 139 |
| 2.21 | Häufiges Revirement illegaler Instrukteure. Unsicherheit in den Basisgruppen | 139 |
| 2.22 | Letzter Organisationsversuch im Sommer 1935 | 142 |
| 2.3 | Zusammenbruch der illegalen KJVD-Organisation in Duisburg nach der „Brüsseler“ Konferenz | 143 |

| | Seite |
|--|-------|
| 3. Kommunistische Untergrundarbeit von der „Brüsseler Konferenz“ bis zum Zusammenbruch des NS-Staates | 148 |
| 3.1 1936—1939 Volksfrontkurs, Dezentralisation, Aufbau von Spionage- und Zersetzungsabteilungen | 148 |
| 3.11 Zur Lage in Duisburg | 150 |
| 3.12 Aktivierung der Spionage | 151 |
| 3.13 1939. Undurchsichtige Vorgänge im Hintergrund. KPD-Pläne für ein „Viertes Reich“? Hitler-Stalin-Pakt | 156 |
| 3.2 Neue kommunistische Organisationsversuche während des Krieges. Verbindungen der „Roten Kapelle“ bis Duisburg? | 158 |
| 3.21 Verständigungsversuch mit bürgerlichen Kreisen. Aktion „Aufbruchkreis“ .. | 158 |
| 3.22 Instrukteure der Knöchel-Gruppe 1941—1943 in Duisburg. — Auch die letzten kommunistischen Operationen wurden von der Gestapo beobachtet . | 164 |

TEIL C

Protest und Widerstand auf christlich-weltanschaulicher Basis

| | |
|--|-----|
| 1. Die katholische Opposition | 175 |
| 1.1 Katholische Gegenströmung trotz Reichskonkordat | 175 |
| 1.11 Geheimer Staatspolizeibericht vom 4. April 1934 | 178 |
| 1.12 Erste Anzeichen der katholischen Opposition in Duisburg und Hamborn .. | 179 |
| 1.13 Ansätze einer Gegenbewegung im Rahmen der „Katholischen Aktion“ 1935. Jesuiten und katholische Gewerkschaftsführer als Initiatoren | 184 |
| 1.2 Duisburger Katholiken beweisen Mut | 189 |
| 1.21 Katholische Jugend und HJ. Schlägereien, Flugblattaktionen | 189 |
| 1.22 Spontaner Durchbruch zum offenen Widerstand | 192 |
| 1.23 Flugblattaktion eines Kaplans aus Mündelheim | 197 |
| 1.24 Verbreitung des Hirtenbriefes der Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1938 in Duisburg | 199 |
| 1.3 Die katholische Opposition in Duisburg während des Krieges | 201 |
| 1.31 Das Bernardus-Stift wird zur staatsgefährdenden Einrichtung erklärt und geschlossen | 201 |
| 1.32 Duisburger Geistliche ignorieren Siegesmeldungen. Warnungen vor Brechung des Völkerrechts. Verkündigungen im Geiste der Bergpredigt | 202 |
| 1.33 Im Höhepunkt der Siege Gedanken über den Tod. Der Mölders-Brief | 204 |

| | Seite |
|---|---------|
| 1.4 Letzte Zeichen der Zeit | 205 |
| 2. Die protestantische Opposition | 209 |
| 2.1 Widerstand gegen nationalsozialistische Versuche zur Politisierung der Glaubenslehre | 209 |
| 2.11 Zur Entstehung der Bekenntnisfront | 209 |
| 2.12 Vorzeichen des nationalsozialistischen totalitären Herrschaftsanspruches. Zusammenstoß zwischen Bekenntnis-Christen in Duisburg 1933 | 212 |
| 2.13 Erste Gestapo-Meldungen über Unruhen in der evangelischen Kirche | 212 |
| 2.14 Meldungen aus dem Jahre 1935. Die Gestapo lenkt den Blick auf Duisburg | 215 |
| 2.2 Widerstand und Verfolgung nehmen zu. Aus den SD- und Gestapoakten über Duisburger Bekenntnispfarrer | 217 |
| 3. Eine standhafte Minorität: Ernste Bibelforscher (Zeugen Jehovas) | 223 |
| Nachwort | 225 |
| Schlußbemerkungen | 225 |
| Dokumente | 229 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | 305 |
| Personenregister | 319 |

Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen

| | |
|------------|---|
| ADGB | Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund |
| AfA | Allgemeiner freier Angestelltenbund |
| AfW | Amt für Wiedergutmachung |
| Antifa | Antifaschistische Aktion |
| AsD | Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung) |
| Bl | Bezirksleitung |
| BzG | Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung |
| DAF | Deutsche Arbeitsfront |
| Dbg | Duisburg |
| EKKI | Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale |
| EVBD | Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands |
| EVfdB | Einheitsverband für das Baugewerbe |
| FAUD(S) | Freie Arbeiterunion Deutschlands-Syndikalistin |
| Gestapa | Geheimes Staatspolizeiamt |
| Gestapo | Geheime Staatspolizei |
| HD | Hauptstaatsarchiv Düsseldorf |
| HD-Gestapo | (mit angefügter Zahl) Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Gestapoakte (Nr.) |
| HJ | Hitlerjugend |
| HZ | Historische Zeitschrift |
| J | (in Verbindung mit vor- und nachgestellten Ziffern) Schlüssel-Signatur für Anklage- und Urteilsschriften des Volksgerichtshofes |
| IBV | Internationale Bibelforschervereinigung |
| ISK | Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund |
| KA | Katholische Aktion |
| KJVD | Kommunistischer Jugendverband Deutschlands |
| Komintern | Kommunistische Internationale |
| KP | Kommunistische Partei |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KPD(S) | Kommunistische Partei Deutschlands — Spartakusbund |
| KPO | Kommunistische Partei-Opposition |
| KZ | Konzentrationslager |
| LG | Landgericht |
| NS | Nationalsozialismus, nationalsozialistisch |
| NSBO | Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| NZ | National-Zeitung |
| OJ | (mit oder ohne Kennziffer vor den Buchstaben und nachfolgender Zahlen- kombination) Schlüssel-Signatur für Hochverratsprozeß-Akten des OLG Hamm i. Westf. |
| OLG | Oberlandesgericht |
| ORA | Oberreichsanwalt |

| | |
|--------|--|
| RFB | Roter Frontkämpferbund |
| RGBI | Reichsgesetzblatt |
| RGO | Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (-Organisation) |
| RSHA | Reichssicherheitshauptamt |
| SA | Sturmabteilung der NSDAP |
| SAJ | Sozialistische Arbeiterjugend |
| SAP(D) | Sozialistische Arbeiterpartei (Deutschlands) |
| SD | Sicherheitsdienst |
| SJV(D) | Sozialistischer Jugendverband (Deutschlands) |
| SOPADE | Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Exil-Partei Vorstand) |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| Schufo | Schutzformation |
| Schupo | Schutzpolizei |
| SS | Schutzstaffel der NSDAP |
| Stapo | Staatspolizei |
| UB | Unterbezirk |
| USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| VfZ | Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte |
| VG | Volksgeschichtshof |
| V-Mann | Vertrauensmann |
| ZfG | Zeitschrift für Geschichtswissenschaft |
| ZK | Zentralkomitee |

Einleitung

„Gestapo-geheim“ ist keine neugeschaffene Wortkombination zur Kennzeichnung der nationalsozialistischen Zeit. Es handelt sich um den Aufdruck eines von der Geheimen Staatspolizei vielbenutzten Dienststempels auf Akten, die zu Tausenden den alliierten Siegermächten beim Zusammenbruch des Dritten Reiches in die Hände fielen. Ihre systematische Erschließung wurde erst vor wenigen Jahren möglich, nachdem sie in den Besitz deutscher Archive kamen und der historischen Forschung zugänglich gemacht werden konnten. Aus diesen Akten tritt noch schärfer als bisher erkennbar der Kontrast zwischen dem von der NS-Propaganda gestalteten Bild des nationalsozialistischen Deutschland und dem anderen Deutschland hervor, das von der Gestapo verändert werden sollte. Aber auch manches an Widersprüchlichem jener Zeit tritt zutage. Denn die beiden Wirklichkeiten, die nationalsozialistische in Gestalt von Polizeigewalt und eines ideologischen „Gitternetzes“, das als Schema total organisierter Ordnung über alle Bereiche der Gesellschaft geworfen war, und die andere Wirklichkeit, die als antagonistisches Prinzip weiterwirkte oder neu entstand, zeigten einen nicht immer leicht erkennbaren Frontverlauf. Der nationalsozialistische Totalitarismus ließ zwar in der Zielsetzung keine Frage offen, wohl aber hinsichtlich seiner Durchdringungsstrategie. Andererseits zeigte der Widerstand in seiner Basis Strömungen, die nach Motivation, Zielsetzung und Äußerungsform so stark voneinander abwichen, daß die von ihm geprägte „zweite Wirklichkeit“ des Dritten Reiches als Ganzes gesehen oft unscharfe Konturen aufwies, so daß Anpassung und Widerstand nicht immer eindeutig zu unterscheiden waren. Ja es ist nicht hinwegzudiskutieren, daß es Strömungen gab, die in mancherlei Hinsicht Affinität zum Totalitarismus des bekämpften Regimes selbst zeigten. Die Wirklichkeit war, wie H. G. Adler es einmal formulierte, „schizophren gespalten und zerfallen“.

Die umfangreiche Literatur, die sich mit dem Nationalsozialismus befaßt, und die Fülle der theoretischen Arbeiten, die sich anhand der von der Geschichtsforschung erarbeiteten Fakten am Beispiel des Nationalsozialismus mit dem Phänomen des Totalitarismus auseinandersetzen versuchten, boten schon viele Anregungen zur Erforschung jener anderen Ebene der doppelten Wirklichkeit, in der sich früh oppositionelle Strömungen und Untergrundorganisationen zu formieren begonnen hatten. Das Interesse der historischen Forschung konzentrierte sich indessen lange Zeit fast ausschließlich auf die Widerstandsbewegung, aus der die bekannten Persönlichkeiten herausragen, die das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 durchzuführen versucht hatten. Eine Erklärung für diesen Sachverhalt wird darin zu suchen sein, daß der 20. Juli 1944 wegen seiner zeitlichen Nähe zum Zusammenbruch des Dritten Reiches faszinierend nachwirken mußte und die Chance bot, moralische und politische Maßstäbe für den Aufbau des neuen Staates zur Diskussion zu stellen. Andererseits hatten Zeugnisse über die frühere Wider-

standsphase, vor allem Berichte von ehemaligen KZ-Häftlingen, zwar einiges Aufsehen erregt, sie waren dann aber doch vor allem mangels genügend aufschlußreichen Quellenmaterials neben den zügig voranschreitenden, quellenmäßig gut abgesicherten Forschungsarbeiten über die zum Attentat auf Hitler führende Widerstandsbewegung in den Hintergrund getreten.

Wenn heute die Widerstandsströmungen, die sich allem Anschein nach von 1933 bis 1935 erheblich verbreitert und verstärkt hatten, in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der zeitgeschichtlichen Forschung auf sich lenken, so sind hierfür mehrere Faktoren ausschlaggebend. Zunächst waren es Berichte und Hinweise einzelner Forscher, die Zugang zu den von den Siegermächten zurückgegebenen Gestapoakten erhielten. Sie bestätigten, was bisher zwar schon allgemein bekannt, aber im einzelnen nicht belegt werden konnte, nämlich, daß sich die „Gleichschaltung“ von Staat, Partei und Gesellschaft weitaus weniger reibungslos vollzogen hatte, als dies allgemein vom Ausland nach dem Krieg angenommen wurde.

Eine zunehmende publizistische Aktivität des Instituts für Marxismus—Leninismus in Ost-Berlin, zugeschnitten auf die Untergrundtätigkeit der KPD, erweckte weitere Aufmerksamkeit. Gleichzeitig boten einzelne Monographien über frühere Widerstandsregungen innerhalb der christlichen Kirchen Stoff zur Diskussion. Während dieser Anfang der 60er Jahre beginnenden Öffnung neuer Quellen kam eine äußerst wichtige Materialsammlung hinzu. Durch einen Zufall wurden in Schweden die bis dahin verschollenen Registraturen des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entdeckt, in denen Berichte über die illegale SPD bemerkenswerte Aufschlüsse über Umfang und Problematik der frühen Widerstandsbewegung gaben.

Als dann auch seitens westdeutscher Gerichte, namentlich des Oberlandesgerichtes in Hamm/Westfalen, die wegen personenrechtlicher Schutzbestimmungen vorerst noch gesperrten Akten von mehreren tausend Hochverratsprozessen des nationalsozialistischen Regimes zur wissenschaftlichen Auswertung freigegeben werden konnten und es schließlich auch möglich wurde, Einblicke in die Akten der nach dem Kriege zur Entschädigung von politisch und rassistisch Verfolgten eingerichteten Wiedergutmachungsämter zu nehmen, zeigte sich zunehmend deutlicher, daß die von der Gestapo „geheim“ behandelte Wirklichkeit weitaus stärker war, als dies anhand der bisher nur fragmentarischen Überlieferungen vermutet werden konnte.

Mit der Möglichkeit des Zugangs zu einer überraschenden Fülle bisher unbekannter Quellen ergaben sich andererseits methodologische Probleme.

Zunächst stellte sich die Frage nach brauchbaren Kriterien zur Bestimmung der schon nach den ersten Aktenstudien wahrnehmbaren, in vielfältiger Gestalt gegen das NS-Regime und dessen programmatisch schillerndes Gedankengut gerichteten Aktivitäten, für die der allgemeine, unreflektierte Sprachgebrauch das Wort „Widerstand“ bereit hielt.

Der landläufige Begriff erwies sich jedoch bei der Subsumierung verschiedenartiger Verhaltensweisen als zu undifferenziert, um auch Strukturen und Strukturveränderungen der offenbar sehr komplexen „zweiten Wirklichkeit“ des NS-Staates erkennen zu können. Die oft diskutierte Frage, ob der Mann, der mit geballter Faust in der Tasche grundsätzlich „guten Tag“ statt „Heil Hitler“ sagte, Markierungszeichen für den Anfang des Widerstandes ist oder ob jener, der wegen eines Minimalverstoßes gegen das vom Regime geschaffene Tatbestandnetz von der Gestapo verfolgt und von der NS-Justiz bestraft wurde, als Widerstandskämpfer zu bezeichnen ist, weist bereits auf das Erfordernis einer sinnvollen Begriffsdefinition hin.

Kurt Klotzbach ist in der Einführung zu seinem Buch über Widerstand und Verfolgung

in Dortmund¹ den verschiedenen Ansätzen zur Begriffsbestimmung in der Literatur nachgegangen und hat die Problematik der Abgrenzung zwischen wertenden und formalen Kriterien ausführlich dargelegt. Aus kritischer Distanznahme zur wertenden Begriffsbestimmung beschränkt sich Klotzbach auf politisch relativ eindeutig bestimmbare Organisationen, ohne in Abrede zu stellen, daß es auch weiterhin von der Sichtweise eines Autors abhängen wird, was im konkreten Fall unter Widerstand gemeint ist. Andererseits wird jede Perspektive, auch jene oder gerade jene, die zur kritischen Diskussion anregt, dazu beitragen, den retrospektiven Blick für die ohnehin nicht leicht erkennbare „zweite Wirklichkeit“ der zwölfjährigen NS-Herrschaft zu differenzieren. Indessen bleibt jeder Autor, der sich mit dem komplexen Gegenstand befaßt und einen klärenden Beitrag zur Erforschung der neuesten Geschichte anstrebt, verpflichtet, seine Definition des Zentralbegriffes darzulegen.

Der Verfasser des nachfolgenden Berichtes hatte sich die Aufgabe gestellt, ein möglichst umfassendes Bild des Widerstandes von 1933 bis 1945 zu gewinnen und dabei den Blick auf möglicherweise vorgegebene spezifische Strukturen zu richten². Für ihn erwies sich als nützlicher Orientierungsrahmen eine Definition, in der „Widerstand“ umschrieben ist als: „jeder Versuch, der ideologischen und politischen Gleichschaltung mit einer auf Breitenwirkung gerichteten eindeutigen, zumindest von einer angesprochenen Zielgruppe leicht verstehbaren Handlung entgegenzuarbeiten“.³ Eine andere Frage war, wie Entwicklungen und Strukturen der Widerstandsbewegungen in ein realistisches Bild umgezeichnet werden konnten. Grundsätzlich ging es um die Alternative: Flächenuntersuchung, d. h. eine oder mehrere Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Vereine usw. resp. das Verhalten von deren Mitgliedern vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ohne prinzipielle Berücksichtigung räumlicher Grenzen, aufgrund geographischer oder soziologischer Kriterien, chronologisch zu analysieren oder den entgegengesetzten Weg der punktuellen Untersuchung zu beschreiten, d. h. relativ kleine Räume mit möglichst komplexer Sozialstruktur zu analysieren.

Eine vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung gebildete historische Arbeitsgruppe, die spätere historische Abteilung des Instituts, deren Mitarbeiter der Verfasser 1968 wurde, entschloß sich für den zweiten Weg. Ausschlaggebend war die sich später als richtig erweisende Annahme, daß die „typische“ Industrie-Großstadt, wie sie z. B. im Ruhrgebiet zu finden ist, wegen der in ihr in annähernd gleicher Gewichtung vorhandenen sozialen Schichten optimale Möglichkeiten zur systematischen Erforschung komplexer politischer Strukturen und Bewegungen und deren Veränderungen bot. Zugleich ließ sich aber auch wegen der vielfältigen überregionalen Verkehrsverbindungen der „typischen“ Industriestadt vermuten, daß hier ferngesteuerte politische Wellen aller

¹ Vgl. Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945*, Hannover 1969.

² Andererseits hat er wegen der besonderen Quellenlage in Duisburg, die durch eine breite Materialbasis für die Zeit ab Spätsommer 1933 ebenso gekennzeichnet ist wie durch eine sehr schmale Basis für die letzte Phase der Weimarer Republik, darauf verzichtet, die äußerst wichtige Zeit vom 20. Juli 1932 („Papenputsch“ und Folgen) bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung zu beleuchten. Eine weiterzurückgehende Untersuchung war insbesondere dadurch behindert, daß in Duisburg nur die nationalsozialistische Presse, nicht aber die übrigen Lokalzeitungen überliefert sind. Hingegen konnte dieser Abschnitt von Dr. Kurt Klotzbach in der zitierten Studie „Gegen den Nationalsozialismus — Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945“ ausführlich behandelt werden.

³ Der Verfasser nimmt hier in etwa eine Mittelposition zwischen den Begriffsbestimmungen von Klotzbach und Steinberg ein. Vgl. hierzu die Einleitungen von Kurt Klotzbach, a. a. O., und Hans-Josef Steinberg zu „Widerstand und Verfolgung in Essen 1933—1945“, Hannover 1969.

Frequenzen am ehesten Eingang gefunden hätten und daß ihr Umschlagen in politische Aktivität — bzw. in inaktives Verhalten — der angepeilten Zielgruppen nachweisbar sein würde.

Die Untersuchung über Duisburg ergänzt die mittlerweile vorliegenden Forschungsergebnisse von Dr. Kurt Klotzbach über Dortmund und Professor Dr. Hans-Josef Steinberg über Essen. Die genannten Städte waren aktiv an der Förderung der drei Forschungsprojekte der Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligt und haben durch Bereitstellung finanzieller Mittel die Durchführung der Forschungsvorhaben gesichert.

Einige Abweichungen in den Ergebnissen der Einzelstudien indizieren keine Widersprüche prinzipieller Natur, sondern sind bedingt durch historisch unterschiedlich präformierte politische oder konfessionelle Strukturen und sind andererseits auf Unterschiede in der Quellenlage zurückzuführen.

Die Stadt Duisburg nahm im Vergleich zu Dortmund und Essen eine Sonderstellung insofern ein, als wegen ihres großen Binnenhafens am Schnittpunkt von Rhein und Ruhr die Funktion einer Kontaktbrücke zwischen den Untergrundorganisationen des Rhein- und Ruhrgebiets und deren von Holland aus operierenden Führungsstäbe vorgegeben war. Eine weitere Besonderheit war, daß Duisburg 1929, vier Jahre vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, mit der „rechts der Ruhr“ angrenzenden Nachbarstadt Hamborn zu einer Verwaltungseinheit zusammengeschlossen wurde. Hamborn war im Vergleich zum Stadtgebiet Duisburg „links der Ruhr“ stärker industriell geprägt und eine traditionelle Hochburg der KPD. Es zeigte sich schon beim Studium der ersten Hochverratsprozesse, daß zwischen Hamborn und Moers einerseits, Duisburg, Rheinhäusen und Homberg andererseits intensivere politische Kontakte bestanden als zwischen Duisburg und Hamborn. Deshalb war es auch erforderlich, die Untersuchung teilweise auf die benachbarten linksrheinischen Städte auszudehnen.

Schließlich schien nicht gänzlich ohne Belang speziell für das Verhalten des katholischen Bevölkerungsteils zu sein, daß wegen der durch Duisburg in Ost-West-Richtung verlaufenden Grenze zwischen den damaligen Bistümern Münster und Köln zumindest während der ersten beiden Jahre nach der Machtergreifung verschiedenartige Impulse bestimmend waren. (Wie sich dann herausstellte, war diese Grenze jedoch wenig maßgebend.)

Die Gliederung der Darstellung in drei Hauptabschnitte — A Widerstand der Sozialdemokraten und sozialistischer Splittergruppen, B Der kommunistische Widerstand, C Widerstand und Protest auf christlich-weltanschaulicher Basis — ergab sich aus dem Material, das dem Verfasser zur Verfügung stand. Dieses umfaßte im wesentlichen: 360 Duisburg unmittelbar oder mittelbar betreffende Akten von Hochverratsprozessen des Oberlandesgerichtes Hamm in Westfalen (275 Signaturen) aus der Zeit 1933—1944; Anklageschriften, Urteile und Materialien zu 22 an den ehemaligen Volksgerichtshof gezogener Prozesse; über 500 Personenakten der ehemaligen für die Rheinprovinz zuständigen Staatspolizeistelle (ab 1937 umbenannt in Staatspolizeileitstelle) Düsseldorf, einschließlich der darin enthaltenen Meldungen und Berichte der Gestapo-Außendienststelle Duisburg-Hamborn von 1933 bis 1944; die Monatsberichte der Staatspolizeistelle Düsseldorf an das Staatspolizeiamt Berlin 1934—1936 und die Lageberichte April bis Mai 1935 der Oberpräsidenten der westdeutschen Provinzen an das Reichssicherheitshauptamt in Berlin. Zu diesen Materialien konnte eine Fülle illegal verbreiteter Zeitungen, Flugblätter und durch unpolitische Deckblätter getarnte Broschüren, andererseits auch die im Duisburger Stadtarchiv komplett erhaltene, nationalsozialistisch redigierte Nationalzeitung herangezogen werden. Ein aufschlußreiches Korrelat zu diesen Quellen waren die schriftlichen Überlieferungen des exilierten Parteivorstandes der SPD (SOPADE),

mündliche Auskünfte von 20 in der Duisburger Untergrundbewegung aktiv hervorgetretener Personen wie einiger, die wegen früherer exponierter Stellung im Hintergrund bleiben mußten, aber über verschiedene, bisher nicht an die Öffentlichkeit gedrungene Vorgänge gut informiert waren.

Schließlich bildeten die Akten des Duisburger Amtes für Wiedergutmachung mit über 1000 Anträgen auf Entschädigung für erlittene Haft- oder Haftfolgeschäden und berufliche Benachteiligungen während des Dritten Reiches eine weitere wichtige Quellen-
gruppe.

Bei der Darstellung des Materials hat der Verfasser mit Rücksicht auf Leser, die nur begrenzt Zeit und Möglichkeiten haben, sich mit historischen Vorgegebenheiten zu befassen, versucht, mit kurzen Vorbemerkungen zu den Hauptabschnitten einen informativen Orientierungsrahmen zu geben. Im übrigen hat er sich bemüht, die Realität und die sie umgebende politische Atmosphäre nachzuzeichnen, wie sie aus den ihm zur Verfügung stehenden Quellen wahrnehmbar schien. Er bediente sich dabei bisweilen einer nicht allgemein üblichen Methode, Hintergrundinformationen mit detaillierteren Schilderungen von Handlungsabläufen bei gleichzeitiger Wiedergabe von Dokumentationsmaterial zu kombinieren. Dieses Vorgehen schien jedoch wegen der Möglichkeit, eine weitgehend unbekanntes geschichtlich noch nicht erschlossene Materialfülle über Duisburg zu verarbeiten, gerechtfertigt zu sein.

Diesen einleitenden Bemerkungen möchte der Verfasser persönlichen Dank hinzufügen. Er gilt allen, die diese Untersuchung gefördert haben und helfend zur Seite standen. Zu besonderem Dank verpflichtet ist der Verfasser Herrn Hans Pelger, der mit der Sichtung und Verzeichnung der Akten des Duisburger Amtes für Wiedergutmachung umfangreiche und wichtige Vorarbeit geleistet hat; für anregende Diskussion und wegleitende Unterstützung Herrn Dr. Horst Heidermann, Direktor des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Herrn Dr. Günter von Roden, Direktor des Stadtarchivs Duisburg, Herrn Dr. Joseph Milz, Städtischer Archivrat, Duisburg, insbesondere auch Herrn Altoberbürgermeister August Seeling; Herrn Professor Dr. Hans-Josef Steinberg für freundschaftlich kollegiale Beratung, Herrn Dr. Klaus Ziegahn, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, für unermüdliche aktive Unterstützung bei der Erschließung von Gestapoakten; freundlichst zu danken ist allen Mitarbeitern im Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), ferner Fräulein Karin Vogedes, Fräulein Gerda Schütz, Herrn H. Ebbers und den Mitarbeitern des Duisburger Stadtarchivs für die Unterstützung bei der Suche nach gedruckten und ungedruckten Quellen, wie den bei der Drucklegung beratenden Mitarbeitern des Verlages Neue Gesellschaft. Ein sehr persönlicher Dank gilt dem Leiter der historischen Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Herrn Dr. Kurt Klotzbach, der nicht nur mittels seiner hervorragenden Kenntnis zeitgeschichtlicher Quellen beratend und kritisierend zur Seite stand, sondern in tiefgreifendem Gedankenaustausch geholfen hat, in den Fährnissen des Fragwürdigen bei der Darstellung an der Grenze zwischen politischen Fakten und menschlicher Hilflosigkeit noch beschreibbare Wege zu finden. Nicht zuletzt möchte der Verfasser einen ganz persönlichen Dank seiner Frau sagen, die mit großem Interesse und viel Geduld diverse Urfassungen seines Manuskriptes in Maschinenschrift umgesetzt und bei der Erstellung des Registers die Hauptarbeit geleistet hat, und schließlich allen nicht namentlich genannten Helfern und Freunden, die ihn bei seiner Arbeit ermutigt haben.

Teil A

Widerstand der Sozialdemokraten und sozialistischer
Splittergruppen

1. Der sozialdemokratische Widerstand

1.1 *Vom Reichstag in die Illegalität*

1.1.1 Die letzten Tage der legalen SPD

Als am 23. März 1933 Hitler im Reichstag diktatorische Vollmachten verlangte, stieß er auf geschlossenen Widerstand bei den Sozialdemokraten. Otto Wels hatte sich von der Abgeordnetenbank erhoben und nach einer polemischen Rede verkündet:

„Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“ Und zu Hitler gewandt hatte Wels mit erhobener Stimme hinzugefügt: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten . . .“

Er schloß seine Rede mit den Worten:

„Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Wie Wels glaubten prominente Sozialdemokraten und mit ihnen viele Anhänger der SPD, daß der nationalsozialistischen Machtentfaltung Grenzen gesetzt seien.

Die Entwicklung der Dinge in den zwei Wochen nach dem 23. März 1933 zeigte dann in der Tat auch manches, was die Wiederherstellung einer legalen Opposition nicht gänzlich auszuschließen schien. Trotz des kühnen Auftritts von Otto Wels wurde die SPD nicht aufgelöst, und es war auch trotz des Verbots der Parteipresse noch möglich, parteiinterne Arbeit in beschränktem Maße fortzuführen. Hitler war gegenüber der Reichswehr und Justiz, nicht zuletzt mit Blick auf das Ausland, bemüht, eine prinzipiell „rechtsstaatliche“ Gesinnung zu demonstrieren.

Im sozialdemokratischen Parteivorstand waren namentlich die Angehörigen der älteren Parlamentariergeneration überzeugt, die Zeit nutzen zu können, um den Zusammenhalt der Partei zu festigen und demokratische Zustände wiederherzustellen. Die SPD-Führung ging dabei so weit, sich auf einen Handel mit Göring einzulassen. Mitglieder des Parteivorstandes versuchten, um die Wiederzulassung sozialdemokratischer Blätter zu erreichen, die Sozialistische Internationale zu einer zurückhaltenden Berichterstattung über die Vorgänge in Deutschland zu bewegen. Als in der internationalen sozialistischen Presse auf dieses Ansinnen kein positives Echo erfolgte, trat sogar Otto Wels als Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung in der Sozialistischen

Arbeiter-Internationale demonstrativ zurück¹. Aber schon im April zeigte sich, wie wenig erfolgreich dieser taktische Versuch der SPD-Führung in Wirklichkeit gewesen war. Die Nationalsozialisten setzten vielmehr mit der Forderung an die Unternehmer, oppositionell eingestellte Arbeiter zu entlassen, erneut zu einer Unterminierung der SPD-Basis an. Kollaborateure taten das Ihrige, um die Zersetzung voranzutreiben. Schließlich führte die Unsicherheit der Gewerkschaftsführung dazu, daß am 19. April die Gewerkschafter aufgerufen wurden, den 1. Mai als „Tag der deutschen Arbeit“ zu feiern. Damit war den Sozialdemokraten die wichtigste Agitationsbasis entzogen.

Die rasche Veränderung der Lage erforderte schnelles Handeln. Otto Braun, Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid hatten sich persönlich bedroht gefühlt und waren ins Ausland geflohen. Anfang März waren schon Dittmann und Crispian emigriert, als eine NS-Aktion gegen ehemalige USPD-Mitglieder lief. Die Flucht der prominenten Sozialdemokraten wirkte auf viele Mitglieder der Partei beunruhigend. Einige Gruppen in Sachsen und, wie man heute weiß, auch am Niederrhein, versuchten, auf eigene Faust Opposition gegen die Nationalsozialisten zu betreiben. Im Vorstand hatten sich inzwischen abermals die Fronten polarisiert. Die einen wollten nochmals alles versuchen, um den legalen Oppositionskurs durchzudrücken, die anderen, von den jüngeren Kräften aus der Basis angespornt, forderten sofortige Umstellung der Partei auf revolutionäre Untergrundarbeit².

In diesem Augenblick, als die politische Lage nicht mehr überschaubar war, konnte sich der Parteivorstand nur dazu entschließen, den für Mai nach Frankfurt a. M. einberufenen ordentlichen Parteitag abzusagen. Statt dessen wurde in aller Eile eine Reichskonferenz für einen kleineren Teilnehmerkreis auf den 26. April in Berlin angesetzt³. Als Tagungsort hatte der Vorstand den unzerstörten Teil des Reichstagsgebäudes gewählt. Die Legalisten hatten sich mit dem Argument durchgesetzt, daß Göring als Reichstagspräsident es nicht riskieren würde, die SA und SS auf die Delegierten zu hetzen. Die Rechnung ging auf; keine offizielle noch inoffizielle NS-Stelle versuchte einzugreifen⁴. Es wurde daraufhin ein neuer Vorstand gewählt. Durch Verjüngung der Parteiführung sollten die inneren Spannungen rasch aus der Welt geschafft und die Partei wieder aktiviert werden⁵. Schon die Empfehlung zur Auswahl der Delegierten zeigte, daß die Notwendigkeit breiterer Repräsentation der gesamten Partei in den Führungsgremien, namentlich durch stärkere Vertretung der „Jüngeren“ und der „Linken“, erkannt worden war. Auf der Reichskonferenz kamen drei Vertreter der „Jugend“ (Hertz, Rinner und Ollenhauer) zusammen mit vier Vertretern der „Linken“ (Böchel, Dietrich, Künstler und Aufhäuser) und zwei Vertretern der „Rech-

¹ Vgl. hierzu ausführlich Hans J. L. Adolph, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894—1939, Berlin 1971, S. 251 ff.

Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus — Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933—1945, Hannover und Frankfurt a. M. 1960, S. 7—18, 20 f., 50 ff.

² Ausführlich Lewis J. Edinger, a. a. O., S. 20 f.

³ Im letzten Augenblick hatte der Parteivorstand Anweisung gegeben, daß jeder Bezirk von den bereits für den Frankfurter Parteitag gewählten Delegierten drei Vertreter entsenden sollte, von denen mindestens zwei in keinem Angestelltenverhältnis zur Partei stehen sollten. Vgl. Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn, Deutschlandbericht der Sopade, August/September 1934, Teil A, S. 63.

⁴ Edinger, a. a. O., S. 21.

⁵ Ders., ebenda.

ten“ (Löbe und Sollmann) in den Vorstand⁶. Sie füllten zugleich die Lücke, die durch die ins Ausland geflohenen Vorstandsmitglieder entstanden war. Otto Wels und Hans Vogel wurden als 1. und 2. Vorsitzender, zusammen mit 9 Vertretern der „älteren“ Generation wiedergewählt. Noch einmal zeigte sich bei der Mehrheit der Delegierten der Wille, nichts unversucht zu lassen, um die geschlossene Einheit der Partei zu demonstrieren. Man hoffte, daß von solch demonstrativem Bekenntnis stabilisierende Impulse auf die Basis ausgehen würden und daß deren Festigung die Nationalsozialisten zum Nachgeben zwingen würde.

Wenige Tage später zeigte sich jedoch, daß die Gegensätze in der Beurteilung der politischen Lage durch die Neuwahl des Vorstandes nicht zu überbrücken gewesen waren. Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, der sich durch besonderes Gespür für politische Situationen und ihre Entwicklungen auszeichnete, drängte auf die Bildung eines Vorstandsbüros jenseits der Reichsgrenzen. Vorkahrungen hatte er bereits im Februar getroffen, als er bei den sudetendeutschen Sozialdemokraten wegen der Einrichtung eines Druckerei- und Verlagsbetriebes vorstellig geworden war⁷. Stampfer beschwor den Geist der Bismarckzeit, in der sich gezeigt hatte, daß die Partei eine Zeitlang vom Ausland nicht nur illegal geführt werden konnte, sondern daß es sogar möglich gewesen war, von einer Außenstelle aus die Sozialdemokraten in den Reichstag zurückzubringen. Der ehemalige Reichspräsident Paul Löbe, immer noch überzeugt, bei Göring durch geschicktes Taktieren die Wiederezulassung der sozialdemokratischen Presse in begrenztem Rahmen zu erreichen, widersetzte sich jedoch dem Stampfer-Plan. Er befürchtete, daß die Emigration die Nationalsozialisten provozieren würde und diese dann sofort eine „Legitimation“ zum Verbot der Partei und der radikalen Verfolgung ihrer Mitglieder gehabt hätten⁸. Löbe hatte die politische Lage falsch eingeschätzt.

1.12 Entstehung des Exil-Parteivorstandes „SOPADE“

Die Entscheidungen wurden dann sehr rasch vom Gang der Ereignisse diktiert. Schon fünf Tage nach der Reichskonferenz war die Lage so verändert, daß die Notwendigkeit eines Auslandszentrums von der Mehrheit im Vorstand nicht mehr in Frage gestellt wurde. Nach dem nationalsozialistischen Überfall auf die Gewerkschaften am 2. Mai, dem eine neue Verhaftungswelle gegen sozialdemokratische Funktionäre folgte, gab es für die meisten Vorstandsmitglieder keinen Zweifel mehr, daß man der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht mehr mit legalen Mitteln entgegenwirken konnte.

⁶ Vgl. hierzu insbes.: Mit dem Gesicht nach Deutschland — Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hrsg. von Erich Matthias, Düsseldorf 1968, S. 72 f.

⁷ Von den Alternativen — Kampf für die Erhaltung der Legalität oder sofortige Umfunktionsierung der Partei in eine illegale Untergrundorganisation — sprachen schließlich realistische Argumente für den Legalitätskurs: Die SPD war auf den illegalen Kampf nicht vorbereitet. Es ging darum, Zeit zu gewinnen. Solange die Partei legal existierte, waren ihre Mitglieder nicht Angehörige einer verbotenen Organisation, sie konnten nicht ohne weiteres der illegalen „staatszersetzenden“ Subversion verdächtigt und daher auch nicht massenweise eingesperrt werden.

⁸ Vgl. auch Edinger, a. a. O., S. 23.
S. auch Erich Matthias, in: Das Ende der Parteien, S. 181.

Am 5. Mai fiel die Entscheidung, Otto Wels, Hans Vogel, Sigmund Crummenerl, Friedrich Stampfer, Paul Hertz und Erich Ollenhauer sofort nach Saarbrücken zu schicken, um hier die Auslandszentrale einzurichten. Offiziell aber blieb Berlin noch Sitz des Parteivorstandes.

Am 7. Mai kündigte Hitler „die Stunde der Abrechnung“ an, und am 10. Mai erfolgte die Beschlagnahme der Parteigelder und des Parteieigentums.

Für den 17. Mai berief Hitler den Reichstag ein. Die rapide Verschlechterung der Beziehungen zum Ausland hatte ihn veranlaßt, eine beschwichtigende außenpolitische Erklärung abzugeben. Die Legalisten um Paul Löbe in Berlin schöpften neue Hoffnung. Aber der erst wenige Tage zuvor in Saarbrücken etablierte Exilvorstand hatte klarer erkannt, daß die SPD sich „nicht auf die Schwächung der Position Hitlers durch diplomatischen Druck verlassen könnte“⁹. Stampfer und Vogel wurden eiligst nach Berlin geschickt, um den hier verbliebenen Abgeordneten mitzuteilen, daß man sofort zur illegalen Untergrundarbeit übergehen müsse¹⁰. Für den in Saarbrücken gebildeten Krisenstab stand fest, daß es für die SPD keine andere Möglichkeit mehr gab, um ihre Opposition wirksam zu machen und glaubwürdig zu bleiben. Die Berliner Gruppe war indessen von den Argumenten nicht zu überzeugen. Es kam zum offenen Bruch zwischen dem Berliner Rumpfvorstand und dem Exilvorstand in Saarbrücken.

Mitte Juni ließen die Nationalsozialisten endgültig die Maske fallen. Sie setzten zu neuem Kesseltreiben gegen die Sozialdemokraten an. Auch die Berliner Oppositionsgruppe, die sich noch am 19. Juni offiziell von der Exilleitung distanzierte und die Alleinvertretung der Partei für sich in Anspruch nahm, wurde verhaftet. „... Löbe und Genossen sollen nicht glauben, daß die Regierung auf ihre Scheinmanöver hereinfalle...“, hatte die NS-Presse zur Verhaftung Löbes bekanntgegeben. Am 23. Juni folgte das offizielle Verbot der SPD.

Inzwischen war auch seitens der Auslandsleitung der Bruch mit der Berliner Gruppe manifestiert. Am 21. Mai hatte der Exilvorstand in Saarbrücken beschlossen, den Sitz des Parteivorstandes nach Prag zu verlegen¹¹. Ein später von der SOPADE (die von nun an geltende offizielle Bezeichnung des in Prag gebildeten Parteivorstandes) herausgegebenes Bulletin deklarierte ihre Übernahme der Parteiführung:

„... Um die Gesamtpartei von den politischen Schäden einer derartig abwartenden Haltung gegenüber der Hitlerdiktatur zu bewahren, grenzte sich der Parteivorstand gegen diese Auffassung klar ab und brachte durch seinen Beschluß, den Sitz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach Prag zu verlegen, zum Ausdruck, daß er allein berechtigt ist, die deutsche Sozialdemokratie organisatorisch und politisch zu vertreten. Die zwischen Berlin und Prag in dieser Frage bestehenden Gegensätze wurden durch das Verbot der Partei am 23. Juni beseitigt. Seit diesem Tage gibt es innerhalb und außerhalb Deutschlands außer dem Parteivorstand in Prag keine Körperschaft, die sich in bezug auf die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie auf ein so umfassendes Mandat beru-

⁹ Vgl. L. J. Edinger, a. a. O., S. 27.

¹⁰ Edinger, a. a. O., S. 28, s. auch Bracher-Sauer-Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln und Opladen 1962, S. 193 ff.

¹¹ Vgl. im einzelnen Bracher-Sauer-Schulz, a. a. O., S. 197 ff. mit Hinweisen auf weitere Quellen, insbes. L. J. Edinger und Erich Matthias.

fen kann wie der auf der Reichskonferenz in Berlin gewählte Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands¹².“

Vorausgegangen war die schon in Prag gedruckte Eröffnungsnummer des „Neuen Vorwärts“ mit Datum vom 18. Juni und auf einem Extrablatt „Zerbrecht die Ketten – Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein¹³“ der Aufruf an alle Sozialdemokraten, sich zu einer Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus zu formieren.

1.13 Der sozialdemokratische Parteivorstand im Prager Exil auf der Suche nach Möglichkeiten zur Formierung des Widerstandes gegen das NS-Regime

In aller Eile war damals in Prag ein Programm entworfen worden, das im wesentlichen vier Hauptforderungen enthielt:

- es sollte eine revolutionäre Bewegung gegen den Nationalsozialismus organisiert werden,
- das ganze deutsche Volk sollte durch eine „Wahrheitsoffensive“ aufgerüttelt werden, damit es sich der Widerstandsbewegung anschliesse,
- im Namen des „anderen Deutschland“ sollte ein Appell an die Welt gerichtet und alle Staaten sollten aufgefordert werden, den antinationalsozialistischen Kampf zu unterstützen,
- insbesondere sollte die internationale Arbeiterbewegung für den Kampf gegen den Faschismus gewonnen werden¹⁴.

Den Kontext gab eine Kampfschrift, die unter dem Titel „Revolution gegen Hitler – Die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie“ in Umlauf gebracht wurde¹⁵. Das Programm war von liberalen, ethischen, nicht zuletzt nationalen Traditionen des neunzehnten Jahrhunderts geprägt und ganz auf Wiederherstellung des parlamentarisch-demokratischen Staates gerichtet. „Die sozialdemokratische Partei“, hieß es,

„ist der Ausdruck einer historisch gewordenen Macht, die in den Köpfen und dem Willen von Menschen fest verankert ist. Der Wille zu Freiheit, Gerechtigkeit und Sozialismus, die untrennbar miteinander verbunden sind, wächst immer aufs neue hervor... Es gilt deshalb dem gegenwärtigen Regime völlig kompromißlos gegenüberzutreten. Der Zukunftswert der intransigenten Opposition liegt darin, daß sie uns unbelastet erhält für den Tag, an dem das gegenwärtige Regime am Ende sein wird... In der Erkenntnis, daß der Faschismus national zum Untergang Deutschlands führen muß, ... ist der Sturz des Regimes die oberste Pflicht, um der Rettung von Volk und Land willen“¹⁶.

Die Position gegenüber dem Kommunismus war wie folgt umrissen:

„Nur wenn wir die historische Aufgabe der Sozialdemokratie vergessen, wenn

¹² Bericht der SOPADE an die Sozialistische Arbeiterinternationale. Undatiert (1934). AsD Bestand der SOPADE; Mappe 164.

¹³ AsD. Dok. Best. Sopade.

¹⁴ Vgl. Edinger, a. a. O., S. 157.

¹⁵ Druck und Verlag „Graphia“ Karlsbad o. Verf., o. J., Zur Datierung vgl. Edinger, a. a. O., Anm. 16 zu Kapitel 2.

¹⁶ Revolution gegen Hitler, S. 3.

wir selbst abgehen von der historischen Linie, die uns durch das Gesetz unserer Grundideen vorgeschrieben ist, droht uns die wirkliche Vernichtung. Dann erst würde die Vertretung der Klasseninteressen des arbeitenden Volkes den Kommunisten zufallen“, hieß es im ersten Teil der Schrift.

Im Laufe der folgenden Monate sollte sich jedoch zeigen, daß die SOPADE Konflikte durchzustehen hatte, die das im Juni konzipierte Programm in Frage stellte. Die schon vor der letzten Reichskonferenz zutage getretenen Spannungen, damals hervorgerufen durch divergierende Auffassungen der „Rechten“ und der „revolutionär Oppositionellen“, tauchten nun in anderer Gestalt wieder auf¹⁷.

In Prag hatten sich nach und nach unter den politischen Flüchtlingen Vertreter des linken Flügels der SPD, die sogenannte „Alte Linke“ zusammengefunden. Es waren „ausgesprochene Verteidiger des Klassenkampfes“ (Edinger), die den Führungsanspruch des überwiegend aus der reformistischen Tradition hervorgegangenen Exilvorstandes nicht akzeptierten. Im Gegensatz zu dessen primär gegen die NS-Diktatur gerichteten Widerstandsprogramm gingen die Vertreter der „alten Linken“ (die sich im April 1934 zur Gruppe der „Revolutionären Sozialisten“ zusammenschlossen) davon aus, daß die faschistische Diktatur und das kapitalistische System untrennbar miteinander verbunden seien. Sie forderten ein Programm, das den „rapid anwachsenden“ proletarischen Massen Anstoß zur Revolution gegen das kapitalistische System geben sollte.

Nach ihrer Auffassung (u. a. dargelegt von Alexander Schiffrin) hatte, bedingt durch die Entwicklung der politischen Lage in Deutschland, die auf Lassalle zurückreichende Richtung der Partei keine Zukunft mehr. Sie forderten eine Einheitsfront mit den Kommunisten, die sich von der von der illegalen KPD propagierten Einheitsfront nur darin unterschied, daß sie nicht eine Führungsrolle der Komintern uneingeschränkt hinzunehmen bereit waren, sondern „brüderliche Gleichberechtigung“ wünschten¹⁸.

Anscheinend war das mit den Widerstandsgruppen in Sachsen und Thüringen über das von Willi Lange geleitete Karlsbader Grenzsekretariat in enger Verbindung stehende politische Potential im Sommer 1933 so stark, daß der Exilvorstand es für ratsam hielt, sich nicht von der Alten Linken abrupt abzuwenden, sondern durch Aufnahme von zwei ihrer Sprecher (Aufhäuser und Böchel) einer nun abermals drohenden Spaltung entgegenzuwirken¹⁹.

Währenddessen formierte sich eine dritte Gruppe zur „neuen Linken“, die sich bald als Gruppe „Neu-Beginnen“ gänzlich verselbständigte und sich erst 1941 mit einer Reihe weiterer Splittergruppen in der Londoner „Union“ wieder mit der SOPADE zusammenschloß.

Wie schwierig es für die SOPADE war, die unterschiedlichen Auffassungen zu synchronisieren, zeigte sich im August 1933, als auf einer Konferenz der sozialistischen Arbeiterinternationale in Paris, zu der inzwischen auch Otto Wels wieder zurückgekehrt war, Aufhäuser und Wels in Grundsatzreferaten ihre gegensätzlichen Standpunkte in scharfer Form umrissen²⁰.

¹⁷ Vgl. hierzu Erich Matthias in „Das Ende der Parteien“, S. 193.

¹⁸ So Edinger, a. a. O., S. 63 ff., 77 ff. S. auch Erich Matthias in „Das Ende der Parteien“, S. 193, 200.

¹⁹ Böchel und Aufhäuser im April in Berlin in den erweiterten Vorstand gewählt, kamen nach der Emigration jedoch nicht in den Exilvorstand. Edinger, a. a. O., S. 65 f.

²⁰ Edinger, a. a. O., S. 66. Über die Gruppe „Neu-Beginnen“ ders. a. a. O., S. 67 ff.; weiterführend: Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand; dargestellt an der Gruppe „Neu-Beginnen“, Diss. Marburg 1957.

Auf die Führung des Widerstandes in Deutschland konnte sich der Auseinandersetzungsprozeß zwischen der „Rechten“ und der „Linken“ um das alleingültige Mandat der SPD nur negativ auswirken. Tatsächlich spürt man auch, daß es 1933 zunächst an Führungskraft fehlte.

Die Dispute um das alleingültige Mandat der SPD dauerten in Prag noch bis in das Jahr 1935 an. Dann hatten sich die „Reformisten“ durchgesetzt, die von Anfang an die demokratisch-freiheitlichen Leitideen der SPD als bindende Verpflichtung auch für die illegale Fortführung der Partei ansahen — und damit die Möglichkeit einer „Einheitsfront“ mit den Kommunisten ausschlossen²¹.

Währenddessen hatten sich in Duisburg und Hamborn Sozialdemokraten zu einer Widerstandsfront formiert. Ihre Organisationsform war vielleicht einzigartig im ganzen Reichsgebiet, und ihre Arbeitsweise war so gut getarnt, daß sie von der Gestapo erst zwei Jahre nach der Machtergreifung entdeckt wurde. Zu ihrer Besonderheit gehörte, wie im folgenden zu sehen sein wird, daß ihre Kerngruppe von einem Personenkreis gebildet wurde, der fast ausschließlich aus Mitgliedern des früheren SPD-beherrschten republikanischen Kampfbundes, des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, bestand.

1.2 SA und SS zerschlagen die sozialdemokratische Opposition in Duisburg

1.21 In letzter Stunde vor dem Zusammenbruch der Republik. Reichsbanneraktionen in Moers und Hamborn

Der Schlosser Hermann Runge, seit 1931 SPD-Parteisekretär, Mitglied des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ und Vorsitzender der „Eisernen Front“ vom Kreis Moers, hatte noch im November 1932 an einer Besprechung mit Parteivorstandsmitgliedern im Vorwärts-Haus in Berlin teilgenommen²², bei der Otto Wels, Hans Vogel, Siegmund Crummenerl, Rudolf Hilferding, Fritz Heine, Ernst Heilmann und Karl Höltermann anwesend gewesen waren²³. Die Diskussionen waren noch von optimistischen Vorstellungen beherrscht gewesen. Ungeachtet der vorangegangenen Kontroversen zwischen den Reichsbannervertretern Höltermann und Runge mit Wels, in denen wieder, wie stets bei Diskussionen von Reichsbanner und Parteivorstand,

²¹ Die klärende Entwicklung ist durch das Manifest vom Januar 1934 und das Manifest vom Januar 1936 markiert. Vgl. hierzu im einzelnen auch Edinger a. a. O., S. 91 ff., 140 ff.

²² Die folgende Darstellung beruht auf einem mehrstündigen Interview des Verfassers mit Hermann Runge am 9. 11. 1971. Es ermöglichte, die lückenhaften Ermittlungsergebnisse des Oberreichsanwalts, die in der Anklageschrift 9 J 479/3 und den Anklageschriften des Hammer Oberlandesgerichts 60 Js 596/35 I—III, 60 Js 506/35 überliefert sind, zu korrigieren bzw. zu ergänzen.

²³ An das Datum kann Runge sich heute nicht mehr erinnern. Sehr wahrscheinlich fand jene in der Literatur kaum beachtete Besprechung unmittelbar nach den Novemberwahlen statt, die überraschend die Grenzen nationalsozialistischer Expansionsfähigkeit gezeigt hatten. — So erklärt sich wenigstens zum Teil, daß auf diesem Treffen (nach Darstellung Runges) nicht Vorberitungen zur Umstellung der Partei auf eine möglicherweise bevorstehende illegale Zeit besprochen wurden. Mündliche Auskunft an den Verfasser v. 9. 11. 1971. Runge fügte hinzu: „Ich erinnere mich auch, daß ich mit Alfred Nau, den ich von unserer gemeinsamen Arbeit in der S. A. J. Niederrhein kannte, gesprochen habe. Ob er an der Tagung teilnahm, vermag ich nicht mehr zu sagen.“

Meinungsverschiedenheiten über das Verhalten der Parteiführung am 20. Juli 1932 zum Durchbruch kamen²⁴, fand der Gedanke von Otto Wels Zustimmung, kleine „Pioniergruppen“ zu bilden, die dunkle Machenschaften der Nationalsozialisten enthüllen sollten. Durch eine derartige Aufklärungskampagne glaubte man den nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 registrierten Trend der abnehmenden Sympathien für die NSDAP verstärken zu können. Die Standortbestimmung gegenüber der KPD sei klar gewesen. Die von der KPD verbreitete These „Sowjetdeutschland kommt nach dem Faschismus“ hatte die Sozialdemokraten veranlaßt, jegliche Form des Zusammengehens gegen die Nationalsozialisten auszuschließen²⁵.

Auf der Rückreise von Berlin hatte Runge in Gedanken schon seinen „Pioniertrupp“ aufgebaut. Und nur wenige Tage später hatte er ihn mit Reichsbannerleuten aus der Meerbecker Bergarbeitersiedlung zusammengestellt. Der Hausmeister der Knappschaft in Moers half im Keller seiner Wohnung bei der Herstellung und Vervielfältigung der Flugblätter, mit denen bekannte und weniger bekannte Nazis wegen ruchbar gewordener Affären heftig angegriffen wurden²⁶.

Runges kleines Kommando steckte die eilig angefertigten Agitationsschriften noch in Türschlitze und Telefonkabinen, als schon in Moers, Duisburg und Hamborn nachts hinter den Häuserecken immer häufiger Schüsse fielen und die politische Lage zunehmend verworrener wurde²⁷.

Runge selbst ahnte nicht, daß seine Aktion schon sehr bald als Initialzündung in Hamborn wirken würde. Sie erfolgte bereits wenige Tage nach Hitlers Machtergreifung. Am Nachmittag des 3. Februar schlugen etwa 50 Reichsbannermänner auf eine Gruppe von SA-Leuten ein, die sich vor der Hamborner Geschäftsstelle der von den Nationalsozialisten herausgegebenen „National-Zeitung“ versammelt hatte.

Am folgenden Tag forderte das NS-Blatt eine sofortige Säuberung der Schutzpolizei, weil diese nicht die Reichsbannermannschaft, sondern die SA-Gruppe auseinandergetrieben hatte. Man las in der „NZ“:

Polizei schützt bewaffnete Reichsbannerbanditen
Wir fordern Abberufung dieser Beamten

Gestern nachmittag gegen 4 Uhr kam es an der Ecke Kaiser-Wilhelm- und Emilstraße zu einem Überfall von 50 bis 60 Reichsbannerleuten auf einige Nationalsozialisten, die sich vor der Geschäftsstelle der National-Zeitung aufhielten. Hierbei erhielt der SA-Mann Paul Katschmier . . . von einem Reichsbannergesellen einen Messerstich in den Oberschenkel. Ein weiterer Reichsbannerbandit bedrohte die Nationalsozialisten mit einer Pistole. Einige hinzukommende SS- und SA-Männer versuchten nun, die beiden Mordgesellen festzunehmen und sie der Polizei zu übergeben.

²⁴ Runge ist heute noch der Ansicht, daß es nur eines „Knopfdruckes bedurft hätte, dann wäre das Reichsbanner marschiert; es hätte sich sofort die preußische Polizei angeschlossen, dann wäre es aus gewesen mit der Papenregierung“.

²⁵ Runge vermerkt: „Sehr gut erinnere ich mich an die Darlegungen (auf dieser Tagung) von Ernst Heilmann, als es um die Frage der Verbindungen zur KPD ging. Er erinnerte an Erklärungen Lenins: ‚Fakten schaffen, dann handeln . . .‘ Den Sozialdemokraten stützen, wie der Strick den Deliquenten am Galgen stützt.“ Schriftl. Ergänzung zum mündlichen Interview v. 9. 11. 1971.

²⁷ H. Runge, mündl. Mitteilung an den Verfasser. Zu diversen Zwischenfällen vgl. die NZ-Darstellungen und Duisburger Heimatkalender 1932.

Unterdes waren fünf Polizeibeamte des mehr als berüchtigten Polizeireviers 13, mit dem wir uns schon mehrfach beschäftigen mußten, herbeigeeilt und stürzten sich, wie es ja nicht anders zu erwarten war, auf die wenigen Nationalsozialisten und bedrohten sie mit gezogener Pistole. Besonders hervor tat sich der Oberwachtmeister Ide, gleichfalls vom Polizeirevier 13, der sein Seitengewehr zog und dem SA-Mann Hermdorf drohte, es ihm in den Leib zu jagen.

Wir sind es in Hamborn nun endlich satt, uns dauernd von marxistischen Polizeibeamten angreifen und bedrohen zu lassen. Auch hier lag wieder einmal ganz offenkundig subjektives Verhalten der Polizeibeamten vor, die gegen die Minderzahl der Nationalsozialisten vorgingen, um dem Mordgelichter des Reichsbanners die Flucht zu ermöglichen.

Wie wir weiter hören, soll sich auch in Bruckhausen ein Überfall auf einen Nationalsozialisten ereignet haben. Dort bequeme sich ein Schutzmann erst auf energisches Drängen einiger hinzukommender Nationalsozialisten dazu, die Täter mit zur Wache zu nehmen.

Das Verhalten der Polizei ist geradezu skandalös. Es ist zu befürchten, daß, wenn nicht Maßnahmen getroffen, die Beamten dazu anzuhalten, ihre Pflicht zu tun, es auch in Hamborn zu Ausschreitungen kommen wird, wie sie sich dieser Tage in Homberg ereigneten.

Wahrscheinlich ist das subjektive Verhalten der Beamten auf ein Flugblatt zurückzuführen, das die „Rote Schupozele“ anklebte, und auf dem die Beamten aufgefordert werden, nicht auf „Arbeiter“ zu schießen²⁸.

1.22 Ausschaltung der SPD im Duisburger Stadtparlament

Schon wenige Wochen nach dem spektakulären Reichsbannerhandstreich in Hamborn hatten die Nationalsozialisten das Duisburger Rathaus in der Hand. Wie sich die Machtergreifung hier vollzog, bleibt ein undurchsichtiger Vorgang.

Die Quellen aus jener Zeit sind zu spärlich, um den Vollzug im einzelnen rekonstruieren zu können. Zur Verfügung stehen als authentische Zeugnisse nur

- die Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg,
- die gedruckte „Niederschrift über die öffentliche Sitzung der neugewählten Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn“ vom 31. März 1933 und
- die Berichte der NS-„National-Zeitung“.

Liest man das Sitzungsprotokoll der Stadtverordneten-Versammlung vom 18. März, so ist man zunächst überrascht, hier noch eine ganz intakte parlamentarische Ordnung vorzufinden. Der protokollierte „Verhandlungsgegenstand“ schildert die ordnungsgemäße Bestätigung, Einführung und Verpflichtung der am 12. März neugewählten Stadtverordneten:

„Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und heißt alle Mitglieder herzlich willkommen. Er teilt mit, daß sämtliche neugewählten Stadtverordneten von ihrer Wahl benachrichtigt worden seien. Ablehnungen seien bis jetzt nicht eingegangen.

Das sozialdemokratische Mitglied, Herr Heintze, werde wahrscheinlich von sich aus sein Mandat niederlegen, weil er als städtischer Arbeiter nach neuen Bestimmungen nicht mehr Stadtverordneter sein dürfe.

²⁸ NZ Nr. 34 v. 4. Februar 1933.

Weiter habe sich Herr Hohmann, der als Bewerber des Wahlvorstandes der sozialdemokratischen Partei gewählt worden sei, für die heutige Sitzung mit Krankheit entschuldigt. Er habe außerdem mitgeteilt, daß er aus der sozialdemokratischen Partei und ihrer Stadtverordnetenfraktion ausgetreten sei. Über die Beibehaltung des Stadtverordnetenmandats habe er sich die Entscheidung vorbehalten²⁹ . . .“

Dieses steht wie die Erwähnung der Kommunistenaussperrung und eines Antrages der NS-Fraktion, marxistischen und jüdischen Organisationen die Verfügung über städtische Räume zu entziehen, so beiläufig in dem sachlichen Bericht, daß man den Eindruck gewinnen könnte, die nationalsozialistische Machtergreifung sei im März noch gar nicht oder nur als etwas, was mit der formalen Ordnung der städtischen Verwaltung nichts zu tun gehabt hätte, ins Duisburger Stadtparlament eingedrungen gewesen³⁰.

In Wirklichkeit aber war zu dieser Zeit schon eine zweite politische Vollzugsebene vorhanden, von der keine „ordnungsgemäßen Protokolle“ mehr angefertigt wurden. Auf ihr agierten bereits SA, SS und die Beamten von Görings Politischer Polizei, jene Rollkommandos, aus denen binnen Jahresfrist die Gestapo geschaffen wurde. Von diesen „Rollkommandos“ waren am 18. März auch die SPD-Stadtverordneten Hohmann und Heintze eingeschüchtert und kurz danach der Beigeordnete Cremers³¹ festgenommen worden³².

Am 1. April, einen Tag nach der Stadtverordnetensitzung, berichtete die Nationalzeitung in Schlagzeilen:

DAS NEUE STADTPARLAMENT TAGTE BEGINN DER AUFBAUARBEIT –

und darunter hieß es:

„Erbärmliche Feigheit der SPD-Bonzen³³“

²⁹ Von den Neugewählten waren neun Sozialdemokraten. Zu ihnen gehörten der Rektor Wilhelm Hohmann, der Straßenreiniger Josef Heintze und der Gewerkschaftssekretär Michael Rodenstock. Vgl. Stadtarchiv Duisburg. Niederschriften über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Januar 1932 bis August 1933. Blatt 99 — Das wenige, was sich in diesem Bericht über eine scheinbar völlig normal ablaufende Versammlung des Stadtparlaments an Ungereimtheiten findet, könnte bei rascher Durchsicht des Berichts leicht überlesen werden.

Links unten auf der ersten Seite steht wie eine belanglose Fußnote:

„Es fehlten entschuldigt Heintze und Hohmann. Die 12 kommunistischen Mitglieder dürfen nach dem Erlaß des Herrn Preußischen Ministers des Innern (Kommissar des Reiches) vom 20. 3. 1933 an den Sitzungen nicht teilnehmen . . .“

³⁰ Vgl. a. a. O., Blatt 88.

³¹ Vgl. hierzu Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg-Hamborn für 1932, S. 20 (Veröffentlicht im Juni 1933) „C. Stadtverwaltung. 1. Oberbürgermeister und Beigeordneter . . . Infolge der politischen Umwälzung wurde am 28. 3. 1933 der Beigeordnete Cremers, als Angehöriger der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, auf Anordnung des Polizeipräsidenten, hier, zu seiner eigenen Sicherheit in Haft genommen. Nach seiner Entlassung am 11. 4. 1933 ist er bis auf weiteres beurlaubt und später in den Ruhestand versetzt worden.“

³² Rektor Wilhelm Hohmann hatte zeitweilig in Schutzhaft gesessen und war später aus dem Schuldienst entlassen worden. Vgl. HD-Gestapo 8091/16 560. — Zu dieser Zeit waren auch schon einige Gewerkschaftsfunktionäre tagelang in „Schutzhaft“ gesetzt worden. So der Kassierer des DMV, Heinrich Hessler (vgl. AfW-Duisburg Akte 4652).

³³ NZ Nr. 90 v. 1. 4. 1933.

Drei Wochen später, am 23. April, las man in der Glossenspalte „Randbemerkungen“:

„Nachdem der Fraktionshüptling der SPD, Obergenosse Hohmann, seine roten Brüder verlassen hat, beginnen ihre Reihen sich bedenklich zu lichten. Der nächste bitte?

Es ist der Stadtverordnete Heinze, dem anscheinend eine Leuchte aufging, die ihn veranlaßte, sein Mandat niederzulegen.

Ohne Zweifel wird sein Beispiel Schule machen, zumal die wackren Sozis im Rathaus nur noch Statisten sind.“³⁴

Danach erfuhr die Öffentlichkeit nicht mehr viel über das Stadtparlament. Die NS-Zeitung, die in jenen Wochen bereits den Ton allein angab³⁵, stellte es so dar, als hätten die Nationalsozialisten keinen Zweifel mehr daran, daß die Sozialdemokraten auf politische Opposition verzichten wollten. Die Meldungen und Kommentare schossen sich auf andere Ziele ein. Neben der unablässigen Kampagne gegen die Juden und einer massiven, jedoch relativ kurzfristigen Angriffsserie gegen das Zentrum und die katholische Kirche³⁶ konzentrieren sich die Schlagzeilen auf „die Ausräucherung kommunistischer Agentennester“, Schupo- und Stahlhelmgleichschaltung³⁷, Gleichschaltung der Lehrerverbände³⁸, den Beginn nationalsozialistischer Kulturpolitik³⁹. Es folgte ein gezielter Angriff gegen die Person des Duisburger Oberbürgermeisters Dr. Karl Jarres (der im Mai zum Rücktritt gezwungen wurde)⁴⁰, abermals erschienen mehrere Berichte zum Thema „Gleichschaltung“ (u. a. der Anwaltskammer des Oberlandesgerichtes in Hamm)⁴¹, Berufung des „Führers der Glaubensbewegung Deutsche Christen“ im preußischen Kultusministerium „zur besonderen Behandlung kirchlicher Fragen“⁴² und schließ-

³⁴ NZ Nr. 111 v. 23. 4. 1933.

³⁵ Die sozialdemokratische „Volksstimme“ („Vosti“) war wie die gesamte SPD-Presse seit Februar verboten, während die liberale „Rhein-Ruhr-Zeitung“, wie das Zentrumsblatt „Echo vom Niederrhein“ sich in der Berichterstattung äußerste Zurückhaltung auferlegte.

³⁶ NZ Nr. 76 v. 18. März (Drei Vermißte ... Dr. Haberer vom zentrumlichen Lügenecho). NZ Nr. 79 v. 21. März (Randbemerkungen — Prälat Cüppers ... erläßt im Lügen-Echo folgenden Aufruf). NZ Nr. 79 v. gleichen Tage (Früchte katholischer Jugenderziehung). NZ Nr. 84 v. 26. März (Gegen Greuelpropaganda ... „Gefolterte Katholiken“). NZ Nr. 87 v. 29. März (Friede zwischen Kirche und Nationalsozialismus). NZ Nr. 87 v. gleichen Tage (Randbemerkungen. Beschlagnahme der gesamten Auflage des zentrumlichen Lügen-Echos). NZ Nr. 89 v. 31. März (Untat eines Zentrumsgeistlichen). NZ Nr. 88 v. 30. März (Aufdeckung kommunistischer Sprengstofforganisationen). NZ Nr. 93 v. 4. April (Rotes Mordgesindel festgenommen). NZ Nr. 93 v. 6. April (Ein glücklicher Fang. Mordgesindel hinter Schloß und Riegel). NZ Nr. 103 v. 14. April (Rund um den Förderturm). NZ Nr. 108 v. 20. April (Großer Schlag gegen die Hamborner Kommune). NZ Nr. 114 v. 26. April (Kommunistische Aktionszentralen im Grenzgebiet).

³⁷ NZ Nr. 96 v. 7. April (Hamborner Schutzpolizei bekennt sich zum Nationalsozialismus). NZ Nr. 98 v. 9. April (Wiederherstellung des Berufsbeamtentums). NZ Nr. 115 v. 27. April (Hakenkreuz am Stahlhelm). NZ Nr. 116 v. 28. April (NS-Kriegspopferversorgung und Kyffhäuserverband). NZ Nr. 118 v. 30. April (Das Verhältnis der NSDAP zum Stahlhelm).

³⁸ NZ Nr. 109 v. 21. April (Gleichschaltung in den rheinischen Lehrerverbänden).
ginn nationalsozialistischer Kulturpolitik³⁹. Es folgte ein gezielter Angriff gegen

³⁹ NZ Nr. 11 v. 23. April (Pg. Kelter kommissarischer Landesleiter des Kf DK).

⁴⁰ NZ Nr. 113 v. 25. April (Randbemerkungen ... Herr Jarres fuhr gestern morgen plötzlich nach Berlin).

⁴¹ NZ Nr. 114 v. 26. April (Die Anwaltskammer ... Hamm nationalsozialistisch).

⁴² NZ Nr. 113 v. 25. April (Dr. Kappler ... Einheitliche Verfassung des deutschen Protestantismus).

lich nach mehrmaligem Herausstreichen der NSBO⁴³ an den beiden letzten Apriltagen drei Schlagzeilen, die auf eine kurz bevorstehende Aktion gegen die SPD hätten hinweisen können, die aber unter den übrigen nicht sonderlich auffielen:

NZ Nr. 117 v. 29. April

Neuwahlen des Vorstandes der SPD

Das alte Bekenntnis zur Internationale

NZ Nr. 118 v. 30. April

Aufruf an die Bevölkerung von Duisburg-Hamborn (zur regen Anteilnahme am 1.-Mai-Umzug)

In derselben Ausgabe, 9 Seiten weiter:

Reichsbanner unerwünscht!

Versuch der Teilnahme am Mai-Umzug unter Strafe gestellt

Achtundvierzig Stunden später rollte im ganzen Reichsgebiet die Aktion gegen die Gewerkschaften. In Duisburg schlug die Terroraktion in unvorstellbare Brutalität um.

1.23 Eskalation des Terrors. Der 2. Mai 1933

In den späten Vormittagsstunden des 2. Mai 1933 hatten plötzlich SA- und SS-Kommandos vor den Wohnungen der Duisburger Gewerkschaftsfunktionäre gestanden. Sie wurden für verhaftet erklärt, in Lkws gefeuchtet und zum Gewerkschaftshaus in der Ruhrorter Straße gefahren. Hermann Müsken, damals Sekretär im Metallarbeiterverband, erinnerte sich an die darauffolgenden Stunden noch genau: „Wir wurden in die Kellerräume gestoßen, am Eingang standen der Kriminalkommissar Busch und der SS-Sturmbannführer Dr. Weyand. Wir waren verhaftet. Im Keller saßen schon einige. Es kamen dann noch mehrere durch die Tür gestolpert ... alles Gewerkschafter, die meisten Sozialdemokraten ... Neben mir hockte Rodenstock ... Schlösser, Birk und Rentmeister waren auch da.“ Unter den Festgenommenen befand sich auch August Seeling, damals junger Geschäftsführer im Zentralverband der Angestellten. Er war am gleichen Morgen im Duisburger Büro des ZdA verhaftet worden. Die Verhafteten wurden mehrmals von SA-Leuten angeschnauzt, dann namentlich aufgerufen, über frühere Militärdienstzeit, Dienstgrad und Auszeichnung ausgefragt. Michael Rodenstock, Emil Rentmeister, Johann Schlösser und Julius Birk wurden plötzlich in einen separaten Raum abgeführt. Man sah sie nie wieder. Die übrigen mußten nach ein paar Stunden antreten. Zwei oder drei aus der tobenden SA-Horde sprangen hervor und klatschten einigen einen Stempel mit drei Pfeilen (dem Zeichen der Eisernen Front) auf die Stirn. Anderen wurde eine Tafel um den Hals gehängt, auf der in großer Schrift stand: „Wir haben die Arbeiter verraten.“ Auf einmal ertönten Kommandos „im Laufschrift, marsch, marsch!“ und dann wurden sie von Weyand und dem damals ebenso berüchtigten SA-Mann Balthes eineinhalb Stunden lang durch mehrere Straßen getrieben, die stellenweise von schweigenden Menschen gesäumt waren⁴⁴.

⁴³ Die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen Organisation) war eigens dazu bestimmt, die Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben zu unterlaufen. Vgl. Hans G. Schumann, Nationalsozialisten und Gewerkschaften, S. 30 ff.

⁴⁴ Vgl. Schriftl. Darstellungen Peter Barth, AfW-Duisburg, Akte ZK 4501.

Wer nicht schnell genug laufen konnte, bekam Peitschenhiebe. Der SPD-Senior Horchler brach zusammen und mußte von zwei seiner Leidensgefährten getragen werden. Immer wieder mußte der Trupp die „Internationale“ anstimmen. Danach jagte die SA sie in den Hof des Polizeigefängnisses. Sie wurden in Zellen gesteckt und drei Tage in Arrest gehalten. Am 5. und 6. Mai wurden sie überraschend entlassen⁴⁵.

Um die Aktion perfekt zu machen aber krönten die Nationalsozialisten sie mit Zynismus ohnegleichen. Am 17. Mai setzten sie eine Vermißtenanzeige nach Birk in die National-Zeitung⁴⁶.

Am 19. Mai schickten sie noch einen Brief des NSBO-Beauftragten Mulhaupt an die Adresse des ermordeten Gewerkschaftsfunktionärs Johann Schlösser.

Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Duisburg, Ruhrorter Str. 11

Duisburg, den 19. Mai 1933

Herrn Johann Schlösser in *Duisburg*, Freiligrathstr. 26

Sehr geehrter Herr Schlösser!

Bedauerlicherweise sind Sie nach dem 2. Mai 1933 geflüchtet und nach den Unterlagen, die wir hier in Ihrem Schreibtisch gefunden haben, und auch nach den Mitteilungen seitens unserer Vertrauensleute haben Sie Ihren Aufenthalt in Belgien genommen. Wie wir nun weiter hören, sollen Sie in letzter Zeit hier gesehen worden sein. Wir verstehen nun nicht, warum Sie Ihre Diensttätigkeit nicht wieder aufnehmen.

Sollten Sie bis zum Montag, den 22. Mai 1933, hier nicht auf Ihrem Büro zwecks Ausübung Ihres Berufs erschienen sein, sehen wir uns veranlaßt, Sie fristlos zu entlassen. Ihre bereits bestehende Kündigung gilt selbstverständlich als noch in Kraft.

Heil Hitler!

der Beauftragte der N.S.B.O. der freien Gewerkschaften
gez. Unterschrift
Der Kommissar.⁴⁷

⁴⁵ Die Darstellung entspricht mündlichen Berichten von Herrn Hermann Müsken, Dgb. Meiderich — Juli 1968 und Herrn Oberbürgermeister a. D. August Seeling, v. 2. Sept. 1971, die vom Verfasser in einzelnen Passagen mitgeschrieben wurden. Eine mit diesen Berichten weitgehend übereinstimmende Darstellung wurde in der illegalen SPD-Zeitung „Sozialistische Aktion“ vom 13. 5. 1934 veröffentlicht, vier Wochen nachdem im Hünxener Wald die Leichen der Ermordeten entdeckt worden waren. Dieser Bericht verweist auf eine Meldung der „Deutschen Freiheit“ vom November 1933, mit der erstmals etwas über die Folterungen in Duisburg an die ausländische Öffentlichkeit gedrungen war. Anscheinend herrschte zu jenem Zeitpunkt noch keine volle Gewißheit über das Schicksal der vier sozialdemokratischen Gewerkschafter. Emil Rentmeisters Name wurde in beiden Meldungen nicht erwähnt bzw. unter dem Namen Schmalhans genannt. Schmalhans war der Name von Rentmeisters Pflegeeltern.

Zur Ermordung Johann Schlösser, Michael Rodenstock, Julius Birk, Emil Rentmeister, Akten des Amtes für Wiedergutmachung, Duisburg ZK 198 991, ZP 4841 a, ZK 4851 a, ZK 5736.

Alt-Oberbürgermeister Seeling hat nach Abschluß dieses Manuskriptteils aus seinen Erinnerungen einen schriftlichen Bericht über die Vorgänge angefertigt, der im Anhang vollständig wiedergegeben wird.

⁴⁶ Vgl. NZ Nr. 134 v. 17. Mai (Gewerkschaftsangestellter vermißt).

⁴⁷ Der Brief wurde von Hans Pelger unter den Akten des Duisburger Amtes für Wiedergutmachung entdeckt. Aktz. ZK 198 391.

1.24 Sieben Wochen Ungewißheit bis zur nächsten Aktion der politischen Polizei

Die Nationalsozialisten hatten mit Brutalität und Terror ihr Ziel erreicht. Die sozialdemokratische Opposition war verstummt. Nur eine schwarz-weiß-rote Fahne wurde in einer der folgenden Nächte in der Clemensstraße heruntergerissen⁴⁸, sonst rührte sich nichts. Die 20 Sozialdemokraten, die am 2. Mai für mehrere Tage ins Duisburger Polizeigefängnis eingesperrt waren, hatten Gründe dafür, daß sie sich nach ihrer Freilassung in Schweigen hüllten⁴⁹.

In den Stadtverordneten-Versammlungen vom 9. und 16. Mai fehlte die SPD-Fraktion. Der Stenograph notierte zu der Sitzung vom 9. Mai (die nur eine Dreiviertelstunde dauerte): „Nicht erschienen waren die sozialdemokratischen Mitglieder Engels, Kuron, Liedke und Rodenstock. 5 Sitze der sozialdemokratischen Fraktion ... sind zur Zeit unbesetzt⁵⁰.“

Das Ganze war ein diabolisches Schauspiel. Zumindest wußte der anwesende NS-Stadtverordnete Dr. Weyand, als einer der Akteure des 2. Mai, daß der „unentschuldig fehlende“ SPD-Stadtverordnete Michael Rodenstock ermordet war. Weniger abgebrüht schien diesmal Kreisleiter Multhaupt. Er fehlte „entschuldig“⁵¹.

Zur Sitzung vom 16. Mai, zu der Gauleiter Terboven eigens gekommen war, vermerkte das Protokoll:

„Einzigster Punkt der Tagesordnung: Einführung des kommissarischen Oberbürgermeisters⁵²“.

und in der linken Spalte der ersten Seite stand:

„Nicht erschienen war ein sozialdemokratisches Mitglied, die übrigen 8 Sitze der

⁴⁸ Vgl. hierzu Meldung der NZ v. 4. Mai 1933.

⁴⁹ Aus den Akten des Duisburger Amtes für Wiedergutmachung ließen sich von der Verhaftungsaktion Betroffene ermitteln: Peter Barth, SPD (Gewerkschaftssekretär des GV der off. Dienste des Personen- und Warenverkehrs); Josef Berger, SPD (Transportarb. Gew. Eisenre Front); *Julius Birk*, SPD (Bez.-Leiter der Binnenschiffer Gew. ermordet vermutl. in der Nacht v. 2./3. Mai); Wilhelm Birth, SPD (Transportarbeiter-Gewerkschaft); Wilhelm Böhm, SPD (Funktion nicht bekannt); Adam Dienst, SPD (Schiffer-Gewerkschaft); Justus Horchler, SPD (DMV); Josef Joschko, SPD (DMV, Reichsbanner); Hermann Kirchoff, SPD (Deutscher Baugewerksbund); Heinrich Lindner, SPD (schon vorher verhaftet); Richard Moser, SPD (Verb. der Brauerei- und Mühlenarbeiter); Reinhold Moerders, SPD (Gewerkschafter); Karl Quast, SPD (Deutscher Buchdrucker-Verband); *Emil Rentmeister*, SPD (Schriftführer des ZdA, ermordet vermutlich in der Nacht v. 2./3. Mai); *Michael Rodenstock*, SPD (Angest. des Verkehrsbundes und Vorsitzender des Duisburger Reichsbanners, ermordet vermutlich in der Nacht vom 2./3. Mai); Franz Ring, SPD (DMV); Gustav Sander, SPD (Vors. des Deutschen Verkehrsbundes); *Johann Schlösser*, SPD (DMV, ermordet vermutlich in der Nacht vom 2./3. Mai); Heinrich Tütting, SPD (Transportarbeiter-Gewerkschaft); August Vogel, SPD (Reichsbanner, schon am 24. 3. verhaftet — wegen unbef. Waffenbesitzes).

⁵⁰ Da die SPD nach der Neuwahl vom 12. 3. 1933 über 9 Sitze verfügte, waren ihre Plätze also leer geblieben. Nach der dreiviertelstündigen Session v. 9. Mai, in der nach den Abkürzungen des Protokolls nur Nationalsozialisten und Zentrumsmitglieder Anträge gestellt hatten, wurde „in geheimer Sitzung weiterverhandelt“. Über den Teilnehmerkreis und das behandelte Thema wurden keine Aufzeichnungen gemacht.

⁵¹ Vgl. Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, vom 9. 5. 1933, S. 14.

⁵² Dr. Jarres war schon auf der Sitzung am 9. Mai „beurlaubt“. Am 16. Mai wurde Pg. Dr. Kelter als kommissarischer Oberbürgermeister eingesetzt.

sozialdemokratischen Fraktion und 1 Sitz der Zentrumsfraktion sind zur Zeit unbesetzt⁵³.“

An diesem Tag war die Machtergreifung in Duisburg bereits vollzogen. Die Verbindungen der Sozialdemokraten zur Parteizentrale waren abgerissen. Außerdem wußte niemand genau, wo sie sich wirklich befand, denn natürlich waren Gerüchte durchgedrungen, daß sich in Berlin nur noch zwei oder drei Vorstandsmitglieder aufhielten, und die übrigen Führungskräfte ins Ausland geflüchtet waren. Am 12. Juni beseitigte Terbovens „National-Zeitung“ die Ungewißheit mit Schlagzeilen:

SPD doch in Prag, Parteivorstand und „Vorwärts“

Die Übriggebliebenen machen in Parlamentarismus – Klägliches Ende⁵⁴

Um keinen Zweifel an den Meldungen aufkommen zu lassen, inszenierten die Nationalsozialisten am folgenden Tag mit großem Aufgebot brauner Uniformen in der Tonhalle eine NSBO-Fahnen-Weihe und anschließend ließen sie mehrmals SA-Trupps aufmarschieren⁵⁵.

Wer immer noch nicht begriff, was die Stunde geschlagen hatte, erfuhr es ein paar Tage später, am Morgen des 23. Juni an den Zeitungskiosken, als ihm dort die Balenüberschrift der National-Zeitung-Titelseite vor Augen stand:

Unrühmliches Ende der SPD

kein Raum für Landesverräter und Volkszerstörer

Ausrottung mit Stumpf und Stiel⁵⁶

Sozialdemokraten in ehemals exponierter Stellung hatten wenig Zeit zu überlegen, wie sie sich nun verhalten sollten. Die Ia-Abteilungen der Polizeipräsidenten, durchweg schon mit Hilfe des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von zuverlässigen Nationalsozialisten besetzt⁵⁷, hatten ihre Weisung bereits in der Schreibtischschublade. Sie lautete: Inschutzhaftnahme aller ehemaligen SPD-Funktionäre⁵⁸. Auf der Liste des Duisburger Polit. Kommissars Schaefer stand für diesen Tag der SPD-Stadtverordnete und preußische Landtagsabgeordnete Ernst Müller⁵⁹. Er wurde am

⁵³ Vgl. Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 16. 5. 1933, S. 26.

⁵⁴ Vgl. NZ Nr. 159 v. 12. Juni 1933.

⁵⁵ Vgl. Berichte der NZ Nr. 160 v. 13. Juni.

⁵⁶ NZ Nr. 170 v. 23. Juni 1933.

⁵⁷ Reichsgesetz v. 7. 4. 1933 (RGBl. S. 175). Durch dieses Gesetz wurde u. a. bestimmt, daß alle Beamten aus dem Dienst zu entlassen oder in den Ruhesand zu versetzen waren, die sich nicht „rückhaltlos hinter die nationale Regierung gestellt und sich hierzu hervorragend bewährt haben“.

⁵⁸ Der Funkspruch v. 23. 6., der im übrigen erste Rivalitäten zwischen Polit. Polizei und SA verrät, hatte folgenden Wortlaut: „Berlin Nr. 172/1. Verschlüsselt. An alle — 2 Teile — einsch. — Alle führenden SPD-Funktionäre sofort in Schutzhaft nehmen, falls Gefahr besteht, daß SA selbständig vorgeht. Für Nichtinhaftierte tägliche Meldepflicht anordnen. Nichtpreußischen Stellen wird anheim gestellt, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Geh. Staatspol. — Amt Berlin Dez. V“ (s. HD-Gestapo 36 100).

⁵⁹ Müller war dort bis Weihnachten inhaftiert. Er kehrte nicht nach Duisburg zurück, sondern zog, da er wahrscheinlich weitere Schikanen befürchtete, nach Entlassung aus dem KZ in seine Geburtsstadt Weidenhausen. Vgl. HD-Gestapo 36 100. Der Vollzug der Verhaftung Ernst Müllers ist in den Gestapo-Akten teilweise in den Unterschriften vorhanden. Vgl.

25. Juni morgens um 6 Uhr 30 in seiner Wohnung verhaftet und entweder am selben Tag oder einen Tag später in das Konzentrationslager Börgermoor abtransportiert. Die bürokratische Perfektion, mit der politische Gegner ausgeschaltet wurden, dokumentieren zwei Laufzettel, die das Duisburger Polizeipräsidium dem Konzentrationslager Börgermoor zugestellt hatte.

Duisburg, Polizeipräsidium, Düsseldorfer Straße 161
EILT!

An die Verwaltung des Konzentrationslagers

Börgermoor bei Papenburg an der Ems.

Betrifft: Beiliegende Verfügung bitte ich dem dort einsitzenden Ernst Müller, geboren am 6. Januar 1874 in Weidenhausen, Kreis Eschwege, in Duisburg, Lerchenstr. 45, wohnhaft gewesen, zuzustellen. Die Anlage 1 bitte ich nach Ausfüllung hierher zurückzusenden.

Um Beschleunigung wird gebeten, da ich dem Herrn Regierungspräsidenten zu berichten habe.

Im Auftrage: Schaefer

Der Polizeipräsident. Duisburg-Hamborn, den 8. Sept. 33

Abschrift.

Polizeiliche Verfügung.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ist es aus staatspolizeilichen Gründen notwendig, Ihnen Ihre persönliche Freiheit zu entziehen.

Sie sind daher bis auf weiteres polizeilich festgenommen worden.

Im Auftrage: Schaefer

An

Herrn Ernst Müller

z. Z. Börgermoor b. Papenburg

a. d. Ems

Zugestellt am: . . .

Empfang bescheinigt

Ernst Müller

den 12. September 1933 Lg. I⁶⁰.

1.3 *Versuche zur Formierung einer illegalen SPD-Gebietsorganisation*

1.31 Ein Reichsbannermann schafft konspirative Verbindungen. Die sozialdemokratische Untergrundarbeit läuft an

Zunächst waren es nur einzelne Gespräche gewesen. Sie fanden statt vor dem Arbeitsamt in Moers, wo sich arbeitslose Sozialdemokraten beim Abholen ihrer Unterstützungsgelder trafen, etwa im Juni 1933, als im benachbarten Duisburg die Erinnerung an die Terroraktion der SA am 2. Mai noch lähmendes Schweigen verbreitete. Ein zwei Jahre später von der Gestapo zur Aussage gezwungener Arbeiter berichtete:

hierzu Blatt 3 der Akte 36 100 (H. Staatsarchiv Düsseldorf) mit folgenden Eintragungen: „Duisburg-Hamborn, den 24. 6. 1933. Auf Anordnung von Herrn Krim.-Kommissar Schaefer ist der sozialdemokratische Stadtverordnete Ernst Müller, Lerchenstr. 45, am 25. 6. gegen 6.30 vorm., in Schutzhaft zu nehmen und in das Polizeigefängnis einzuliefern. Bind. Krim.-Assistent.“

⁶⁰ Aufgefunden in der Gestapoakte 36 100.

„... Einige Monate nach dem politischen Umsturz des Jahres 1933 ... auf dem gemeinsamen Rückweg vom Arbeitsamt kam, wie schon häufig vorher, das Gespräch darauf, ob die Regierung Adolf Hitlers wohl von Bestand sein würde oder ob sie infolge der vielen Schwierigkeiten, die sich vor ihr auftürmten, bald durch eine andere Regierung würde abgelöst werden müssen. Die beiden oben Genannten und auch ich waren damals noch der Auffassung, nach kurzer Zeit würde die nationalsozialistische Regierung gescheitert sein. Bei dieser Gelegenheit kam H. Runge ... darauf zu sprechen, daß man versuchen müsse, mit den ehemaligen Gesinnungsfreunden in Verbindung zu bleiben, man müsse den Kontakt mit ihnen aufrechterhalten und immer wieder den Gedanken lebendig erhalten, daß die jetzige Regierung wieder durch eine andere Regierung, die uns wieder eine Betätigungsmöglichkeit einräumen müsse, abgelöst werden würde. L. ... und ich stimmten dieser Auffassung zu und haben ... auch dann in der Folgezeit beim Zusammentreffen mit irgendwelchen Bekannten immer den Standpunkt vertreten: Bald kommt wieder eine andere Regierung⁶¹.“

Der Parteisekretär und Reichsbannertruppführer Runge, von dem oben schon die Rede war, wurde damals nicht verhaftet. Auch nicht am 23. Juni, als das Verbot über die Sozialdemokratische Partei fiel und eine zweite Verhaftungswelle einsetzte. Görings politische Polizei wußte nicht, daß er bereits den illegalen Aufbau des Reichsbanners in Moers versucht hatte⁶². Außerdem residierte in Moers als Chef der Ortspolizei noch ein Bürgermeister, der trotz Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei gegen die Nationalsozialisten war. Er erließ keinen Schutzhaftbefehl gegen Sozialdemokraten, sondern kam Görings Befehlen nur insoweit nach, als er veranlaßte, daß die listenmäßig geführten sozialdemokratischen Funktionäre und Gewerkschafter sich täglich um 8 Uhr auf der Polizeiwache im Rathaus melden mußten⁶³.

In diesen Wochen wurde Runge wieder aktiv. Er nutzte die Zeit zwischen 8 und 8 von Tag zu Tag, um sich mit weiteren Genossen zwischen Moers und Duisburg in Verbindung zu setzen. Runge wollte, noch beflügelt von der letzten Konferenz in Berlin, wo er den Spitzen der Partei begegnet war, für den Zusammenhalt der Genos-

⁶¹ Ergänzende Aussage zum Protokoll vom 4. 5. 1935 (hier irrtümlich mit dem 4. 5. 1934 angegeben) mit dem Einleitungssatz: „Im Anschluß an meine gestrige mündliche Vernehmung ... will ich wahrheitsgemäß schildern, in welcher Weise sich ... (die illegale Tätigkeit) abspielt hat ...“ 6 OJs 596/35 Bd. I, Bl. 54.

⁶² Mündliche Auskunft Hermann Runges vom 9. 11. 1971.

⁶³ Mündliche Auskunft Hermann Runges vom 9. 11. 1971. Über die „unzuverlässige“ Schutzpolizei hatte die National-Zeitung schon seit Februar ihren Unmut geäußert. Höhepunkt war ein Zwischenfall am 1. Februar in Homberg, als Landjäger einen Mann in einer SA-Gruppe stellten, der offen einen Dolch trug. Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und SA, die in einen Schußwechsel umschlug, bei dem der Polizist Pließ und zwei SA-Leute, Paffrath und Markus, getötet wurden. Die NS-Presse machte daraus eine riesige Propagandaaktion gegen die Schutzpolizei und goß damit Öl ins Feuer. Als 6 Tage später die beiden SA-Leute mit großem Aufgebot von SA- und SS-Einheiten in Hamborn beerdigt werden sollten, wurde der Zug in der Krummacherstraße plötzlich aus dem Hinterhalt beschossen, wobei es abermals einen Toten gab. Da jetzt die Nationalsozialisten den Vorfall nicht mehr der Polizei anlasten konnten, wüteten sie gegen die Kommunisten, ohne jedoch jemals beweisen zu können, daß es sich bei den Schützen tatsächlich um Kommunisten gehandelt hatte. Gleichzeitig nutzten sie den zweiten Vorfall zur Diffamierung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Dr. h. c. Meyer. Vgl. NZ Nr. 32, 33 v. 2., 3. Febr. 1933.

sen sorgen. Für ihn war alles nur eine Frage der Zeit, bis „etwas geschehen“ und die Stunde der Sozialdemokraten da sein würde.

Ungeachtet seiner knappen Arbeitslosenunterstützung und der Gefahr, von einer SA-Streife ertappt zu werden, unternahm er ab August/September immer größer werdende Reisen mit der Bahn oder per Fahrrad. Und bald bekam er Verbindung mit ehemaligen Freunden aus der Partei und der sozialistischen Jugend in Gelsenkirchen, Solingen und anderen Orten. Er fuhr nach Düsseldorf, wo Edith Holtmann, die frühere Sekretärin des nach Holland emigrierten Bezirksvorsitzenden Ernst Schumacher, wohnte⁶⁴. Sie hatte bereits mehrmals mit Grüßen von „Sch“ (Ernst Schumacher) das vom Exilvorstand herausgegebene Nachrichtenblatt „Sozialistische Aktion“⁶⁵ von einem Rheinschiffer aus Holland erhalten⁶⁶. Ein paar der für den unauffälligen Transport in Prag auf Kleinformat gebrachten Zeitungen brachte Runge unter der Jacke versteckt nach Moers und nach Duisburg⁶⁷. Der Duisburger Brotverkäufer Sebastian Dani in der Grabenstraße, die Lehrerin Johanna Niederhellmann in Ruhrort und der Stellmacher Karl Hankamer in Hochfeld gehörten zu den ersten Abnehmern⁶⁸.

Eines Tages signalisierte Edith Holtmann Runge die Ankunft „hohen Besuchs“ in Düsseldorf. Es war Fritz Heine, der inkognito aus Prag gekommen war, um mit Düsseldorfern die Lage und Agitationsmöglichkeiten zu erörtern⁶⁹. Das Treffen kam unauffällig unter freiem Himmel in einer Kaiserswerther Gartenwirtschaft zustande⁷⁰.

Kurz danach fuhr Runge nach Nijmegen. Von Edith Holtmann hatte er über einen ihrer Kuriere den Aufenthaltsort Ernst Schumachers mitgeteilt bekommen⁷¹. Den für den Grenzübertritt benötigten Passierschein hielt ein Polizist (!) in Kempen bereit. Es war ein eingeweihter früherer Sozialdemokrat. Er hatte das Grenzpapier mit Runges Bild auf den Namen „Ernst Reuter“ pünktlich fertiggestellt⁷². Pünktlich kam auch das Treffen mit „Hans Sachs“ in Nijmegen zustande. Schumacher weihte dort Run-

⁶⁴ Diese von Runge dem Verfasser angegebenen Kontakte (mündl. Auskunft 9. 11. 1971) waren teilweise später auch vom Oberreichsanwalt ermittelt worden, u. a. Kontakte mit Ernst Gnos und Willi Renner. Vgl. ORA Anklageschrift 9 J 479/35.

⁶⁵ Die „Sozialistische Aktion“ wurde in Prag von Paul Hertz redigiert und diente seit Eröffnung der „Wahrheitsoffensive“ gegen den Nationalsozialismus speziell zur politischen Agitation in Deutschland. Vgl. Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 135, mit weiteren Quellenangaben.

⁶⁶ Vgl. 6 OJs 693/35 Aussageprotokolle Edith Holtmann vom 27. 9. 1935, 6. 1. 1936.

⁶⁷ Die Verbindung zu Runge verstand Edith Holtmann im späteren Prozeß sehr gut zu verschleiern, indem sie sich auf rein private, freundschaftliche Beziehungen festlegte; vgl. 6 OJs 693/35, Blatt 9 f., 13. Runge hingegen erklärte mündlich dem Verfasser, daß er damals auch von ihr Zeitungen bekommen habe.

⁶⁸ Wieweit damals schon Johanna Niederhellmann für weitere Verbindungen sorgte, ließ sich anhand der Akten nicht ermitteln. Runge berichtete indessen, daß die Lehrerin, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur SPD aus dem Schuldienst entlassen worden war, schon früh „mit Feuer und Flamme“ für die illegale Arbeit eintrat — ganz im Gegenteil zu ihren späteren schriftlichen Angaben vor Gericht. Vgl. Aussagen 6 OJs 596/35 Bd. 3.

⁶⁹ Fritz Heine leitete seit Juni die Verlagsarbeit und den Literaturvertrieb in Prag und reiste mehrmals mit gefälschten Pässen durch Deutschland, um sich an Ort und Stelle von der politischen Lage zu überzeugen.

⁷⁰ Mündliche Auskunft Runges. Sie entspricht einer früheren Auskunft Fritz Heines an den Verfasser und ergänzt Angaben bezügl. Ort und Zeit, an die Heine sich nicht mehr genau erinnern konnte.

⁷¹ Mündliche Auskunft Hermann Runges vom 9. 11. 1971.

⁷² Mündliche Auskunft Hermann Runges vom 9. 11. 1971.

ge in den Plan ein, ihm mit Hilfe des Generalsekretärs der Internationalen Transportarbeiterförderation (ITF), Edo Fimmen, regelmäßig die Nachrichtenblätter der SOPADE zuzuleiten.

Die Schriften sollten den Genossen die Gewißheit geben, daß die SPD-Führung vom Exil aus die Sozialistische Internationale gegen das NS-Regime zu mobilisieren versuchte.

Zuverlässige Matrosen brachten von nun an die Blätter in den Ruhrorter Hafen. Zunächst funktionierte alles ausgezeichnet, dann aber aus irgendeinem Grunde nicht mehr. Runge mußte an SA- und SS-Truppen vorbei zweimal eiligst nach Neuß radeln, um Fimmens ITF-Leute von ihrer „heißen Ware“ zu befreien. Danach rissen vorerst die Verbindungen zu „Hans Sachs“ alias Ernst Schumacher ab⁷³.

Runge fuhr zu Genossen nach Kempen und Mönchengladbach, um mit ihrer Hilfe an einen Altbekannten aus der „Eisernen Front“, Paul Emmen, heranzukommen, der an der belgischen Grenze das Einschleusen von ITF-Informationen besorgte⁷⁴. Bald bekam Runge wieder neues Nachrichtenmaterial. Der Transport lief jetzt nicht mehr über Schumacher, sondern über Gustav Ferl, dem letzten Zweiten Vorsitzenden des „Reichsbanners“, der inzwischen vom „Maison du Peuple“ der belgischen Sozialisten in Brüssel aus via Maastrich, Verviers und Aachen ein Kontaktsystem bis in das linksrheinische Gebiet aufzubauen versuchte⁷⁵.

Die SOPADE setzte Ende Oktober, Anfang November eine erste große Propagandaaktion in Gang. Hunderte von Exemplaren der „Sozialistischen Aktion“, die mit bezahlten Berufsschugglern und über wagemutige Kuriere ins Reichsgebiet eingeschleust wurde, riefen die Arbeiter auf, sich dem „Volksentscheid“ am 12. November zu widersetzen, mit dem Hitler nachträglich den Austritt aus dem Völkerbund legitimieren wollte⁷⁶. Nach der Ouvertüre mit einer begrenzten Auflage des „Neuen Vorwärts“ vom 22. Oktober (Schlagzeile auf der Titelseite:

Nein! Nein! Nein! Wer für Deutschland ist, stimmt gegen Hitler!)

⁷³ Mündliche Darstellung Hermann Runges. Sie ergänzt die Ermittlungslücken im Verfahren ORA 9 J 479/35; entspricht aber auch den Berichten Ferls und Schumachers an die SOPADE in Prag, aus denen die damalige Umstrukturierung in der Grenzarbeit hervorgeht. Zu dieser Zeit war der Ruhrorter Hafen schon Anlaufstelle und Umschlagplatz für die kommunistische Propagandaliteratur, was zu einigem Durcheinander führte, u. a. dazu, daß die Zeitungen der SOPADE versehentlich in den Verteilerapparat der illegalen KPD (Gruppe Huber-Trauden) geriet. Vgl. Widerstand an Rhein und Ruhr, hrsg. von Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes, Düsseldorf 1969, S. 40 f. Im einzelnen hierzu in der vorliegenden Darstellung Kapitel „Der kommunistische Widerstand“, Abschnitt „Technik der Nachrichtenverbreitung“.

⁷⁴ Mündl. Auskunft Runges. Zu Paul Emmen vgl. Helmut Esters/Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967, S. 40, S. 49 ff. Vgl. auch VG-Urteil 9 J 315/37; S. 27 f., 36.

2 H 50/37

Hier jedoch keine Ermittlungen über Kontakte mit Runge! Sie konnten offensichtlich verschwiegen werden.

⁷⁵ Vgl. Berichte Gustav Ferl an SOPADE-Prag ab Juli 1933. SOPADE-Bestand Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), vgl. auch ORA Anklageschrift 9 J 479/35, S. 42, 48 f., hier allerdings z. T. falsche Vermutungen bezüglich des Zeitpunktes. Zur Person Gustav Ferls vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34), Düsseldorf 1966, insbes. S. 63.

⁷⁶ Vgl. im einzelnen hierzu Bracher-Sauer-Schulz, Machtergreifung, S. 348 ff.

kam eine Großserie der „Sozialistischen Aktion“ vom 29. Oktober 1933 mit Titelzeile:

„Das Volk antwortet: Nein!“

Im Textteil des Leitartikels nochmals fett hervorgehoben:

Unsere Parole zum 12. November: Volksentscheid: Nein!

Wir klagen die Reichsregierung an des Verbrechens am deutschen Volke –

Wir verurteilen die Militarisierung –

Wir klagen die Reichsregierung an der Vergewaltigung der Freiheit des Volkes –
Die Regierung bedeutet Kriegsgefahr, den Tod der Freiheit, die Gefährdung des Lebens des Volkes! –

Darum antworten wir: Nein!

Mit der Ausgabe vom 5. November folgte die dritte Attacke. Auf der Titelseite:

Die Freiheit lebt! Deutschland erwache!

Darunter waren u. a. die Zeilen hervorgehoben:

Auf allen Gebieten haben sie Bankrott gemacht – sie wollen Europa in Brand stecken –

Das Ende ist der Krieg! –

Deutschland erwache! Erwache aus diesem Wahnsinn! Volksabstimmung: Nein!

Wieviele dieser Zeitungen damals den Duisburger Raum erreichten, läßt sich nicht mehr ermitteln. Die Verteilerorganisation stand noch auf schwachen Füßen. In Duisburg war es vermutlich jeweils nur ein kleiner Kreis um die Lehrerin Niederhallmann, den früheren Stadtverordneten Kuron, den ehemaligen Hochfelder Ortsvorsitzenden Karl Hankammer und den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Dani, an die Runge einige Exemplare heranbringen konnte. Doch von Woche zu Woche wurde durch die Aktivität Runges, der auch an den kältesten Wintertagen unterwegs war, die Abonnentenzahl – und damit die illegale SPD – größer.

Am 31. März 1934 berichtete Ferl aus Brüssel an Sopade, „z. Hd. des Genossen Cr. Prag“

„Werte Genossen,

im Westen nimmt jetzt die Arbeit festere Formen an. Die Genossen sind sich auch einig darüber, daß für den Oberrhein und Teile des Niederrheins R. in M. die Führung haben soll. Er steht mit mir durch einen Mittelsmann in ständiger Verbindung; auch während der Ostertage erfolgt eine Zusammenkunft. Es wäre jetzt zu prüfen, ob für R. die finanzielle Unterstützung in Frage kommen soll, die Genosse Cr. in L. zugesagt hat, d. h. für die Arbeitsleistung im Innern. Zu prüfen wäre auch, wie es ihm zugeleitet werden soll, ob durch mich oder von Euch aus direkt. Ich würde das Erstere empfehlen aus Gründen, die nicht näher erörtert zu werden brauchen.

Erwähnen will ich noch, daß der Genosse Hans Sachs und ich uns dahin verständigt haben, daß H. S. Antwerpen mit bearbeitet und daß ich die von R. erfaßten Gebiete des Niederrheins mit besorge. Diese Regelung dürfte, nachdem H. S. nun einmal in A. ist, angebracht sein.“

Mit sozialistischen Grüßen
F. G⁷⁷.

⁷⁷ AsD, Bestand Sopade, vorläufig „Allgemeine Korrespondenz“, Sig. „F“. Die Entschlüsselung der abgekürzten Personennamen ergibt: Genosse Cr. = Crummenerl (Finanzverwalter der

1.32 Ideologische Barrieren zwischen Widerstandskreisen. SOPADE versucht den Alleingang

Die Widerstandsbewegungen der Arbeiterschaft stießen aber schon sehr bald im Untergrund auf Hindernisse, die ein gemeinschaftliches Handeln gegen die faschistische Zwangsherrschaft unmöglich machten. Es zeigten sich außer den begrenzten Möglichkeiten, die erforderlichen Geldmittel aufzubringen, und den Schwierigkeiten, die sich aus Meinungsverschiedenheiten in Prag ergaben, andere gravierende Hemmnisse.

Die SAP, die bei ihrer Selbstauflösung zwar die Parole ausgegeben hatte, daß ihre Anhänger sich der illegalen SPD anschließen sollten, befolgte die Empfehlung nicht, sondern versuchte die Führung zunächst an sich zu ziehen, ja sie widersetzte sich stellenweise sogar den Bemühungen der SPD, im Untergrund eine Wiedervereinigung zustande zu bringen⁷⁸.

Anarchosyndikalisten und KPO versuchten sich gebietsweise in einer „kleinen Entente“, führten aber im übrigen ihr sektiererisches Dasein weiter⁷⁹.

Auch der antifaschistische Teil der katholischen Arbeiterschaft blieb isoliert⁸⁰.

Vor allem aber nahm die illegale KPD die absolute Führungsrolle in der Widerstandsbewegung für sich in Anspruch. In Duisburg zeigte sie diesen schon beim Einsatz ihrer ersten Instrukteure, die speziell für den Aufbau einer illegalen Gewerkschaftsorganisation ausgebildet waren⁸¹. Der sozialdemokratische Exilvorstand zog daraus die Konsequenz, im Reich die eigene illegale Arbeit stärker als bisher voranzutreiben. Ungeachtet der internen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der „alten“ und „neuen“ Linken („Neu-Beginnen“), ging der „innere Kreis“ um Otto Wels in Prag schon Anfang 1934 spürbar auf Gekrenktheit gegen die Einheitsfront⁸².

Sopade); R. in M. = Runge in Moers; L. = vermutlich Lüttich; H. S. = „Hans Sachs“ = Ernst Schumacher; F. G. = Ferl, Gustav.

⁷⁸ Aufschlußreich hierzu Ferls Bericht an SOPADE v. 5. April 1934, in dem es u. a. heißt: „... In ... — Stadt sabotiert ... ein ehemaliger S. A. P.-Mann unsere Arbeit ... Er lehnt unser Material ab und leider parieren seine Helfer, obwohl — wie mir bekannt ist — viele seine Taktik verurteilen ...“ AsD-Bestand SOPADE, vorläufig unter „Allgem. Korrespondenz“, Buchstabe F).

⁷⁹ Vgl. hierzu Kapitel „Die anarcho-syndikalistische Widerstandsbewegung“.

⁸⁰ Vgl. Kapitel „Der katholische Widerstand“.

⁸¹ Vgl. Kapitel „Der kommunistische Widerstand“.

⁸² Die Wandlungen von einer versöhnlichen Haltung gegenüber den Kommunisten im Interesse einer revolutionären Kampffront gegen den Nationalsozialismus zu einer Ablehnung der Einheitsfront mit den Kommunisten läßt sich in der „Sozialistischen Aktion“ zwischen Januar und Februar 1934 deutlich ablesen. Schrieb die Soz. Aktion vom 28. Januar noch: „... Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahllosen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär ... (die) Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte auferlegt ...“, so heißt es in der Ausgabe vom Sonntag, 18. 2. 1934, unter der Überschrift „Verächtlich die Sozialdemokratie — die Politik der Kommunisten“ u. a.: „... Die Kommunisten ... halten krampfhaft fest an ihrer hergebrachten Auffassung, daß nur sie berufen seien, die Führung der Arbeiterbewegung zu übernehmen; sie stehen blind und unbelehrbar den umstürzenden Ereignissen des letzten Jahres gegenüber; sie predigen nach wie vor den unerbittlichen Kampf gegen die Andersdenkenden, vor allem gegen die Sozialdemokraten, die sie für alles Unheil verantwortlich machen: Sie betrachten die Einigung der Arbeiterklasse nur dann als durchführbar, wenn sich alle anderen sozialistischen Gruppen und Parteien ihnen unterworfen und in die Kommunistische Partei eingereiht haben ...“ Weitere Textstellen der „Sozialistischen Aktion“ vgl. Faksimile im Anhang.

Um sich ein genaueres Bild von der Stimmung an Rhein und Ruhr zu machen, hatte die SOPADE im Mai 1934 in Brüssel eine Geheimkonferenz vorbereitet, zu der die führenden Köpfe einiger illegaler SPD-Gruppen über einen ausgeklügelten Lotsendienst gerufen wurden.

Mit gefälschten Pässen für den kleinen Grenzverkehr ausgestattet, reisten sie als Wochendausflügler getarnt zunächst nach Holland ein und dann über die belgische Grenze per Bahn weiter nach Brüssel, entsprechend den Gepflogenheiten der Belgier mit Kopfbedeckung, in den „Peuple“ oder in eine ähnlich lautende Zeitung vertieft⁸³. Eine Gruppe, Hermann Runge, Ludwig Lude aus Stolberg, Willi Schirrmacher aus Köln, Adam Romboy aus Rheindahlen, Josef Gottmanns aus Giesenkirchen, Ernst Alex aus Mönchengladbach, Theodor Schlagermann aus Kempen und Karl Hankammer aus Duisburg (ehemals zweiter Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hochfeld) hatten den Auftrag, über Maastrich zu fahren⁸⁴. Gustav Ferl wollte sich ihnen hier als Grenzsekretär zu erkennen geben⁸⁵.

Am anderen Tag in Brüssel standen Fragen der illegalen Organisation im Vordergrund. Eine „Einheitsfront mit den Kommunisten“ wurde nicht diskutiert⁸⁶. Anscheinend waren auch die Befürworter der Einheitsfront, Böchel und Aufhäuser, nicht vertreten⁸⁷. Für die Untergrundarbeit wurden konkrete Richtlinien aufgestellt. Der Ausbau der illegalen Gruppen sollte über „Lesezirkel“ zur Weiterverbreitung der „Sozialistischen Aktion“ intensiviert werden. Die Mitglieder des exilierten Parteivorstandes (vertreten waren u. a. Wels, Hertz, Crummenerl und Hilferding) waren

⁸³ So die mündliche Darstellung Danis an den Verfasser, der die Anweisungen von einer späteren Reise kannte, an der er selbst teilgenommen hatte, s. u.

⁸⁴ Vgl. Anklageschriften 6 OJs 569/35 und ORA 9 J 479/35.

⁸⁵ Es fällt im nachhinein auf, daß dieser Vortrupp fast ausnahmslos aus ehemaligen Reichsbannerangehörigen bestand. Auch Ferl war früher führender Reichsbannermann gewesen (s. u.). Die Widerstandsorganisation am Niederrhein schien paramilitärische Züge anzunehmen. Unter den Bedingungen der zunehmend gefährlicher werdenden Untergrundarbeit wäre es an sich sehr naheliegend gewesen, wenn seitens der SOPADE an eine Kaderbildung aus Gruppen des alten Wehrverbandes gedacht worden wäre. Eine solche Absicht läßt sich indessen bisher quellenmäßig nicht belegen. Es hat vielmehr den Anschein, daß die führende Rolle ehemaliger Reichsbannermitglieder innerhalb der illegalen SPD am Niederrhein sehr eng mit der Person Runges zusammenhing. Man sollte es später noch deutlicher sehen. Wenn andererseits Ferl „seine Leute“ erst nach Maastrich kommen ließ, so spielten sicher organisatorische Gesichtspunkte eine Rolle: Entgegennahme von Berichten, Instruktionen für Brüssel, denn es mußte, um jedes Aufsehen zu vermeiden, alles zügig abgewickelt werden. Vielleicht aber wollte auch Ferl, der mit Karl Höltermann zum Gründerkreis gehörte und erklärte Repräsentant der revisionistischen Richtung war, aus eigener Initiative politisch „vorsondieren“, zumindest sich darüber informieren, ob es am Niederrhein zu Spannungen zwischen Vertretern des rechten und linken Flügels gekommen war.

⁸⁶ Sie wurde jedenfalls von keinem der später verhafteten Teilnehmer an dieser Konferenz in irgend einer Aussage erwähnt. In späteren Prozessen wurde jedoch ermittelt, daß über Grundsatzfragen ein Referat Dr. Hilferdings im Mittelpunkt stand, in dem der Zusammenbruch des Nationalsozialismus von Hilferding anhand einer wirtschaftspolitischen Analyse vorausgesagt wurde. Vgl. Aussagen in 6 OJs 596/35 Bd. III, so auch mündliche Auskunft Hermann Runges an den Verfasser.

⁸⁷ Sie werden in keinem der späteren Aussageprotokolle von Teilnehmern an dieser Konferenz erwähnt. Auch Hermann Runge konnte sich nicht erinnern, daß ein Vertreter der „alten Linken“ gesprochen hätte.

immer noch der Überzeugung, daß das NS-Regime über kurz oder lang zusammenbrechen würde. Mit der „Sozialistischen Aktion“ sollten währenddessen die losen Verbindungen der Sozialdemokraten wieder fester geknüpft und der Wille zum Widerstand gegen alle zersetzenden Einflüsse mobilisiert werden⁸⁸. Für die Abfassung von genauen Berichten, die man zur weiteren Planung in Prag benötigte, wurde ein sogenanntes „Nachrichtenschema A“ festgelegt⁸⁹, das künftig zur Weiterleitung aller Informationen an die Grenzsekretariate benutzt werden sollte.

Die Gestapo hatte von der geheimen SOPADE-Konferenz in Brüssel anscheinend nichts mitbekommen⁹⁰. In Duisburg traf man sich wieder mit einigen der eingeweihten Genossen, um zu berichten und über die Lage zu diskutieren. Treffpunkte waren in den nächsten Wochen mehrmals die Wohnungen der Lehrerin Hanna Niederhellmann in Ruhrort und des Bäckers Sebastian Dani in Duisburg.

In diesen Tagen – es war ungefähr der Zeitpunkt, an dem heimlich die Nachricht in Duisburg umging, daß die Leichen der vier am 2. Mai 1933 ermordeten Gewerkschafter im Hünxener Wald gefunden worden waren⁹¹, wurde in der Stube der Niederhellmannschen Wohnung ein abenteuerlicher Plan entworfen. Hanna Niederhellmann, Hermann Runge und Sebastian Dani beschlossen hier, aus der Hamborner Brotfabrik „Germania“ eine illegale sozialdemokratische Organisationszentrale zu machen⁹².

⁸⁸ Siehe Ermittlungsergebnis 6 OJs 596/35 Bd. III, Einleitung, Anklageschriften I und II.

⁸⁹ Das künftig für die Berichterstattung anzuwendende Schema war wie folgt gegliedert: I Allgemeine Situation in Deutschland: a) Allgemeine Stimmung, b) Vorgänge hinter den Kulissen; II Wirtschaft: a) Allgemeines, b) Arbeitsmarkt und Arbeitsbeschaffung, c) Arbeitsdienst und Landhilfe, d) Betriebsberichterstattung, e) Löhne und Abzüge; III Landwirtschaft; IV Handel und Gewerbe; V Sozialpolitik; VI Korruption und Mißwirtschaft; VII Wehrmacht, Polizei, Wehrverbände; VIII NS-Organisationen; IX Verwaltung; X Justiz; XI Kulturelles; XII Jugend; XIII Rüstungen. Vgl. Anklageschrift ORA 9 J 497/35, S. 47 f.

⁹⁰ Sie wird in keinem der Berichte der Staatspolizeistelle Düsseldorf an das Staatspolizeiamt Berlin erwähnt.

⁹¹ Vgl. Bericht der „Gemeinschaft“, Sonder-Nr., für die Landeskonferenz politisch verfolgter Sozialdemokraten in Duisburg vom 6. und 7. 11. 1954, S. 5: „... Spaziergänger im Hünxener Wald in der Nähe von Dinslaken sehen eine menschliche Hand aus dem Boden ragen. Ausgrabungen ergaben das Bild des Grauens. Julius Birk, Johann Schlösser, Emil Rentmeister und Michael Rodenstock wurden gefunden. Die Untersuchung ergab Knochen- und Schädelbrüche. Nur einem Zufall war es zu verdanken, daß von diesem eigenartigen Menschenfund etwas ans Licht der Öffentlichkeit drang. Ursprünglich wollte man in Duisburg nichts davon wissen. Durch eine polizeiliche Falschmeldung wurden die Angehörigen der ums Leben gebrachten Männer alarmiert, wodurch die Identität festgestellt werden konnte. Wie sich dann nach Kriegsschluß durch die Gerichtsverhandlung vor dem britischen Militärgericht ergab, wurden die Funktionäre am 2. 5. 1933 im Keller des Gewerkschaftshauses gefoltert und totgeschlagen. Es wurde nie ganz geklärt, ob nicht einer der Männer noch lebte, als man sie im Walde verscharrte. Es läßt sich nicht beschreiben, was diese Gerichtsverhandlung zutage förderte. Der Hauptschuldige, der SS-Mann Dr. Weyand, hat sich dem irdischen Richter durch seinen Freitod entzogen. Der sogenannte ‚Analphabet‘ Balthes wurde zum Tode durch den Strang verurteilt...“. Auszug in Akte Michael Rodenstock, AfW Duisburg, ZK 4841 a.

⁹² Herr Dani erinnerte sich noch sehr gut: „Die Hanna hatte immer die tollsten Ideen. Sie war ganz Feuer und Flamme für die Sache.“ (Mündl. Auskunft an den Verf., 17. 5. 1971.) Später wurde sie auch ein Opfer der Verfolgung (s. u.). Ihre teilweise schriftlich niedergelegten Geständnisse bezeugen auch hier beachtliche Intelligenz. Sie verstand es, Unwesentliches zu gestehen und wichtige Details, z. B. Angaben über den Zeitpunkt der Zusammenkünfte,

1.33 Brotfabrik „Germania“ Duisburg-Hamborn. Zentrale der illegalen SPD am Niederrhein

Die Brotfabrik „Germania“ in Duisburg-Hamborn hatte im Herbst 1933 ihren Besitzer gewechselt. August Kordass hatte den heruntergewirtschafteten Betrieb mit Unterstützung befreundeter Geldgeber zu einem günstigen Preis erworben⁹³. Kordass war Sozialdemokrat. Er hatte vor der Machtergreifung dem Arbeiter-Turn- und Sportverein Hamborn angehört, seit April 1932 war er Mitglied des Reichsbanners gewesen⁹⁴. Die Lehrerin Hanna Niederhellmann erinnerte sich des Brotfabrikanten in Hamborn, der damals zwar keine politischen Interessen zeigte, um so mehr aber darauf bedacht schien, die nicht florierende „Germania“ in Schwung zu bringen. Bald war Runge durch die Vermittlung der Lehrerin bei Kordass als Brotfahrer angestellt⁹⁵. Runge kam in vertraute Gesellschaft. Die meisten der übrigen Brotkutscher waren frühere Sozialdemokraten. Kordass hatte bei ihrer Einstellung kollegial wie kommerziell gedacht. Die Genossen warben unter ihren alten Parteifreunden Kunden. Das Geschäft ging unter den tüchtigen Sozialdemokraten voran, die DAF mußte es hinnehmen, daß die wenigen zuverlässigen Pg.s wegen mangelnder Leistung von Kordass nach und nach entlassen wurden⁹⁶.

Nachdem die konspirativen Köpfe in Duisburg beschlossen hatten, die Brotfabrik für den illegalen Aufbau der SPD zu nutzen, legte die Lehrerin Kordass nahe, auch den früheren Gewerkschafter des Nahrungs- und Getränkearbeiterverbandes Sebastian Dani aus Duisburg anzustellen. Kordass ging darauf ein⁹⁷. Dani kam (im Juni 1934) nicht als Arbeitsloser zur „Germania“, sondern als Verkaufsfahrer einer Mülheimer

den Organisationsplan selbst und über die Mengen der später illegal verbreiteten Schriften, zu verschleiern. Vgl. Niederschriften in den Hammer OLG-Akten 6 OJs 596/35, Bd. IV.

⁹³ Vgl. HD-Gestapo 31 691.

⁹⁴ ebenda.

⁹⁵ Vgl. ergänzend HD-Gestapo 38 283 mit Aussagen Niederhellmanns 6 OJs 589/35, Bd. 2. Die beiden ehemaligen Reichsbannerangehörigen Kordass und Runge hatten sich vorher nicht gekannt, aber sicherlich spielte die frühere Zugehörigkeit zum Wehrverband eine Rolle dabei, daß Kordass Runge sofort einstellte. Ein gemeinsamer Bekannter hatte bei den Kontakten Niederhellmann—Kordass eine Rolle gespielt: Heinrich Schlösser, der vor 1933 dem Ortsvereinsvorstand von Duisburg, dem Unterbezirksvorstand Niederrhein angehörte und der Duisburger Abteilung des Reichsbanners vorgestanden hatte. Er war der Sohn des am 2. 5. 1933 ermordeten Gewerkschaftssekretärs Johann Schlösser. Nach der Duisburger Mordnacht war Schlösser auf Weisung eines Unbekannten nach Brüssel geflüchtet und später nach England emigriert. Hanna Niederhellmann hatte noch eine Zeitlang über seine Mutter mit ihm in Verbindung gestanden und ihm von Zeit zu Zeit, als er noch mittellos in Brüssel lebte, einen kleinen Geldbetrag geschickt. Das Geld gab ihr Kordass. Die hier handschriftlich niedergelegten Äußerungen Hanna Niederhellmanns enthalten ein Eingeständnis der Verbindungen, während sie im übrigen darauf angelegt sind, ihre illegale Tätigkeit zu verschleiern. Ihre Aktivität wurde indessen dem Verf. mündlich von H. Runge und Sebastian Dani übereinstimmend geschildert. Vgl. auch Abschrift aus ORA 9 J 549/35 in 6 OJs 596/35, Bd. II, Bl. 204 f. Zu Heinrich Schlösser alias Henry Castles vgl. auch AfW Duisburg ZK 42 14 51.

⁹⁶ HD-Gestapo 31 691 mit Abschriften des DAF-Berichts in 6 OJs 596/35, Bd. II, Bl. 59. — Kordass hatte sich an der Schriftenverbreitung auch später persönlich nicht beteiligt, jedoch von ihr gewußt und sie geduldet. Vgl. Pol.-Bericht vom 17. 12. 1935, 6 OJs 596/35, Bd. II, Bl. 72.

⁹⁷ Ermittlungen AG. Duisburg 5 Gs. 598/35, Abschriften in HD-Gestapo 31 691, mündlich von Sebastian Dani dem Verfasser bestätigt (Interview 17. 5. 1971 in Bonn).

Bäckerei, deren Absatzgebiet bis an die südliche und östliche Peripherie von Duisburg reichte. Durch seinen Stellenwechsel⁹⁸ konnte das Akquisitionsgebiet erheblich ausgedehnt werden. Dani brachte Geschäftsverbindungen bis in die Solinger Gegend mit⁹⁹. Plötzlich tauchten in und in einem großen Umkreis von Duisburg größere Mengen der kleingedruckten „Sozialistischen Aktion“ auf. Die sozialdemokratischen Verkaufsfahrer hatten für ihren Absatz bei alten Parteifreunden gesorgt. Sie organisierten nach den Weisungen Runge und Danis kleine Leseringe, Gruppen aus jeweils 5 bis 10 Abonnenten der illegalen SOPADE-Zeitungen. Diese bildeten entsprechend den Prager Direktiven die Organisationsbasis der geheimen sozialdemokratischen Partei in und um Duisburg.

Gesteuert von der Brotfabrik „Germania“, wuchs die illegale Organisation rasch. Dani nahm Kontakt zu den Genossen im engeren Kreis um die Brotfabrik, hauptsächlich in Hamborn und Duisburg auf, aber auch in Mülheim, wo ein anderer wichtiger Verbindungsmann am Werke war: der Schlosser Wilhelm Molitor, der zur weitverzweigten illegalen Eisenbahner-Gewerkschaft¹⁰⁰ gehörte. Dani erhielt von ihm Nachrichtenmaterial, das er (Molitor) über die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) zugeleitet bekam, hauptsächlich von Verbindungskurieren aus Roskilde/Dänemark und Antwerpen¹⁰¹.

Dani seinerseits unterstützte Molitor mit SOPADE-Material aus dem Verteilerkreis der „Germania“¹⁰². Während Runge die Zeitungslieferungen nach Moers, Dinslaken und Kamp-Lintfort einschließlich der dazwischen liegenden Bergarbeitersiedlungen schon im Juni perfekt organisiert hatte¹⁰², gelang es Dani im Spätsommer, die Organisation bis nach Düsseldorf auszudehnen¹⁰³. Die Verkaufsfahrer der „Germania“ suchten (Dani und Runge bald mit Dreirad-Lieferwagen ausgerüstet) zweimal wöchentlich ihre „Kunden“ auf und steckten ihnen jedesmal die begehrten Informationen zu. Die Schriften holten sie mittlerweile wieder aus dem Ruhrorter Hafen, wohin sie von Matrosen aus Rotterdam eingeschleust wurden¹⁰⁴. Jedoch kamen von dort nur kleinere Mengen.

Edo Fimmen, Sekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation in Amsterdam und Transporthelfer für die Illegalen in Deutschland befrachtete aus berechtigter Furcht vor Spitzeln den stark von den Kommunisten frequentierten Wasserweg von Rotterdam aus nur noch ungern. Die ITF-Leute besorgten das Einschmuggeln der Agita-

⁹⁸ Dani hatte die Stelle in Mülheim ein Jahr zuvor angenommen, nachdem er rechtzeitig eine Zeitlang in der Kempener Gegend untergetaucht war. Zusammen mit dem später in der illegalen SAP eine bedeutende Rolle spielenden Eberhard Brünen und auf dessen Rat, beide kannten sich aus der Sozialistischen Jugend — mündliche Auskunft Eberhard Brünen an den Verfasser.

⁹⁹ Vgl. Ermittlungen ORA 9 J 479/35, im einzelnen vgl. HD-Gestapo 31 691.

¹⁰⁰ Vgl. Helmut Esters/Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967, S. 40 ff., 71 ff.

¹⁰¹ Runge hatte zu ihm schon Ende 1933 losen Kontakt gehabt. (Mündl. Auskunft Runge an den Verfasser.)

¹⁰² Mündl. Auskunft Danis entspricht Ermittlungen ORA 9 J 479/35 (Anklage).

¹⁰³ Vgl. Aussagen Eugen R. v. 30. 4. 1936, Heinrich D. v. 18. 5. 36 (Düsseldorf), 6 OJs 100/36 und Heinrich H. v. 6. 8. 1935 (Düsseldorf), 6 OJs 506/35 Bd. I.

¹⁰⁴ Der Schiffer Ernst Siewert auf Schiff „Bussard“ war einer der erwähnten Verbindungsmänner zur ITF in Amsterdam. Vgl. AfW-Duisburg ZK 73 494 a mit Hinweis auf (eine nicht aufgefundene OLG-Akte) O Js 90/41 (2 Jahre Zuchthaus, KZ Neuengamme bis Kriegsende) † Dezember 1945. Über den Aufbau der Zwischendepots, insbes. Anklage ORA 9 I 479/35.

tionsschriften ab 1934 hauptsächlich über das illegale Netz der Eisenbahner-Gewerkschaft¹⁰⁵.

Viele Schriften kamen auch über Mittelsmänner, die, als Kaffee-, Versicherungs- oder Seifenvertreter getarnt, regelmäßig Duisburg bereisten¹⁰⁶. Das meiste Material aber holten Runge und Dani in ihren Brotlieferwagen direkt von Zwischendepots in Kempen und Mönchengladbach, die von Ferls Schmugglern regelmäßig mit Nachschub versorgt wurden. Runge und Linkenheil holten außerdem die „Sozialistische Aktion“ und die Tarnschrift „Die Kunst des Selbstrasierens“, „Platons Gastmahl“ usw. paketweise von Nikolaus Haas (ehemaliger Gewerkschaftssekretär Textil) aus Aachen. Dorthin fuhren Linkenheil per Motorrad mit Beiwagen, Runge per Bahn. Runge erinnert sich noch daran, wie ihm einmal der Schrecken in die Glieder fuhr, als – er wollte gerade den schweren Koffer ins Gepäcknetz legen – plötzlich ein SS-Mann neben ihm stand und seine Hand am Koffergriff packte. Er hatte ihm jedoch nur helfen wollen¹⁰⁷.

Ein weiteres Depot befand sich mitten in Duisburg. Es war der Tabakkiosk am Bahnhof. Die Schriften lagerten hier, auf Abruf bereit, feingefaltet in Zigaretten- und Streichholzschachteln oder in Keksdosen versteckt¹⁰⁸.

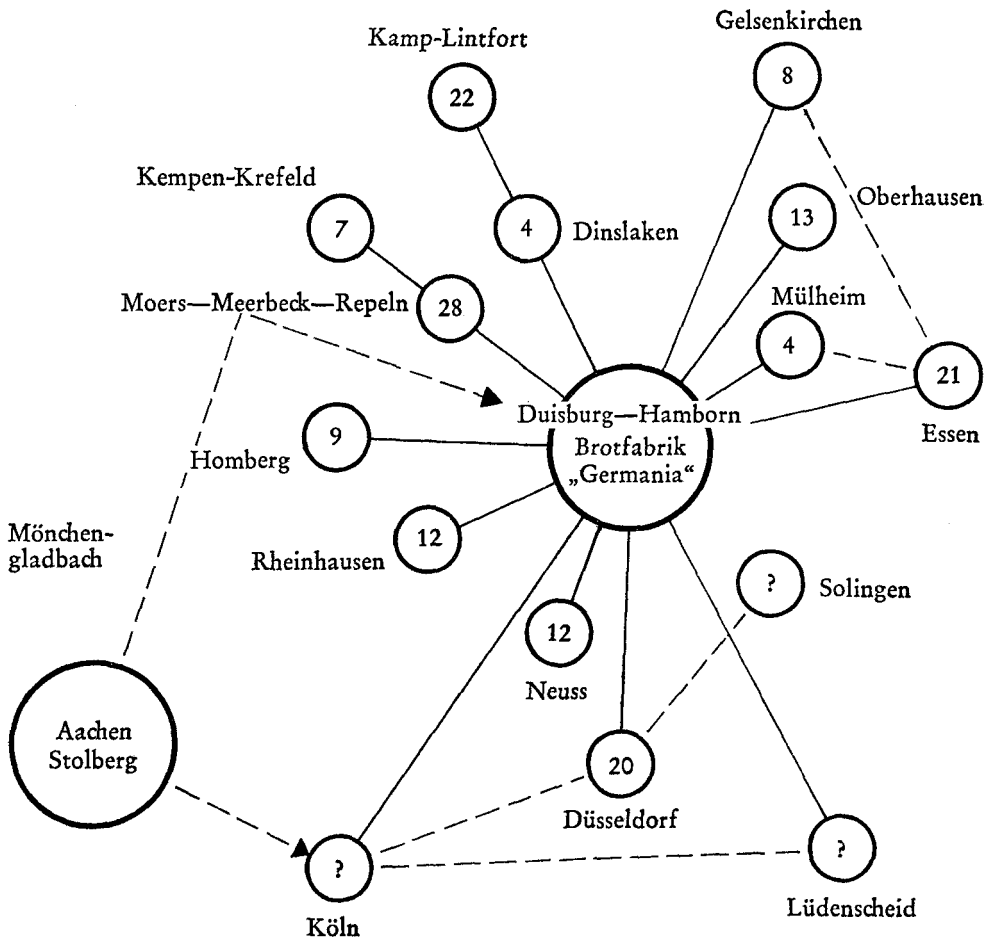
¹⁰⁵ Mündliche Auskunft August Seeling an den Verfasser. So auch in den OLG-Akten vermutet. Willi Eichler hatte in der Emigration mit Edo Fimmen eng zusammengearbeitet.

¹⁰⁶ Mündliche Auskunft August Seeling an den Verfasser. So auch in den OLG-Akten vermutet.

¹⁰⁷ An diese Episode wußte Runge sich noch in allen Einzelheiten zu erinnern, wie auch an das Erlebnis mit einem Zöllner, der ihn im Aachener Waldgebiet mit einer vollgestopften Aktentasche überraschte, aber nicht nach dessen Inhalt fragte, sondern nur um Feuer bat. Runge meinte hierzu, daß 1934 noch viele Zöllner den Schriftenschmuggel bewußt unterstützt hätten.

¹⁰⁸ Mündliche Auskunft Sebastian Danis an den Verfasser. Von Hermann Runge auch mehrmals erwähnt.

Aus den Akten ermittelte Abonnentenzahl der „Germania“ außerhalb Duisburg-Hamborn¹⁰⁹



¹⁰⁹ Die Zahl der Kontaktpersonen war vermutlich sehr viel größer. Die hier angegebenen Zahlen basieren lediglich auf den Ermittlungen der Gerichte. Vgl. Anklageschriften ORA 9 J 479/35, OLG Hamm 6 OJs 506/35, 6 OJs 596/35 I—III, 6 OJs 100/36. Die gestrichelten Linien weisen auf Doppelverbindungen und auf Stützpunkte hin, die teilweise separate Verbindungen zum Grenzsekretariat hatten.

1.4 Die Ohnmacht der illegalen Opposition kündigt sich an

1.41 Stimmungsumschlag vom Optimismus zur Resignation

Die weitverbreitete „Sozialistische Aktion“ zeigte in jenen Wochen (Mai und Juni 1934) vor allem zwei Tendenzen: Sie versuchte einerseits, anhand konkreter Beispiele nationalsozialistische Täuschungsmanöver, namentlich in den beiden von der NS-Presse propagandistisch hochgespielten Themen „wirtschaftliche Stabilisierung“ und „Volksgemeinschaft“, zu entlarven und andererseits Optimismus hinsichtlich der Dauer des nationalsozialistischen Regimes auszustrahlen.

Die von Prag aus gelenkte Mobilisierung des Widerstandswillens fand ihren Niederschlag in Artikelüberschriften wie diesen:

- Sklavendienst oder Militärdrill
- Es knistert im Gebälk
- Nacht über Deutschland
- Der Traum ist aus – die Lage ist katastrophal
- Mörder! Mörder!
- Aus dem Korruptionskampf
- Das Arbeitsheer gegen Hitler – Die Naziniederlagen in den Betrieben¹¹⁰
- Abenteuer regieren Deutschland
- Wenn Hitler sozialisiert – Der Irrglaube vom Sozialismus im Hitlerreich

Die Juniausgabe unter einer großen Titelseite – DER SIEG DER IDEE – zum Jahrestag des Parteiverbots verkündete stark den Optimismus der SOPADE und prophezeite Hitler den baldigen „Weg in den Abgrund“¹¹¹.

Der Artikel „Der Weg in den Abgrund“ mit dem Untertitel „Stürzt die Diktatur“ gipfelte in folgender Aufforderung:

„Von selbst wird aber dieses Regime nicht fallen, wie sehr auch die Unzufriedenheit um sich greift! Die Dinge reifen schneller als das Bewußtsein der Menschen, es muß daher alles getan werden, um die Revolutionierung des Bewußtseins der breiten Massen zu fördern. Mag der äußere Druck noch so stark sein – wenn kühne Männer und Frauen, die wissen, was sie wollen, in die Bresche springen und der allgemein wachsenden Unzufriedenheit Form und Inhalt geben, dann wird kein Terrorapparat stark genug sein, um dem aus dem Untergrund empor-schlagenden Feuer der Revolution Einhalt zu gebieten.“ . . .¹¹²

Nach unabhängig gemachten Angaben von Dani und Runge seien ihnen die Zeitungen „aus den Händen gerissen“ worden. Die Genossen hätten jedesmal gespannt auf neue Nachrichten gewartet¹¹³.

¹¹⁰ Es handelte sich hier um einen Kommentar zu den Vertrauensräte-wahlen im Mai 1934.

¹¹¹ Vgl. „Sozialistische Aktion“, 13., 27. 5., 10. und 25. 5. 1934.

¹¹² Vgl. „Sozialistische Aktion“ vom 24. 5. 1934, Titelseite. Zu bemerken ist, daß die in diesem Artikel vom revolutionären Impetus getragene Widerstandsaufforderung auf die Handschrift eines Autors hindeutet, der dem Kreis der „Revolutionären Sozialisten“ zuzurechnen ist, die für eine Einheitsfront mit den Kommunisten eintraten und neben der Gruppe „Neubeginnen“ noch während des Jahres 1934 ein starkes oppositionelles Element innerhalb des Exilvorstandes (SOPADE) repräsentierten. Vgl. Einleitung. Im einzelnen zur ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der SOPADE L. J. Edinger, a. a. O., insbes. S. 63, 78–88, 91–98, 113 ff., 137 ff.

¹¹³ Interviews Sebastian Danis, Bonn, 17. 5. 1971 und Hermann Runge, Düsseldorf, 9. 11. 1971.

Worauf aber gründete sich der von Prag ausgestrahlte Optimismus? Eine Quelle waren in jedem Falle die aus dem Reich empfangenen Nachrichten. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die außerhalb des Reichsgebietes von den Grenzsekretären gesammelten und redigierten Nachrichten zusammen mit den wiederum auf diesen Berichten basierenden gezielten Stimulanzen der illegalen Zeitungen zu Verzerrungen des Wirklichkeitsbildes geführt haben mochten, so bleibt dennoch ein erstaunliches Quantum tatsächlich vorhandenen Optimismus erkennbar.

Man findet im Deutschlandbericht-A der SOPADE vom 26. Juni 1934 die Widergabe einer Meldung aus dem Rheinland in folgendem Wortlaut:

„... Der Unwille im Volk über das Mißverhältnis zwischen Versprechungen und Leistung nimmt weiter zu. Die nicht mehr zu übertreffende Bonzokratie, die Korruption und die Sammelei tun das weitere. Arbeitslosigkeit, geringe Entlohnung, bleiben ungelöste, aber für das Volk primärste Probleme.“

Bemerkenswert ist, daß Sozialdemokraten im Rheinland damals noch offensichtlich ernsthaft mit einem Putsch der Reichswehr rechneten¹¹⁴. Aufschlußreich dazu ein zweiter Bericht eines Funktionärs (aus dem Rheinland) in der gleichen Ausgabe:

„Unsere Genossen fragen, wie sie sich im Falle des Sturzes des Faschismus verhalten sollen. Sie sehen ein und wissen, daß wir noch nicht stark genug sind. Man rechnet, auch in unseren Kreisen, mit einer Militärdiktatur. Unsere Genossen erfahren aus Stahlhelmkreisen, daß man dort der Meinung ist, eine Militärdiktatur könne und werde sich auf den Stahlhelm stützen können. Man rechnet in ruhig urteilenden Kreisen mit einer baldigen offenen Krise bei den Nationalsozialisten. Ich berichte nur und mache mir diese Meinung durchaus nicht eigen. Aber ich glaube nicht, daß wir ein Recht haben, diese Auffassungen völlig zu übergehen.“

Bemerkenswert ist auch die Schilderung von Sebastian Dani über ein Gespräch mit Otto Wels und Mitgliedern des Parteivorstandes anlässlich einer zweiten geheimgehaltenen Konferenz in Brüssel – nach Danis Erinnerung müsse sie im Juni stattgefunden haben –, an der er (nach einem abenteuerlich verlaufenen Grenzübertritt) persönlich teilgenommen hatte:

„Wir fuhren, es war wohl an einem Samstag, auf verschiedenen Wegen mit dem Fahrrad zu Schlagermann¹¹⁵, erhielten dort gefälschte Tagespassierscheine für die belgische Grenze und fuhren zu einem weiteren Mittelsmann nach Morsnet (?). Wir trafen ihn in einer Wirtschaft, wo er uns Fahrkarten nach Brüssel aushändigte und uns einschärfte, wie wir uns im Zug verhalten sollten –, kein Wort durfte gesprochen werden, auch wenn wir im Abteil einen bekannten Genossen aus Deutschland bemerken würden.

Unser Kontaktmann war mitgereist. In Brüssel führte er uns, wie wir feststellen konnten, in ein Vereinslokal der Sozialdemokraten. Und dann saß auf einmal Wels da und es waren noch viele andere Gesichter, die man kannte am langen blankgescheuerten Tisch¹¹⁶. Ich sehe noch, wie Wels aufstand, wie er uns be-

¹¹⁴ Was im übrigen dem Verfasser auch von Dani und Runge bestätigt wurde.

¹¹⁵ Schlagermann, seines Zeichens Buchdrucker und geübt im Herstellen nicht nur legaler Papiere, hatte sich schon mehrmals als Lotse für illegal arbeitende Genossen bewährt. Vgl. Original in 6 OJs 596/35, Bd. I, Urteil.

¹¹⁶ Dani erinnerte sich noch an Hilferding, Crummenerl, Fritz Heine.

grüßte und seine linke Hand in die Jackentasche gesteckt hatte, wenn er sprach . . .“ Dani erinnerte sich auch noch daran, daß Wels mehrmals Einzelheiten über die Stimmung im Reich hören wollte, dann über den Aufbau der Grenzsekretariate referierte. (Er entsann sich, daß irgend jemand, nicht sicher, ob Wels es selbst gewesen sei, ihre Arbeit mit den „Randsekretariaten“ der Jesuiten in der Kulturkampfzeit verglichen habe und daß Wels immer wieder betont hätte, daß es darauf ankäme, für den Zusammenhalt der Genossen zu sorgen.) Dani hatte den Eindruck, daß alle anwesenden Vertreter des Exilvorstandes davon überzeugt waren, daß die Hitler-Regierung nicht mehr langen Bestand haben würde, und er erinnerte sich noch an den Wortlaut eines anderen Satzes von Wels: „Der erste Funke kann von der Reichswehr kommen“¹¹⁷.“ Der konkrete Auftrag von Brüssel habe dann gelautet: Noch mehr Kontaktmänner besorgen.

Hiernach hätte man tatsächlich seitens der SOPADE ernsthafte Hoffnungen auf einen Putsch der Reichswehr gesetzt.

Dies scheint, wie dem SOPADE-Deutschlandbericht, Teil B, vom 21. Juli 1934 zu entnehmen ist, auch zutreffend zu sein. Allerdings muß gleich hinzugefügt werden, daß die Erörterung der Möglichkeit im zitierten Bericht sehr zurückhaltend war und insbesondere auch negative Auswirkungen auf die Arbeiterschaft nicht ausschloß¹¹⁸.

Zeigte sich hier zwar schon das Eingeständnis, die Aussichtslosigkeit erkannt zu haben, ausschließlich mit eigener Kraft eine Änderung der bestehenden Machtverhältnisse herbeiführen zu können, so verdeutlichen derartige Äußerungen doch, wie intensiv damals die SOPADE in Prag noch versuchte, ein Verbindungsnetz zu schaffen, über das die Genossen der verbotenen Partei mobil gemacht werden konnten, für den Fall, daß militante Kräfte einen Putsch zustande gebracht hätten.

Dann folgten die Ereignisse des 30. Juni (Röhm-Affäre), und als die Reichswehr die einmalige psychologisch günstige Situation zum Putsch nicht nutzte, mußte auch die SOPADE erkennen, daß die NS-Diktatur eine Realität war, mit der man vielleicht über Jahre hinaus zu rechnen hatte¹¹⁹. Der Stimmungsumschwung vom Optimismus zur Resignation war noch nicht in der „Sozialistischen Aktion“ zu verspüren, wohl aber schon in den „Deutschlandberichten“ der folgenden Monate. Die Konsequenz, die der Exilvorstand aus dieser Erkenntnis (anders als die KPD) zog, war, daß sie sich auf den Ausbau der Nachrichtenverbindungen nach Deutschland konzentrierte, im übrigen aber alles vermied, was zur unvorsichtigen Provokation und damit zu sinnlosen Opfern im Reichsgebiet hätte führen können. In dem an die illegal arbeitenden Funktionäre gerichteten Deutschlandbericht, Teil A, wurde diese Absicht in folgendem Text weitergegeben:

„...Die Kommunisten arbeiten mit einem rücksichtslosen Einsatz ihres Menschenmaterials. Sie opfern auch heute noch bedenkenlos ihre Mitarbeiter, wenn sie sich davon einen Augenblickserfolg propagandistischer Art versprechen. Die Kommunistische Partei Deutschlands fordert selbst von ihren gefährdeten Leuten die Fortsetzung der illegalen Arbeit in Deutschland. Unser Standpunkt dagegen

¹¹⁷ Mündliches Interview mit Sebastian Dani am 17. 5. 1971 in Bonn. Stichwortartig vom Verfasser mitgeschrieben. Von Sebastian Dani in einem zweiten Interview am 9. Oktober bestätigt.

¹¹⁸ Vgl. a. a. O., insbes. S. 25.

¹¹⁹ Man spürt in den Deutschlandberichten der SOPADE die Ratlosigkeit angesichts dieser Erkenntnis. Vgl. insbes. Teil B v. 7. 9. 1934.

ist, daß jede illegale Arbeit nur unter den denkbar stärksten Sicherungen für Freiheit und Leben ihrer Träger geleistet werden darf, und daß niemals die aktiven Kräfte der Bewegung um einen billigen Augenblickserfolges willen aufs Spiel gesetzt werden dürfen . . .¹²⁰

In Prag wollte man die Entwicklung im Reich zunächst weiterbeobachten. Es wurden chiffrierte Zettel mit bestimmten Aufträgen u. a. nach Hamborn geschickt. In Prag wollte man wissen, ob sich hinter Polizeibungen getarnte militärische Manöver verbargen. Dies konnte aus dem Germaniakreis bestätigt werden¹²¹. Die Berichte gingen ebenfalls auf kleinen Zetteln mit chiffrierter Schrift über die Kurierkette wieder hinaus. Als Code diente ein Grammatikheft. Den Schlüssel kannten alle Teilnehmer der Brüsseler Tagung¹²².

Anhand von zwei überlieferten Dokumenten läßt sich der Nachrichtenaustausch zwischen Prag und Duisburg sogar noch rekonstruieren.

Unter den von Otto Wels hinterlassenen Papieren fand sich ein Blatt, auf dem er mit eiliger Schrift notiert hatte:

Es muß besonders darauf geachtet werden, daß auf den 19. August (Abstimmung über das Gesetz v. 2. 8. 1934 zur Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und Reichspräsidenten in Hitlers Person, Anm. des Verf.) sofort die Berichterstattung erfolgt, d. h. Beobachtung der Auszählung in unauffälliger Form¹²³.

Der Deutschlandbericht der SOPADE vom 29. September 1934, Teil A, Seite 4 brachte daraufhin folgende Meldung:

„ . . . In einem Wahllokal in Duisburg stand auf dem Tisch ein Pappkarton mit der offenen Seite nach dem Vorsitzenden hin. Als die Genossen ihren Namen nannte, sah sie, daß der Vorsitzende ihr Kuvert neben den Pappkarton legte und ein anderes, das aus der Öffnung des Pappkartons genommen wurde, einem Beisitzer gab, der dieses Kuvert in die Urne steckte, die rechts davon auf einem anderen Tische stand. Die Genossin beschwerte sich darüber, daß ja nicht ihr Kuvert, sondern ein anderes weitergegeben und in die Urne gesteckt worden sei. Der Vorsitzende entgegnete ihr, sie solle keine falschen Behauptungen machen und nach Hause gehen. Diese Frau erzählte das einem Familienangehörigen, der nun auch zur Wahl ging, doch etwas vorsichtiger war. Er wollte sein Kuvert selbst in die richtige Urne werfen, das wurde ihm nicht erlaubt. Darauf steckte er es in seine Rocktasche und verließ das Lokal. Mehrere SA-Leute folgten ihm und hielten ihn an, wählen zu kommen, was er nach den Vorkommnissen ablehnte. – Einer anderen Frau ging es nicht anders. Auch ihr Kuvert wurde auf den Tisch gelegt und ein anderes dafür in die Urne geworfen. Ihre Beschwerde wurde mit den Worten abgelehnt: „Wir kennen Sie ja und warnen Sie, falsche Behauptungen aufzustellen, sonst könnte Ihnen etwas anderes passieren.“ Eine Familienangehörige, die dieses mitgesehen hatte, steckte daraufhin ihr Kuvert in die Tasche und entfernte sich. Auch sie wurde von SA verfolgt und zur Wahl angehalten . . .“

¹²⁰ Deutschlandbericht der SOPADE v. 29. 9. 1934, Teil A, S. 69.

¹²¹ Mündliche Auskunft Runges.

¹²² Mündliche Auskunft Runges. Die Gestapo hatte den Code offensichtlich auch später nicht gekannt. Er wurde jedenfalls in keiner der vom Verfasser gesichteten Akten erwähnt — im Gegensatz zu Schlüsseln der illegalen KPD.

¹²³ AsD. Bestand SOPADE. Vorläufige Sig. 161 (Wels).

Berichte wie dieser aus Duisburg ließen keinen Zweifel mehr daran, daß die NS-Diktatur bereits fest verankert war. Die SOPADE reagierte darauf zunächst mit einer weiteren Serie von Zeitungen, die den Widerstandswillen bei den Genossen im Reichsgebiet aktivieren sollten. Man spürt in der „Sozialistischen Aktion“ auch noch die treibenden Kräfte aus dem Kreis der „revolutionären Sozialisten“, aber es war auch schon ein Unterton herauszuhören, der erste Ahnungen vom langen Marsch durch die Illegalität verriet.

Die Ausgabe von Ende August 1934 behandelte in einem Artikel „Die Armee der Freiheit, 7 Millionen gegen Hitler“ den Ausgang der Wahl vom 19. August 1934. Es hieß dort:

„Noch stehen 38 Millionen gegen 7 Millionen. Aber doch ist schon aus den wenigen einzelnen Kämpfen, die vor 1½ Jahren die Aufgabe erkannten, Hitler zu stürzen, die Revolution gegen ihn vorzubereiten, die Massen in Stadt und Land gegen ihn unter revolutionärem Banner zu sammeln, eine Kämpferschar von Millionen geworden.“

In einem weiteren Artikel wurde Adolf Hitler mit Louis Bonaparte verglichen und ausgeführt:

„Wenn eines sicher ist, so ist es dies, daß der Diktatur Hitlers derselbe Zusammenbruch droht wie der Selbstherrschaft Napoleons III., weil auf die Dauer kein Volk ohne Freiheit zu leben vermag.“

Unter der Überschrift „Hitlers Amnestie“ hieß es:

„Die Niedrigkeit der Gesinnung paart sich bei Hitler mit dem Sadismus der Gewalt. Seine Amnestie zeigt dieselben Züge wie seine Gangsterregierung, die das deutsche Volk mit Füßen tritt. Um so mehr muß uns unsere Verbundenheit mit unseren gefangenen und mißhandelten Brüdern Antrieb sein, sie durch revolutionären Kampf aus den Kerkern des Dritten Reiches zu befreien.“ . . .

Im Januar 1935 waren drei Ausgaben erschienen. Die erste von Anfang Januar brachte in einem Aufsatz über das Kampfjahr 1935 folgende Sätze:

„Wer leuchten will, muß brennen! Hier wollen wir anknüpfen, um unsere neue, beginnende Bewegung zu einer revolutionären Volksbewegung zu machen. Es genügt jetzt nicht, die Voraussetzungen der schon vorhandenen und stark verbreiteten Unzufriedenheit zu prüfen, es muß vielmehr der Weg gefunden werden, um diese Unzufriedenheit in politische Leidenschaft und in fanatischen revolutionären Willen umzuwandeln.“ . . .

Jede dieser Botschaften war, wie unschwer herauszuhören ist, zugleich ein Appell, ja ein Hilferuf an die westliche demokratische Welt. Doch wie man weiß, er blieb ohne Resonanz.

1.42 Zusammenbruch des „Germania“-Kreises

Im November 1934 hatte der Exilpartei Vorstand wieder illegal arbeitende Funktionäre aus dem westlichen Reichsgebiet zu einer Lagebesprechung versammelt. Diesmal in Antwerpen. Auch Hermann Runge war wieder dabei¹²⁴, und er vermag sich heute noch an Ausführungen Hilferdings zu erinnern. Hilferding habe geäußert: „Deutschland wird nach dem Untergang des Faschismus das Bild eines Trümmerhaufens bieten. Millionen werden verzweifelt fragen, hat es noch einen Sinn, wieder anzufangen? Ich aber bin überzeugt, daß es dann vor allem Sozialdemokraten sein werden, die aus ihrem Verantwortungsbewußtsein für das Ganze Hand ans Werk legen werden¹²⁵.“

Das Postulat des politischen Handelns war damit in die Zukunft projiziert. Die Aufgabe der Gegenwart konnte nur noch lauten: Erhaltung der politischen Basis, möglichst ohne weitere Menschenleben zu gefährden.

Auch die Hamburger Zentrale der illegalen SPD arbeitete von nun an mehr denn je darauf bedacht, das Verbindungsnetz enger zu knüpfen und gleichzeitig noch mehr darauf zu achten, daß nichts geschah, was die Gestapo hellhörig machen konnte. Noch um die Jahreswende 1934/35 schien die Tarnung perfekt. Kein Bericht der Düsseldorf-Gestapo an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin enthält Anhaltspunkte dafür, daß zu dieser Zeit irgend etwas von einer geheimen SPD im Regierungsbezirk bemerkt worden wäre¹²⁶.

Am 4. Januar 1935 aber meldete der Ortsgruppenleiter von Moers dem Duisburger Kreisleiter eine sensationelle Entdeckung:

„Vertraulich.

In meiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter, Beigeordneter und Polizeidezernent der Stadt Moers sehe ich mich veranlaßt, Ihnen nachstehendes mitzuteilen.

Es ist hier festgestellt worden, daß die Gewerkschaftssekretäre der ehemaligen SPD der Ortsgruppe Moers-Meerbeck, und zwar:

Bernhard J., Walter L. und Hermann Runge ... bei der Firma August Kordass, Brotfabrik Germania in Duisburg-Hamborn ... als Brotkutscher eingestellt worden sind und die hiesigen Bergarbeiterkolonien bereisen. Ihre Kundschaft setzt sich hauptsächlich aus ehemaligen Marxisten¹²⁷ zusammen und dürfte ihre Beschäftigung mit einer getarnten politischen Tätigkeit verbunden sein.

Ich bitte Sie, darüber Feststellungen zu treffen, und den betreffenden Betriebszellenobmann darüber zu hören. Interessant wird es sein, zu erfahren, durch welche Vermittlung die Vorgenannten in den Betrieb gekommen sind. Vielleicht ist der ganze Betrieb nur von Kommunisten durchsetzt. Wer ist der Inhaber der Firma und wie ist dessen politische Einstellung?

Ihrer Antwort sehe ich entgegen.

Heil Hitler!

gez. Suhr, Ortsgruppenleiter“

(Namen im Original ausgeschrieben. Text vom Verfasser gekürzt.)

¹²⁴ Vgl. 9 J 479/35 Anklageschrift S. 79 f.

¹²⁵ Schriftliche Mitteilung Hermann Runge an den Verfasser.

¹²⁶ Vgl. monatliche Lageberichte bis Dezember 1934. Zur besseren Tarnung war man jetzt sogar dazu übergegangen, die illegalen Zeitungen über größere Umwege nach Duisburg heranzubringen, z. B. in Konservendosen, die vom Grenzsekretariat Nord über Lübeck nach Homberg geschickt wurden. Vgl. Pol. Vermerk 6 OJs 596/35 Bd. II Blatt 115.

¹²⁷ Die nationalsozialistische Bezeichnung für Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler.

Kreisleiter Loch, dem bisher noch nichts zu Ohren gekommen war, fragte beim Hamborner Ortsgruppenleiter an, ob ihm etwas in der Brotfabrik aufgefallen sei¹²⁸, und erhielt zu seiner Überraschung die Antwort, daß die dortige DAF tatsächlich schon seit Monaten über „unhaltbare Zustände“ zu klagen hätte. Der Firmeninhaber August Kordass, „ein alter SPD-Bonze“, treibe seine Leute in unzumutbarer Weise zur Arbeit an und habe es geschafft, Arbeitsfrontmitglieder herauszuekeln, schließlich habe er sogar (am 2. Dezember 1934) den Betriebszellenobmann, „der wirklich noch als einziger Verfechter des Nationalsozialismus übriggeblieben war“, entlassen¹²⁹. Seitdem, hieß es in der Hamborner Meldung, prozessiere die DAF gegen Kordass¹³⁰. Ganz unglaublich aber sei es, daß „heute nur noch frühere Reichstagsabgeordnete, Gewerkschaftssekretäre und sonstiges lichtscheues Gesindel der SPD in dem Betrieb beschäftigt werden“... „Bei der DAF H.-Marxloh besteht die Ansicht, daß die Beschäftigung dieser ehemaligen Marxisten mit einer getarnten politischen Tätigkeit unter ihrer Kundschaft verbunden ist.“ Nur sei es bisher nicht möglich gewesen, „diesen Herrschaften auf frischer Tat das Handwerk zu legen“¹³¹.

Der Duisburger Kreisleiter meldete die Entdeckung an den Gestapochef in Düsseldorf, schien aber, wie aus dem bürokratischen Stil seiner Mitteilung geschlossen werden kann, ihr weit weniger Bedeutung beizumessen als die beiden Ortsgruppenleiter. Denn bisher hatte man in Duisburg zwar immer wieder Spuren kommunistischer Agenten und die Entstehung illegaler KP-Zellen entdeckt, die nach kurzer Zeit unschädlich gemacht wurden; die diffuse katholische Opposition wurde als ein nicht auszrottbares Krebsgeschwür empfunden, das es in Schach zu halten galt, doch eine dritte Widerstandsquelle war bisher, nach der Einschüchterungsaktion von Mai 1933 und nachdem die Beobachtung der verdächtigen Neuen Deutschen Bestattungskasse zu keinen Ergebnissen geführt hatte, nicht in Erscheinung getreten.

Auch die Staatspolizeistelle in Düsseldorf, die zu jenem Zeitpunkt mit der Verfolgung neuentdeckter KP-Gruppen beschäftigt war¹³², schien es nicht für erforderlich zu halten, sofort die höchste Alarmstufe auszulösen. Erst als auf eine Anfrage an das Staatspolizeiamt Berlin, ob dort ähnliche Vorkommnisse bekannt seien, per Funkkabel die Antwort kam, daß in Braunschweig, Kassel, Hannover und Koblenz ehemalige SPD-Funktionäre als Seifenverkäufer getarnt Kontakte mit ehemaligen Sozialdemokraten suchten und die Staatspolizeistelle aufgefordert wurde, über ihre Wahrnehmungen genaueren Bericht zu erstatten, wurde der ganze politische Polizeiapparat im Düsseldorf der Regierungsbezirk plötzlich mobil. Die Gestapo setzte V-Männer bei den Kunden der Brotfabrik an und überwachte Telefongespräche zwischen Hamborn und Moers¹³³, zunächst ohne Erfolg. Noch am 28. Mai meldete die Überwachungsstelle im Duisburger Postamt, Königsstraße 100: „Wir haben auch in diesem Monat keinerlei Feststellungen bezüglich staatsfeindlicher Gespräche machen können“¹³⁴.

¹²⁸ Vgl. Akte 6 OJs 596/35 Bd. I Blatt 32.

¹²⁹ Bericht des Ortsgruppenleiters der DAF Hamborn-Marxloh, Lerche, an den Kreisleiter der NSDAP Duisburg-Hamborn vom 10. 1. 1935. Abschrift in 6 OJs 596/35 Bd. I Blatt 33.

¹³⁰ Wie es dieser und anderen Darstellungen zu entnehmen war, bis dahin mit wenig Erfolg, weil Kordass zur Verteidigung seiner Maßnahmen die schlechte wirtschaftliche Lage der Fabrik ins Feld führte. Vgl. hierzu HD-Gestapo 31 691.

¹³¹ Vgl. a. a. O., Blatt 33/2. Auszug des Berichts als Faksimile im Anhang.

¹³² Vgl. Kapitel „Der kommunistische Widerstand“.

¹³³ Vgl. im einzelnen die Meldungen der Gestapostelle Düsseldorf und Kreisleitung Duisburg 6 OJs 596/35 Bd. I, Blatt 34 ff.

¹³⁴ 6 OJs 596/35 Bd. I, Blatt 39.

Wenige Tage später aber, zwischen dem 31. Mai und dem 6. Juni, rollte die erste Verhaftungswelle an. In Aachen, Duisburg, Moers, Mönchengladbach, Kamp-Lintfort, Gelsenkirchen, Düsseldorf, Essen, Mülheim und Oberhausen holten die Polizeiautos /4 verdächtige Sozialdemokraten ab. Von einer zweiten Verhaftungswelle, die sich hauptsächlich auf den Düsseldorfer Raum konzentrierte, wurden etwa ebensoviel verdächtige Mitglieder der illegalen SPD erfaßt¹³⁵.

Sofort setzten die harten Verhöre in den Polizeigefängnissen von Duisburg, Düsseldorf, Essen und auf der berüchtigten Dortmunder „Steinwache“ ein, wo Hermann Runge eingeliefert worden war. Die Verhörspezialisten wußten aus einjähriger Erfahrung in der „Behandlung“ von Kommunisten, wie sie zu Geständnissen kommen konnten. In Duisburg-Hamborn wurden außer Dani, August Kordass, Hanna Niederhellmann, Karl Hankammer, der ehemalige Stadtverordnete Karl Kuron, der Schlosser Heinrich Hellwig und der Schlosser Ludwig Krause, der AOK-Angestellte Adolf Heuer, der Vertreter Wilhelm Holtschneider, der Städtische Angestellte Theo Brückers und der Fleischer Reinhold Moerders festgenommen¹³⁶.

Die Begründung der am 11. Juli 1936 über die Angehörigen des Germania-Kreises wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ gefällten Urteile ließ die sozialdemokratische Widerstandsbewegung im Ruhrgebiet und am Niederrhein aus der nationalsozialistischen Sicht auf 162 maschinengeschriebenen Seiten in einer Rückschau nochmals abrollen. Hier die Darstellung des Hammer Oberlandesgerichts in einigen Auszügen:

Gründe

Die Angeklagten sind beschuldigt, zu Duisburg, Essen, Mülheim-Ruhr, Gelsenkirchen, Oberhausen, Dinslaken, Bottrop und Essen-Werden im Jahre 1934, zum Teil auch noch bis Mai 1935... das von der SPD betriebene hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Reichs mit Gewalt oder Drohung mit Gewalt zu ändern, vorbereitet zu haben, und zwar indem die Tat der Angeklagten... darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrechtzuerhalten, die Tat der Angeklagten zu... auf Beeinflussung der Massen durch Verbreitung von Schriften gerichtet war – Verbrechen gegen §§ 80 Abs. II, 83 Abs. I, Abs. II Abs. III Ziffer 1 u. 3, 84, 86, 86a STGB –.

I.

Bereits in den Tagen der nationalen Erhebung hatten die führenden Funktionäre und Reichstagsabgeordneten der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) sich zum Teil ins Ausland, insbesondere in die westlichen Nachbarstaaten, begeben und sich sofort in maßgebender Weise an der Greuelhetze gegen den Nationalsozialismus und seine Führer beteiligt.

Nachdem dann in der Folgezeit die SPD nebst ihren Nebenorganisationen verboten worden war, setzten die ehemaligen Funktionäre nicht nur, unterstützt von den deutschfeindlichen Auslandskreisen... ihren Kampf im Ausland gegen Deutschland fort, sondern sie versuchten auch, im Inland die Genossen wieder zu sammeln und das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen. Zu diesem Zweck wur-

¹³⁵ Vgl. HV-Prozeß 6 OJs 506/35.

¹³⁶ Vgl. Akten des Amtes für Wiedergutmachung Duisburg und Anklageschriften ORA 9 J 479/35 OLG Hamm 5 OJs 596/35.

den Hetzschriften hergestellt, auf Schleichwegen in das Reich eingeführt und dort verbreitet.

Während die SPD vor der nationalen Erhebung als Regierungspartei den gewalttätigen Aufstand verworfen und auch die KPD bekämpft hatte, macht sie sich jetzt die hochverräterischen Ziele und Mittel dieser Partei zu eigen, da ihr nach Zerschlagung des Parteienstaates das Ziel, die verlorene Herrschaft wieder zu erlangen, auf andere Weise nicht erreichbar erscheint.

Dies geht mit aller Deutlichkeit aus im Januar 1934 in Prag von dem „Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ erlassenen Erklärung hervor, die dem Senat als kleine Broschüre vorgelegen hat, sie ist als Werbeschrift für das Selbststrasieren unter dem Titel „Die Kunst des Selbststrasierens“ getarnt. Die Erklärung ist überschrieben: „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Sie beginnt mit den Worten:

„Ein Jahr lang lastet die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland, über der Welt. Grundstürzend hat der Sieg der deutschen Gegenrevolution das Wesen und die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung geändert. Der Knechtschaft und Gesetzlosigkeit preisgegeben ist das Volk im totalen faschistischen Staat. Im revolutionären Kampf die Knechtschaft durch das Gesetz der Freiheit, die Gesetzlosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus zu überwinden, ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung . . .“

Außerdem haben dem Senat zahlreiche Exemplare der „Sozialistischen Aktion“ vorgelegen. Hierbei handelt es sich um eine periodisch etwa alle zwei Wochen erscheinende Zeitung, die auf Dünndruckpapier in kleinem Druck hergestellt wird und gewöhnlich aus 8 Seiten zu je 4 Spalten besteht. Neben politischen Artikeln und Auslandspressestimmen bringt sie auch Gedichte und Erzählungen revolutionären Inhalts. Als Verlag ist „Deutschlandpresse Hamburg 22“ angegeben, während sie in Wirklichkeit im Ausland hergestellt wird. Der Inhalt dieser „Sozialistischen Aktion“ atmet denselben Geist wie der bereits zitierte „Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei“, wie die nachstehenden Proben zeigen:

Die Ausgabe vom 13. Mai 1934 bringt zunächst einen Artikel, der überschrieben ist:

„Die Diktatur gegen das Volk“, mit dem Untertitel „Der 1. Mai in Worten und Taten“. Die einzelnen Abschnitte tragen die Überschriften: „Volk in Ketten“, „Die Antwort der Arbeiter“, „Die Landplage“ der Opposition, „Parteijustiz gegen Staatsstreich“ – hier wird die Errichtung des Volksgerichtshofs behandelt – und „Es kracht im System“. Der Schlußsatz lautet:

„Das Volk in Ketten, monatelang betäubt durch die grausamen Schläge eines übermütigen Siegers, durch die Gewalt der braunen Sturmflut, erhebt sich wieder. Empörung und Haß, Freiheitswille und Gerechtigkeitsinn finden in allen Teilen des Volkes schnell wachsenden Boden. Was gestern noch als fernes Ziel in den Herzen einiger tapferer illegaler Kämpfer lebte, gewinnt konkretere Gestalt: Eine mächtige Volksbewegung ist im Werden, die alle Fesseln der Diktatur sprengt und allen Gewalten zum Trotz aus der Finsternis der braunen Gewaltherrschaft zu einem freien sozialistischen Volksstaat führt.“

Unter der Rubrik „Ehrenliste“ werden Urteile der Gerichte gegen sozialdemokratische Angehörige wegen Vorbereitung zum Hochverrat besprochen. . . .

Die Ausgabe vom 10. Juni 1934 bringt einen Bericht über die Tagung der sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel vom 27. und 28. Mai, auf der auch über illegale Arbeit in Deutschland Bericht erstattet worden ist. Sie enthält unter der Überschrift: „Der Kurier des Riesengebirges“ die Schilderung eines Verbreiters von „Sozialistischen Aktionen“ in der Nähe der Grenze, die mit den Worten endet: „So wünsche ich dem Kurier der Freiheit bei seiner schweren Arbeit die besten Erfolge. Und wir als die Bürger dieses Staates haben die Pflicht, allen Freunden von Freiheit und Demokratie mizuhelfen, damit künftig beiden die ganze Welt gehöre“, und endlich ein „Marschlied der Schutzhäftlinge“, dessen letzte Strophe lautet:

„Und stieß das Schicksal uns in Nacht,
Der Tag kommt, wo uns Sonne lacht,
Und wer in diesem Haus verweilt
Zu Weib und Kind und Freunden eilt.
Tausend Kameraden, Mann an Mann
Nicht mehr gefangen in Acht und Bann,
Mit heißem Herzen stürmen wir heim
Und frei, frei, frei, wird Deutschland sein.“

Die Tendenz der übrigen Artikel kennzeichnen auch hier schon die Überschriften „Sittenverfall im Deutschen Reich“, „Die Deutsche Arbeitsfront ist eine Pleite“, „Die Bestialität der Diktatur“ und andere. . . .

Die Ausgabe von Ende Februar 1935 behandelt unter der Überschrift „Komödie der Wahl“ die zweite Wahl von Vertrauensräten in den Betrieben. Es heißt dort:

„Vor allem aber, sie kann die eigene Kraft der bewußten entschlossenen Gegner des Regimes ungeheuer stärken. Und darauf kommt es an. Das ist das Ziel, das uns leitet. Wir wollen stärker werden, indem wir die Nazis schwächen. Steter Tropfen höhlt den Stein. Auch den der Diktatur! . . .“

Ein Gedicht „Chor der Illegalen“ hat folgenden Wortlaut:

Wir alle zagen, wir beugen uns nicht!
Wir schüren den Zorn, der die Kette zerbricht.
Wir flammen Fanale in deutsche Nacht,
Wir wagen das Wort, das die Herzen entfacht
Freiheit!

Wir schüren den Zorn, der die Kette zerbricht,
Trotz Folterkeller und Volksgerecht!
Mag Schergenlist lauern, Verräterpiff gellen,
Trotz Mördern und Mauern – wir bleiben Rebellen.
Freiheit!

Wir wagen das Wort, was die Herzen entfacht
Wir kämpfen in staubiger Werkmannstracht!
Wir rufen zum Streit, ungekannt, ungezählt,
Vortrupp der Sehnsucht, die alle beseelt:
Freiheit!

Wir flammen Fanale in deutsche Nacht,
Wir rufen und rütteln zur letzten Schlacht!
Wann zündet der Blitz? Wann reift unsere Saat?
Wann wächst dein Wille, Volk, zur Tat?

Freiheit!

Es kann somit bedenkenlos festgestellt werden, daß die SPD, – die sich nach dem Zitat aus der „Sozialistischen Aktion“ auch diesen Namen zulegt, – hochverräterische Ziele verfolgt und daß diese in jeder Nummer der „Sozialistischen Aktion“ zwar bald mehr, bald weniger offen, aber doch immer deutlich erkennbar ausgesprochen sind. Diese Feststellung ist übrigens auch vom Reichsgericht, vom Volksgerichtshof und den Strafsenaten der Oberlandesgerichte in ständiger Rechtssprechung getroffen worden.

Die SPD unterscheidet sich somit seit der nationalen Erhebung in ihren Zielen und den zu Erreichung derselben anzuwendenden Mitteln nicht mehr von den Parteien, die schon vorher den gewaltsamen Aufstand auf ihre Fahnen geschrieben hatten, also insbesondere auch nicht von der KPD, wenn sie auch bei der Gestaltung des Reiches nach der angestrebten Machtergreifung andere Wege gehen will und zum Teil auch die Zusammenarbeit mit der KPD ablehnt.

Während die KPD alsbald nach der nationalen Erhebung den Versuch unternahm, die alte Organisation der Partei und ihrer Nebengliederungen im Geheimen wieder aufzubauen und durch Erhebung fester Beiträge die für den Unterhalt der Funktionäre und die Herstellung der Hetzschriften erforderlichen Geldmittel wenigstens teilweise zu beschaffen, geht die SPD andere Wege, die auf mehreren Kongressen, – die der Parteivorstand im Laufe der Jahre 1934/35 in verschiedenen Städten Belgiens, Hollands (u. a. in Brüssel, Lüttich, Antwerpen, Maastricht) abgehalten hat – den aus dem Reich erschienenen Funktionären als Richtlinien für die illegale Arbeit bekannt gegeben sind.

Danach soll keine feste Massenorganisation gebildet werden. Es sollen vielmehr unbedingt zuverlässige alte Genossen der SPD, evtl. auch der SAP und Reichsbannermitglieder zu kleinen Lesezirkeln zusammengeschlossen werden, in denen dann die erscheinenden Schriften umlaufen, um die Genossen geistig zu beeinflussen und in ihrem Glauben an die sozialdemokratische Bewegung zu erhalten. Im übrigen soll die Werbung für die Ideen der SPD durch das „geflügelte Wort“ erfolgen. Beiträge sollen nicht erhoben werden, auch ist für die Schriften ein bestimmter Kaufpreis nicht festgesetzt. Es soll aber von den Mitgliedern der Lesezirkeln eine Lesegebühr aufgebracht werden, um die Unkosten für den Transport zu decken; für jede Zeitung soll auch ein Betrag von 1 1/2 Pfennig nach Brüssel abgeführt werden – zur Deckung der Herstellungskosten und der Transportkosten in Belgien. Damit die Parteileitung über die Vorgänge und Zustände in Deutschland unterrichtet bleibt und das nötige Informationsmaterial für die erscheinenden Zeitungen bekommt, sollen ihr von den Genossen laufend über die Verteiler der Schriften Berichte erstattet werden.

Nach diesen Grundsätzen ist dann auch vom Frühjahr 1934 ab in Westdeutschland, insbesondere am Niederrhein, eine umfangreiche Tätigkeit entwickelt worden, bis ihr im Mai 1935 durch das Eingreifen der Polizei ein Ende bereitet wurde.

Die Hauptfunktionäre, insbesondere diejenigen Personen, die an den Konferenzen im Auslande teilgenommen haben oder bei dem Transport der Schriften nach

Deutschland tätig geworden sind, sind unter dem Aktenzeichen 9 J 479/35 von dem Reichsanwalt beim Volksgerichtshof angeklagt worden. . . .

Runge warb selbst oder durch seine Mitarbeiter in den einzelnen Orten Unterverteiler – meist waren es ehemalige Funktionäre der SPD –, die er dann selbst oder durch andere belieferte und bald einzeln, bald in Treffs entsprechend den Richtlinien des Parteivorstandes für die illegale Arbeit unterwies.

In seiner Hand liefen auch die eingehenden Lesegelder zusammen.

Da er als Brotfahrer bei der Brotfabrik „Germania“ Inhaber Kordass in Hamborn beschäftigt war, konnte er unauffällig mit zahlreichen alten Genossen in Verbindung treten. Auch seine Mitarbeiter, von denen in dieser Sache insbesondere die ebenfalls bei dem Volksgericht angeklagten Funktionäre Dani, Hankammer und Streich eine Rolle spielen, und die Unterverteiler, waren vielfach als Brotfahrer, zum Teil sogar ebenfalls bei Kordass, zum Teil auch als Hausierer mit Seifen und Waschmitteln oder als Zeitungsträger tätig, – offenbar weil sie dann unauffällig arbeiten konnten.

Einzelne Angeklagte haben übrigens schon seit 1933 Einzel Exemplare der „Sozialistischen Aktion“ bezogen, ohne daß jedoch die Herkunft dieser Schriften hätte aufgeklärt werden können.

Von den Unterverteilern und Abnehmern sind in dieser Sache über 160 angeklagt. Im Interesse der Übersichtlichkeit ist jedoch die Anklage in 3 Abschnitte geteilt worden
gez. . . .¹³⁷

Der Versuch der Duisburger Sozialdemokraten, eine Zeit der politischen Verfolgung im geheimen Verband der Untergrundorganisation durchzustehen, um eines Tages an der Neugestaltung eines demokratischen Staates wieder mitwirken zu können, war gescheitert.

Die letzten Illusionen zerbrachen in der Konfrontation mit der Gestapo. Im Duisburger Polizeigefängnis starben vier Angehörige des Germaniakreises unter ihren Folterungen¹³⁸. Auf der berüchtigten Dortmunder Steinwache wurde Hermann Runge nach täglichen Torturen, 39 Nächte in einer Dunkelzelle in Ketten stehend an eine Wand gefesselt. – Runge hätte nach eigenen Angaben die Wochen nicht überlebt, wenn nicht die Widerstandsfront bis in die Polizeigefängnisse verzweigt gewesen wäre. Unter den Wachmannschaften befand sich ein Polizist, der auf seinen Rundgängen nachts heimlich die Ketten aufschloß¹³⁹.

¹³⁷ Vgl. korrigierte Urfassung der Urteilschrift 6 OJs 596/35 Urteilsband I, Blatt 44–54.

¹³⁸ Nach Darstellung der Gestapo hätten die vier Häftlinge Selbstmord begangen. Die Toten waren die Moerser Bergmänner Alfred Hitz, Reinhold Büttner, Alexander Nöthen und Gustav Großmann. Vgl. Gestapobericht vom 29. 4. 1935 in HD-Gestapo 38 283 Blatt 101.

¹³⁹ Hermann Runge und Sebastian Dani wiesen in unabhängig geführten Gesprächen nachdrücklich darauf hin, daß sie sowohl während ihrer illegalen Tätigkeit als auch während ihrer Haftzeit immer wieder überraschend Hilfe von unbekanntem Polizeibeamten bekommen hätten. Allein Runges Weg durch die NS-Zeit wurde viermal von helfenden Beamten des Regimes gekreuzt. Das erste Mal war es ein Zöllner an der holländischen Grenze, dem er mit einer mit illegalen Zeitungen vollgestopften Aktentasche in die Arme lief. Er de-couvrierte sich, als Runge erschrocken überrascht „Heil Hitler“ stammelte und als Antwort nach einem prüfenden Blick dezidiert „Guten Abend“ zu hören bekam. Der Zöllner verschwand darauf in entgegengesetzter Richtung ohne eine weitere Frage zu stellen. Das zweite

1.5 *Nach dem Zusammenbruch des geheimen Verbindungsnetzes am Niederrhein*

1.51 Mitglieder der illegalen Transportarbeitergewerkschaften versuchen die Aufklärungskampagne fortzusetzen

Die Widerstandsorganisation der Sozialdemokraten war im Frühjahr 1935 zusammengebrochen. Aber einzelne setzten die illegale Arbeit dennoch fort. Zu nennen sind die beiden Duisburger Bahnschlosser Hugo Bachmann und August Trocha. Sie wirkten bis zum Februar 1937 in der mit Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation – die durch die persönliche Freundschaft ihres Generalsekretärs Edo Fimmen mit Willi Eichler enge Beziehungen zur deutschen ISK-Exilgruppe in London unterhielt – unter Hans Jahn aufgebauten illegalen Organisation der Eisenbahner-Gewerkschaft mit. Es war vor allem Hugo Bachmann, der bis zur Entdeckung der weitverzweigten Gruppe im Februar 1937, die 1935 über Molitor Verbindung zur „Germania“-Brotfabrik hatte, eine Schlüsselposition besetzt hielt¹⁴⁰. In Duisburg selbst hatte Bachmann nicht Fuß zu fassen versucht¹⁴¹, zweifellos allein deshalb, um alles zu vermeiden, was der Gestapo Hinweise auf seine Person und damit auf seine überregionale Funktion hätte geben können. Diese war wie von Esters und Pelger belegt, nicht unerheblich. Hatte die Organisation sich ursprünglich hauptsächlich mit der Einschleusung illegaler Schriften befaßt, so konzentrierte sie sich ab 1935 auf Beobachtungen, die sie in Nachrichten für die Sopade und wahrscheinlich auch für den englischen Geheimdienst umsetzte. Ihre Observationen richteten sich vor allem auf die Stimmung der Belegschaft in den Betrieben.

Mal war es der Gefängniswärter in der Dortmunder Steinwache, der ihm nachts für mehrere Stunden die Ketten aufschloß. Die letzten Begegnungen waren wahrscheinlich für Runges Überleben von letzter entscheidender Bedeutung. Dr. Engelhardt, Direktor der Haftanstalt von Lüttringhausen, wo Runge in den letzten Monaten des NS-Regimes bewacht wurde, gab sich ihm als Gestapo-Gegner zu erkennen. Er teilte ihm mit Sondererlaubnis einem Kraftfahrer zu, der mit einem Lkw Lebensmittel für die Gefangenen u. a. von einem Duisburger Lager holte. Dieser Fahrer, ein Polizist, war ebenfalls einer der vielen heimlichen Regimegegner. Er zeigte es zunächst mit Zigaretten, die er Runge zuschob. Eines Tages machte er plötzlich einen Umweg und hielt vor Runges Wohnung. Runge verschwand für ein paar Minuten und kehrte mit einem Karton zurück, in dem sich Zivilkleider befanden. Man hatte Runges Frau kurz vorher verständigt. Wenige Wochen später, kurz vor dem Zusammenbruch des NS-Staates, als die gefürchteten Kommandos der SS politische Häftlinge aus den Strafanstalten und Konzentrationslagern herausholten und in entlegenen Wäldern erschossen, stand eines Abends im Waschraum des Lüttringhauser Zuchthauses ein Fenster offen. Runge begriff den Wink seiner Helfer. Er schlüpfte in seine Zivilkleidung, verschwand und überlebte in Verstecken das Ende des Dritten Reiches. Ähnliches soll sich schon bei den Prozessen ereignet haben. Sebastian Dani wurde von einem Polizisten während einer Verhandlungspause daran gehindert, die Toilette aufzusuchen. Er hatte ihm durch ein Zeichen mitgeteilt, daß sich dort von der Gestapo gedungene „Befreier“ versteckt hielten. (Mündl. Auskunft Sebastian Danis an den Verf., Bonn, 17. 5. 1971.) Die dargestellten Verhaltensweisen der Polizisten sind bemerkenswert, weil sie darauf hindeuten, daß es nach 1933 in der Polizei noch Gesinnungsrelikte der republikanischen Basis gab, welche einst die preußische Polizei prägte, und daß es dem NS-Staat nicht gelungen war, diese völlig aufzulösen.

¹⁴⁰ Auf die an sich schon wegen ihrer weiten Verzweigung bemerkenswerte Organisation wird hier nicht näher eingegangen, weil ihr bereits eine ausführliche Untersuchung gewidmet ist. Vgl. Helmut Esters/Hans Pelger, *Gewerkschafter im Widerstand*, Hannover 1967.

¹⁴¹ Vermutete Ansätze von Trocha (HD-Gestapo 7833) konnten nicht nachgewiesen werden.

- die Einstellung der Belegschaft zur Partei und den Maßnahmen der Reichsregierung,
- die Auswirkungen der Materialknappheit,
- die Maßnahmen zur Durchführung des Winterhilfswerks und die Auswirkungen der Sozialgesetzgebung auf die arbeitenden Massen¹⁴².

In diesem Zusammenhang ist eine „Seemannsgruppe“ in Antwerpen zu erwähnen, über die Verbindungen der illegalen Organisation Hans Jahns und Hugo Bachmanns zur ITF liefen. Die Gestapo vermutete dort, namentlich in der Person des Rheinschiffers Hermann Knüfken, eine Kontaktstelle zum englischen Nachrichtendienst, was allem Anschein nach auch zutreffend war¹⁴³.

Die Gestapo, die noch während des Krieges intensiv nach den Mitgliedern der Gruppe fahndete, vermochte deren Funktion und Verbindungen nicht zu durchschauen, zumal sie offensichtlich von der Fiktion ausging, daß jene Gruppe wie die an anderer Stelle erwähnte Rotterdamer Seemannsgruppe Ruiter/Scholzen zur Auslandsleitung-West der illegalen KPD in Amsterdam gehörte und als deren Hintermann sie den kommunistischen Zersetzungsspezialisten Ernst Wollweber vermutete¹⁴⁴.

Schließlich vermutete sie, offenbar durch widersprüchliche Aussagen einiger verhafteter Rheinschiffer und die schillernden Auskünfte ihrer V-Männer irritiert, eine „Trotzkistengruppe“¹⁴⁵. Diese Version, so unscharf sie auch war, könnte der Wirklichkeit noch am nächsten gewesen sein.

Ob die Antwerpener Gruppe Verbindungen zu Kommunisten in Duisburg hatte, ist ungewiß, während Verbindungen 1936 zu Hugo Bachmann über Hans Jahn und damit zu den führenden Sozialdemokraten in der illegalen Eisenbahner-Gewerkschaft via Duisburg außer Frage stehen¹⁴⁶.

1937 versuchte die Antwerpener Gruppe, mit Hilfe von Binnenschiffen in den Hafenstädten des Niederrheins die Bevölkerung über die Diktatur und ihr Hinsteuern auf den Krieg zu informieren. Anfang Juni verhaftete die Gestapo in Düsseldorf einen Duisburger Schiffer, Hermann L., der zusammen mit einem aus Speyer stammenden Matrosen in seinem Kahn „Arago“ mehrere Pakete von ITF-Schriften mitführte und eine erste Sendung in Düsseldorf abzusetzen versucht hatte. Die Schriften – es handelte sich u. a. um „Die Schifffahrt“, „Faschismus“ und „Leuchtturm“ – enthielten Aufforderungen an die deutschen Arbeiter, die Auslandssender abzuhören. Das Leben der beiden Männer hing nur noch an einem dünnen Faden. Ihnen kam zuletzt die (absichtlich wohlwollende?) Genauigkeit der Richter des III. Strafsenats beim Oberlandesgericht in Hamm zu Hilfe, die feststellten, daß eine Verbreitung der Schriften nicht bewiesen werden konnte. Der Duisburger wurde daraufhin zu 3 Jahren, der Speyerer zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt¹⁴⁷.

¹⁴² Vgl. Esters/Pelger, a. a. O., S. 64.

¹⁴³ Vgl. im einzelnen HD-Gestapo 31 102. Weitere Nachforschungen konnten im Rahmen dieser Untersuchung nicht durchgeführt werden; die Gestapoakten enthalten indessen konkrete Hinweise.

¹⁴⁴ Vgl. HD-Gestapo 9916, 31 102 und 38 447; zur Rotterdamer Seemannsgruppe vgl. Kapitel „Der kommunistische Widerstand“ (Abschn. „Technik der Nachrichtenleitung“).

¹⁴⁵ Vgl. insbes. HD-Gestapo 31 102 (Knüfken).

¹⁴⁶ Über die Verbindungen Knüfkens zu Jahn bzw. Bachmann vgl. bei Esters/Pelger, a. a. O., S. 57 f. Vgl. auch Kapitel: „Die kommunistische Widerstandsorganisation“, Abschnitt „Duisburg nach der Brüsseler Konferenz“.

¹⁴⁷ Vgl. 6 OJs 344/37 mit HD-Gestapo 44 780.

Hitlers Annexion der Tschechoslowakei und der bald darauffolgende Krieg mit Frankreich, wohin der sozialdemokratische Führungsstab zunächst ausgewichen war, hatten die Sopade inzwischen auseinandergerissen. Otto Wels war im September 1939 im Pariser Exil verstorben. Ab 1940 konsolidierte sich eine neue Exilgruppe in London, in der sich auch die ehemals entzweiten Opponenten wieder zusammenfanden (Neu-Beginnen, SAP, ISK). Einige mutige Kuriere — am bekanntesten der aus dem ISK hervorgegangene Josef Kappius, der sich aus einem Flugzeug bei Papenburg im Fallschirm absetzen ließ — versuchten während des Krieges wieder Verbindungen im Ruhrgebiet zu bekommen. Es ging hierbei mehr um vorsichtige Kontakte, als um den Versuch, eine neue Untergrundorganisation aufzubauen, denn die Sopade hatte aus den menschlichen Tragödien, die sich hinter Zuchthausmauern und in den Konzentrationslagern abspielten, Konsequenzen gezogen und sich nicht auf neue sinnlose Experimente einlassen wollen, sondern sich schon auf Pläne zur demokratischen Gestaltung Deutschlands nach dem nun deutlicher voraussehbaren Ende des NS-Regimes konzentriert¹⁴⁸. Die neuen Kontakte hatten sich mittels ehemaliger ISK-Mitglieder auf Bochum, Essen, Brilon und Witten erstreckt, aber nicht mehr bis Duisburg gereicht. In Duisburg wurden dennoch fünf ehemalige Sozialdemokraten während des Krieges Opfer der politischen Verfolgung.

1.52 Fünf Duisburger Sozialdemokraten unter den letzten Opfern des Regimes

Jaring Woudstra, Matrose aus Duisburg, seine Vorfahren stammten vermutlich aus den benachbarten Niederlanden, deutscher Sozialdemokrat seit 1906, war in den 20er Jahren Kassierer und Vertrauensmann der Rhein-Schiffer-Gewerkschaft. 1928 wanderte er nach Holland aus und schloß sich der Niederländischen Sozialistischen Arbeiterpartei an. Die deutsche Staatsangehörigkeit gab er nicht auf. 1934 bot er seine Mitarbeit dem aus Düsseldorf emigrierten früheren SPD-Bezirkssekretär Ernst Schumacher an, der von Amsterdam (später Antwerpen) aus die Weiterleitung illegaler SOPADE-Zeitungen am nördlichen Niederrhein besorgte. Woudstra hatte wie viele andere geholfen, daß die Schriften mit Hilfe seiner früheren Gewerkschaftsfreunde auf den Schiffen von Rotterdam nach Ruhrort gelangten, und sorgte in Holland für die Verbreitung von Nachrichten der Unterdrückten des NS-Staates. Die Gestapo muß über seine Tätigkeit genau informiert gewesen sein. Nach der Besetzung Hollands spürte sie ihn Anfang Mai 1942 in Rotterdam auf und überlieferte ihn dem Volksgerichtshof.

Woudstra wurde der mit Todesstrafe bedrohten Feindbegünstigung angeklagt. Das Urteil fiel am 11. März 1943. Fünf Monate später, am 15. August 1943, starb Jaring Woudstra unter dem Fallbeil der nationalsozialistischen Henker¹⁴⁹.

Jakob Jung, Schlosser und Kranführer, Sozialdemokrat, Reichsbannerangehöriger und Betriebsratsmitglied in der August Thyssen Hütte flüchtete, als mehrere Betriebsratsmitglieder 1933 (vermutlich im Zusammenhang mit der Aktion gegen die Gewerkschaften) verhaftet worden waren, ins Saargebiet. Ein Brief an seinen Stiefsohn Kurt Sch. aus dem Jahre 1937, der von der Gestapo abgefangen wurde, verriet,

¹⁴⁸ Vgl. hierzu Werner Röder: „Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942—1945“ in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 17. Jg. 1969, 1. Heft, S. 72 ff.; L. J. Edinger, a. a. O., S. 167 ff.; Werner Link, a. a. O., S. 318 ff.

¹⁴⁹ Akten des AfW-Duisburg ZK 204 492 (VG-Urteil 10 J 2).

daß er sich später in Frankreich als Emigrant durchgeschlagen hatte und von dort aus seine Empörung über NS-Deutschland und dessen Unterstützung des Franco-Regimes Freunde und Verwandte im Reich wissen ließ. Die Häscher der Gestapo suchten ihn nach der Besetzung Frankreichs, entdeckten ihn im August 1941 und brachten ihn nach Dachau. Hier schied Jakob Jung ein Jahr später, am 6. August 1942, aus dem Leben. Die über ihn angelegte dünne Gestapoakte, in der die Gründe für die Einlieferung in das Konzentrationslager nicht angegeben wurden, enthielt den Vermerk „... verstarb an den Folgen einer Bauchfellentzündung“¹⁵⁰.

Friedrich Henkel, Schlosser im Reichsbahnausbesserungswerk Duisburg-Wedau, Mitglied der Eisenbahnergewerkschaft, hatte bis 1943 wie viele keine Möglichkeiten zum Widerstand gegen das NS-Regime gesehen. Seit April 1943 aber begann er immer lauter von seinen moralischen Auffassungen zu sprechen, drei Monate lang, bis schließlich seine Äußerungen über den verbrecherischen Hitler-Krieg den NS-Funktionären im Betrieb bekannt waren. Ende Juli wurde er verhaftet. Ein Verfahren vor dem Oberlandesgericht in Hamm wegen Wehrkraftzersetzung endete vor überraschend zurückhaltenden Richtern mit einer Verurteilung zu 9 Monaten Gefängnis. Die Akten waren jedoch zum Volksgerichtshof gelangt, der das milde Urteil aufhob, ein neues Verfahren einleitete und ihn am 29. November 1944 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilte¹⁵¹. Henkel wurde in das Zuchthaus Sonnenburg eingeliefert. Am 30. Januar 1945 wurde Friedrich Henkel dort von einem SS-Kommando herausgeholt und erschossen¹⁵².

Über das Leben und das politische Wirken eines Duisburger Fahrradhändlers, des Sozialdemokraten *Hermann Selbach*, insbesondere über die Umstände, die zu seiner Verhaftung im August 1944 geführt haben, herrscht Ungewißheit. Die Akten geben keinen Aufschluß, ob Selbach wegen abträglicher Äußerungen über den NS-Staat als Fronturlauber oder als UK-Gestellter in Duisburg verhaftet wurde. Einzig besteht Gewißheit darüber, daß Selbach am 22. August 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen geschafft wurde, von dort nach Oranienburg kam und zuletzt in Neuengamme war. Drei Monate nach Kriegsende, im August 1945, spülte die Ostsee bei Pelzerhaken mehrere Tote an Land. Es waren die letzten Opfer des unmenschlichen Krieges noch im Augenblick der Kapitulation. Etwa sechs oder acht kleinere Schiffe und der ehemalige Ozeanliner „Cap Arcona“ mit Verwundeten, französischen Kriegsgefangenen und Häftlingen des Konzentrationslagers Neuengamme an Bord, teilweise durch Fliegerbeschuß schon havariert, wurden in jenen Tagen auf Befehl eines von der Vernunft geleiteten Flottillenchefs zur Vermeidung weiterer sinnloser Opfer in die vermeindlich Schutz bietende Neustädter Bucht gebracht. Der Konvoi fuhr seiner Vernichtung entgegen. Während bereits die Kapitulationsverhandlungen liefen, brachte ein englischer Bomberverband die dicht nebeneinanderliegenden Schiffe auf und versenkte sie¹⁵³. Unter den unzähligen Toten, die noch nach Wochen an Land geschwemmt wurden, befand sich der Duisburger Sozialdemokrat Hermann Selbach¹⁵⁴. *Wilhelm Prust*, ein älterer Angestellter im Wasserstraßen-Schleppamt Duisburg, So-

¹⁵⁰ AfW-Duisburg, Akte ZK 198 183, HD-Gestapo 24 021. Bauchfellentzündungen stellten sich nicht selten nach Mißhandlungen ein.

¹⁵¹ Vgl. HD-Gestapo 64 718, 58 502.

¹⁵² AfW-Duisburg ZK 4650.

¹⁵³ Vgl. Fritz Brustat-Naval, Unternehmen Rettung. Letztes Schiff nach Westen, Herford 1970, S. 197 ff.

¹⁵⁴ s. AfW-Duisburg, Akte ZK 4985 a.

zialdemokrat seit 1928, hatte jahrelang im Büro seine antifaschistische Gesinnung verborgen, bis er 1943 mit Kriegsgefangenen in Berührung kam. Er sprach von da an immer häufiger von seinen Ansichten über den Nationalsozialismus, auch zu seinen Kollegen; in späteren Akten der Gestapo stand: „... in abfälliger und pessimistischer Weise über die politische und militärische Lage des Reiches“¹⁵⁵.

Prust wurde, denunziert, am 11. April 1944 verhaftet. Vier Monate später wurde er vom Volksgerichtshof in Berlin wegen „Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 2. Oktober 1944 vollstreckt¹⁵⁶.

¹⁵⁵ HD-Gestapo 57 362.

¹⁵⁶ AfW-Duisburg, Akte ZK 73 027. Anklage 3 J 711/44 in HD-Gestapo 57 362. Die erschütternden menschlichen Dokumente der letzten Lebensstunden von Wilhelm Prust sind im Anhang dieses Buches wiedergegeben.

2. Widerstand der Sozialistischen Arbeiter Partei Deutschlands (SAPD)

2.1 Stichwortvermerk zur Geschichte der SAPD

2.11 Abspaltung von der SPD

Die Sozialistische Arbeiter Partei Deutschlands (SAPD) war 1931 entstanden. Kurz vor dem Leipziger Parteitag der SPD im Juni 1931 hatten neun Abgeordnete die Parteidisziplin durchbrochen und zusammen mit den Kommunisten im Reichstag gegen die Panzerkreuzervorlage der Regierung (betreffend den Bau eines Panzerschiffs Typ B) gestimmt. Auf dem Leipziger Parteitag kam es daraufhin zu heftigen Kontroversen mit Max Seydewitz und der von ihm vertretenen Gruppe der Neinsager. Die Panzerkreuzerdebatte bot nur den äußeren Anlaß zur Auseinandersetzung zwischen Parteivorstand und der linken Gruppe, die der Partei die Tolerierung der Brüning-Politik vorwarf¹⁵⁷. – Die SPD-Mehrheit sah in Brüning und der Notverordnungspolitik das kleinere Übel im Verhältnis zum Faschismus, dessen Durchbruch von ihr befürchtet wurde¹⁵⁸.

Hinter den Linken standen meist jüngere Sozialisten, die der offiziellen Sozialdemokratie politische Bewegungslosigkeit vorwarfen und der Partei erheblich mehr demokratisch-sozialistischen Elan wünschten. Andererseits glaubte die junge Linke wohl nicht ernstlich daran, daß das „Monopolkapital“ daran denken würde, die NSDAP zu unterstützen¹⁵⁹. Sie nahm daher auch die von der Fraktion geforderte Disziplin nicht sonderlich ernst, gründete vielmehr, kaum war der innere Zwist auf dem Leipziger Parteitag (dem letzten vor der nationalsozialistischen Machtergreifung) notdürftig übertüncht, in Berlin eine Verlagsgesellschaft, in deren bald anlaufender Produktion eine Wochenschrift „Die Fackel“ der linken Gruppe Gehör verschaffen soll-

¹⁵⁷ K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 388, 391 ff. Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, Heidelberg, 1958, S. 186 ff.

¹⁵⁸ „Die Partei“, schrieb damals ein politischer Beobachter, „entschied sich zu einer Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning, nicht allein, um die Preußenkoalition mit dem Zentrum zu erhalten, sondern um die Reichsregierung selbst nicht in die Arme der Rechtsradikalen zu treiben, um also die Demokratie in Deutschland zu erhalten.“ Sigmund Neumann, Die politischen Parteien in Deutschland, Berlin 1932, S. 38 (Nachdruck der Ausgabe unter d. Titel „Die Parteien der Weimarer Republik“, Kohlhammer, Stuttgart 1965.)

¹⁵⁹ Vgl. Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiter Partei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim a. Gl. 1965, S. 73 f.

te¹⁶⁰. Als der SPD-Parteivorstand nach Erscheinen der ersten Nummer im August 1931 die führenden Initiatoren des Unternehmens, Max Seydewitz und Dr. Kurt Rosenfeld (mit Paul Levi Strafverteidiger von Rosa Luxemburg), nach vergeblichem Versuch, sie wieder in die Parteidisziplin zurückzuholen, ihren Ausschluß aus der SPD verfügte, waren die Weichen für die Bildung einer neuen Partei bereits gestellt. Sie etablierte sich unter Seydewitz-Rosenfeld als die „Sozialistische Arbeiter Deutschlands“ (SAPD). Ihr Ziel war die Bildung einer breiteren Plattform mit abtrünnigen Intellektuellen der KPD, die sich in der KPO (Kommunistische Partei Opposition) zusammengeschlossen hatten¹⁶¹. Mit der SAPD (Kurzform SAP) sollte eine Partei geschaffen werden, die zwischen der Tolerierungspolitik der „reformistischen“ SPD und der von Thälmann „stalinistisch“ geführten KPD lag.

Der Start der SAP stand jedoch unter keinem günstigen Vorzeichen. Die mit großem Schwung für die außerparlamentarische Arbeitereinheitsfront kämpfenden Individualisten brachten es nicht fertig, in den eigenen Reihen eine klare Linie zu schaffen. Spätestens die Novemberwahlen 1932, bei denen die SAP nur einen Stimmenanteil von durchschnittlich 0,1 Prozent auf sich vereinen konnte, machten deutlich, daß es ihr an Massenwirkung mangelte. Ursächlich waren vor allem zunehmende Richtungskämpfe zwischen einer sich an Organisationsprinzipien der KPD orientierenden Minderheit (repräsentiert durch Paul Frölich und Jakob Walcher) und der Majorität, die selbst über taktische Fragen zusehends uneiniger wurde, dergestalt, daß Rückkehrwünsche zur SPD bei einer Gruppe (Anna Siemsen, Fritz Küster, Max Seydewitz) schon beinahe offen zutage traten¹⁶².

Nachdem bereits Ende 1932 Teile der SAP einen Wiederanschluß an die SPD gefordert hatten, beschloß am 3. März 1933 der Restvorstand die Auflösung der Partei einschließlich ihres Jugendverbandes (SJV). Verlautbarungen der bürgerlichen Presse zufolge hatte der Parteivorstand die Mitglieder der SAP aufgefordert, sich der SPD anzuschließen¹⁶³.

Aber nach der turbulenten Entstehung der SAP war kaum zu erwarten, daß sie sang- und klanglos in den anderen schon illegal oder noch legal weiterexistierenden Parteien (KPD und SPD) aufgehen oder gänzlich von der Bildfläche verschwinden würde. Tatsächlich trat sie schon bald wieder in Gestalt kleiner Gruppen illegal in Erscheinung. Wenn auch Mitglieder der ehemaligen linken Opposition – Klaus Zweiling, Walter Fabian, Max Köhler und Jakob Walcher versuchten, zunächst von Berlin und später von Paris aus den Wiederaufbau von oben zentral zu lenken¹⁶⁴, so waren es wie ehemals bei der Entstehung abermals engagierte Einzelgänger, die in einigen Teilen des Reiches SAP-Gruppen neu bildeten, um sie in den Untergrundkampf gegen die Hitler-Diktatur zu führen.

¹⁶⁰ Drechsler, a. a. O., S. 88.

¹⁶¹ Ders., a. a. O., S. 137, 148 ff., 330 ff.

¹⁶² Die Ohnmacht der SAP hatte sich bereits im Januar/Februar 1933 gezeigt, als sie unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Machtergreifung vergeblich KPD- und SPD-Reichsleitung wie SAI und Komintern zu Einheitsverhandlungen drängte. Vgl. die gut dokumentierte Darstellung bei Drechsler, a. a. O., S. 307, 318 ff.

¹⁶³ Selbst in diesem Augenblick brach der Richtungskampf nochmals durch. Rosenfeld plädierte für seinen Anschluß an die KPD. Drechsler, a. a. O., S. 328 mit Quellennachweis Fußnote 79. So auch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft OLG Hamm. Vgl. Urteilsgründe 5 OJs 28/35, S. 7.

¹⁶⁴ Vgl. Drechsler, a. a. O., S. 330 ff.; s. auch Urteilsgründe 5 OJs 28/35, S. 7.

2.12 Besondere Beziehungen der Splitterpartei zu Duisburg durch Carl Minster

Zu Duisburg hatte die SAP der „proletarischen Einheitsfront zum Kampf für die Demokratie ohne Rücksicht auf das Parlament“, (Koszyk) eine Beziehung ganz eigener Art. Sie war gegeben in der vielseitigen wie eigenwilligen Persönlichkeit des zu ihrem Gründerkreis gehörenden Journalisten und politischen Agitators Carl Minster. Minster war 1914 einer der führenden Redakteure der sozialdemokratischen „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ in Duisburg gewesen. Er hatte jedoch im selben Jahr seinen Posten aufgeben müssen, weil er damals wegen seines Linkskurses gegen die Mehrheit von der SPD ausgeschlossen wurde¹⁶⁵. – Während des ersten Weltkrieges ging er in die Emigration nach Holland; er wurde mehrmals durch deutsche Behörden wegen Verdachts der Agententätigkeit für das Ausland (sogar noch in der Weimarer Republik) verhaftet. Dennoch blieb Minster seiner linkssozialistisch-pazifistischen Linie treu.

Nach politischer Wanderschaft voller Unrast mit wahrscheinlich kurzer Betätigung für die Separatisten, zeitweiliger Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei-Op-
position (KPO) fand er (ob über eine zwischenzeitliche Rückkehr zur SPD ist ungewiß) 1931 in Sachsen den Weg zum Gründerkreis der Sozialistischen Arbeiter Partei Deutschlands (SAP). Dieser Weg führte ihn im gleichen Jahr wieder zurück über Essen nach Duisburg, wo er mehrere SAP-Ortsgruppen bildete¹⁶⁶. Im Januar 1932 hat-

¹⁶⁵ Ein Porträt der vielseitigen wie eigenwilligen Persönlichkeit Carl Minsters zeichnet Kurt Koszyk in Archiv für Sozialgeschichte, Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. V, Hannover 1965, S. 193 ff. Nach den Untersuchungen Koszyks hatte Minsters politischer Lebenslauf bis in die ersten 20er Jahre zu Duisburg folgende Beziehungen: Der aus bürgerlichen Kreisen stammende Rheinpfälzer war als Jugendlicher in die USA gegangen, wurde Sozialist und überzeugter Pazifist, fand den Weg zum Journalismus. Zwei Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges war er nach Deutschland zurückgekehrt und machte bald in den Zentren der Arbeiterbewegung von sich reden, ab Januar 1914 in Duisburg als Redaktionsmitglied der sozialdemokratischen „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“. Mit engsten Gesinnungsfreunden, Julius Schoch, Wilhelm Thielhorn und Karl Böchel, der später Gustav Noskes Nachfolger bei der Chemnitzer „Volksstimme“ wurde, hielt er die Zeitung auf Linkskurs, eigenwillig bis zum Widerspruch gegen die offizielle Politik der Reichstagsfraktion. Der Bruch mit der SPD war unvermeidlich gewesen. Im Mai 1914 hatte sie die Entlassung von Minster verfügt. Der engagierte Linkssozialist führte von nun an den Kampf gegen die Parteimehrheit in einem von ihm und einigen Gesinnungsfreunden neu herausgegebenen Blatt weiter. Es war der „Kampf“, der sich in seinem Untertitel „Sozialistisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen“ nannte und hauptsächlich in den Wahlkreisen Duisburg—Moers/Rees—Mülheim—Hamborn und Oberhausen Verbreitung fand. — Minster verzog 1917 nach Braunschweig, beeinflusste aber die Redaktion des Duisburger „Kampfes“ bis zu dessen Verbot im Juni 1917, damals von Holland aus, wohin er geflohen war, um dem Heeresdienst zu entgehen. Der überzeugte Pazifist wirkte von dort aus weiter nach Duisburg hinein, mit einem zweiten „Kampf“, den er mit einem Düsseldorfer Freund (August Leonhard) und holländischer Unterstützung in Amsterdam druckte. Er wurde von deutschen Agenten entführt und entging möglicherweise damals nur knapp einem politischen Mord, den dann 24 Jahre später die Nationalsozialisten an ihm verübten. Nach 1918 wieder auf freiem Fuß, agitierte Minster erneut in den Zentren der Linkssozialisten und Anarchisten an Rhein und Ruhr, zunächst als Redakteur der „Freiheit“ in Mülheim, als Mitglied des Spartakusbundes, nach abermaliger Verhaftung — diesmal durch die Weimarer Behörden — als Redakteur der USPD-Zeitung „Weckruf“ in Essen. (Koszyk, a. a. O., S. 194—211.)

¹⁶⁶ Ders., a. a. O., S. 213, vgl. auch HD-Gestapo 8692, 30 616.

te der Agitator wieder die Feder in die Hand genommen. Unter seiner redaktionellen Leitung entstanden die SAP-Regionalzeitungen „Kampfsignal“ und in Anlehnung an das Berliner Gründerblatt („Die Fackel“) die „Rhein-Ruhr-Fackel“. Mit großem Elan beschworen die Blätter im März 1932 vor der Reichspräsidentenwahl die proletarische Einheitsfront: „Für den Sieg der Arbeiterkandidaten“, lediglich mit der Einschränkung „Für Thälmann, aber gegen die falsche Politik der KPD“¹⁶⁷.

2.2 Die SAPD in der Duisburger Untergrundbewegung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung

2.2.1 Der erste illegale Organisationsversuch schlägt fehl

1933, wenige Wochen nachdem die SAP sich offiziell aufgelöst hatte, war Minster wieder vor den Toren Duisburgs, diesmal in einer streng geheimen und sehr gewagten Mission. Von einer neuen in Berlin zusammengetretenen illegalen Landesleitung dazu ausersehen¹⁶⁸, in den Städten am Niederrhein und im westlichen Westfalen, in denen er in den vorangegangenen Jahren erfolgreich für die SAP gewirkt hatte, die alten Parteifreunde zu einer „neuen proletarischen Einheitsfront“ zu sammeln, hatte er sich bis an den Kern der alten Partei herangetastet. Zunächst hatte er an einige Vertraute von Berlin aus mehrere Briefe mit einem fingierten Absender (Heinrich Langen) geschickt, die lediglich die von der neuen (illegalen) Landesleitung herausgegebene Agitationsschrift „Die neue proletarische Kampffront“ enthielten. Den Genossen wurde auf diese Weise die Weiterexistenz der SAP signalisiert^{168a}. Einige von

¹⁶⁷ „Die Stimmabgabe für Thälmann sollte nicht in dem Bewußtsein erfolgen, daß der Arbeiterkandidat Hindenburg schlagen könnte, sondern als Demonstration gegen die reaktionär-konservative Politik der SPD.“ (Koszyk, a. a. O., S. 214.)

¹⁶⁸ Die Landesleitung war (illegal) am 11./12. März gebildet worden. Sie bestand aus den ehem. KPO-Funktionären Jakob Walcher, Bernhard J. Thomas, August (und Irmgard?) Enderle, Max Köhler, Paul Fröhlich und den ehemaligen Mitgliedern der SPD-Linksopposition. Dr. Walter Fabian, Dr. Kurt Zweiling, Dr. Fritz Sternberg. (Die Jugendleitung repräsentierten Edith Baumann, Willy Kressmann und Max Schwarz. Fröhlich und Walcher wurden nach Paris resp. Oslo entsandt, um hier Auslandssekretariate aufzubauen. Fröhlichs Stelle nahm später der damalige SAP-Jugendfunktionär Willy Brandt ein. — Rosenfeld wurde nicht mehr politisch aktiv; er emigrierte in die USA. Seydewitz emigrierte ebenfalls (über die CSSR, Norwegen, Schweden) in die USA. Er kehrte 1945 nach Deutschland zurück, trat der KPD bei und wurde in der DDR nach kurzer politischer Betätigung als Redakteur der „Einheit“ Direktor der staatlichen Kunstsammlungen in Dresden. — Den Kern der Inlandsleitung bildeten vermutlich Zweiling, Fabian und Edith Baumann, jedoch auch nicht sehr lange. Edith Baumann, Dr. Zweiling und Max Köhler wurden noch im Laufe des Jahres 1933 verhaftet (Köhler gelang 1937 die Flucht nach Paris). Fabian und Sternberg konnten sich im Sommer 1933 knapp der Verhaftung durch Flucht in verschiedene Unterschlupfe entziehen und schließlich 1935 in die Schweiz entkommen. Vgl. Hanno Drechsler, a. a. O., S. 167, 330, 363 ff. Minsters Stellung in der illegalen Landesleitung ist bisher noch nicht systematisch untersucht. Vermutlich gehörte er zur zeitweiligen Vorstandsmehrheit um Max Seydewitz. Vgl. Koszyk, a. a. O., S. 216.

^{168a} Vgl. Ermittlungen Gew. Staatsanwaltschaft OLG Hamm OJ 409/34 Bd. 1 mit Aussageprotokollen Wilhelm O., Otto M., Werner K. (Januar 1934), Blatt 56—80. Vgl. auch den in Düsseldorf gefundenen vertraulichen Rundbrief an die Bezirke, OJ 942/33.

ihnen erhielten dann unvermittelt die Aufforderung, so der Stellmacher Otto Marten aus Duisburg, sich mit ihm zu Pfingsten in Ratingen zu treffen^{168b}.

Minster, vermutlich unmittelbar vorher aus Berlin angereist, versuchte die mit gespannten Erwartungen gekommenen Altgenossen für einen Plan zu gewinnen, die SAP als „Gartenbauverein“ getarnt weiterzuführen^{168c}.

Daraus wurde jedoch nichts, weil der Ratinger Kesselschmid Karl Körfer und wohl auch der Duisburger Marten die Sache für zu gefährlich hielten. Ein nochmaliger Vorstoß war Minster nicht möglich, weil die Gestapo ihm schon auf den Fersen war. Er konnte sich ihrem Zugriff damals gerade noch durch rasche Flucht ins Saargebiet entziehen. – Ihren Fahndern konnte er nicht entkommen. Den engagierten Pazifisten und Separatisten – 1939 soll er Vorsitzender der „Union des Rhénans-Expatriés“ gewesen sein – spürte die Gestapo im Frühjahr 1942 in Paris auf. Er wurde vom Volkgerichtshof zum Tode verurteilt und im September 1942 hingerichtet^{168d}.

Minsters letzte politische Aktion im Inland hatte nicht zur Bildung von Widerstandsgruppen geführt, aber sie trug vielleicht doch einiges dazu bei, daß viele Linkssozialisten an Rhein und Ruhr wieder mobilisiert werden konnten. Es waren jüngere Kräfte, die jetzt die Reste der SAP zu sammeln versuchten.

2.22 Die jüngere Generation ergreift die Initiative

Ende Februar 1933 hatten sich mehrere Mitglieder der SAP-Jugend (SJV) aus Westdeutschland mit jungen holländischen Linkssozialisten in Utrecht zu einem politischen Gedankenaustausch getroffen. Von deutscher Seite waren bekannte SJV-Jugendführer wie Edith Baumann und Peter Keller aus Berlin und weniger bekannte dabei, unter ihnen Eberhard Brünen aus Duisburg¹⁶⁹. Die Tagung war ein Mißerfolg. Sie verlor sich in theoretischen Diskussionen, ohne zu konkreten Beschlüssen in bezug auf das Verhalten gegenüber der sich erstaunlich rasch konsolidierenden Diktatur zu führen¹⁷⁰.

Als die deutschen Tagungsteilnehmer zurückfuhren, wurden sie an der Grenze aufgehalten und durchsucht. In der vorangegangenen Nacht war der Reichstag in Flammen aufgegangen¹⁷¹. Überall im Reichsgebiet lief die Fahndung nach „Marxisten“ an, die der Konspiration mit den vermeindlichen Brandstiftern verdächtig waren. In Brünens Taschen befand sich nichts, was den Argwohn der Grenzposten erregte. Er wurde jedoch vier Tage später in Duisburg auf offener Straße vor dem Rathaus festgenommen, auf der Burgplatzwache verhört, zusammen mit einigen Betriebsräten, die zur gleichen Stunde dort eingeliefert worden waren. Der mit der Vernehmung beauf-

^{168b} HD-Gestapo 30 616, OJ 409/34.

^{168c} Vgl. Ermittlungen der Hammer Staatsanwaltschaft OJ 409/34, zusammenfassender Bericht vom 2. Februar 1934, Blatt 77 ff.

^{168d} Koszyk, a. a. O., S. 217, 224. Koszyks Darstellung entspricht den Gestapo-Ermittlungen HD-30 616, die wahrscheinlich erst nach nach Abfassung der Koszykschen Abhandlung aufgefunden wurden, jedoch weitgehend Durchschriften der von Koszyk zitierten Akte 8692 enthalten. Hier auch Todesurteil VG 8 J 165/42

VG 2 H 137/42.

¹⁶⁹ Vgl. OJ 70/34, Aussageprotokolle Blatt 21 ff., Brünen wird hier als Teilnehmer nicht erwähnt. Eberhard Brünen hat seine Teilnahme dem Verfasser jedoch in einem Interview persönlich bestätigt (Interview 9. 11. 1971).

¹⁷⁰ Mündliche Darstellung Brünens.

¹⁷¹ Vgl. OJ 70/34 Aussage Heinrich Sch. v. 7. 10. 1933, Blatt 2.

tragte Beamte (vermutlich Kriminalkommissar Emil Freund) erledigte seinen Auftrag indessen mit beinahe offener Sympathie für die Verhafteten so, daß die Vernehmung nichts erbrachte und Brünen mit den anderen 24 Stunden später wieder auf freiem Fuß war¹⁷². Zu diesem Zeitpunkt erreichte Duisburg die Nachricht vom Auflösungsbeschluß der SAP. Ein Delegierter, der von den etwa 200 SAP-Mitgliedern aus Duisburg und Hamborn zum (letzten) Dresdener Parteitag entsandt worden war, hatte sie mitgebracht¹⁷³. Brünen ging darauf sofort zu seinem Parteifreund Hermann Hankammer, um mit ihm zu beraten, was angesichts der neuen Lage zu tun sei. Sie kamen überein, sich Tag für Tag mit anderen SAP-Freunden zu treffen und so zunächst erst einmal dafür zu sorgen, daß die Verbindungen untereinander nicht abrisen. Die Duisburger glaubten damals noch, daß, nachdem die nationalsozialistische Machtergreifung Tatsache geworden war, eine breite sozialistische Front gegen den Nationalsozialismus entstehen würde und dann die Dinge von selbst ins Rollen kommen würden. Man argumentierte anschaulich. Analogon war „das volle Glas Wasser, das nur noch eines Tropfens bedurfte, um überzulaufen“¹⁷⁴. Sie glaubten, daß es auf die SAP ankommen konnte.

Beinahe wäre jedoch Brünen schon am 2. Mai ausgeschaltet worden. Er wurde beim Bezahlen seines Gewerkschaftsbeitrages (an August Seeling) im ZdA-Büro von der an anderer Stelle¹⁷⁵ ausführlich dargestellten SA-Aktion überrascht und verhaftet. Aber durch forsches Auftreten gegenüber dem Anführer des SA-Kommandos, den er mit der Androhung einer Beschwerde an höchster Stelle irritierte, gelang es ihm, wieder freizukommen¹⁷⁶.

In den folgenden Wochen und Monaten war Brünen mit seinen Freunden viel unterwegs – wie die meisten damals mit dem Fahrrad –, zunächst in Duisburg und Hamborn, wo etwa 30 bis 40 SAP-Anhänger für den Einheitsfront-Kampf gewonnen werden konnten. Man versuchte auch in Dortmund¹⁷⁷ und Bielefeld Kontakte zu bekommen¹⁷⁸.

Brünen schlug sich sogar bis nach Frankreich durch, wo er u. a. KPO-Anhänger traf, die ihm etwas Geld gaben¹⁷⁹. Bald bewegte er sich dann wieder in Duisburg und Umgebung, führte Einzelgespräche und hielt kleine Versammlungen ab, bis er erfuhr, daß am 10. Oktober seine Mutter von Gestapobeamtens über seine Tätigkeit ins Verhör genommen und am gleichen Tag seine Verlobte, die ebenfalls in der SAP aktive

¹⁷² Mündl. Auskunft Brünens. Sie zeigt eine Parallele zu Runges Begegnungen mit der Polizei in Moers (vgl. Abschnitt „Der sozialdemokratische Widerstand“).

¹⁷³ Einer von ihnen war Karl Völker aus Hamborn. Vgl. OJ 70/34, Blatt 22. Vgl. auch OJ 942/33, Anklageschrift.

¹⁷⁴ So Brünen im Interview vom 9. 11. 1971.

¹⁷⁵ Vgl. Kapitel „Der sozialdemokratische Widerstand“.

¹⁷⁶ So die mündl. Darstellung Brünens.

¹⁷⁷ Vgl. Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus — Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945, Hannover 1969, S. 146; von Eberhard Brünen bestätigt. Mündl. Auskunft an den Verfasser vom 9. 11. 1971.

¹⁷⁸ Brünen und Münster hatten zu dieser Zeit keinen Kontakt miteinander. Wahrscheinlich spielten im Wirrwarr jener Wochen rein technische Schwierigkeiten bei der Übermittlung von Informationen eine Rolle. Möglicherweise suchten sie den persönlichen Kontakt auch gar nicht, denn der jüngere und ältere Agitator hatten in taktischen Fragen offenbar sehr unterschiedliche Ansichten. Anscheinend war Münster mehr für eine Mobilisierung der alten SAP-Basis, während Brünen auf möglichst rasche Verbreiterung der revolutionären Einheitsfront mit Sozialdemokraten, Trotzlisten und KPO-Anhängern zielte.

¹⁷⁹ Ebenfalls mündl. Auskunft Brünens an den Verfasser vom 9. 11. 1971.

Hertha Niederhellmann¹⁸⁰, verhaftet worden war¹⁸¹. An jenem Tag verschwand Brünen in der mittlerweile entstandenen Untergrundorganisation der SAP. Zu diesem Zeitpunkt (Herbst 1933) sah es im bewegten politischen Untergrund von Duisburg und Hamborn im wesentlichen so aus: Die Kommunisten setzten besonders geschulte Instrukteure aus Berlin, Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden ein und versuchten mit Schwerpunkt Hamborn auf der Basis einer schon vorhandenen Suborganisation eine Einheitsfront „aller Proletarier gegen den Faschismus“ unter kommunistischer Leitung zu schaffen. Die Sozialdemokraten fingen gerade an, in Hamborn das Zentrum für die eigene Widerstandsorganisation aufzubauen, um hauptsächlich am Niederrhein mit einer Vielzahl von kleinen Ortsgruppen Pfeiler in den Strom zu schlagen – gegen die totalitäre nationalsozialistische Gleichschaltung. Die Anarchosyndikalisten bauten von Duisburg aus ebenfalls eine weitgefächerte Suborganisation auf – da bisher von Kommunisten wie Sozialdemokraten gleichermaßen befehdet oder ignoriert, blieben sie auch weiterhin auf Alleingang bedacht. Antinationalsozialistische katholische Arbeiter, soweit sie der Zentrumsparterie angehört hatten, fanden, selbst wenn sie zur Aktion bereit waren, mangels illegaler Initiativen des Zentrums keine Organisationsbasis, sondern warteten auf Zeichen von seiten der Kirche. Aktiv auf eine offene Einheitsfront drängte hingegen die kleine SAP, wenn vielleicht auch nicht gänzlich frei von Spekulationen auf eine Führungsrolle, die ihr zur legalen Zeit verwehrt geblieben war.

2.23 Entfaltung und Propaganda der illegalen Organisation

Brünen und seine Freunde versuchten, nachdem es gelungen war, über einen Solinger SAP-Funktionär (Heinrich Schroth) Verbindung mit Kontaktmännern der illegalen SAP-Reichsleitung in Holland zu bekommen und wie KPD, SPD und Anarchosyndikalisten Agitationsschriften von dort einzuführen und in Umlauf zu setzen. Aus zäher Kleinarbeit entstand eine Verteilerorganisation, die sich in 3 Bezirke gliederte: Bezirk I Niederrhein (Zentrale Duisburg), Bezirk II Mittelrhein (Zentrale Köln) und Bezirk III Westfalen (Zentrale Dortmund)¹⁸². Die Schriften wurden von Gronau, und zwar in Fahrradschläuchen zu einem Zwischendepot nach Bocholt transportiert¹⁸³. Die erste Serie, die von der SAP-Auslandsleitung nach Duisburg geschickt wurde¹⁸⁴ – sie wurde von den Mitgliedern nur „das Referat“ genannt und arbeitete so streng nach konspirativen Regeln, daß niemand wußte, wer eigentlich dazugehörte¹⁸⁵, bestand aus Schriften mit dem Tarntitel „Die Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront“¹⁸⁶. Diese gaben auf die einleitende Frage: „Wie konnte es soweit kommen?“, die Antwort:

¹⁸⁰ Eine Schwester der sozialdemokratischen Lehrerin Hanna Niederhellmann.

¹⁸¹ Ebenfalls mündl. Auskunft v. 9. 11. 1971.

¹⁸² Vgl. OJ 28/34, OJ 70/34, Anklageschriften und Zeugenaussagen, insbesondere OJ 70/34 vom 7. 10. 1933, Blatt 43, s. auch Protokoll v. 5. 10., Blatt 25 f.

¹⁸³ Vgl. Ermittlungen OJ 409/34, OJ 70/34, OJ 28/35.

¹⁸⁴ Diese ersten Lieferungen kamen nicht aus Holland, sondern von einem Gewährsmann aus Köln. Mündliche Auskunft Brünens. Die SAP-Leitung befand sich in Paris. Vgl. Drechsler, a. a. O., S. 337.

¹⁸⁵ Mündliche Auskunft Brünens.

¹⁸⁶ Eine zweite um die Jahreswende verbreitete kleine Zeitung trug den Titel „NS-Briefe — Dezember 1933“. Sie wird in mehreren Akten erwähnt (OJ 70/34, Blatt 69 ff. u. a. An-

„Der faschistische Sieg in Deutschland hat zwei Wurzeln, deren eine dem bürgerlichen Klasseninteresse, den Bedingungen für die Erhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft entspricht, deren andere sich ergibt aus dem Mangel an revolutionärer Führung im Proletariat und der damit verbundenen proletarischen Schwäche.“

Kernstück war neben einer 11-Punkte-Resolution „betreffend die Notwendigkeit und Prinzipien einer neuen Internationale“¹⁸⁷ ein Abschnitt, der unter dem Leitsatz „Praktische Arbeit in Deutschland“ die Ziele der illegalen SAP in folgenden Sätzen erläuterte und absteckte:

„Der Sammlungsprozeß zu einer tatsächlichen, nicht nur formalen Einheit erfordert Zeit, wenn er auch heute bereits in hoffnungsvollem Fluß sich befindet. Der neue Konsolidierungsprozeß der KPD auf der Basis der alten Fehler verzögert diese Entwicklung um ein weiteres.

Auch die KPDO verteidigt, trotz ihrer Kritik an den Wirkungen der Kominternpolitik auf deutschem Boden, die Politik des Sozialismus in einem Lande und unterstützt sie. Sie kuriert damit an den Symptomen der Krankheit herum, läßt aber ihre Wurzeln unberührt. Sie hofft, dank dieses Opportunismus von Moskau die Führung der KPD übertragen zu bekommen. Aber da sie das Grundübel, dem alle anderen entspringen, durch ihre Haltung fördert, so macht sie sich damit selbst unfähig, an der Erneuerung der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu wirken, einer Bewegung, die von Grund auf gesund sein muß, wenn sie die gewaltigen Aufgaben, die die Geschichte ihr gestellt hat, erfüllen soll, ohne an ihrer Erfüllung zu scheitern wie die KPD. Die KPDO stellt daher ebenfalls ein wesentliches ein Moment der Verzögerung im Prozeß der Erneuerung der Arbeiterbewegung dar.

Dagegen hat sich gezeigt, daß mit der Linken Opposition, den Trotzlisten, engste Zusammenarbeit schon heute möglich ist. Die LO hat nach dem vollständigen Sieg des Faschismus den Widerstand gegen die Schaffung der neuen Partei fallen lassen und bewegt sich auch in den meisten anderen Fragen, in der Beurteilung der zukünftigen Perspektiven auf dem gleichen Boden wie die SAP. In der Beurteilung einiger bedeutsamer Fragen der Vergangenheit, insbesondere der Kominternpolitik, muß weitere Diskussion die völlige Klarheit als Voraussetzung zur organisatorischen Verschmelzung vorbereiten. Weiter besteht – wie bereits erwähnt – enge Fühlung zwischen der SAP und den aus den Trümmern der SPD sich bildenden „Roten Stoßtrupp“¹⁸⁸.

klage OJ 71/34 gegen Eberhard Brünen in Abwesenheit — zu diesem Zeitpunkt noch als „flüchtig“ in den Akten geführt) und soll einen Aufruf zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus enthalten haben. Originale konnten jedoch nicht mehr aufgefunden werden.

¹⁸⁷ Unterzeichnet von Vertretern der Internationalen Opposition der Bolschewiki-Leninisten (E. Bauer), Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands (E. Schwab), Unabhängige Sozialistische Partei Hollands (J. P. Schmidt), Revolutionär-Sozialistische Partei Hollands (K. Sneevliet). Nach Auskunft von Max Schwarz an den Verfasser seien diese Namen Pseudonyme gewesen.

¹⁸⁸ Den „Roten Stoßtrupp“ gab es 1933 in der SPD, und zwar in Form einer Lesergemeinschaft einer gleichlautenden Zeitung, die von dem offensichtlich zur Zusammenarbeit mit der SAP tendierenden Berliner Journalisten Rudolf Küstermeier illegal herausgegeben wurde. Küstermeier wurde Anfang 1934 verhaftet. Vgl. Ermittlungen der StA-Hamm OJ 133/34. Hinweise auf Küstermeiers Verhaftung u. a. in „Sozialistische Aktion“, Ausgabe „Anfang September 1934“.

„... Schon heute sieht es die SAP als ihre Aufgabe an, im Zusammenwirken mit allen Gruppen, mit denen trotz grundsätzlicher Differenzen eine Verständigung über die praktische Arbeit möglich ist, die Entwicklung der Widersprüche des faschistischen Systems vorwärtszutreiben. Als Wichtigstes ergibt sich hier das organisierte Eingreifen an den Stellen, wo das faschistische System die proletarischen Massen organisiert, um sie niederhalten zu können. In der Übergangsform der faschistischen Gewerkschaften gilt es da, systematisch die klassenkämpferischen Elemente illegal zusammenzuhalten, durch dauernde Diskussion ihren Standpunkt zu festigen. Einfluß zu gewinnen auf die gleichgültigen und dem faschistischen System wohlwollenden Arbeiterschichten, unter zielbewußter Ausnutzung der Enttäuschungen, die das faschistische Regime ihnen bereiten muß. Die losen Kader, die so in der Übergangszeit zusammengefügt werden, müssen nach der Überführung der faschistischen Gewerkschaften in die Standesorganisationen, zusammenhalten und nach Möglichkeit weiter ausgedehnt werden. Das Ziel ist, aus diesen Kadern klassenbewußter Arbeiter illegale Klassengewerkschaften im Schoß der faschistischen Zwangsorganisationen zu schaffen, Organisationen, die die wirtschaftlichen Widersprüche des Faschismus ausnützen, um die Gesamtheit der Arbeiterklasse kampffähig zu machen und die faschistischen Organisationen zu sprengen. Ziel, Richtung und Führung kann diesem Kampfe jedoch nur die politische Partei, die Zusammenfassung der gereiftesten und bewußtesten Teile der Arbeiterklasse geben.

Ebenso sieht die SAP eine Aufgabe von entscheidender Wichtigkeit darin, durch den disziplinierten Einsatz der parteipolitisch organisierten Arbeiter von den Betrieben her die Aufrollung der Klassenfront vorzubereiten. Anknüpfend an die unmittelbar dem Arbeitsprozeß entspringenden Interessen des Proletariats und ihren Zusammenprall in den Betrieben mit den Ausbeuterinteressen, ist hier der Einbruch in die faschistisch beeinflussten Arbeiterkreise erheblich leichter, während er auf der anderen Seite gerade an dieser Stelle durch die Reinigung der Betriebe von altbewährten, klassenbewußten Arbeiterfunktionären stark erschwert ist.

Über diese Aufgaben, die der Neuformierung der proletarischen Klassenfront dienen, hinaus besteht die Aufgabe, die allgemeine Unzufriedenheit, die der Faschismus in wachsendem Maße erzeugen muß, zielbewußt zu politischen Aktionen gegen den Faschismus auszuwerten.“

Ab Januar 1934 folgte die im Taschenformat auf dünnem Papier gedruckte illegale SAP-Zeitung „Das Banner der revolutionären Einheit“. Im Februar ging sie bereits hundertfach durch Hamborn¹⁸⁹. Ihren Vertrieb leitete Brünen mit einem Reisenden (Kurt Flehsig) und einem zur illegalen SAP gestoßenen ehemaligen KPO-Funktionär (Oskar Triebel)¹⁹⁰.

¹⁸⁹ Vgl. 5 IJs 28/35, Anklageschrift; von Eberhard Brünen im Interview ebenso dargestellt.

¹⁹⁰ Oskar Triebel ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. In den Gestapo- und OLG-Akten (HD-Gestapo 18 180 und OJ 378/34) wird er als KPO-Anhänger der Thalheimer-Brandler-Richtung bezeichnet, der zu einer Mönchengladbacher KPO-Anarchosyndikalistengruppe um Dagobert Lubinski und Heinrich Schlagwerth Verbindung hatte, die ihrerseits mit KPO- und Anarchosyndikalistengruppen in Düsseldorf in Verbindung standen. (Über beide Gruppen vgl. die Akten HD-Gestapo 4032 und 6 OJs 395/36.) Hier wird auch Triebel als Verbindungsmann der KPO in Duisburg — und zwar zur Anarchosyndikalistengruppe um Julius Nolden genannt. Dem steht die mündliche Auskunft von Eberhard Brünen

Neben der permanenten Aufforderung zur Bildung einer „neuen proletarischen Einheitsfront“ (jener, die außerhalb der „KPD-Bürokratie“ entstehen sollte) gab das „Banner“ ausführliche Berichte über politische Verfolgung und nationalsozialistischen Terror. Die Informationen basierten auf Meldungen, die u. a. auch von Brünen über seine Kuriere nach Holland geleitet wurden, auf kleinen Zetteln, die mit unsichtbarer Tinte aus Blutlaugensalz beschrieben waren¹⁹¹.

Um die Jahresmitte 1934 kamen immer häufiger „Banner“ in die Hände von Sozialdemokraten und umgekehrt „Die Sozialistische Aktion“ in den Besitz von SAPlern¹⁹². Die Polemik schwand zusehends vor der Eskalation des nationalsozialistischen Terrors, besonders spürbar nach der Bartholomäusnacht des 30. Juni. Im Gegensatz zu der schwerfälligeren Berichterstattung der KPD wurden von beiden Blättern sofort unter großen Schlagzeilen in Einzeldarstellungen die eiskalt durchgeführten Morde Hitlers aufgedeckt¹⁹³. Unterschiede bestanden noch in der politischen Analyse des ungeheuerlichen Geschehens. Während die „Sozialistische Aktion“ der Sozialdemokraten von Prag aus den Schluß zog: „Das Regime ist dem Untergang geweiht“¹⁹⁴, zeigte sich das „Banner“ der SAP (vermutlich zu dieser Zeit in Paris herausgegeben) weniger optimistisch in bezug auf ein bevorstehendes Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft¹⁹⁵. Gleichzeitig zeigte sich im „Banner“ eine unübersehbare Versteifung gegenüber der KPD¹⁹⁶ und eine ebenso spürbare Öffnung zur SPD¹⁹⁷. Diese Entwicklung machte sich schon bald auch in der Duisburger Untergrundbewegung bemerkbar. Sozialdemokraten und SAPler trafen häufiger zusammen und tauschten Schriften aus¹⁹⁸. Wie die SAP auf kommunistische Annäherungsversuche reagierte, zeigt ein Beispiel aus dem Juni 1934, als der KJVD-Instrukteur

gegenüber, der Triebel als einen seiner aktivsten Mitarbeiter bezeichnet, wie die Tatsache, daß sonst weder KPO- noch KPO-Anarchosyndikalisten Verbindungen in Duisburg nachzuweisen sind. Es hat also den Anschein, daß Triebel gar nicht erst versucht hat, eine illegale KPO-Organisation aufzubauen, sondern vielmehr gleich bereit war, seine KPO-Verbindungen Brünen (SAP) zur Verfügung zu stellen, wahrscheinlich auch Kontakte zu einer kleinen Trotzkiengemeinde (HD-Gestapo 4032). Die Anzeichen, so spärlich sie auch sind, weisen hier auf Ansätze einer linkssozialistischen Einheitsfront Anfang 1934 hin (Triebel wurde am 23. März verhaftet), die sich zwischen die beiden großen Gruppen KPD und SPD zu schieben versuchte. Andererseits deuten mehrere Anzeichen darauf hin, daß eine KPO-Sektion in Duisburg zwar bestanden hatte, aber schon bald nach der Machtergreifung zerfiel, als die in ihr besonders aktive Gerichtsreferendarin Grete Stoffel emigrierte. Vgl. HD-Gestapo 14 962.

¹⁹¹ 5 OJs 28/35, S. 13.

¹⁹² Vgl. 6 OJs 74/35, 6 OJs 636/35, s. auch Urteilsgründe 5 OJs 28/35, S. 13.

¹⁹³ Vgl. Soz. Aktion v. 12. und 29. Juli 1934. Wie Ausgabe „Anfang August 1934“, „Das Banner“, undatiert, nach den in einzelnen Artikeln genannten Daten vermutlich Mitte Juli 1934.

¹⁹⁴ Vgl. Soz. Aktion v. 29. 7. 1934.

¹⁹⁵ Vgl. Leitartikel „Hitlers Bartholomäusnacht“ in „Das Banner“, ohne Datum, vermutlich Mitte Juli.

¹⁹⁶ Vgl. in derselben Ausgabe den Artikel „Die Arbeiterbewegung“.

¹⁹⁷ ebda., Artikel „Ein wegweisendes Beispiel — Kampfkartell zwischen SAPD und SPD-Paris“

¹⁹⁸ So die Darstellung Brünen, die aktenmäßig gestützt werden kann auf Gestapobeobachtungen, wie sie in 6 OJs 74/35, 6 OJs 636/35 ihren Niederschlag gefunden haben. Zu bemerken ist auch, daß nach Auskunft von Hermann Runge (SPD) der SAP-Funktionär Karl Zöllig als Verkaufsfahrer der Brotfabrik „Germania“ (Hamborn) sich aktiv an der Verbreitung von SPD-Schriften beteiligte. Mündliche Auskunft an den Verfasser vom 9. 11. 1971.

„Theo“ (Gustav Köhler) Verbindung zu Mitgliedern des Duisburger SJV aufzunehmen versuchte. Statt einer Zusage für ein Kontaktgespräch wurde ihm als Antwort lediglich ein Exemplar des „Banners“ zurückgeschickt¹⁹⁹.

2.3 Im Verbindungsnetz saßen Gestapospitzel

Im Juli 1934, nach der nationalsozialistischen Bartholomäusnacht, als die SAP sich der illegalen SPD zu nähern begann, umfaßte die in Duisburg und Hamborn entstandene Untergrundorganisation wahrscheinlich über 100 Mitglieder²⁰⁰. Zur Verbreitung der in unzähligen Exemplaren monatlich eingeschmuggelten Zeitungen war in Hamborn zur Unterstützung von Flechsig der Arbeiter Adolf Graber hinzugekommen, und in Duisburg leitete den Vertrieb Wilhelm Pennekamp, Wirt im Gewerkschaftshaus. Erich Völker (später nach Schweden geflüchtet und dort politisch in Emigrantengruppen tätig) und August Rogge besorgten Kurierdienste bis nach Holland. Trotzlisten wie der Bäcker Fritz Reuter in Hamborn und eine Frau in Duisburg (Grete Thielig?) halfen tatkräftig mit²⁰¹.

Brünen, der sich besonders um die Herstellung überregionaler Verbindungen bemühte, war einmal in Köln, ein andermal in Bocholt, dann wieder in Solingen, und da ein Auftauchen in Duisburg zu gefährlich war – sein Gesicht war hier zu bekannt –, traf er seinen „Duisburger Stab“ in Mülheim, übrigens mehrmals in Begleitung eines Abgesandten der SAP-Auslandszeitung „Felix“²⁰². Brünen fand sogar Unterschlupf in einem Franziskanerkloster an der Grenze und konnte von hier aus Nachrichten weiterleiten²⁰³. Da er aus Nachtwanderungen mit der Sozialistischen Jugend besonders gut mit einigen Wäldern in der Nähe von Gronau vertraut war, wechselte er hier einige Male auch über die Grenze und hielt sich dann bei holländischen Freunden auf²⁰⁴. Brünen ahnte nicht, daß in der SAP-Organisation Spitzel waren, die der Gestapo Informationen zuspielten. Im Juli wußte sie zwar noch nicht, daß er der aktivste Verbindungsmann war, aber sie war schon sehr dicht an seine Fährte herangekommen. Am 5. August gaben zwei Gestapostellen an das Staatspolizeiamt Berlin folgende Meldungen durch:

„Staatspolizeistelle Dortmund... Die Neuorganisation der SAP wird z. Zt. ebenfalls sehr intensiv betrieben, allerdings unter ständiger Bewachung durch die Stapo. Wenn... ein Zugriff bisher aus taktischen Gründen unterblieben ist, so hat sich das als richtig erwiesen... So konnte in Erfahrung gebracht werden,

¹⁹⁹ Vgl. Kapitel „Der kommunistische Widerstand“, Abschnitt „Der Kommunistische Jugendverband — Gruppe Köhler in Duisburg“.

²⁰⁰ Die Zahl kann nur grob geschätzt werden. Brünen erwähnt für die Zeit der Machtübernahme „mehrere Hundert“, räumt allerdings ein, daß in der Illegalität viele nicht den Mut hatten, aktiv mitzumachen, die Arbeit dafür durch Geldspenden unterstützten. Im Zuge von drei Verhaftungsaktionen zwischen Januar/November 1934 und Februar 1935 wurden 47 Mitglieder der illegalen SAP in Duisburg-Hamborn verhaftet. Vgl. Akten OLG Hamm OJ 942/33, OJ 409/34, 5 OJs 28/35 mit den Akten des AfW-Duisburg.

²⁰¹ Vgl. Ermittlungen OJ 70/34, OJ 409/34 mit Anklageschrift und Urteil 5 OJs 28/35.

²⁰² Vgl. 5 OJs 28/35, Anklageschrift, S. 14 f.

²⁰³ Mündl. Auskunft Brünens an den Verfasser v. 9. 11. 1971.

²⁰⁴ Mündl. Auskunft Brünens vom gleichen Tage.

daß die Oberbezirksleitung ihren Sitz in Köln hat. Ihr unterstehen die 4 Bezirke Köln, Düsseldorf, Duisburg und Düsseldorf? Die personelle Zusammensetzung der Bezirke Köln, Düsseldorf und Duisburg ist z. Zt. noch nicht bekannt. Dagegen ist der Leiter des Bez. Dortmund . . . bekannt . . .²⁰⁵

Die Staatspolizeistelle Düsseldorf war noch näher an ihn herangekommen, ihre Meldung (vom gleichen Tage) lautete:

„Die SAP trat in Duisburg durch die Verbreitung ihrer Hetzschrift „Das Banner“ in Erscheinung. Als Vertreter dieser Hetzschrift steht der flüchtige Arbeiter Eberhard Brünen, geb. . . . in Duisburg, der früher dort gewohnt hat, im dringenden Tatverdacht . . .²⁰⁶“

Der Ring wurde enger. Die Staatspolizei Dortmund, der Anfang August die zentrale Ermittlungstätigkeit gegen die westdeutsche SAP übertragen worden war²⁰⁷, arbeitete in den beiden folgenden Monaten September/Oktober lautlos. Sie sammelte Informationen über V-Männer und wartete auf den Dortmunder Bezirksleiter Hans Möller, der sich bis Ende Oktober in Thüringen aufhielt. Sie verhaftete ihn, nachdem sie ihn in eine Falle gelockt hatte, am 30. Oktober. Am nächsten Tag lief eine gründlich vorbereitete Fahndungsaktion in Dortmund, Düsseldorf, Köln und Duisburg an, der auch Eberhard Brünen nicht mehr entkommen konnte²⁰⁸. Am 3. November ging er der Gestapo in die Fänge, als er sich mit zwei Konfidenten, die bereits von ihr gefaßt waren, am Essener Hauptbahnhof treffen wollte²⁰⁹.

Brünen, inzwischen der Gestapo als einer der führenden Köpfe der illegalen SAP in Westdeutschland bekannt, wurde sofort zu den Verhörspezialisten auf die berüchtigte „Steinwache“ nach Dortmund gebracht. Die Gestapo wollte Einzelheiten über den Aufbau der Organisation wissen und Namen erfahren, die ihr bisher noch nicht bekannt waren. Brünen sagte nichts aus. Sie ketteten ihn darauf an eine Wand der Dunkelzelle 19, – 35 Tage und Nächte, und strahlten ihm stundenlang Scheinwerferlicht ins Gesicht²¹¹. Am 13. Juli 1935 wurde er nach fünf Verhandlungstagen vom IV. Strafsenat des in Dortmund tagenden Oberlandesgerichts Hamm, zusammen mit 34 Duisburgern, denen die Zugehörigkeit zum SAP-Widerstandskreis nachgewiesen werden konnte, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Die meisten erhielten Zuchthausstrafen zwischen 2 und 4 Jahren. Der Bergmann Otto Hensel aus Bocholt wurde im gleichen Verfahren zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, Eberhard Brünen zu 15 Jahren²¹². Die kleinen illegalen SAP-Gruppen, die in Duisburg und Hamborn

²⁰⁵ Vgl. Staatspolizeistelle Dortmund, Bericht zur Lage im Monat Juli v. 5. 8. 1934. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Nr. 76, Heft 4.

²⁰⁶ Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf vom gleichen Tage, a. a. O., — Nr. 76, Heft 5 (Blatt 26).

²⁰⁷ Vgl. Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 150.

²⁰⁸ Kurt Klotzbach, ebd.

²⁰⁹ Vgl. HD-Gestapo 12 946. Mündliche Auskunft Brünenens an den Verfasser vom 9. 11. 1971.

²¹⁰ Mündlich dem Verfasser am 9. November mitgeteilt.

²¹¹ Auf die Frage des Verfassers, wie er diese Torturen zu überstehen vermocht hatte, antwortete Brünen: „Mit einem Willen, der Unvorstellbares zu leisten imstande ist . . . Abschalten im Unterbewußtsein . . . bis hinein in einen halbunbewußtlosen Zustand . . .“

²¹² Urteil 5 OJs 28/35. — Brünen erlebte noch beim Zusammenbruch des Dritten Reichs eine lebensbedrohende Szene. Er befand sich mit einer Gruppe politischer Häftlinge bei Kriegs-

in mutigem Alleingang eine „neue proletarische Einheitsfront“ gegen den Nationalsozialismus zu propagieren versucht hatten, waren erledigt. SAP-Reste versuchten noch während des Jahres 1935 in Westdeutschland im Untergrund Anschluß an die illegale SPD zu finden²¹³ oder sich wie in der Gegend von Neuss als illegale Gruppen selbständig zu konsolidieren. Beide Ansätze schlugen fehl. Soweit sich SAP-Mitglieder der SPD-Widerstandsorganisation angeschlossen hatten und ihre Namen aufgedeckt waren, gerieten sie in der Juli-Aktion 1935, mit der die illegale SPD an Rhein und Ruhr aufgerollt wurde, in die Hände der Gestapo. Die Neusser Gruppe um Franz Sistemich, die sich (anscheinend unter Gestapobeobachtung) nochmals selbständig zu organisieren versucht hatte, wurde im November 1935 vernichtet²¹⁴.

ende unter kriminellen Häftlingen im Zuchthaus von Waldheim, einer kleinen Stadt an der Oder/Neiße-Linie, der sich Russen und Amerikaner gleichzeitig genähert hatten und sich versehentlich ein erbittertes Artilleriegefecht lieferten. Das Zuchthaus geriet dabei unter Beschuß und begrub viele Häftlinge unter seinen Mauern. Die Überlebenden wurden von amerikanischen Infanteristen im letzten Augenblick befreit. Brünen wirkte bald nach seiner Befreiung am Wiederaufbau der politischen Parteien in Duisburg mit. Er trat der SPD bei und wurde zusammen mit dem in Moers beheimateten, ehemals führenden Kopf der illegalen SPD-Zentrale aus der Hamborner Brotfabrik „Germania“, Hermann Runge, als Abgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag gewählt.

²¹³ Vgl. Lagebericht der Staatspolizeidienststelle Düsseldorf vom 7. 12. 1935, S. 46.

²¹⁴ Vgl. Lagebericht der Staatspolizeidienststelle Düsseldorf vom 7. 12. 1935, S. 46.

3. Die anarchosyndikalistische Widerstandsbewegung

3.1 *Stichwortvermerk zur Geschichte der anarchosyndikalistischen Bewegung*

3.11 Die „Freie Arbeiter Union Deutschlands — Syndikalisten“ (FAUD-S) und ihre Beziehung zu Duisburg

Der Aufbau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach dem Fall des „Sozialistengesetzes“ (1890) war gleichzeitig von einem Zentralisierungs- und Bürokratisierungsprozeß begleitet. Gegen diese Tendenz opponierten verschiedene Gruppen.

Am stärksten äußerte sich die Bewegung in der Oppositionsgruppe der „Jungen“, aus der 1891 die „Vereinigung der Unabhängigen Sozialisten“ hervorging. Sie leitete das „organisierte Auftreten des Anarchismus in Deutschland unmittelbar ein“ (Bock), Theoretiker der Bewegung wurde der (1919 als Mitglied der bayerischen Räteregierung in München erschossene) Journalist Gustav Landauer²¹⁵. Eine gewerkschaftliche Parallele zur Bewegung der „Jungen“ bildeten die „Lokalistin“, die sich 1897 von den „Freien Gewerkschaften“ trennten und sich 1901 zur „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ zusammenschlossen²¹⁶.

Die aus den „Jungen“ hervorgegangene Vereinigung der Unabhängigen Sozialisten zerfiel wieder nach relativ kurzer Lebensdauer. Während eine Richtung am Parlamentarismus festhielt und zur SPD zurückkehrte, der Rest unter Einfluß Landauers den Leitideen des Anarchismus folgte, jedoch auch weiter zerfiel – weil jene selbst zwischen den Varianten von Proudhon'scher, Stirner'scher bis Kropotkinscher Prägung zu vielschichtig waren, um breite Durchschlagskraft erreichen zu können – gewannen hingegen die in der oppositionellen Gewerkschaftsvereinigung in Anlehnung an den Anarchismus entwickelten Ideen eines „revolutionären Syndikalismus“ unter dem Einfluß des ab 1904 in der Bewegung aktiven Arztes Dr. Raphael Friedeberg an Boden. (Eine Gesellschaft kooperierender Selbstverwaltungseinrichtungen mit Produktions-Konsum- und Siedlungsgenossenschaften sollten nach der, grob vereinfacht auf einen Nenner gebrachten Lehre der Syndikalisten die herkömmlichen Staats- und Wirtschaftssysteme ablösen. Der Weg dorthin sollte über den Generalstreik erfolgen)²¹⁷.

Während des ersten Weltkrieges entwickelte sich dann aus der Gruppe linker Intellektueller, die die „Spartakusbriefe“ herausgab, jene andere bedeutsame politische Be-

²¹⁵ Vgl. im einzelnen Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923*, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, hrsg. von Wolfgang Abendroth, Bd. 13, Meisenheim a. Gl., 1969, S. 13 ff.

²¹⁶ Ders., a. a. O., S. 23 ff.

²¹⁷ Ders., a. a. O., S. 28 f.

wegung, die 1919 zur Bildung der kommunistischen Partei Deutschlands-Spartakusbund (KPD-S) führte. Es war der Organisationskern der späteren KPD, deren Wegbereiter die an anarchistischen Ideologien orientierten individualistischen Ansätze zur Befreiung der Arbeiterschaft verwarfen und stattdessen die Massenorganisation forderten. Für die anarcho-syndikalistische „Freie Vereinigung“ wiederum war die Distanzierung von der KPDS, in deren Fahrwasser sie zunächst gestanden hatte, schließlich unumgänglich als diese unter Karl Radek und Paul Levi (der später zur SPD zurückkehrte)²¹⁸ ganz auf Zentralisationskurs ging.

Die kommunistische Zentrale erklärte (1919) die „antietatistischen Vorstellungen des Syndikalismus für illusorisch“ (Bock), weil die Kommunisten davon ausgingen, daß man nach der Eroberung der Diktatur des Proletariats die Staatsmaschinerie zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats erobern müsse²¹⁹. Damit waren die Fronten zwischen den „Staatskommunisten“ und den „freiheitlichen Kommunisten“ in Deutschland gezogen. Historisch zeigte sich der Konflikt bereits in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Toller und Leviné während der kurzen Existenz der Münchner Räteregierung²²⁰.

Die nach dem Zusammenbruch der Münchener Räteregierung bei der „Freien Vereinigung“ hervorgetretenen Agitatoren Fritz Kater und Rudolf Rocker erreichten zunächst im Rhein-Ruhr-Gebiet einen Zusammenschluß mit der revolutionär-syndikalistische Tendenzen verfolgenden, aber in der Entfaltung steckengebliebenen „Allgemeinen Bergarbeiter Union“.

Dem im Rheinland entstandenen Organisationskern schlossen sich verschiedene oppositionelle Gewerkschaftsgruppen an, u. a. in Duisburg der „Allgemeine Arbeiter-Vereinigung“²²¹. Aus der Vereinigung ging im September 1919 die „Freie Arbeiter Union“ (FAU) hervor. Ihre Mitglieder waren meist zugleich noch in der KPD(S) organisiert²²². Doch mit zunehmender Durchsetzung des Zentralisierungskurses in der KPD(S) drängten die Anarchosyndikalisten nach Verselbständigung auch auf Reichsebene. Sie kam im Dezember 1919 in Berlin zustande, nachdem sich außerhalb des Rhein- und Ruhrgebiets eine größere Anzahl von Ortsvereinen in Berlin, Thüringen, Sachsen, Süddeutschland, Schlesien und in den Hafenstädten der Nord- und Ostsee gebildet hatten. Die Vereinigung auf Reichsebene trug von nun an die Bezeichnung „Freie Arbeiter Union Deutschlands (Syndikalisten)“ — FAUD(S). Nach internen ideologischen und persönlichen Auseinandersetzungen löste sich eine „unionistische“ Gruppe und verselbständigte sich in der „Allgemeinen Arbeiter Union Deutschlands“, aus welcher 1920 die „Allgemeine Arbeiter Union-Einheitsorganisation“ hervorging. Sie unterschied sich von der FAUD hauptsächlich darin, daß diese unter dem Einfluß der Syndikalisten politisch-wirtschaftliche Machtstrukturen ohne Gewaltanwendung ändern wollten (außer als Verteidigungsmittel gegen die Gewalt-

²¹⁸ Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim a. Gl. 1965, S. 1 ff., 43 ff., 367. Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 182. Der schriftliche Nachlaß Paul Levis befindet sich seit Frühjahr 1972 im Archiv der Sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn.

²¹⁹ Vgl. Bock, a. a. O., S. 154, s. auch Drechsler, a. a. O., S. 1 f.

²²⁰ Hierzu aufschlußreich Karl Retzlaw, Spartakus, 2. Aufl. 1972, S. 146 ff.

²²¹ Weitere Splittergruppen waren die „Allgemeine Arbeiter-Union“ und die „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union“ aus Düsseldorf und Essen, s. bei Bock, a. a. O., S. 127 ff., 177 f.

²²² Vgl. Bock, a. a. O., S. 155.

methoden der regierenden Klassen), während die „Unionisten“ die Gewaltanwendung als unvermeidbares Kampfmittel ansahen²²³.

Im Duisburger Raum hatte die Allgemeine Arbeiter Union keine Bedeutung erlangt. Hier behaupteten sich die Syndikalisten (FAUD-S), die im übrigen in den Ruhrkämpfen von 1920 der „Roten Armee“ für die benachbarte Mülheimer Befehlszentrale einige Kontingente gestellt hatten. Allerdings gehörten, wie Bock feststellen konnte, diese Syndikalisten häufig noch gleichzeitig der USPD oder der KPD an und „engagierten sich in der Roten Armee ungeachtet der ideologischen Wortführer der FAUD in Berlin . . . die dieses Engagement prinzipiell ablehnten“²²⁴.

Schon die auf dem Gründungskongreß der „Freien Arbeiter Union“ für Rheinland-Westfalen von Rudolf Rocker vorgelegten Richtlinien entsprachen im Prinzip dem idealistischen Programm der späteren FAUD (Syndikalisten). In seinen Kernsätzen stand unter anderem:

„. . . Mit der Entstehung des Staates beginnt die Ära der Zentralisation, der künstlichen Organisation von oben nach unten . . . da es im Wesen des Staates liegt, alle Zweige des menschlichen Lebens seiner Autorität unterzuordnen, so mußte die Methode der Zentralisierung desto verhängnisvollere Folgen haben, je mehr der Staat den Kreis seiner Funktionen erweitern und ausbauen konnte . . . Dadurch wird der einzelne zur Marionette, die von oben her gelenkt und geleitet wird, ein totes Rad in einem ungeheuren Mechanismus. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einer Minderheit das Feld räumen . . . – und das alles zu dem Zwecke, loyale Untertanen herauszubilden, die an dem Fundament des Bestehenden nicht zu rütteln wagen, willige Ausbeutungsobjekte für den kapitalistischen Arbeitsmarkt . . .“

„. . . Die Syndikalisten, in klarer Erkenntnis der oben festgestellten Tatsachen sind prinzipielle Gegner jeder Monopolwirtschaft. Sie erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer; die Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des freien, d. h. des staatenlosen Kommunismus, der in der Devise: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ seinen Ausdruck findet . . .“

„. . . Die Syndikalisten sind der Überzeugung, daß die Organisation einer solchen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern nur durch Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige; durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.

Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwerfen die Syndikalisten die sogenannte Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der radikalen Beseitigung jeder politischen Macht die erste Vorbedingung zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaftsordnung . . .“

„. . . Die Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen

²²³ Vgl. Bock, a. a. O., S. 222; vgl. auch Grundsatzserklärung der Allgemeinen Arbeiter-Internationale der Syndikalisten von 1922.

²²⁴ Vgl. Bock, a. a. O., S. 292.

Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, . . . daß das ganze parlamentarische Regime nur den Zweck verfolgt, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen . . .“

„. . . Die Syndikalisten stehen auf dem Boden der direkten Aktion und unterstützen alle Bestrebungen und Kämpfe des Volkes, die mit ihren Zielen – der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates – nicht im Widerspruch stehen. Ihre Aufgabe ist es, die Massen geistig zu erziehen und in der wirtschaftlichen Kampforganisation zu vereinen, um dieselben durch die direkte wirtschaftliche Aktion, die im sozialen Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet, der Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des modernen Klassenstaates entgegenzuführen“²²⁵.

Die sich nach 1920 mit Ausnahme einer Gelsenkirchener Gruppe stärker von der KPD lösenden rheinisch-westfälischen FAUD(S) war 1921 in Duisburg mit etwa 5000 Mitgliedern vertreten²²⁶. Wie sich der Mitgliederbestand bis 1933 entwickelte, ist nicht genau bekannt. Nach den Personalbögen der späteren Gestapo- und Prozeßakten kann jedoch angenommen werden, daß die ehemalige Duisburger FAUD(S) Föderation auf das Ausmaß kleinerer Sekten zurückging²²⁷. Diese indessen hielten sich bis in die nationalsozialistische Zeit hinein. Eine von ihnen wurde nach 1933 das illegale Aktions- und Verbindungszentrum der FAUD in Westdeutschland.

3.12 FAUD-S 1932/1933. Exodus nach Holland

Über die Entfaltung der FAUD(S) sind bisher noch wenig Detailkenntnisse vorhanden. Es ist hingegen bekannt, daß die Syndikate zwischen den lokalen Föderationen und der Berliner „Geschäftskommission Deutschland“ als „Börsen“ bezeichnet wurden (eine auf Proudhon zurückgreifende Begriffsbildung), und daß diese später einmal „nach dem Sieg“ des Syndikalismus, die Bedarfsdeckung mit den von Produktionsgenossenschaften erzeugten Gütern organisieren sollten.

Nach Ermittlungen des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes hatte die FAUD vor der Machtergreifung folgende Struktur:

- Örtliche, nach Berufen gegliederte Föderationen (Ortsgruppen)
 - Ortsarbeiterbörsen
 - Kreisarbeiterbörsen
 - Provinzialarbeiterbörsen (7 im Jahre 1932)
 - Landesarbeiterbörse = „Geschäftskommission Deutschland“
- Darüber stand als überstaatlicher Bund die „Internationale Arbeiter Assoziation“

²²⁵ Gesamttext der Prinzipienerklärung vom Dezember 1919 bei Hans Manfred Bock, a. a. O., S. 363 ff.

²²⁶ Vgl. Bock, a. a. O., S. 186, Fußnote 25.

²²⁷ Die vor der Machtergreifung vermutlich aktivste Gruppe Duisburg-Süd soll zuletzt etwa 25 Mitglieder stark gewesen sein, während die ganze „Provinzialbörse – Rheinland“ (1932) 180 bis 200 zahlende Mitglieder umfaßt haben soll. Vgl. HD-Gestapo 29 121, Aussage Albert H. v. 18. Jn. 1937, Blatt 25 R, 26, VG-Urteil 9 J 267/37, Seite 7.

(IAA – deren Zentrale später in Barcelona saß)²²⁸. Sie war 1923 unter Einfluß von Rocker gegründet worden, nachdem zuvor ein Versuch, die Syndikalisten im Rahmen der „Roten Gewerkschafts-Internationale“ (RGI) zu verbinden, gescheitert war²²⁹.

Das Hauptgewicht der politischen Arbeit hatte stets bei den untersten Einheiten gelegen, deren Mitglieder im übrigen zum größten Teil gleichzeitig dem „Bund der proletarischen Freidenker“ angehörten²³⁰. Für die Anarchosyndikalisten bedeutete schon die parlamentarische Demokratie zuviel staatliche Zentralgewalt. Die übergeordneten Börsen hatten daher nur beratende Funktionen. Sie sorgten für den Austausch von politischen Informationen. Auch die Geschäftskommission in Berlin hatte keine Befugnisse, bindende Richtlinien und Anweisungen zu erteilen; sie war hauptsächlich für die Verbindungen mit den Organisationen im Ausland und zur IAA sowie für den Vertrieb von Büchern und Zeitschriften zuständig²³¹.

Alle zwei bis drei Jahre wurde ein Reichskongreß einberufen, zu dem die untersten Einheiten der Föderation ihre Mitglieder entsandten. Der letzte fand im März 1932 in Erfurt statt²³². Auf ihm wurde noch festgelegt, daß im Falle einer nationalsozialistischen Machtergreifung die Berliner Geschäftskommission aufgelöst und die FAUD von Erfurt aus illegal geleitet werden sollte²³³. Eine zuvor angenommene Resolution besagte: „Im Falle einer mehr oder weniger legalen Machtergreifung Hitlers fordert die FAUD den sofortigen Generalstreik, weil es darauf ankommt, den Faschismus zu verhindern, sich den gesamten Staatsapparat zu unterwerfen²³⁴.“

Zum Generalstreik kam es nicht. Ein Jahr nach der 1932er FAUD-Landeskonferenz war die nationalsozialistische Machtergreifung vollzogen. Die Verhaftungsaktionen gegen die politische Linke dezimierten rasch auch die Sektionen der FAUD in allen Teilen des Reiches. Im letzten Augenblick – April oder Mai 1933 – gelang es noch dem Schriftleiter der „Geschäftskommission“, Dr. Wartenberg aus Berlin, die „Reichsleitung“ dem Schlosser Emil Zehner in Erfurt anzuvertrauen. Wartenberg flüchtete nach Amsterdam, wo ein holländischer Anarchosyndikalist, ein Lehrer namens Albert de Jong, unermüdlich Unterkünfte und Geld für die deutschen Emigranten beschaffte²³⁵.

²²⁸ Vgl. VG — 9 J 267/37; Abschrift in HD-Gestapo 13 059.

2 H 46/37

Vgl. Bock, a. a. O., S. 166.

²²⁹ Vgl. hierzu im einzelnen bei Bock, a. a. O., S. 334 ff.

²³⁰ Vgl. VG 9 J 267/37, Anklage mit Aussagen HD-Gestapo 29 121, 13 059, 57 946.

²³¹ Zu den wichtigsten Agitationsschriften zählte vor 1933 „Die Internationale“ und „Der Syndikalist“. Ihre Finanzierung wie die Aufwendungen für die organisatorische Arbeit wurden von freiwilligen Beiträgen der Mitglieder bestritten. Ermittlungen VG 9 J 267/37, Urteil v.

2 H 46/37

5. November 1937. Die „Internationale“ war „wegen Republikgefährdung“ bereits 1932 vom Reichsgericht verboten worden (Urt. v. 26. Oktober 1932 als Bestätigung einer Verfügung des Polizeikommissars von Berlin). Vgl. Urteil 6 OJs 1/37, Teil II, S. 7.

²³² VG 9 J 267/37; OLG-Hamm 6 OJs 1/37 (Urteil) in HD-Gestapo 43 302 mit Aussageprotokollen HD-Gestapo 13 059.

²³³ VG-Urteil 9 J 267/37, S. 5, HD-Gestapo 13 059, Blatt 10 f.

2 H 46/37

²³⁴ VG-Urteil a. a. O., S. 4.

²³⁵ Vgl. HD-Gestapo 29 121, Aussagen Julius Nolden vom 7. und 11. 1. 1937.

Im Reichsgebiet versuchte währenddessen der Syndikalisten-Obmann Zehner von Erfurt aus Verbindung mit Börsenmitgliedern zu halten. Im Herbst 1933 trat an seine Stelle Ferdinand Götze von der Provinzialarbeiterbörse Sachsen, der angesichts der völlig veränderten politischen Verhältnisse ganz gegen die Prinzipien der Anarchosyndikalisten die Reste der FAUD von zentraler Stelle aus zu organisieren versuchte²³⁶. Inwieweit ihm dies in Mitteldeutschland gelang, ist ungewiß. In Westdeutschland tauchte er erst im Herbst 1934 auf, als er bereits auf der Flucht vor der Gestapo den Emigrantenweg nach Holland suchte²³⁷. In Westdeutschland aber hatte mittlerweile eine Anarchosyndikalistengruppe mit Unterstützung von Holländern und einer in Amsterdam in aller Eile etablierten FAUD-Auslandsleitung begonnen, eine illegale Organisation aufzuziehen und wie die SPD, SAP und KPD unter Darstellung der eigenen ideologischen Maxime die Arbeiter zum Widerstand gegen das NS-Regime aufzurufen.

3.2 *Anarchosyndikalisten im Untergrund*

3.21 Duisburg, FAUD-Emigrantenleitstelle und Agitationszentrum für Westdeutschland

Der unscheinbare Mann, der die Fäden in Duisburg in der Hand hielt, war der Auto Schlosser Julius Nolden. Seine Eltern waren Juden, er selber gehörte keiner Glaubensgemeinschaft an. Im ersten Weltkrieg hatte er als Infanterist gekämpft und war wegen besonderer Tapferkeit mit dem EK II ausgezeichnet worden. Nach dem Krieg hatte er sich zunächst dem Metallarbeiterverband angeschlossen, wurde dann überzeugter Anarchosyndikalist und hatte bald den Weg zur FAUD gefunden. 1932 erhielt er den Posten eines Kassenobmanns bei der Provinzialarbeiterbörse für das Rheinland (die sich über das Gebiet von Köln, Düsseldorf bis Duisburg-Hamborn und von Aachen, Dülken, Krefeld und Mülheim bis Wuppertal erstreckte²³⁸). Nebenher verdiente er sich, da er wie die meisten damals arbeitslos war, einen bescheidenen Lebensunterhalt als Grabredner und Vertreter der deutschen „Feuerbestattungskasse“²³⁹. Die Nationalsozialisten nahmen ihn in Schutzhaft, weil sie vermuteten, daß

²³⁶ Vgl. im einzelnen VG-Urteil 9 J 267/37, S. 4 f., OLG-Hamm 60 Js 1/37, mit Aussagen 2 H 46/37

HD-Gestapo 13 059, 29 121.

²³⁷ Mit der Erwähnung eines Richard Thiede aus Leipzig, der nach Götze die Geschäfte illegal weitergeführt haben soll, brechen die Ermittlungsberichte der Volksgerichtshofakte über die Restgruppe der FAUD-Reichsleitung in Erfurt ab. Vgl. HD-Gestapo 29 121, Blatt 11 ff.

²³⁸ Vgl. VG 9 J 267/37, S. 7; OLG Hamm 6 OJs 1/37, Urteil I, S. 6; HD-Gestapo 1305, Blatt 2 H 46/37

11 f., HD-Gestapo 43 302, Blatt 30 ff. Vor der Machtergreifung war Leiter der Duisburger Föderation der Lehmformer Franz Bungert. Er gehörte zu den ersten Duisburgern, die wegen ihrer politischen Vergangenheit ohne Verurteilung gleich nach der Machtergreifung in ein KZ (Bögermoor) eingeliefert und erst nach einem Jahr wieder freigelassen wurden. Danach, unter ständiger Kontrolle, konnte B. sich nicht mehr illegal betätigen. Vgl. HD-Gestapo 13 524.

²³⁹ Die aus den Hagener Feuerbestattungskassen „Solidarität“ und der „Hannoverschen“ 1934 hervorgegangene „Großdeutsche Feuerbestattungskasse“ wurde möglicherweise nicht nur von

er über die Feuerbestattungskasse illegale Verbindungen zu FAUD-Mitgliedern unterhielt, ließen ihn jedoch bald wieder frei, weil sich für die Vermutung keine Beweise fanden²⁴⁰.

Im Juni 1933, Nolden war gerade aus der „Schutzhaft“ entlassen, traf Karolus Heber von der illegalen Geschäftskommission aus Erfurt ein, um mit dem Duisburger über Fluchthilfen für gefährdete Freunde und über die Schaffung einer Widerstandsorganisation im Rhein- und Ruhrgebiet zu sprechen.

Nolden baute zunächst einen Fluchtweg von Duisburg über Viersen, Dülken und Kaldenkirchen nach Venlo²⁴¹. Der erste, den er heimlich nach Holland schaffte, war Fritz Schröder von der Provinzialbehörde Kassel²⁴². Bald ging alle vier bis sechs Wochen ein von der Verfolgung bedrohter Anarchosyndikalisten über Duisburg aus dem Reichsgebiet, u. a. im November 1933 der Provinzialbörsenobmann Doster aus Darmstadt²⁴³.

Im Oktober 1933 erhielt dann Nolden Besuch eines deutschsprechenden Holländers. Es war Albert de Jong, der mit den über Duisburg emigrierten Provinzialobmännern Fritz Schröder und Gustav Doster die FAUD-Auslandsleitung in Amsterdam geschaffen hatte²⁴⁴. De Jong brachte illegale Schriften mit. Es handelte sich um die in Holland gedruckte frühere FAUD-Zeitung „Internationale Revue“ und die als Werbeblatt getarnte Agitationsschrift „Eßt Bananen“, die übersetzte Resolutionen und politische Informationen der holländischen Freien Arbeiterunion enthielt und im Reichsgebiet vertrieben werden sollte²⁴⁵. Man kam überein, das antifaschistische Propagandamaterial zukünftig über eine Kette von Verbindungsleuten von Holland bis Dülken zu transportieren, von wo aus der Duisburger Schlosser für Weiterleitung und Verbreitung sorgen sollte. Ein später festgenommener Kurier berichtete:

„Mitte Sommer des Jahres 1933 fuhren Nolden und ich ... nach Dülken. In Dülken trafen wir auf irgendeiner Straße mit H... zusammen. Etwa eine halbe Stunde später verließ uns H... Auf unserer Rückfahrt gab mir Nolden zu verstehen, daß in der Folgezeit Schriften bei mir anlaufen würden.“

Vermutlich setzte schon sehr bald eine rege Propagandaarbeit ein. Der von der Gestapo entdeckte Duisburger Mittelsmann gab an anderer Stelle zu Protokoll:

„... Etwa 3 bis 4 Wochen später erschien Nolden, in dessen Begleitung sich auch H... befand, in meiner Wohnung und überbrachte mir ein Paket im Rota-

Anarchosyndikalisten, sondern auch von Sozialdemokraten als Verbindungsstelle für überregionale Kontakte genutzt. Eine diesbezügliche, jedoch nicht bestätigte Vermutung des SD in HD-Gestapo 39 447, 7833. Über Kontakte in der Feuerbestattungskasse von Anarchosyndikalisten, insbes. HD-Gestapo 29 121 Blatt 87 f., 96 ff., 346.

²⁴⁰ Vgl. HD-Gestapo 29 121, Blatt 144 f.

²⁴² Nach späteren Ermittlungen der Staatspolizeistelle Kassel war Schröder Schriftführer der FAUD-Börse Kassel, der sich zunächst nach Holland abgesetzt und dann nach Spanien (zur IAA-Zentrale in Barcelona?) gegangen sein soll. Vgl. Mitteilungen Stapo Kassel an Staatspolizeidienststelle Düsseldorf vom 26. 2. 1937, HD-Gestapo 29 121, Blatt 355.

²⁴³ VG-Ermittlungsergebnis, vgl. 9 J 267/37, Urteil, S. 10. Doster soll sich in Amsterdam

2 H 46/37

unter dem falschen Namen Cornelius Bischoff aufgehalten haben und (wegen Paßfälschung?) am 26. 6. 1936 von der holländischen Polizei verhaftet worden sein. Vgl. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P Nr. 97, Heft 1, S. 14.

²⁴⁴ VG-Ermittlungsergebnis; vgl. a. a. O., S. 9 ff., 16 ff.

²⁴⁵ Vgl. HD-Gestapo 29 121, Abschrift einer handschriftlich niedergelegten Aussage Noldens.

tionsdruck hergestellter Schriften. Es mögen dieses etwa 200 bis 300 Stück gewesen sein... Über die Verwendungsmöglichkeit wurde zunächst nicht gesprochen. Ich sollte die Schriften lediglich einstweilen sicherstellen... (und) brachte das Paket in meinem Keller und verbarg es in einer aufrechtstehenden Apfelsinenkiste... Es handelte sich um einblättrige Flugschriften, deren Inhalt sich gegen den Staat richtete... In der Folgezeit erschien dann in Abständen von 4 bis 5 Wochen H..., auch des öfteren in Begleitung des Nolden und überbrachte mir illegales Schriftenmaterial zur Aufbewahrung...²⁴⁶

Von diesem Depot aus wanderten die Agitationsschriften später in das ganze linksrheinische Gebiet, ein Teil auch in den Ruhrbezirk. Um die Osterzeit 1934 erhielt Nolden in einem Brief aus Leipzig die Nachricht, daß „Fritz“ zu Pfingsten „Onkel Albert“ besuchen wolle. Dem Schreiben lag die Hälfte eines Zigarettenbildes bei; für Nolden war dies ein Zeichen, daß jemand zu Albert de Jong nach Amsterdam wollte. Kurz darauf erschien mit der anderen Hälfte des Zigarettenbildes Ferdinand Götze von der illegalen FAUD-Reichsleitung. Noldens Kuriere schleusten Götze über die Grenze und nach wenigen Tagen wieder sicher zurück²⁴⁷.

In Amsterdam hatte eine Konferenz stattgefunden, auf der die allgemeinen Richtlinien für die illegale Arbeit in Deutschland konkreter bestimmt wurden. Man hatte beschlossen, über kleine Leseringe Informationen und Verhaltensanweisungen mit einer von Anarchosyndikalisten in Holland gedruckten Zeitung weiterzuleiten. (Es war dies, wie sich später herausstellte, die nur in wenigen Nummern erschienene neue Folge der „Internationalen“²⁴⁸.) Nolden nahm den Vertrieb für das Rheinland und das Ruhrgebiet in die Hand. Auf Radtouren, die er bis auf einen Umkreis von 200 km ausdehnte, mochte er einem anderen Radfahrer auf der gleichen Route begegnet sein, ohne zu wissen, daß der andere dasselbe wie er tat, nur für eine andere illegale Organisation – nämlich Hermann Runge, der damals Verbindung zu Sozialdemokraten suchte.

Nolden suchte Anarchosyndikalisten auf, die er noch aus seiner Zeit als Provinzialbörsenobmann kannte, und ernannte etwa 50 von ihnen zu illegalen Funktionären²⁴⁹. Bald reichten zwischen Bochum und Aachen seine Vertrauensmänner die von Verbindungsleuten aus dem Duisburger Depot herbeigeschaffenen Schriften²⁵⁰ von Hand zu Hand weiter; der jeweils letzte Leser vernichtete sie. Gleichzeitig entrichtete jeder Bezieher an seinen Vorgänger ein „Lesegeld“, das über die gleiche Stafette, mit der die Schriften kamen, wieder über Duisburg-Dülken zur holländischen Zentrale zurückfloß, wo es zur Unterstützung politischer FAUD-Flüchtlinge verwendet wurde²⁵¹. Das auf diese Weise geschaffene Verbundsystem blieb bis 1937, zwei Jahre länger als der „Germania“-Ring der Sozialdemokraten, intakt.

²⁴⁶ HD-Gestapo 29 121, Aussage D, Blatt 211 f.

²⁴⁷ Vgl. VG Urteil 9 J 267/37 S. 10; HD-Gestapo 13 059, Blatt 13 f.

2 H 46/37

²⁴⁸ HD-Gestapo, a. a. O., ebda.

²⁴⁹ Vgl. HD-Gestapo 43 302, Blatt 53 ff., 69 f. Hierzu Aussagen Nolden u. a. HD-Gestapo 29 112, Blatt 10 ff., 21 ff., 40 ff., 87 ff., 225 f., 251 ff.

²⁵⁰ Als Transporteur betätigte sich hauptsächlich ein Mitglied der wegen finanzieller Schwierigkeiten schon 1932 aufgelösten Ortsbörse Meiderich. Vgl. HD-Gestapo 29 121, Blatt 251 ff.

²⁵¹ a. a. O., Blatt 256 ff., s. auch Aussagen Blatt 215 ff., 225 ff., 251.

3.22 Propagandamaterial und Verbreitungsgebiet

Unter den ersten der über die Organisation Noldens verbreiteten Schriften befanden sich getarnte Broschüren²⁵², die den harmlosen Titel trugen „Esset deutsche Früchte“. Die in fehlerhaftem Deutsch abgefaßte Broschüre (das fehlerhafte Deutsch weist auf eine Übersetzung, wie auch von Nolden angegeben, s. o.) enthielt eine stichwortartige Zusammenfassung des anarchosyndikalistischen Programms und einen Aufruf an alle Anarchosyndikalisten in Deutschland, sich auf einen Kampf gegen den Nationalsozialismus einzustellen. In einem Abschnitt hieß es u. a.

„Wir Anarchosyndikaten fordern:

... Radikale Abschaffung des Militarismus

weil der Militarismus nicht dem Leben dient, sondern dem Tode

weil der Militarismus den Mensch nicht adelt, sondern verdirbt

weil der Militarismus die Jugend nicht zu Menschen erzieht, sondern zu Sklaven macht

weil der Militarismus die Menschlichkeit mit Untergang bedroht

Ordnung Wohlstand

Frieden Freiheit

Gleichheit Brüderlichkeit

Sind wir daher Verbrecher? Hat man das Recht, uns aus den Betrieben zu stoßen? Ins Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager zu sperren, daß man uns martert und unser Blut auf dem Schafott verspritzt?“²⁵³

Die nach der Amsterdamer Konferenz (1934) in Umlauf gesetzten Schriften forderten in noch schärferer Sprache zum Widerstand auf. In einer aufgefundenen Nr. 2 der (neuen) „Internationale“²⁵⁴ stand u. a. folgender Absatz:

„... Eine kleine Vorhut opfert sich auf, verblutet und welkt dahin in den Kerkern des Zuchthaus-Deutschland. Die Masse ist noch feige und träge. Sie sucht den bequemen Ausweg. Es wird von der Revolution geträumt, aber man will kein Risiko auf sich nehmen. Gerade jetzt aber muß die Arbeiterschaft die akute Krise des Nationalsozialismus ausnützen und kämpferisch vorgehen. Wer heute Mutlosigkeit sät, ist konterrevolutionär. Die Machthaber brüllen sich heiser nach der Sympathie des Arbeiters, weil ihre Fundamente zu schwanken beginnen. Das sollte der Arbeiter erkennen, damit zugleich seine große Aufgabe, sich endlich zu befreien ...

Erkämpft eure Befreiung, organisiert euer Befreiungswerk selbst! Habt Mut zu diesem Kampfe, denn es bleibt kein anderer Ausweg! Nur ein freies Rätedeutsch-

²⁵² Nach den Angaben von Nolden lautete der Titel „Esset Bananen“. Ein anderer Zeuge berichtete von einer Schrift „Esset deutsche Bananen“. Vermutlich lag in beiden Fällen eine Verwechslung vor. In der Prozeßakte des Volksgerichtshofes ist nur eine getarnte FAUD-Broschüre festgestellt, die den ähnlich lautenden Titel trug: „Esset deutsche Früchte und ihr bleibt gesund“. Vgl. Aussage Nolden, HD-Gestapo 29 121, Blatt 10 f. und VG-Urteil 9 J 267/37, S. 12; vgl. HD-Gestapo 13 059, Blatt 14; s. auch HD-Gestapo 12 627 und 25 607. 2 H 46/37

²⁵³ Abschrift des Orig.-Textes in VG-Urteil a. a. O., S. 14. Vgl. HD-Gestapo 13 059, Blatt 15 f.

²⁵⁴ Genauer Titel: „Die Internationale, Organ der Deutschen Anarchosyndikalisten, herausgegeben unter Mitwirkung des Sekretariats der Internationalen Arbeiter-Assoziation“.

land sichert euch allen Frieden, Wohlstand und Freiheit! Es lebe die Einheit aller Werktätigen auf der Grundlage der freien Räte!“²⁵⁵

Etwa zur gleichen Zeit erschien eine Sondernummer des „FANAL“, jener Zeitung, die in Anarchosyndikalistenkreisen so bekannt war wie ehemals die „Rote Fahne“ bei den Kommunisten. „FANAL“, einst Sprachrohr von Erich Mühsam, berichtete in jener Sonderausgabe von der Ermordung Mühsams in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager. Der Nachruf in der illegalen „Nr. 1 im Sommer 1934“ gipfelte in der aufrüttelnden Beschworung:

„Wir, die wir den Ideen Erich Mühsams anhängen, aber schwören, weiter zu kämpfen, bis die Bestie Kapitalismus niedergerungen und der Moloch Staat zertrümmert ist. Dann werden wir seine Richter sein!“²⁵⁶

In den Aufrufen zum Kampf gegen den Faschismus, die gleichfalls „an die internationale Arbeiterschaft“ gerichtet waren²⁵⁷, traten die Anarchosyndikalisten für ihre Idealvorstellungen vom Sozialismus ein, der den Weg der KPD ablehnte²⁵⁸. Die zweite Ausgabe der (neuen) „Internationalen“ (erschieden im November 1934) enthielt auf der letzten Seite auf rotem Papier gedruckt konkrete Anweisungen für die illegale Arbeit. Dort war zu lesen:

„WAS DER REVOLUTIONÄRE ARBEITER UNTERLÄSST:

Er hofft nicht auf die Reaktion und den Krieg,
er träumt nicht von der Revolution ohne Risiko,
er lebt nicht von Phrasen.
Er tritt niemals freiwillig in eine Nazi-Organisation ein.
Er gibt keinen Pfennig für den Bettelsozialismus der Nazi-Sammlungen.
Er grüßt nicht die Mörderfahnen des nationalsozialistischen Regimes . . .
Er übt keine nur negative Kritik an der Gestaltung der illegalen Arbeit.

UND WAS ER TUT!

Er organisiert sich illegal und zahlt pünktlich seine Beiträge.
Er sagt bei jeder Gelegenheit: Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiter selber sein.
Er liest aufmerksam seine illegale Zeitung, deren Inhalt er mündlich verbreitet, und gibt sie weiter . . .“²⁵⁹

Außer den illegalen FAUD-Schriften der neuen „Internationale“ und der getarnten Broschüre „Esset deutsche Früchte“ holte die Organisation Nolden über einen Mittelsmann aus Venlo viele Emigrantenzeitungen über die Grenze²⁶⁰. Es handelte sich

²⁵⁵ Abschrift des Orig.-Textes in VG-Urteil 9 J 267/37. Vgl. HD-Gestapo 13 059, Blatt 17.
2 H 46/37

²⁵⁶ Text in Anklageschrift und Urteil 9 J 267/37. Vgl. HD-Gestapo 29 121, Blatt 151 f., 13 059 Blatt 17. In Urtr. Abschr. fälschlich Ernst Mühsam.

²⁵⁷ Vgl. „Die Internationale“, Nr. 2, August 1934.

²⁵⁸ Einer dieser Appelle endete mit dem Ausruf: „Alle Macht den Räten, keine Macht über Räten!“, a. a. O., unter dem Aufsatz „Die Diktatur des Proletariats und die Räte“.

²⁵⁹ Abschrift der Texte in 9 J 267/37, S. 18 f.

2 H 46/37

²⁶⁰ VG-Urteil, a. a. O., S. 12, Anklageschrift, a. a. O., S. 18 ff., s. auch 6 OJs 1/37, Urteil II. Teil, HD-Gestapo 43 302, Blatt 28 ff., 53 ff., s. auch HD-Gestapo 29 121, Aussage Albert H., Blatt 25 f.

nach den von der Ermittlungsabteilung des Volksgerichtshofes festgestellten Titeln um einige Schriften, die von der Exil-Sozialdemokratie (SOPADE) herausgegeben wurden, vor allem aber um Blätter, in denen die SOPADE kritisierende linksstehende Sozialisten zu Wort kamen.

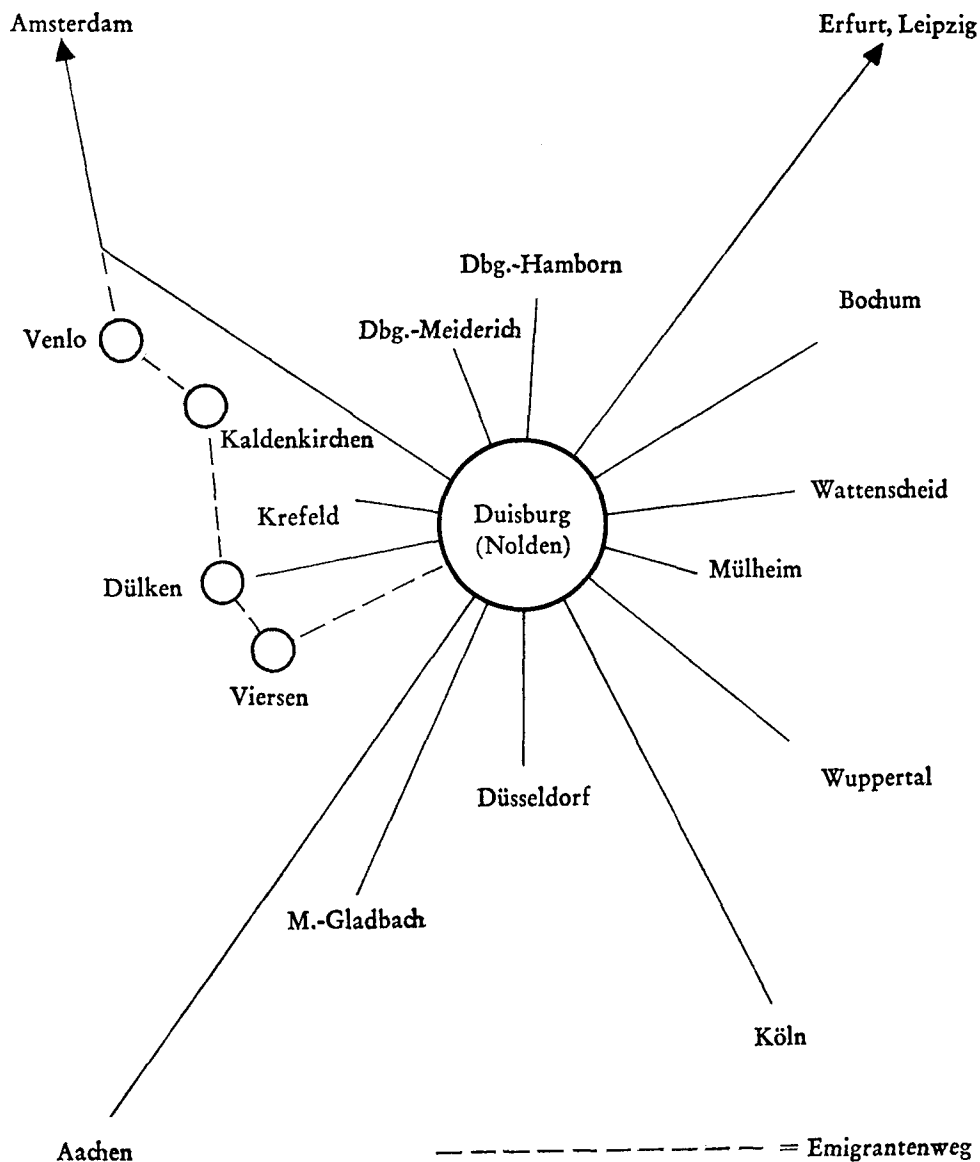
Gefunden wurden bei den Anarchosyndikalisten: „Neue Weltbühne“²⁶¹, „Pariser Tageblatt“, „Freie Presse“, daneben einige Exemplare „Sozialistische Aktion“, „Vorwärts“²⁶² und die wegen ihrer Enthüllungen über die ersten Konzentrationslager Aufsehen erregende Broschüre „Oranienburg“ von Gerhart Heinrich Seger²⁶³.

²⁶¹ Als im März 1933 die „Weltbühne“ verboten wurde, versuchte die „Wiener Weltbühne“ die Tradition des berühmten Berliner Blattes fortzuführen und änderte ihren Titel in „Neue Weltbühne“ ab. Sie erschien von (April) 1933 bis 1938 in Prag, danach in Paris. Bis 1934 wurde sie von Willi Schlamm redigiert, der früher für die „Rote Fahne“ in Österreich schrieb, aber 1929 von der KPÖ ausgeschlossen wurde. 1934 übernahm die Redaktion der „Linkssozialist“ Budzislawski (nach dem Krieg SED), der für eine Volksfrontpolitik eintrat. U. a. schrieben für die „Neue Weltbühne“ Heinrich Mann, Ernst Bloch, Lion Feuchtwanger, Kurt Tucholski, Arnold Zweig. — Unter Budzislawski näherte sich das Blatt stärker der Volksfrontlinie der KPD, daher auch Aufsätze aufgenommen von Walter Ulbricht. Vgl. im einzelnen Exil-Literatur 1933—1945, Sonderveröffentlichung der Deutschen Bibliothek Nr. 1, hrsg. von Kurt Köster, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1966, S. 280 f.

²⁶² Laut OLG-Urteil 6 OJs 1/37, S. 13, hat es sich um den „Neuen Vorwärts“ gehandelt. Hier wird auch erwähnt, daß S. in Köln von Nolden die „Neue Weltbühne“ bezogen habe. — Das „Pariser Tageblatt“ wurde von dem linksliberalen ehem. Redakteur der „Vossischen Zeitung“ Georg Bernhard 1933 im Exil gegründet, zusammen mit W. Poliakow. Nach persönlichen Differenzen gründete P. 1936 eine neue Zeitung, die „Pariser Tageszeitung“; vgl. Exil-Literatur, a. a. O., S. 68, 89. Die Hintergründe der neuen Zeitungsgründung waren in Wirklichkeit nach mündlicher Auskunft von Hilde Walter, einer früheren Mitarbeiterin Carl von Ossietzkys, an den Verfasser äußerst dubioser Natur, bei dem vorgeschobene Strohmänner der Kommunisten eine Rolle gespielt haben sollen.

²⁶³ Seger war 1930—1933 MdR (SPD), früher Redakteur bei der USPD-Zeitung „Freiheit“, dann Chefredakteur des „Volksblattes für Anhalt“, 1933 März bis Dezember im Konzentrationslager Oranienburg, danach Flucht nach Prag, später USA. Vgl. Exil-Literatur, a. a. O., S. 37.

Nach einer Rekonstruktion der Staatspolizeistelle Düsseldorf zeigte die von Duisburg aus illegal aufgebaute FAUD 1934 folgendes Bild²⁶⁴:



²⁶⁴ Skizze nach VG-Anklageschrift 9 J 267/37, S. 19. Kopie HD-Gestapo 29 121, Blatt 152.

Die ermittelten Titel der eingeführten Schriften deuten darauf hin, daß die illegale FAUD eine neue politische Orientierung in einer Richtung suchte, die „links von der SPD“ lag.

In Dinslaken und Kamp-Lintfort vermutete die Gestapo, daß sogar Verbindungen von Syndikalisten zum Germania-Kreis (SPD-Reichsbanner) bestanden. „Erstmalig tauchen in diesem Ring auch ehemalige Syndikalisten auf“, vermerkte der Hamborner Gestapo-Kriminalassistent Horch nach einer Vernehmung der letzten im Juli 1935 aufgespürten Gruppe des Germania-Kreises und folgerte, „daß hieraus zu ersehen (ist), daß die propagierte Einheitsfronttaktik im Werden begriffen war.“²⁶⁵ Doch dies blieb eine nicht belegte Vermutung, die sich allein darauf stützte, daß zwei oder drei Sozialdemokraten, die an der Verbreitung der SOPADE-Schriften in Dinslaken beteiligt waren, vor ihrem Eintritt in die SPD einer nicht näher bezeichneten Syndikalistengruppe angehört hatten²⁶⁶.

Auch in den übrigen Akten der Gestapo und des Hammer Oberlandesgerichts finden sich keine Anzeichen, daß eine konspirative Zusammenarbeit mit der von der Hamborner Brotfabrik aus maßgeblich von Reichsbannerangehörigen geprägten sozialdemokratischen Widerstandsorganisation zustande gekommen wäre.

Andererseits hatten die Sozialdemokraten nichts unternommen, um mit den Mitgliedern einer Sekte, mit der sie seit jeher nicht viel anzufangen wußten, sich zu einer antifaschistischen Front zusammenzuschließen²⁶⁷.

Kontakte zwischen Anarchosyndikalisten und Kommunisten soll es angeblich in Mönchengladbach gegeben haben (so ohne nähere Angaben in den Urteilsgründen des Nolden-Prozesses vermerkt). Vermutlich lag auch hier ein Gestapo Irrtum vor, denn nachweislich hatten die Mönchengladbacher Anarchosyndikalisten keine Verbindung zur KPD, sondern nur zu einer illegalen KPO-Gruppe, die ihrerseits zu einigen SAP- und KPO-Mitgliedern in Duisburg Kontakt hatten. Für Ansätze zur Bildung einer Einheitsfront von Anarchosyndikalisten und Kommunisten in Duisburg fehlen jegliche Anhaltspunkte²⁶⁸.

Nicht zuletzt zeigte sich auch hier, daß das Spektrum der politischen Ideologien von den extremen Linkspositionen bis zur demokratischen Mitte so weit auseinander gefächert war, daß einer sozialistischen Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus kaum noch eine Chance zur Verwirklichung gegeben war.

3.23 Resignation, Neubeginn und Zusammenbruch

1935 begann die Wirtschaftslage in Deutschland sich zu stabilisieren, gerade zu einer Zeit, als aus nicht näher bekannten Gründen von der holländischen FAU(S)-Zentrale die Lieferung der antifaschistischen Schriften eingestellt wurde. Der Abbruch der Kontakte mit Amsterdam blieb nicht ohne Rückwirkung. Die Anarchosyndikalisten zogen sich aus der illegalen Organisation zurück²⁶⁹, das von Nolden aufgebaute Ver-

²⁶⁵ Vgl. Bericht v. 3. 8. 1935, 6 OJs 596/35. Sonderband „Haft“, Blatt 47.

²⁶⁶ Vgl. a. a. O., Blatt 12 ff.

²⁶⁷ Es läßt sich weder aus den Gestapoakten über Sozialdemokraten noch aus den Akten über verhaftete Anarchosyndikalisten der Versuch einer Kontaktaufnahme von Mitgliedern beider Organisationen feststellen.

²⁶⁸ Vgl. im einzelnen 6 OJs 395/36; HD-Gestapo 4032.

²⁶⁹ Ermittlungsergebnisse OLG Hamm 6 OJs 1/37, Volksgerichtshof Berlin 9 J 267/37, vgl. An-

bindungsnetz begann sich zu lichten. Nur in Duisburg, in Köln und in Düsseldorf gelang es, die Kadergruppen zusammenhalten. Nolden hielt sich jetzt vor allem oft in Düsseldorf auf, wo er mit seinen Vertrauten nach Mitteln und Wegen zur Neubelebung der FAUD suchte²⁷⁰. Doch allen Anstrengungen, durch erneute persönliche Kontaktaufnahmen mit „Ehemaligen“ die Organisation wieder in den Griff zu bekommen, war wenig Erfolg beschieden. Die meisten hatten Angst vor der Gestapo, vor allem jene, die nach entbehrungsvollen Jahren wieder Arbeit gefunden hatten, wollten nichts mehr riskieren²⁷¹. Die illegale Organisation bröckelte weiter auseinander.

Ein neuer Hoffnungsschimmer zeigte sich den noch übriggebliebenen Widerstandsgruppen, als 1936 der spanische Bürgerkrieg ausbrach, in dem die Anarchosyndikalisten, darunter viele Emigranten aus Deutschland, eine maßgebliche Rolle spielten. Ein anscheinend von der Auslandsleitung, möglicherweise von der IAA aus Barcelona direkt beauftragter Kurier, Simon W., zur Tarnung „Reiseonkel“ genannt, arbeitete sich von der südlichen Rheinprovinz her an die Gruppe Nolden heran. Er hatte den Auftrag, Techniker für die Freiwilligen Brigaden in Spanien anzuwerben und für die kämpfenden Anarchosyndikalisten Geld zu sammeln²⁷². Für Nolden brachte er einen Code-Schlüssel zum Abhören des Senders Barcelona mit²⁷³, über den den illegalen Restgruppen Informationen mitgeteilt werden sollten²⁷⁴. Nolden versuchte darauf zwischen Weihnachten 1936 und Neujahr 1937 mehrmals, aber anscheinend vergeblich, bei einem Mittelsmann den Geheimsender zu empfangen²⁷⁵.

Zu dieser Zeit hatte sich schon der Ring der Gestapo um ihn geschlossen. Anfang Januar 1937 verhaftete sie Schlag auf Schlag in Duisburg, Mönchengladbach, Dülken, Viersen, Düsseldorf und Köln 50 Anarchosyndikalisten, darunter Nolden. Weitere Verhaftungen erfolgten kurz darauf. Insgesamt wurden durch die Gestapo 88 Mitglieder der von Nolden 1934 aufgebauten illegalen FAUD ermittelt und festgenommen²⁷⁶.

Die Untersuchungen erstreckten sich über die Dauer eines Jahres. 46 waren während dieser Zeit im Duisburger Gerichtsgefängnis inhaftiert, davon 22 Duisburger. Im Januar und Februar 1938 erfolgte ihre Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Nur 6 von ihnen wurden mangels Beweisen freigesprochen, die übrigen wurden zu Strafen von einigen Monaten Gefängnishaft bis zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt²⁷⁷. Das Verfahren gegen Julius Nolden war abgetrennt und an den Volksge-

klageschriften und Urteilsgründe (Abschriften in HD-Gestapo 43 302, Blatt 28 ff., HD-Gestapo 29 121, Blatt 143 ff.; 13 059, Blatt 9 ff.

²⁷⁰ Vgl. Ermittlungsergebnisse Anklage VG 9 J 267/37, HD-Gestapo 29 121, Blatt 144 f.

²⁷¹ Vgl. VG-Urteil, a. a. O., S. 25 (Abschrift in HD-Gestapo 13 059, Blatt 9 ff.).

²⁷² Vgl. 6 OJs 1/37, Urteil Teil II, S. 16 f.; HD-Gestapo 43 302, Blatt 30 f. Vgl. auch HD-Gestapo 29 121, Aussagen Blatt 255 ff.; VG-Urteil, a. a. O., S. 26, Abschrift in HD-Gestapo 13 059, Blatt 21 f.

²⁷³ Vgl. HD-Gestapo 29 121, Aussage Nolden v. 12. 1. 37, Blatt 13 R.

²⁷⁴ Ein später bei Nolden gefundener Zettel enthielt folgende Mitteilung: „Sender Barcelona: (Kurze) Welle 42. 88 Sendungen in Deutsch. Dienstags: 10 1/2 Uhr (nachts), donnerstags: 12 Uhr (nachts), sonntags: 12 1/2 Uhr (nachts). Er soll in Deutschland unbedingt zu hören sein; wenn nicht, dann mit Zusatzgerät für Kurzwellenempfang. Sonst. näheres bei Anton in D. oder bei L. ebendort selbst. Schönen Gruß: S.“

²⁷⁵ Vgl. HD-Gestapo 29 121, Aussage Nolden v. 12. 1. 1937, Bl. 13.

²⁷⁶ Vgl. Anklageschrift und Urteil 6 OJs 1/37.

²⁷⁷ Urteil, a. a. O., unter den Verurteilten befanden sich mehrere Frauen.

richtshof in Berlin gezogen, der Nolden am 5. November 1937 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte²⁷⁸.

Zwei Mitglieder der illegalen Duisburger Anarchosyndikalistengruppe gingen nach der Verhaftung in den Tod. Der Eisendreher Emil Mahnert, der am 20. Januar 1937 auf seiner Arbeitsstelle verhaftet wurde, stürzte sich nach Darstellung der Polizei am 26. Januar aus dem zweiten Stock des Duisburger Gefängnisses und verstarb am gleichen Tage. Nach späteren Aussagen von vier ehemaligen Mitgefangenen hat Mahnert nicht den Freitod gesucht, sondern sei von einem Polizeibeamten über das Innengeländer des zweiten Stockes des Polizeigefängnisses in die Tiefe gestoßen worden²⁷⁹. Der Maurer Wilhelm Schmitz starb am 29. Januar 1944 an nicht näher bekannten Folgen der Strafhaft²⁸⁰.

3.3 Exkurs

Der „Rote Consul von Barcelona“ – Ein Anarchosyndikalist aus Duisburg

Die Mitglieder der Organisation Nolden saßen schon hinter Gefängnismauern, als die Staatspolizei noch einen Duisburger Anarchosyndikalisten in Belgien aufspürte. Er hatte nicht zur deutschen Widerstandsorganisation gehört, sondern im Spanienkrieg eine Rolle gespielt.

Ein nach seiner Festnahme durch die deutsche Fahndungsgruppe in Belgien (Oktober 1940) gegen ihn vom Volksgerichtshof eingeleiteter Hochverratsprozeß rollte die Geschichte seines Lebens auf, das ihn von Duisburg nach Barcelona gebracht hatte. Wilhelm Winkelmann war vor der Machtergreifung Buchhalter in Duisburg gewesen. Er war Anarchosyndikalist aus Überzeugung seit 1920 und hatte oftmals im „Syndikalist“ geschrieben. Unbekannt gebliebene Denunzianten hatten ihn nach der Machtergreifung bezichtigt, zu den geistigen Urhebern der Reichstagsbrandstiftung gehört zu haben. Winkelmann wurde in Schutzhaft gesetzt und erst wieder freigelassen, als sich herausgestellt hatte, daß die Anschuldigungen nicht stichhaltig waren. Aus Furcht, der Gestapo nochmals in die Hände zu fallen, flüchtete er im April 1934 ins Saargebiet, von dort aus 1935 (vor der Rückgliederung) nach Frankreich. Bemühungen, als politischer Flüchtling anerkannt zu werden, schlugen fehl, weil er aus nicht bekannten Gründen auch mit der französischen Polizei Schwierigkeiten bekommen hatte. Winkelmann versuchte daraufhin, sich in Paris illegal durchzuschlagen, was auch nicht gelang. Die Franzosen sperrten ihn ins Gefängnis von Perpignan und schoben ihn im April 1936 über die Grenze nach Spanien ab, wohin er zu gelangen einmal bereits vergeblich versucht hatte. Schließlich hatte er sein vermutlich schon über eine

²⁷⁸ VG-Urteil 9 J 267/37; Abschrift in HD-Gestapo 13 059. Nolden kam in die Strafanstalt
2 H 46/37

Lüttringhausen, wo er am 19. 4. 1945 von den alliierten Truppen befreit wurde; s. AfW-ZK 5042.

²⁷⁹ AfW-ZK 4786.

²⁸⁰ AfW-ZK 5569 a — Zwei weitere Mitglieder der Gruppe fielen an der Front, Emil M. nach Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit in der Truppe, Ernst H. im berüchtigten Strafbataillon (Bewährungsbataillon) 999. AfW-ZK 5412.

lange Zeit angesteuertes Fluchtziel erreicht; die Exilgruppe der Anarchosyndikalisten in Barcelona²⁸¹.

Wenige Wochen später brach der Bürgerkrieg aus. Der Duisburger Buchhalter war bald bei den Truppen der Volksfront – vorerst noch unter dem Decknamen „Willi“ – eine bekannte Größe. Er hatte Aufsehen dadurch erregt, daß er den Führungsstab der anarchosyndikalistischen Milizverbände vor Hans Beimler warnte, als dieser im August 1936 mit etwa 70 deutschen Kommunisten zur Verstärkung der Volksfronttruppen in Barcelona eingetroffen war²⁸². Es sollen zwischen ihm und Beimler heftige Auseinandersetzungen stattgefunden haben, als er dem bekannten KP-Funktionär Vorhaltungen machte, speziell mit dem Auftrag nach Spanien gekommen zu sein, um die revolutionären Truppen unter kommunistische Kommandogewalt zu bringen. Der Zusammenstoß zwischen Syndikalisten und Kommunisten soll damals in Barcelona beendet worden sein, weil auf Veranlassung des Duisburgers, die in der Syndikalistenkaserne „Petralbes“ untergebrachten deutschen Kommunisten entwaffnet wurden²⁸³ und zur Übersiedlung in das KP-Camp „Carolus Marx“ gezwungen worden seien²⁸⁴.

Im August 1936 ging er mit einem größeren Milizverband an die Huesca-Front²⁸⁵, kehrte aber bald wieder nach Barcelona zurück, weil er als Anarchosyndikalist ein Gegner des Militarismus war, der sich in zunehmendem Maße durch den Einfluß kommunistischer Kommissare an der Front gezeigt hatte.

Winkelmann wurde militärischer Delegierter bei der inzwischen aus Syndikalisten und oppositionellen Kommunisten gebildeten Brigade, „Columna Durutti“ und erhielt, weil die Regierung von Katalonien ihm das ehemalige deutsche Konsulat als Amtssitz zur Verfügung gestellt hatte, von den deutschen Emigranten den Beinamen „Der Rote Consul von Barcelona“²⁸⁶.

Er hatte für die Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen Front und Etappe gesorgt und auch die Betreuung von Verwundeten organisiert. Während des blutigen Zwischenspiels in Barcelona im April 1937, als mehrere Trotzlisten von Stalinisten erschossen wurden, betreute er die wegen hoher Verluste von der Front zurückgezogenen Einheiten der Columna Durutti, die sich damals von den Kommunisten in den Docker-Kasematten verbarrikadiert hatten²⁸⁷.

Der Duisburger schlug sich dann zur Saragossa-Front durch, kehrte aber Ende 1937 oder Anfang 1938 wieder nach Barcelona zurück. Er wollte hier als Privatmann un-

²⁸¹ Vgl. im einzelnen Ermittlungsergebnisse zu VG 5 J 219/40 mit Aussagen von Winkelmann u. A. HD-Gestapo 12 646, Blatt 18 f., 76 ff., 83 ff.

²⁸² Vgl. HD-Gestapo 12 646, Blatt 77, 88 f.

²⁸³ a. a. O., Blatt 18, 88 f.

²⁸⁴ Winkelmann sagte hierzu später vor der Gestapo folgendes aus: „Ich habe die Spanier gleich darauf aufmerksam gemacht, daß Beimler, den ich ja gut kannte, bestimmt versuchen würde, in Barcelona einen Militarismus nach sowjetrussischem Muster aufzubauen... Auf meine Veranlassung (wurden sie) am 25. oder 26. 8. 1936 in der Kaserne entwaffnet und aus dieser verwiesen. Diese Gruppe ging dann in die Kaserne der Kommunisten ‚Carlus Marx‘.“ Aussage v. 4. 10. 1940, HD-Gestapo 12 646, Blatt 89; hier auch Hinweis, daß sich zu jener Zeit auch Kurt Lehmann in Barcelona aufgehalten habe.

²⁸⁵ Augenzeugen berichteten, er sei dort als Polit-Offizier aufgetreten. Vgl. a. a. O., Blatt 120.

²⁸⁶ Vgl. HD-Gestapo 12 646, Blatt 89.

²⁸⁷ Vgl. im einzelnen VG-Urteil 5 J 219/40; HD-Gestapo 12 646 Blatt 76 f., Aussagen Blatt 2 H 227/42

tertauchen. Doch als der Spanienkrieg beendet war, mußte Winkelmann nochmals die Flucht ergreifen, jetzt vor dem Franco-Regime. Er wollte 1939 nach Schweden, um vor weiterer Verfolgung sicher zu sein. Doch während eines Zwischenaufenthaltes in Paris wurde er abermals von der französischen Polizei festgenommen, nach Belgien abgeschoben, dort interniert, wo er schließlich von den Deutschen nach der Besetzung Belgiens verhaftet wurde²⁸⁸.

Am 25. September 1942 wurde Winkelmann vom nationalsozialistischen Volksgerichtshof als Hochverräter zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

In der Urteilsbegründung stand:

„... Der Angeklagte hat durch seine Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg auf rotspanischer Seite und durch seine sonstige anarchosyndikalische Betätigung in Spanien den äußeren Tatbestand eines Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat erfüllt. Die kommunistischen und anarchosyndikalistischen Kräfte haben übereinstimmend im spanischen Bürgerkrieg, unterstützt von Sowjetrußland, das allgemeine Ziel verfolgt, die Weltrevolution nach bolschewistischem Vorbild zu entfesseln. Zunächst sollten die nationalen Spanier unter Franco vernichtet und sodann der Bürgerkrieg über das Volksfront-Frankreich in die autoritären Staaten, besonders Deutschland, getragen werden. Wegen dieses Zieles ist jede Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg auf rotspanischer Seite, besonders, wenn sie einem Deutschen zur Last fällt, als ein unmittelbarer Angriff auf die in Deutschland geltende Staatsform aufzufassen . . .

Der Angeklagte hat hiernach durch seine Tätigkeit bewußt das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Deutschen Reiches zu ändern, vorbereitet . . .“²⁸⁹

Wilhelm Winkelmann, der einstige „Rote Consul von Barcelona“ ist nicht mehr in seine Heimatstadt Duisburg zurückgekehrt. Mit ihm verschwand der letzte Anarchosyndikalist der rheinisch-westfälischen Bewegung, die in ihrer Tradition bis in die utopisch-idealistische Gedankenwelt des Frühsozialismus zurückreichte, in den Gefängnissen der NS-Diktatur. Das letzte über sein Leben erhaltene Dokument ist die Abschrift des Volksgerichtshofsurteils in den Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf unter der Signatur „Geheime Staatspolizei 12 646“.

Eine Rückschau auf die Widerstandsaktivitäten der dargestellten drei politischen Gruppierungen führt zu der Feststellung, daß SAP und Anarchosyndikalisten trotz entwicklungsgeschichtlich bedingter Entfernung von der SPD im Untergrund Wieder-Annäherungstendenzen zeigten. Diese basierten offenbar auf einem überlieferten

²⁸⁸ HD-Gestapo 12 646, Blatt 77, 118 f. Von diesen blutigen Zwischenfällen berichtete Winkelmann bei seinen Vernehmungen, a. a. O., und erwähnt, daß mehrere Anarchosyndikalisten von Kommunisten erschossen worden seien. — Alfred Kantorowicz übergeht die Zeit in seinem „Spanischen Kriegstagebuch“, erwähnt aber, daß die zu jener Zeit in Moskau geführten Prozesse gegen die Trotzlisten in Spanien Beunruhigung ausgelöst hätten. Ein Satz in seiner Einführung „anstelle eines Vorworts“, S. 17, bestätigt die Angaben Winkelmanns, wonach während der Trotzlistenprozesse unbequeme Anarchosyndikalisten von Stalinisten mißhandelt und erschossen worden seien. Vgl. Alfred Kantorowicz, Spanisches Kriegstagebuch, Köln 1966, s. auch S. 88 f.

²⁸⁹ Aus Urteils-Abschrift VG — 5 J 219/40, S. 4, HD-Gestapo 12 646, Blatt 77 R.
2 H 227/42

politischen Minimalkonsensus, der sich, wenn auch unreflektiert, an den in der Ethik gründenden Leitideen der sozialen Gerechtigkeit und Freiheit zu orientieren schien. Der im folgenden Teil B dargestellte Widerstand der Kommunisten offenbart demgegenüber gänzlich andere Züge. Er äußerte sich in einer quasi-militärischen Organisation von bisher noch kaum bekannten Dimensionen und zeigt – jedenfalls in der ersten Phase – eine Gleichschaltungs-Ideologie, die der des bekämpften Systems überraschend ähnlich war.

Teil B

Der kommunistische Widerstand

1. Entstehung und Entfaltung der illegalen KPD

1.1 *Versuche zur Konzentration von KPD, RGO und RFB-Ersatzorganisationen 1933—1935*

Mit schlagartig durchgeführten Aktionen hatte Görings politische Polizei nach dem Reichstagsbrand in den ersten Märztagen 1933 Tausende von Kommunisten verhaftet. Die Blitzaktionen schienen ein spektakuläres Kalkül der Nationalsozialisten aufgehen zu lassen: Der revolutionäre Aufstand kommunistischer Arbeiter fand nicht statt. Für das Ausbleiben der Revolution war jedoch weniger entscheidend gewesen, daß viele Funktionäre in die Gefängnisse oder die sogenannte „Schutzhaft“ geschleppt wurden, als vielmehr die Tatsache, daß die Kommunisten, permanent mit der Analyse der historischen Lage beschäftigt, auf einen Gegendschlag nicht vorbereitet waren. Sie hatten zwar eine Machtergreifung Hitlers für möglich gehalten, waren aber so sehr auf das Dogma der unaufhaltsamen Selbstersetzung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft fixiert, daß für sie eine nationalsozialistische Machtergreifung kaum mehr als den Stellenwert eines Paradigmas für die erwünschte „revolutionäre Krise“ einnahm¹.

Hinzu kam die Abhängigkeit der KPD von der obersten Befehlszentrale, der Komintern in Moskau, die selbst in unmittelbarer Abhängigkeit von der sowjetischen Außenpolitik stand. Den Russen bereiteten die deutsch-französischen Annäherungen in der letzten Phase der Weimarer Republik Unbehagen. So war es nicht zuletzt wegen der außenpolitischen Interessen der Sowjetunion für die Komintern folgerichtig gewesen, in Deutschland primär einen politischen Kampf gegen die auf deutsch-französische Verständigung gerichtete Politik der SPD zu führen. Er äußerte sich in der Politik der „Einheitsfront von unten“, deren Ziel es war, sozialdemokratische Arbeiter von ihren Führern zu trennen (um sie in einem proletarischen Machtblock gegen den westlichen Kapitalismus zusammenzuschweißen)². – Daß gerade diese Politik der später von der Komintern gewünschten Volksfrontbildung jegliche Chance genommen hatte, sei hier bereits erwähnt. – Ein Parteiapparat mit einer Vielzahl von Nebenorganisationen sollte notfalls – im Falle einer nationalsozialistischen Machtergreifung illegal – zur Organisation der proletarischen Einheitsfront bereitstehen.

¹ Vgl. Siegfried Bahne in: „Das Ende der Parteien 1933“, S. 689 ff. Bracher, Sauer, Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 62 ff. Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus, S. 157. Vgl. insbesondere auch die Abhandlung von Iring Fetscher, „Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs“ in: Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 25, Von Weimar zu Hitler 1930—1933, hrsg. von Gotthard Jaspers, Köln 1968, S. 156 ff.

² Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1970, S. 79 ff., 126 ff., 197 ff., 235.

Seit den letzten 20er Jahren arbeiteten die Kommunisten ständig am Ausbau eines weitverzweigten Verbundsystems³. Den nationalsozialistischen Polizeiaktionen zur Ausschaltung der politisch starken Macht bot sich dadurch eine breite Angriffsfläche.

Die Mitglieder des deutschen Zentralkomitees der KP und der nachgeordneten Kader, die sich den Verhaftungen entziehen konnten, sahen sich zunächst organisatorisch wie psychologisch mit einer für sie desolaten Situation konfrontiert. Die Dynamik der nationalsozialistischen Machtergreifung war eine Realität, vor der der ideologische Dogmatismus eine kritische Belastungsprobe zu bestehen hatte.

Doch gerade dieser Dogmatismus erwies sich als Kraftquelle, aus der die deutschen Kommunisten trotz einer fatal folgenschweren Fehleinschätzung der Lage Energien schöpften. Nach den Analysen auf höchster Ebene fanden sie Übereinstimmung in der Annahme, daß der die nationalsozialistische Machtergreifung begleitende Terror das sichere Zeitzeichen für die Agonie der kapitalistischen Epoche in Deutschland sei und es nun darauf ankäme, konsequent weitere Vorbereitungen für die Machtübernahme des Proletariats zu treffen. Sie gingen nach einer kurzen Pause des abermaligen Analysierens unverzüglich daran, eine Untergrundorganisation aufzubauen, und Tausende in der Parteidisziplin aufgewachsene Kommunisten folgten im vollen Vertrauen auf die Richtigkeit des Revolutionskonzepts der KPD oder aus Furcht, vor den eigenen Genossen als Verräter isoliert zu werden, den Anordnungen „der Partei“ von oben. Sie setzten ihre Aktivitäten bei den Resten der alten Organisationsstrukturen an, und wo durch die Verhaftungsaktionen nichts mehr übriggeblieben war, gingen sie sofort daran, die fehlenden Verbindungsstücke mit neuen Kräften zu besetzen. Der Aufbau der Untergrundorganisation erstreckte sich über die ganze Bandbreite vom Parteistamm bis in den letzten Zweig einer Nebenorganisation.

Allmählich, erst nach ungeheurem Verschleiß und Opfern menschlicher Leben, erkannten die Führer der illegalen KPD, daß sie die politische Lage falsch eingeschätzt hatten.

1935 erfolgte in der Komintern ein einschneidender Kurswechsel. Sie stellte die gegen die SPD gerichtete „Einheitsfrontpolitik (nur) von unten“ ein. Von höchster Stelle aus suchte man eine Verständigung mit allen antifaschistischen Kräften, insbesondere mit den Führern des exilierten Parteivorstandes der SPD in Prag (Sopade). Eine „Volksfront“ sollte das nationalsozialistische Regime unterminieren, um seinen Zusammenbruch herbeizuführen. Doch die lange vor der Machtergreifung begonnene und noch während des Jahres 1933 fortgesetzte Spaltungspolitik der Kommunisten hatte die Möglichkeit einer – selbst „auf Zeit“ – begrenzten Verständigung ausgeschaltet. Die NS-Herrschaft über Deutschland wurde nicht von innen gebrochen, sondern sie endete in einer militärischen Niederlage nach sechs Kriegsjahren. Weniger bekannt ist, welche Formen und Ausmaße der deutsche Widerstand gegen die NS-Diktatur vor und nach dem Wendepunkt der Komintern-Politik 1935 angenommen hat; jener Widerstandsbewegung, die bis zum Erwachen einer kleinen Elite aus der gesellschaftlichen Oberschicht nur von einer christlich-religiös eingestellten Minderheit aus allen Sozialschichten und ganz allgemein von Arbeitern getragen wurde.

Die nachfolgende Darstellung von Geschehnissen in Duisburg, einer ehemaligen Hochburg der KPD, zeigt einiges von dem, was bisher nur in begrenztem Maße systematisch erschlossen werden konnte.

³ Iring Fetscher, a. a. O., ebda., Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 241 ff.

1.11 Anfänge der Untergrundtätigkeit im Untersuchungsgebiet

Entsprechend den Anweisungen des ZKs hatten die Kommunisten gleich nach der Machtergreifung die Bezirksleitung des Ruhrgebiets von Essen in das als KP-Bastion besonders stabil eingeschätzte Dortmund verlegt⁴.

Duisburg wurde damals Instruktionsgebiet I⁵. Zu ihm gehörten auf der rechtsrheinischen Seite Emmerich, Bocholt, Wesel, Dinslaken, Duisburg, Hamborn, Oberhausen und Mülheim. Auf der linksrheinischen Seite umfaßte das Instruktionsgebiet die Städte Moers, Lintfort und Rheinhausen. Das Gebiet um Duisburg „rechts des Rheins“ war aufgeteilt in die Unterbezirke „rechts der Ruhr“ (Hamborn, Oberhausen, Bottrop, Mülheim) und „links der Ruhr“, wozu das Duisburger Stadtgebiet von Duissern bis Huckingen gehörte. Moers (Instruktionsgebiet „links des Rheins“) blieb eigener Unterbezirk mit Rheinhausen, Lintfort und Homberg.

Die Entfaltung der KPD in Duisburg und Hamborn vor der Machtergreifung veranschaulicht die Statistik zu den Reichstagswahlen.

| | | | | |
|---------------|---|------------|--------|------------------------------------|
| 1928 (20. 5.) | <i>Duisburg:</i> | | | |
| 2 287 NSDAP | 32 579 SPD | 21 813 KPD | 31 242 | Zentrum u. Christliche Volkspartei |
| | <i>Hamborn:</i> | | | |
| 623 NSDAP | 10 647 SPD | 19 631 KPD | 10 327 | Zentrum u. Christliche Volkspartei |
| 1930 (14. 9.) | <i>im vereinigten Duisburg und Hamborn:</i> | | | |
| 41 157 NSDAP | 34 459 SPD | 57 587 KPD | 46 223 | Zentrum u. Christliche Volkspartei |
| 1932 (31. 7.) | | | | |
| 63 868 NSDAP | 31 572 SPD | 62 542 KPD | 52 139 | Zentrum u. Christliche Volkspartei |
| 1932 (6. 11.) | | | | |
| 54 655 NSDAP | 27 751 SPD | 63 847 KPD | 47 570 | Zentrum u. Christliche Volkspartei |

Nach den Massenverhaftungen in den ersten Märztagen zerriß das engmaschige Organisationsnetz der KPD. Wenige Wochen später aber war ihre illegale Neuformierung bereits in vollem Gange⁷.

⁴ Vgl. Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945*, Hannover 1969, S. 160.

⁵ Verteilungspläne in den Hochverratsprozessen OJ 817/33, OJ 388/34.

⁶ Vgl. Statistisches Amt der Stadt Duisburg, *Duisburger Zahlenspiegel*, Jahrbuch 1951, S. 167.

⁷ Die Basis bestand hier wie anderswo aus einer Vielzahl von Zellen mit 5 Aktivisten. Oberhalb der Fünfergruppen-Basis gliederte sich ihre Organisation in Stadtreileitungen, Unterbezirksleitungen und Bezirkszentralen. Drei Bezirksleitungen unterstanden einem sogenannten Oberberater, intern „Ober“ genannt, der bis etwa Mitte 1935 einer von einem Versteck in Berlin aus operierenden Landesleitung unterstand, zugleich aber auch mit dem seit Sommer 1933 in Paris stationierten Politbüro der KPD Verbindung hatte. Ausführlich hierzu Ermittlungsergebnisse HD-Gestapo 5644, 7538, 27 753, 46 260 mit OJ 388/34.

Erste Anzeichen der Existenz einer kommunistischen Untergrundorganisation registrierte die „National-Zeitung“ am 14. April. Eine Spalte im lokalen Teil „Groß-Hamborn – Rund um den Förderturm“ vermerkte:

„Die KPD, die trotz gegenteiliger Meinung gutgläubiger Spießer im geheimen ihre verderbliche Hetzarbeit nach wie vor weiterbetreibt, ließ in den letzten Nächten in den Kolonien Handzettel ankleben, in denen Pg. Göring u. a. als Bluthund, der täglich zum Arbeitmord hetzte, bezeichnet wird. Es verlohnt sich nicht, weiter auf diese Sammlung kommunistischer Schlagwörter... einzugehen.“

Am 20. April gelangte an gleicher Stelle eine weitere Information an die Öffentlichkeit. Unter der Überschrift „Großer Schlag gegen die Hamborner Kommunisten“ berichtete das NS-Blatt von 65 verhafteten Kommunisten, bei denen „große Mengen illegaler Flugblätter sichergestellt“ worden waren⁸.

Am 26. April fand sich eine Vermutung über kommunistische „Aktionszentralen im Grenzgebiet“⁹. In den folgenden Wochen war die National-Zeitung mit dem Thema „Gleichschaltung der Gewerkschaften“ befaßt. Am 27. Mai sickerte wieder eine Meldung durch, daß in Meiderich ein Bergmann beim Verteilen kommunistischer Flugblätter gefaßt worden sei. Dann war, abgesehen von einigen Überfällen auf Hitlerjungen, nichts mehr zu vernehmen, was auf eine illegale Formation der Kommunisten im Untergrund hätte hinweisen können. – Mit fortschreitender Verfestigung der Diktatur nahm die Berichterstattung über die Regimegegner ab.

Mehr Aufschlüsse über die Aktivität der illegalen KPD geben heute die lange Zeit verschlossenen Akten des Oberlandesgerichtes Hamm unter den OJ-Signaturen, die eine ab Sommer 1933 rasch anschwellende Flut von Hochverratsprozessen verschlüsselten.

In den ersten der aufgefundenen Prozeßakten – es handelte sich um ein Verfahren gegen Mitglieder mehrerer in Hamborn im Mai bis Juni 1933 entdeckter illegaler Zellen¹⁰ – finden sich Hinweise auf einen von Oberhausen aus operierenden Instrukteur, Friedrich Kamleiter (der 10 Jahre später noch großes Aufsehen erregen sollte)¹¹. Neben Kamleiter tritt in den Akten des Oberlandesgerichts ein Hamborner Zimmermann (Otto Erdmann) hervor, der 1928 als RFB-Funktionär in der Spezialabteilung „Schupo-Zersetzung“ eine Rolle gespielt hatte¹². Die politische Polizei und die Gerichte kamen erst einige Zeit später dahinter, daß im Juni bereits eine „Dreierkopfleitung“ in Hamborn vorhanden war, über die Beiträge kassiert und kommunisti-

⁸ NZ Nr. 108 v. 20. 4. 1933.

⁹ NZ Nr. 114 v. 26. 4.

¹⁰ Anklageschrift 18/33, OJ 50/33, OJ 129/33, OJ 169/33, OJ 1016/34 mit Aussageprotokollen in OJ 301/34, Bd. I a.

¹¹ Betr. Kamleiter OJ 817/33, OJ 157/34.

¹² Erdmann wurde im Oktober 1933 in Hamborn festgenommen und bis zum März 1934 im KZ Papenburg in „Schutzhaft“ gehalten. Nach seiner Entlassung wurde er am 16. 4. 1934 wieder festgenommen, weil er, mittlerweile des Hochverrats verdächtig (OJ 792/33), vom OLG Hamm in Westf. gesucht wurde. Am 18. 1. 1935 wurde er dort „wegen erwiesener Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt (OJ 69/34). Nachdem er die Zeit abgesessen hatte, wurde er am Tag seiner Entlassung von der Gestapo erneut festgenommen, da er nach wie vor als „staatsfeindlich eingestellt“ galt. Am 9. 11. 1936 erfolgte seine Überführung in das KZ Sachsenhausen. Ein Polizeifoto vom August 1938 war das letzte über ihn zu ermittelnde Aktenstück (HD-Gestapo 18 346). Weitere Nachforschungen über sein Lebensschicksal blieben bisher ergebnislos.

ches Propagandamaterial verbreitet wurde¹³. Damals wußte die Polizei auch noch nicht, daß drei Instrukteure, August Stötzel, Wilhelm Schmidt und Fritz Gallein, von Dortmund nach Duisburg und Hamborn gekommen waren und beim Aufbau der illegalen Stadtteileitungen persönlich mitgewirkt hatten und daß Wilhelm Schmidt ein aus Duisburg stammender Schriftsetzer war, der neben August Stötzel als Instrukteur für die damals von Max Opitz, Johann Bräuner und Fritz Gallein in Dortmund gebildete Bezirksleitung Ruhrgebiet arbeitete¹⁴. Wilhelm Schmidt, wenige Monate später Mitglied der illegalen Bezirksleitung, und der von der politischen Polizei fieberhaft gesuchte Funktionär „Walter“ aber waren identisch.

Schmidt hatte Ernst U., den Buchhalter der deutsch-russischen Naphta-Gesellschaft als Hauptkassierer für die illegale KPD in Duisburg eingesetzt¹⁵. U. hatte in mehreren Stadtteilen „Unterkassierer“, die ihm alle zwei Wochen 20 bis 25 RM brachten. Die Beiträge lieferte er an „Adolf“ ab, der sich in regelmäßigen Abständen an einer jeweils zuvor verabredeten Stelle in Duisburg einfand¹⁶. Zur gleichen Zeit müssen im Unterbezirksabschnitt „Süd“ drei Funktionäre tätig gewesen sein, Zellen aufgebaut und für die Verbreitung kommunistischer Agitationsschriften gesorgt haben¹⁷.

Als im Juli der von „Walter“ (alias Schmidt) im Duisburger Stadtgebiet als Kassierer eingesetzte Ernst U.¹⁸ von der politischen Ia Abteilung verhaftet und mit anderen politisch verdächtigen Kommunisten für mehrere Monate von der Umwelt im Zwangsarbeitslager Börgermoor, einem der ersten KZs, isoliert wurde, geriet die Untergrundarbeit im Zentrum des Instruktionsgebiets I vorübergehend ins Stocken. – Kassiererinstrukteur Gallein schaffte es jedoch schon in kurzer Zeit, die Verbindung von der Bezirksleitung nach Duisburg wieder herzustellen¹⁹.

¹³ Vgl. Ermittlungsergebnisse OJ 883/34, OJ 388/34, Bd. 1, laut Aussagen Schmidt und Gallein, ebenso 6 OJs 664/35, Urteilsband S. 19 f., mit Aussagen Anton T., OJ 330/34, Bl. 39.

¹⁴ Quellen vgl. Fußnote 13. Stötzel, bis zur Machtergreifung Unterbezirksleiter von Hamborn, hatte schon im März mit dem angeblich parteilosen Spediteur Jakob Göbel in Duisburg Absprachen über das Einschmuggeln von kommunistischen Schriften und die Ausschleusung bedrohter Funktionäre nach Holland getroffen. Göbel soll auch einige Male von März bis Mai mit Hilfe eines komm. Rheinschiffers solche Transporte durchgeführt haben. Vgl. Erklärung des KPD-Landesverbandes NW v. 30. 12. 1949 in Akte Göbel, AfW-Duisburg, ZK 4613.

¹⁵ Vgl. Aussageprotokolle Fritz Gallein, Dezember 1933 (Abschriften in OJ 883/34, Urteilsband, Blatt 8 ff.). Vgl. auch OJ 82/34, Anklageschrift und Anklageschrift OJ 1016/34 mit Aussageprotokollen in OJ 301/34, Bd. 1 a, 6 OJs 664/35 Urteilsband, S. 19 f.

¹⁶ Eine aktive Rolle spielte ein Richard Fröhlich. F. war durch Vermittlung des KJVD 1930 mehrere Monate in Moskau, Leningrad und Charkow, wo er die Arbeitsweise der Stoßbrigaden in den Betrieben studiert haben soll. Als U. von Juli bis August 1933 in „Schutzhafte“ gesetzt wurde (vermutlich lediglich als „verdächtiger Kommunist“, denn seine illegale Tätigkeit wurde erst 1935 bekannt), war F. Org.-Leiter im Unterbezirk Teil „links der Ruhr“. Vermutlich fungierte als Pol.-Leiter Ernst Giesen. Ein unbekannt gebliebener Dritter trat unter dem Decknamen „Max“ auf. Vgl. 5 OJs 4035, Urteil, S. 20 ff.; OJ 330/34, 5 OJs 40/35 betr. Fröhlich.

¹⁷ Urteil OJ 301/34, zusammengefaßt mit OJ 1016/34, 6 OJ 18/35, 6 OJ 28/35, vgl. OJ 301/34, Bd. XII, Urteilsband II, S. 8 f.

¹⁸ Vermutlich war E. U. als Pol.-Leiter oder Kasseninstrukteur für das gesamte Gebiet Duisburg links und rechts der Ruhr vorgesehen. Vgl. Ermittlungsergebnisse OJ 883/34, OJ 388/34 mit Abschriften aus OJ 249/34 (Aussagen Fritz Gallein), Bd. 1, laut Aussagen Schmidt und Gallein, ebenso 6 OJs 664/35 Urteilsband, S. 19 f., mit Aussagen Anton T., OJ 330/34, Bl. 39.

¹⁹ Spätere Ermittlungen der Ia Abteilung Bottrop ergeben, daß die Bottroper wie der hier

Das Aussageprotokoll eines im November verhafteten Zwischenkassierers spiegelt jene Phase im Instruktionsgebiet „rechts der Ruhr“ in der folgenden erhalten gebliebenen Darstellung:

Bottrop, den 2. Dez. 1933

„... Im Monat Juni oder Juli fuhr ich eines Tages mit meinem Fahrrad, worauf ich noch mein Kind mitführte, spazieren. Auf der Asphaltstraße zwischen Meiderich und Mülheim traf ich einen gewissen Adolf. Dieser Adolf, dessen Zuname und Wohnort ich nicht kenne, kannte ich von der Bezirksleitung in Essen her... Adolf versuchte mich wieder für die Partei zu gewinnen und erwähnte dabei, daß er es nicht verstehen könne, daß ich als alter Parteisekretär der Partei so den Rücken kehre. Er erklärte, daß wenn ich wieder bereit wäre mitzumachen, ich den Posten als Sekretär bekäme, darüber werde er dann noch näher mit der Bezirksleitung reden. Ich habe ihm darauf erwidert, daß die Leitung über mich nicht zu entscheiden hätte, da ich doch nicht mehr Mitglied sei. Adolf bemerkte jedoch, daß dieses nichts zu sagen habe und wenn ich mitmachen würde, so bekomme ich dafür eine Entschädigung.

Die Höhe nannte er nicht. Als Adolf sah, daß ich nicht abgeneigt war, sagte er, daß ich den folgenden Sonntag um 10 Uhr nach Dortmund zum Hansaplatz kommen sollte. Dort könnte ich mit dem Pol.-Leiter des Ruhrgebiets, der mit Vornamen Leo heißt, sprechen. Adolf gab mir eine genaue Beschreibung über den Leo, der als besonderes Kennzeichen eine Zeitung in der linken Rocktasche stecken hatte und an dem Vogelgeschäft am Hansaplatz stehe, ab. Den Leo sollte ich mit ‚Wie spät ist es‘ anreden. Ich bin dann auch des Sonntags mit der Eisenbahn nach Dortmund gefahren und habe auch den Leo getroffen. Bemerke, daß der Leo mir vollständig fremd war. Ich redete ihn wie oben angegeben an, worauf er im Bilde war und fragte, ob ich aus Hamborn sei. Ich bejahte. Er fragte daraufhin über meine frühere Tätigkeit als Parteisekretär. Ich bemerke, daß ich als Sekretär früher einmal Differenzen mit der Bezirksleitung in Essen darüber hatte, daß ich seinerzeit den Streik nicht genügend vorbereitet hatte.

Dies war auch dem Leo bekannt und war es auch das Thema, was wir besprachen. Als ich dem Leo hierüber Aufklärung gegeben und ich ihm durchblicken ließ, daß ich zum Mitarbeiten nicht so recht bereit sei, erklärte er, daß die Angelegenheit im Sekretariat besprochen würde. Ich sollte dann schriftlich Mitteilung bekommen. Nachdem die Unterhaltung mit Leo etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, trennten wir uns. Den Leo habe ich nicht mehr wiedergesehen und ist mir sein Zuname und Wohnort nicht bekannt geworden. Ich habe von Leo bei dem Zusammentreffen den Eindruck gewonnen, daß er mir nicht recht traute.

Etwa 14 Tage später erhielt ich durch die Post einen Brief aus Essen mit dem Inhalt: Lieber Freund! Komme (es war Tag und Zeit angegeben) an bestimmter Stelle, wo Du mit Adolf zusammen warst. Unterschrift: Adolf. Ich habe daraus

zitierte Duisburger Kassierer, illegale KP-Beiträge eingesammelt hatten; u. a. wurden die auf Reichsebene bis Juli 1933 ausgegebenen „blauen Marken“ und die später an ihrer Stelle eine Zeitlang verwendeten „K-Abschlußmarken“ gefunden. Vgl. OJ 157/34. Über die Verwendung der verschiedenen Quittungsmarken, auf die später (teilweise schon im Spätsommer 1933) aus Sicherheitsgründen ganz verzichtet wurde; vgl. auch bei Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 164.

entnommen, daß die Stelle auf der Asphaltstraße zwischen Meiderich und Mülheim gemeint war und fuhr auch mit dem Fahrrad dorthin. Nachdem ich dort etwas gewartet hatte, erschien Adolf. Adolf erklärte mir, daß meine Angelegenheit im Sekretariat ablehnend beschieden sei. Nunmehr bot er mir den Posten eines Kassierers für zwei zusammengelegte Unterbezirke, Oberhausen und Duisburg an. Ab 1. September 1933 sollte ich in Tätigkeit treten. Adolf erklärte mir, daß ich die Beitragsgelder aus den Unterbezirken Oberhausen, Duisburg, Hamborn, Bottrop und Rees von den in diesen Orten tätigen Kassierern in Empfang nehmen und an ihn (Adolf) abliefern sollte. Als ich dem Adolf meine Not klagte und sagte, daß ich mein Fahrrad veräußern müßte und dann die Tätigkeit als Kassierer nicht ausüben könnte, erklärte er, daß ich mein Fahrrad nicht verkaufen brauche, für meine Tätigkeit bekomme ich besondere Spesen. Die Spesen wurden je nach den Summen, welche einkassiert wurden, berechnet. Wenn 200 RM im Monat einkamen, sollten die Spesen nach Angaben des Adolf etwa 15 RM ausmachen. Ich habe aber während meiner Tätigkeit keine 200 RM im Monat Beiträge bekommen.

An dem Tage, als ich mit Adolf über meine Tätigkeit als Kassierer einig geworden war, hat er mich auch mit der Kassiererin von U.B. Duisburg bekannt gemacht. Es handelt sich um eine junge Frau, die von Adolf mit Anni oder Henni angedeutet wurde. Ich schätze ihr Alter auf 23 bis 24 Jahre. Sie war auffallend gut gekleidet, vollschlank und etwa 1,50 groß. Wie sie nachträglich erzählte, ist ihr Mann in Schutzhaft und soll er sich im Moor befinden . . . Mit dieser Frau hatte ich an dem Tage unseres Bekanntwerdens verabredet, daß wir uns in Zukunft, wenn sie Geld an mich ablieferte, am Kaiserberg auf der Schweizerstraße in Duisburg treffen wollten. Ich bin dann auch, soviel ich mich entsinne, 4 Mal mit ihr dort zusammengekommen. Sie lieferte dabei die kassierten Beiträge für die Monate September und Oktober ab und zwar waren die einzelnen Summen in Höhe von 6, 8, 8, oder 10 und 12 RM. Wie hoch die Summe das 3. Mal war, kann ich heute nicht genau mehr angeben. Im Monat November und zwar am 11. habe ich sie getroffen, ohne daß sie mir Geld gab. Sie sagte mir, daß sie das Geld schon an Hallein (richtig: Gallein, Anm. des Verf.) abgeliefert habe. Nachdem habe ich kein Geld mehr von der Frau bekommen.

Im U.B. Hamborn hatte ich zunächst keine Verbindung mit dem Ortskassierer. Sie schien auch anfangs September nicht zu bestehen. Ob durch Verhaftung oder wie es kam, weiß ich nicht. Erst am 8. Oktober auf der Stempelstelle am Hindenburgplatz in Hamborn wurde ich mit dem Kassierer bekannt. Dort traf ich mit einem zusammen, den ich aus der Partei sehr gut vom Ansehen doch mit Namen nicht kenne. Dieser ist aber inzwischen festgenommen worden. Er wußte, von mir aus, daß ich den Kassierer von Hamborn suchte und führte mich zu ihm. . . .

Das Geld, welches ich bekam, lieferte ich zuerst an Adolf und dann an Hallein (stets ist Gallein gemeint – Anm. des Verf.) ab. An Adolf habe ich zweimal abgeliefert, und zwar einmal 28 RM und das andermal 44 RM. Dann kam Hallein an Adolf seiner Stelle . . . Für meine Tätigkeit habe ich insgesamt an Spesen etwa 14 RM und einige Groschen bekommen.

Über den jetzigen Aufbau der KPD kann ich keine bemerkenswerten Angaben machen. Mit Hallein habe ich mich schon darüber unterhalten, aber die Unterhaltung drehte sich meistens um den Sekretärposten, der bis zu meiner Festnahme noch nicht besetzt war. Am 11. 11. 1933 sagte mir Hallein, daß er einen Sekretär

ausfindig gemacht habe. Als ich fragte, wer derjenige sei, nannte mir Hallein den mir bekannten Paul D. von Bottrop. Hallein sagte mir auch, daß ich dem D. die Verbindung beschaffen sollte. Am 16. 11. 1933 traf ich D. in Hamborn auf der Straße. Er wollte zu mir um die Angelegenheit zu besprechen. Wir gingen dann in meine Wohnung, wo wir uns etwa eine halbe Stunde lang unterhalten haben. Wir sprachen über Spesen, die ein Sekretär zu bekommen hätte, und auch darüber, daß ich ihn in die Unterbezirke, von denen ich das Geld einzog, einführen werde. Soweit ist es jedoch nicht gekommen, da ich am 17. 11. festgenommen wurde.

Ich bemerke, daß ich bis zu meiner Festnahme mich lediglich als Kassierer betätigte und mich sonst über andere Dinge innerhalb der Partei nicht kümmerte. Hallein betonte mir gegenüber selber, daß das Hauptfundament die Kassierung sei. Weiter kann ich keine bemerkenswerten Angaben machen.“

v. g. u. (Unterschrift)
g. w. o.²⁰

Die im oben zitierten Bericht erwähnte Duisburger Kassiererin „Anni“ war die Ehefrau des Kasseninstruktors Ernst U. Sie war für ihren von der SS ins Börgermoor-Lager verschleppten Mann in die Bresche gesprungen²¹. „Walter“ (Wilhelm Schmidt) hatte sie bald durch einen Arbeiter entlasten können. Als die politische Polizei diesem im Februar 1934 auf die Spur kam und ihn verhaftete, fand sie heraus, daß er Kasseninstrukteur (so die Bezeichnung für die „Oberkassierer“) für die Unterbezirke Duisburg, Hamborn und Moers gewesen war, für seine Tätigkeit monatlich ein Entgelt von 15 RM erhalten und aus jedem der drei Unterbezirke innerhalb von etwa 10 Wochen 150 bis 200 RM eingezogen hatte²².

– Es wäre kaum verständlich, daß die Kommunisten soviel Aufhebens um das Kassieren kleiner Geldbeträge machten, wüßte man nicht, daß es hierbei um weit mehr ging als um bescheidene Zuschüsse zur Unterstützung arbeitsloser Funktionäre oder um die Beschaffung von Material für die Propagandaarbeit. Vergegenwärtigt man sich, daß 1933 für einen Arbeitslosen (Millionen waren damals arbeitslos) schon 50 Pfennig ein spürbarer Betrag war, so erscheint das Groschenopfer jedoch in einem anderen Licht. Es wurde damit – was sich auch jeder Beitragsleistende ausmalen konnte – ein gegenüber der Verfolgerseite nicht mehr ohne weiteres widerlegbares Eingeständnis der Zugehörigkeit zur illegalen KPD präjudiziert und damit die für die Widerstandsarbeit entscheidende Solidarität gefestigt.

²⁰ Aus OJ 157/34 — Namen gekürzt. Sachlich unwichtige Sätze gestrichen. Anmerkung Kripo Bottrop vom 6. 12. 1933: „Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine illg. Fortführung der KPD. Der beschuldigte La... Bl. 2 der Akten ist der Hauptkassierer für Bottrop. Ihm unterstanden folgende Unterkassierer: ... Ku war Kasseninstrukteur, hat die Gelder von den örtlichen Kassierern, wie Bottrop, Oberhausen, Hamborn, Duisburg und Rees in Empfang genommen und sie an Hallein in Essen (Hallein ist z. Zt. in Essen festgenommen) abgeliefert. ...“ OJ 157/34, Bl. 50. — Hallein im Maschinentext handschriftlich verbessert in Gallein.

²¹ Vgl. Anklageschrift OJ 388/34 S. 11 mit Urteil OJ 301/34 (Anm. U.).

²² Vgl. HD-Gestapo 46 260 mit Urteil OJ 388/34 betr. Anton T.

1.12 Winter 1933 bis Frühjahr 1934 im Zeichen des strategischen Konzepts der „Einheitsfront von unten“. Aktivierung der RGO

Die bisherigen Versuche der illegal aktiv gewordenen KP-Funktionäre, aus dem vorhandenen kommunistischen Potential eine Untergrundorganisation herzustellen, entsprachen indessen nicht den Erwartungen der damals herrschenden „ultralinken“ Gruppe im ZK. Diese glaubte vielmehr in Übereinstimmung mit der Komintern noch während des ganzen Jahres 1933, daß in Deutschland eine Krisenlage herrsche, welche die Basis des Nationalsozialismus bald erschüttern würde. Die Komintern war davon überzeugt, daß die kritische wirtschaftliche Lage, die die Verbindung von reaktionären Kreisen des Großkapitals und Faschismus ermöglicht hätte, zu einer verschärften Ausbeutung der Arbeitermassen führte, wodurch in zunehmendem Maße Bedingungen für einen revolutionären Stimmungsumschwung geschaffen und die Möglichkeit zur proletarischen Gegenoffensive aktualisiert würden. Sie hielt daher trotz der schweren Verluste, die die KPD durch die harten Schläge der Gestapo gegen die Basisorganisationen seit dem Reichstagsbrand erlitten hatte, unbeirrt Kurs auf die Schaffung einer breiten Massenbasis bei gleichzeitig scharfer Polemik gegen die SPD. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollten davon überzeugt werden, daß ihre Führer versagt hätten, eine „konterrevolutionäre“ Stütze der Bourgeoisie geworden wären, daß sie als „Sozialfaschisten“ die Arbeiter an die „Ausbeuterkumpanei Nationalsozialisten und Großkapitalisten“ verraten hätten und daß nun die Zeit da sei, die „proletarische Einheitsfront“ aller Unterdrückten unter Führung der Kommunistischen Partei zu bilden, um die Gegenrevolution auslösen zu können. Noch im Dezember 1933 hatte das Kominternmitglied Waldemar Knorin in einer Rede vor dem 13. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (13. Ekki-Plenum) in Moskau zum Thema „Faschismus, Sozialdemokratie und Kommunismus“ ausgeführt:

... Wir haben mit unserer ganzen Einschätzung der Lage recht behalten. Unsere Analyse ist von Jahr zu Jahr bestätigt worden. Wir haben nicht zu revidieren brauchen. Und alles das, was uns die Theoretiker der Bourgeoisie und vor allem die Sozialdemokratie entgegenstellten, ist von Jahr zu Jahr wie Kartenhäuser auseinandergefallen. Denn wir stützen uns auf die einzige wissenschaftliche Theorie, auf die Theorie des Marxismus-Leninismus, die Sozialdemokratie aber hat den Marxismus längst preisgegeben ... (8)

... Die jetzige faschistische Welle ist kein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Schwäche und der Erschütterung des ganzen kapitalistischen Systems, das die Bourgeoisie durch die Vergrößerung der Staatsmaschine und durch den Übergang zu den faschistischen Methoden der Unterdrückung der Massen zu stärken versucht. Die Bourgeoisie geht zu den Regierungsmethoden der terroristischen, faschistischen Diktatur über, aber keineswegs aus freien Stücken, sondern aus Zwang. Sie schafft sich eine Massenstütze in dem durch die Krise wildgewordenen Kleinbürgertum und verspricht ihm die Stärkung des Kleinbesitzes. (14)

... Aber der Sieg des Faschismus wird nur dort unvermeidlich oder möglich, wo es der Sozialdemokratie gelingt, ihre proletarischen Anhänger durch das System der zentralisierten proletarischen Massenorganisationen von der revolutionären Einheitsfront mit den Kommunisten abzuhalten, trotz der überaus tiefen Krise, die Eroberung der Mehrheit des Proletariats durch die Kommunistische Partei zu verhindern, gleichzeitig Erfolge im Klassenkampf des Proletariats zu verhindern

und dadurch den Marxismus und den Klassenkampf in den Augen der breiten Massen des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft zu kompromittieren. (15)

... Hitler kam in einem Lande zur Macht, in dem die Arbeiterklasse mehr als in irgendeinem anderen Lande organisiert ist. Aber die Gewerkschaften des deutschen Proletariats, deren Führung die Sozialdemokraten an sich rissen, hatten längst aufgehört, Organisationen des Klassenkampfes zu sein. Die größte Partei, die die Mehrheit des Proletariats hinter sich hat, wurde zu einer sozialfaschistischen Partei. Trotz des raschen Anwachsens ihres Einflusses vermochte es die Kommunistische Partei noch nicht, den Einfluß der Sozialdemokratie zu untergraben. (16)

... Wir gehen der Revolution entgegen ... Die Krise der Sozialdemokratie ist eine der wichtigsten Bestandteile der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems. In Deutschland wollen die Massen nicht unter dem Stiefel Hitlers leben, wollen aber auch nicht zur Weimarer Demokratie zurück. In Polen, Ungarn, Italien wird die faschistische Diktatur offensichtlich schwächer. Österreich ist ein brodelnder Kessel ... (32)

... Große revolutionäre Ereignisse können ganz unerwartet eintreten. Deshalb sind wir verpflichtet, wie Genosse Kuusinen gesagt hat, die Frage des Kampfes für die Sowjetmacht, des Sturzes der Macht der herrschenden Klassen durch den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung zu setzen. Wir sind verpflichtet, überall das Programm der Sowjetregierung zu propagieren, die Massen dafür zu mobilisieren, sie darauf vorzubereiten, damit sie unsere Ziele kennen, damit sie imstande seien, bei günstigem Kräfteverhältnis, beim Heranreifen einer revolutionären Situation die Macht in die Hände zu nehmen. (33)

... Wir müssen auf dieses spontane Vorwärtsdrängen, auf diese spontane Erregung der Massen besser reagieren. In Deutschland erproben es die Massen, wie, in welcher Weise und in welcher Form man gegen die faschistische Diktatur auftreten kann. Es braucht bloß irgendein großer Streik, irgendeine große Demonstration einzusetzen, und der Weg für den Durchbruch der Unzufriedenheit der Massen wird gefunden sein. (33)²³

Mehr Realitätssinn zeigte die Inlandsleitung, die von Berlin aus vorsichtig gegen die offizielle Linie eine Politik der kleineren Schritte einzuleiten und weniger lautstark die „Einheitsfront“ mit Polemik gegen die SPD zu propagieren, als vielmehr zunächst eine Stabilisierung der nach den ersten Verhaftungswellen schon angeschlagenen Organisationsbasis zu erreichen versuchte²⁴. Der operative Ansatz reichte bis nach Duisburg.

²³ Vollständiger Abdruck der Rede in einer Tarnschrift, „Geschichten aus J. P. Hebels Schatzkästlein des Rheinischen Hausfreundes“, die im Frühjahr 1934 in Duisburg verbreitet wurde. Fundstelle: OJ 653/34. Die in Klammern angegebenen Zahlen bezeichnen die Seiten der Broschüre. Über die bedeutende Stellung Knorins in der Komintern vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. I, Frankfurt a. M. 1969, S. 239. Zum gesamten Fragenkomplex der kommunistischen Einstellung zur nationalsozialistischen Machtergreifung vgl. Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus, Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945, Hannover 1969, S. 157 ff.

²⁴ Vgl. Wehner, Erinnerungen, S. 42, 50 (maschgeschr. Manuskript, 1946).

Die Landesleitung hatte im Oktober 1933 einen jungen Funktionär aus Prag geholt und ihn nach Dortmund geschickt, wo er sich in einer als Uhrmacherwerkstatt getarnten Anlaufstelle Adressen von zuverlässigen Kommunisten des westlichen Ruhrbezirks geben lassen sollte²⁵. Im Dezember 1933 tauchte der Instrukteur in der Duisburger Südstadt auf. Bei einem Kommunisten in der Wanheimerstraße fand er Unterschlupf, nachdem er sich unter dem Decknamen „Bergmann“ vorgestellt hatte. Er hieß in Wirklichkeit Rudolf Aehlig.

Aehlig, alias „Bergmann“, gelernter Mechaniker, außer seines leicht sächsischen Tonfalls ohne auffallende Merkmale²⁶, hatte 1932 in Moskau die Swertlow-Universität besucht. Vermutlich war er speziell für den illegalen Aufbau der RGO vorbereitet worden²⁷.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation (RGO), im Zeitpunkt ihrer Entstehung Revolutionäre Gewerkschaftsopposition genannt, war um die Jahreswende 1928/29 auf Anregung Stalins vom Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale S. A. Losowski geschaffen worden. Ihr war ursprünglich die Aufgabe zugeordnet, die „in den bürgerlichen Staat hineingewachsene“ Gewerkschaftsbewegung zu spalten²⁸.

Mit ihren Unterabteilungen, die den Gliederungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) entsprachen, unterstand die deutsche RGO der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) in Moskau. Führende Funktionäre der RGO (Paul Gericke, Fritz Neumann, Albert Kayser, W. A. Schmidt und Hans Werner) waren schon zwischen März und April 1933 in Berlin verhaftet worden²⁹, einen Monat bevor die SS-Aktion gegen die freien Gewerkschaften unter Leitung von Robert Ley und Reinhold Muchow durchgeführt wurde³⁰. Während die freien Gewerkschaften nach dem vernichtenden Schlag am 2. Mai 1933, dem die Gleichschaltung mit der nationalsozialistischen Einheitsgewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) folgte, keine Widerstandsaktivität mehr zu entfalten vermochten, sah offensichtlich die KPD-Landesleitung eine Möglichkeit, das entstandene Vakuum durch den illegalen Aufbau der RGO auszufüllen, um von hier aus dem Vollzug der nationalsozialistischen Herrschaft entgegenzutreten zu können³¹.

Auch Aehlig war offensichtlich zunächst speziell für den Aufbau von RGO-Zellen

²⁵ Vgl. Aussagen Aehlig, a. a. O., mit Wehner, *Erinnerungen*, S. 60.

²⁶ Vgl. HD-Gestapo 22 837. Über sämtliche später von der Gestapo untersuchten Gefangenen sind in den Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf Fotos mit Personenbeschreibungen vorhanden.

²⁷ Vgl. HD-Gestapo 22 837, Blatt 2; 2746, Blatt 24 ff. Der RG hatte Aehlig schon vorher in Dresden angehört, wo er auch bei der „Arbeiterstimme“ als Hilfsredakteur tätig gewesen war. Ende 1932 hatte er sein Domizil von Dresden nach Prag verlegt. Vgl. Aussagen vom 4. 12. 1934 in HD-Gestapo 60 683 mit Aussagen v. 29. 3. 1935 in OJ 301/34, Bd. 6, Blatt 86 f.

²⁸ August Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle — *Das rote Gewerkschaftsbuch*, Berlin 1932, S. 134 ff., s. auch Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1970, S. 29 f., 132 f.

²⁹ Vgl. Walter A. Schmidt, *Damit Deutschland lebe*, Berlin (Ost) 1958, S. 469.

³⁰ Hans-Gert Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*, Hannover und Frankfurt/M. 1958, S. 69 ff., 76 ff.

³¹ Vgl. W. A. Schmidt, a. a. O., S. 468 ff.

im Duisburger und Oberhausener Industriebezirk vorgesehen³². Da aber, während er noch im Anmarsch war, Görings Politische Polizei die illegale RGO-Leitung für das Ruhrgebiet in Essen entdeckt und verhaftet hatte³³, wurde anscheinend im letzten Augenblick der Plan geändert, RGO und KPD im westlichen Industriebezirk separat zu organisieren. Der Mann, der in Dortmund die Weichen stellte, blieb als „Kurt“ anonym³⁴. Er hatte indessen gut vorgesorgt und zuverlässige Verbindungsmänner bereitgestellt; im rechtsrheinischen Stadtgebiet in Hamborn und im linksrheinischen Unterbezirk Moers waren es „Toni“, „Erich“ und „Karl“³⁵. Es waren ortskundige Männer, mit denen Aehlig sofort daran ging, neue Zellen aufzubauen, die Beitragszahlungen wieder in Fluß zu bringen und die Zufuhr und Verteilung kommunistischer Zeitungen zu organisieren.

Der unscheinbare Mechaniker brachte bis Ende Februar 1934 Erstaunliches zustande. In wenigen Wochen hatte er in Duisburg links der Ruhr und rechts der Ruhr (Hamborn) insgesamt 8 illegale Stadtteileleitungen gebildet: rechts der Ruhr in Marxloh, Obermarxloh, Neumühl, Meiderich, Ruhrort-Laar-Beek und Bruckhausen³⁶, links der Ruhr Duissern und Neudorf³⁷, und einige in Duisburg-Süd³⁸. Stark abgegriffene Stellen in einem später bei ihm gefundenen Stadtplan zeigten, daß er sich besonders um die Stabilisierung der Organisation zwischen Hafengebiet und Obermarxloh gekümmert hatte³⁹. Man konnte sehen, daß Aehlig mit den Duisburger und Hamborner Funktionären⁴⁰ ein bestimmtes Ziel verfolgte. Die hier entstandenen Zellen bildeten bald wichtige Verbindungsbrücken – sowohl zur Organisationsleitung West in Am-

³² Für diese Vermutung spricht, daß Aehlig speziell für die illegale kommunistische Gewerkschaftsarbeit ausgebildet war und auch im Duisburger Raum auffallend viele Kontakte zu RGO-Mitgliedern herstellte. Vgl. Aussageprotokolle OJ 301/34, Bd. I und II; s. auch OJ 256/34, OJ 371/34, HD-Gestapo 22 837, Blatt 2.

³³ Vgl. HD-Gestapo 8369 (Dreiser) mit OJ 1024/33. Im Zeitpunkt seines Eintreffens im Ruhrgebiet war die bis dahin schon mit unglücklicher Hand operierende RGO-Bezirksleitung (Erich Mühleib, Anton Dreiser, Walter Jareck) von der Gestapo in Essen ausgehoben worden. Vgl. im einzelnen Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 185, und Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 135 ff.

³⁴ HD-Gestapo 60 683, Blatt 5. „Kurt“ gehörte vermutlich nicht zur BL, sondern war wahrscheinlich hoher Funktionär des Apparates, der sich zwischen Berlin, der BL Ruhr und Niederrhein bewegte. Die Gestapo Berlin hatte nicht herausbekommen, wer sich hinter diesem Decknamen verbarg. Sie hatte nur feststellen können, daß im fraglichen Zeitraum als „Kurt“ im westlichen Reichsgebiet ein höherer Funktionär des AM-Apparates, Karl Plesse, auftrat und auch das ZK-Mitglied Fritz Grosse unter diesem Namen arbeitete; vgl. HD-Gestapo 18 189, 4900. Es bleibt jedoch fraglich, ob Plesse oder Grosse mit dem zu dieser Zeit mehrfach erwähnten Spitzenfunktionär „Kurt“ identisch waren. Ein bekannter Schriftenkurier, Kurt Gruber, arbeitete wohl nur unter dem Decknamen „Paul“; vgl. 6 OJs 241/36; s. auch HD-Gestapo 7538, Blatt 20 ff., 52 ff., 19 656, Blatt 43; div. Hinweise auch in HD-Gestapo 927 und 61 502.

³⁵ Vgl. Protokoll v. 29. 3. 1934, OJ 301/34, Bd. 6.

³⁶ Vgl. 6 OJs 582/35, Aussagen Karl J. v. 23. 9. 1935, Blatt 11 ff. mit Anklageschrift und Urteil I und II, OJ 301/34, Bd. 12.

³⁷ Vgl. OJ 301/34, Bd. 12, Einleitung zur Urteilsbegründung II.

³⁸ Kabelwerk I, Kabelwerk KK, Dickelsbach bzw. „Zelle Straßenbahn“, „Scheidhauer“, „Curtius“, „Buchholz“. Vgl. OJ 301/34, Bd. II, Blatt 34.

³⁹ Vgl. im einzelnen Ermittlungsergebnisse 6 OJ 101/34 (in diesem Prozeß wurden 12 ehemalige Kommunisten und RGO-Mitglieder wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt). 9 Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen.

⁴⁰ „Schorsch“, „Lutz“, „Franz“, „Jupp“, „Max“, „der Schwarze“, „Erich“, „Grete“ u. a. Die

sterdam, zum linksrheinischen Unterbezirk Moers wie zu den benachbarten rechtsrheinischen Unterbezirken des Ruhrgebiets⁴¹. Über das von Woche zu Woche größer werdende Verbundsystem wurden viele Agitationsschriften verbreitet. Die meisten der mit handgezeichneten Kopfleisten versehenen Blätter, die zum großen Teil damals noch zwischen Rüben und Kohlen in den Kellern der Hamborner Arbeiterkolonien entstanden⁴², brachten Meldungen über den NS-Terror aus allen Teilen des Reiches, hauptsächlich jedoch von Niederrhein und Ruhr, analysierten und kommentierten einzelne außenpolitische Aktionen der Nationalsozialisten und riefen die Arbeiter auf, sich der kommunistischen Widerstandsorganisation anzuschließen. Immer häufigere tauchten bald auch kleinformatige Zeitungen auf oder kleine Lesehefte, die auf dem Deckblatt durch irgendeinen unverfänglichen Titel getarnt waren⁴³.

In den in Hamborn hergestellten und hektographierten Blättern „Ruhr-Echo“, „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“, „Der Pionier“ und „Der Rote Sender der Komintern sendet jeden Abend um 9 Uhr auf Welle 1481“ fanden sich Abschnitte wie diese:

Sie rüsten zum Krieg!

... in Duisburg-Hamborner Betrieben!

Heckmann in Hochfeld hat einen Auftrag von 30 000 Fliegerbomben in Arbeit. Der Auftrag soll angeblich für die Tschechoslowakei sein. Ausgerechnet die Tschechoslowakei, die selbst über eine moderne Ausrüstungsindustrie verfügt. Die Berzelius Hütte hat ihren Betrieb ziemlich auf Vollgas gesetzt, sie arbeitet nämlich fieberhaft für große Mengen Schwefelsäure. Die Säure ist ja vielseitig verwendbar, aber warum jetzt augenblicklich so ein Hochdruck? Der deutsche Imperialismus will nicht mehr vor den hochgerüsteten Staaten zurückstehen, er bereitet sich auf den Krieg vor⁴⁴.

Die Enttäuschung über die Nichtdurchführung der gemachten Versprechungen der Nazis ist schon allgemein. Schon wächst der Widerstand aller werktätigen Schichten gegen das Hitler-Regime. Selbst unter den alten Nazi-Anhängern steigt die Empörung. Mit brutaler Gewalt soll jegliche Opposition unterdrückt werden. Aber Hitler weiß, daß bei seiner Politik die allgemeine Rebellion der Werktätigen unvermeidlich ist. Mit Massenverhaftungen, Konzentrationslagern, Folterungen, Henkerjustiz und Mord sollen die Widerstandsaktionen verhindert oder gebrochen werden.

Vergebens! Denn die Kommunistische Partei organisiert immer erfolgreicher die

späteren Aufschlüsselungen in den Prozeßakten sind z. T. widersprüchlich. Ziemlich sicher ist nur, daß folgende Namen eine Rolle spielten: Theodor van Bernum, Richard Fröhlich, Erich Kiwnik, Paul Langer, August Neumann, Ferdinand Jahny, Karl Jonschker, Walter V. Matysiak, Anton Stupp, Heinrich Schmitz, Albert Schröder, Helene Stommel, Aenne Ungerer, vermutlich auch Paul Werther (später führend in Dänemark bei der Abschnittsleitung „Nord“) und August Stötzel, der bis Januar 1934 zur Bezirksleitung Ruhrgebiet gehörte und als ehemaliger Hamborner Unterbezirksleiter offensichtlich mehrere Kontakte schuf. Vgl. im einzelnen Ermittlungen OJ 82/34, OJ 301/34 (Bd. 4—7, 13), OJ 388/34, 6 OJs 664/35, Bd. 9.

⁴¹ Vgl. im einzelnen Abschnitt „Technik der Nachrichtenleitung“, s. auch Ermittlungen OLG Hamm 6 OJs 435/35, 5 OJs 387/35.

⁴² Vgl. Gestapoermittlungen wie z. B. in OJ 60—63/33, OJ 129/33; s. auch NZ-Bericht vom 21. 3. 1933, „Kommunistische Geheimdruckerei ausgehoben“.

⁴³ Vgl. Abschnitt „Technik der Nachrichtenleitung“.

⁴⁴ Hektograph. Blatt „Niederrheinische Arbeiterzeitung“.

se Widerstandsaktionen, es gelingt immer mehr, den Kampfgeist zu wecken. Das Vertrauen der Massen zu ihr als der einzigen Kampforganisation wächst von Tag zu Tag. Darin liegt die Garantie, daß das Hitler-Hunger- und Galgen-Regime unter dem Ansturm der Massen hinweggefegt werden wird.

Der „ROTE SENDER“, der regelmäßig, trotz allen Mordandrohungen des Brandstifters Göring vierzehntägig erscheint, wird das Lügengewebe der faschistischen Presse zerreißen, wird von den Widerstandsaktionen des revolutionären Proletariats berichten. . . .

Das Beispiel der wirklichen Befreiung bietet die Sowjetunion, das einzige Land der Welt ohne Krise und ohne Arbeitslose. Jeder Leser des „Roten Senders“ wird aufgefordert mitzuhelfen, ihn zu verbreiten, auszubauen, indem er über Oppositions- und Widerstandsbewegungen an seine Zeitungsverkäufer berichtet.

N i e d e r mit der faschistischen Hunger- und Galgen-Diktatur!!

F ü r die Diktatur des Proletariats!!

F ü r ein Rätedeutschland!!

F ü r den Sozialismus!!⁴⁵

Aus einem Flugblatt des ZK:

Arbeiter! Arbeiterinnen! Parteigenossen!

Sozialdemokratische Arbeiter!

Die betrügerische Wahlkampagne ist zu Ende . . .

Der Faschismus mag „Siege“ feiern. Wir wissen, was dieser „Sieg“ wert ist.

Mit Terror, Konzentrationslagern, brutaler Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und frechen Fälschungen ist diese angebliche Wahl durchgeführt worden. . . .

Der Weg zur Gleichberechtigung und Selbstbestimmung freier Völker, der Weg zum Sturz von Versailles führt nicht über die Bewaffnung des imperialistischen Deutschlands, über einen neuen imperialistischen Krieg zur Neuaufstellung der Welt, sondern

einzig und allein über den proletarischen Klassenkampf, den Sturz der Hitler-Diktatur, die Errichtung der Diktatur des Proletariats eines freien Rätedeutschlands. . . .

Sozialdemokratische Arbeiter!

Zusammen mit uns habt Ihr diese Kampagne der faschistischen „Wahlen“ durchgeführt. Aber wenn Ihr zusammen mit uns gegen den Imperialismus und gegen den Chauvinismus stimmt, wenn Ihr zusammen mit uns bekundet habt: „Der Feind steht im eigenen Land, so müßt Ihr, dieser Parole von Liebknecht folgend, weiter mit uns schreiten unter der Fahne der KPD, nicht wie Euch Eure Führer belehren, zurück zur demokratischen Republik, die die faschistische Diktatur erzeugt hat, sondern mit uns vorwärts zum Sturz der Hitler-Diktatur und Errichtung des freien Rätedeutschlands. Dieser Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur ist natürlich nicht mit dem Stimmzettel durchzuführen, sondern im täglichen Kampf gegen die Angriffe des Kapitalismus, gegen jede Knebelung der Meinungsäußerung, gegen den Lohnabbau, gegen den Raub der Koalitionsfreiheit, gegen die Terrormaßnahmen der Regierung, in gesteigerten Massenkämpfen bis zum Generalstreik und bewaffneten Aufstand.

⁴⁵ aus: Der Rote Sender. Hektogr. Flugblatt.

Millionen haben in diesem Wahlkampf ihre Bereitschaft zum Kampf auf Leben und Tod gegen die faschistische Diktatur bezeugt.

5¹/₂ Millionen haben es nach den amtlichen Feststellungen geran. Mindestens ebensovielen Millionen ist ihre Stimme von den Nazis beraubt, gefälscht worden⁴⁶.

Diese Auszüge aus den Flugblättern, die in großen Mengen schon ab Sommer 1933 in Duisburg, vor allem aber in Hamborn verbreitet wurden, lassen unschwer erkennen, daß hier nicht allein schreibgewandte KPD-Funktionäre aus Duisburg und Hamborn am Werke waren, sondern daß es sich bereits um eine illegal gelenkte Agitation größeren Stils handelte.

Anhaltspunkte für ein schon Ende 1933 weitverzweigtes Verbundsystem ergaben sich aus einer Anzahl von Vernehmungsprotokollen verhafteter Kommunisten, die, wie das eines im Februar 1934 festgenommenen Duisburger Maurers, folgende Aussagen enthielten:

„... Mitte November 1933 kam ein Unbekannter in meine Wohnung und lieferte an mich einen mittelgroßen Koffer mit Inhalt ab. Der Inhalt wurde in meinem Beisein ausgepackt. Es waren ca. 400 Stück illegale Zeitschriften ‚Der Pionier‘... Etwa Mitte Dezember 1933 kam wieder der gleiche Unbekannte und brachte in einem Koffer etwa 400 Zeitschriften ohne Titel... Diese Schriften wurden von ‚Max‘ am gleichen Tage abgeholt. Den Überbringer der beiden ersten Sendungen kenne ich nicht. Er gab an, von Dortmund zu kommen. Mitte Januar 1934 brachte ein junger Mann abermals mittels eines Koffers illegale Druckschriften in meine Wohnung. Es waren ca. 500 Exemplare ‚Ruhr-Echo‘...“⁴⁷

1.13 Scheitern eines breiten Organisationsversuches

Aehlig war es in kurzer Zeit gelungen, auch Verbindungen zur überregionalen illegalen Organisation herzustellen, und zwar hauptsächlich über Moers und Rheinhausen. Dort existierten kleine Gruppen des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD)⁴⁸ mit einer Zentralfigur „Paul“, die den Duisburger Kommunisten tatkräftige Unterstützung leisteten. Sie fungierten als „Relaisstationen“ zur Übermittlung von Instruktionen und als Kurierabteilungen für den Schriftentransport zu verschiedenen Anlaufstellen⁴⁹.

⁴⁶ aus: Ruhr-Echo. Hektogr. Flugblatt.

⁴⁷ Vgl. OJ 256/34, Blatt 4; vgl. auch HD-Gestapo 38 315.

⁴⁸ Nach Aussagen von Max Reimann (HD-Gestapo 27 375, Blatt 18 ff.) kann geschlossen werden, daß die KPD schon 1925 im Bergarbeiterverband des Ruhrgebietes eine Oppositionsgruppe aufbaute. Daraus ging dann der kommunistische Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD) hervor, in dem vor der Machtergreifung Willi Agatz die Funktion eines „Reichsleiters“ innehatte und Hans Hausladen Bezirksleiter für das Ruhrgebiet war. Vgl. auch Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 135 f. Nach Ermittlungen der Gestapo in einem Volksgerichtshofprozeß arbeiteten im Unterbezirk Moers zwischen 1933 und 1935 drei bedeutende Funktionäre: Adam Erbach, Ferdinand Jahny („Lutze“?) und zeitweilig auch Max Langusch, der ZK-Mitglied gewesen sein soll und später nach der Brüsseler Konferenz (Oktober 1935) Kopf einer in Brüssel neugebildeten Seeleute-Organisation war. Vgl. HD-Gestapo 3408.

⁴⁹ Vgl. Einleitung Urteil OJ 301/34. „Paul“, der auch als Instrukteur im linksrheinischen Gebiet (Moers, Rheinhausen) unter dem Decknamen „Karl“ auftrat, ein gebürtiger Schlesier,

Die von Aehlig eingesetzten Instrukteure hatten ihrerseits ihre Aktivität auf die früheren Mitglieder des Bergarbeiterverbandes (EVBD) konzentriert, um in Hamborn eine breite Plattform für die „Einheitsfrontbildung“ bei den Bergmännern und Hüttenarbeitern zu gewinnen. Zweifellos wirkte sich hier die Regie der Berliner Landesleitung aus, die auf die damals bevorstehenden (noch offiziell sanktionierten) Vertrauensrätewahlen Einfluß zu nehmen versuchte, um durch eine gezielte Agitation bei den Arbeitern proletarische Interessen zu wecken und auf diese Weise die nationalsozialistischen Kandidaten aus den Listen zu drängen⁵⁰. Wenn damit gleichzeitig die Neuschaffung kommunistischer Zellen und Führungskader einherging, so äußerte sich hierin zugleich eine subtilere Strategie, als die von den deutschen ZK-Vertretern und der Komintern in Moskau aus Überschätzung der noch vorhandenen Agitationsmöglichkeiten geforderten „Massenorganisation“ (wie es in den Auszügen der zitierten Knorin-Rede vor dem 13. Ekki-Plenum belegt wurde).

Vergleicht man die Protokolle vom Sommer 1933 mit den Aussagen verhafteter Hamborner Kommunisten im März 1934, so zeigt sich eine Verlagerung der illegalen Arbeit in die Betriebe deutlich. Sie äußerte sich in den Aussageprotokollen der im März 1934 in Duisburg verhafteten Kommunisten u. a. in folgender Schilderung:

„... Ende November/Anfang Dezember 1933 erschien in meiner Wohnung eine Person und bestimmte mich, die illegale KPD neu aufleben zu lassen. ... Nach kurzer Berichterstattung über die politischen Verhältnisse und meine bis dahin gemachte Tätigkeit, des weiteren über meinen früheren politischen Werdegang, entnahm ich, daß er über alles ziemlich informiert war. ... Im Laufe des Gesprächs stellte er sich als ‚Franz‘ vor. Es handelt sich um den mir an Amtsstelle auf dem Bilde gezeigten Albert Rudolf Aehlig. ... Nachdem er mir die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage erörtert hatte, bewegte er mich, eine größere Aktivität an den Tag zu legen. ... Ich suchte ... (S) ... in seiner Wohnung auf; nach kurzer Unterhaltung entnahm ich, daß er über den Neuaufbau der KPD ebenfalls so wie ich informiert war. Über meine Zusammenkunft mit Ti. und S. und über den Erfolg habe ich Aehlig Bericht erstattet. Ich ... erhielt neue Anweisungen über erhöhte Aktivität, welche ich entwickeln sollte ... (und) die Anweisung, daß ich ... die Verbindung in der Folgezeit zwischen ihm und der Stadtteileitung Wanheimerort herzustellen habe. Hierbei gab er zu erkennen, daß er eine höhere Instanz darstellte. Diese (Vermutung) bestätigte sich, als bei S. eine Sitzung anberaumt wurde. ... In dieser Sitzung wurde von Ae. erörtert die politische und wirtschaftliche Lage in Polen und Österreich, und er wies Richtlinien an über die augenblickliche Lage in Deutschland. Weiter wurden wir angehalten, insbesondere unter den in den Betrieben arbeitenden Arbeitern zu werben. An den Gesamtentwürfen des Aehlig war zu entnehmen, daß er in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht äußerst beschlagen war und mit großem Geschick und Raffinesse (sprachl. Formulierungen wie diese wurden wahrscheinlich vom Protokollführer lanciert. Anm. des Verf.) uns zu beeinflussen versuchte,

war von Beruf Bergmann und hieß richtig Paul Langer. Vermutlich war er mit den von Aehlig erwähnten „Karl“ und „Max“ identisch. Der Gestapo gelang die Festnahme erst 1935, nachdem er mittlerweile als Instrukteur in Essen und Dortmund gewirkt hatte. Vgl. im einzelnen OJ 8/34, OJ 38/34, 6 OJs 283/36; HD-Gestapo 16 381, 40 664, 43 989, 53 295 und 53 758 mit Aussagen Paul Langer vom 5. 5. und 30. 6. 1936 in HD-Gestapo 2746, Blatt 22 ff.

⁵⁰ Vgl. Wehner, a. a. O., S. 63.

was ihm auch gelang. Sein Referat dauerte etwa 2 Stunden. . . Bemerken möchte ich noch, daß in dieser Sitzung die Kader der Stadtteilleitung festgelegt wurden. . .“⁵¹

Bemühungen Aehligs, von Duisburg aus weitere Verbindungen zur Bezirksleitung Ruhrgebiet über Mülheim herzustellen, waren jedoch offensichtlich fehlgeschlagen. Es war lediglich festzustellen, daß er durch die Einrichtung einer Kurier- und Schriftenanlaufstelle in Mülheim einen solchen Versuch unternommen hatte⁵². Die politische Ia-Abteilung der Polizei aber hatte währenddessen schon die Vorgänge in Hamborn und Wanheimerort beobachtet. Mitte Februar 1934 schlug sie plötzlich zu⁵³.

Am 24. Februar verhaftete sie Aehlig⁵⁴. In den nächsten Wochen rollte sie mit blitzschnell nacheinander durchgeführten Verhaftungen die wichtigsten Stabsstellen der kommunistischen Untergrundorganisation im Ruhrgebiet und am Niederrhein auf. Am 23. April meldete die „Politische Inspektion der Staatspolizei“ Essen in einem Zwischenbericht an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, daß es gelungen sei, in Essen die Bezirksleitung des Ruhrgebiets, den Kassierer Wilhelm Schmidt, den Politischen Leiter Oswald Rentzsch⁵⁵ und den „Technischen Leiter“ Hans Schulz⁵⁶ festzunehmen⁵⁷, außerdem in Düsseldorf den Technischen Leiter für das Obergebiet West, Fritz Domning⁵⁸, und (auch in Düsseldorf) den für die Koordinierung des RGO-Aufbaus im Westgebiet (Ruhrgebiet, Mittelrhein und Niederrhein) zuständigen ehemaligen KPD-Landtagsabgeordneten Roman Ligendza⁵⁹.

Neben der gegen die Organisationsstäbe gerichteten Verhaftungsaktion setzte eine zweite in der Basis an. In kurzer Zeit wurden in Duisburg und Hamborn über 100 Kommunisten festgenommen, womit das von Aehlig aufgebaute Netz der illegalen KPD zerriß⁶⁰.

1.14 Zweiter Ansatz. Zentrum Hamborn

Bei der Fahndungsaktion im März 1934 waren der Gestapo bei weitem nicht alle Mitglieder der illegalen KPD in die Fänge geraten. Unter anderem nicht ein Mann, der sich „Schorsch“ nannte oder auch die Tarnbezeichnungen „Der Lange“ und „Schlappohr“ trug. Er hieß in Wirklichkeit Karl Jonschker. Es war ein Bergmann aus Witten, der sich dort in der Bergarbeitersektion der RGO vor der Machtergreifung

⁵¹ OJ 301/34, Bd. II, Blatt 36 f.

⁵² Vgl. 5 OJ 81/34, OJ 301/34, Bd.

⁵³ Vgl. Allgemeiner Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 4. 4. 1934. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Bd. 76, Heft 1.

⁵⁴ Vgl. HD-Gestapo 22 873, Blatt 2.

⁵⁵ Im zitierten Bericht (HD-Gestapo 5644, Blatt 7) fälschlich Gustav Rentzsch genannt.

⁵⁶ Syndikus eines Milchhandelsverbandes.

⁵⁷ Vgl. HD-Gestapo 5644 (Fritz Schumacher), Blatt 7 f.

⁵⁸ a. a. O., ebd.; s. auch HD-Gestapo 27 753 (Adolf Rembte).

⁵⁹ Damals wie auch später gelang es der Politischen Polizei (später Gestapo) jedoch nicht, einen oft erwähnten Reichskurier „Max“ zu identifizieren. Hingegen hatte sie herausbekommen, daß der (der Verhaftung entgangene) KPD-Obergebietsleiter „Albert“ der frühere Reichstagsabgeordnete Paul Bertz war und daß dieser mit „einem gewissen Wehner“ in Berlin Verbindung hatte. HD-Gestapo 5644, ebd., s. auch HD-Gestapo 34 085.

⁶⁰ Vgl. OJ 8/34, OJ 38/34, OJ 101/34, OJ 301/34.

bewährt hatte und im Januar 1934 auf Veranlassung des früheren Hamborner Unterbezirksleiters August Stötzel gegen einen gefährdeten Duisburger RGO-Funktionär (Schmitz) ausgetauscht worden war⁶¹. Vier Wochen lang war er der rührigste Mitarbeiter Aehligs gewesen. Als die Gestapo Aehlig am 24. Februar verhaftete, hatte er rechtzeitig bemerkt, daß in Duisburg Fahndungsaktionen stattfanden, und tauchte unter. Er trat dann, nachdem er mehrere Wochen wie vom Erdboden verschwunden war, plötzlich wieder hervor. Vermutlich hatte er über einen Kurier (Wiegand?) neue Instruktionen von Fritz Grabowski erhalten, der bei der inzwischen von Dortmund nach Essen verlegten geheimen Bezirksleitung für die Gewerkschaftsarbeit zuständig war⁶². Die von März an zu beobachtende Aktivität von Jonschker deutet darauf hin, daß er ungeachtet der vielen Verhaftungen das Werk von Aehlig fortsetzen sollte, d. h., daß er KPD-Zellen vor allem auf der Basis der ehemaligen RGO neu schaffen sollte.

Jonschker bekam für seinen Lebensunterhalt monatlich 40 Reichsmark durch einen Kassenboten der Bezirksleitung ausgehändigt und wechselte ständig sein Quartier, meist zwischen der Vereinsstraße in Beeck und in der Haldenstraße in Neumühl, wo er von Kommunisten beherbergt und gepflegt wurde. Vermutlich hatte er noch mehrere Unterschlupfmöglichkeiten⁶³. Jonschker war rastlos unterwegs. Er tauchte immer wieder im Ruhrorter Hafen auf, wo er von dem Verbindungsmann zu den kommunistischen Rheinschiffern, Albert Rutert (vgl. Abschnitt „Technik der Nachrichtenleitung“), eingeschmuggelte Schriften entweder selbst in Empfang nahm oder an Ort und Stelle die Übergabe an Verbindungsleute kontrollierte. Kurz darauf sah man ihn bei einem Verbindungsmann des noch zu erwähnenden „Revolutionssturms“ Ernst Giesen. Dann war er wieder in Meiderich bei einem Lokomotivführer Anton T., dem für alle 7 Unterbezirke des Instruktionsgebiets I-Duisburg verantwortlichen Oberkassierer, und kurz darauf in Beeck oder Neumühl, wo er sich mit dem Politischen Leiter des Unterbezirks Hamborn, „Schawallek“ (Franz N.), traf, der die Verbindung zu 20 illegalen Zellen von etwa je 5 Mann unterhielt⁶⁴. Mehrere Treffs mit zwei illegalen Funktionären aus dem Duisburger Stadtgebiet (Richard Fröhlich und Albert Schröder) lassen darauf schließen, daß er Instruktionen zur Mobilisierung von RGO-Kräften auch in die Arbeiterviertel von Wahnheimerort und Hochfeld weiterleitete⁶⁵.

Man kann heute nicht mehr feststellen, inwieweit nach der großen Verhaftungswelle im Frühjahr 1934 in dem maßgeblich von Aehligs Nachfolger Jonschker beeinflussten Neuaufbau der illegalen KPD wieder eine straffe Organisationsstruktur zustande kam. Es läßt sich auch nicht mit Sicherheit sagen, welchen Anteil am Aufbau neuer Zellen noch zwei weitere neben Jonschker seit Mai/Juni 1934 tätige Instruktoren hatten; es waren dies in Hamborn „Lutz“ (vermutlich der vom Unterbezirk Moers aus operierende Bergmann Ferdinand Jahny) und der im April aus dem KZ entlassene und danach als Mitglied der Bezirksleitung von Essen mehrmals nach Duisburg gekommene

⁶¹ Vgl. HD-Gestapo 53 295, 6 OJ 582/35 (betr. Strötzel, Jonschker, Aehlig, insbes. Blatt 11).

⁶² Ausführlich über die Hintergründe der Zurückverlegung von Dortmund nach Essen, s. bei Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 177.

⁶³ Ausführliche Berichte hierüber in OJ 301/34, 6 OJs 582/35 mit Aktenfragment, OJ 491/34 und Ergänzungen in HD-Gestapo 53 295.

⁶⁴ Vgl. OJ 82/34 mit OJ 301/34, Bd. 5 und Bd. 7, auch späteren Aussagen Karl J. vom 19. 7. 1935 in 6 OJs 582/35. Zu Anton T. HD-Gestapo 46 260 und OJ 388/34 Bd. 1/Bd. 4.

⁶⁵ Vgl. Ermittlungen OJ 202/35, 6 OJs 582/35.

Karl Schabrod („Hans“ bzw. „Martin Rohde“)⁶⁶. Offen bleibt schließlich auch, inwieweit der im folgenden noch ausführlich zu behandelnde Ausbau eines Zentrums des „Technischen Apparates“ in Duisburg und der Neuaufbau von illegalen Zellen ineinander übergriff. Fest steht nur, daß die Gestapo, wahrscheinlich über eine Vielzahl von Spitzeln informiert, in zunehmendem Maße Einblick in die neue Entwicklung bekam⁶⁷.

Vom Herbst 1934 an rollten plötzlich wieder mehrere Verhaftungsaktionen. In den anschließenden Hochverratsprozessen stellte sich heraus, daß vom Frühjahr bis zum Jahresende 1934 über ganz Hamborn wie in den Duisburger Stadtteilen Hochfeld, Wanheimerort und Duisern annähernd 100 Zellen neu entstanden waren⁶⁸, eindeutig mit dem Schwerpunkt in Hamborn zwischen Beeck und Meiderich. Es zeigte sich, daß, wie nach den bisherigen Anhaltspunkten zu vermuten war, fast alle verhafteten Kommunisten der RGO angehört hatten. Die Wahrnehmung der rapiden Entstehung neuer illegaler Zellen in Hamborn führte die Gestapo jedoch auf eine falsche Fährte. Sie irrte sich in der Annahme, auf die illegale Bezirksleitung des Ruhrgebiets gestoßen zu sein⁶⁹. Daß hingegen mitten durch das Gewebe der illegalen Zellen eine Infra-Organisation aufgebaut worden war, die als Verbindungsbrücke der Auslandsleitung des „Technischen Apparates“ der KPD zum ganzen Ruhrgebiet fungierte, hatte sie damals noch nicht erkannt. (Vgl. hierzu Näheres in Abschnitt „Technik der Nachrichtenleitung“.)

1.15 Aktivierung des RFB-Potentials in Duisburg „links der Ruhr“ — „Revolutionsstürme“

Während sich bis zum Herbst 1934 in Hamborn die kommunistische Untergrundorganisation so weit regeneriert hatte, daß sie zwischen Beeck und Meiderich wieder annähernd 100 Zellen zählte⁷⁰, war die Reorganisation im Unterbezirk „Duisburg links der Ruhr“ nach der Verhaftungswelle im Frühjahr sehr viel schwächer. Dies war wohl darauf zurückzuführen, daß hier die kommunistischen Wohnquartiere (in Duisern, Wahnheimerort und Hochfeld) weiter auseinanderlagen als in Hamborn. Bald gab es jedoch Anzeichen dafür, daß die Kommunisten versuchten, die schwache Front im Süden abermals zu aktivieren. Zunächst wurden nur auffallend viele, zum Teil recht primitiv aufgemachte Flugblätter und Streuzettel im Stadtteil Duisern — hauptsächlich nach der Röhmaffäre und kurz vor den Augustwahlen —

⁶⁶ Vgl. Abschnitt „Technik der Nachrichtenleitung — Eine Bäckerei in Duisburg ...“

⁶⁷ Vgl. Staatspol. Stelle für den Reg.-Bezirk Düsseldorf, Allg. Lageberichte v. 5. 8. und 5. 10. 1934. Geh. Staatsarch., Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Bd. 78/5.

⁶⁸ Vgl. Fußnote 70 im folgenden Abschnitt „Revolutionsstürme — Spezialabteilungen der illegalen KPD“.

⁶⁹ Vgl. Lageberichte der Staatspol. Stelle Münster v. 5. 11. 1934. Rep. 90, Abt. P, Bd. 79/4.

⁷⁰ In 6 großen Hochverratsprozessen wurden allein 238 im Herbst 1934 in Hamborn illegal organisierte Kommunisten unter Anklage gestellt — 6 OJs 37/35: 34; 6 OJs 167/35: 72; 6 OJs 380/35: 36; 6 OJs 664/35: 53; 6 OJs 10/36: 43 (ohne KJVD). 10 weitere Verfahren mit 2 bis 5 Anklagen und einigen Freisprüchen wegen Mangels an Beweisen zuzüglich einer Dunkelziffer von 20 % ergibt eine vermutlich noch zu tief angesetzte Hochrechnung auf 300, was bei dem 1934 generell anzutreffenden Dreiersystem den Schluß auf ca. 100 Zellen zuläßt.

bemerkt⁷¹. Im Oktober stieß die Gestapo dann auf eine Gruppe in Hochfeld, deren Mitglieder in den Verhören gestanden, einem „Revolutionssturm“ anzugehören⁷². Sie bekannten sich auch für die Flugblätter in Duisern verantwortlich, nannten einen Ernst Giesen⁷³ als Gründer der Aktionsgruppe und behaupteten, nach seiner Flucht aus eigener Initiative gehandelt zu haben⁷⁴. Die Gestapo hingegen glaubte, gestützt auf Berichte eines V-Mannes, einer geheimen „Wehrorganisation“ auf die Spur gekommen zu sein, die mit Waffen von Belgien aus bestückt werden sollte⁷⁵, und sah in jener Duisburger Gruppe einen Vortrupp im westlichen Reichsgebiet⁷⁶. Sie schärfte

⁷¹ U. a. wurden verbreitet: Ein kleines Blatt, auf das eine geballte Faust gezeichnet war, um die kreisförmig gedruckt stand: Baustein-RFB“ (die Karte war gegen eine Gebühr von 10 Pfennigen verkauft worden; ferner die sonst nicht anzutreffenden Tarnschriften „Geht ins Lichtspieltheater — ein Büchlein vom deutschen Film“ (eine auf Zersetzungsarbeit in der HJ gerichtete Schrift) und „Hören Sie unsere neuesten Schallplatten — Eine Odeon-Broschüre“. HD-Gestapo 21 395, Blatt 14, 37 R und 30 857, Blatt 6 R.

⁷² 6 OJ 35/34 Anklageschrift mit Aussageprotokollen (Bd. 2, Blatt 26 ff.), 6 OJ 112/34, Anklageschrift (Kurt Hackenberg).

⁷³ Ernst Giesen war Wächter auf einer der großen Industrieanlagen von Hochfeld und stand schon im Juni 1933 bei der Polizei in Verdacht, illegaler Org.-Leiter von Duisburg-Süd zu sein. Er wurde verhaftet, wegen Mangels an Beweisen jedoch wieder freigelassen. Als er ein Jahr später, nachdem mehrere Hinweise auf seine politische Aktivität bei der I a eingelaufen waren, abermals verhaftet werden sollte, flüchtete er aus Duisburg (vgl. HD-Gestapo 30 857, Blatt 8 ff., 15). Die Gestapo fahndete nach ihm bis 1940. Nach den aufgenommenen Meldungen muß er sich zunächst in Amsterdam und dann in Brüssel, zuletzt im Brüsseler Vorort Uccle aufgehalten haben, wo er nach längerer Krankheit am 7. 11. 1940 verstorben sein soll. Vgl. HD-Gestapo 21 077, 21 395, 38 324. Giesen soll auch, wie mehrere Kommunisten, die unter verschiedenen Decknamen in der illegalen KPD aktiv waren, 1932 Stadtverordneter gewesen sein. Vgl. HD-Gestapo 21 077, Blatt 8. Weitere in der illegalen KP tätige ehemalige Stadtverordnete waren: Ludwig Jandt, Alfred Lemnitz, Johann Bräuner (nach der Machtergreifung einige Monate in der illegalen Bezirksleitung Essen als RGO-Instrukteur), Kurt Spindler und Luise Romstedt. Vgl. Namensverzeichnis in „Niederschrift über die öffentliche Sitzung der neugewählten Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 31. März (:) 1933“, Blatt 98 f, und Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg (nach dem Zusammenschluß mit Hamborn 1. 8. 1929 — veröffentlicht 1930, Blatt 18—21. Besonders exponiert waren die Stadtverordneten Julius Adler und Mathias Thesen (Hamborn). Beide waren Reichstagsabgeordnete der KPD. Sie wurden gleich nach der Machtergreifung verhaftet und während der 12jährigen NS-Diktatur durch verschiedene Konzentrationslager geschleust. Adler verstarb am 8. 4. 1945 in Sachsenhausen. Thesen soll noch vom Konzentrationslager Verbindung zur kommunistischen Widerstandsorganisation gehabt haben. Er wurde am 11. 10. 1944 in Oranienburg erschossen. Vgl. HD-Gestapo 68 416/7854, 33 818; AfW Duisburg ZK 20 4261, ZK 4907.

⁷⁴ Vgl. 6 OJs 35/34 (Bd. II), Aussageprotokolle, Blatt 26 ff. Kurt Hackenberg (Interview 8. Mai 1969), der zum Hochfelder Revolutionssturm gehörte, glaubte nicht, daß Giesen der führende Kopf bei der Bildung des Revolutionssturms gewesen sei. Man habe in den Vernehmungen nur immer auf ihn hingewiesen, weil man wußte, daß er jenseits der Grenze in Sicherheit war. Dahinter habe die „Antifa“ gesteckt. — Hackenberg behauptet jedoch, außer Anweisungen zur Vorbereitung von „Zersetzungschriften“ keine anderen Aufträge erhalten zu haben.

⁷⁵ Vgl. Gestapo-Bericht vom 20. 11. 1934 (Duisburg) in HD-Gestapo 30 857, Blatt 8 R.

⁷⁶ Einer der aufgefundenen Berichte hatte folgenden Wortlaut: „Duisburg, Hamborn, am 6. 10. 34. An Amtsstelle erscheint der Vertrauensmann XX und erklärt: Nach den mir zuteil gewordenen Informationen haben die am 6. 10. 34 festgenommenen Personen eine Wehrorganisation gegründet, welche sie „Revolutions-Sturm“ nannten. Wer die Anregung hierzu gege-

ihren Blick auf Spezialabteilungen der illegalen KPD und entdeckte sogar einen zweiten „Revolutions-Sturm“ noch im März 1935 in Ruhrort.

Nach den Anhaltspunkten, die sich aus Verhören von 18 dort verhafteten Kommunisten ergaben, waren diese Einheiten so aufgebaut, daß je 3 Mann eine Gruppe bildeten, 3 Gruppen einen „Trupp“, 5 Trupps einen „Zug“ und 5 Züge die Einheit „Revolutionsstrum“. Die Vermutungen der Gestapo gingen damals dahin, daß die „Revolutionsstürme“ paramilitärische Spezialabteilungen des „AM-Apparates“ gewesen seien⁷⁷. Genauer hatte sie aber nicht herausbekommen. So weiß man auch heute nicht sehr viel darüber, welche Aufgabe den „Revolutionsstürmen“ in der ersten Phase der noch offiziell auf Massenorganisation gerichteten Untergrundarbeit der illegalen KPD in Wirklichkeit gestellt war⁷⁸. Sicher ist nur, daß sie in Duisburg ihre Instruktionen von unentdeckt gebliebenen „höheren Antifafunktionären“ erhielten, d. h. von der „Antifa“ = Antifaschistische Aktion, die 1932 als ein kommunistisches Pendant zur republikanischen „Eisernen Front“ geschaffen wurde⁷⁹. Die „Antifa“ war wiederum auf bisher noch weitgehend undurchsichtige Weise mit dem illegalen „Kampfbund gegen den Faschismus“⁸⁰ verzahnt, der seinerseits an die Stelle des 1929 verbotenen „Rotfrontkämpfbundes“ (RFB) getreten war.

ben hat, kann ich nicht sagen. Soweit mir bekannt, sind Ziel und Zweck des „Revolutionssturms“, im Falle eines Krieges den Kämpfenden in den Rücken zu fallen und Verräter der kommunistischen Bewegung zu erledigen. Eine Bewaffnung der Mitglieder war wohl vorgesehen, aber noch nicht durchgeführt. Es sollen möglichst nur waffenkundige Genossen erworben werden. Wie die Bewaffnung vor sich gehen sollte, ist mir nicht bekannt. Ob der Erlös aus dem Vertrieb der „Bausteine“ mit dem Kennzeichen des RFB (erhobene geschlossene Faust) zur Beschaffung der Waffen dienen sollte, kann ich nicht sagen. Überhaupt befindet sich die Organisation noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Soweit mir bekannt, soll der Führer ein gewisser „Philipp“ sein. Ich werde mich bemühen, die noch im Umlauf befindlichen erwähnten „Bausteine“ zu erfassen, um sie dann an Amtsstelle abzugeben. Ich bitte, meinen Namen zu verschweigen und mit XX unterschreiben zu dürfen. v. g. u.“ — HD-Gestapo 21 305, Blatt 22.

⁷⁷ Was aber nicht bewiesen werden konnte — und daher auch sehr unwahrscheinlich ist, da der „AM-Apparat“, der auf Spionagetätigkeit und spezielle „Führungsaufgaben“ wie interne Kontrollfunktionen (u. a. Spitzelabwehr) ausgerichtet war, sich wohl kaum in so durchsichtig organisierte Abteilungen verzweigt haben dürfte. Die Assoziation war dadurch bei der Gestapo zustande gekommen, weil sie sowohl in den Revolutionsstürmen wie in einigen unteren AM-Abteilungen ehemalige RFB-Mitglieder festgestellt hatte. Vgl. HD-Gestapo 14 987 (betr. Adolf Stürzbecher). Vgl. Ermittlungen hierzu, insbes. HD-Gestapo 1088 (Joh. Dombrowski), Blatt 288 ff., Bd. 1, Bd. 2, Blatt 188, 845.

⁷⁸ Die Gestapo stellte offenbar weitere Ermittlungen ein, als sie in Erfahrung brachte, daß die „Revolutionsstürme“ als Sondereinheiten im Frühjahr 1935 aufgelöst worden waren. Vgl. 6 OJs 186/35, Blatt 177.

⁷⁹ Die schon der Gestapo in diese Richtung zielende Vermutung, vgl. HD-Gestapo 21 395, 30 857, wurde dem Verf. von Herrn Kurt Hackenberg in einem Interview am 8. 5. 1969 bestätigt (s. o.).

⁸⁰ Mitbegründer und maßgeblicher Funktionär des Kampfbundes in Hamborn (Gründung der Ortssektion vermutl. im März 1931) war der Arbeiter Paul Salemka. Er dürfte jedoch kaum noch einen Einfluß auf die Revolutionsstürme gehabt haben, da er schon am 1. 6. 1933 (in Dortmund) verhaftet, dann zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Nach seiner Haftentlassung flüchtete er nach Holland. Welche Funktion er hier ausübte, ist nicht bekannt (vgl. HD-Gestapo 4603, 17 140). Der in der Duisburger Sektion des Kampfbundes führende Funktionär war der aus Bayern gebürtige Rohrleger Anton Gebler. Die Gestapo vermutete in ihm eine der wichtigsten Antifafunktionäre mit überregionalen Verbindungen, sowohl

Andererseits steht fest, daß eine der ersten Antifa-Sektionen (im Juli 1932) in Duisburg-Laar gegründet wurde⁸¹. Das eigentümliche Gebilde Kampfbund-Antifa, letztlich eine Nachfolgeorganisation des RFB, arbeitete offenbar nach der Machtergreifung als eine Art militantes „Freikorps“. Das Auftauchen der Revolutionsstürme an schwachen Stellen der Untergrundorganisation – wie z. B. in Duisern – als „fliegende Flugblattverteilerkolonnen“ zur Verstärkung der Agitation widerlegt nicht, daß ihnen ursprünglich eine andere Rolle, nämlich die eines Waffenverteilers, zgedacht war. Schließt man andererseits diese Möglichkeit nicht aus, so liegt die Vermutung für eine Koordinierung von RGO-Aktivitäten, wie sie im vorangegangenen Abschnitt dargestellt wurde, und den Operationen der hier am Beispiel der Revolutionsstürme in Umrissen sichtbar gewordenen paramilitärischen Einheiten nahe. Man hätte aus den beobachteten Vorgängen den Schluß ziehen können (und die Gestapo folgte wohl auch so), daß von einer „Zentrale“ über die RGO der Aufbau einer breiten Gewerkschafts-Untergrundorganisation gesteuert wurde (die an einem Tage X den Generalstreik auslösen sollte), während eine geheime paramilitärische Organisation (für diesen Zeitpunkt) in versteckten Arsenalen die Waffen für den Arbeiteraufstand bereithalten sollte.

Heute weiß man, daß es in der Wirklichkeit anders aussah, daß insbesondere die Führung der Untergrundarbeit viel weniger zentral gesteuert wurde, als man bisher an Hand der Gestapoberichte annehmen konnte. Die Komintern und die tonangebende Mehrheit im deutschen ZK, somit die Zentrale in Moskau, forderte zwar noch 1934 die Organisation der Massen auf der Basis der „Einheitsfrontpolitik von unten“ – also Lösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern –, aber die Leitung der illegalen Arbeit selbst – und nicht erst die großen Verhaftungsaktionen der Gestapo – erforderte eine Dezentralisierung ihrer Stäbe. Schon allein das Zustandekommen einer Teilung in „frontnahe“ und „frontferne“ Leitungszentren bewirkte das Aufkommen von Unterschieden in der Lagebeurteilung. Ideologische Manifestation und praktische Erfahrung mußten sich schließlich im Raume stoßen, was nicht ohne Auswirkung auf die Untergrundarbeit bleiben konnte.

Zur Orientierung seien hier nur ein paar Anmerkungen über Vorgänge gegeben, die innerhalb der KP-Führung vom Sommer 1933 bis zum Sommer 1934 zu erkennen sind: Bald nach der Machtergreifung hatte Wilhelm Pieck das Politbüro der KPD in Paris etabliert, und in Berlin arbeitete eine illegale Landesleitung (zu ihr gehörte ursprünglich auch Walter Ulbricht, der sich jedoch schon im September 1933 nach Moskau absetzte). Daneben existierte (noch um die Jahreswende 1933/34) in Berlin das Zentrum des „Abschirmdienstes“ (der sogenannte „Kippenberger-Apparat“), der Po-

nach Holland (zu August Creutzburg) wie zum AM-Apparat im Bezirk Niederrhein. Sicher ist, daß Gebler nach der Machtergreifung nach Holland flüchtete, dort engen Kontakt zu deutschen Spitzenfunktionären hatte und Anfang 1934 ins Reichsgebiet mit dem Auftrag zurückkehrte, im Ruhrgebiet die „Freidenkerbewegung“ illegal zu organisieren, was ihm offensichtlich nicht gelang. Als im März die KPD-Bezirksleitung (Rentzsch), zu der er Kontakt bekommen hatte, verhaftet wurde, fuhr er zur Berichterstattung nach Holland zurück und soll dort den Auftrag bekommen haben, sofort die gesamte polit. Leitung des Ruhrbezirks zu übernehmen. Er hat das anscheinend auch versucht, wurde aber schon am 20. 4. in Essen verhaftet, zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach Konzentrationslager bis Kriegsende. Vgl. OJ 388/34, HD-Gestapo 37 724.

⁸¹ Vgl. Die Antifaschistische Aktion, Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. und eingel. von Heinz Karl u. Erika Kücklich, Berlin (Ost) 1965, S. 160.

lizeispitzel in den eigenen Reihen ausschalten sollte, der als Nachrichtenbrücke sowohl nach Moskau (Komintern und ZK-Gruppe um Ulbricht) wie zum Politbüro in Paris fungierte, im übrigen von Moskau aus mit Spezialaufträgen – wie z. B. mit dem Aufbau der erwähnten paramilitärischen Gruppe – betraut wurde⁸². Neben diesen Zentralen in Berlin und Paris entstanden im Sommer 1933 „Auslandsbüros“, die, wie das Auslandsbüro Amsterdam für das Ruhrgebiet und Teile des Niederrheins, als Leitstellen für das Einschleusen von Agitationsschriften des „Technischen Apparates“ Bedeutung erhielten. Amsterdam gewann, nachdem im Juni 1934 in Berlin eine neue Landesleitung eingesetzt wurde (Anton Ackermann, Robert Stamm, Otto Wahls), die aber die Verbindungen zum westlichen Reichsgebiet nicht mehr aufrechtzuerhalten vermochte, zunehmend Einfluß auf die gesamte illegale Organisation im Ruhrgebiet⁸³. Daß andererseits durch die Schwerpunktverlagerung des Aktionszentrums von Berlin nach Amsterdam gerade Duisburg an Bedeutung gewann, wird in den folgenden Abschnitten sichtbar werden, aber auch, daß diese Verlagerung der Leitungsstäbe ins Ausland und die damit größer werdende Distanz zur Basis zur weiteren Fehleinschätzung der Lage, zu großen Verlusten, letztlich zu sinnlosen Opfern führte.

Wenn es den Kommunisten bis dahin dennoch gelungen war, eine Untergrundorganisation von enormem Ausmaß aufzubauen, so war dies nicht zuletzt auf ein ausgeklügeltes System der Nachrichten- und Propagandalenkung zurückzuführen, das weit weniger als die illegalen Bezirks- und Unterbezirksorganisationen von der Gestapo durchschaut wurde. Wie im folgenden Abschnitt zu sehen ist, hatte Duisburg in diesem System im westlichen Reichsgebiet eine zentrale Funktion.

1.2 *Technik der Nachrichtenleitung. Duisburg Übermittlungszentrale für KPD- und Komintern-Anweisungen 1933—1935*

1.21 Der „Technische Apparat“. Allgemeines

Am 7. Januar 1936 meldete die Staatspolizeistelle Düsseldorf an das Staatspolizeiamt Berlin die Vernichtung des „Technischen Apparates“ der illegalen KPD im Rhein-Ruhr-Bezirk:

„... Während zu Beginn des Jahres im Regierungsbezirk noch illegale Druckereien bestanden, wo einmal im Maschinenverfahren hergestellte Zeitungen, durchschnittlich zwei Auflagen im Monat, in einer Anzahl von 30 000 Exemplaren, ein andermal etwa 50 bis 60 Flugblätter in Auflagen von je 200 bis 300 Stück hergestellt und verbreitet wurden, erscheint zur Zeit keine illegale Druckschrift, die im Inland hergestellt ist. Allein an der vom technischen Apparat der Kommunisten zu Anfang des Jahres herausgegebenen Zahl der zur Verteilung gelangten „Roten Fahne“, und zwar je Auflage 5000 im Bezirk Ruhr und 6000 Ex-

⁸² Vgl. Wehner, a. a. O., S. 63. Die Arbeitsweise dieses „Apparates“ ist bis heute noch ziemlich undurchsichtig — einige ihm bzw. seiner Nachfolgeorganisation vermutlich zuzuschreibenden Operationen werden noch unter dem Stichwort „AM-Aparat“ beobachtet werden können.

⁸³ Vgl. Aussagen Adolf Rembte, HD-Gestapo 27 753, Bl. 209 ff.; Erich Gentsch, HD-Gestapo 27 501, Bl. 8 ff.; s. auch Wehner, a. a. O., S. 65 ff.

emplare im Bezirk Niederrhein, kann man ermessen, wie die Tätigkeit der KPD durch das scharfe Zufassen der Stapo und des SD zu Ende des Jahres, da nichts mehr erscheint, nachgelassen hat. . . .

Dank dieser Tätigkeit ist es gelungen, von der Bevölkerung des Regierungsbezirks jedes sichtbare Arbeiten oder Vorhandensein von Kommunisten und deren Propagandamaterial fernzuhalten . . .“⁸⁴

Wie war jener „Technische Apparat“ aufgebaut, wie hatte er gearbeitet, und welche Rolle hatte schließlich Duisburg in seinem Organisationsgefüge gespielt?

Aus den erschlossenen Quellen ergab sich zunächst folgendes: Der Technische Apparat war zuständig für die Beschaffung (bzw. Herstellung) des gesamten Informations- und Propagandamaterials der illegalen KPD wie für dessen Transport zu den Verteilerstellen in den Unterbezirken. Analog zur Gliederung der Partei arbeitete der Technische Apparat auf mehreren Organisationsebenen: Reichsebene, Gebiets-, Bezirks- und Unterbezirksebene. An der Spitze stand bis Ende 1934 ein „Reichstechniker“, dem „Techniker“ in den Bezirken und Unterbezirken unterstanden. Neben dem „Reichstechniker“ war ein „Reichsproduktionsleiter“ speziell für den Schriftendruck im Inland verantwortlich. Die Zweiteilung in der Spitze deutet darauf hin, daß der „Reichstechniker“ eine politische Funktion innehatte. Vermutlich war er hoher Apparatmann, der nicht nur für die „technische Seite der Nachrichtenleitung“ zu den einzelnen illegalen Gruppen zuständig war, sondern ebenso für die Auswertung von Nachrichten über Vorgänge in der Organisation (Beobachtung der eigenen Reihen), also auch zum AM-Apparat gehörte; das heißt: Der ganze „Technische Apparat“ war wahrscheinlich von einer Infraorganisation durchsetzt, die das Leitsystem zur Herstellung und Verbreitung von Propagandaschriften gleichzeitig als Kontrollinstrument der ganzen illegalen KPD benutzte⁸⁵.

Wie Unterlagen aus verschiedenen Prozessen des Volksgerichtshofes zu erkennen geben, entstanden 1934 anstelle der bisherigen Berliner Zentrale eine zweite in Saarbrücken und vier Auslandsabteilungen in Paris, Amsterdam, Basel und Prag⁸⁶. Nach einem von der Gestapo im Februar 1935 rekonstruierten Organisationsschema arbeiteten 1934 die Abteilungen Paris und Amsterdam für die Bezirke im Westen, Prag und Basel für die Süd- und Ostbezirke⁸⁷. Ein „Obertechniker“ war für das Gebiet „West“ eingesetzt, dem in jedem Bezirk ein „Bezirkstechniker“ unterstand. Dieser arbeitete eng mit „Baustellenleitern“ (den jeweiligen Pol. Leitern der Bezirke) zusammen⁸⁸. Seine Hauptaufgabe bestand darin, Literaturanlaufstellen oder Vervielfältigungswerkstätten in den Unterbezirken einzurichten und verantwortliche Literaturobmän-

⁸⁴ Lagebericht Reg.-Bez. Düsseldorf. Bericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf, Abt. I/14/30 G v. 7. 1. 1936. Geh. St.-Arch. Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Heft 85. Der Wortlaut ist hier irreführend. Beschrieben ist nicht die Lage zu Beginn des Jahres 1936, sondern mit „zu Beginn des Jahres“ war 1935 gemeint.

⁸⁵ HD-Gestapo 30 512, mit Ermittlungsergebnis 9 J 151/35, s. auch Anklageschrift ORA
1 H 3/36

9 J 51/44 (Knöchel).

⁸⁶ HD-Gestapo 30 513, 23 099, 6690

⁸⁷ HD-Gestapo 6690 (Otto Idel), Blatt 24 f.

⁸⁸ VG 9 J 486/35 (Ermittlungsergebnisse der Anklage).

1 H 71/35

ner einzusetzen, die ihrerseits für die Weiterleitung des Nachrichtenmaterials, je nach Bestimmung, an Unterfunktionäre oder Zellenmitglieder zu sorgen hatten⁸⁹.

Das inländische Produktionszentrum für das Ruhrgebiet und den Niederrhein befand sich bis November 1934 in Solingen-Ohligs. Es war eine harmlose kleine Druckerei, wie es sie zu Dutzenden in jeder größeren Stadt gab. Ihr Besitzer, der seit seiner Jugendzeit mit extremen linken Ideen sympathisierte, hatte sich schon im Sommer 1933 zur Annahme illegaler Aufträge bereit erklärt, als der damalige KP-Bezirkstechniker „Georg“ (Max Dahlhaus) versuchte, mit ihm ins Geschäft zu kommen⁹⁰. „Georg“ zahlte gut, und „Jacques“ (in den Akten festgestellter Deckname für Georg H.) druckte nach Feierabend zunächst Flugblätter nach Manuskripten, die ihm von einem Unterbezirkstechniker „Max“ aus Düsseldorf zugestellt wurden. Ein Beispiel veranschaulicht, was seine Druckerei leistete: Sie lieferte im August 1934 100 000 (!) Flugblattexemplare. Diese wanderten in Kisten verpackt, die von „Max“ und „Georg“ per Lastwagen abgeholt wurden, zur Hälfte nach Berlin und der Rest zu den Verteilerzellen der Bezirke Ruhrgebiet und Niederrhein⁹¹. Bald gingen die Techniker zum Zeitungsdruck über. Hergestellt wurde in größeren Mengen u. a. „Freiheit“ und „Die Rote Fahne“. Im November meldete Staatspolizeistelle Düsseldorf an Stapa Berlin:

„... Monatlich ... (erscheint) ... dreimal die ‚Rote Fahne, die nach vertraulichen Nachrichten in der Umgebung Düsseldorfs (Solingen) gedruckt und von hier für das ganze Reichsgebiet in 300 000 (!) Exemplaren versandt werden soll. Anhaltspunkte für den Herstellungs- und Verteilungsort der ‚Roten Fahne‘ sind vorhanden, doch sind die Ermittlungen noch nicht abschlußreif. Die Meldung, daß die ‚Rote Fahne‘ im Inland gedruckt wird, wird nach der gleichlautenden Nachricht von Duisburg und Oberhausen bestätigt, wonach die Zeitungen nicht mehr wie bisher durch Kuriere von der holländischen Grenze abgeholt, sondern durch Kuriere der Bezirksleitung in Essen nach Oberhausen und Duisburg gebracht werden.“⁹²

Die Beobachtungen stimmten weitgehend. Die Aufträge für den Druck der „Roten Fahne“ wurden in Solingen-Ohligs nach den Anweisungen eines Berliner Laboranten, Franz Grybowski (Deckname „Stahl“), ausgeführt, der inzwischen an die Stelle von Dahlhaus getreten war⁹³. Manuskripte und fertige Matern kamen aus Paris⁹⁴. Sie

⁸⁹ Aus den zitierten Quellen schlüssig; vgl. insbes. 9 J 486/35. Neben den bekannten Kampfschriften „Die Rote Fahne“, „Die junge Garde“ usw. gab es einige Schriften, die speziell für Funktionäre bestimmt waren, z. B. „Inprekorr“ und „Rundschau“. 5 OJs 40/35 (Urteil) Seite 24.

⁹⁰ HD-Gestapo 23 099. Nach Aussagen des später festgenommenen Druckers habe er schon im Juni 1933 illegal gedruckt. Die Gestapo hatte damals schon Verdacht geschöpft und seinen Betrieb durchsucht. Da im rechten Augenblick „ein Satz umgefallen sei“, habe man ihm nichts nachweisen können und ihn nach kurzer Schutzhaft wieder entlassen. Vgl. a. a. O., Blatt 100 f.

⁹¹ HD-Gestapo 23 099, Blatt 9 f., 102.

⁹² Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Abt. II/III 14, 30 G, Düsseldorf, den 5. 11. 1934. An das Geheime Staatspolizeiamt Berlin. *Betrifft*: Gesamtübersicht über die politische Lage im Monat Oktober 1934. Geh. St.-Archiv Berlin-Dahlem, Rp. 90, P. 79/6.

⁹³ HD-Gestapo 30 512, 6690; Aussagen von Max Dahlhaus und Otto Idel. Dahlhaus übte danach die Funktion eines „Obertechnikers“ im Gebiet Süd-West aus.

⁹⁴ HD-Gestapo 23 099, Blatt 11; Ermittlungsergebnisse mit Aussagen von Franz Grybowski.

wurden von dem von Saarbrücken aus operierenden Reichstechniker „Stegmann“ (nach Gestapo-Ermittlung Deckname für Wilhelm Kox, auch „Rudolf“ genannt) an „Stahl“ geleitet und von diesem über einen Kurier „Krüger“ (Deckname) und den Düsseldorfer Kellner Wilhelm Paulick (Deckname „Peter“), der im Spätsommer die Funktion von „Max“ übernommen hatte, nach Solingen geschafft⁹⁵. „Jacques“ druckte nach den gelieferten Unterlagen im September und Oktober 1934 unter anderem zweimal die „Rote Fahne“ in einer Auflagenhöhe von je 12 000 Exemplaren⁹⁶. Paulick holte sie pakerweise ab und verteilte sie in Düsseldorf an Kurier der Unterbezirke. Auf diesem Wege gingen auch mehrere Sendungen nach Duisburg⁹⁷. Nach Duisburg gingen jedoch nicht nur bereits fertiggestellte Zeitungen, sondern – wie noch gleich zu sehen sein wird – auch Matrizen zur Weiterverarbeitung an eine hier arbeitende Unterabteilung des Technischen Apparates. „Jacques“ druckte bei jeder Gelegenheit heimlich und mit großem Tempo bis er bemerkte, daß die Gestapo von der Sache Wind bekommen hatte. Er konnte noch rechtzeitig alle verräterischen Spuren verwischen, bevor die Kriminalpolizei eines Tages im November 1934 seinen Betrieb umstellte und mit der Durchsuchung begann. Am gleichen Tag verschwand er ins Saargebiet⁹⁸. Die Gestapo stieß ins Leere.

Zu dieser Zeit wurde eine zweite Druckerei in Köln-Dellbrück durch einen Mittelsmann des Reichstechnikers „Rudolf“ (Kox) in Betrieb genommen⁹⁹. Sie übernahm die Versorgung des Rhein-Ruhr-Gebiets in den beiden folgenden Monaten. Dann hatte die Gestapo auch sie ausfindig gemacht¹⁰⁰.

Mit der Vernichtung der Solinger und Kölner Druckerei war der Technische Apparat im Inland empfindlich getroffen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß beide Druckereien überhaupt die bedeutendsten Produktionsstätten der KPD im Westen des Reichsgebietes waren, denn es ist erwiesen, daß sie außer dem Rhein- und Ruhrgebiet und Berlin auch Frankfurt a. M. mit Zeitungen und Flugblättern versorgten¹⁰¹, während andere Druckereien mit einer derartigen Leistungskapazität weder zur gleichen Zeit noch später bekanntgeworden sind¹⁰². Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß in der Solinger Druckerei außer Flugblättern und Zeitungen auch noch eine Zeitlang Marken (getarnte Quittungen) für illegale Beiträge gedruckt wurden.

⁹⁵ a. a. O., Blatt 11 f.; mit Aussageprotokollen v. 4. und 22. 2. 1935, Blatt 104 ff. Kox ist als Reichstechniker auch in der Anklageschrift gegen Heinrich Schmitt, ORA 9 J 657/35, S. 5, erwähnt.

⁹⁶ a. a. O., ebenda.

⁹⁷ HD-Gestapo 23 099, Blatt 38, VG 9 J 151/35, S. 31.

1 H 3/36

⁹⁸ HD-Gestapo 23 099, Aussagen Blatt 99 ff. H. muß später dann doch in eine Falle der Gestapo geraten zu sein, s. VG, a. a. O.; Georg H. wurde zu 15 Jahren, Grabowski zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, VG a. a. O.

⁹⁹ HD-Gestapo 30 512, HD-Gestapo 23 099, Blatt 11 ff., mit Aussagen Blatt 70 ff.

¹⁰⁰ Vgl. Fernschreiben Stapo Düsseldorf an Stapo Berlin v. 28. 1. 1935. HD-Gestapo 30 512, Blatt 121.

¹⁰¹ Vgl. Anklageschrift VG 9 J 151/35; s. auch Geh.St.Archiv Berlin-Dahlem, a. a. O., 79/6, S. 28 ff. (November 1934), 85/4, S. 38 ff (Dezember 1935).

¹⁰² Auch ein von der Gestapo abgefangener verschlüsselter Bericht des Frankfurter Bezirkstechnikers „Wolfgang“ (späterer Deckname von Dahlhaus) an einen Spitzenfunktionär (vermutl. an den „Reichstechniker“ Kox) weist insbesondere auf die Bedeutung der vernichteten Kölner Druckerei. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut — verschlüsselt:

Nachdem beide Betriebe entdeckt waren und die Einrichtung neuer Druckereien wegen der gesteigerten Wachsamkeit der Gestapo ein zu großes Risiko darstellte, blieben für die illegale KPD nur noch zwei Möglichkeiten: einfache Vervielfältigungsverfahren, die unauffällig in Kellern oder Dachkammern bewerkstelligt werden konnten¹⁰³ und – nun mehr als bisher – die Schrifteinfuhr aus dem Ausland.

Als Einfuhrschleusen für das Westgebiet hatten zwei Stellen zentrale Bedeutung: Das schon bisher als Schmugglerpassage vielfach genutzte Waldgelände an der holländischen Grenze bei Aachen¹⁰⁴ und Duisburg, wo über den Ruhrorter Hafen der gesamte Binnenschiffsverkehr von Holland nach Deutschland abgewickelt wurde. Man liest in einem Aussageprotokoll des 1935 verhafteten Produktionsleiters-West Grybowski:

„... nach dem Abreißen der Verbindungen zum Ruhrgebiet ... (hatte) ich keine Möglichkeit mehr ... diesen Bezirk direkt mit Material zu beliefern. Ich vermutete, daß das Ruhrgebiet über Duisburg später mit aus dem Ausland eingeführten illegalen Material versorgt worden ist ...“¹⁰⁵

Duisburg hatte indessen, wie in der folgenden Rekonstruktion zu sehen ist, nicht erst ab Ende 1934 eine Bedeutung innerhalb des Technischen Apparates.

Frankfurt, den 10. 1. 1935

Lieber Freund!

Leider muß ich Dir mitteilen, daß meine Frau ernsthaft erkrankt ist. Sollte sie bis zum 13. d. M. nicht besser werden, dann muß ich leider allein zur Abstimmung kommen. Wollen aber trotzdem hoffen, daß alles klappt. Auf alle Fälle halte für uns beide ein Quartier frei, da die deutsche Front doch nicht für uns alle sorgen kann. Wir werden bereits am Sonnabend mit dem Sonderzug bei Euch eintreffen. Ich hätte Dir noch verschiedenes mitzuteilen, wollen aber lieber alles mündlich besprechen. Bis zum Samstag sei Du und Deine Lieben recht herzlich begrüßt von Deinem Freunde Wolfgang.

Adresse: Herrn Ludwig Fuchs, Saarbrücken 5, Neuendorfer Str. 35 pt.

Absender: Wolfgang Müller, Frankfurt/M., Zeil 81.

Dechiffrierter Text (mit Geheimtinte zwischen den Zeilen geschrieben):

Lieber Freund!

Mit Stahl heute Verbindung hergestellt. Keine Lieferung. Druckerei kaputt. Bericht Stahl folgt. Auftrag für neue RF. an andere Druckerei vergeben. Habe Stahl 400 M gegeben. Genaue Angaben folgen. Süd-West viele Verhaftungen. Die O. B. ebenfalls in der Wohnung in M. verhaftet. Bauleiter nach Mannheim geschickt. Im techn. Apparat alles in Ordnung. Verbindungen durch uns hergestellt. Treffs von Herta polizeilich besetzt. Alle Treffs mit Herta in Südwest sperren lassen. Alle Bezirke benachrichtigt. Herta Treffs notiert. Berlin benachrichtigt. Kurz Nachricht geben. Weiterer Bericht folgt. Wolfgang.

Fundstelle: HD-Gestapo 30 512 (Dahlhaus), Blatt 13.

¹⁰³ Vgl. HD-Gestapo 18 704, Blatt 265 ff.

¹⁰⁴ Vgl. OJ 158/33, 6 OJs 22/36, 6 OJs 89/36, 6 OJs 264/36 mit VG 9 J 73/36.

¹⁰⁵ Aussage v. 17. 2. 1935. HD-Gestapo 23 099, Blatt 75.

1.22 Illegaler Zeitungsimport aus Rotterdam. Esperanto-Bund als Tarnorganisation

Der Arbeiter-Esperantoklub, den Nationalsozialisten als kommunistische Nebenorganisation suspekt (Motto: „Arbeiter aller Länder vereinigt euch über Esperanto“)¹⁰⁶, wurde auf NS-Befehl nach der Machtergreifung aufgelöst. Bestehen blieb die 1931 gegründete Dachorganisation „Neue Deutsche Esperanto-Bewegung“ (NDEB)¹⁰⁷. Sie genoß das Vertrauen der Reichsleitung, denn Geschäftsführer Willibald Pietsch hatte offensichtlich rechtzeitig Gefahr wie Anpassungsmöglichkeit erkannt: Der Verband setzte unter seine Firma den Zusatz „Gesinnungsgemeinschaft zur Schaffung der Deutschen Esperanto-Einheitsfront nach nationalsozialistischen Grundsätzen – Erringung der Anerkennung der zwischenvölkischen Hilfssprache ‚Esperanto‘ durch den Staat“¹⁰⁸.

Die Kommunisten beschlossen darauf, den in Deutschland legal weiterexistierenden Teil der Welthilfssprache-Organisation¹⁰⁹ zu unterwandern, um ihn für ihre Aktionspläne nutzbar zu machen. Die Idee erwies sich als durchaus praktikabel¹¹⁰.

Die wichtigsten Akteure in Duisburg hatten sich schon vor der Machtergreifung kennengelernt; die aus Holland eingewanderten Gebrüder Ruiter, Zimmerleute von Beruf, der Bergmann Alois Huber, der Brotkutscher Matthias Trauden¹¹¹. Außer ihnen war eine nicht genau bekannte Anzahl aktiver Kommunisten in der Duisburger Sektion des Arbeiter-Esperanto-Bundes vereinigt. Ihr Sitz war Duisburg-Meiderich¹¹².

Trauden, vor der Machtergreifung legal und nach der Machtergreifung illegal Kassierer im Duisburger Arbeiter-Esperantoklub, schloß sich mit einer Gruppe von kommunistischen und der KPD nahestehenden Gesinnungsfreunden des ehemaligen Arbeiter-Esperantoklubs gewissermaßen durch autonomen „Gleichschaltungsakt“ der NDEB an¹¹³. Damit war – es kann nur als kurios bezeichnet werden – eine NS-le-

¹⁰⁶ HD-Gestapo 21 255.

¹⁰⁷ Aussage Trauden 2. 3. 1935 6 OJs 167/35, Bd. I, Abschriften 6 OJs 37/35.

¹⁰⁸ Vgl. Briefkopf der NDEB noch im April 1935: Orig. in Akten 6 OJs 167/35 Bd. I, Blatt 111.

¹⁰⁹ Schon in den zwanziger Jahren gab es in Deutschland einen Arbeiter-Esperanto-Bund und einen neutralen Deutschen Esperanto-Bund. Sie waren beide dem Esperanto-Institut für das Deutsche Reich in Leipzig angeschlossen, während auf internationaler Ebene die neutrale Bewegung in der Universala-Esperanto-Asocio (Genf) und die sozialistische in der Sennacieca Asocio Tutmonda (Paris) zusammengeschlossen waren. Vgl. Der Große Brockhaus, 15. Aufl., 1930.

¹¹⁰ Bereits im November 1933 in Heerlen (Holland) und später im August 1934 in Lille fanden Treffen statt, bei denen kommunistische Esperantisten die Möglichkeiten der legal-illegalen Organisation diskutierten. An beiden Treffen nahmen die Duisburger Trauden und Huber teil. Vgl. HD-Gestapo 6096; hierzu ausführlicher Bericht in 6 OJs 167/35 Bd. I, Blatt 46 ff.

¹¹¹ Trauden gehörte möglicherweise auch zur Backfabrik „Germania“, arbeitete aber offenbar nicht mit den sich dort illegal betätigenden Sozialdemokraten zusammen. Vgl. Ermittlungsergebnisse 5 OJs 40/45, 6 OJs 155/35. Die folgende Darstellung bezieht sich auf den Zeitraum Frühjahr 1934 bis Frühjahr 1935, in dem Duisburg die dominierende Stellung im Technischen Apparat des West-Gebiets einnahm. Da in der vorangehenden Zeit, d. h. in der Aufbauphase des illegalen Technischen Apparates im Westgebiet unter Fritz Domning, in Duisburg noch keine vergleichbar durchkonstruierte Organisation zu erkennen ist, wurden die Anfänge der Schriftenproduktion und -verbreitung hier nicht berücksichtigt.

¹¹² OJ 167/35 Bd. I, Bl. 32 f. (Mitgliederliste).

¹¹³ Aussage Trauden v. 2. 3. 1935, a. a. O.

gale Plattform für die illegale KPD-Arbeit in Duisburg-Hamborn geschaffen. Man konnte jetzt statt auf geheimen Treffs unter dem Vorwand, „Sprechübungen“ abzuhalten, ungestört in Verbindung bleiben¹¹⁴. Bald hatte Trauden es verstanden, als Esperantolehrer sich im NDEB so viel Ansehen zu verschaffen, daß er in der Rheinprovinz zum kommissarischen Leiter des geduldeten Bundes avancierte¹¹⁵. Auf dieser Basis war es leicht möglich, Verbindungen zu kommunistischen Esperantisten in mehreren rheinischen und westfälischen Städten zu schaffen¹¹⁶.

Während Trauden in Duisburg den Arbeiter-Esperantobund zu einer illegalen KP-Organisation umfunktionierte, stellte der Bergmann Alois Huber die Verbindung zwischen Duisburg und der KPD-Auslandsleitung West in Holland als harmloser Sonntagsausflügler her. Er fuhr mehrmals per Fahrrad über die Grenze, zunächst bis Venlo, wo er sich regelmäßig mit Esperantofreunden traf. Oft frequentierter Kontaktmann war Amandus Schwarz, der vor 1933 zur Geschäftsleitung des Bundes in Berlin gehört hatte¹¹⁷. Amandus Schwarz richtete mit Hilfe eines Holländers in einem Venloer Haus einen Keller ein, von dem aus ab Sommer 1933 Radfahrer kommunistische Agitationsschriften nach Duisburg schafften¹¹⁸. Für die Belieferung wurde von Rotterdam aus gesorgt¹¹⁹. Die Abwicklung des Materialtransports über Venlo erwies sich aber bald als zu riskant und schwerfällig. Es konnten immer nur kleine Mengen unauffällig über die Grenze geschmuggelt werden, denn risikolos konnten nur dünngedruckte Zeitungen in den Rahmenrohren von Fahrrädern die Zollstationen passieren. Huber radelte im Frühjahr 1934 vermutlich auf höhere Weisung nach Holland. Er sollte dem damals in der KPD-Zentrale des Westabschnitts wichtigsten Funktionär (dem später in Moskau in Ungnade gefallenen) August Creutzburg¹²⁰ neue Direktiven für den Schriftentransport in Empfang nehmen¹²¹. Nach den vorliegenden Protokollen fand das Treffen in Rotterdam statt (obwohl die KP-Zentrale West, Creutzburgs Büro sich in Amsterdam befand). Es muß durch unbekannt gebliebene Mittelsmänner gut vorbereitet gewesen sein¹²². Huber wurde mitgeteilt, daß die Einschleusung des Materials

¹¹⁴ Aussage Trauden, ebenda.

¹¹⁵ Gestapo-Bericht vom 13. 3. 1935, 6 OJs 167/35, Bd. I, Blatt 90 f., eigene Aussagen Trauden v. 2. 3. 1935, a. a. O., Bl. 33 ff.

¹¹⁶ Vgl. a. a. O., mit Aussagen Trauden v. 2. und 6. 3. 1935, 6 OJs 167/35, Bl. I, s. auch HD-Gestapo 22 601, HD-Gestapo 8820.

¹¹⁷ Aussage Huber v. 7. 3. 1935, 6 OJs 167/35, Bd. I, Blatt 44.

¹¹⁸ Vgl. im einzelnen OJs 167/35, Bd. I, Aussagen Huber v. 2. 3. 1935 und v. 15. 9. 1934 in 6 OJ 26/34, Bd. I (Blatt 27 f.).

¹¹⁹ Aussagen Huber, a. a. O.

¹²⁰ Creutzburg hatte im ZK der KPD bis 1935 eine führende Rolle. Er wurde später wahrscheinlich Opfer einer stalinistischen Säuberungsaktion. Vgl. Hermann Weber, Die Wandlungen des deutschen Kommunismus, Bd II, S. 90 f. — Creutzburg wird auch in Gestapoakten mehrmals als Spitzenfunktionär erwähnt u. a. in 27 970, 37 724, 30 512 (Hauptstaatsarchiv Düsseldorf). Hinweise auf Creutzburgs führende Rolle 1934 auch in Aussage Karl Jonschker vom 19. 7. 1935 in 6 OJs 582/35, Blatt 7 R.

¹²¹ Aussagen Huber, a. a. O., wie oben. Auch HD-Gestapo 8820, Bl. 30 f.

¹²² Regie wurde vermutlich von Kopenhagen aus geführt. Dort saß seit Anfang 1934 mit Instruktionen aus Moskau ausgestattet ein hoher Funktionär des Apparates, „Fritz Köller“ (Ernst Wollweber), dessen Stab von Geheimagenten weitreichende Verbindungen unterhielten. Diese traten grundsätzlich nicht direkt mit Angehörigen der illegalen KPD in Verbindung, sondern bedienten sich wiederum ausgesuchter Mittelsmänner. Einer ihrer wichtigsten Stützpunkte war Rotterdam. Vgl. hierzu David J. Dallin, Die Sowjetspionage, Köln 1956, S. 154.

von nun an mit Hilfe von Vertrauensleuten per Schiff von Rotterdam bis Duisburg-Ruhrort erfolgen würde. Die Ausführung des Planes übernahm in Rotterdam eine u. a. aus Duisburger Emigranten gebildete Spezialgruppe. Zu ihr gehörten die erwähnten Gebrüder Jan und Peter Rüter vom alten Esperantobund aus Meiderich und der Schlosser Peter Paul Scholzen aus Ruhrort. Sie warben zunächst im Internationalen Seemannsklub unter Binnenschiffern Agenten¹²³, wobei sie Unterstützung von der holländischen „Revolutionären Vach-Organisation“ (einer der deutschen Schiffer-RGO entsprechenden Vereinigung) erhielten; mit ihrer Hilfe waren eigens zum Zweck der Kontaktaufnahme zu Schiffsführern und Matrosen in Rotterdam deutsch-holländische Hafenzellen gebildet worden¹²⁴. Mit einem Stamm von Verbindungsleuten gelang es Scholzen, eine kommunistische Binnenschifferorganisation aufzubauen, während die Gebrüder Rüter für die Herbeischaffung des antifaschistischen Propagandamaterials von der Zentrale sorgten und zugleich versuchten, für den Schriftenschmuggel auch Schiffer zu gewinnen, die nicht der KP bzw. der Schiffahrts-RGO angehörten. Peter Rüter versuchte u. a. über Edo Fimmen die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF)¹²⁵ einzuspannen, was jedoch mißlang¹²⁶. Fimmen, Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter Gewerkschaftsbundes, nach Gestapo-Protokollen noch im Sommer 1933 bereit, mit den Kommunisten der Florin-Schubert-Gruppe die Widerstandsarbeit der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO) zu unterstützen, scheint schon frühzeitig die Gefahr erkannt zu haben, daß mit der „Einheitsfront“ die ITF von Kommunisten unterwandert und in ein Komintern-Instrument umfunktioniert werden konnte¹²⁷. Aber auch ohne ITF-Unterstützung hatten es die Kommunisten fertiggebracht, im Zeitraum eines Jahres, bis zum Frühjahr 1935, mehrere Zentner Zeitungen und kleinere durch harmlose Titel getarnte Agitationsschriften in Kojen und Trimmkammern von Frachtkähnen über den Rhein nach Duisburg zu schaffen, wo die inzwischen von der Gruppe Huber-Trauden aufgebaute Verteilergruppe für die Weiterleitung an ein Netz illegaler KP-Zellen sorgte.

¹²³ Vgl. im einzelnen Ermittlungen zu 6 OJ 28/34 über die Gebrüder Rüter und den Internationalen Seemannsklub in Rotterdam. Vgl. Aussageprotokolle von Huber und Scholzen in 6 OJ 28/34, Bd. I und BD XII; ferner Protokolle in 6 OJs 216/35. Aufschlußreich auch HD-Gestapo 31 102 (Knüfken).

¹²⁴ Vgl. OJ 28/34, S. 5 ff., 6 OJs 167/35 Bd. 9, Bl. 71 ff. Ermittlungen OJ 781/34 (Abschriften mit Aussageprotokollen z. T. in OJ 28/34), hierzu auch Aussagen Peter Rüter, 10.—12. 10. 1940, Abschr. 6 OJs 167/35, Bd. 9, Bl. 65 ff.

¹²⁵ Über die ITF vgl. Helmut Esters/Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967, S. 25 ff., 124 ff.

¹²⁶ Peter Rüter führte hierzu in einer Vernehmung am 10. 10. 1940 in Hamburg aus:
„... Ich habe mich deswegen zweimal an den Leiter der ITF, Edo Fimmen (Schreibweise im Text der Akte. Anm. des Verf.) in Amsterdam, in einem Schreiben gewandt. In dem Schreiben habe ich zum Ausdruck gebracht, daß unsere Gruppe mit der ITF zusammenarbeiten möchte. In einem Antwortschreiben wurden wir auf spätere Zeit vertröstet und haben dann nie wieder etwas von der ITF gehört. Durch die Zusammenarbeit mit der ITF wollten wir eine finanzielle Besserstellung unserer Gruppe erreichen, im übrigen hatten wir aber die Absicht, unsere Tätigkeit in der bisherigen Form weiterzuführen...“ Gestapo Hamburg, II Hafen — 436/40. Abschriften in 6 OJs 167/35 Bd. 9, Blatt 65 ff.

¹²⁷ Aufschlußreich hierzu insbesondere das Protokoll eines 1936 von der Gestapo verhafteten höheren RGO-Funktionärs, der zur Florin/Schubert-Gruppe gehörte, aus seiner Gegnerschaft zur Ulbricht/Dahlem-Gruppe kein Hehl machte und sehr viele Einzelheiten zu den Richtungskämpfen innerhalb der illegalen KPD berichtete. HD-Gestapo 15 973 (Martin Sch.).

1.23 Eine Duisburger Bäckerei, Geheimdruckerei und Vertriebszentrale für kommunistisches Propagandamaterial

Das von dem Esperanto-Team Rüter-Huber-Trauden eingeführte Material wurde über zwei Verteilerkreise weitergeleitet (vgl. graphische Darstellung). Durch einen kleinen Verteilerkreis (Gruppe Rutert) ging es nach Duisburg und Umgebung und durch einen großen Verteilerkreis, Gruppe Ketzinger („Schwarzer Jupp“) in den Ruhrbezirk und zum Teil noch weiter. Der „kleine Verteilerkreis“ war jedoch keine kleine Organisation. Er war in Wirklichkeit recht kompliziert aufgebaut und weit verzweigt (u. a. gehörten neben der Gruppe Rutert noch drei weitere direkte Verbindungszellen zur „Esperanto-Leitstelle“)¹²⁸. Noch wichtiger war jedoch wegen seiner überregionalen Funktion der „große Verteilerkreis“. Sein Zentrum lag mitten im Duisburger Stadtgebiet. Es war die unscheinbare Backstube des Bäckers Georg Krebs in der Friedrich-Wilhelm-Straße 94.

Krebs hatte sich nach fünfjähriger Erwerbslosigkeit 1934 hier niedergelassen, ein Jahr nach der Machtergreifung. Man wußte nicht viel von ihm. Es hatte nur geheißt, daß er das Geld zur Eröffnung der Bäckerei von seinem Schwiegervater bekommen habe¹²⁸. Daß Krebs nebenher Esperanto lernte, war auch nichts Besonderliches. Esperanto wurde damals von vielen Duisburgern als Hobby betrieben¹³⁰. Niemand ahnte, daß in einem Nebenraum der Backstube zur nächtlichen Stunde seine „Gehilfen“ an einem Abziehhapparat arbeiteten, der pro Nacht 500 Exemplare des „Ruhrechos“ reproduzierte. Ein Augenzeuge berichtete später:

„Wir fertigten 5000 Exemplare – 20 000 Bogen im Laufe von acht Tagen in der zweiten Monathälfte des Juni 1934 an“ . . . „Die dazu benötigten Wachsbogen wurden von . . . beschriftet mitgebracht.“¹³¹

In der Duisburger Backstube an der Friedrich-Wilhelm-Straße wurde u. a. auch der „SA-Mann-Kruse-Brief“¹³² gedruckt. Die erforderlichen Matrizen brachten regelmäßig die Kunden in ihren Einkaufstaschen mit; (so u. a. die Frau des Schauspielers N. Das Schauspielerehepaar hatte anscheinend über „Aufbruchkreismitglieder“ gesonderte Verbindungen zu Instruktoren des Technischen Apparates und betätigte sich auch selbst als Redakteure)¹³³. In der Backstube wurden auch die Pakete mit kommunistischen Schriften umgepackt, die von den Rheinschiffern nach Duisburg gebracht worden waren. Die Arbeit leiteten Huber und Trauden und einige Kuriere (auch der Verbindungsmann zu Paulick nach Düsseldorf, Gustav Frenzel).

Oft waren höhere KP-Funktionäre anwesend, so ein Instrukteur, der den Duisburger Kommunisten nur als „Hans“ bzw. „Martin Rode“ bekannt war. Es war der damali-

¹²⁸ Vgl. 5 OJs 37/35, Aussagen Albert Rutert.

¹²⁹ 5 OJs 40/35 Urteil, Seite 20.

¹³⁰ Nach Aussage W. Sch. vom 5. 3. 1935. Zu jener Zeit waren es ca. 1000 Schüler. 6 OJs 167/35 Bd. I, Blatt 47 R.

¹³¹ 6 OJs 22/35, Blatt 8 R.

¹³² Es handelte sich um einen fingierten Brief „des SA-Mann a. D. Kruse“ an Reichspräsident v. Hindenburg über die angeblichen wahren Hintergründe des Reichstagsbrandes, der in Duisburg als Sondernummer des „Ruhrechos“ gedruckt wurde. Das Manuskript war von Huber über einen Verbindungsmann beschafft worden. Vgl. HD-Gestapo 8820, Blatt 31.

¹³³ Die Matrizen waren in Paris hergestellt und auf dem Kurierwege über Straßburg nach Duisburg geschafft worden; vgl. OJ 301/34 Bd. I c, Aussagen G. N., H. St., H. B., 2. 12. 1934, Bl. 37 ff., 46 f., 6 OJs 22/35, Blatt 8 f. Näheres zum „Aufbruchkreis“ vgl. S. 158 ff.

ge Bezirksleiter Karl Schabrod¹³⁴ aus Essen, der erst kurz zuvor aus dem Konzentrationslager Börgermoor entlassen war und die Schriftenverteiler über die Literaturanlaufstellen im Ruhrgebiet informierte¹³⁵. Ketzinger war für die Weiterleitung des Materials verantwortlich. Ihm unterstanden mehrere Kuriere, die das Propagandamaterial nach Essen, Gelsenkirchen, Dortmund und Mülheim schafften¹³⁶. Die Schriften wurden nicht gratis abgegeben. Den Boten reiste in kurzem Zeitabstand eine junge Kommunistin nach, die sich unter dem Decknamen „Trude“ bei den Literatur-Obleuten im Bezirk meldete und von ihnen die eingezogenen „Schutzgebühren“ abholte¹³⁷. In Duisburg nahm das Geld ein Kassierer „Erich“ in Empfang, der offensichtlich als Verbindungskurier zu einer höheren Leitstelle gehörte¹³⁸.

Das Kassieren von kleinen Gebühren für die Schriften war, wie schon eingangs erwähnt, eine Sicherheitsmaßnahme. Wer bezahlte, lieferte Beweise für seine solidarische Haltung; es war zu erwarten, daß ein Abonnent sich vorsichtiger verhielt als ein lediglich „interessierter“ Leser. Das separate Kassieren von Zeitungsgebühren durch Funktionäre, die sonst nicht im eigentlichen Verteilersystem zu beobachten waren, schließlich die Weiterleitung der „Gebühren“ an höhere Instrukteure, die bei Nacht und Nebel auftauchten und ebenso wieder verschwanden, läßt vermuten, daß hier jene „Infraorganisation“ am Werke war, die nur zum Schein zum Schriftenverteilungs- („Technischen“) Apparat gehörte, in Wirklichkeit aber die eigenen Agenten und ihre illegale Arbeit kontrollierte.

Die von „Hans“ und den Instrukteuren des „Technischen Apparates“ aufgebaute Vertriebsorganisation (und Kontrollorganisation?) erstreckte sich über das ganze Ruhrgebiet, sogar teilweise darüber hinaus. In Gelsenkirchen, Essen, Düsseldorf und Dortmund arbeiteten wiederum große Verteiler-Gruppen¹³⁹. Die Verbindungen der Duisburger Zentrale reichten zeitweilig sogar bis Thüringen. Huber versorgte einen Esperantisten (Herbert Becherer) in Mülhausen (Thüringen) schon seit Mai 1934 mit kommunistischem Propagandamaterial¹⁴⁰. Wahrscheinlich liefen über die Reichskurierin Johanna Melzer bis zum Sommer 1934 noch andere Verbindungen¹⁴¹.

¹³⁴ Über die Identität von „Martin Rode“ und Karl Schabrod vgl. bei Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 110 f.; über Schabrods Funktionen insbesondere auch Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 188, 191, Herr Schabrod hat seine mehrmalige Anwesenheit in Duisburg von Mai bis Juli dem Verf. schriftlich bestätigt. Bemerkenswert ist, daß Schabrod in dem Schreiben (v. 7. 12. 1971) auch seine Zusammenarbeit mit Krebs und dem „schwarzen Hans“ erwähnt, gleichzeitig aber unterstreicht, daß ihm der Name Ketzinger nicht bekannt war. Vermutlich waren also sowohl Ketzinger als „schwarzer Jupp“ und ein weiterer „schwarzer Hans“ (wahrscheinlich ein aus der Koblenzer Gegend stammender Funktionär lt. Auskunft von Herrn K. S.) direkt vom ZK unter strikter Geheimhaltung ihrer Namen eingesetzt worden.

¹³⁵ Vgl. Aussagen in 6 OJs 72/36 mit Ermittlungen und Urteil 6 OJs 22/35.

¹³⁶ Vgl. Anklageschrift 6 OJs 155/35, S. 5 f., Aussageprotokolle 6 OJs 72/36.

¹³⁷ Vgl. Aussageprotokoll v. 2. 12. 1934, 6 OJs 72/36, Blatt 12 ff.

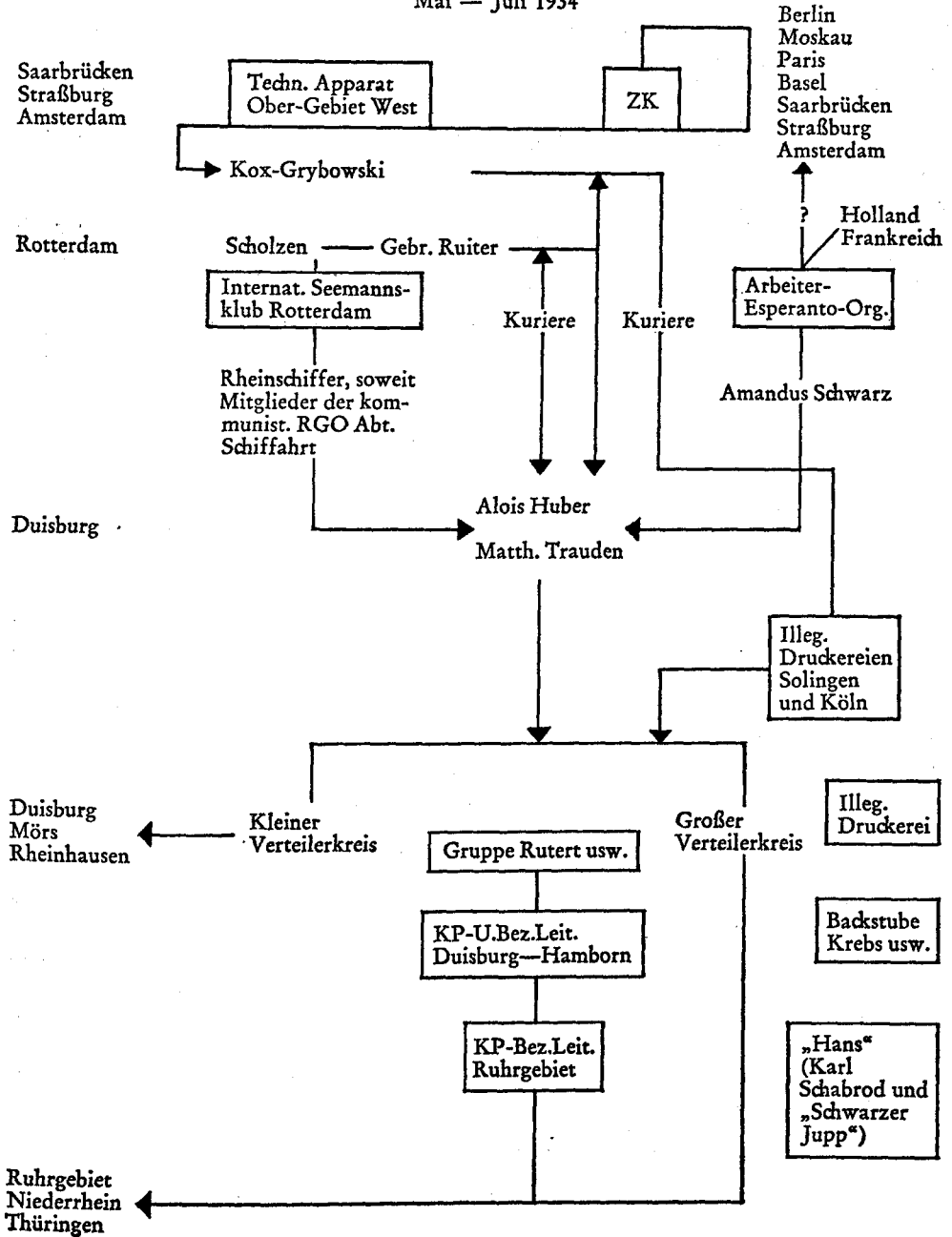
¹³⁸ Vgl. Aussageprotokoll v. 2. 12. 1934, 6 OJs 72/36, ebd.

¹³⁹ An Hand der Materialien zu dem großen Prozeß 5 OJs 40/35, in dem 133 Angeklagte verurteilt wurden, läßt sich z. B. die Verzweigung in Gelsenkirchen deutlich rekonstruieren.

¹⁴⁰ Aussagen Huber vom 16. 9. und 20. 10. 1934. Vgl. 6 OJs 28/34, Bd. I, Blatt 29 f. und 46 a.

¹⁴¹ Über Johanna Melzer, vgl. Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 187, 278. Die in den Urteilsgründen 6 OJ 40/35 ausgesprochene Vermutung über Verbindungen von Huber zu Johanna Melzer in den Aussagen des U.bez.leiters Karl Jonschker vom 19. 7. 1935 in 6 OJs 582/35, Blatt 6 f., bestätigt.

Vermutlicher Aufbau des Technischen Apparates mit Verteilerorganisation (West)
 Mai — Juli 1934



1.24 Zusammenbruch der Agitationsleitstelle Duisburg

Die Duisburger Verteilerzentrale des Technischen Apparates (von der Gestapo längere Zeit irrtümlich für die illegale Bezirksleitung Ruhrgebiet gehalten)¹⁴² arbeitete mit größter Intensität und Effektivität, bis sie Mitte Februar 1935 in einem dramatischen Schlußakt ausgelöscht wurde.

Der erste Einbruch in die Organisation war der Gestapo mit der Verhaftung von Peter Paul Scholzen im Juli 1934 gelungen, auf die mehrere Verhaftungen von Rheinschiffern folgten¹⁴³. Die Ermittlungen liefen gerade an, als eine Zollstreife am 14. September in Kaldenkirchen Alois Huber erappte. Zu diesem Zeitpunkt wußte noch niemand auf der Verfolgerseite, welche Funktion und Bedeutung Huber hatte. Im Bericht des Grenzpolizisten über die Festnahme Hubers hieß es:

„Während meiner heutigen Streife traf ich den Beschuldigten, als er von der holländischen Grenze kam. Ich hielt H. an und ließ mir den Paß zeigen. Auf meine Frage nach zollpflichtigen Waren erhielt ich eine verneinende Antwort. Als ich mich anschickte, den Beschuldigten körperlich zu durchsuchen, zeigte er ein aufgeregtes Wesen und veränderte stark sein Aussehen. Gleich darauf merkte ich, daß er etwas untergepackt hatte. Auf meine Aufforderung, die Sachen herauszuholen, trat er zur Seite und holte die ... aufgeführten Gegenstände unter seinem Hemd hervor. Der Beschuldigte gab sofort an, daß die Pakete kommunistische Schriften enthielten. Weiter gab er mir unaufgefordert an, er habe die Sachen in Tegelen von einem Unbekannten erhalten und sollte sie einem Unbekannten in Lobberich aushändigen. Er bekam hierfür als Lohn 5 RM. Darauf bat er mich, ich möchte ihn doch laufen lassen und mich doch einmal in seine Lage versetzen, wo er arbeitslos sei. Die Schriften könnte ich ja zurückbehalten. Darauf nahm ich den Beschuldigten fest und führte ihn dem Herrn Bezirkszollkommissar ... vor¹⁴⁴.“

Die Gestapo wußte damals noch nicht, daß sie einen wichtigen Mann des Technischen Apparates aus dem Westgebiet gefangengenommen hatte. Der KPD-Abwehrdienst aber hatte bemerkt, daß sie in das Verbindungsnetz gestoßen war und gab Alarmzeichen nach Duisburg.

Auf einem später bei Huber gefundenen Zettel stand:

Saar

A'dam, den 16. 10. 1934

Liebe Freunde!

Wir erhalten soeben die Nachricht, daß von Straßbourg kleinere Sendungen von Modellen nach Duisburg gehen. Ebenso wird uns mitgeteilt, daß erst in den letzten Wochen 2 Adressen von Duisburg nach Straßbourg als Lieferadressen mitgeteilt wurden. Es handelt sich um eine Adresse Grohmann in Duisburg Beekerwerth und um eine Adresse Naumann in Ruhrort. Diese Adressen stehen unter Beobachtung durch die Konkurrenz und sind wahrscheinlich zu provokatorischen Zwecken von der Konkurrenz mitgeteilt. Gebt bitte sofort an Straßbourg Anweisung, daß sie in Zukunft jede Verbindung mit Duisburg unterlassen, da sich wahrscheinlich von dort aus die Konkurrenz in ihren Apparat eingehängt

¹⁴² Vgl. hierzu Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 115, Fußnote 2.

¹⁴³ Vgl. Ermittlungen und Urteil 6 OJ 28/34.

¹⁴⁴ S. 6 OJ 28/34, Bd. I, Bl. 49.

hat. Wir selbst haben auf Grund dieser Tatsache vorübergehend jede Verbindung mit Duisburg unterbrochen.

Mit bestem Gruß
Krone¹⁴⁵

Eine zweite Nachricht vom 23. Oktober 1934 lautete:

„Lieber Freund!

23. Oktober 1934

Deinen Brief v. 19. Oktober erhalten. Teile bitte einige Tage vorher mit, wann ich kommen soll, weil ich mir dann die Arbeit besser einteilen kann. Von M. habe ich noch keine weiteren Einzelheiten feststellen können. Vielleicht erfahre ich Näheres wenn unser Freund von dort wiederkommt.

Zur Duisburger Sache folgendes: Mein Geschäftsfreund Josef Karcher, derselbe von dem im beigefügten Schreiben die Rede ist, brachte die Mitteilung, nichts an Grohmann in D.-Beekerwerth 189 zu liefern, ebenso nicht an Neumann-Seelig Ruhrort Landwehrstr., die aber schon vor längerer Zeit gesperrt wurde.

Gleichzeitig gibt er mir eine neue: Höhnen-Ruhrort Landwehr-Str. 74. Er gab an mit Peter Ruiter in Rotterdam in Beziehung zu stehen, dessen Adresse er mir übergab. Von uns hat er keinerlei Adressen in D'Burg erhalten, dagegen 2 in M.

Die Mitteilung von Peter stimmt also mit seinen, Josephs Angaben überein. . . .

Der Geschäftsgang ist momentan flau

Besten Gruß Wolf“

Die Warnungen wurden von der Gestapo abgefangen, Seelig und Neumann daraufhin am 14. Februar 1935 verhaftet. Sie brachen unter den Folterungen in einem Verhör, das von einem SD-Spezialisten geleitet wurde, zusammen. Zwei Stunden nachdem die Gestapo von ihnen die wichtigsten Namen der Duisburger Organisation erpreßt hatte, erhängten sie sich in ihren Zellen. Ein dritter Gefangener, dem es in den Verhören ähnlich ergangen sein muß, wählte kurz danach den Freitod auf die gleiche Weise¹⁴⁶.

¹⁴⁵ Abschrift in den Akten HD-Gestapo 8820 (Alois Huber), Blatt 34. Da dieses Dokument keinen weiteren Vermerk enthält, konnte nicht festgestellt werden, wie und wo das Schriftstück aufgefunden wurde. Der Briefkopf („A'dam“) wie die Unterschrift („Krone“) lassen verschiedene Interpretationsmöglichkeiten über den Absender zu. „A'dam kann Amsterdam heißen und eine höchste Leitungsstelle (für Saar und Amsterdam) signalisieren, auch „A-M“ („Apparat“) oder (fr(a)nz (D)(a)le(m) verschlüsseln.

Rätsel gibt auch die Unterschrift „Krone“ auf. Es könnte die bei Jahnke erwähnte ZK-Instruktorin Charlotte Krohne sein, oder die Tarnbezeichnung für einen Führungsstab („Krone“) bedeuten. Interessant ist, daß diese Chiffren weder vorher noch später in den Akten über Mitglieder des sogenannten „Technischen Apparates“ zu finden waren, was abermals auf andere (AM?) Apparateleute im Technischen Apparat deutet, die mit höheren Funktionen als der eigentlichen Schriftenleitung befaßt waren.

M: vermutlich = Mannheim, R: vermutlich = Rastatt, Wolf: vermutlich = Wolfgang = Dahlhaus. Vgl. HD-Gestapo 8820, Blatt 32.

¹⁴⁶ Vgl. HD-Gestapo 6095. — Anhaltspunkte für Mißhandlungen ergeben sich aus den gerichtsmedizinischen Gutachten, über deren Objektivität sich die Beamten der Staatspolizeistelle Düsseldorf erregten. Eine diesbezügliche Beschwerde an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin ist eines der seltenen Dokumente, aus dem die allgemein nicht bekannten Spannungen zwischen Polizei und Geheimer Staatspolizei hervorgehen. In diesem Bericht heißt es u. a.: „... Der von Krefeld versetzte Oberstaatsanwalt von der Fuhr, der zur Zeit in Duisburg ein Dezernat leitet, hat den Vertreter des Pol.-Präsidenten in Duisburg, Oberregierungsrat Wegeler, von vorstehendem Sachverhalt orientiert und erklärt, daß er nach seinen Dienst-

Es folgte eine Serie von Verhaftungen. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Trauden und Krebs. Ketzinger konnte im letzten Augenblick ins Ausland fliehen¹⁴⁷. Huber, der bisher seine Funktion hatte verschleiern können, wurde aus dem Untersuchungsgefängnis geholt und nun auch einem verschärften Verhör unterzogen¹⁴⁸. Die Gestapo rollte danach in wenigen Tagen die ganze Organisation auf¹⁴⁹. Der wichtigste Brückenkopf des Technischen Apparates in Westdeutschland war vernichtet¹⁵⁰.

Vom ZK wurde sofort der Aufbau einer neuen Zentrale für das westliche Ruhrgebiet in Angriff genommen. Organisator war der besonders mutige, erst im September

anweisungen den Vorfalle dem Herrn Generalstaatsanwalt in Düsseldorf melden werde. Oberregierungsrat Wegeler ist daraufhin zum Regierungspräsidenten Schmidt in Düsseldorf gefahren, wo er die Fälle vortrug. Während seiner Besprechung beim Regierungspräsidenten erschien auch der Generalstaatsanwalt, der erklärte, daß er die Vorfälle weitermelden und ein Verfahren einleiten müsse. — Eigenartigerweise sind in der Bearbeitung vorstehender Leichensachen Beamte tätig gewesen, die in der Systemzeit an maßgeblichen Stellen gestanden haben und nach der Umwälzung strafversetzt wurden. . . . Nachdem der Regierungspräsident von dem Besuch des Generalstaatsanwalts gesprochen hatte, erwähnte er, daß dieser die Eröffnung eines Verfahrens gegen Unbekannt in Aussicht gestellt hatte, besonders deswegen, da er die Selbstmorde nicht auf Angst vor Strafe oder auf Reue über die gemachten Geständnisse, sondern auf die angeblich erfolgten Mißhandlungen zurückführte. KK. Vogt klärte den Regierungspräsidenten dahingehend auf, daß es sich bei den Selbstmördern um maßgebliche Kommunisten des Ruhrgebietes gehandelt habe, die auch mit dem Auslands-ZK in Verbindung gestanden haben. Der Regierungspräsident erwähnte weiter, daß ihm die Gelegenheit insofern angehe, als es sich um polizeieigene Gebäude handele, deren mittelbarer Sachwalter er sei. Er würde in den nächsten Tagen die Polizei-Präsidenten zu einer Konferenz bitten, um die Fragen der „harten“ Behandlung in Polizei-Gebäuden zu erörtern. Wahrscheinlich würde er verfügen, daß das harte Anfassen in Pol.-Gebäuden und Gefängnissen untersagt würde, damit er nicht mit oberen Stellen in Konflikt gerate. Dabei führte der Regierungspräsident die Fälle Stettin und auch die Schutzhaftlager Kemna als Beispiele an, worauf ihm KK. Vogt entgegnete, daß die Fälle doch ganz anders als in Duisburg gelagert seien. Bei den in Duisburg eingetretenen Fällen handele es sich um einwandfrei überführte kommunistische Funktionäre, die zur Aussage über ihre bereits bekannte, aber noch nicht gestandene Tätigkeit gezwungen werden mußten. Ferner wies KK. Vogt darauf hin, daß von oben die Anweisung ergangen ist, daß die Staatssicherheit über die persönliche Integrität eines Gefangenen zu stellen sei. Ich weise noch darauf hin, daß die Bearbeitung vorstehend genannter Fälle in engster Mitwirkung mit dem SD-Oberabschnitt West erfolgte und in keiner Weise die gegebenen Richtlinien überschritten wurden. Der SD-Oberabschnitt West hat gleichfalls berichtet. Im Auftrage:“. (Fundort: HD-Gestapo 6095. Das Schreiben datiert vom 9. 3. 1935, Absender: Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Abt. III/K. 3/287).

¹⁴⁷ Vgl. Anklageschrift 6 OJs 155/35. Ketzinger soll 1938 unter dem Decknamen „Theo“ noch illegal in Amsterdam gearbeitet haben (HD-Gestapo 5439). Sein weiteres Schicksal ist unbekannt. Ein um 2 Jahre älterer Wilhelm K. aus Duisburg ist 1944 im KZ Sachsenhausen verschollen. AfW ZK 4694 a.

¹⁴⁸ HD-Gestapo 8820.

¹⁴⁹ 5 OJs 40/35, 6 OJs 167/35, HD-Gestapo 6095, 8820.

¹⁵⁰ Huber wurde zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Krebs zu 15 Jahren. Urteil 5 OJs 40/35, Trauden und Gustav Frenzel wurden zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt (Urteile 6 OJs, 6 OJs 167/35 und 6 OJs 155/35). Scholzen zu 7 Jahren Zuchthaus (Urteil 6 OJs 28/34). Außer den Genannten wurden über 80 Duisburger Kommunisten in den Verfahren gegen Huber, Krebs, Rutert, Scholzen und Trauden zu Freiheitsstrafen von 8 Jahren Zuchthaus bis zu 1¼ Jahren Gefängnis verurteilt. Zu den zitierten Urteilen vgl.: 6 OJ 84/34, OJ 126/34, OJ 275/34, OJ 679/34, 6 OJs 37/35, 6 OJs 216/35, 6 OJs 246/35, 6 OJs 400/35.

1934 aus der Schutzhaft entlassene ehemalige KJVD-Instrukteur K. S. aus Duisburg. K. S. brachte es fertig, die Materialtransporte über Essen umzuleiten. Wegen der schärferen Schiffskontrollen setzte er in verstärktem Maße die Schmuggler der Westgrenze ein¹⁵¹. Das Material wurde von der holländischen Grenze teilweise in einer Horch-Limousine (!) nach Essen geschafft und dort von einem Tabakladen aus weitergeleitet, u. a. zu neuerrichteten Anlaufstellen nach Duisburg¹⁵². Doch dieser Wiederaufbauversuch lief bereits unter Kontrolle der Gestapo ab. Der besagte Horch wurde von einem Polizeispitzel chauffiert. Die Gestapo beobachtete die Vorgänge bis zum Mai 1935. Dann hob sie mit einem Schlag die Essener Bezirksleitung aus und mit ihr den gerade provisorisch wiedereingerichteten Stab des Technischen Apparates¹⁵³. In ohnmächtiger Wut widersetzte sich K. S. dem Zugriff der ihn verhaftenden Polizisten, die ihn erst nach einem kurzen Handgemenge überwältigen konnten¹⁵⁴. Der Fall war einzigartig. Aber er war auch der Schlußakt in einer Serie von erfolgreichen Operationen des illegalen Technischen Apparates im Reichsgebiet.

Zwar wurden auch in den folgenden Jahren immer wieder kommunistische Schriften vom Ausland aus in das Ruhrgebiet und insbesondere über die Rheinschiffer nach Duisburg eingeschmuggelt¹⁵⁵. Auch wurden (allem Anschein nach bis Ende 1935) an verschiedenen Orten Flugblätter gedruckt und vervielfältigt¹⁵⁶, doch es waren unbedeutende Aktionen gemessen an der Arbeit jenes Duisburger Apparates, der während des Jahres 1934 Unmengen illegalen Materials in Umlauf brachte.

1.3 *Kommunistische Aktionen im Kulminationspunkt der nationalsozialistischen Machtentfaltung 1935 — Zwischen revolutionärer Vorwärts-Strategie und realitätsbezogener Anpassungspolitik*

1.31 Nochmaliger Anlauf zur Bildung einer illegalen Gewerkschaftsorganisation

Etwa zur gleichen Zeit, als in Duisburg von den Nationalsozialisten eine Zentrale des Technischen Apparates zerschlagen wurde, versuchten Unterhändler der KPD mit dem Exilvorstand der Sozialdemokraten in Prag Fühlung aufzunehmen, um nunmehr die Möglichkeiten einer gemeinsamen Frontbildung zur Diskussion zu stellen. Am 1. April 1935 unterbreitete das „Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands — Sektion der III. Internationale“ offiziell das Angebot für ein „gemeinsames Vorgehen gegen Hitlers Kriegspolitik“¹⁵⁷. Damit zeichnete sich die Wende der

¹⁵¹ Vgl. VG-Urteil 9 J 486/35 mit Vernehmungsprotokollen in 6 OJs 664/35, Bd. 9. Ferner HD-Gestapo 52 032 und 9133.

¹⁵² Vgl. Ermittlungen 6 OJs 664/35, HD-Gestapo 9133 (Wally Meiners).

¹⁵³ Vgl. hierüber im einzelnen bei Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 114 f. Über die Auswirkung der Verhaftungsaktion in Duisburg vgl. Abschn. 1.32.

¹⁵⁴ Vgl. VG-Urteil 9 J 486/35.
14 71/35

¹⁵⁵ 6 OJs 246—334—340/35, 6 OJs 126—130—179—238/36 und HD-Gestapo 10 468.

¹⁵⁶ Vgl. Lagebericht Reg.-Bez. Düsseldorf v. 7. 1. 1936, Geh. St.-Archiv Berlin-Dahlem, Rp. 90, Abt. P, Heft 85.

¹⁵⁷ Vgl. AsD Bestand SOPADE, vorläuf. Sig. Nr. 12; Edinger, a. a. O., S. 124 ff. Hier jedoch

Kominternpolitik der „Einheitsfront von unten“ zur „Einheitsfront von oben“ ab. Das Angebot aber wurde von der SOPADE abgelehnt¹⁵⁸.

Nach einer zum revolutionären Sozialismus tendierenden Phase (Höhepunkt das Prager Manifest vom Januar 1934) war der SPD-Vorstand in Prag unter Otto Wels und Friedrich Stampfer mittlerweile zu den „liberal-demokratischen, freiheitlichen Leitideen der SPD-Führung der Weimarer Zeit“ (Edinger) zurückgekehrt. Die Sozialdemokraten wollten weitere Blutopfer vermeiden. Ihr Ziel war die Erhaltung ihrer Parteibasis im Untergrund, um sie nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes beim Wiederaufbau eines demokratischen Staates sogleich mobilisieren zu können¹⁵⁹.

Andererseits hatten die Kommunisten noch keine auch nur annähernd überzeugenden Beweise für eine Kursänderung in ihrer bisherigen Einheitsfrontpolitik geliefert. Die neue offizielle Politik der Komintern, die sich darin äußerte, daß ab Sommer 1934 die Bildung von illegalen „Einheitsgewerkschaften“ an Stelle der bisher geforderten (kommunistischen) „Klassengewerkschaft“ propagiert wurde, konnte kaum darüber hinwegtäuschen, daß die Kommunisten nach einem erfolglosen Wiederbelebungsversuch der RGO mit einer „Strategie des Trojanischen Pferdes“ experimentierten. Sie war nicht allein dazu bestimmt, die DAF zu unterwandern, sondern angesichts der zunehmenden sozialdemokratischen Widerstandsaktivität weit mehr darauf angelegt, dem Abdriften der Widerstandsbewegung in eine nicht mehr von der KPD kontrollierbare Richtung entgegenzuwirken¹⁶⁰.

Eine wohl auch aus dieser Perspektive zu sehende Operation war auf das ganze Ruhrgebiet ausgerichtet und zielte u. a. speziell auf Hamborn. Das gründlich vorbereitete, jedoch schließlich an der Gestapo wie an der Überschätzung der kommunistischen Überzeugungskraft scheiternde Unternehmen hatte folgenden Verlauf genommen:

Ein aus Würzburg gebürtiger Dreher, Heinrich Schmitt, in den 20er Jahren Betriebsratsvorsitzender der Leuna-Werke in Dresden, war nach kurzer Ausbildung in Moskau¹⁶¹ im Juni 1934 von Prag aus von Walter Ulbricht ins Saargebiet geschickt worden, wo er nach Rücksprache mit einem höheren Funktionär „Georg“ aus Paris als Oberberater für die illegale Gewerkschaftsarbeit im Obergebiet West-Deutschland eingesetzt wurde¹⁶². Mit gefälschtem Schweizer Paß (auf den Namen Walter Scheublein, Kaufmann, lautend) war Schmitt ins Reichsgebiet eingereist, hatte Verbindung zum damaligen Oberberater der illegalen Partei, „Bernhard“ (Fritz Apelt), aufgenommen, der ihm zu einigen illegalen Gruppen Verbindungen verschaffte.

Spätere Akten bekunden, daß er damals speziell damit beauftragt war, am Niederrhein und im Wuppertaler Raum aus Metall- und Textilarbeitern eine „festgefügte Gewerkschaftsorganisation unter kommunistischer Führung als Kampffront gegen die Unternehmer zu schaffen“¹⁶³.

das zit. Schreiben nicht erwähnt. — Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 5, Berlin (O) 1966, S. 94 ff.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu ausführlich Edinger, a. a. O., S. 137 ff. Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus, Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945, Hannover 1969, S. 197 f.

¹⁵⁹ Vgl. Edinger, a. a. O., S. 142 f.

¹⁶⁰ Vgl. hierzu neuerdings insbes. Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 209 ff.

¹⁶¹ Vgl. Anklageschrift ORA 9 J 657/35, S. 3 (Doc. Center Berlin).

¹⁶² a. a. O., S. 4 f. — Paris war der Sitz des Politbüros, das damals noch Verbindung zu einer Landesleitung in Deutschland (Berlin) hatte, s. u.

¹⁶³ Anklageschrift 9 J 657/35, S. 6, mit HD-Gestapo 27 201, Bl. 43 ff.

Im November 1934 hatte sich Schmitt nach einigen offenbar erfolglos verlaufenen Ansätzen und einem vergeblichen Versuch, von Düsseldorf aus Verbindung mit der illegalen Landesleitung in Berlin zu bekommen, wieder mit Fritz Apelt in Verbindung gesetzt und war dann mit ihm zusammen, gut getarnt, nach Amsterdam gefahren, um Creuzburg über die Lage in den westlichen Bezirken Bericht zu erstatten und die nächsten Schritte zu besprechen¹⁶⁴. Schmitt mußte allzu günstig klingende Berichte korrigieren (eine Entlastungstaktik überforderter Instruktore?), und er hatte vor allem darüber zu rapportieren, daß sich im Unterbezirk Moers einige ehemalige Gewerkschaftsangehörige heimlich zusammengefunden hätten, die den Aufbau einer illegalen Einheitsgewerkschaft planten (was offenbar mit der illegalen SPD-Organisation – „Germania-Kreis“ – verwechselt wurde), und es nicht so aussehen würde, daß hier aktive Kommunisten dabei wären¹⁶⁵. Vielleicht befürchtete nach dieser Mitteilung die KP-Führung, daß den Kommunisten im westlichen Ruhrgebiet bei dem Versuch, eine illegale Einheitsgewerkschaft aufzuziehen, die Führung entgleiten konnte. Heinrich Schmitt („Fred“) wurde jedenfalls sofort wieder ins Reichsgebiet, und zwar abermals nach Düsseldorf zurückgeschickt, wo sich mittlerweile ein vorher in Leipzig und Hamburg eingesetzter Instrukteur, Waldemar Schmidt, eingefunden hatte, der die neue kommunistische Gewerkschaftsinitiative im Ruhrgebiet unterstützen sollte¹⁶⁶. – Die Kontakte in Düsseldorf zwischen Schmitt („Fred“) und Waldemar Schmidt stellte der damalige Bezirksleiter der illegalen KPD für den Niederrhein „Stephan“ (Wiatrek?) her. Waldemar Schmidt war zu „Stephan“ durch den Bezirksleiter des Ruhrgebiets „Anton“ (Max Grzeschik) geleitet worden¹⁶⁷. Waldemar Schmidt (Decknamen „Heinrich Wilming“ und „Paul Falsche“)¹⁶⁸ nahm unverzüglich Verbindung mit dem Unterbezirk Moers auf, wo zwei Instruktore, „Arthur“ und „Adam“, wie eine Kurierin, „Grete“ (die sich auch vermutlich „Irmgard“ nannte¹⁶⁹ und vorher mit Paul Langer zusammengearbeitet hatte), Kontakte nach Hamborn unterhielten. „Grete“ bekam den Auftrag, den neuen für Hamborn bestimmten Instrukteur „Otto“ einzuweisen, der kurz zuvor von Waldemar Schmidt aus Wuppertal nach Hamborn versetzt worden war. – Der operative Ansatz wurde auf Hamborn konzentriert, weil sich hier mit dem Bauarbeiter Nikolaus Tombers und den Bergmännern Kurt Spindler¹⁷⁰ und Fritz Wagner eine KPD-Unterbezirksleitung gehalten hatte, die in Verbindung mit Zellen in Obermarxloh, Walsum, Dinslaken, ja sogar bis zu einigen Zellen in Wesel stand¹⁷¹. Sie hatten sogar noch Beiträge kassiert, Informa-

¹⁶⁴ a. a. O., S. 9. Vermutlich war bei der Lagebesprechung auch Philipp Daub zugegen, der unter dem Decknamen „Christian“ damals noch offiziell zur Berliner Inlandsleitung gehörte. Vgl. a. a. O., S. 13; vgl. auch Abschnitt „Technik der Nachrichtenleitung“ und „Der kommunistische Jugendverband (KJVD)“.

¹⁶⁵ a. a. O., ebda.

¹⁶⁶ Anklageschrift ORA, 9 J 929/35, S. 11 ff.; vgl. auch HD-Gestapo 37 201, Blatt 8 ff.

¹⁶⁷ Vgl. 9 J 929/35. Anklageschrift S. 17 (Doc. Center Berlin), Hinweise auf die Identität von „Stephan“ und Heinrich Wiatrek in HD-Gestapo 7287.

¹⁶⁸ Vgl. Anklageschrift ebda. und HD-Gestapo 37 201. Aussagen Waldemar Schmidt, Blatt 15 f.

¹⁶⁹ HD-Gestapo, a. a. O., (evtl. Adam Erbach und/oder Ferdinand Jahny).

¹⁷⁰ Spindler war vor der Machtergreifung Stadtverordneter der KP-Fraktion in Hamborn, vgl. HD-Gestapo 14 685, Blatt 6.

¹⁷¹ Vgl. Ermittlungsergebnisse 5 OJs 380/35 mit HD-Gestapo 14 685, 18 704, 31 162. Im übrigen existierten zu dieser Zeit noch mindestens 20 weitere Zellen, die sich hauptsächlich über Meiderich und Laar verteilten. Vgl. Ermittlungen 6 OJs 664/35.

tions- und Propagandaschriften weitergeleitet¹⁷² und Kontakte zu einem ZK-Instrukteur „Lutze“¹⁷³ unterhalten, der sie mit Hilfe des mutigen Duisburger Kurt S. noch laufend mit den Zeitungen der kommunistischen Widerstandsorganisation versorgte¹⁷⁴.

Doch als „Otto“ (alias Paul Arthur Claasen) Mitte Mai eintraf, um den Funktionären des Unterbezirks die neuen Richtlinien – Aufnahme von Verbindungen zu ehemaligen freien, sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftern – mitzuteilen¹⁷⁵, war die Gestapo über die bevorstehende Aktion schon informiert und konnte seine Bewegungen genau beobachten. Vier Wochen später schlug sie zu. In wenigen aufeinanderfolgenden Tagen wurden in einer der letzten Massenverhaftungsaktionen gegen die illegale KPD insgesamt 95, zum überwiegenden Teil in Hamborn und Moers ansässige Bergleute verhaftet. 88 von ihnen wurden in verschiedenen Hochverratsprozessen zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt¹⁷⁶. Zur gleichen Zeit rollte die Gestapo in einer parallel laufenden Aktion die aus dem Vertriebsnetz der Hamborner Brotfabrik „Germania“ entstandene illegale SPD am Niederrhein auf. Die kurz darauf gegen deren führende Köpfe eingeleiteten Untersuchungen und die zur gleichen Zeit gegen die maßgeblichen Funktionäre der kommunistischen Operationen in Hamborn vom Volksgerichtshof durchgeführten Hochverratsprozesse zeigten jedoch, daß zwischen beiden Untergrundorganisationen keine Verbindungen zustande gekommen waren¹⁷⁷.

¹⁷² Vgl. Urteil 5 OJs 380/35 S. 16 ff. (Abschnitt in HD-Gestapo 18 704, Blatt 215 ff.).

¹⁷³ Die Gestapo konnte „Lutze“ nicht identifizieren, aber über seine aktive Tätigkeit war sie recht gut im Bilde. Über „Lutze“ hieß es im Geheimbericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf zur Lage im Monat Juni: „... im U. B. Hamborn... (arbeitete) mehrere Monate ein Instrukteur, der sich Lutz nannte... Im Frühjahr aber wurde er von der Bezirksleitung nach Holland geschickt, weil sie nicht genügend Geld hatte, den Lebensunterhalt des illegalen U.-B.-Leiters zu bestreiten. Nach dem Fortgang des U.-B.-Instruktors griff die B.-L. auf legal wohnende Funktionäre zurück, weil diese nicht unterstützt zu werden brauchten...“ Vgl. Lagebericht vom 6. 7. 1935, a. a. O., S. 27.

¹⁷⁴ Noch im April 1935 soll er am Hamborner Bahnhof einem Kurier ein Paket mit 5000 Exemplaren „Rote Fahne“ und „Inprekorr“ übergeben haben; a. a. O., Urteil S. 21 bzw. Gestapo-Akte Blatt 218. Das Urteil enthält u. a. auch Hinweise (S. 56 ff.) auf Verbindungen der Hamborner KPD zum KJVD, auf die im Abschnitt „Der Kommunistische Jugendverband (KJVD)“ näher eingegangen wird.

¹⁷⁵ Vgl. Anklage 6 OJs 303/35 (Paul Bender u. a.) und VG-Urteil 9 J 486/35, S. 20. HD-Ge-
2 H 71/35

stapo 38 201 (Waldemar Schmidt) Blatt 15 ff., 43 ff. Claasen stammte aus Solingen und war, was bemerkenswert ist, kein Bergarbeiter, sondern ein Backmeister. Im Hinblick auf den bald offiziell eingeschlagenen Volksfrontkurs scheint der Einsatz eines Instruktors mit nahezu „bürgerlichem“ Beruf kein Zufall gewesen zu sein.

¹⁷⁶ Vgl. Ermittlungsergebnisse 5 OJs 435/35 mit 5 OJs 380/35; s. auch Anklageschrift des Volksgerichtshofes 9 J 486/35 (Doc. Center Berlin). Weiterführende Aufschlüsse über die Organisationsversuche einer illegalen Gewerkschaft seit den Moskauer Kominternkonferenzen im Januar 1935 wie Einzelheiten über die Operation einer in Düsseldorf neugebildeten geheimen Koordinierungsstelle vgl. die umfangreichen Akten HD-Gestapo 27 753 mit Todesurteil Adolf Rembte 17 J 171/35

2 H 17/37

¹⁷⁷ Vgl. hierzu insbesondere die VG-Prozessakten 9 J 479/35 (Runge u. a.) gegen die SPD und die VG-Prozessakten 9 J 486/35 (Paul Arthur Claasen), 9 J 657/35 (Heinrich Schmitt), 9 J 929 (Waldemar Schmidt) gegen die KPD. — Trauden (vgl. 5 OJs 167/35), der als Brot-

1.32 Organisatorische Umstellungen bei den Führungsstäben und in der Basis. Spuren des AM-Apparates

Nach den Massenverhaftungen, die im Frühjahr 1935 auf die Entdeckung der Verteilerzentrale des Technischen Apparates und der Aktionszentren der neuen Gewerkschaftsinitiative zwischen Alt-Hamborn und dem Duisburger Süden gefolgt waren, schien die kommunistische Untergrundbewegung am strategisch wichtigen Schnittpunkt von Rhein und Ruhr zusammengebrochen. Aber noch im Verlauf des Sommers 1935 tauchte im ehemaligen Duisburger KPD-Instruktionsgebiet „links der Ruhr“ mehrmals ein Mann auf, der sich „Stinnes“ nannte. Er traf sich mit einigen Kommunisten, die gerade erst die 1933 über sie verhängte Straf- und „Schutzhaft“ hinter sich hatten¹⁷⁸. Es dauerte dann auch nicht mehr lange, bis in Hamborn und in Duisburg, namentlich im südlichen Stadtgebiet, mehrere illegale Zellen neu entstanden. Im Gegensatz zu den früheren bestanden sie nicht aus drei Mann, sondern zeigten – wie zu Anfang der illegalen Arbeit – wieder das Bild von Fünfergruppen¹⁷⁹. Der bemerkenswerte Vorgang unmittelbar nach den Massenverhaftungen reflektierte organisatorische Veränderungen in der illegalen KPD-Führung und kündete ein neues strategisches Konzept an.

Zu jenem Zeitpunkt war die Leitung der kommunistischen Widerstandsbewegung von der Inlandszentrale (Berlin) auf die Verbindungsstäbe im Ausland übergegangen. Die Verhaftung der zweiten (bzw. dritten) Inlandsleitung (Adolf Rembte, Max Maddalena, Robert Stamm) Ende März 1935 hatte gezeigt, wie schnell es der inzwischen durchorganisierten Gestapo gelang, jeden Stabilisierungsversuch der bisherigen hierarchisch aufgebauten Kaderstruktur trotz aller Vorsichtsmaßnahmen schon im Keime zu ersticken. Eine Dezentralisierung mußte zwangsläufig erfolgen¹⁸⁰. Offenbar wurden dabei drei Maßnahmen miteinander verknüpft.

Erstens: die Umwandlung der Verbindungsbüros im Ausland (Grenzstellen) in Stäbe mit größerer Kompetenz durch Besetzung mit ausgesuchten Funktionären (in der für Westdeutschland, d. h. dem Niederrhein- und Ruhrgebiet zuständigen „Grenzstelle“ Amsterdam wurde August Creutzburg durch Philipp Daub ersetzt).

Zweitens: mit der politischen Aufwertung der Grenzstellen – nach der „Brüsseler Konferenz“ (1935) als „Abschnittsleitungen“ fungierend¹⁸¹ – wurde im Reichsgebiet die Bildung von „Fünfergruppen“ in Angriff genommen. Dies bedeutet die Aufgabe

kutscher vermutlich auch für die „Germania“ arbeitete, dürfte in einigen Fällen für den Austausch kommunistischer und sozialdemokratischer Schriften gesorgt haben. Es fehlen jedoch auch in den Akten 5 OJs 167/35 Hinweise auf weitergreifende Verständigungsaktionen.

¹⁷⁸ Vgl. HD-Gestapo 5319.

¹⁷⁹ Vgl. OJs 10/36 Bd. 1 und 2 mit HD-Gestapo 14 079 (Urteilsabschriften Blatt 100 ff.) und HD-Gestapo 35 691.

¹⁸⁰ Vgl. HD-Gestapo 27 753 (Rembte) mit VG-Todesurteil 17 J 171/35; hierzu auch Horst Duhnke, a. a. O., S. 190 ff.

¹⁸¹ Nach der Umwandlung der „Grenzstellen“ in „Abschnittsleitungen“ wurden 1937 die bisher verantwortlichen Parteivertreter durch Kollektive ersetzt. In der Abschnittsleitung West (Amsterdam) trat an die Stelle von Paul Bertz, der 1936 Philipp Daub abgelöst hatte, Erich Gentsch, dem Wilhelm Knöchel und Wilhelm Beuttel zur Seite gestellt wurden. Als während des Krieges alle Abschnittsleitungen offiziell aufgelöst wurden, übernahm Wilhelm Knöchel in Amsterdam die Führung im bisherigen Westabschnitt der illegalen KPD. Vgl. hierzu Hans-Joachim Reichardt in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966, S. 192 ff.; Horst Duhnke, a. a. O., S. 193, 311 ff.; – s. hierzu auch im folg. S. 167 ff.

der bisherigen funktionalen Dreiteilung – politische Leitung (Schulung), Organisation, Agitation/Propaganda – und des starren räumlichen Gliederungsschemas, Bezirk, Unterbezirk, Zelle. Die nunmehr nur noch von den Grenzstellen entsandten Instruktoren hatten den Auftrag, kleine Aktionseinheiten im lokalen Bereich zu schaffen und mit ihnen Verbindung zu halten¹⁸².

Drittens: es wurde gleichzeitig eine stärkere Kontrolle der eigenen Reihen vorgenommen, was offensichtlich durch Einschaltung ehemaliger Angehöriger des Abwehr-(AM) Apparates geschah – ganz gegen das bisherige Prinzip, nach dem AM-Leute nicht beim Aufbau von Zellen beteiligt sein durften¹⁸³.

Mit dem Blick auf jene Vorgänge im Hintergrund, die bis auf die heute noch undurchsichtige Rolle des AM-Apparates bekannt sind, muß auch der Einsatz von „Stinnes“ gesehen werden. „Stinnes“, es war ein Deckname für den Bauarbeiter Paul Wondzinski aus Duisburg-Hochfeld, hatte 1931 die Rosa-Luxemburg-Schule in Berlin besucht¹⁸⁴. Es muß sich also um einen besonders ausgebildeten Funktionär gehandelt haben. Im Herbst 1935 hatte die Gestapo, die von Wondzinski („Stinnes“) neu eingeleitete Untergrundarbeit bemerkt, ihn selbst aber nicht fassen können. Vermutlich mit Hilfe eines trotz aller Vorsichtsmaßnahmen „umgedrehten“ ehemaligen AM-Mannes, hatte sie den Arbeiter Ludwig J. verhaftet, der in scharfen Verhören nicht verschweigen konnte, daß die KPD im Begriff war, Fünfergruppen aufzubauen, und daß er, J., damit beauftragt war, Treffs von Kommunisten in Duisburg zu beobachten¹⁸⁵. Es wurde dann noch eine nicht mehr genau feststellbare Zahl von Personen verhaftet; et¹⁸⁶. Aus den Vernehmungsprotokollen von J. kann geschlossen werden, daß die Gestapo zwar erkannt hatte, nicht den wichtigsten Mann, Paul Wondzinski, gefaßt zu haben, andererseits aber auch, daß ihr ein wichtiges Detail entging: nämlich die Tatsache, daß keine Verbindungen zu der im Februar 1935 unter Max Grzeschik in Essen neu gebildeten illegalen Bezirksleitung erwähnt wurden, der zu jenem Zeitpunkt noch die Unterbezirke Duisburg und Hamborn unterstanden¹⁸⁷. Sechs Jahre später, im Dezember 1941, verhaftete ein Fahndungskommando den in der zweiten Jahreshälfte 1935 für Duisburg maßgeblichen Instrukteur Wondzinski in Holland¹⁸⁸. Die Gestapo erfuhr jetzt, daß der damalige Instrukteur für Duisburg, der in der Zwischenzeit am Spanienkrieg teilgenommen hatte, tatsächlich keine Verbindung mit Essen gehabt hatte, vielmehr seine Instruktionen aus Düsseldorf von einem „Unbekannten“ erhalten habe¹⁸⁹. Ob er und der „Unbekannte“ identisch waren, vermochte die Gestapo natürlich nicht mehr zu klären. Zu jener Zeit interessierten

¹⁸² Vgl. Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 202.

¹⁸³ Hierzu aufschlußreich und die oben zit. Quellen ergänzend HD-Gestapo 5644, 18 189 mit 14 073, Blatt 577 ff.; 31 160, Blatt 61 ff. Über den Einsatz von AM-Leuten s. auch Monatsbericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 6. 7. 1935; Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem Rep. 90 Abt. P Nr. 81, Heft 3, S. 29.

¹⁸⁴ Vgl. HD-Gestapo 5319 und Monatsbericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 7. 12. 1935; Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem Abt. P Nr. 84, Heft 3, S. 42.

¹⁸⁵ Vgl. HD-Gestapo 14 079, insbes. Blatt 577, mit 6 OJs 10/36 Bd. 2; hier insbes. Blatt 19 ff. Zu den Verhaftungen, die auf von der Gestapo „umgedrehte“ ehem. AM-Leute schließen lassen vgl. 6 OJs 10/36 Bd. 2, Aussagen betr. Robert M. (Blatt 23), mit HD-Gestapo 31 160.

¹⁸⁶ Vgl. Anklage und Urteil (jew. 2. Hälfte) 6 OJs 10/36.

¹⁸⁷ Vgl. Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 116.

¹⁸⁸ Vgl. HD-Gestapo 5319/35 691 mit OJs 51/42.

¹⁸⁹ Vgl. Urteil OJs 51/42. Eine Zentrale des deutschen Apparates war, nachdem die Gestapo 1933 einen Teil zerstört hatte, in Düsseldorf neu entstanden. Vgl. hierzu HD-Gestapo 5644 (Fritz Schumacher), 18 189 (Oskar Fichter), 43 071 (Robert Mark).

sie gewiß auch nicht mehr einige offengebliebene Fragen aus dem Jahre 1935. Somit blieb insbesondere die Verknüpfung mit jener Apparatur, die unter der Tarnbezeichnung „Antimilitaristischer“ (AM-) Apparat mit dem sowjetischen Geheimdienst verknüpft war¹⁹⁰, im dunkeln.

Paul Wondzinski, der wahrscheinlich selbst zum AM-Apparat gehörte und über dessen Arbeitsweise in Duisburg noch einiges gewußt hätte, aber nahm sein Wissen mit in den Tod. Er wurde kurz vor Kriegsende, am 13. April 1945, auf Befehl der Gestapo erschossen¹⁹¹.

Die illegale KPD in Duisburg war nach drei großen Polizeiaktionen im Jahre 1935, mit denen im Frühjahr der Brückenkopf des „Technischen Apparates“ Ruhrort und Meiderich ausgehoben¹⁹², danach der Kern der Hamborner Organisation zerstört wurde¹⁹³ und bis zum Sommer die (wahrscheinlich) von Spezialisten des AM-Apparates in Duisburg-Mitte bis Hochfeld neu aufgebauten Gruppen aufgerollt worden waren¹⁹⁴, so gut wie ganz vernichtet.

Übriggeblieben waren noch illegale Gruppen des kommunistischen Jugendverbandes. Bei ihnen versuchte der Führungsstab von Amsterdam aus nach der später viel zitierten „Brüsseler Konferenz“ um die Jahreswende 1935/36 nochmals in Duisburg-Hamborn Fuß zu fassen.

¹⁹⁰ Der „AM-Apparat“ (= Anti-Militaristischer Apparat) unterstand einem eigenen Führungskader, das seinerseits direkt mit dem russischen Geheimdienst zusammenarbeitete. Dieser soll sich seit 1928 aus zwei Hauptabteilungen zusammengesetzt haben, von denen die eine für die Rote Armee, die andere für die GPU arbeitete. In mehreren Abteilungen („Apparaten“) verästelten sie sich in den kommunistischen Parteien der ganzen Welt. Die Leitung des relativ selbständigen deutschen Apparates war teilweise Ende 1933 der Gestapo in die Hände gefallen. Darauf soll von Walter Ulbricht ein neuer Apparat aufgebaut worden sein, der ab 1934 von Paris aus nach Deutschland hineinwirkte. Der Umbauprozess vollzog sich neben einem Spaltungsprozeß in der Komintern und KPD-Spitze, in dessen Verlauf die meisten der ehemaligen Apparat-Mitglieder (u. a. Hans Kippenberger) auf Befehl von Stalin ermordet worden sein sollen. Der in Deutschland tätige „AM“-Apparat gliederte sich noch 1935 u. a. in die Abteilungen „Zersetzung SPD und Linksparteien“, „Spitzelabwehr“ und „Betriebsbeobachtung“. Zwei Abteilungen „Zersetzung Reichswehr“ und „Zersetzung NSDAP und Rechtsparteien“ scheinen 1934 verselbständigt worden zu sein. Vgl. HD-Gestapo 5644 mit Rekonstruktionsschema der Gestapo. S. auch HD-Gestapo 18 189, 19 565. Bisher sind über jene Vorgänge und die Arbeitsweise der Apparate noch keine systematischen Untersuchungen durchgeführt worden. Die vorstehende Anmerkung stützt sich auf die zitierten Gestapoquellen, die Darstellung von Kurt Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus — Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945, S. 166; Hermann Weber, Die Wandlung des Deutschen Kommunismus, Bd. 1, S. 289 f., die Ausführungen von Erich Wollenberg, Der Apparat — Stalins fünfte Kolonne, Bonn 1952, S. 20 ff., und David J. Dallin, Die Sowjetspionage, Köln 1956, S. 99 ff., 145 ff.

¹⁹¹ AfW-Duisburg ZK 5084. — Über das Schicksal des Ludwig J. geben die Akten keine Auskunft. Er ist wie viele der damals in Duisburg aktiven Kommunisten verschollen. An ihn konnte sich auch niemand der Befragten aus dem kleinen Kreis der noch lebenden Veteranen aus der Widerstandszeit erinnern.

¹⁹² 5 OJs 28/40/35, 6 OJs 155/167/35.

¹⁹³ 5 OJs 380/435/35.

¹⁹⁴ 6 OJs 664/35, 6 OJs 10/36 (1. Teil).

2. Eine Sonderformation im Untergrund Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD)

2.1 *KJVD: Vortrupp und Experimentierabteilung der kommunistischen Einheitsfrontpolitik im westlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein*

Im Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtergreifung war der KJVD noch im Aufbau begriffen. Von annähernd 200 000 sich zum Kommunismus bekennenden Jugendlichen waren 1932 nur etwa 50 000 im KJVD organisiert. Die Mehrzahl der kommunistischen Jugend gehörte anderen Organisationen an, hauptsächlich den Jugendgruppen der Roten Sportverbände¹⁹⁵. Wie die KPD war aber auch der KJVD schon vor der nationalsozialistischen Machtergreifung von den Richtungskämpfen innerhalb des ZK und der Komintern um das strategische Konzept zur Verfestigung des Kommunismus in Deutschland erfaßt. Die Spannungen wuchsen seit dem Sommer 1932 und führten zu Umbesetzungen im Jugend-ZK, bei denen u. a. Kurt Müller und Alfred Hiller aus der Führungsspitze ausschieden. An ihre Stelle traten Fritz Grosse, Erich Jungmann und Arthur Becker, der zwar kurz zuvor in Moskau in Ungnade gefallen, im November aber rehabilitiert wurde. Auf der Novembertagung des ZK legte Ernst Thälmann den neuen Kurs fest: Der KJVD sollte in eine Massenorganisation umgestaltet werden¹⁹⁶. Jedoch schon vier Wochen nach der Machtergreifung war die Massenorganisation illusorisch geworden. Die Gestapo hatte nach dem Reichstagsbrand von der Möglichkeit zu raschem und umfassendem Durchgreifen gründlich Gebrauch gemacht. Sie verhaftete nicht nur alle Spitzenfunktionäre der KPD, sondern sie fahndete sofort auch nach den profilierten Führern der KJVD. Die Mitglieder des Jugend-ZK mußten ihre (teilweise schon versteckten) Büros eiligst verlassen und aus ihren Wohnungen fliehen. Ungeachtet der politischen Wirklichkeit, in der die Chance für eine kommunistische Massenorganisation sich rasch verringerte, versuchte das Jugend-ZK sie dennoch aufzubauen. Fritz Grosse wechselte ständig seine Unterkünfte im Berliner Stadtgebiet (konnte aber zu anderen ZK-Funktionären, u. a. zu Erich Jungmann, die Verbindung aufrechterhalten). Im Mai reiste er unter falschem Namen nach Prag, von wo aus er über einen Verbindungsmann zur Berichterstattung nach Moskau beor-

¹⁹⁵ Vgl. Siegfried Bahne, in: Das Ende der Parteien 1933, Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, S. 666. Neben dem „Roten Sport“ spielten als kommunistische Jugendorganisationen die „Roten Jungstürme“ im „Roten Frontkämpferbund“, die „Roten Pfadfinderbünde“ und im Ruhrgebiet ab 1929 die „Jungruhrwacht“ eine Rolle. Vgl. 6 OJs 10/36, Bd. 9, Anlage S. 74.

¹⁹⁶ Bahne, a. a. O., S. 667; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 4, Berlin/O. 1966, S. 303 ff., S. 374. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik Bd. 2, Berlin/O. 1965 — Monate September bis November 1932. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt a. M. 1969, Bd. I, S. 239 ff., 290; Bd. II, S. 144, 227.

dert wurde¹⁹⁷. Grosse nahm dort an mehreren Arbeitssitzungen einer Sonderkommission teil und erhielt Anfang Juni den Auftrag, über die Schweiz nach Paris zu reisen, um Wilhelm Pieck, der hier mit anderen ZK-Mitgliedern an einem geheimgehaltenen Orte ein Außenbüro eingerichtet hatte¹⁹⁸, über das Ergebnis der Moskauer Besprechungen zu informieren¹⁹⁹. Grosse hielt sich einige Wochen in Paris auf, bis er über einen Mittelsmann von Pieck (Anfang August) die Anweisung bekam, sich nach Amsterdam zu begeben, um dort unter den Emigranten des KJVD geeignete Funktionäre ausfindig zu machen, die man zur Untergrundorganisation der kommunistischen Widerstandsbewegung nach Deutschland zurückschicken konnte²⁰⁰. Etwa zur gleichen Zeit (Anfang August) sollen dort ZK-Mitglieder eingetroffen sein – unter ihnen Wilhelm Florin und Ewald Kaiser – und eine Konferenz abgehalten haben²⁰¹. Näheres ist über diese Amsterdamer Konferenz jedoch nicht bekannt.

Im selben Monat fand unter Vorsitz von Grosse und Florin auch eine geheime Reichstagung in Bayreuth statt. Hier wurde der Beschluß gefaßt, das Schwergewicht der KJVD-Arbeit auf die Bildung von illegalen Jugendzellen in den Betrieben und in den Arbeitsdienstlagern zu legen²⁰².

Während in den Spitzengremien von KPD und KJVD an verschiedenen Tagungs-orten im Inland und im Ausland²⁰³ strategische Konzepte erarbeitet und geändert wurden²⁰⁴, hatten die in allen Teilen des Reiches schon unmittelbar nach der Machtergreifung (bzw. nach den ersten Verhaftungswellen Anfang März) illegal gebildeten Bezirks- und Unterbezirksleitungen bereits eine politische Aktivität von beachtlichem Ausmaß entfaltet.

Unterstützt von geschulten KP-Funktionären hatten junge Kommunisten sich unverzüglich bemüht, abtrünnige oder unsicher Gewordene für den KJVD zurückzugewin-

¹⁹⁷ HD-Gestapo 4900 Bl. 16 (Aussage, Fritz Grosse). Erich Jungmann sei kurze Zeit später nach Mexiko emigriert, wo er im übrigen die Schwester der Frau von Otto Egon Kisch geheiratet haben soll. Mündl. Auskunft von Kurt Müller an den Verfasser.

¹⁹⁸ Auch Grosse ist Pieck nie dort, sondern nur an verabredeten Treffpunkten begegnet. Vgl. Aussageprotokoll vom 25. 8. 1934 in HD-Gestapo 4900. Möglicherweise war zu diesem Zeitpunkt auch Arthur Becker in Paris. Vgl. S. 17 (unter Karg).

¹⁹⁹ Da Anfang Juni in Paris auch der internationale Antifaschistische Arbeiterkongreß stattfand, sollten dem Kongreß wahrscheinlich konkrete Einzelheiten über die Lage des KJVD in Deutschland berichtet werden. Nach dem zitierten Aussageprotokoll sollen auch Richtlinien für die illegale Arbeit des KJVD mitgeteilt worden sein. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 37, HD-Gestapo, a. a. O.

²⁰⁰ HD-Gestapo 4900, ebenda.

²⁰¹ Zwei oder drei Funktionäre aus dem Ruhrgebiet seien sogar mit einem Ausflugsdampfer von Duisburg bis Arnheim gefahren und hätten den Ausflug unbemerkt per Bahn bis Amsterdam fortgesetzt. Einer von diesen war Willi Rattai, der seit Mai der illegalen Bezirksleitung in Essen angehörte. Rattai erhielt Instruktionen für den Aufbau des KJVD im Ruhrgebiet, wurde aber bald nach seiner Rückkehr verhaftet. Mündl. Auskunft von Willi Rattai an den Verfasser. Vgl. hierzu auch OJ 883/33. Kaiser war damals einer der einflußreichsten KJVD-Führer im Ruhrgebiet. Vgl. HD-Gestapo 27 753, 4900, 42 388 Bd. 2. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (O), Bd. 5, S. 42.

²⁰² Die wichtigsten Stützpunkte waren außer Moskau: Prag, Paris und Amsterdam; Basel, Saarbrücken und Straßburg hatten zu der Zeit wohl hauptsächlich die Funktion von Emigrantenleitstellen, vgl. a. a. O., S. 37 ff., mit Ermittlungsergebnissen Gen.ST.Anwalt Hamm, und ORA; u. a. 15 J 370/34, Abschriften in OJ 405/35.

²⁰³ Die fortdauernden internen Richtungskämpfe zwischen den sogenannten „Sektierern“ und den Thälmann-Anhängern dürften die Planungsarbeit wesentlich erschwert haben. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 20 ff., S. 40 f.

nen, intakt gebliebene Zellen auf die illegale Arbeit umzustellen oder neue zu bilden, um von einer möglichst breiten Basis aus intensive Propaganda gegen den faschistischen Staat zu treiben und die Jugend für die kommunistische Einheitsfront zu gewinnen. Im Ruhrgebiet hatte eine in Essen sitzende illegale KJVD-Bezirksleitung fortwährend Flugblätter gedruckt und sie über Kuriere den Unterbezirken zugeleitet²⁰⁵. Oder es wurden Manuskripte und Textentwürfe hergestellt, die in den Unterbezirken ausgearbeitet, hektografiert und verbreitet wurden.

Die folgenden Abschnitte veranschaulichen die Widerstandstätigkeit des illegalen KJVD in Duisburg als Teil einer überregionalen Organisation bis zur restlosen Vernichtung der letzten aktiven Gruppen im Februar 1936.

2.11 Basis und Entstehung des illegalen KJVD im Duisburger Raum. Erste Rückschläge

Im Zeitpunkt der Machtergreifung bildeten Duisburg und Hamborn einen großen KJVD-Unterbezirk bzw. einen Instruktionsbezirk, der sich wie das Instruktionsgebiet I der KPD mit Rheinhausen, Kamp-Lintfort, Moers und Homberg weit in das linksrheinische Gebiet hineinschob²⁰⁶. Durch eine Spaltung der Duisburger sozialde-

²⁰⁵ Wie bereits von Steinberg nachgewiesen, hatte sich die illegale Bezirksleitung schon im Frühjahr gebildet (Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 131). Die führenden Köpfe waren Dr. Gerhard Pinthus, ein junger Redaktionsvolontär, der seit 1931 den Arbeiter-Theaterbund im Ruhrgebiet geleitet hatte, und das Mitglied des Jugend-ZK Ewald Kaiser. Im April trat an Kaisers Stelle Franz Spanier (Deckname „Hans Gumpert“), der im Mai von dem Ankerwickler Wilhelm Rattai aus Essen abgelöst wurde, als jener eine Funktion im Obergebiet West übernahm. (Spanier ging im August nach Amsterdam und kehrte nicht mehr in das Reichsgebiet zurück.) (Steinberg, ebenda; vgl. auch HD-Gestapo 36 822 und 66 734, OJ 405/34 mit OJ 883/33 Anklage gegen Dr. Gerhard Pinthus und andere, bestätigt und ergänzt durch mündliche Auskunft Willi Rattai.)

Im Juli wurde die Bezirksleitung durch den ZK-Instrukteur Michael Reithmeier aus Berlin verstärkt, der sogleich für die Arbeit im Unterbezirk Essen eingesetzt wurde. Zu dieser Zeit betätigte sich als Kurier mit verschiedenen Spezialaufträgen — u. a. als Kontaktmann zur katholischen Jugend — auch nach Duisburg-Hamborn noch ein aus Witten stammender Jungkommunist: Heinrich Lohkamp. (OJ 883/33 Anklage und HD-Gestapo 42 399, Bd. 2, betr. Dr. Rossaint u. A. zu Lohkamp OJ 82/34, Bd. I, Bl. 39, Aussage Max K., Herne, 6. 1. 1934).

In den folgenden Abschnitten werden Namen noch lebender Personen nur genannt, sofern sie als höhere Funktionäre für die zeitgeschichtliche Forschung Aufschlüsse geben können. Das trifft dann zu, wenn ihre Tätigkeit direkte Eingriffe des Zentralkomitees der KPD und der Komintern zu erkennen geben. In einem Fall wurde bei einem höheren Funktionär auf dessen persönlichen Wunsch auf Namensnennung verzichtet. Er tritt im folgenden als „K. S.“ auf.

²⁰⁶ Aussage des früheren Pol. Leiters Wilhelm Hei. 6 OJs 10/36 Bd. 4, Blatt 51 f. Auch in einem KP-Prozeß ist die Rede davon, daß 1933 die linksrheinischen Städte Moers, Rheinhausen und Homberg zu einem KP-Unterbezirk Duisburg gehörten. Vgl. OJ 330/34. Da die Organisation des KJVD grundsätzlich dem Gliederungsschema der KPD entsprach, ist anzunehmen, daß die Angaben zutreffend waren. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, daß in den Aussagen die Begriffe „Unterbezirk“ und „Instruktionsgebiet“ gleichgesetzt wurden. — Vom ZK wurden Ende 1932 mehrere Unterbezirke zu Instruktionsgebieten zusammengefaßt. Die Bezeichnung hatte sich offensichtlich nicht bis unten durchgesetzt. Verhaftete Funktionäre sowohl der KP als auch des KJVD, bezeichneten das gesamte Organisationsgebiet, einschließlich Moers, Rheinhausen und Homberg, stets nur als „Unterbezirk“, lediglich bei Aehlig ist schon die Rede vom „Instruktionsgebiet“. Vgl. Abschnitt 1.13.

mokratischen Jugend (SAJ) im Sommer 1931 war der KJVD vor allem in Hamborn erheblich verstärkt worden²⁰⁷.

Im März 1933, vier Wochen nach der Machtergreifung, wurde der Pol. Leiter Wilhelm Hei. verhaftet²⁰⁸. Zu dieser Zeit existierte bereits eine illegale Unterbezirksleitung. Ihr gehörten an: August Baumeister, Karl Sauer, Otto Wiesner und Fritz M., denen als Instruktoren die Schriftsetzer K. S. aus Duisburg-Wanheim, Rudolf Sch. aus Rheinhausen, Alfred Lemnitz aus Moers und der Buchhalter Fritz Sperling aus Hamborn zur Seite standen²⁰⁹. Lemnitz, wahrscheinlich auch Baumeister, waren nicht KJVD-Mitglieder, sondern gehörten der KP an²¹⁰.

Diese ehemaligen Jugendfunktionäre, wie mehrere junge Mädchen, unter anderem die Ehepaar-Verkäuferin Martha Hadinsky aus Hamborn, eine „Leni“ B., „Minni“ G., Olga R. und Anni P.²¹¹ waren die führenden Köpfe in der Widerstandsorganisation der

²⁰⁷ Hierzu aufschlußreich das Protokoll Fritz M. vom 14. 4. 1936 in HD-Gestapo 60 594, in dem es u. a. heißt: „... Ich, Fritz M., geb. am ... 1913, lege hiermit schriftlich nach vorausgegangener Vernehmung mein Geständnis nieder. ... Mein Stiefvater ... brachte mich zur SAJ. ... Am 30. 9. 1930 hatte ich ausgelernt. Bei meiner Gesellenprüfung war ich schon am Stempeln. Durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kam auch in die SAJ ein anderer Kurs. Wir tanzten und wanderten nicht nur noch, sondern von seiten der Partei aus wurden wir politisch geschult ...

In der SAJ entsteht zwischen den Referenten Jahny und Graber Streit. Graber will Beibehaltung der Linie der SPD, Jahny dagegen wird radikal. Vom Tanzen kann keiner satt werden. Schaffung einer klassenbewußten Jugend. Es kam zu Streitigkeiten zwischen Jugend und Partei. Dieser war aber nicht nur in Hamborn, sondern am ganzen Niederrhein ... Dieses war im Sommer 1931.

Ich war für die Gruppe Graber sowie für Gruppe Jahny, pendelte also zwischen beiden herum. Im August fand das Reichsjugendtreffen in Frankfurt a. M. statt ... Wir sollten jetzt zu einer Kundgebung des Reichsbanners einen Sprechchor ‚Deutsche Republik, wir schwören, letzter Tropfen Blut soll Dir gehören‘ sprechen. Hier holte Ferdinand Jahny zum Schläge aus. ‚Wer könnte bei 3,50 RM die Woche noch auf die Republik schwören usw.‘ Jahny wurde aus der SPD ausgeschlossen. Aber er hatte auch die Jugend auf seiner Seite. Jetzt wurden wir auch von den Jungkommunisten ... bearbeitet. In Koblenz fand am 11. August die Reichsverfassungsfeier statt. Hier erzählten uns die Hamborner Reichsbannerleute, daß die SAJ geschlossen mit einem öffentlichen Aufruf zum KJVD übergetreten war ...

Die übergetretenen SAJler machten Versammlungsreisen durchs ganze Ruhrgebiet ...

Als ich zu Hause war, kamen auch sofort die übergetretenen SAJler ... Zellenabende, Schulungsabende usw. Da ich bei der SAJ bei den Kindern war, sollte ich auch beim KJVD Kinderarbeit leisten ... Ich bekam Material über Pionierarbeit und konnte meine Arbeit anfangen ...“

²⁰⁸ 6 OJs 10/36 Bd. 4.

²⁰⁹ HD-Gestapo 60 594; Aussage Fritz M. vom 20. 4. 1936.

²¹⁰ 6 OJs 10/36 Urteilsband mit HD-Gestapo 14 079, 6 OJs 222/36, 5 OJs 157/41. Alfred Lemnitz wurde nach dem Krieg Hochschullehrer in der DDR, wo er auch als verantwortlicher Funktionär für Volksbildung und Kultur eine führende Rolle übernahm.

Fritz Sperling leitete später (seit 1936) die KJVD-Widerstandsorganisation im Abschnitt Süd von Zürich aus und soll nach dem Krieg vorübergehend eine hohe Funktion in der DDR ausgeübt haben. Vgl. Karl Heinz Jahnke, Der Anteil der deutschen Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf — unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Widerstandsbewegung 1933 bis 1945. Masch. gedr. Habil. Schrift Greifswald 1965, S. 260. Sperlings Funktion nach dem Krieg in der DDR, bzw. damaligen „Ostzone“ konnte bis zum Abschluß des Manuskriptes noch nicht festgestellt werden. Den Hinweis verdankt der Verfasser einer privaten Mitteilung eines ehemaligen KJVD-Instruktors.

²¹¹ Namen aktenkundig. 6 OJs 222/36, 6 OJs 10/36. Martha Hadinsky ist verstorben. Da der

Duisburger Jungkommunisten. Sie waren maßgeblich an der Umstellung der KJVD-Basis auf illegale Gruppen beteiligt²¹². Die Existenz der ersten kann bereits im Februar 1933 im Ortsteil Beeck nachgewiesen werden. Es wurden dort Mitgliedsbeiträge kassiert, in kleinen Zirkeln politische Versammlungen gehalten und die kommunistische Jugendschrift „Die junge Garde“ verteilt²¹³.

Sogleich nach den Märzahlen wurden, wie die Alt-Kommunisten, auch die Duisburger Jungkommunisten aktiv. „Jonny“, der die Funktion eines Pol. Leiters im Stadtteil Nord ausgeübt hatte, bildete mehrere Dreiergruppen und ließ antifaschistisches Schriftenmaterial unter den Jugendlichen verbreiten²¹⁴.

Neben diesen Kontakten spielte bei den ersten Versuchen zur illegalen Erweiterung des KJVD der „Rote Sport“ eine Rolle. Es ließ sich feststellen, daß nach den Märzahlen Verbindungen zu einzelnen Gruppen des Zentralvereins „Fichte“ aufgenommen wurden und aus ihnen mehrere Jugendliche für den illegalen KJVD gewonnen werden konnten.

Eine erste aktive Gruppe läßt sich in Röttgersbach im April erkennen²¹⁵. Von

Aufenthalt der übrigen nicht ermittelt werden konnte, wurde wie bei anderen ehemaligen KJ-Unterinstruktoren, sofern nicht eine Publikationserlaubnis vorliegt, Namen nur abgekürzt wiedergegeben.

²¹² Vgl. Ermittlungsergebnisse HD-Gestapo 14 079 zu 6 OJs 10/36. Lemnitz stand bei der Gestapo in Verdacht, unter dem Decknamen „Fred“, seinerzeit „der geistige Urheber für den illegalen Aufbau des KJVD für den ganzen Niederrhein“ gewesen zu sein. Vgl. den von Krim.-Sekretär Horch unterzeichneten Bericht v. 8. 2. 1936 in 6 OJs 10/36 Bd. 5, Blatt 44 ff. Diese Annahme ist nicht belegbar, da außer Lemnitz im Bezirk Niederrhein vermutlich auch der Jugendinstrukteur Fritz Salomon unter dem Decknamen „Fred“ eine maßgebliche Rolle spielte (vgl. Seite 135). Sicher ist jedoch, daß Lemnitz einer der aktivsten Kommunisten zwischen Duisburg und Moers war. Noch kurz vor seiner (zweiten) Verhaftung im September 1933 hatte er von Moers aus auch in den illegalen Aufbau der KPD in Hamborn eingegriffen. Vgl. detaillierte Aussagen des damals von ihm eingesetzten Org.-Leiters A. E., der später emigrierte, am Spanienkrieg teilnahm, 1938 von Franco-Truppen gefangengenommen und anschließend an die Gestapo ausgeliefert wurde. 6 OJs 435/35. Aussagen vom 10. 8. 1939. Vgl. auch Aussagen F. D. v. 7. 7. 1941 in OJ 873/33.

²¹³ Vgl. Vernehmungsprotokolle aus OLG-Akte 6 OJs 262/36 in 6 OJs 222/36, Blatt 91 f.

²¹⁴ Jonny arbeitete eng mit dem Mitglied der illegalen KJVD-Unterbezirksleitung Fritz Sperling zusammen und dem aus der katholischen Jugend über die „Vitus-Heller-Bewegung“ zum KJVD gekommenen August Baumeister. B. hatte den Auftrag, den KJV im Stadtteil Neumühl zu reorganisieren. Er sollte die Funktion von „Jonny“ im Mai übernehmen, als dieser überraschend zum Arbeitsdienst eingezogen wurde. Dazu kam es aber nicht mehr. B. merkte rechtzeitig, daß die Gestapo hinter ihm her war, und flüchtete ins Saargebiet.

Bei den ersten illegalen Gruppenbildungen wurden hauptsächlich frühere Wanderbekanntschaften bzw. -freundschaften genutzt. HD-Gestapo 12 647, 35 419. Aussagen von Aug. B., Anklage u. Urteil im Prozeß vor dem OLG Hamm 1942, Aktz. 5 OJs 157/41. Nach Unterlagen des AFW Duisburg ZK 5124 wurde B. anschließend von Holland aus angeblich wieder für etwa ein Jahr in die illegale Arbeit nach Mönchengladbach geschickt. Er soll später schwerkrank über Frankreich nach Holland gekommen sein, wo er bis 1940 von der Roten Hilfe unterstützt wurde. Im August 1940 zwang seine ausweglose Lage ihn, sich einer deutschen Militärmission zu stellen. Am 24. 4. 1942 wurde er wegen seiner früheren illegalen Tätigkeit vom 2. Strafsenat des OLG Hamm zu 2 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt (5 OJs 157/41).

Vgl. Ermittlungsergebnisse 6 OJs 10/36 (Bd. 9).

²¹⁵ Die Entstehung der illegalen Gruppe geht auf persönliche Kontakte des erwähnten U.-B.-

ihr wurden illegale Schriften (insbesondere „Die junge Garde“) bis Frühjahr 1934 verbreitet²¹⁶. Im Mai 1933 erregte ein Flugblatt großes Aufsehen, das in vielen Exemplaren zwischen Alt-Hamborn und Neumühl aufgefunden wurde²¹⁷. Der Text reflektierte die Empörung über die von den Nationalsozialisten soeben brutal durchgeführte Gleichschaltung der Gewerkschaften. Es war gleichzeitig ein Aufruf an die Jugend, sich der illegalen kommunistischen Gewerkschaftsorganisation – RGO – anzuschließen. Die letzten Sätze lauteten:

„Jungarbeiter, antwortet!

Entfacht das revolutionäre Feuer des Marxismus in den Betrieben und Gewerkschaften, beschließt Proteststreiks. Macht die lügnerischen Versprechungen der Regierung zum Streik für die Gleichschalter. Tretet ein in die RGO, schließt Euch zusammen zu Oppositionsgruppen aller jungen Antifaschisten. Verbreitet die Presse der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Gebt eigene Zeitungen heraus. Verweigert die Verbreitung der faschistischen „Gewerkschaftspresse“ ... Stellt Euch hinter die revolutionären Betriebs- und Jugendvertrauensleute ... Kämpft für das Selbstbestimmungsrecht in den Gewerkschaften. Reißt alle mit in den Kampf um Eure täglichen Lebensforderungen. Mutig, kühn, entschlossen durch zähen tagtäglichen Kampf bereitet den Tag der Abrechnung mit dem mörderischen Faschismus vor.“

Bei jenen ersten Aktivitäten dürfte es sich jedoch noch um keine im größeren Maßstab koordinierten Aktionen gehandelt haben. Ansätze zum planmäßig organisierten Widerstand lassen sich erst ab Juni 1933 erkennen. Konkrete Anweisungen wurden auf einer geheimen Funktionärstagung in Hießfeld am Rothbach während der Pfingsttage erteilt. Dort hatten sich Duisburger KJVD-Führer und Mitglieder der illegalen Bezirksleitung „Ruhrgebiet“ zu einer Lagebesprechung eingefunden. Das Treffen war als Jugendzeltlager getarnt; es gelang, etwa 30 Jugendfunktionäre zu versammeln²¹⁸. U. a. war auch ein ZK-Mitglied aus Berlin gekommen, um Instruktionen zu erteilen²¹⁹. Im

Mitglieds Fritz M. zurück, der zum damaligen Zeitpunkt Instrukteur bei den „Jungen Pionieren“ in Hamborn war. M. war, nachdem er von der SAJ zum KJVD übergetreten war, 1932 vom ZK in Berlin geschult worden. Vgl. HD-Gestapo 60 594; Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft 6 OJs 10/36, Bd. 9 Anklageschrift, S. 126 f., 131.

²¹⁶ 6 OJs 10/36, Bd. 9, S. 127.

²¹⁷ Vgl. OJ 474/33, Abschrift des auszugsweise oben abgedruckten Flugblattes in der Akte Blatt 32.

²¹⁸ Aus Duisburg waren, soweit es die Gestapo- und Prozeßunterlagen zu erkennen geben, die bisher erwähnten illegal arbeitenden Jugendfunktionäre anwesend, ferner eine „Anni“. Vermutlich waren auch Funktionäre aus anderen Unterbezirken zugegen. Von der Bezirksleitung waren die Mitglieder Dr. Pinthus und Willi Rattai gekommen. Wer das ZK-Mitglied war, ließ sich nicht feststellen.

²¹⁹ Im einzelnen hierzu 6 OJs 10/36 Bd. 9, Anklageschrift S. 81–131. Die Feststellungen wurden von Willi Rattai soweit er sich noch erinnern konnte, bestätigt. Mündliche Auskunft anlässlich eines Interviews im Januar 1970. Kurt Klotzbach konnte ermitteln, daß im Sommer ein Hermann Grosse (nicht Fritz Grosse!) vom ZK ins Ruhrgebiet entsandt worden war; vgl. bei Klotzbach, a. a. O., S. 186. Es finden sich jedoch keine Anzeichen, daß dieser Funktionär in Hießfeld war. Nach mündlicher Auskunft Rattais habe er Horn oder ähnlich geheißen. Von diesem ZK-Funktionär wird berichtet, daß er am 1. Tag ein politisches Referat gehalten hat. Am folgenden Tag seien „Einzelbesprechungen“ geführt worden. 6 OJs 10/36, a. a. O.

Anschluß an dieses Treffen fand ein zweites in Alpes bei Moers statt²²⁰, ein drittes wurde bald darauf in der Kirchheller Heide abgehalten²²¹. Die geheimen Zusammenkünfte waren jedoch von der politischen Ia-Abteilung der Polizei beobachtet worden. Wenige Wochen später wurden schlagartig in Hamborn und Moers mehrere KJVD-Mitglieder verhaftet. Die Jugendfunktionäre August Baumeister, Fritz Sperrling und Otto Wiesner hatten noch rechtzeitig bemerkt, daß die Geheimpolizisten hinter ihnen her waren. Sie konnten im letzten Augenblick ins Ausland fliehen²²². K. S. und Karl Sauer wurden verhaftet²²³, im September nahm die Gestapo Alfred Lemnitz fest, kurz danach auch Rudolf Sch. aus Rheinhausen²²⁴. Damit war der erste illegale Organisationsansatz der Duisburger Jungkommunisten zusammengebrochen. Zur gleichen Zeit (August-September) hob die Gestapo die illegale Bezirksleitung in Essen aus²²⁵.

Nach dem Zusammenbruch der illegalen kommunistischen Jugendorganisation in Duisburg und Essen holte die KJ-Landesleitung den Metallarbeiter Ernst Wabra von der Emigrantenleitstelle (bzw. ZK-Außenbüro) Prag nach Berlin und schickte ihn von dort aus ins Ruhrgebiet. Wabra sollte nach den Anweisungen von Ewald Kaiser für den kurz vorher nach Holland geflohenen KJVD-Bezirksinstrukteur Franz Spanier einspringen²²⁶. Er tauchte dann bald (unter dem häufig verwendeten Decknamen „Karl“) im westlichen Westfalen auf. Wie zuvor Franz Spanier hatte er ebenfalls den Auftrag, die Lage in Hinblick auf Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit oppositionellen Gruppen der katholischen Jugend zu sondieren²²⁷. Es fehlen indessen Anzeichen, daß er sich über eine zweite Verhaftungswelle September–Oktober hinaus aktiv betätigen konnte.

Als die KJVD-Untergrundorganisation im Ruhrgebiet völlig festgefahren schien, entsandte das Jugend-ZK Ende Oktober die aus Bayern stammende, in Moskau geschulte, dann in Thüringen und später in der Pfalz eingesetzte Instruktorin Berta Karg nach Düsseldorf mit dem Auftrag, von dort aus den KJVD an Rhein und Ruhr neu zu organisieren²²⁸. (Sie hatte ihren neuen Auftrag von einem ZK-Mitglied in Berlin er-

²²⁰ 6 OJs 10/36 Urteil, S. 29 (Blatt 82 des Urteilsbandes).

²²¹ Auch hier war Lemnitz dabei, ferner eine „Anni“ und der vermutlich wichtigste Funktionär Sperrling. Vgl. Aussageabschriften Karl B. in OJ 38/34, II Blatt 120.

²²² 5 OJs 157/41; HD-Gestapo 2199/35 419/58 158/8004.

²²³ OJ 474/33; HD-Gestapo 52 032.

²²⁴ 6 OJs 10/36 Bd. 5, Aussageprotokoll v. 31. 1. 1936 (Karl Bi.).

²²⁵ Vgl. OJ 883/33; hierzu auch Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 187; Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 131.

²²⁶ Vgl. Aussage Wabra v. 1. 9. und 2. 10. 1934, Hamburg. Abschriften aus den Akten 15 J 370/34 in OJ 405/34. HD-Gestapo 36 822/66 734.

²²⁷ OJ 405/34 (Aussageabschriften ebenda). — Über seinen Auftrag zur Kontaktaufnahme mit der katholischen Jugend HD-Gestapo 42 388 Bd. 2, Blatt 333 ff., 342 ff. In einer in der DDR erschienenen Untersuchung über den Widerstand der Jungkommunisten findet sich ein Hinweis, daß Wabra anschließend als Instrukteur im Obergebiet Nord eingesetzt wurde. Karl Heinz Jahnke, a. a. O., S. 122. In Duisburg scheint mittlerweile ein Funktionär „Franz“, der früher eine führende Position in der RGO-Jugend von Ruhrort innegehabt haben muß, aus eigener Initiative versucht haben, Verbindungen sowohl zu den Duisburger KJVD-Restgruppen wie zwischen Duisburger und Bottroper KP-Funktionären aufrecht zu halten. OJ 306/34, OJ 310/34, 5 OJs 88/41. Dieser „Franz“ wird mehrfach erwähnt. HD-Gestapo 29 585 und OJ 306/34. Der Gestapo ist es jedoch nie gelungen, ihn zu ermitteln.

²²⁸ Karg war mit den Verhältnissen des Industriegebietes vermutlich gut vertraut. Die junge

halten, dessen Namen sie nach ihrer Verhaftung nicht preisgab. Herauszubekommen war nur, daß er in Berlin unter dem Decknamen „Rudi“ arbeitete.)

Berta Karg wirkte drei Monate im Westgebiet, während der sie Verbindungen zum ZK-Auslandsbüro in Amsterdam aufnahm. Im Dezember 1933 war sie unbemerkt über die Grenze nach Holland gelangt und zu Besprechungen nach Amsterdam und Paris gereist, wo sie ZK-Mitgliedern in Anwesenheit von Paul Becker (?), Henry Barbusse (damaliger Leiter des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus) einen ausführlichen Bericht über die Lage des KJVD im Rhein-Ruhr-Gebiet gab²²⁹.

Sie hatte ebenso Verbindungen zu „Rudi“ in der Berliner Landesleitung, von dem sie vermutlich einzelne Instruktionen (Namen, Adressen von zuverlässigen Kontaktpersonen) erhielt. Zusammenkünfte fanden in Köln statt, wo „Rudi“ in der Funktion eines Reichskuriers unter dem Decknamen „Karl“ erschienen sein soll²³⁰. (Über ihre weiteren Verbindungen u. a. zu Max Reimann und Kaplan Dr. Rossaint vgl. Gestapo Akte-HD-42 388.) Ihre Tätigkeit umfaßte Propagandaarbeit und präzise Berichterstattung an das ZK²³¹. Berta Karg arbeitete sehr systematisch und verbreitete Schritt für Schritt ihre Aktionsbasis von Düsseldorf aus ins links-niederrheinische Gebiet, das von ihr in drei „Oberbezirke“ aufgeteilt worden war²³². Sie hatte auch schon Fäden nach Duisburg gesponnen. Die weiteren Verbindungen sollte ein 20jähriger Verwaltungsanwärter aus Meiderich übernehmen. Es war kein Zufall, daß gerade ihm die Funktion eines Kontaktträgers zgedacht war. Benno Th. hatte bis zum 2. Mai 1933 der Angestelltengewerkschaft (ZdA) angehört. Er war Jungsozialist und Naturfreund gewesen. Th. hatte sich aber schon vor der Machtergreifung den Freidenkern zugewandt und, angeregt durch Fritz Sperrling, der auch dem ZdA angehörte aber nebenher politisch im KJVD aktiv war, hatte er sich intensiv mit Marxismus zu beschäftigen begonnen. Um die Marxschen Lehren besser studieren zu können, hatte er mit mehreren jüngeren, am gleichen Problem interessierten Duisburgern – sie kamen wohl alle aus der Naturfreunde-Bewegung – 1932 einen Zirkel gebildet, der sich „Masch“ nannte. Nicht Eingeweihte hätten dahinter „Maschinenschreibkurs“

Bayerin, Tochter eines Münchener Kaufmanns, kannte vom Jugend-ZK her Franz Spanier, der sie schon 1931 oder 1932 zu Vortragsreisen ins Ruhrgebiet und ins Rheinland gebracht hatte. In Baden und in der Pfalz hatte sie auch eng mit dem Duisburger KP-Reichstagsabgeordneten Franz Doll zusammengearbeitet, der aus Sicherheitsgründen nach dem Reichstagsbrand nicht im Ruhrgebiet eingesetzt war, sondern im Sommer oder Herbst die Funktion des „Oberberaters West“ übernommen hatte. 9 J 137/34 Anklage; HD-Gestapo 2202 und 27 753.

²²⁹ Vgl. im einzelnen Anklageschrift 9 J 137/34, S. 17 ff., 50 ff. (ORA) in HD-Gestapo 2202. — Über ihre Kontakte in Paris heißt es u. a. wörtlich „(...) in der Nähe Galerie Lafayette) ... wo sie mit dem Deutschen Paul Becker zusammentraf, der Mitglied des ZK des KJVD war ...“ (S. 52) — offensichtlich ein Hör- oder Schreibfehler (des Stenographen?). Ein ZK-Mitglied Paul Becker ist unbekannt. Entweder war es Arthur Becker oder Paul Bertz. — Es ist übrigens erstaunlich, wie es zu jener Zeit KJVD-Funktionären gelang, sich unbemerkt über große Distanzen zu bewegen. Vermutlich hatte hier der schon seit langem illegal bestehende Geheimapparat OMS (eine Art Lotsendienst des EKKI) die Hand im Spiel. Über die OMS vgl. bei Hermann Weber, a. a. O. Bd. 1, S. 298.

²³⁰ Da auch Ewald Kaiser unter diesem Namen im Westgebiet auftrat, könnte er sich hinter beiden Decknamen verborgen haben. Vgl. HD-Gestapo 27 753.

²³¹ So gibt es z. B. Berichte von ihr über das Vorgehen in Betrieben und im Arbeitsdienst. Auch sind von ihr verfaßte Flugblätter erhalten. Div. Abschriften in HD-Gestapo 27 753; insbes. 2202, Blatt 111 ff.

²³² 9 J 137/34. Einzelheiten sind der umfangreichen Anklageschrift zu entnehmen.

vermuten können. Die Abkürzung stand aber für „Marx-Schule“. Die „Masch“ war nach der Machtergreifung auseinandergebröckelt. Sie war indessen nicht bei den illegal arbeitenden Agitatoren des KJVD vergessen. Als Berta Karg die kommunistische Jugend wieder zu sammeln versuchte, klopfen sie bei Benno Th. an die Tür²³³. Ein großer freundlicher jüngerer Mann, der sich „Ernst“ nannte, erschien als erster im Herbst 1933, gab sich als Illegaler zu erkennen und bat um Unterkunft für ein paar Tage²³⁴. Benno Th. nahm ihn auf und erklärte sich nach einigen Gesprächen bereit, auf das eigentliche Anliegen von „Ernst“ einzugehen, in seiner Wohnung KJVD-Material, bestehend aus Zeitungen und Adressen, zu deponieren, um es für „Freunde“ bereitzuhalten, die, wie „Ernst“ ihm sagte, zu einer „Einheitsfront der Arbeiter“ gehörten. In den nächsten Monaten kamen dann Kuriere aus Düsseldorf. Sie brachten neues Material, und ihnen folgten junge Duisburger, die Th. ungefähr vom Gesicht her kannte, aber auch Unbekannte, vermutlich aus der Krefelder Gegend, die es wieder abholten²³⁵.

Wahrscheinlich hatte der junge Verwaltungsanwärter, der offiziell zwar 1931 der SPD beigetreten war, aber mehr nach links tendierte, und seinen politischen Standort noch nicht so recht gefunden hatte, selbst gar nicht bemerkt, daß er für die Organisatoren des illegalen KJVD ein „Testfall“ war, an dem vorsichtig geprüft werden sollte, inwieweit ein nicht in den KJVD integrierter jugendlicher Sympathisant als Brücke zu politisch noch nicht festgelegten Jugendlichen tragfähig sein könnte²³⁶.

Der Gestapo waren unterdessen die neuen kommunistischen Ansätze zur Bildung einer Einheitsfront in der Jugend nicht verborgen geblieben, und sie hatte auch bald herausbekommen, daß Benno Th. in seiner Wohnung eine Literaturanlaufstelle unterhielt und illegal arbeitenden bzw. untergetauchten KJVD-Funktionären Unterschlupf gewährte²³⁷. Er wurde am 7. Februar 1934 im Duisburger Polizeipräsidium festgenommen, nachdem im Zuge der Verhaftung von Mitgliedern des Jugend-ZKs in Berlin seine Adresse entdeckt worden war²³⁸.

Am 31. Januar 1934 war schon Berta Karg in Düsseldorf verhaftet worden²³⁹. Sie

²³³ Den Kurierdienst zwischen Düsseldorf und Duisburg-Meiderich besorgte Berta Kargs Mitarbeiter Ignatz K., ein junger Installateur, der aus der katholischen Jugend kam, aber schon seit 1930 Mitglied des KJVD war. HD-Gestapo 63 503; Auszüge aus den Berichten von Berta Karg. HD-Gestapo 2202, Blatt 111 f.

²³⁴ Mündl. Auskunft Bernhard Th. an den Verfasser. Ergänzungsinterview Duisburg, 9. 6. 1972. Vgl. auch OJ 832/34 (Aussagen und Urteil).

²³⁵ Mündl. Auskunft Bernhard Th. Sie deckt sich im wesentlichen mit den im Frühjahr 1934 angestellten Ermittlungen des Gen.Staatsanw. in Hamm. Vgl. OJ 711/33 und OJ 287/34.

²³⁶ Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist, daß Th. sich an „irgendwelche Hinweise“ auf August Kordaß (Inhaber der Hamborner Brotfabrik „Germania“, in der ab Herbst 1933 Sozialdemokraten als Brotfahrer Unterschlupf gefunden hatten (vgl. Kapitel „Der sozialdemokratische Widerstand“), erinnern kann, nicht aber zu sagen vermochte, was mit diesen Hinweisen konkret gemeint war. Mündl. Ausk. an den Verf. Das Gespräch hatte sogar ergeben, daß Th. bisher nicht einmal gewußt hatte, welche Rolle die „Germania“ tatsächlich spielte.

²³⁷ Anklage OJ 832/34 mit OJ 287/34.

²³⁸ HD-Gestapo 63 527 OJ 832/34.

²³⁹ Ihre engsten Mitarbeiter in der Düsseldorfer Bezirksleitung waren Ignatz Krucza und der Düsseldorfer KJVD-Funktionär Hans Jennes, der bereits vorher mit Fritz Sbosny dem Berliner Instrukteur Fritz Reuter erfolgreich am Wiederaufbau des KJVD im Bezirk Niederrhein gewirkt hatte. Vgl. OJ 137/34 Urteil v. 25. 6. 1935 mit Aussagen in HD-Gestapo H 25/35 Stapo 42 388 Bd. 2.

wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt²⁴⁰. Das von der Gestapo bei ihr gefundene Material wie die von ihr erzwungenen Aussagen vermitteln ein eindrucksvolles Bild ihrer Aktivität während der kurzen Zeit von November 1933 bis Januar 1934. Nach ihrer Verhaftung rissen die gerade wieder locker geknüpften überregionalen Verbindungen abermals ab²⁴¹. Das Fehlen der aktiven Führer machte sich bereits bemerkbar. Die illegale Arbeit war äußerst gefährlich geworden. Die nationalsozialistischen Verfolgungskommandos griffen brutal durch. Man liest in einem der später von der Gestapo bei Berta Karg gefundenen Berichte:

„Die Inhaftierten sind von SA und SS grausam geschlagen und gefoltert ... Durch diese Verhaftungen hat man sich in der gesamten Org. eine ... Spitzelpsychose eingeschlichen, gegen die wir einen sehr ernsthaften Kampf zu führen haben. Ebenfalls hat sich eine bestimmte Depressionsstimmung ausgelöst. ...“²⁴²

Aber in Moskau sah man die Dinge anders. Die Komintern glaubte immer noch, daß in Deutschland eine revolutionäre Lage entstanden sei und erteilte entsprechende Instruktionen an die illegale Organisation der jungen Kommunisten. Sie lasen in Mitteilungsblättern, die ihnen über den Technischen Apparat zugeleitet wurden zu dieser Zeit noch:

„... Man muß entschlossen die Stärkung der Parteiführung und die Festigung des Parteikerns in allen Organisationseinheiten anstreben. Es muß in allen KJI-Organisationen ausnahmslos ein bolschewistischer Kampf geführt werden, um die Durchführung der Weisung des XII. Ekki-Plenum [Dezember 1933], daß die gesamte Lage von den kommunistischen Parteien die gleichzeitige Vorbereitung von Kadern für die Illegalität, die ernsthafte Organisierung des Kampfes ... die Kombinierung der Methoden der strengsten Konspiration mit der maximalen Sicherung der besten Verbindungen mit den Massen, die Überwindung des Schematismus in der Struktur und in der Arbeit der illegalen Organisationen selbst fordert. In allen KJV-Organisationen ist unverzüglich ein vertieftes Studium der revolutionären Theorie des Proletariats – Marx – Engels – Lenin – Stalin – zu entfalten und eine wirkliche bolschewistische Anwendung derselben im täglichen Kampf zu erreichen.“²⁴³

²⁴⁰ VG Urteil 9 J 137/34
1 H 25/35

²⁴¹ Zu dieser Zeit muß sich auch Sperrling wieder abgesetzt haben, denn während der nächsten drei Monate ist von ihm keine Spur zu entdecken. Von Oberhausen, wo mit Sperrlings Hilfe eine KJVD-Bezirksleitung kurz vorher notdürftig neu aufgebaut worden war, scheint außer dem erwähnten Kurierdienst für den Schriftentransport kein Kontakt bestanden zu haben. Über Sperrlings illegale Betätigung in Oberhausen HD-Gestapo 47 545.

²⁴² Bericht aufgenommen in Anklage 9 J 137/34, S. 34. Vgl. HD-Gestapo 2202, Blatt 88 ff.

²⁴³ Aus einer im Frühjahr 1934 verbreiteten kommunistischen Tarnschrift „Der praktische Schachspieler“, S. 92 f., Fundstelle: OJ 786/34.

2.12 Neue Organisationsansätze im westlichen Ruhrgebiet. Frühjahr 1934

Trotz der zunehmend gefährlicher gewordenen Lage entsandte der (damalige) Oberberater West „Hans“²⁴⁴ im April 1934 den Stuttgarter Maurer, Alfred Hausser, der sich schon an verschiedenen Orten illegal betätigt hatte, ins Ruhrgebiet. Er war vorher in Amsterdam geschult worden und hatte u. a. den Auftrag, sich um Kontakte zur katholischen Jugend (!) zu bemühen²⁴⁵, die schon von Berta Karg angebahnt worden waren. Diesen Teil seines Auftrages hat Hausser offenbar nicht erfüllen können. Es gelang ihm jedoch, wieder KJVD-Kader in Essen und Oberhausen zu schaffen, auch die Herstellung illegaler Schriften („Die junge Ruhrgarde“) in Oberhausen, wie deren Weiterleitung an mehrere Ruhrstädte zu organisieren²⁴⁶. (Illegale Schriften wurden über einen Kurier „Rolf“ von Oberhausen auch für den KJVD nach Duisburg gebracht.) Hausser scheint trotz seiner Anfangserfolge den Erwartungen des ZK nicht genügt zu haben. Er wurde bald mit einer anderen Funktion betraut, nach Chemnitz versetzt, wo er kurze Zeit später von der Gestapo verhaftet wurde²⁴⁷.

Während seines Aufenthaltes im Ruhrgebiet waren im westlichen Teil des Bezirks und im linksrheinischen Gebiet noch drei weitere Funktionäre hervorgetreten. Es waren dies der Oberhausener Willi Rentmeister²⁴⁸, Rudolf Salomon aus Homberg und der schon erwähnte Fritz Sperrling aus Hamborn, Mitbegründer der ersten illegalen KJVD-Unterbezirksleitung in Duisburg (vgl. S. 127). Fritz Sperrling (Deckname vermutlich „Schorsch“)²⁴⁹, der nach der Verhaftungsaktion im Spätsommer 1933 aus Duisburg geflüchtet war, kam überraschend im April 1934 wieder zurück. Er versteckte sich in Meiderich bei dem Lokomotivführer M. (der ein Verbindungsmann zur illegalen KP-Bezirksleitung des Ruhrbezirks war²⁵⁰) und versuchte von dessen Wohnung aus zu ehemaligen KJVD-Mitgliedern Kontakt aufzunehmen, was durch M.s Vermittlung auch gelang. Verschiedene Aussagen deuten darauf hin, daß er sich in der Zwischenzeit in Holland aufgehalten hatte und von dort aus mit der Funktion eines Gebietsinstruktors eingesetzt worden war²⁵¹. Er war mehrmals auch in Ober-

²⁴⁴ HD-Gestapo 42 388 Bd. 1 (betr. Dr. Rossaint), Aussage Hausser v. 10. 8. 1936.

²⁴⁵ a. a. O., ebenda. Nach Berichten eines Augenzeugen muß sich kurz zuvor noch Erich Honecker als KJVD-Instrukteur im Ruhrgebiet betätigt haben.

²⁴⁶ 5 Os 36/35 Anklage gegen Richard Titze u. a.

²⁴⁷ 5 OJs 36/35 Anklage.

²⁴⁸ Pol. Berichte HD-Gestapo 41 150/47 545. Rentmeister wurde, nachdem der kommunistische Abwehrdienst herausbekommen hatte, daß die Gestapo ihm auf der Spur war, über einen Kurier nach Holland geholt, wo er zunächst beim Jugend-ZK in Amsterdam an der Herstellung einer antifaschistischen Propagandazeitung mitwirkte; später wurde er als Schulungsleiter in der Haager Emigrantenzentrale eingesetzt, 1941 nach dem Einmarsch der deutschen Truppen entdeckt und verhaftet. HD-Gestapo 47 545.

²⁴⁹ Sperrling war, lt. Ermittlung der Gestapo, am 11. 10. 1911 in Algeringen, Elsaß-Lothringen geboren, zuletzt wohnhaft in Dbg.-Hamborn, von Beruf Buchhalter, Religion: katholisch. Vgl. Vermerke in HD-Gestapo 58 176. Hiernach auch 1933 in Schutzhaft gewesen, wofür es sonst keine Anhaltspunkte gibt. Betr. Deckname vgl. auch Aussagen von Willi Rentmeister; ein bestätigender Hinweis findet sich in den Aussagen Jul K. v. 3. 12. 1934 in 5 OJ 81/34 Bd. IV, Blatt 13.

²⁵⁰ OJ 388/34, Bd. 4, Anklage; Bd. 1, Blatt 88 f.; vgl. auch Abschnitt 1.14. eines Zentrums der illegalen KPD in Hamborn“.

²⁵¹ Vgl. Aussagen in den Akten 6 OJs 10/36. Auch das Büro des Jugend-ZK für Westdeutschland (die spätere „Abschnittsleitung-West“) war in Amsterdam. Schlüssig aus den zit. Gestapo-Akten.

hausen, wo er sich mit dem anderen Instrukteur, Willi Rentmeister²⁵², traf. — Es hat den Anschein, daß man damals schon, d. h. früher als bei den übrigen KP-Organisationen dazu übergang, den Wiederaufbau des KJVD durch eine lockere Organisation zu versuchen und den Schwerpunkt statt wie bisher, pyramidenförmig mit Bezirksleitung, Unterbezirksleitungen (bzw. „Instruktionsgebiete“), Ortsgruppen resp. Stadtteileitungen und Zellen mehr auf die Initiative einzelner Instrukteure zu legen²⁵³. Sperrling war im Mai wieder aus Duisburg verschwunden²⁵⁴. Er hatte Verbindungen hergestellt, an die sich nachfolgende Instrukteure halten konnten.

2.13 Ein Instrukteur namens „Theo“. Vergebliche Bemühungen um Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Jugendverband (SJV)

Am 23./24. Juni 1934 wurde in Essen der Gauparteitag eröffnet. Goebbels kam nach Duisburg. Die „National-Zeitung“ berichtete in Großaufmachung:

„Wir wollen über den Tag hinaus Geschichte machen! Bedeutsame Rede des Reichspropagandaministers vor der HJ... Der Tag war ein überwältigendes Bekenntnis zur NSDAP... Zehntausende im Duisburger Stadion... Den Höhepunkt erreichte der Jubel aber erst, als Pg. Dr. Goebbels im offenen Wagen durch die Straßen der Innenstadt fuhr, die in ein Meer von Fahnen getaucht sind...“²⁵⁵

²⁵² Aussage Willi Rentmeister v. 26. 5. 1941. Abschrift in HD-Gestapo 47 545. Von Salomon ist bekannt, daß er mit Rentmeister und Sperrling eng zusammengearbeitet hat, außerordentlich rührig war, besonders im linksrheinischen Gebiet, wo er vermutlich unter dem Decknamen „Fritz“ auftrat. Er wurde im Sommer 1934 zur KJVD-Auslandsleitung nach Amsterdam geholt und soll später im Spanienkrieg gefallen sein. Vgl. OJ 310/34 mit Aussagen Willi Rentmeister vom 26. 5. 1941 aus 5 OJs 88/41 Bd. 3. Abschriften auch in HD-Gestapo 47 545. Zur Zeit seines Wirkens wurden in Homberg und in Moers die Schriften „Schlußrede Dimitroffs“ und die für Funktionäre bestimmte Schrift „Der Pionier“ verbreitet. OJ 310/34 Anklage. Salomons Nachfolger wurde ein gewisser „Fred“, über den Willi Rentmeister weitere Anweisungen für die Arbeit in den ihm zugewiesenen Städten (u. a. Bochum und Gelsenkirchen) bekam. Willi Rentmeister war zu dieser Zeit neben Salomon und dem Duisburger Fritz Sperrling einer der aktivsten Funktionäre im westlichen Ruhrgebiet. Ungeklärt ist, ob dieser „Fred“ mit Alfred Lemnitz identisch war, von dem die Gestapo vermutete, daß er unter dem Decknamen „Fred“ den KJVD im linksrheinischen Gebiet neu aufzubauen versucht hatte. Da Lemnitz jedoch schon im September verhaftet wurde, erscheint es zweifelhaft, daß der hier erwähnte „Fred“ auch Lemnitz war; die zeitlichen Angaben können andererseits natürlich etwas gerafft bzw. auseinandergezogen sein; dann wäre es tatsächlich Lemnitz gewesen, „Schorsch“ = Sperrling evtl. dessen Nachfolger. Daß beide über das linksrheinische bzw. Duisburger Stadtgebiet hinausreichende Funktionen hatten, ist ziemlich sicher. Sämtliche der hier zitierten Akten geben hingegen deutlich zu erkennen, daß die Operationen zum Neuaufbau des KJVD in Duisburg (Hamborn) überwiegend vom linksrheinischen Gebiet aus Düsseldorf, Rheinhausen, Moers, geführt wurden. Nach Auskunft eines ehem. Verbindungsmannes im Duisburger (Meidericher) KJVD soll damals auch Karl Schirdewan im Bezirk gearbeitet haben. Die Rolle Schirdewans ist im dunkeln geblieben, wie von vielen, die im Geheimapparat der KP tätig waren. Ein Hinweis auf seine Zusammenarbeit mit Wollenberg findet sich bei Hermann Weber, a. a. O., Bd. 2, S. 349.

²⁵³ Vgl. OJ 388/34 Bd. 4, Aussageprotokolle.

²⁵⁴ Einen ausführlichen Bericht über seine Kontaktaufnahme mit Hinweis auf seinen weiteren Aufenthalt in Holland, vgl. Aussageprotokoll O. R. v. 4. 2. 1936 in HD-Gestapo 14 079, Blatt 426 f.

²⁵⁵ NZ Nr. 171 v. 24. Juni „Brachet“ 1934, Titelseite.

Wenige Tage später traf in Duisburg ein Instrukteur „Theo“ ein. Er wurde von einem anderen Instrukteur „Karl“²⁵⁶ erwartet, der ihn mit Geld versorgte. „Theo“ war Gustav Köhler, ein junger Arbeiter aus Lörrach, der über die Schweiz nach Saarbrücken geflohen war, dort von der kommunistischen Emigrantenkommission (ZK-Büro?) als Jugend-Instrukteur ausgebildet worden war und nun seinen ersten Auftrag auszuführen hatte²⁵⁷. Dieser lautete: Fühlungnahme mit früheren KJVD-Mitgliedern, Aufbau neuer Zellen im Stadtgebiet von Duisburg und Meiderich²⁵⁸. „Karl“ sollte ihn mit V-Männern zusammenführen. Wie sich später herausstellte, hatte „Karl“ ihm auch Verbindung zu einer Gruppe des Technischen Apparates der KP verschafft, durch die damals an Instrukteure illegale Schriften ausgegeben wurden²⁵⁹. Köhler hatte schon bald Kontakt mit der Hamborner Instruktorin Olga R., einer Jugendfreundin Sperrlings, zur anfangs erwähnten Ehepaar-Verkäuferin Martha Hadinsky und mit dem ehemaligen Jugend-Org.-Leiter von Neudorf, Walter K.²⁶⁰. Sie brachten ihn mit weiteren Gesinnungsfreunden zusammen, von denen er vier zu einem kleinen Spezialtrupp zusammenfaßte, mit dessen Hilfe er über weitere Mittelsmänner in Hamborn, Neudorf und Meiderich eine größere Anzahl der „Roten Fahne“, „Inprekorr“ und „Die junge Garde“ in unentdeckt gebliebenen Kanäle weiterschleuste²⁶¹. Außerdem streute Köhlers kleine Mannschaft in Mengen selbstverfertigte Handzettel aus. Auf ihnen stand: „Nieder mit dem Kriegshetzer Hitler! Es lebe Räte Deutschland!“ – „Es lebe die Einheitsfront aller Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg!“²⁶² Köhler versuchte auch mehrmals zu früheren SJV-Mitgliedern Verbindung zu bekommen. Martha Hadinsky sondierte die Lage bei einigen Mitgliedern der SAP-Jugend²⁶³. Aber diese lehnten ab. Sie schickten statt einer Antwort Martha Ha-

²⁵⁶ Nach den Ermittlungen der Gestapo handelte es sich bei diesem „Karl“ um den vermutlich aus Berlin stammenden Funktionär Max Stoye, der 1941 festgenommen sein soll. Vgl. HD-Gestapo 25 274 und HD-Gestapo 36 365 mit Hinweis auf einen VG-Prozeß 10 J 170/42, über den wir bisher noch keine Akten auffinden konnten.

²⁵⁷ Köhler hatte 1930 in Lörrach der KPD und der RGO angehört, war dann von der KP und RGO ausgeschlossen, aber bis zur Machtergreifung im „Roten Sport“ organisiert geblieben. Nach der Machtergreifung war er zunächst in die Schweiz geflohen. Dort hatte gegen ihn wegen Teilnahme an einer verbotenen KP-Demonstration noch aus dem Jahre 1930 ein Ausweisungsbeschuß vorgelegen, und er hatte deshalb seine Flucht ins Saargebiet fortsetzen müssen. Er bekam Verbindung zur kommunistischen Emigrantenkommission in Saarbrücken. Vgl. OJ 841/34 Bd. 3, Anklage, HD-Gestapo 25 274, Aussageprotokolle in beiden Akten.

²⁵⁸ OJ 841/34, ebenda.

²⁵⁹ Es handelte sich um jenes Verteilerzentrum, über das u. a. die von den Rheinschiffern aus Holland eingeschmuggelte Material weitergeleitet wurde. Köhler erhielt im Juli angeblich 20 Exemplare (je?) „Inprekorr“ und „Die Rote Fahne“. OJs 37/35, Anklage S. 16. Vgl. im einzelnen Abschnitt Technik der Nachrichtenverbreitung. „Die junge Garde“ scheint indessen von einer anderen, nicht näher erwähnten Quelle bezogen worden zu sein. Zum fraglichen Zeitpunkt sollen in einer Kölner Geheimdruckerei 10 000 Exemplare „Junge Garde“ hergestellt worden sein, wovon 1000 vermutlich für den Bezirk Niederrhein nach Düsseldorf gebracht wurden. Von dort aus sollen schon vorher Schriften, u. a. auch die „Rote Fahne“ regelmäßig von einem Kurier aus Duisburg abgeholt worden sein. Vgl. HD-Gestapo 23 099, Blatt 45 ff.

²⁶⁰ HD-Gestapo 17 584, 49 985.

²⁶¹ OJ 841/34 Urteil, S. 22, 6 OJs 37/35 Anklage, S. 16.

²⁶² Vgl. OJ 841/34 Bd. 3, Blatt 21 ff.

²⁶³ Über die Aktivität der SAP vgl. A, 2.23.

dinsky mit einem Exemplar des „Banners“ (das illegale Informations- und Propagandaorgan der SAP) für „Theo“ zurück²⁶⁴. Die Einheitsfront zwischen Jungkommunisten und den „linken“ Sozialisten kam in Duisburg nicht zustande.

Acht Wochen nach seiner Ankunft wurde „Theo“, alias Gustav Köhler und seine Gruppe von der Gestapo entdeckt und verhaftet²⁶⁵.

Die Öffentlichkeit erfuhr von der fieberhaften Tätigkeit der Gestapo bei ihrer Fahndungsjagd auf die in Duisburg wieder bemerkbar gewordenen KJVD-Gruppen nichts. Genau so wenig wie drei Monate zuvor, als ein großer Teil der von Ählig heimlich aufgebauten RGO in Hamburg entdeckt worden war²⁶⁶. Die inzwischen gleichgeschaltete Presse brachte in jenen Tagen eine Balkenüberschrift nach der anderen über den „Putschversuch der Verräter an Nation und Volksgemeinschaft“. – „Röhm und Mittäter“ war das beherrschende Thema über Wochen hinaus. Schleicher wurden geheime Beziehungen zu Frankreich zur Last gelegt. – Dankesworte des (wenige Wochen später verstorbenen) Reichspräsidenten Hindenburg für Hitlers „mutige Tat“ zur Vernichtung der Verräter der Nation in Großaufmachung. Der übrige Teil war den Aufbauleistungen des Nationalsozialistischen Staates, der „nationalen Sendung des deutschen Arbeiters“ und dem Kampf der Saarbevölkerung um die Rückkehr ins Reich gewidmet²⁶⁷. Baldur von Schirach schrieb über die Aufgaben der Eltern: es müsse ihr höchstes Ziel sein, durch nationalsozialistische Erziehung der Jugend die Einheit von Volk und Führer unzertrennlich zusammenzuschweißen. In Ormterberg, unweit Duisburg, im Kreise Moers, entstand eine, die bisher größte Zeltstadt der HJ. 400 Jugendliche, Jungarbeiter und Erwerbslose der Hitlerjugend sollten hier einen einwöchigen Urlaub verbringen. Gebietsjungvolkführer Heinz Dieter erklärte bei der Eröffnungsfeier:

„Die Hitlerjugend hat ihr Wort gegeben, ihr ganzes Leben in den Dienst am Volk zu stellen. Jeder Hitlerjunge und Jungpimpf muß daran denken, daß er in diesem Lager acht Tage weile, um einmal das harte Gesetz des Nationalsozialismus zu leben. Jeder solle daran denken, daß er dem Volke gehöre . . .“²⁶⁸

Während in der HJ-Zeltstadt Oermterberg die Arbeiterjugend in markig-ehrem Geist nationalsozialistischer Weltanschauung gedrillt wurde, berichtete ein Mitteilungsblatt des illegalen KJVD – „Westdeutsche Kampferfahrungen“ – von kommunistischen

²⁶⁴ 6 OJs 10/36 Anklage und Urteilsgründe zu Anklage Nr. 53 und 58 mit Aussagen HD-Gestapo 14 079.

²⁶⁵ Wie die Gestapo der Gruppe auf die Spur gekommen war, geht aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor. Zu bemerken ist, daß Köhler in den Verhandlungen eine Verbindung zu der oben erwähnten, später verhafteten Olga R. und damit zu einer vermutlich größeren Gruppe in Hamborn nicht preisgegeben hat. Am 21. 5. 1935 verurteilte der II. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm in Westfalen wegen Vorbereitung zum Hochverrat: Gustav Köhler zu acht Jahren Zuchthaus, die übrigen Mitglieder der Gruppe: Gerhard W. zu fünf Jahren und sechs Monaten, Heinrich E. zu vier Jahren und sechs Monaten, Heinrich T. zu drei Jahren Zuchthaus, Ernst F. zu zwei Jahren und sechs Monaten, Heinrich J. zu zwei Jahren, zwei Monaten und Hermann B. zu zwei Jahren Gefängnis. Der älteste der Gruppe, Heinrich T., war im Jahr seiner Verurteilung 32 Jahre alt, die beiden jüngsten, Heinrich J. und Hermann B., 20 Jahre. Vgl. OJ 841/34 Urteil.

²⁶⁶ Vgl. Abschnitt 1.12, 1.13.

²⁶⁷ Vgl. „National-Zeitung“, „Rhein und Ruhr Zeitung“, Juli/August 1934, Stadtarchiv Duisburg.

²⁶⁸ Vgl. Bericht in der „Rhein und Ruhr Zeitung“ Nr. 193 v. 16. 7. 1934.

Zersetzungserfolgen in der HJ²⁶⁹. Der Bericht entsprach nicht der Realität. Die Tatsache, daß in Duisburg nur ein Fall bekannt geworden ist, in dem mit Sicherheit nachgewiesen werden kann, daß ein Hitlerjunge sich dem illegalen KJVD anschloß²⁷⁰, weist darauf hin, daß die Kommunisten in Duisburg auf die jüngeren Jahrgänge der Arbeiterjugend in der HJ 1934 keine Anziehungskraft mehr ausüben konnten.

In den Spitzengremien der Kommunisten aber verschloß man sich auch jetzt noch vor der Wirklichkeit. In den Moskauer Konferenzen der Politkommission der kommunistischen Internationale, dem Exekutivkomitee der KJ und dem Politbüro der KPD, in denen zwischen Oktober 1934 und Februar 1935 die Lage in Deutschland analysiert wurde, setzten die um die ideologische Einheit besorgten Kräfte durch, daß der Thälmann-Kurs weiterhin eingehalten werde²⁷¹. In den Resolutionen der Moskauer Konferenz wurde u. a. festgelegt:

„Die Wendung der Partei in der revolutionären Massenpolitik muß ihren besonderen Ausdruck finden in einer wirklichen Orientierung der Partei auf die Jugend, in der vollen Verantwortlichkeit für die Vernichtung des faschistischen Einflusses in der werktätigen Jugend und in ihrer Gewinnung für den Klassenkampf²⁷².

²⁶⁹ „... Unsere Zelle besteht bereits eine Zeitlang. Mit zwei Genossen sind wir angefangen und haben nach und nach neue Jungarbeiter, die zwangsmäßig in die HJ eingegliedert, gewonnen. Unsere erste Tätigkeit bestand vor allem darin, unsere „Junge Garde“ zu verbreiten. Sie wurde gern gekauft und ging in den meisten Fällen, ohne daß einer merkte, woher sie kam, von Hand zu Hand weiter. Mit der Zeit wurden die Unzufriedenheiten unter unseren Kameraden immer größer.
... In allen Fragen, die in unserer Schar auftauchten, versuchten wir zu diskutieren und die Unzufriedenheit zu steigern. Unsere Arbeit hatte Erfolg. Auf mehreren Scharabenden wurde bereits angekündigt, daß, wenn wir uns nicht besserten, die ganze Schar einfach aufgelöst würde.

... Auf vier Punkte müssen wir besonders achten:

- I. Sofort auf alle Ereignisse in der Schar und im alltäglichen Leben reagieren, Forderungen aufstellen und Kampfmaßnahmen vorschlagen.
- II. Regelmäßig Material an unsere Kameraden herausgeben, wie Oppositionsbriefe, Zeitungen, usw.
- III. Die Basis unserer Zelle noch mehr erweitern durch Werbung neuer Mitglieder im Thälmann-Aufgebot und vor allem durch Zusammenfassung aller Oppositionellen unzufriedener Kameraden in revolutionäre Gruppen, Zirkel, usw.
- IV. Trotzdem von unserer Zelle bis jetzt noch keine Genossen verhaftet wurden, unsere konspirative Arbeit überprüfen und Lehren aus den Erfahrungen ziehen.*“

* Hektografiertes Abzug des Originals in HD-Gestapo 39 630. Aus mehreren Textstellen des Blattes geht hervor, daß sich der Bericht auf das Rhein-Ruhrgebiet bezieht, einige Exemplare wurden am 2. September 1934 am Rheinufer in der Nähe von Breisach-Baden gefunden (Vgl. Vorgänge in HD-Gestapo 39 630). — Nach den Ermittlungen der Gestapo wurden die „Westdeutschen Kampferfahrungen“ von Fritz Grosse zusammengestellt, der zu dieser Zeit — nach vorherigem Aufenthalt in Holland, Moskau und Berlin — persönlich im Ruhrgebiet war. Er wurde im August 1934 verhaftet. Vgl. HD-Gestapo 4900, VG 17/J 387/34 und OJ 883/33.

9 J 484/34

²⁷⁰ Es war ein Jungvolk-Fähnleinführer, der, wie seine Eltern, der Sekte der Ernsten Bibelforscher angehörte. Vgl. 6 OJ 10/36 Urteil, Anklage Nr. 51.

²⁷¹ Karl Heinz Jahnke, a. a. O., S. 75 f.

²⁷² Zitiert nach Jahnke, a. a. O., S. 91.

Die Eroberung der Masse der jungen Arbeiter ist nicht eine Sache des KJVD allein, sondern stellt eine der wichtigsten Teilaufgaben der Gesamtpartei dar²⁷³.

2.2 Die Kampfbereitschaft erlahmt

2.21 Häufiges Revirement illegaler Instrukteure. Unsicherheit in den Basisgruppen

In konsequenter Befolgung der auf höchster Ebene gefaßten Beschlüsse setzte das ZK nach der Verhaftung von Köhler sofort neue illegale Instrukteure in Duisburg ein. Im Herbst 1934 erschien im nördlichen Stadtteil von Hamborn „Lutze“. Er nahm mit dem Bergmann Ferdinand Jahny²⁷⁴ der sich zu dieser Zeit als KP-Instrukteur in Moers betätigte, Kontakt auf und stellte Verbindungen über einen Altkommunisten Valentin M., mit Olga R., Erwin HK. und der Ehepaar-Verkäuferin Martha Hadinsky her. Es gelang auch, je eine Jugendzelle in Marxloh, in Obermarxloh, Beeck, Neumühl und Meiderich zu bilden²⁷⁵. Die Mitglieder der neuen Zellen entrichteten nachweislich (bis Februar 1935) Beiträge an den von Valentin M. im Auftrag von „Lutze“ eingesetzten Kassierer Erwin HK²⁷⁶.

Nach „Lutze“ kam „Konrad“. Hinter diesem Decknamen verbarg sich ein Abiturient aus Berlin. Sein richtiger Name war Ulrich Osche. Osche, nach dem Abitur als Chemigraph ausgebildet, gehörte der Jugend-RGO an und war schon zur Zeit der Machtergreifung einer der führenden Funktionäre in den Graphischen Betrieben Berlins. Bis Anfang 1934, als die Arbeit der Jugend-RGO eingestellt wurde, hatte er dort mehrere illegale Gruppen organisiert, war im März 1934 zum Jugend-ZK nach Amsterdam geholt worden, wo er zunächst die Anweisung erhielt, sich nach Moers zu begeben, um von dort aus den Aufbau illegaler KJVD-Zellen hauptsächlich im linksrheinischen Gebiet zu versuchen²⁷⁷. Der Versuch scheiterte. Der für Moers vorgesehene Vertrauensmann wohnte in Rheinhausen. Er hatte keine Verbindungen nach Moers²⁷⁸. Osche schlug sich daraufhin wieder nach Amsterdam durch und erhielt

²⁷³ Zitiert nach Jahnke, a. a. O., S. 92.

²⁷⁴ 5 OJs 387/35 mit Aussageprotokollen 6 OJs 10/36. Wer „Lutze“ war, blieb ungeklärt; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Jahny und „Lutze“ identisch waren. K. S. meinte in einem Gespräch mit dem Verfasser im Februar 1969, er glaube sich erinnern zu können, daß Jahny unter diesem Decknamen selbst aufgetreten sei. Möglicherweise hatte J. seine eigene Arbeit der Gestapo dargestellt, aber so geschickt sich selbst und „Lutze“ auseinandergelassen, daß die Gestapo darauf hereinfiel. Tatsächlich fällt auf, daß „Lutze“ in den Akten stets nur in Verbindung mit Jahny auftritt. Jahny war maßgeblich an der Spaltung der SAJ 1931 in Duisburg beteiligt gewesen und verfügte aus dieser Zeit wahrscheinlich noch über Kontakte zum KJVD in Hamborn (vgl. S. 127). Jahny („Lutze“?) fiel der Gestapo in die Hände. Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und kurz vor Einmarsch der Alliierten aus der Strafanstalt Remscheid-Lüttringhausen abgeholt und am 13. April 1945 von SS-Schergen in der Nähe von Langenfeld erschossen. Vgl. Akte AfW-Duisburg ZK 204 039.

²⁷⁵ HD-Gestapo 285, 6531, 17 079, 5 OJs 387/35, 6 OJs 10/36, Anklage Nr. 48.

²⁷⁶ Anklage und Urteilsgründe im Verfahren gegen Erwin HK. 6 OJs 10/36 Anklage Nr. 48

²⁷⁷ HD-Gestapo 53 747 Blatt 79 ff.

²⁷⁸ Aussage v. 30. 3. 1936 in HD-Gestapo 53 747.

im Januar 1935 den Auftrag, sich nach Duisburg zu begeben, um zu den hier noch vorhandenen Zellen Verbindung zu bekommen. Namen und Adressen erfuhr er in Duisburg von Instruktoren der damals unter Grzeschik in Essen neu gebildeten illegalen KP-Bezirksleitung²⁷⁹. Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß Osche zwischen Februar und Juni 1935 Verbindung mit Erwin Hk., Olga R., Karl Sauer und einem Hermann Bo. in Hamborn hatte²⁸⁰. Sicher ist, daß es ihm gelang, an die Duisburger Zellen wieder die „Junge Garde“ (die jetzt wohl nur noch in Holland, Österreich und in der Schweiz gedruckt werden konnte)²⁸¹ heranzubringen²⁸². Im Juli fühlte er sich beobachtet und wandte sich deswegen an einen der Essener Verbindungsleute. Dieser schickte ihn unverzüglich nach Holland zurück²⁸³.

Die auswärtigen Instruktoren, unter denen nach Osche ein „Jupp“ (vermutlich Hans Jennes aus Düsseldorf) besonders hervortrat, hatten einige der früheren Duisburger KJVD-Funktionäre, die inzwischen aus der Schutzhaft entlassen waren, wieder als Instruktoren einsetzen können. Mit ihrer Hilfe hatten die Kommunisten versucht, aus ehemaligen Jungkommunisten ein Kader zur Verstärkung des Abwehr- und Nachrichtenapparates (AM-Apparat) zu bilden²⁸⁴. Jedoch auch dieser Versuch scheiterte, weil für die heikle Mission keine geeigneten Kräfte zu finden waren²⁸⁵. Die für die Aufgabe Vorgesehenen machten nicht mit, weil ihnen vermutlich klar war, daß die Apparateleute vom sowjetischen Geheimdienst ausgebildet waren und daher von der Gestapo besonders scharf verfolgt wurden.

Während die auswärtigen und ortsansässigen Instruktoren alles daransetzten, die illegale Organisation aufrechtzuerhalten und immer wieder politisch zu aktivieren, war die Resonanz in den Basisgruppen recht unterschiedlich. Man war zwar grundsätzlich bereit, Beiträge an die illegale Organisation zu zahlen, die „Junge Garde“ zu lesen und verschiedene getarnte kommunistische Kampfschriften an Bekannte weiterzugeben²⁸⁶, aber offensichtlich glaubten 1935 nur noch wenige Jungkommunisten an eine baldige Änderung in den bestehenden Machtverhältnissen. Aussagen wie die folgende spiegeln neben belegbaren Fakten, auch wenn angenommen werden kann, daß sie eine gefärbte Selbstdarstellung enthalten – wohl noch einiges aus der damaligen Zeit wider:

²⁷⁹ Wer diese waren hat die Gestapo nicht herausbekommen. Ermittelt wurden nur die Decknamen „Helmuth“, „Willi“, „Erich“ und „Fritz“. Außer „Erich“ werden in anderen Verfahren über den fraglichen Zeitpunkt diese Decknamen nicht genannt. „Erich“ scheint dagegen der Deckname für einen Jugendinstrukteur gewesen zu sein, der im Frühjahr 1935 eine übergeordnete Funktion im Grenzgebiet West ausgeübt hat; vgl. hierzu VG-Urteil 9 J 938/35 in

HD-Gestapo 12 660.

²⁸⁰ Vgl. überschneidende Ermittlungsergebnisse in 6 OJs 10/36 zu Anklage Nr. 48—50, 58.

²⁸¹ Es ist bekannt, daß kommunistische Schriften in einer Geheimdruckerei in Basel hergestellt wurden, die über den „Technischen Apparat“ nach Deutschland eingeschmuggelt wurden; vgl. Abschnitt Technik der Nachrichtenleitung.

²⁸² HD-Gestapo 53 747, a. a. O.

²⁸³ Er tauchte einige Monate in Amsterdam unter, übernahm dann einen neuen Auftrag nach Köln, wo er verhaftet wurde; vgl. a. a. O., ebenda.

²⁸⁴ Vgl. HD-Gestapo 14 079, Blatt 291.

²⁸⁵ Vgl. 6 OJs 10/36 Urteil, S. 18 f., mit Aussageabschriften der unter Ziff. 1, 43 und 44 in der Anklageschrift 6 OJs 10/36 bezeichneten KP-Mitgliedern in HD-Gestapo 14 079.

²⁸⁶ Außer der erwähnten Broschüre „Der praktische Schachspieler“ wurden die sogenannten „Mondamin-Kochrezepte“ festgestellt. Fundstelle 6 OJs 10/36 (Olga R.).

„Anfang 1935 gelang es mir, meine alte Position bei der Firma Z. wieder zu erlangen. . . Meine alten Bekannten aus der politischen Tätigkeit waren mir entfremdet. . . Einige wollten mich auch nicht mehr kennen. . . Zum Herbst hin wurde mir durch. . . Josef vorgestellt. Es wurde zunächst nicht über Politik gesprochen. . . (Bei einer zweiten Zusammenkunft) wurde ich zur politischen Arbeit aufgefordert. . . (ich) traf keine Entscheidung, sondern ich lief jämmerlich zum Alkohol. . . nach zwei Wochen lief mir ‚Josef‘ gerade entgegen. Er forderte dringend Leistung von mir, d. h., ich sollte Verbindung mit anderen jungen Leuten suchen, die zur Arbeit bereit waren. . . Zur nächsten Zusammenkunft brachte ich K. B. aus Hochfeld mit. Nachdem ich die beiden bekannt gemacht hatte, ging ich nach Hause. Ich konnte nicht mehr. Nicht hin und zurück. . .“²⁸⁷

Aus einer zweiten Aussage desselben Jungkommunisten:

„Einige Zeit später. . . kam ich. . . in. . .s Wohnung. Wenn ich mich recht erinnere, waren anwesend. . . Mit Worten ‚wenn man vom Teufel spricht, kommt er‘, wurde ich empfangen. Nach unwesentlichem Hin und Her kam das Gespräch auf den zerschlagenen KJVD. Das Thema wurde unangenehm, besonders weil S. mit riesig großem Mund vom Wiederaufbau etc. sprach. Alle Anwesenden waren sehr erregt, da gerade jeder eine mehr oder minder lange Strafe hinter sich hatte. Worte wie ‚Tradition‘ etc. zündeten besonders leicht. . . Meine Meinung war folgende. . .: ‚Vorläufig alles Unsinn, Kindereien. Jeder der Anwesenden ist sehr bekannt. Arbeiten? Alles gut und schön, aber in diesem Stil? Dann werden wir alle verhaftet.‘. . .“²⁸⁸

Was in dieser Aussage, wie in einer Vielzahl von Protokollen verhafteter Mitglieder des illegalen KJVD zum Ausdruck kam, ist gewiß nur ein Ausschnitt aus der Wirklichkeit des Jahres 1935. Aber es dokumentiert sich darin mehr Realität als in Darstellungen des Widerstandes, die sich allein auf die Tatsache stützen, daß illegale Zeitungen gelesen und verbreitet wurden, oder daß noch eine Zeitlang Mitgliedsbeiträge an Instrukteure gezahlt wurden, die bei Nacht und Nebel auftauchten und wieder verschwanden.

Zwischen Herbst 1934 und Frühjahr 1935 waren noch fünf illegale Zellen im Stadtgebiet Duisburg und Hamborn nachzuweisen, gemessen am Stand der illegalen Organisation vom Frühjahr 1933 war es nur noch ein kleines Häuflein. Vor allem aber, und das scheint das Entscheidende zu sein, standen die Restgruppen unter dem ständigen Einfluß wiederum einer kleinen Gruppe von ortsansässigen Instrukteuren, die schon früher, entweder vor der Machtergreifung oder unmittelbar danach, zum eigentlichen Führungskader des örtlichen KJVD gehört hatten. Die Widerstandsorganisation der Jungkommunisten, die zur legalen Zeit Kampfkeil des Kommunismus gegen Sozialdemokraten und „Links- oder Rechtsabweichler“ waren und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung nach dem Plan der Komintern „Auffangorganisation für die verratene Jugend“ werden sollte, hatte sich in Duisburg binnen zwei Jahren zu einem elitären Kader ohne Mannschaft zurückgebildet²⁸⁹.

²⁸⁷ 6 OJs 101/36 Bd. 4, Bl. 45.

²⁸⁸ 6 OJs 10/36 Bd. 4, Bl. 46.

²⁸⁹ Eine andere Frage ist, in wieweit der KJVD überhaupt nach der Führungskrise von 1932 (vgl. Einführung) die von Moskau diktierte Schwenkung zur „Massenorganisation“ mitgemacht hat. Im lokalen Bereich von Duisburg scheint sich die Kursschwenkung eher negativ als positiv ausgewirkt zu haben. Denn, während — wie zu sehen war — 1931 zunächst der Duis-

Die Widerstandsbewegung der kommunistischen Jugend, wie sie nachzuweisen ist, entsprach – genauer gesehen – den Aktivitäten von wenigen Funktionären. Diese waren allerdings bereit, bis an die Grenze des physisch Möglichen für den Kommunismus und gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen.

2.22 Letzter Organisationsversuch im Sommer 1935

Einer der mehrfach erwähnten örtlichen Instruktoren, Rudolf Sch., vor der Machtergreifung Literatur-Obmann im KJVD-Unterbezirk Duisburg – zu dem Anfang 1933 auch Rheinhausen gehörte, wo Sch. beheimatet war –, war nach seiner Haftentlassung (Dezember 1934) von „Konrad“ alias Ulrich Osche zu einem Schulungskurs nach Amsterdam geschickt worden²⁹⁰. Sch. war in der Folgezeit mehrmals in Holland und stellte für die Instruktoren in Duisburg verschiedene Verbindungen her. Für den Aufbau illegaler Zellen konnte er jedoch selbst nicht eingesetzt werden, da er zu bekannt war. Als auch Osche in der für ihn immer schwieriger werdenden Situation unsicher geworden war, reisten beide Pfingsten 1935 zusammen über die geheimen Verbindungswege der „Grenztechniker“ nochmals nach Amsterdam, um neue Instruktionen entgegenzunehmen²⁹¹.

Hier wurde jetzt Sch. von „Richard“, dem KJ-Verbindungsmann zum ZK²⁹², abermals der Auftrag erteilt, im Duisburger Raum Kontakte zu bürgerlichen, insbesondere katholischen Jugendorganisationen aufzunehmen und auf weitere Anweisungen von Osches Nachfolger „Jupp“ zu warten²⁹³. Aus den Ermittlungen des später gegen ihn eingeleiteten Verfahrens geht hervor, daß er „Jupp“²⁹⁴ mit dem im Duisburger bzw. Meidericher Stadtgebiet arbeitenden Instrukteur „Peter“ (Wilhelm Hei., dem früheren Pol. Leiter des Unterbezirks) zusammengebracht hat, nicht aber, daß es ihm gelungen wäre, die im übrigen von „Jupp“ gewünschten Kontakte zu Antifaschisten aus den Kreisen der bürgerlichen Jugend anzubahnen²⁹⁵.

burger KJVD durch die Spaltung der SAJ einen starken Zuwachs erhielt, setzten sich nach der Krise von 1932 anscheinend ganze Ortsgruppen geschlossen wieder ab.

²⁹⁰ Sch. wurde von Osche mit Reisegeld versorgt und von der Emigrantenanlaufstelle Arnheim nach Amsterdam weitergeleitet. Vgl. HD-Gestapo 14 071, Bl. 229 ff., mit Ermittlungsverfahren 6 OJs 10/36.

²⁹¹ HD-Gestapo 14 079 mit Urteilsgründen aus 6 OJs 10/36. Die damals von der Gestapo ermittelten Sachverhalte wurden von Herrn Rudolf Sch. dem Verfasser in einem Interview am 9. 4. 1970 bestätigt.

²⁹² Vgl. HD-Gestapo 57 347, Bl. 84.

²⁹³ HD-Gestapo 14 079, Bl. 229 ff. (entspr. 6 OJs 10/36 Aussagen, Anklage und Urteil Rudolf Sch.).

²⁹⁴ 6 OJs 10/36 betr. Sch.

²⁹⁵ Ebenda: vgl. auch Aussagen HD-Gestapo 31 653.

In dem umfangreichen Gestapo-Material über den Duisburger KJVD (HD—14 079) ist kein einziger Ansatz einer Kontaktaufnahme zu erkennen. —

Aus den Aussagen eines in Duisburg illegal arbeitenden Jungkommunisten: „... Ich selbst sollte nun versuchen, in Rheinhausen und Moers Verbindung zu bekommen... Da ich aber keine persönlichen Freunde hatte und auch in keiner Organisation war, war es für mich schwer, mit Jugendlichen zusammen zu kommen. Darum sollte ich in eine Organisation eintreten, und zwar in eine katholische Jugendorganisation. Das lehnte ich ab. Ich war Dissident, und so war es für mich unmöglich, in eine katholische Organisation einzutreten...“ 6 OJs 10/36, Bd. 5, Blatt 38.

Der damals 21 Jahre alte gelernte Schriftsetzer Sch. erinnert sich heute²⁹⁶, daß er zu jenem Zeitpunkt nervlich völlig zermürbt gewesen sei. Er sei aus Überzeugung ein engagierter Gegner des Nationalsozialismus gewesen, aber er habe angesichts der laufenden Verhaftungen durch die Gestapo nicht mehr geglaubt, daß die illegale Arbeit, wie sie „von oben“ geplant und verlangt worden war, noch irgendeinen Sinn gehabt hätte. Er hatte im Juni 1935 miterlebt, wie von der Gestapo in Rheinhausen vier Mitglieder einer illegalen SPD-Gruppe liquidiert worden waren, und habe sich gänzlich aus der illegalen Arbeit zurückziehen wollen. Dann aber lernte er den neuen Instrukteur „Heinz“ (bzw. „Heini“) kennen. Sie schlossen enge Freundschaft (Sch. über „Heinz“: „ein großartiger mutiger Junge“). „Heinz“ wurde kurz vor Weihnachten 1935 zur Lagebesprechung zum Oberinstrukteur des Jugend-ZK nach Amsterdam berufen (s. u.). Sch., von „Heinz“ ermutigt mitzukommen, fuhr kurz darauf in Begleitung einer KJVD-Kurierin und eines KP-Instrukteurs, der die Verbindung zur Zentrale verloren hatte, abermals nach Amsterdam²⁹⁷. Sch. sollte jetzt wie die anderen aus verschiedenen Städten des Westgebiets dorthin gerufenen Instrukteure vollkommen neue Richtlinien erhalten: ihnen wurden die Beschlüsse der „Brüsseler Konferenz“ mitgeteilt.

2.3 Zusammenbruch der illegalen KJVD-Organisation in Duisburg nach der „Brüsseler Konferenz“

Die „Brüsseler Konferenz“, die im Anschluß an den 7. Weltkongreß der Komintern in Moskau im Oktober 1935 stattgefunden hatte, brachte die einschneidende Kursänderung in die kommunistische Widerstandsarbeit. Die KP-Führung hatte erkannt, daß die NS-Diktatur in Deutschland ein festgefügtes Bollwerk darstellte, das mit der bisher praktizierten Kampfstrategie nicht mehr zu erschüttern war. Sie gab das revolutionäre Ziel, die Umwandlung Deutschlands „in eine kommunistische Räterepublik nach sowjetrussischem Muster“ nicht auf²⁹⁸, hielt es aber für geboten, zunächst mit den bis dahin befehdeten demokratischen Kräften, namentlich der SPD, eine antifaschistische Front anzustreben. Was bisher auf der lokalen Ebene vom KJVD (meist erfolglos) experimentiert worden war – Ansätze in Richtung einer Einheitsfrontbil-

Aufschlußreich war schon eine Stelle in dem Bericht über den KJVD im Ruhrbezirk „Westdeutsche Kampferfahrungen“ aus dem Jahre 1934 (HD-Gestapo 39 630). Es hieß dort u. a.: „... Als wir aber einen Schritt weitergingen und unseren Genossen sagten, daß sie persönlich ... in die katholische Jugend eintreten müßten, dann gab es bei vielen guten Genossen Hemmungen und Widerstände ... Ich kompromittiere mich als bekannter Jungkommunist bei den Jugendlichen meiner Straße.“ — „Ich werde doch nicht aufgenommen.“ Das waren die Ausflüchte vieler Genossen ...“

²⁹⁶ In einem Interview am 9. 4. 1970. Die Wiedergabe des Gesprächs wurde von Herrn Rudolf Sch. freundlicherweise gestattet.

²⁹⁷ HD-Gestapo 14 079, Bl. 230. Den Lotsendienst über die geheimen Grenzpfade führte Grenztechniker „Willi“ aus. Es handelte sich wahrscheinlich um den von der Gestapo vergeblich gesuchten Schleifer Willi Kratz aus Solingen-Wald; vgl. HD-Gestapo 53 747, Bl. 71, 73.

²⁹⁸ Aufschlußreich hierüber eine später bei dem KJVD-Instrukteur Ernst Lörcher gefundene Aufzeichnung, in denen der Satz steht: „... Wesentlich ist ferner: Sollte bis Schaffung der Einheitsfront Bedenken einer einzelnen Gruppe auftauchen, die zum Zusammenschluß „gebeten“ wird, so ist es durchaus nicht erforderlich, darauf hinzuweisen, daß das Endziel die Errichtung der proletarischen Diktatur sei...“ In den Akten HD-Gestapo 53 747, Blatt 9.

derung insbesondere zur Katholischen Jugend waren im Unterbezirk Duisburg schon 1934 zu sehen gewesen²⁹⁹ –, wurde jetzt zum offiziellen Kurs erklärt.

Die KP baute – trotz bisher erfolglos verlaufenen Bemühungen, auf die SAJ über Erich Ollenhauer Einfluß zu nehmen – auf die Arbeiterjugend³⁰⁰. Sie erhoffte sich offensichtlich, der Einheitsfrontpolitik neue Impulse geben zu können und sowohl die oppositionellen sozialistischen wie die katholischen und evangelischen Kräfte der Arbeiterschaft mobilisieren zu können. Um dem neuen Konzept eine größere Stoßkraft zu geben, wurde beschlossen, die nach den bisherigen konspirativen Regeln durchgeführte Praktik der separaten Kaupfführung (nach der bisher illegale KPD- und KJVD-Einheiten außer der Versorgung mit Informationsmaterial über den „Technischen Apparat“ der KP grundsätzlich getrennt operierten) aufzugeben. Der Instrukteur, dem die Aufgabe zufiel, die neuen Pläne der KP-Führung den illegalen Jugendgruppen in Duisburg mitzuteilen, „Heinz“, war ein Student aus München³⁰¹, er hieß Ernst Lörcher. Seine Mission steht, wenn auch auf nicht ganz durchsichtige Weise, mit der Entdeckung der Duisburger KJVD-Sektion in Zusammenhang. Die Quellen geben über den Ablauf einer der letzten (offensichtlich gründlich vorbereiteten) Großaktionen der Gestapo Anfang 1936 keine Aufschlüsse, aber das umfangreiche Material über Lörcher vermittelt auch hier einen Einblick in Vorgänge, die sich zu jener Zeit im Hintergrund bei den Lenkungsstellen der kommunistischen Widerstandsorganisation abgespielt hatten.

Der Münchener Jugendfunktionär, der nach mehreren Stationen eines engagierten Einsatzes für die kommunistische Widerstandsorganisation in München, Paris und im Saargebiet schließlich zum Jugend-ZK nach Amsterdam gekommen war³⁰², war dort von „Richard“, dem damals verantwortlichen Leiter für den KJVD in Westdeutschland, als Gebietsinstrukteur „z. b. V.“ ausgebildet worden. Im Sommer 1935 erhielt er seinen ersten Spezialauftrag.

Im Ruhrgebiet mußte ein neuer Instrukteur eingesetzt werden. Der bisherige (vermutlich Osche) hatte sich nicht länger halten können. Vorgesehen war ursprünglich ein

²⁹⁹ Wobei zu bemerken ist, daß die auffallenden Kontaktversuche zur katholischen Jugend sich auf die KP-freundliche Einstellung des über weitreichende Verbindungen zu den „Sturmsharen“ verfügenden Kaplans Dr. Rossaint in Düsseldorf zurückführen lassen dürften. Vgl. Seite 131.

³⁰⁰ Vgl. hierzu Jahnke, a. a. O., S. 156, 167, 242.

³⁰¹ Beim Neuaufbau und am Ende des illegalen KJVD in Duisburg wirkten Münchener: Berta Karg und Ernst Lörcher. Bezieht man noch Sperrling und Köhler ein, so würde sich zeigen, daß in den vier wichtigsten Phasen der illegale KJVD von Süddeutschen, jedenfalls von drei Süddeutschen und einem gebürtigen Elsaß-Lothringer gelenkt wurde. — Köhler war von Geburt Stuttgarter, Sperrling stammte aus Algeringen (Elsaß-Lothringen). Vgl. Gestapo-Akten zu den Genannten.

³⁰² Der gebürtige Münchener hatte das Mützenmacher- und Bandwirkerhandwerk gelernt, nach einem dreijährigen Arbeiter-Bildungskursus in Berlin das Abitur abgelegt und 1932 mit dem Studium geschichtswissenschaftlicher Fächer an der Universität Frankfurt a. M. begonnen. Er war von der SAJ zur KPD übergetreten und wollte Lehrer im Arbeiterbildungswesen werden. Bei der Machtübernahme stellte er sich der illegalen KP in München zur Verfügung und organisierte mehrere KJVD-Zellen in Schwabing, bis die Gestapo hinter ihm her war. Er flüchtete über Österreich in die Schweiz. Die Rote Hilfe in Basel schickte ihn ins Elsaß, von dort wurde er nach Paris weitergeleitet, wo er 1934 an einer Demonstration teilnahm und darauf als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen wurde. Seine nächste Station war das Saargebiet. Er wirkte hier ein Jahr als KJVD-Instrukteur. Nach der Saarabstimmung holte ihn das Jugend-ZK nach Amsterdam. HD-Gestapo 24 910, 53 747, Bl. 47 f.

gewisser Eckmann oder Eickmann. Er konnte nicht eingesetzt werden, weil es ihm nicht gelang, seinen bayerischen Dialekt auf Hochdeutsch umzustellen. So fiel die heikle Mission an Lörcher. Er tauchte zunächst in Solingen unter, weil in Amsterdam Informationen über eine größere Anzahl dort noch intakter Jugendzellen vorlagen. Lörcher mußte feststellen, daß diese Informationen falsch waren³⁰³. Er fuhr wieder über geheime Lotsenstellen nach Amsterdam zurück und berichtete „Richard“ (Stahlmann?) über die wirkliche Lage. „Richard“ brachte Lörcher unverzüglich mit „Christian“ (Philipp Daub) zusammen, dem damaligen Oberberater im Westgebiet (später Abschnittsleitung West). Es fanden daraufhin mehrere Besprechungen statt³⁰⁴, bei denen man schließlich übereinkam, daß Lörcher nun herausbekommen sollte, wie es um die Jungkommunisten in Duisburg stand. Lörcher reiste unter dem Decknamen „Heinz“ nach Duisburg und wurde hier von „Jupp“³⁰⁵ mit den wenigen noch vorhandenen Ortsinstruktoren bekannt gemacht. Er konnte nach Amsterdam melden, daß hier, im Gegensatz zu Solingen, noch etwas „Leben“ herrschte. Kurz vor Weihnachten 1935 war er, wie man sah, wieder dort; im Januar 1936 mit den neuen Instruktionen der „Brüsseler Konferenz“ wieder in Duisburg. Was dann geschah, muß sich etwa so abgespielt haben:

In den letzten Februartagen 1936 war der Gestapo in der Duisburger Altstadt ein Unbekannter aufgefallen. Er wurde aufgefordert, seine Papiere vorzuweisen. Der Unbekannte konnte sich als „Hein Nykamp“ ausweisen, aber die Gestapo mißtraute seinem holländischen Paß und nahm ihn fest. Noch am gleichen Tag, dem 27. Februar, stand fest, daß sie „Heinz“, den wichtigsten Mann des illegalen KJVD in Westdeutschland, entdeckt hatte³⁰⁶. Ernst Lörcher war an jenem Tag aus Essen nach Duisburg gekommen³⁰⁷, um, wie schon einige Male vorher, mit den Duisburger KJVD-Instrukteuren, Karl Sauer, Martha Hadinsky und Rudolf Sch., einem „Peter“, „Leo“ und „Kurt“, die von der Gestapo nicht identifiziert wurden, die neuen Richtlinien zu besprechen³⁰⁸. Bei der Durchsuchung seiner persönlichen Sachen fand sich in einem Briefumschlag ein Blatt, auf dem die Richtlinien der Brüsseler Konferenz notiert waren. Die Gestapo hatte damit Einzelheiten über die neu „anzuwendende Taktik bei der Bildung der Einheitsfront“ erfahren.

Nach der von der Gestapo angefertigten Abschrift hatte das Dokument folgenden Wortlaut:

³⁰³ Lörchers Aussagen HD-Gestapo 53 747, Blatt 50 ff., 77.

³⁰⁴ HD-Gestapo 53 747, Blatt 51, betr. Daub vgl. auch HD-Gestapo 27 753, Blatt 59 f. Die Tatsache weist auf die Sonderstellung von Lörcher, denn Daub hatte schon aus Sicherheitsgründen nur selten Kontakt mit Instruktoren. Bezeichnenderweise kannten ihn nicht einmal in Amsterdam geschulte KP-Instrukteure persönlich. Sie wußten nur von „Christian“ oder dem „Alten“ zu berichten. Vgl. OJ 301/34, HD-Gestapo 53 747, Blatt 54.

³⁰⁵ HD-Gestapo 53 747, Blatt 51 f.

³⁰⁶ Vgl. HD-Gestapo 53 747, Blatt 37 ff.

³⁰⁷ Aus Sicherheitsgründen hatte Lörcher hier ein zweites Quartier. Er hatte sich in Essen im Christl. Hospiz an der Hoffnungsstraße als „Bernhard Wittkop, Vertreter“, einlogiert. Seinen Lebensunterhalt bestritt er mit einem Betrag von monatlich 150,— RM, der ihm vom Amsterdamer Kominternbüro zur Verfügung gestellt worden war. Vgl. Aussagen Lörcher, a. a. O., Blatt 46 ff.

³⁰⁸ HD-Gestapo 53 747 mit Ermittlungsergebnissen 6 OJs 10/36. Unter dem Decknamen „Peter“ hatte auch der KP-Kasseninstrukteur Anton T. gearbeitet. Dieser war jedoch schon 1934 verhaftet worden.

„Über die anzuwendende Taktik der Bildung der Einheitsfront“.

Die vorgeschlagene und beschlossene Anwendung der nun folgenden Taktik geht eins mit der auf dem 7. Weltkongreß der Komintern (Moskau vertreten in erster Linie durch Dimitroff) und dem Jahreskongreß der KPD in Brüssel (abgehalten Ende 1935). (Zu bemerken, daß der Parteivorstand auf dem letztgenannten Kongreß nahezu 100 %ig erneuert wurde.)

Der Parteivorstand stellt fest (es handelt sich zunächst um die Erwägungen und Richtlinien, die von Brüssel ausgingen), daß Hitler nicht nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern gegen Katholiken, Protestanten, Stahlhelmen usw. Front macht. Das hat zu einer neuen Faser des Kampfes geführt. Die Lösung heißt:

Schaffung der Einheitsfront. Vor allem freundschaftlicher Zusammenschluß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Kameradschaftliches Verhältnis mit den Gruppen und Organisationen der katholischen, evangelischen und bündischen Jugend, mit unzufriedenen Hitlerjungen im Betrieb. Im Arbeitslager, in den Sportvereinen, in der Hitlerjugend, selbst im Arbeitsdienst und vor allem in der *Wehrmacht*. (Zu besonderer Beachtung dient den Funktionären der Kommune das Studium der wehrpolitischen Zeitschriften, wozu auch der „Sturm“ zählt.)

Vorbehaltlos und ehrlich eine Zusammenarbeit anstreben. Immer wieder muß die Notwendigkeit einer Bildung der Einheitsfront in den faschistischen Massenorganisationen angestrebt werden.

Durch die Zwangsgleichschaltung und Zerschlagung der Organisationen finden sich in den gleichgeschalteten und faschistischen Organisationen die Massen der Jugend. Dringendste Aufgabe der antifaschistischen Funktionäre ist es, zum eifrigsten Sportler, zum besten Erzähler am Lagerfeuer und auf dem Heimabend der beste Kamerad zu sein. (In der jeweiligen Organisation).

Es ist unbedingt erforderlich, die legalen Organisationen im Betrieb, die KdF- und die DAF-Gruppen, die Werksportvereine, die Funktionen der Jugendsprecher auszunutzen. Vor allem inniger Kontakt mit der Betriebsjugend. Es muß fester Fuß in dem katholischen Volksteil gefaßt werden, weil er in seinem illegalen Kampf geschult und angeeifert werden muß. (Kampf der Katholiken um das Fortbestehen ihrer Organisationen, um ihre Glaubens- und Betätigungsfreiheit.) Enge Verbindung mit der Sportjugend.

Verbindung mit Hochschulstudenten (Kampf gegen die Zwangsverschickung in militärische Geländelager, gegen die Vernichtung der wissenschaftlichen Lehrfreiheit, gegen die Herabwürdigung der Wissenschaft.)

Verbindung mit Jungens und Mädels aus der HJ und dem BDM. (Kampf gegen den HJ-Dienst, argumentieren, daß der Kampf Überanstrengung und daher gesundheitsschädigend ist.)

Die *Art der Organisation* (deren Ziele), die zu bearbeiten ist, bleibt *gleichgültig*, *jede freiheitliche Regung* ist zu *unterstützen*.

Wesentlich ist ferner: Sollte bei Schaffung der Einheitsfront Bedenken einer einzelnen Gruppe auftauchen, die zum Zusammenschluß „gebeten“ wird, so ist es **durchaus nicht erforderlich, darauf hinzuweisen, daß das Endziel die Errichtung der proletarischen Diktatur sei, sondern in der ersten Etappe ist zu beachten:**

Jede Unterstützung der Forderungen, die im jeweiligen Interesse der Organisation liegen, die (Forderung) zumindest doch den Sturz der Diktatur Hitlers, den

Kampf für Frieden, Sozialismus uns propagiert. Alle Antifaschisten gehören zusammen, aber nicht in der Form, daß sich die eine Organisation der anderen unterwirft, sondern als gleichberechtigt behandelt wird.

Wesentlich ist ferner: Bei allen Bestrebungen des engsten Zusammenschlusses, ob in der Form eines Kartellverhältnisses oder der Einheitsorganisation, sind *keinesfalls solche Bedingungen* zu stellen, die den *Zusammenschluß* auf der *Grundlage* des *Klassenkampfes* auch nur irgendwie erschweren.

Soweit diese Angelegenheit die Organisation der Sozialistischen Jugend betrifft, wendet sich eine öffentliche Adresse an Ollenhauer (Jugendvertreter im Prager SPD-Vorstand *Ollenhauer* lehnt ab, trotzdem wird den Funktionären (der KP) immer wieder der Versuch der Bildung der Einheitsfront ans Herz gelegt. Dabei wird vor allem auf folgendes zu achten sein:

Bei dem Verbindungsuchen und geschaffener Verbindung zum Mittelpunkt werden. Wenn auch nur als einziger in der jeweiligen Organisation. „Wirklich derjenige sein, der als Kommunist arbeitet.“ Einen zweiten oder dritten „Vertrauensmann“ mit der Zeit zu gewinnen trachten . . .“³⁰⁹

Was am 27. Februar 1936 im Polizeigefängnis von Duisburg vorgefallen ist, ist unbekannt. Den Berichten kann lediglich entnommen werden, daß die Gestapo noch in der Nacht vom 27. zum 28. Februar herausbekommen haben muß, daß „Heinz“ alias Ernst Lörcher sich am folgenden Tag mit Instrukteuren in Essen treffen sollte. Sie erkannte sofort eine Chance, mit Lörchers Hilfe ihrer habhaft zu werden. Man zwang ihn, den vereinbarten „Treff“ einzuhalten. An der bezeichneten Stelle hielten sich Sicherheitspolizisten versteckt, die auf den erwarteten V-Mann lauerten, um ihn festzunehmen. Es kam nicht dazu. Lörcher sprang vor einen heranfahrenden Lastwagen. Er wollte in der für ihn ausweglosen Lage seinem Leben ein Ende machen. Die Gestapo sollte nicht die Namen seiner Verbindungsleute bekommen, und er wollte den erwarteten Kontaktmann „Leo“ noch im letzten Augenblick warnen. Sein Selbstmordversuch mißlang. Lörcher aber wurde trotz schwerer Verletzungen wochenlang von der Gestapo verhört³¹⁰.

In Duisburg lief zu dieser Zeit eine Verhaftungsaktion, die ihrem Umfang nach nur der vorher gegen die illegale KPD durchgeführten gleichkam. Sie war im März 1936 abgeschlossen. 41 ehemalige Jungkommunisten, darunter 5 Mädchen, kamen in das Duisburger Polizeigefängnis. Ein Jahr später wurden sie zusammen mit 43 Mitgliedern der illegalen KPD in einem der größten Hochverratsprozesse des nationalsozialistischen Staates abgeurteilt³¹¹. Die in diesem Verfahren über die ehemaligen Duisburger Jungkommunisten verhängten Strafen erstreckten sich von 2 Jahren Gefängnis bis zu 12 Jahren Zuchthaus. Nur drei wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Widerstandsorganisation der Duisburger Jungkommunisten war vernichtet³¹².

³⁰⁹ Fundstelle: Akten HD-Gestapo 53 747, Blatt 9—10 (Schreibfehler des Textes übernommen, Sperrung v. Verf.).

³¹⁰ VG 14 J 380/36, HD-Gestapo 53 747, Blatt 37, 112 ff.

³¹¹ 6 OJs 10/36. (13 Aktenbände, ca. 1000 Seiten.)

³¹² In jenen Wochen wurde vor dem Volksgerichtshof auch der Prozeß gegen den kommunistischen Jugendinstrukteur Ernst Lörcher abgeschlossen. Lörcher wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. VG 14 J 380/36.

3. Kommunistische Untergrundarbeit von der „Brüsseler Konferenz“ bis zum Zusammenbruch des NS-Staates

3.1 1936—1939, Volksfrontkurs, Dezentralisation, Aufbau von Spionage- und Zersetzungsabteilungen

Die auf der „Brüsseler Konferenz“ im Oktober 1935 von der Komintern beschlossene neue Strategie: Kampfbündnis mit den Sozialdemokraten und allen antifaschistischen Kräften, Verlagerung des Agitationsschwerpunktes von den Wohnquartieren in die Betriebe mit dem Ziel, die DAF zu unterwandern – die offizielle „Taktik des Trojanischen Pferdes“ –, und die unmittelbar darauf folgende Schwerpunktverlagerung der Widerstandslenkung in die in Holland, Dänemark, Schweden, in der CSSR und der Schweiz gebildeten Führungsstäbe des ZK äußerte sich auch bald in einer neuen Aktivität der KPD in Richtung Niederrhein und Ruhrgebiet.

Der KPD kam es jetzt vor allem darauf an, die illegale Organisation zu dezentralisieren, um das noch vorhandene Potential weiteren Zugriffen der Gestapo zu entziehen. Außerdem wollten die Führungsstäbe Genaueres wissen über die Stimmung in der Bevölkerung, aber auch, wie intensiv Hitler die Rüstung vorantrieb und in welchem Umfange Kriegsmateriallieferungen nach Spanien für General Franco vorbereitet wurden³¹³.

³¹³ Vgl. HD-Gestapo 27 501, ORA-Anklageschrift 8 J 52/44 (Erich Gentsch); s. auch Hans-Joachim Reichhardt, a. a. O., S. 193.

Vgl. Jahres-Lagebericht Gestapo-B. Nr. 5715/37 g II A 4, Auszug HD-Gestapo 3408 (Langsch), Blatt 37.

In der Amsterdamer Zentrale war wie in den übrigen Auslandsbüros (Gebietsleitungen) bis Ende 1936 ein Spitzenfunktionär für die illegale Arbeit im Reichsgebiet verantwortlich. Ihm unterstanden die Gebietsinstruktoren für den Niederrhein und das Ruhrgebiet, die ihrerseits wieder mit den jeweiligen Bezirksleitungen zusammenarbeiteten. Der letzte, vor der „Brüsseler Konferenz“, Philipp Daub („Christian“), hatte vermutlich von allen Stützpunktleitern im Ausland die am weitesten verzweigten Verbindungen ins Reichsgebiet. Ihm sollen auch die Oberberater der „Sonderapparate“ (AM- und Technischer Apparat) unterstellt gewesen sein. Vgl. HD-Gestapo 27 501, Blatt 106 f. Jedoch hinsichtlich des AM-Apparates ist die Zuordnung fraglich. Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß die weitgehend undurchsichtig gebliebene Organisation auch in Amsterdam einer isolierten Spezialabteilung unterstand. Als führender Funktionär werden u. a. Arnold Klein alias „Edwin Kolossa“ und „Heinrich“ wie Anton Schröter genannt. Vgl. HD-Gestapo 1088 Bd. 1 (Joh. Dombrowski). HD-Gestapo 1088 Bd. 1, Blatt 137 ff., 180 ff., 222 ff.; Bd. 2, Blatt 188. Vgl. auch Anklage und Urteil Robert Mark 5 OJs 101/42. — S. auch folgenden Abschnitt. Daub wurde 1936 vom ZK die zentrale Leitung der „Roten Hilfe“ in Paris übertragen. An seine Stelle trat der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Paul Bertz (Deckname „Johann“), der vorher als Instrukteur u. a. auch im Gebiet Ruhr und Niederrhein gearbeitet hatte. Er sollte die Inlandsorganisation

Für die Durchführung dieser Vorhaben arbeiteten für die Abschnittsleitung West (Gentsch-Knöchel³¹⁴) zwischen 1936 und 1939 mindestens 20 in Moskau auf der Lenin-Schule bzw. an der West-Universität ausgebildete männliche und weibliche KP-Funktionäre als Verbindungskuriere³¹⁵, zeitweilig auch eine „Seemannsgruppe“ in Antwerpen, die wie vormals die Rotterdamer Gruppe (Ruiter-Scholzen) mit der Verschiffung kommunistischen Informations- und Propagandamaterials beauftragt war, dann aber (1936?) nach Ruchbarwerden ihrer Verbindung zum britischen Geheimdienst, von Amsterdam abgehängt wurde³¹⁶.

Das neue Konzept der flexiblen Strategie ließ sich jedoch weit weniger in der Praxis verwirklichen, als die KP-Führung erwartet hatte. Es fehlte nach den großen Verhaftungswellen an mobilisierbaren Reserven, und wo noch ein Restpotential übriggeblieben war, fehlte diesem, da die KPD bisher die ganze politische Arbeit zentral gelenkt hatte, jegliche Erfahrung in der selbständigen Agitation und Improvisation. So lief schließlich alles wieder darauf hinaus, daß exakte Lageberichte und die Aktivierung von Kontakten nur dort zustande kamen, wo die Amsterdamer Instruktoren neue Kader, mithin die alten quasi-militärischen Organisationsstrukturen schaffen konnten – die ihrerseits gleich wieder den Frontalangriffen der Gestapo ausgesetzt waren³¹⁷.

Die Schwierigkeit, aus einem stark dezimierten Potential Reste einer Untergrundorganisation neu zu beleben, zeigte sich deutlich auch in Duisburg.

dezentralisieren — d. h. an Stelle der Bezirks- und Unterbezirksleitungen mehrere Instruktoren einsetzen — und gleichzeitig die Kommunisten über die neue Strategie des ZKs informieren.

Vgl. Ermittlungen HD-Gestapo 27 501 (Gentsch), 27 914 (Krämer), 19 540/41 (Knöchel), s. auch Hermann Weber, Die Wandlungen des deutschen Kommunismus, Bd. 2, S. 73, 92 f.

³¹⁴ Knöchel, der vor der Machtergreifung verschiedene Funktionärsschulen durchlaufen hatte, gehörte seit der Brüsseler Konferenz (Oktober 1935) dem ZK an. Wegen persönlicher Differenzen mit Gentsch trat er zeitweilig in den Hintergrund, wurde aber nach Ausbruch des Krieges anstelle von Gentsch die Zentralfigur in der letzten Phase der illegalen KPD in Westdeutschland, s. im einzelnen folg. Abschnitt.

³¹⁵ Genannt werden u. a.: Konrad Blenke (später Leiter A. L. Süd, Walter Körner), „Rudolf“ (hinter diesem Decknamen vermutete die Gestapo einen Dr. Walter Hensel aus dem Rheinland, der zum „Aufbruchkreis“ gehört haben soll, was sie jedoch nicht belegen konnte. Vgl. HD-3735). Auch die übrigen waren ihr, wenn auch mit z. T. sehr genauen Signalements (Aussehen, Alter, Größe und Arbeitsgebiet), nur unter ihren Decknamen bekannt — u. a. „Heinz Blücher“, „Otto“, „Tom“ (1934/35 Instrukteur im linken Niederrhein — Peter Breuer?), „Georg Förster“ (er soll Sekretär von Fritz Heckert gewesen sein), „Hermann Weber“, „Dora“ (angeblich zeitweiliger Kurier für Karl Mewis im Bez. Mittelrhein); ferner eine Rheinländerin „Friedel“ und eine junge Absolventin der Lenin-Schule „Toni Grün“ (angeblich Clara Muth). Vgl. HD-Gestapo 27 501 (Gentsch), Blatt 13 f.; s. auch Karl Mewis, Im Auftrag der Partei (Erinnerungen) Berlin O., 1971, S. 30 f. Hier wird „Dora“ nicht erwähnt, jedoch eine Mitarbeiterin von Mewis unter dem Decknamen „Sportmädels“.

³¹⁶ Die Gruppe (um Max Langusch) hatte einen eigenen Verbindungsmann zu den höheren Stäben: „Max“ (angeblich Paul Hornick). Vgl. ausgiebige Gestapo-Ermittlungen, HD—3408, Blatt 54 ff., und ORA-Anklageschrift 9 J 107/41, Anklageschrift J 51/44 g; s. auch weiter unten im folg. Abschn. und Kapitel „Der sozialdemokratische Widerstand“ (Widerstandsaktivitäten ... nach 1935) betr. Hermann Knüfken.

³¹⁷ Die Problematik und die Schwäche der neuen Strategie in bezug auf die Verwirklichung in der politischen Organisation wurde insbesondere von Kurt Klotzbach gesehen und belegt. Vgl. Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus, Widerstand und Verfolgung in Dortmund, S. 202 ff.

3.11 Zur Lage in Duisburg

Der Versuch der Amsterdamer Zentrale zum Brückenkopf an der Verbundstelle von Niederrhein und Ruhrgebiet wieder Kontakte herzustellen, scheiterte schon im April 1936. Einem Essener Instrukteur (Paul Eisenschneider)³¹⁸ war es zwar gelungen, über einen Düsseldorfer Kurier (Erich Wöseler) ein paar kommunistische Zeitungen an irgendwelche unbekannt gebliebene Adressen weiterzuleiten³¹⁹, aber es dauerte nur wenige Wochen bis die Gestapo über die Aktivität der umherreisenden Instrukteure informiert war und Eisenschneider und Wöseler, zugleich ihre Kontaktpersonen in Duisburg – es handelte sich um ein holländisches Ehepaar –, verhaftete³²⁰.

Spätestens der Bericht einer Hamborner Kommunistin an eine Konfidentin in der Schweiz hätte, wäre er von der Gestapo nicht abgefangen worden, den Führungsstäben der illegalen KPD im Ausland ernüchternde Gewißheit über die Lage in Duisburg geben können.

Luise R., ehemalige Leiterin der kommunistischen Frauengruppe von Hamborn und Stadtverordnete in der KP-Fraktion, beschrieb – abgesehen von wenigen ermutigenden Zeilen, die Wunschenken reflektieren – die Wirklichkeit. Der diensttuende SD-Beamte hatte schwarz auf weiß folgende Zeilen vor Augen:

„Meine liebe Genossin, vielen Dank für Deinen lieben Brief. Meine Antwort kommt aus rein wirtschaftlichen Gründen so spät, denn man muß hier mit jedem Groschen rechnen, wenn man ehrlich durchkommen will. Das ist nicht etwa übertrieben, sondern nackte Tatsache... Jetzt zu Deinem Schreiben: Ich kannte Lene vor meiner Ziegenhainer Zeit³²¹ nur durch Bild und Presse, persönlich kennengelernt habe ich sie erst dort. Sie ist jetzt 44 Jahre alt, leidet viel an Herzschwäche, trägt aber ihr Schicksal mutig und tapfer... Sie steht nach wie vor zu ihrer Überzeugung. Wenn sie frei kommt, wird sie eine gewisse Enttäuschung überwinden müssen, wie es allen ehrlichen Genossen geht, wenn sie nach langer Haft wieder ins Leben zurückkommen... Im allgemeinen herrscht hier eine merkwürdige Stimmung. Alles ist unzufrieden, es wird auch sehr viel gemurrt, aber offen seine Meinung sagen wagt selten jemand, und wenn, dann nur verblümt. Es ist wie ein Brand, der unter der Asche glüht. Wann kommt der Windhauch, der die Flamme hoch aufglühen läßt? Jetzt sind sämtliche Zeitungen und die Darbietungen des Rundfunks voll von der Olympiade, davor treten sogar die Vorkommnisse in Spanien in den Hintergrund... Als ich neulich mein Wohlfahrtsgeld abhob, entspann sich unter den Wohlfahrtsempfängern eine Diskussion über das Thema: Rückgang der Erwerbslosenziffer. Es war den Morgen mal wieder brechend voll, und einer der Erwerbslosen sagte treffend: „Jawohl, es werden immer weniger, aber an Gewicht!“ Das ist so ein Stim-

³¹⁸ Über seine Arbeit in Essen vgl. Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, S. 119.

³¹⁹ Vgl. HD-Gestapo 16 972, 44 986; s. auch Anklage ORA 9 J 306/36, 9 J 332/36.

³²⁰ Vgl. 6 OJs 238/36 (Meurs). Über die Verbindungen zu Wöseler und Eisenschneider, vgl. auch HD-Gestapo 44 986. Auch die Rheinschiffer, die zu der in Antwerpen neugebildeten kommunistischen Gruppe „Seefahrt“ gehörten, scheinen im Ruhrorter Hafen keine nennenswerten Verbindungen geschaffen zu haben. Sie setzten auch nur einige Propagandaschriften in Umlauf. Hierzu ausführlich HD-Gestapo 10 468 (P. Sauter).

³²¹ Gemeint ist Aufenthalt im Frauengefängnis Z. – polit. Haft. Anm. d. Verf.

mungsbild und Du verstehst ja auch wohl den Sinn dieser Worte³²². Hier ist schon wochenlang Regenwetter. Das Korn ist alles auf den Feldern schwarz geworden und mußte teilweise naß eingefahren werden. Das sind schöne Aussichten für den Winter. Sonst ist die Stimmung so, daß es alles andere darstellt als Volksgemeinschaft. Für eine Mark Mehrverdienst verrät einer den anderen. Noch nie ist eine solche Gemeinheit und Lumpigkeit so offen zutage getreten, wie jetzt. Andererseits haben wir aber auch die herrlichsten Beispiele opferbereiter Solidarität. Es wird höchste Zeit, daß ein Sturmwind kommt und allen Unrat wegfeht . . .“³²³

An einem Augusttag 1936 stand die Polizei in der Wohnung der Luise R. und verhaftete sie. Am 1. Juli 1937 fällten die Richter des IV. Strafsenats beim Oberlandesgericht in Hamm das Urteil: „10 Jahre Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat“³²⁴.

Danach liefen über die Fernschreiber der Gestapo längere Zeit keine Meldungen aus Duisburg an die Berliner Zentrale³²⁵ – bis zum 21. März 1939. An diesem Tag wurde Johann Dombrowski, kurz danach der Student Erich S. und der Bauarbeiter Emil K. verhaftet³²⁶. Die Gestapo war in den Kern einer neuen Organisation gestoßen. Die bisher noch kaum sichtbare „Fünfte Kolonne“ der kommunistischen Widerstandsbewegung trat ans Tageslicht. Es war naheliegend, daß in der sich immer mehr verdichtenden Kriegsatmosphäre die eng mit Moskau verbundenen Leitungsstäbe nun vor allem Informationen über den Stand der deutschen Rüstung und die Stimmung in der Bevölkerung bekommen wollten. Die große Industriestadt Duisburg war ein wichtiges Orientierungsfeld. Andererseits waren für die illegale KPD Industriewerke neuralgische Stellen, an denen die ihr einzig noch gebliebene Möglichkeit des wirksamen Widerstandes, die Sabotage, versucht werden konnte.

3.12 Aktivierung der Spionage

Johann Dombrowski, Maurerpolier aus Duisburg, war der Kopf einer Spionageabteilung für das Gebiet Niederrhein und Ruhr, der Student S. aus Hamborn und der Bauarbeiter K. aus Beckerswerth waren seine Verbindungsleute zu den Thyssen Werken, der Kupferhütte und der DEMAG³²⁷. Vier oder fünf weitere Verbindungsleute arbeiteten für ihn in anderen Betrieben u. a. der Ruhrchemie im benachbarten Oberhausen und in den Duisburger Firmen Vollrath und Hitzbleck³²⁸. Seit Ende 1936 trugen sie Informationen über die in diesen Betrieben hergestellten Erzeugnisse zusammen. Dombrowski leitete sie zum Chef des kommunistischen Geheimdienstes (und an-

³²² Aus dieser Bemerkung kann geschlossen werden, daß der Satz politisch in Hinblick auf die zusammengeschrunpft KPD gemeint war. Anm. d. Verf.

³²³ Vgl. 6 OJs 320/36 Anklageschrift, S. 3 f.

³²⁴ Vgl. HD-Gestapo 36 178; 6 OJs 320/36 (Urteil).

³²⁵ Zur Geschichte des RSHA. Vgl. Hans Buchheim, Die SS — Das Herrschaftsinstrument (Anatomie des SS-Staates Bd. 1).

³²⁶ HD-Gestapo 1088, Bd. 1, Blatt 2 f., Bd. 2, Blatt 3 f., s. auch HD-Gestapo 8146, 16 554.

³²⁷ ORA-Anklageschrift 9 J 30/40 g, HD-Gestapo 1088, Bd. 2, Blatt 310 ff.

³²⁸ ORA-Anklageschrift 9 J 30/40 g, HD-Gestapo, Blatt 316 ff mit Urteil 9 J 33/44 q (Jobs und Herrmann).

geblichen Verbindungsmann zum sowjetischen Nachrichtendienst) „Edwin Kolossa“ (Arnold Klein?)³²⁹ nach Holland weiter³³⁰. Nach einem Treffen zwischen Dombrowski und „Kolossa“ im Oktober 1937 in Utrecht erweiterte sich das Observationsfeld der Duisburger Zentrale auf Heeresausrüstungen, die Anlage von Flugplätzen, Luftschutzeinrichtungen, Eisenbahnlinien und Getreidedepots³³¹. Spezialaufträge waren die Erkundung von chemischen Formeln für bestimmte Legierungen, die bei der DEMAG erprobt wurden, und detaillierte Informationen über Arbeiten, die von der Firma Hitzbleck beim Bau des „Westwalls“ ausgeführt wurden³³². 1938 bekam Dombrowski in Amsterdam – 1937/38 war er mindestens fünfmal dort³³³ – vom AM-Chef der Zentrale „Kolossa“ den Auftrag, in den Rüstungsbetrieben „RFB-Gruppen“ zu bilden. Sie sollten die Stimmung der Arbeiter beeinflussen, so, daß durch ein Reizklima die Arbeit verlangsamt und verschlechtert wurde³³⁴, oder sie sollten bestimmte Sabotageakte ausführen, z. B. unauffällig Sand in Ölbehälter und Getriebelager von Flugmotoren streuen³³⁵. Anscheinend sollten andere Gruppen (vermutlich die „Zersetzungsabteilungen“ des AM-Apparates) bestimmte Agitationschriften in Umlauf bringen – u. a. die „Rote Fahne“, „Gewerkschaftsbulletin“ und „Deutsche Volkszeitung“³³⁶. Die Gestapo erfuhr von Dombrowski alles bis ins Detail. Hier ein Auszug aus den Vernehmungsprotokollen:

„... Bereits im Jahre 1930 wurde in den Kursen des AM-Apparates darauf hingewiesen, daß die Kommunisten mit den zahlreichen Teilen ihrer Einheiten gegen die jeweilige Staatsform kämpfen würden. Wir bekamen die Anweisung, uns mit der deutschen Armee zu befassen, ihre Stärke und ihre Truppengattungen sowie die Bewaffnung und Ausrüstung genau festzustellen. Für unsere Gesinnung ist kennzeichnend der damalige Ausspruch des Kolossa, es sei keine Schande, wenn wir Kommunisten Landesverrat trieben. Mir war bekannt, daß schon in den Jahren 1930 bis 1932 die Nachrichten, welche durch den AM-Apparat auch auf militärischem Gebiete gewonnen wurden, nach Sichtung an den sowjetrussischen Nachrichtendienst weitergeleitet wurden. Dieses Material ging nach Berlin zur Sowjetrussischen Handelsvertretung... In den Jahren 1934 bis 1936 stand ich mit irgendeinem ausländischen Nachrichtendienst in keiner Verbindung. Erst auf der Utrechter Konferenz im Mai 1937 wurden uns kommunistischen Funktionären nicht nur Richtlinien gegeben, um die KPD, insbesondere den Nachrichtendienst wieder aufzubauen... Kolossa forderte auf dieser Konferenz, jeder führende Kommunist und namentlich die leitenden Funktionäre müßten darüber genau im Bilde sein, wie die deutsche Armee gegliedert, bewaffnet und ausgerüstet sei. Die Anzahl der vorhandenen Infanterieregimenter, die genaue Anzahl

³²⁹ So jedenfalls die Gestapoermittlungen. Vgl. 1088, Bd. 2, Blatt 31.

³³⁰ Vgl. ORA-Anklageschrift 9 J 30/40 g, a. a. O., Blatt 313 f.

³³¹ a. a. O., Blatt 314 ff.

³³² Während es dem Verbindungsmann von Dombrowski nicht gelang, die Formeln von der DEMAG zu bekommen, weil die 2 oder 3 für die Spionage gewonnenen Arbeiter keine Verbindung zu den Angestellten des Laboratoriums herstellen konnten, waren über den V-Mann in der Firma Hitzbleck Einzelheiten über die Anlagen des Westwalls ermittelt worden. Vgl. a. a. O., Blatt 323, 326 f.

³³³ Vgl. ORA-Anklageschrift 9 J 30/40 g.

³³⁴ ORA-Ermittlungen 9 J 30/40 g, HD-Gestapo 1088, Bd. 2, Blatt 315.

³³⁵ a. a. O., ebda.

³³⁶ a. a. O., ebda. mit Blatt 317.

der Bataillone und Kompanien sowie die Bewaffnung, namentlich die Anzahl der leichten und schweren Minenwerfer seien zu ermitteln . . . Des weiteren (war) auch die Tagespresse zu verfolgen, die von Zeit zu Zeit Artikel über die Wehrmacht (brachte). Mir als dem eingesetzten Leiter des Nachrichtenapparates über das gesamte Ruhrgebiet wurde die besondere Aufgabe zuteil, die Heereseinheiten in meinem Gebiet auszuspähen. Das von mir zu sammelnde militärische Nachrichtenmaterial hatte ich sorgfältig zu registrieren und an einem sicheren Ort aufzubewahren. Durch Schröter³³⁷ wurde ich darüber unterrichtet, in welcher Weise das militärische Nachrichtenmaterial nach Amsterdam geschafft werden sollte. Da dieses, sei es nun durch Flugpost oder durch Kurier über die Deckadresse „Giese“, „van Westering“ und „Rustwat“ in derselben Weise befördert werden sollte (u. a. auch befördert worden ist) wie die anderen kommunistischen, d. h. politischen Nachrichten, verweise ich insoweit auf meine früheren Ausführungen.

Schröter und Kolossa standen in ständiger Verbindung mit einem sowjetrussischen Offizier, der Mitglied des Sowjetrussischen Nachrichtendienstes war und das ihm übergebene Material nach Sowjetrußland zur Auswertung weiterleitete. Kolossa und Schröter sind somit ebenfalls als Agenten anzusehen, die für den Sowjetrussischen Nachrichtendienst arbeiteten. Ich selbst bin mit diesem sowjetrussischen Offizier – es war wohl der Oberst Iwanow Schapalow, ob dieser Name zutreffend ist, weiß ich allerdings nicht – niemals zusammengekommen. Die Zentrale dieses Nachrichtendienstes befand sich übrigens im Westeuropäischen Büro der Komintern in Amsterdam. Wenn ich auch nicht mit dem erwähnten Nachrichtenoffizier der sowjetrussischen Armee persönlich zusammenkam, so muß ich zugeben, durch meine Stellung als Leiter des AM-Apparates über das gesamte Ruhrgebiet der Verbindungsmann vom Ruhrgebiet zur Zentrale des Sowjetrussischen Nachrichtendienstes gewesen zu sein.

Bei meinen ständigen Rücksprachen mit Kolossa und Schröter in Amsterdam übergab ich diesen oft persönlich das inzwischen gesammelte Material. Während der Generalauftrag, den Aufbau und die Gliederung der Wehrmacht festzustellen, weiter bestehen blieb, bekam ich im September 1937 von Kolossa noch die Aufträge, auch die Einrichtungen der Reichsbahn und des Straßenbauwesens vom militärischen Gesichtspunkt aus gesehen, festzustellen. Im August 1938 erhielten die in Amsterdam anwesenden Funktionäre von Kolossa den Auftrag, sich mit dem deutschen Festungsbau zu beschäftigen. Jeder führende Funktionär sollte darüber unterrichtet sein, welche Festungstypen Deutschland baut. Beim deutschen Festungsbau hatten wir in erster Linie die Typen und die Anzahl solcher Festungsanlagen festzustellen. Später sollten wir versuchen, mit den Soldaten, die in diesen Befestigungsanlagen Dienst taten, Verbindung aufzunehmen, um sie nicht nur zu zersetzen, sondern von ihnen auch nähere bautechnische Einzelheiten zu erfahren. Einen weiteren Spezialauftrag erhielt ich im August 1938 bei einer Besprechung mit Schröter in Amsterdam. Einmal hatte ich innerhalb der westlichen Grenzgebiete zu erforschen, ob Truppenbewegungen stattfänden, ferner die Stimmung der Bevölkerung zu ersehen . . .

Weiterhin sollte ich feststellen, wieviel Tonnen Getreide die Getreidesilos faßten. Denn die in den Silos aufgespeicherten Getreidemengen sollten im Kriegsfall

³³⁷ Ein Schröter wird als Hamborner AM-Funktionär in den Akten HD-Gestapo 31 160, 43 071 erwähnt, jedoch aus der Zeit vor 1933.

einen ungefähren Grad geben, wie lange Deutschland Krieg führen könnte. Soweit ich über den Luftschutz, über den Wehersatz und über die Erlasse des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei in den Heftern Schriftstücke niedergelegt habe, habe ich dabei der Erfassung dieser Schriftstücke im Rahmen meines Generalauftrages den Aufbau und die Gliederung der Wehrmacht festzustellen, gehandelt.“

Wahrscheinlich hatte die Gestapo diese exakten Aussagen mit Hilfe ihrer Verhörspezialisten zustandegebracht (sie füllten insgesamt mehr als zwanzig Schreibmaschinen-seiten). Andererseits ist sicher, daß Dombrowski absichtlich ausführlich Angaben über seine eigene Tätigkeit machte, um die Gestapo von den übrigen Mitgliedern des Agentenringes abzulenken. Deshalb nannte er auch Namen von ehemaligen Hamborner Kommunisten, die mit der ganzen Sache nichts zu tun hatten; – als die Gestapo dies durchschaute, erklärte er: „Man kann von mir nicht verlangen, daß ich den ganzen Apparat preisgebe. Es kämen dann etwa 200 Genossen zur Festnahme. Was sollen die Genossen in Holland von mir denken . . .“³³⁸. Sein ganzes Verhalten, das wie in dieser Vernehmung vom 14. April 1939 nicht frei von Pathos war, paßte indessen kaum zum Bild eines Mitarbeiters des AM-Apparates. Der vermeintliche Widerspruch dürfte dadurch zu erklären sein, daß auch der „Apparat“ gezwungen war, auf Kräfte zurückzugreifen, die zwar nicht „fachlich“ für die Spionage wie für die Sabotage qualifiziert waren, sich aber durch persönliche Courage auszeichneten. Und das waren vor allem Männer, die sich, wie Dombrowski früher im RFB bewährt hatten. Dombrowski selbst gab hierfür eine aufschlußreiche Erklärung ab:

„. . . Die in Deutschland bestehenden illegalen kommunistischen Organisationen, AM-Apparat und RFB, ergänzen sich gegenseitig in ihrer Tätigkeit. Während die Mitglieder des AM-Apparates für politische und wirtschaftliche Ziele eingesetzt werden, hat der RFB die Aufgabe, sich technisch und militärisch vorzubilden und im Falle eines Krieges oder innerer Unruhen die Gewalt an sich zu reißen. Im RFB bestehen 2 Abteilungen, und zwar verfolgt die eine Abteilung das Ziel der militärischen Ausbildung, sowie die Erfassung von Nachrichtenmaterial rein militärischer Art. Die weiteren Abteilungen sind innerhalb des RFB die sogenannten Kampfgruppen, die sich ausschließlich auf terror- und sabotagemäßige Arbeit in Zeiten der inneren Unruhen beschränken. In diesem Sinne sollte ich als Beauftragter RFB-Führer für das Ruhrgebiet Anstalten zur Gründung derartiger Gruppen treffen. Ich erklärte, daß es mir bisher nicht möglich gewesen ist, geschlossene Kampfgruppen innerhalb der Betriebe aufzubauen. Es ist mir auch nicht möglich gewesen, Zellen innerhalb der Polizei und der Wehrmacht zu gründen. Bei den von mir angegebenen Verbindungen zu Gleichgesinnten in wichtigen Betrieben und zur Wehrmacht handelt es sich nur um Einzelfälle. Neben meiner Tätigkeit als illegaler RFB-Leiter habe ich auch in Ermangelung geeigneter Personen den militärischen Nachrichtendienst persönlich durchgeführt und Nachrichten aller Art, soweit sie für den Gegner von Wichtigkeit sein konnten, gesammelt und weitergeleitet . . .“

Es bleibt noch festzustellen, daß die RFB-Gruppen für einen gezielten Einsatz im

³³⁸ HD-Gestapo 8146, Blatt 712.

Kriegsfall vorgesehen waren. Dombrowski berichtete in einer der letzten Vernehmungen:

„... Ich hatte auf Anweisung von Schröter Instruktionen über den Zellaufbau des illegalen RFB in den Betrieben, der Polizei und der Wehrmacht zu erteilen. Die Zellen in den Betrieben hatten sich genauestens über die Maschinenanlagen, elektrische Anlagen, Gas- und Wasserzuführungen usw. zu informieren, damit diese im Falle eines Bürger- oder allgemeinen Krieges durch diese Gruppen zerstört werden konnten. Diese Zellen nannten wir Kampfgruppen, die an sich den Sabotagegruppen gleichkamen.

Die Zellen in der Polizei und Wehrmacht hatten zunächst den Zweck, die Angehörigen der Formationen, soweit es sich um Unzufriedene handelte, ideologisch im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. Im Kriegs- oder Bürgerkriegsfall hatten diese Leute die Aufgabe, im kommunistischen Sinne zu arbeiten und bei vorkommenden Revolten die Offiziere zu beseitigen und die Führung persönlich zu übernehmen. Hierfür bestand die weitere Anweisung, daß zunächst die wichtigsten Kriegsmateriallager geschützt und beschlagnahmt wurden, um die Verwendung derselben für die revolutionären Truppen zu ermöglichen³³⁹.

Die umfangreichen Berichte, mit denen Dombrowski seinen Kopf zu retten versuchte, führen in das Gefüge der Nachrichten- und Zersetzungsapparate, in dem sich politischer Widerstand und Spionage kurz vor Ausbruch des Krieges in nicht mehr durchschaubarer Verästelung kreuzten. Arbeitete Dombrowski für einen Verbindungsstab zum sowjetischen Geheimdienst in der deutschen Abschnittsleitung West? Oder ausschließlich für eine Abteilung des sowjetischen Nachrichtendienstes oder gar schon für den ersten Agentenkreis des „Grand Chef“ (Leopold Trepper), der damals in Brüssel und Amsterdam mit dem Aufbau eines Nachrichtennetzes begann, das später unter dem Codewort „Rote Kapelle“ Geschichte machte³⁴⁰? Der Duisburger gab keine Namen preis, die mit Sicherheit auf die eine oder die andere Gruppe schließen lassen. Vermutlich konnte er das auch nicht; denn selbst, wenn die von ihm genannten Arnold Klein („Edwin Kolossa“) und „Anton Schröter“ seine direkten Auftraggeber waren, so handelte es sich doch wahrscheinlich auch bei ihnen wiederum nur um Mittelsmänner des einen oder des anderen Apparates. Für Dombrowski, den überzeugten Kommunisten genügte es zu wissen, daß er im Kampf für den Kommunismus gebraucht wurde. Als er verzweifelt um eine Überlebenschance zu kämpfen begann und alle Einzelheiten über seine Tätigkeit der Gestapo mitteilte – und offensichtlich auch über mehr als er wissen konnte – diktierte er jedoch schon sein eigenes Todesurteil. Der Volksgerichtshof fällte es am 19. März 1941³⁴¹. Der Tod des Johann Dombrowski umschließt eine besondere Tragik. Sein Einsatz war vergeblich. Im Zeitpunkt seiner Verurteilung brauchte niemand mehr seine Informationen, weil mittlerweile der Nichtangriffspakt zwischen Berlin und Moskau geschlossen war. Als Hitler im Sommer 1941 dann doch die Sowjetunion überfiel, aber waren Dombrowskis Informationen wegen ihres begrenzten Zeitwertes längst überholt³⁴².

³³⁹ HD-Gestapo 1088, Bd. 2, Blatt 834. Aussagen vom 4. 5. 1939.

³⁴⁰ Über die Anfänge vgl. bei David J. Dallin, a. a. O., S. 166 ff.

³⁴¹ 9 J 30/40 q (HD-Gestapo 1088, Bd. 2).

2 H 5/41

³⁴² Die in dem Verfahren 9 J 30/40 mitverurteilten drei Informanten Dombrowskis erhielten

3.13 1939. Undurchsichtige Vorgänge im Hintergrund. KPD-Pläne für ein „Viertes Reich“? Hitler-Stalin-Pakt

Während Dombrowski noch in Duisburg Informationen für die AM-Leitung sammelte, fand sich in einer großen Wellblechbaracke in Draveil unweit von Paris in den letzten Januartagen 1939 das Zentralkomitee ein. Alle wichtigen Instrukteure aus dem Reichsgebiet waren hierhergerufen worden. Die Versammlung leitete Wilhelm Pieck. Er analysierte die Lage. Seine Ausführungen ließen keinen Zweifel daran, daß das Politbüro mit einem unmittelbar bevorstehenden Krieg rechnete. Pieck erteilte im Namen des ZK auf dieser Konferenz – sie wurde aus Tarnungsgründen die „Berner“ genannt – die Weisung, mehr als bisher zum „Sturz der Hitlerdiktatur“ im Reichsgebiet zu arbeiten³⁴³, und entwarf das Zukunftsbild eines neuen deutschen Staates. Nach einem Krieg, der nach den Darlegungen Piecks zum Zusammenbruch der Hitlerdiktatur führen mußte, sollte „eine vom ganzen deutschen Volk freigewählte Volksregierung, eine neue demokratische Republik“ entstehen. Ihr Fundament sollte eine „einige Arbeiterklasse vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront“ bilden³⁴⁴. Wilhelm Pieck stellte zu diesem „Volksfrontkurs“ bemerkenswerte Grundrechte in Aussicht: Versammlungs- und Pressefreiheit, Freiheit der wissenschaftlichen Lehre, Forschung, Kunst und Literatur, ja sogar Glaubensfreiheit sollten im neuen Staat garantiert sein³⁴⁵.

Außerte sich hier ein von nationalem Impetus geprägtes Anliegen, in dem nur die Begriffe „Freiheit“ und „Demokratie“ anders aufgefaßt wurden, als sie bis heute noch die Vorstellung westeuropäischer Demokraten bestimmen? Näher der Wirklichkeit zu sein scheint, daß das Scheitern des Volksfrontexperiments in Frankreich, Hitlers außenpolitischer Erfolg im „Münchener Abkommen“ und die anscheinend auch für die KPD-Führungsspitze nicht gänzlich durchschaubare Zurückhaltung des Kremls zu

überraschend geringe Freiheitsstrafen (1 bis 1½ Jahre Gefängnis). Der Volksgerichtshof folgte dabei den Geständnissen der Angeklagten, denen zufolge sie stets auf bestimmte Fragen von Dombrowski (z. B. Beschaffenheit von Telefonkabeln, Rohren usw.) Auskunft gegeben, aber nie daran gedacht hätten, daß ihre Unterhaltungen irgend etwas mit Spionage zu tun gehabt haben könnten (vgl. Urteilsgründe, a. a. O.). Da die Betroffenen keine Duisburger waren, ließ sich anhand der Akten des AfW über ihr weiteres Schicksal (Einlieferung in Konzentrationslager?) nichts in Erfahrung bringen. Ebenso fehlen Akten über jene von Dombrowski (offensichtlich zur Irreführung der Gestapo) genannten Hamborner.

Das Schicksal des Studenten S. wird restlos nie ganz geklärt werden können. S. war möglicherweise eine psychisch-pathologische Persönlichkeit. Als er mit Dombrowski verhaftet und verschärften Verhören ausgesetzt wurde, geriet er in Verzweiflung. Er wiederholte pausenlos seinen mehrmals wechselnden Zellennachbarn durch ein von ihm in die Wand gebohrtes Loch seine Lebensgeschichte, die stereotyp darauf zurückkam, daß er alles nur getan habe, um der deutschen Abwehr einen Beweis seiner Fähigkeiten bei der Entlarvung staatsfeindlicher Agenten zu beweisen. Er habe sich schon im nächsten Monat der Gestapo zu erkennen geben wollen. (Vgl. V-Mann-Bericht Duisburg v. 17. 4. 1939. HD-Gestapo 1088, Bd. 1, Blatt 12). Seine Schritte in der Zelle wurden immer schneller, wie der auf ihn angesetzte Hordposten der Gestapo registrierte. (HD-Gestapo 1088, Bd. 1, Blatt 13). Er verfiel zusehends dem Wahnsinn. Über sein weiteres Schicksal konnte nichts mehr in Erfahrung gebracht werden.

³⁴³ Karl Mewis, Im Auftrag der Partei, Erinnerungen, Berlin (Ost) 1971, S. 204 ff.

Otto Winzer, Zwölf Jahre im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD von 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1945, S. 128 ff.

³⁴⁴ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 220.

³⁴⁵ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 220.

einer Verunsicherung in der Lagebeurteilung geführt hatten³⁴⁶. Sucht man nach dem roten Faden in den Aussageprotokollen später verhafteter Teilnehmer an dieser Konferenz³⁴⁷ (in denen übrigens keine Anhaltspunkte für Mutmaßungen über einen bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion zu finden sind), so läßt sich jedenfalls nicht erkennen, daß konkrete Anweisungen für die „Volksfront“-Politik gegeben wurden. Es hat vielmehr den Anschein, daß die KPD-Führung angesichts des drohenden Krieges (mit den Westmächten) mehr denn je auf einen Zusammenbruch des NS-Regimes setzte und Vorkehrungen zur Verstärkung der kommunistischen Untergrundorganisation treffen wollte, um im erwarteten Falle der Hitlerschen Niederlage im Inland für die Gestaltung des Nachkriegsdeutschland präsent zu sein³⁴⁸.

Was dann in den nächsten Wochen und Monaten an der Rhein- und Ruhrfront geschah, ist im einzelnen nicht zu erkennen. Dagegen sieht man aus dem Hintergrund bereits einige Funktionäre hervortreten, die in den folgenden Jahren entscheidenden Einfluß auf die Organisation der Untergrundbewegung der KPD im westlichen Reichsgebiet, nicht zuletzt speziell auf operative Ansätze in Duisburg nahmen. Es waren dies Wilhelm Knöchel, der mit Wilhelm Beuttel und Erich Gentsch die Abschnittsleitung-West (Amsterdam) reorganisierte und mit bewährten Instruktoren (Albert Kamradt, Willi Seng, Alfons Kaps und Alfred Kowalke) entsprechend den Richtlinien der „Berner Konferenz“ neue Verbindungen mit dem westlichen Reichsgebiet anzubahnen versuchte³⁴⁹.

Offenbar machten aber die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen (u. a. die Beschaffung gut gefälschter Pässe) zunächst Schwierigkeiten. Vorerst zeigten sich jedenfalls keine Reflexe in Duisburg. Zwar ging im Mai beim Geheimen Staatspolizeiamt Berlin die Meldung eines V-Mannes aus Antwerpen ein, wonach in einem Antwerpener Ausrüstungsgeschäft für Seeleute von einer Literaturanlaufstelle in Duisburg und drei ortsansässigen Gewährsmännern „Joseph“, „Jakob“ und „Clemens“ gesprochen worden sein soll³⁵⁰; jedoch ließ sich über diese drei angeblichen Duisburger nichts in Erfahrung bringen. Auch nicht während des Krieges, als es der Gestapo gelang, Mitglieder einer in Antwerpen mit der Einschleusung von Propagandaschriften befaßten Seemannsgruppe habhaft zu werden, zu der u. a. der bewährte Inhaber des Ausrüstungsgeschäftes gehörte. – Bemerkenswert ist, daß die Verbindungen dieser Gruppe von der Gestapo offensichtlich auch nicht ganz durchschaut wurden. Wahrscheinlich setzte sie sich aus heimlichen Trotzki-Anhängern zusammen, die für den englischen Nachrichtendienst arbeiteten³⁵¹.

Als überraschend kurz vor Kriegsausbruch Stalin mit Hitler den aufsehenerregenden Nichtangriffspakt schloß, war für die KPD eine neue Lage entstanden. Bei manchem Kommunisten, der sich in der Untergrundorganisation hervorgetan hatte, herrschte Verwirrung.

Die Abschnittsleitungen wurden offiziell aufgelöst – entweder eine von Moskau be-

³⁴⁶ Hierzu ausführlich mit detaillierten Ausführungen Horst Duhnke, a. a. O., S. 311 ff.

³⁴⁷ Vgl. die umfangreichen Protokolle in den Akten HD-Gestapo 27 501 (Gentsch), 19 540/41 (Knöchel).

³⁴⁸ Siehe hierzu auch die bei aller sprachlichen Prägnanz sehr weitgefaßte Darstellung bei Karl Mewes, a. a. O., S. 206–208.

³⁴⁹ Vgl. Aussagen HD-Gestapo 12 111, 19 541.

³⁵⁰ Vgl. HD-Gestapo 30 638 (Georges Müller).

³⁵¹ Vgl. HD-Gestapo 31 102 (betr. Hermann Knüfken, Kurt Lehmann); insbes. über den vermutlichen Parteiausschluß Knüfkens, Blatt 17; vgl. auch HD-Gestapo 9916; 10 468 (Peter Sauter).

fohlene Maßnahme, die dazu bestimmt war, den Gestapobeobachtern in Kopenhagen, Zürich und Amsterdam zu demonstrieren, daß der Kreml als Vertragspartner Berlins im Sinne des Stalin-Hitler-Bündnisses konsequent auch bis in die deutsche kommunistische Untergrundorganisation einzugreifen bereit war – oder eine von der KPD aus organisatorischen Erwägungen beschlossene Maßnahme, denn allem Anschein nach glaubte die KPD-Führung, jetzt eine neue Möglichkeit zur halblegalen Arbeit zu haben³⁵². Die bisherige Arbeit der Leitungsstäbe wurde einzelnen ausgesuchten Spitzenfunktionären übertragen, die unverzüglich darangingen, wieder eine illegale Inlandsorganisation aufzubauen. Sie sollte in Aktion treten, sobald Hitler auf das von Moskau erwartete Geheiß die Gestapo zur Zurückhaltung bei der Kommunistenverfolgung veranlassen würde. Es wurde sogar eine neue Landesleitung (sogenanntes Sekretariat) ins Auge gefaßt, deren Sitz abermals Berlin sein sollte³⁵³. Vorerst bekam die Propagandaarbeit eine neue Richtung: Den Mitgliedern der Untergrundbewegung wurde erklärt, daß man zwischen den nationalen Interessen des deutschen Volkes gegen den „räuberischen Imperialismus“ Englands und dem, dem Untergang geweihten, „aggressiven Faschismus“ zu unterscheiden habe³⁵⁴; eine Verlegenheitslösung angesichts der Tatsache, daß das deutsch-sowjetische Bündnis Hitler beim Überfall auf Polen freie Hand ließ.

Die ideologisch wie propagandistisch für die deutsche KP-Führung kaum zu bewältigende Konfliktlage löste sich dann von selbst, als Hitler am 21. Juni 1941 auch den Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaune brach.

Es dauerte nicht lange, bis Instrukteure der KPD wieder bis nach Duisburg vordrangen.

3.2 *Neue kommunistische Organisationsversuche während des Krieges. Verbindungen der „Roten Kapelle“ bis Duisburg?*

3.21 Verständigungsversuch mit bürgerlichen Kreisen. Aktion „Aufbruchkreis“

Der erste kommunistische Instrukteur, der nach dem Eindringen der deutschen Truppen in die Sowjetunion in Duisburg erschien, war Reinhold Mewes, Sohn eines Wiener Ingenieurs, der in den 20er Jahren nicht den Weg zu einem bürgerlichen Beruf einschlagen konnte, sondern als Bergarbeiter nach Duisburg gekommen war und hier 1932 mit dem ehemaligen Münchener Freikorpsführer Hauptmann Dr. Josef („Bepo“) Römer den örtlichen „Aufbruchkreis“ gegründet hatte. Die Nationalsozialisten hatten ihn nach der Machtergreifung ins Gefängnis gebracht und dann bis zum Frühjahr 1939 im Konzentrationslager Dachau in Haft gehalten³⁵⁵.

Am 13. August 1939 war er über die Schweiz nach Paris emigriert. Er hatte sich an die „Fédération des Emigrés d'Allemagne“ (einer Nachfolgeorganisation der „Liga für Menschenrechte“) gewandt, um von ihr Unterstützung für seinen Lebensunterhalt zu bekommen. Als der Krieg ausbrach wurde er von französischen Behörden zu Not-

³⁵² Vgl. hierzu Hans-Joachim Reichhardt, in „Der deutsche Widerstand gegen Hitler“, S. 196.

³⁵³ Vgl. im einzelnen Aussagen Erich Gentsch, Wilhelm Knöchel HD-Gestapo 12 111, 19 540, 27 501; s. auch OLG Hamm Anklageschrift 5 OJs 168/44 (Kamleiter) VG-Anklageschriften und Urteile 1 H 82/44; 1 H 97/44

8 J 52/44 9 J 51/44

³⁵⁴ Vgl. hierzu den Hinweis Erich Wollenbergs, a. a. O., S. 20, Fußnote 4.

³⁵⁵ Vgl. HD-Gestapo 3735 Aussagen Reinhold Mewes mit Anklageschrift ORA 9 J 70/42 g. Aussagen Mewes v. 26. 6. 1939 und 3. 2. 1941, Blatt 35 ff., 55, 59 ff.

standsarbeiten verpflichtet. Ein Jahr später verhaftete ihn ein deutsches Fahndungskommando in Paris. Für die Vermutung der Gestapo, daß Mewes in der kommunistischen Widerstandsbewegung eine Rolle spielte, womöglich noch Verbindung zu Römer und ehemaligen Mitgliedern des Duisburger Aufbruchkreises unterhielt, konnten damals keine Beweise erbracht werden. Dafür gewann sie genauere Informationen über die Entstehung und die Ziele des „Aufbruchkreises“ vor der Machtergreifung³⁵⁶. Mewes gab auch zu Protokoll, daß er 1933 deswegen zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war, anschließend bis März 1939 im Konzentrationslager Dachau gewesen und dann aus Furcht, möglicherweise nochmals verhaftet zu werden, über die Schweiz nach Frankreich geflohen sei. Die Gestapo verhörte ihn noch wochenlang weiter, bis sie anscheinend davon überzeugt war, daß er im August 1939 tatsächlich nur aus Furcht vor abermaliger Verhaftung die Flucht ergriffen hätte. Im September 1941 wurde er daraufhin abermals auf freien Fuß gesetzt und auf der Zeche „Zollverein“ in Essen-Katernberg dienstverpflichtet, nach „eindringlicher Warnung und Belehrung“³⁵⁷. Aber die Gestapo war an Mewes auf Grund von Informationen, die sie von der Leitstelle Berlin bekam, um sehr viel mehr interessiert, als sie zu erkennen gab. Sie setzte auf ihn den „V-Mann 49“ an, der die Aufgabe hatte, eine bis dahin von ihr nur vermutete Verbindung zu ehemaligen Aufbruch-Gruppen zu beobachten. Ein Berliner „Ernst“ – es handelte sich wahrscheinlich um einen kommunistischen Spitzenfunktionär, der zur Gestapo übergelaufen war, aber weiterhin Kontakte zur Führungsspitze des „Aufbruchkreises“ unterhielt, arrangierte am 22. November in Essen eine Zusammenkunft zwischen einem höheren Berliner Aufbruchmann (der Gestapo nur unter seinem Decknamen „Wolff“ bekannt) mit einem angeblichen KPD-Funktionär, der in Essen Kontakte mit Aufbruchkreismitgliedern suchte. „Wolff“, dem die Verbindung von „Ernst“ zur Gestapo nicht bekannt war und der nicht ahnte, daß es sich bei „Ernsts“ Vertrauensmann in Wirklichkeit um einen Ge-

³⁵⁶ u. a. daß die „Gesov“ („Gemeinschaft der Sowjetfreunde“) seinerzeit in den Duisburger Aufbruchkreis integriert worden war. Mewes gab folgende Details an:

„... Von der ‚Gesov‘, die eine eigene Zeitschrift herausgab, war ich beauftragt, die Vorträge zu organisieren. Mit den wachsenden Spannungen im politischen Leben hielt die Gesov nicht mehr Schritt, und so wurden ihre Mitglieder und Interessenten — soweit sie hierfür geeignet waren — im Herbst 1932 in den neu gegründeten ‚Aufbruchkreis‘ (A.K.) übernommen. Hauptmann a. D. Beppo Römer aus Berlin erteilte mir dann im Einverständnis mit der UB-Leitung Duisburg der KPD den Auftrag, die Leitung und den Ausbau des Duisburger A. K. zu übernehmen. Diese Tätigkeit führte ich dann auch bis in den Februar 1933 aus.

Der A. K. bezweckte die Sammlung bürgerlicher Aktivisten, deren Trachten nach einer Änderung der bestehenden Revolution ging. Die Hauptträger waren frühere Offiziere und bekannte Persönlichkeiten, die zuvor in Organisationen der Rechtsparteien gewirkt hatten. Man kannte wohl in den Parteispitzen der KPD die Abneigung bürgerlich-revolutionärer Kreise gegen die übliche Aufmachung kommunistischer Veranstaltungen, gegen die betonte Hervorhebung gewerkschaftlicher und internationaler Parolen und Redewendungen sowie das Sichtbarwerden jüdischer Parteimitglieder der KPD. Unter Vermeidung dieser störenden Faktoren und unter Anlehnung an bürgerliche Empfindungen sollte der A. K. gewissermaßen als Transformatorstation die bürgerlichen Revolutionäre für die Ziele der KPD gewinnen . . .

Mir selbst kamen die organisatorischen Vorbereitungen der Veranstaltungen zu: Wahl einer geeigneten Gaststätte, Verkehr mit den zuständigen Behörden und die Repräsentation während der Veranstaltungen. Auch die Kontrolle über den Zeitschriftenvertrieb und die finanzielle Seite der Geschäftsführung unterstand mir . . .“ Vgl. HD-Gestapo 3735, Blatt 37—39.

³⁵⁷ HD-Gestapo 3735, Blatt 87.

stapoagenten handelte, brachte ihn noch am gleichen Tag mit einem Mann zusammen, der kein anderer als Reinhold Mewes war³⁵⁸.

Die „Illegalen“ – einer davon der Gestapospitzel – diskutierten die politische Lage. „Wolff“ forderte eine engere Zusammenarbeit zwischen KPD- und „Aufbruch-Gruppen“. Die Kommunisten waren entschlossen, aufs Ganze zu gehen und forderten sogar notfalls die „Beseitigung von Unsicheren und Wankelmütigen“ (s. u.). Auf einem drei Tage später stattfindenden Treffen legte Mewes „Wolff“ einen eigenen Organisationsplan vor. Die Essener Gestapo berichtete unverzüglich an das Reichssicherheitshauptamt:

„... In obiger Angelegenheit haben inzwischen zwei weitere Treffs zwischen V-Man 49 und Mewes stattgefunden. Sie trafen sich am 26. 11., um 17.30 Uhr, am Schlachthof und am 29. 11. im Handelshof-Restaurant in Essen. Über den 1. und 2. Treff habe ich bereits berichtet. Nachzutragen ist, daß der Berliner Aufbruchmann Wolf die Zusammenarbeit mit der KPD, Schaffung zuverlässiger Fünfergruppen und einer Schutzgarde zur evtl. Beseitigung von Unsicheren und Wankelmütigen und beste Durcharbeitung des überbrachten Materials forderte.

Am 26. 11. 41 hat Mewes folgende Arbeitsweise vorgeschlagen:

1. Heranziehung von Gruppenführern, die selbst eine Gruppe bis zu 5 Mann bilden sollen.
2. Es darf nur mit dem Gruppenführer verhandelt werden.
3. Besonderer Wert ist auf die politische Schulung und Zersetzung der militärischen Urlauber zu legen.
4. Sympathisierende sollen durch Aufklärung neutralisiert werden.
5. Zur Deckung der Unkosten sind kleine Fonds zu schaffen.

Am 29. 11. 41 forderte Mewes die Bereitstellung eines illegalen Quartiers für den Berliner Kurier und die Schaffung einer Deckadresse in den Kreisen des Mittelstandes...³⁵⁹

Am 28. Januar 1942 vermerkte die Essener Gestapo-Außendienststelle in einem Bericht an die Düsseldorfer Leitstelle:

„... In bezug auf die Herbeiführung einer Anlaufstelle für Post aus Berlin wies M. auf den unzufriedenen kleinen Mittelstand hin, der bei sorgfältigem Fingerspitzengefühl am ehesten für umstürzlerische Ziele zu gewinnen sei. In diesen Kreisen sollen nach Ansicht des M. auch Leute zu finden sein, die Geld hierfür geben würden. Weiter bemerkte Mewes, daß schon viel gewonnen sei, wenn der Mittelstand und die indifferenten Arbeiter im Gegensatz zu 1918/1919 durch systematische Bearbeitung neutralisiert werden könnten. Er meinte damit, daß diese Kreise bei einer eventuellen Aktivität der KPD nicht gegen diese auftreten würden.

Nach hiesiger Auffassung hält es sehr schwer, im augenblicklichen Zeitpunkt in Essen Mitarbeiter für die illegale Arbeit zu bekommen. Die hohen Strafen aus den kommunistischen Prozessen der Jahre 1935/36 und die Inschutzhaftnahme

³⁵⁸ Vgl. HD-Gestapo 3735, Blatt 91 ff.; auch Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, Hannover 1969, S. 127 f.

³⁵⁹ Vgl. Bericht der Staatspolizei-Außendienststelle Essen an die Staatspolizei-Leitstelle Düsseldorf v. 4. 12. 1941; HD-Gestapo 3735, Blatt 103.

der aus der Strafverbüßung Entlassenen haben derart abschreckend gewirkt, daß Mitarbeiter nur sehr schwer zu gewinnen sind.

Obwohl das gegen M. vorliegende Material bereits derart ist, daß seine Unschädlichmachung geboten erscheint, wird ein Eingreifen noch für verfrüht gehalten, umso mehr, da die Stapoleitstelle Berlin, die vor dem Einschreiten gegen den Berliner Aufbruchmann Wolff Mitteilung machen wollte, anscheinend auch noch nicht zugegriffen hat. Weiter muß auch noch die sehr wahrscheinliche Verbindung des M. nach Mülheim-Ruhr oder Duisburg, an die der V. M. heranzukommen hoffte, ausgekundschaftet werden.

Im Auftrage: gez. Horn³⁶⁰

Wenige Tage darauf erfuhr die Gestapo, daß Mewes, um den vermeintlichen Konfidenten (in Wirklichkeit ihren Agenten „V-49“) anzuspornen, diesen versicherte, daß in früheren Aufbruchkreisen aktivierbare Reserven steckten. Er hatte dabei von Duisburg gesprochen. Die Staatspolizei-Außendienststelle Essen notierte am 11. Februar 1942:

„... Beistehendes Material, nachdem die Beteiligung dieser Personen am Aufbruchkreis bewiesen werden konnte, wurde nicht gefunden. Es stellte sich aber heraus, daß der Personenkreis, in dem Mewes in Duisburg verkehrt, aus ehemaligen Anhänger der KPD besteht. Wenn die Äußerung des Mewes dem V-Mann 49 gegenüber, Duisburg sei ein Beweis, wie man trotz aller Gefahren Aufbrucharbeit leisten könne, . . . dann kann nur der Kreis um Be. infrage kommen. Bei Be. verkehren folgende Personen: . . .“³⁶¹

Später stellte sich heraus, daß Mewes im Oktober 1941 Aufbruchkreis-Mitglieder in München aufgesucht hatte, anschließend zur Zentrale nach Berlin gefahren war und dort mit Beppo Römer einen Aktionsplan „Aufbruchkreis Duisburg“ diskutiert hatte³⁶².

Die Gestapo hatte außerdem herausbekommen, wie die Aufbruchkreismitglieder zu ganz bestimmten, auf Wehrkraftersetzung gerichtete Aktionen herangezogen werden sollten³⁶³.

³⁶⁰ HD-Gestapo 3735, Blatt 107.

³⁶¹ Vgl. a. a. O., Blatt 103.

³⁶² Vgl. VG-Urteil 9 J 70/42 g, S. 4.

2 H 157/42

³⁶³ Ein späterer Ermittlungsbericht hielt fest:

„... Um die Mitglieder der illegalen Organisation politisch einheitlich auszurichten, ging die politische Leitung in Berlin im Sommer 1941 dazu über, Informationsmaterial herauszugeben. Das Informationsmaterial wurde hauptsächlich ausgearbeitet von Dr. Römer und Robert Uhrig. Insgesamt wurden vom Oktober 1941 bis Januar 1942 vier Informationsblätter herausgegeben. Der Beitrag Dr. Römers zu diesen Informationsblättern bestand hauptsächlich aus Schilderungen der militärpolitischen Lage, die er für Deutschland als katastrophal hinstellte. Er führte darin aus, daß Deutschland den Krieg nicht gewinnen könne . . .“

Der Inhalt des Informationsdienstes Mitte Dezember 1941 befaßt sich mit Ausführungen über die Kriegslage, außenpolitische Lage und Wirtschaftslage. Bezeichnend ist der Absatz „Was also müssen wir tun?“ Es wird folgendes ausgeführt:

„1. Die Achillesferse Hitlers ist die Benzinversorgung. Jede Handlung, die Benzin vernichtet, schwächt sein Kriegspotential.

Reinhold Mewes wurde Anfang Februar 1942 verhaftet. Am 2. November 1943 wurde er wegen „fortgesetzten Hochverrats im Dienste einer kommunistischen Organisation“ vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 13. Dezember hingerichtet³⁰⁴.

Welche Funktion hatte Reinhold Mewes wirklich gehabt? Man weiß es bis heute nicht genau. Er hat wie die meisten Kommunisten, die wie er offensichtlich zu einem der inneren Kreise des „Apparates“ gehörten, manches Detail bis zuletzt verschwiegen. Seine Aktion blieb daher letztlich für die Gestapo undurchsichtig wie jene Widerstandszentrale, die ihn damals nach Duisburg geleitet hatte.

Die Gestapo hatte Verbindungen von Mewes zur Aufbruchkreis-Gruppe (Dr. Josef Römer) in Berlin aufgedeckt und nachgewiesen, daß er sich im Auftrage Römers im Ruhrgebiet und am Niederrhein, insbesondere in Duisburg, an ehemalige Aufbruchkreis-Mitglieder gewandt hatte, um aus ihnen neue kommunistische Widerstandsaktivisten zu bilden³⁰⁵. Sie hatte auch von den Verbindungen Römers zu Robert Uhrig

2. Kautschuk ist noch seltener. Seine Vernichtung legt deutsche Bomber still.
3. Zur Bearbeitung moderner Edelmessing sind naturharte Stähle erforderlich. Solche Stähle sind in Deutschland kaum noch zu haben, da nur Kobalt, Mangan, Wolfram, Chrom und Vanadium zu ihrer Erzeugung fehlen. Jede Zerstörung von Naturstahlwerkzeugen hilft die Kriegsproduktion gegen die Arbeiter hindern.
4. Magnesium ist ein wichtiger Bestandteil der Flugzeugherstellung. Es ist leicht entzündbar und nicht zu löschen. Es brennt unmitttelbar.
5. Roh- und Schmieröle fehlen. Wo wir die Reste dieser Öle vernichten, schlagen wir Hitlers Bourgeoisie.
6. In der Fett- und Brotversorgung gilt jetzt unsere Aufmerksamkeit dem Kampfe gegen die Kürzung der Schwerarbeiter- und Langarbeiterrationen. Wer zu wenig zu essen bekommt, muß weniger arbeiten.

Vor allem schlägt jede Verlangsamung des Arbeitstempos jene großen Breschen und schwächt die Produktivkräfte, aus denen heraus die proletarische Revolution einst hervorbrechen kann und siegen wird.“

Siehe Abschlußbericht v. 20. 4. 1942, HD-Gestapo 3735, Blatt 182 f.

³⁰⁴ VG-Todesurteil 9 J 70/42 g mit Vollstreckungsmeldung.

2 H 157/43

HD-Gestapo 3735 Blatt 242; s. Faksimile im Anhang.

³⁰⁵ Vgl. hierzu aus dem Gestapobericht vom 25. 2. 1942, 3735, Blatt 172.

Bei den Verbindungen, die Mewes an anderen Orten des Ruhrgebietes haben sollte, handelt es sich um folgende Personen:

1. Mathias B. . .
2. Helene St. . . , wohnhaft Duisburg, Kammerstraße.
6. Hermann Sp. . . , wohnhaft Duisburg, Königstraße.
7. Ehefrau Gertrud van . . . , wohnhaft Duisburg, Lotharstraße.

Mewes gibt zu, diese Leute vorsichtig über ihre jetzige Einstellung zum heutigen Staat ausgefragt zu haben, um sie evtl. später für seine Zwecke gebrauchen zu können. Er will aber sehr bald überall erkannt haben, daß diese Personen mit seinen Ideen nichts zu tun haben wollten und will deshalb nicht mit konkreten Fragen an sie herangetreten sein. Da es sich aber fast ausnahmslos um frühere Mitglieder des Duisburger Aufbruchkreises und um der KPD nahestehende Personen handelt, die zum Teil wegen Vorbereitung zum Hochverrat bestraft sind oder aus sicherheitspolizeilichen Gründen in Schutzhaft waren, liegt der Verdacht nahe, daß Mewes viel eingehender mit ihnen gesprochen hat, als er es zugibt. Diese Personen behaupten in ihren Vernehmungen, daß sie mit Mewes keine politischen Unterhaltungen geführt hätten . . .

Bei diesem Sachverhalt konnte den genannten Personen eine hochverräterische Betätigung

gewußt³⁶⁶, aber sie hatte noch keine Einblicke in die weiteren Verbindungen der Römer-Gruppe, d. h. in die Verbindungen zur „Roten Kapelle“³⁶⁷, gewonnen. Den erreichbaren Akten ist nur zu entnehmen, daß die Aktion „Aufbruchkreis-Duisburg“ von einer Gruppe ehemaliger KZ-Häftlinge (Römer, Budeus, Uhrig, Hartwimmer)³⁶⁸ ausging. Aus den überlieferten Gestapoakten ist außerdem zu ersehen, daß die Berliner Zentrale im Sommer 1941 Verbindung mit dem aus Holland eingereisten ZK-Instrukteur Alfred Kowalke bekam³⁶⁹, nicht aber daß sie Verbindung zur „Roten Kapelle“ hatte³⁷⁰. Dennoch kann diese – und damit zugleich ein peripherer Kontakt mit dem sowjetischen Nachrichtendienst – mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden. Die Verbindung von „Aufbruchkreis“ und „Roter Kapelle“ lief vermutlich über Robert Uhrig. Uhrig hatte Kontakt mit der bedeutenden Saefkow-Gruppe³⁷¹, stand aber auch in Verbindung mit einer Gruppe um den Berliner Buchhändler Wilhelm Guddorf, die zwar von sich aus ursprünglich nur Kontakte zur Abschnittsleitung Nord in Hamburg (Bernhard Bästlein) suchte, dann aber nach einer Direktive aus Moskau (über Saefkow?) 1941 an die Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe, d. h. an die „Rote Kapelle“, angekoppelt wurde³⁷². Lassen sich auch nicht mehr alle Verbindungen von Berlin nach Duisburg zurückverfolgen, so deuten die erkennbaren Vorgänge darauf hin, daß hinter der Mewes-Aktion ursprünglich eine Widerstands-Initiative deutscher Kommunisten stand, die erst im Verlauf ihrer Entfaltung und anscheinend nicht ganz ohne Druck von Moskau auf sowjetische, militärische Interessen zugeschnitten wurde. Ungeklärt bleibt daher

oder ein Vergehen nach § 139 des Strafgesetzbuches nicht nachgewiesen werden, weshalb von ihrer Festnahme abgesehen worden ist.

Mewes gibt nur das zu, was ihm von hier aus vorgehalten und durch Gegenüberstellung bewiesen werden kann. Er ist ein fanatischer Anhänger der kommunistischen Idee und bemerkte auf die Frage, wie der nach 7¹/₂jähriger Strafe und Schutzhaft wieder zu einer solchen Tätigkeit kommen könne, daß er aus Idealismus gehandelt habe und daß die heutige Zeit für seine Handlungsweise besonders günstig sei. Im übrigen weigerte er sich, irgendwelche Namen von beteiligten Personen zu nennen. Seine Schilderung über die Anbahnung der illegalen Verbindung wird nicht für wahrheitsgemäß gehalten. Zweifellos hat er nach der Entlassung aus der Schutzhaft schon wieder die Absicht der illegalen Betätigung gehabt und zu diesem Zweck die entsprechenden Verbindungen gesucht.

Kriminal-Obersekretär

³⁶⁶ Vgl. HD-Gestapo 3735, Blatt 182.

³⁶⁷ Vgl. Heinz Höhne, Kennwort Direktor — Die Geschichte der Roten Kapelle, Frankfurt 1970.

³⁶⁸ Vgl. zu diesem Kreis die biographischen Angaben in Deutsche Widerstandskämpfer, Bd. 1/2, Berlin (Ost) 1970; insbes. Bd. 2, S. 102.

³⁶⁹ Vgl. HD-Gestapo 1211, Blatt

³⁷⁰ Der Verbindungsmann „Wolff“ wurde von Hans-Josef Steinberg als ein Mitarbeiter Römers, Fritz Riedel, identifiziert (vgl. Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, S. 130). Eine ursprünglich vom Verfasser verfolgte Vermutung, daß sich hinter „Wolff“ der Freund von Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack, verbarg, der den gleichen Decknamen führte (vgl. Höhne, a. a. O., S. 125, 131) scheint damit außer Betracht zu fallen. Andererseits ist die Möglichkeit einer über Römer laufenden Verbindung von Schulze-Boysen (der in Duisburg das Gymnasium besucht hatte) zu Mewes keineswegs ausgeschlossen.

³⁷¹ Verbindung Römer-Mewes vgl. HD-Gestapo 3735, Blatt 172.

Verbindung Römer-Uhrig vgl. a. a. O., Blatt 182.

Verbindung Uhrig-Saefkow vgl. Günther Weisenborn, a. a. O., S. 158; zu Anton Saefkow vgl. auch Erich Wollenberg, a. a. O., S. 22. Vgl. insbes. auch Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand, München 1967, S. 208, 274 f.

³⁷² hierzu ausführlich Heinz Höhne, a. a. O., S. 154 f.

letztlich, ob Mewes Verbindung zu den Kreisen der „bürgerlichen“ Widerstandsbewegung suchte oder den Auftrag hatte, Partisanengruppen zu bilden, die für den Fall eines sowjetischen Vorstoßes bis ins Ruhrgebiet hinter den Linien operieren sollten. Der kommunistische Funktionär bürgerlicher Herkunft gab nach seiner Verhaftung der Gestapo zwar manches Detail seiner Tätigkeit zu Protokoll, blieb aber in wichtigen Fragen standhaft. Er blieb auch fest bei der Behauptung, in Duisburg nicht Fuß gefaßt zu haben, obwohl die Gestapo mehrere Anhaltspunkte für Versuche zur Kontaktaufnahme nachweisen konnte. Er hatte deshalb vermutlich die Köpfe eines in Duisburg neugebildeten kommunistischen Organisationskerns gerettet. Die Richter des 2. Senats beim Volksgerichtshof mußten eingestehen, daß es ihnen nicht gelungen war, letzte Aufschlüsse über den Umfang der Widerstandsgruppe zu erlangen. Im Todesurteil über Mewes stand an zentraler Stelle:

„Die Besprechungen des Angeklagten mit Römer in Berlin hatten offenbar den Zweck, Mewes restlos über die Absichten Römers aufzuklären, ihm genaue Weisungen für seine demnächstige Tätigkeit im Rheinland zu erteilen und sonstige organisatorische Fragen zu regeln. Sie erstreckten sich auf drei volle Tage und ihr Ergebnis war, daß der Angeklagte nunmehr in das Rheinland weiterreiste und in Duisburg seine alten Gesinnungsfreunde vom „Aufbruch“-Kreis aufsuchte. Diese kamen naturgemäß in erster Linie als Mitarbeiter in Betracht, und es ist dem Angeklagten nicht zu glauben, daß er sie lediglich in der Absicht aufgesucht hat, sich ein Bild von der Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen zu machen, um zu prüfen, ob Römer nicht etwa von falschen Voraussetzungen ausgehe. Hätte Mewes diese Absicht gehabt, dann hätte er sich nicht gerade an solche Personen gewandt, deren frühere staatsfeindliche Einstellung ihm bekannt war und von denen er nicht annehmen konnte, daß sie sich in dieser Beziehung gewandelt hatten. Der Senat ist vielmehr überzeugt, daß der Angeklagte die Duisburger Freunde aufgesucht hat, um sie für das von Römer geplante Unternehmen zu gewinnen. Daß er damit keinen Erfolg gehabt hat, war ihm nicht zu widerlegen.“³⁷³

3.22 Instrukteure der Knöchel-Gruppe 1941—1943 in Duisburg. — Auch die letzten kommunistischen Operationen wurden von der Gestapo beobachtet

Nachdem im Februar 1942 Reinhold Mewes in Essen, danach in Berlin auch Römer und Uhrig gefaßt und mit ihnen vermutlich einige hundert Personen verhaftet worden waren³⁷⁴, schien der Versuch der KPD, eine neue Untergrundorganisation im Reichsgebiet zu schaffen, gescheitert zu sein. In Duisburg hatte man von den Aktionen vermutlich noch nicht einmal etwas bemerkt. Die wenigen, von denen die Gestapo wußte, daß Mewes mit ihnen Gespräche geführt hatte, kamen in Untersuchungshaft und schwiegen nach ihrer Entlassung. Eine junge Frau aus diesem Kreis, Helene St., war in ein Konzentrationslager gebracht worden³⁷⁵.

³⁷³ VG-Urteil S. 9, HD-Gestapo 3735, Blatt 239.

³⁷⁴ Vgl. Deutsche Widerstandskämpfer 1933—45, hrsgg. vom IML, Berlin (O) 1970, Bd. 2, S. 101 f., 377 ff.

³⁷⁵ Helene St. war zum erstenmal als Kassiererin für illegale Beiträge 1934 verhaftet worden und hatte dafür eine ... jährige Strafe absitzen müssen. Eine abermalige illegale Betätigung

Die Warnung reichte aus, um die Kontaktgruppe unter Kontrolle zu halten. Aber zwischen Februar und April 1942, als die Gestapo noch die ganze Machtfülle des NS-Staates demonstrierte, geriet der Vormarsch der Wehrmacht an der Ostfront schon ins Stocken. Der Höhepunkt der militärischen Erfolge war überschritten. Darüber konnte auch die im Mai 1942 an der Afrikafront auf El Alamein gestartete Offensive nicht mehr hinwegtäuschen. Die Bevölkerung begann nach dem Sinn des Rußlandfeldzuges zu fragen³⁷⁶. Der Stimmungsumschwung war den Russen nicht verborgen geblieben, und sie drängten bald von neuem auf Aktivierung der kommunistischen Untergrundarbeit. Vor allem verlangten sie die Ausführung von Sabotageakten³⁷⁷. Ihre militärischen Operationen sollten von der Front hinter den Linien Unterstützung erhalten. Jedem Kommunisten in Deutschland sollte klargemacht werden, daß er wie der sowjetische Bürger als Soldat für den Kommunismus zu kämpfen hätte³⁷⁸.

Das deutsche Politbüro, soweit es sich nach der Besetzung von Paris nach Moskau flüchten konnte, entsprach den russischen Forderungen und schickte neue Instrukteure — einige wurden per Fallschirm abgesetzt —, die den Aufbau der Zersetzungsgruppen vorantreiben sollten³⁷⁹.

Nach den Mißerfolgen der Aufbruchkreis-Aktion Ende 1941 blieb es indessen fraglich, ob eine gänzlich auf sowjetische Interessen abgestellte Untergrundarbeit Erfolg haben konnte. Denn wie der Verlauf der Aktion in Duisburg gezeigt hatte, war offenbar die Bereitschaft zur aktiven Zersetzungsarbeit, d. h. zur Sabotage, nicht sonderlich groß. Vermutlich wurden mit der Eskalation des von beiden Seiten zunehmend brutaler geführten Krieges die psychischen Barrieren stärker, die es bei Aktionen gegen die Wehrmacht zu überwinden galt. Der allgemeine Stimmungsumschwung Anfang 1942 richtete sich gegen Hitler und den Nationalsozialismus, bedeutete aber nicht zugleich Sympathien für militärische Gegenoffensiven der anderen Seite. KPD-Funktionäre, die unter den schwierigsten Bedingungen in Deutschland Verbindungen suchten, sahen dies wohl, und offensichtlich versuchten einige von der aus Moskau vorgeschriebenen Linie abzuweichen.

Eine Flugblattserie, die ab Mai 1942 ihren Weg bis nach Duisburg fand, demonstrierte einen stärkeren nationalen Einschlag recht deutlich. Im Juli 1942 stellte die Gestapo in Essen, Düsseldorf und Duisburg mehrere Exemplare sicher, die unter der Kopfleiste „Der Friedenskämpfer“ in der Ausgabe „Mai 1942“ folgende Texte enthielt:

DEUTSCHES VOLK, VEREINIGE DICH ZUM KAMPF FÜR FRIEDEN
UND FREIHEIT!

KAMPF DEM HUNGER! SCHLUSS MIT DEM KRIEG! WEG MIT HIT-
LER!

nach Mewes' Auftauchen in Duisburg konnte ihr zwar nicht nachgewiesen werden, dafür aber das Abhören eines ausländischen Senders. Damit war die formale Begründung für die Abschreckungshaft gegeben. Vgl. HD-Gestapo 43 989 mit 3735 (Mewes), Blatt 238 R.

³⁷⁶ Vgl. Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich; Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939—1944, Neuwied und Berlin 1965, Nr. 277 bis 304, S. 253 ff.

³⁷⁷ Vgl. Wehner, a. a. O., S. 202.

³⁷⁸ Vgl. Wehner, a. a. O., S. 202.

³⁷⁹ David J. Dallin, Die Sowjetspionage, S. 308 ff.

UNTER DEM ZEICHEN DES F KÄMPFT FÜR EIN NEUES FREIES DEUTSCHLAND!

„... Nur wenige Wochen sind vergangen, seitdem wir zum ersten Male unsere schaffenden Volksgenossen aufgefordert haben, durch das Anschreiben des ‚F‘ in den Betrieben, an Häusern, Zäunen und Bäumen, in den Telephonzellen und öffentlichen Bedürfnisanstalten, kurz überall gegen Hitler und seinen ruchlosen Krieg zu demonstrieren.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, daß das Volk mit uns ist. Die 99,9 %, die der kleine Durchhalte-Doktor früher bei nationalsozialistischen ‚Wahlen‘ erdichtete, wurden in verschiedenen Gegenden schon recht eindrucksvoll widerlegt. Besonders im Rheinland und in Westfalen ist das der Fall. Hier, wo der Krieg bereits auf Deutsches Reichsgebiet übergesprungen ist, wo Frauen und Kinder in unvermeidlicher Folge Hitlers Größenwahn von Bomben zerrissen, Arbeiterwohnungen und Kulturschätze vernichtet werden, äußert sich das Verlangen der Bevölkerung nach Frieden und Freiheit am stärksten.

Es ist für die Hitlerbande ein böses Zeichen, daß gerade im industriellen Herzen Deutschlands, wo der Urstoff für ihre Mordwerkzeuge, Kohle, Eisen, Stahl und Öl gewonnen werden, daß Zeichen ‚F‘ die Massen am stärksten zum Kampf gegen den mörderischen Krieg ermahnt. . . .

In dem ‚F‘ und all den zahlreichen Losungen zeigt sich immer stärker das wahre Deutschland. Wer einmal Gelegenheit hatte, die Kriegsgefangenen zu beobachten, die die ‚F‘s und die Losungen wieder abwaschen müssen, der versteht, warum sie ihre ‚Arbeit‘ absichtlich verlangsamten. Sie wollen, daß recht viel Deutsche die Losungen sehen und lesen. Gefangen und gequält von ihren Wachmannschaften, erkennen sie, daß sie in ihrem abgrundtiefen Haß gegen das Hitlerregime nicht nur von Feinden umgeben sind, sondern daß sie mutige Deutsche als Freunde haben. . . .“³⁸⁰

Mit Bezugnahme auf den „Moelders-Brief“³⁸¹ richtete sich das Flugblatt auch an die katholische Bevölkerung. Die entsprechende Passage lautete:

„... Die Kämpfer für Frieden und Freiheit beschränken sich aber keineswegs nur auf das Anschreiben F und Losungen. Auch schriftliche Materialien, Zeitungen und Flugblätter werden in wachsendem Maße zur Aufklärung und Mobilisierung der Volksmassen in Umlauf gebracht. . . .

Von katholischer Seite wurde ein Brief des Jagdfliegers Oberst Moelders illegal in allen Teilen des Reiches verbreitet. Die Himmlerbande erklärte den Brief für eine Fälschung und setzte 100 000 RM Belohnung für die ‚Nennung des Verfassers‘ und für den Verrat des Verbreiters des Briefes aus. Es zeugt von dem wiedererwachenden Solidaritätsgefühl in unserer Volke, daß es Himmlers Gestapo trotzdem nicht gelungen ist, auch nur einen der Briefverteiler zu verhaften. Den Verfasser, Oberst Moelders selbst, haben sie längst ermordet . . .“

Der Aufruf an die Bevölkerung gipfelte, wirkungsvoll unterstrichen durch Berufung auf Fichte und Lessing, in der Aufforderung, wie die großen Deutschen für Brüder-

³⁸⁰ Vgl. HD-Gestapo 12 111, Blatt 279 f. (Flugblattoriginal).

³⁸¹ Vgl. Teil C, I. Die katholische Opposition.

lichkeit, Frieden und Freiheit im Kampf zur Rettung der Nation einzutreten. Es war zu lesen:

„... Im Mai 1779 brachte ein großer Zeitgenosse Fichtes, Gotthold Lessing, seinen ‚Natan der Weise‘ heraus, in dem der große Dichter für das friedfertige und glückliche Mit- und Nebeneinanderleben der Menschen, gleich welcher Rasse oder Religion sie angehören, eintritt. ...

Vor 180 Jahren, am 19. Mai 1762 wurde Gottlieb Fichte geboren. Er war einer unserer größten Denker, ein unerschrockener Kämpfer für die deutsche Nation, die zu Lebzeiten des großen Gelehrten eine schwere Krise zu überstehen hatte. In seinen ‚Reden an die deutsche Nation‘ kämpfte er für die Rede- und Pressefreiheit, für das Recht der freien Meinungsäußerung und für die Freiheit der Gedanken als wesentlichste Voraussetzungen für die Rettung unserer Nation. Aus tiefster Liebe zu seinem Volk lehrte er es: ‚So gewiß wir der Zukunft der Menschheit vertrauen, so zuversichtlich dürfen wir auf eine Rettung des deutschen Wesens hoffen. Nur fällt sie uns nicht durch ein Walten des Geschicks von außen zu, sondern sie bedarf unserer eigenen Entscheidung und Tat. ...‘

Zur gleichen Zeit (Mai/Juni 1942) tauchten neben dem „Friedenskämpfer“ in Duisburg, Düsseldorf und Essen eine (im Urtext nicht mehr aufgefundene) Flugschrift „Neuordnung Europas“ auf. Sie war in vielen Exemplaren in einem neutralen Umschlag mit der Post verschickt worden. 96 Stück wurden allein vom Postamt I in Düsseldorf abgefangen. Alle Briefe trugen den Postabgangsstempel von Duisburg³⁸². In regelmäßigen Abständen tauchten dann wieder mehrere Exemplare des „Friedenskämpfers“ in Duisburg auf, bis zum Winter. Allerdings blieben diese vor den Augen der Gestapo verborgen. Die Versender hatten bemerkt, daß die Briefe von der Post abgefangen wurden und leiteten sie auf andere Weise weiter. Der Adressatenkreis war eingeschränkt worden. Die Eingrenzung ging mit dem Versuch einher, Kommunisten in Duisburg wieder näherzubringen. Eine der letzten großangelegten Gestapoaktionen über das ganze westliche Reichsgebiet, die sich zwischen Januar und April 1943 von Karlsruhe bis Berlin erstreckte und offenbar sehr gründlich vorbereitet worden war, brachte nach und nach eine weitverzweigte Untergrundorganisation zum Vorschein. Dabei wurde auch die monatelang von der Gestapo in Duisburg gesuchte Zentrale entdeckt. In ihr hatte möglicherweise die wichtigste Funktion eine Frau gehabt.

Der letzte Akt der kommunistischen Operationen in der großen Industrie- und Hafenstadt hatte sich wie folgt zu einem dramatischen Höhepunkt zugespitzt:

Nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes (August 1939), als die Abschnittsleitungen aufgelöst wurden, hatte Wilhelm Knöchel, der bisherige „zweite Mann“ in der Amsterdamer KPD-Zentrale-West (Erich Gentsch, Wilhelm Knöchel, Wilhelm Beuttel) die geheime Order erhalten, nach Moskau zu fahren. Dort wurde er (im Januar 1940 — Knöchels Reise hatte sich wegen nicht näherbekannten Schwierigkeiten solange hinausgezögert), zum alleinverantwortlichen KPD-Leiter West ernannt und bekam den Auftrag, aus kommunistischen Emigranten in Holland, Belgien und der Schweiz eine Funktionsärselite zu schaffen, mit der neue Kader im Reichsgebiet aufgebaut werden sollten³⁸³.

³⁸² Vgl. HD-Gestapo 12 111, Blatt 283, Pol. Bericht Düsseldorf v. 29. 7. 1942.

³⁸³ Vgl. Gestapoermittlungen mit späteren Aussagen Knöchels in Akten HD 12 111, Blatt 101 ff., 19 541, Blatt 165, 27 501, Blatt 62 ff. Vgl. auch Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 206 f.

Inwieweit dieser Plan auf eine Abstimmung zwischen dem in Moskau stationierten Stab des deutschen ZKs und der Komintern, d. h. dem Kreml zurückzuführen ist, ist bis heute noch nicht geklärt; die bisher bekannten Tatsachen über die Doppelgleisigkeit Moskauer Deutschlandpolitik reichen nicht aus, um die Initiative Stalin zuzuschreiben.

Der mit umfangreichen Vollmachten ausgestattete Spitzenfunktionär Knöchel konnte seinen Auftrag dann allerdings nur für das westliche Reichsgebiet wahrnehmen, weil wegen der schon bald erfolgenden Westoffensive die Verbindungen nach Belgien und zur Schweiz unterbrochen wurden³⁸⁴.

Wie schon an anderer Stelle zu sehen war, bereitete der Agenteneinsatz aber auch von Holland aus zunächst erhebliche Schwierigkeiten. Das Absetzen der ersten Gruppe gelang schließlich im Januar 1941. Zu ihr gehörten Alfons Kaps und Willi Seng, denen im August Alfred Kowalke folgte³⁸⁵. Im Januar 1942 kam Knöchel in einem Speisewagen der Mitropa als Silberputzer verkleidet selbst über die Grenze, tauchte in Berlin als „Alfred Schröder“ unter (vorher hatte er sich auch zeitweilig „Wilhelm Erasmus“ oder „Alfred“ genannt) und nahm von hier aus den Einsatz der Instrukteure für das Rhein- und Ruhrgebiet persönlich in die Hand. Seine Operationen konzentrierten sich auf das Industriegebiet von Wuppertal bis Düsseldorf³⁸⁶ und verfolgten drei Ziele:

- Aufbau der neuen Zellen
- Herstellung und Vertrieb u. a. des „Ruhrechos“, des „Friedenskämpfers“ und der „Welt“³⁸⁷
- Sammlung von Informationen über die Stimmung in der Bevölkerung und deren Weiterleitung an eine geheime Zentrale in Holland³⁸⁸.

Außerdem trug sich Knöchel mit dem Gedanken, die hauptsächlich am Niederrhein beobachteten Gruppen von „Edelweißpiraten“ – einer ehemals zwischen Bündischer Jugend (Zentrum Mönchengladbach um Hans Ebeling und Theodor Hespers) und der HJ in ambivalenter Unentschlossenheit angesiedelten und schließlich zu einer Art Rockerbande gewordenen Gang, die sich gern mit der HJ anlegte – für die illegale Arbeit zu gewinnen³⁸⁹ (Für einen Einsatz von „Edelweißpiraten“ im Untersuchungsgebiet lassen sich jedoch keine Nachweise einbringen.)

Er mußte die Aktionen von Berlin aus leiten, weil sich im Ruhrgebiet kein genügend gesichertes Quartier gefunden hatte³⁹⁰. Andererseits bot Berlin Möglichkeiten zur

³⁸⁴ Vgl. Ermittlungen der HD-Gestapo 19 541 b, Blatt 165 f.

³⁸⁵ Vgl. HD-Gestapo 19 541 b, Blatt 166 f., mit Aussagen Willi Seng in HD-Gestapo 14 310. Kurt Klotzbach belegt, daß Willi Seng als erster einreiste, folgt jedoch bei Kaps einer anderen Version der widersprüchlichen Gestapoakten und datiert dessen Einreise auf Juli. Vgl. Kurt Klotzbachs detaillierte Darstellung, a. a. O., S. 207.

³⁸⁶ Vgl. Ermittlungen HD-Gestapo 19 540 und 19 541.

³⁸⁷ die sich an alle Schichten der Bevölkerung wandten und zur gemeinsamen Aktion aufriefen: Zur Verbreitung der Wahrheit über das Wesen des Faschismus. Zur Sabotage in der Kriegsmaschinerie und schließlich zur Vorbereitung eines Generalstreiks. Vgl. Facsimile im Anhang.

³⁸⁸ von der man bis heute auch noch nicht weiß, ob sie für den sowjetischen Geheimdienst oder für einen „inneren Kreis“ einer stärker national orientierten kommunistischen Führungsgruppe bestimmt waren, s. u.

³⁸⁹ Vgl. HD-Gestapo 19 541, Blatt 16 (Aussage Kaps undatiert), HD-Gestapo 14 310, Blatt 39, Aussage Seng v. 25. 2. 43; s. auch VG-Urteil 1 H 97/44 (Knöchel), S. 7; über „Edelweißpiraten“ vgl. Arno Klönne (Gegen den Strom), S. 106 f.

³⁹⁰ hierzu Aussage Knöchel v. 30. Jan. und 1. Febr. 1943, HD-Gestapo 19 540.

Herstellung von Manuskripten für den „Friedenskämpfer“ und für „Die Welt“ wie zur Kontaktaufnahme mit anderen wichtigen Kreisen der Widerstandsbewegung. Daß Knöchel Verbindungen dort gefunden hatte, ist nachgewiesen³⁹¹. Allerdings ist dabei auch manches im Dunkeln geblieben. Es scheinen sich dort auch in kommunistischen Kreisen zwei Richtungen herausgebildet zu haben, eine pro-sowjetische und eine stärker nationalorientierte, wenn nicht gar mit den westlichen Alliierten sympathisierende. Möglicherweise war auch die Römer-Gruppe gespalten, die nachweislich periphere Kontakte mit dem sowjetischen Geheimdienst unterhielt. Knöchel hatte zu ihr Verbindungen³⁹², soll jedoch später, nachdem er am 30. Januar 1943 von der Gestapo nach einer über das ganze Reichsgebiet laufenden Fahndung aufgespürt und verhaftet wurde³⁹³, sich geäußert haben, daß seine Arbeit 1942 nicht mehr „auf der Linie des Moskauer Kommunismus“ gelegen habe³⁹⁴.

Die Person Knöchels hinterläßt indessen noch mehr Rätsel als Reinhold Mewes – mit dessen Aktionen er im übrigen nicht in Zusammenhang zu bringen ist. (Er kann zur Römer-Gruppe erst kurz bevor diese aufflog Kontakt bekommen haben, d. h. im Februar/März 1942, als Mewes schon verhaftet war.)

Knöchel soll zu einem „kleinen Kreis“ gehört haben, der in der Komintern Dimitrow nahestand³⁹⁵. Andererseits hatte Knöchel bis zuletzt Kontakt mit dem mysteriösen „Großen“ in Amsterdam, dessen Inkognito bis heute noch nicht gelüftet ist (war er mit „Grand Chef“, alias Trepper, dem führenden Kopf der „Roten Kapelle“ identisch?)³⁹⁶. Diesem leitete er Nachrichten zu und erhielt von ihm wohl auch Anweisungen³⁹⁷.

Noch dunkler wird die Gestalt Knöchel von dem Augenblick an, als er, der einstige ZK-Mann, wenige Wochen nach seiner Verhaftung (am 30. Januar 1943 in Berlin) den Namen Lotte Bischoff, einer Kommunistin, die in Berlin Kurierdienste leistete, preisgab, dann den Namen zunächst eines für ihn arbeitenden Instruktors, mit dessen

³⁹¹ Vgl. VG-Urteil Knöchel.

³⁹² Vgl. Urteil, a. a. O., S. 7.

³⁹³ hierzu im einzelnen HD-Gestapo 12 111.

³⁹⁴ Vgl. VG-Anklageschrift 1 H 97/44, S. 8; Abschrift HG-Gestapo 19 541, Blatt 154 R.

9 J 51/44

³⁹⁵ Vgl. hierzu Ausführungen Knöchels in Düsseldorf v. 25. 2. 1943 in HD-Gestapo 19 541, Blatt 54.

³⁹⁶ Möglich ist auch, daß der Emigranten-Instrukteur Ludwig Rieß und „Große“ identisch waren. Knöchel nennt „den Großen“ auch „Jan“ (s. u.) und die Akten Erich Gentsch deuten darauf, daß Rieß sich auch „Jan“ nannte. Vgl. ORA Anklg. 8 J 52/44 (Gentsch), S. 7.

³⁹⁷ Vgl. Aussagen Knöchels, a. a. O., v. 12. 3. 1943, Blatt 71 ff. Knöchel beschreibt den „Großen“ (der sich auch „Jan“ und „Dan“ genannt haben soll): „40 bis 45 Jahre alt, mittelblondes, gescheiteltes volles Haar, etwa 190 cm groß, kräftige Gestalt, spricht holländisch, schlecht deutsch.“ Weiter führte Knöchel aus:

„... Das Verhältnis zwischen dem Großen und mir war recht kameradschaftlich. Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, daß der Große mir Mitteilung über seine Arbeit und den von ihm geleiteten technischen Apparat andeutungsweise machte. Trotz aller Konspiration, welche wir beide auch im gegenseitigen Verkehr miteinander beachteten, kam es doch im Laufe der Zeit dazu, daß ich einiges über den Apparat des Großen erfuhr. . . Mit dem Großen hatte ich zuletzt im Januar 1942 eine Zusammenkunft. Zu dieser Zeit mußte der Große über mehrere Sendegeräte verfügt haben. Eine genaue Anzahl kann ich nicht angeben, weil mir der Große niemals konkrete Angaben gemacht hat. Aber aus den äußeren Umständen mußte ich schließen, daß 4 bis 6 Sender, vielleicht auch noch mehr in Betrieb waren.“

HD-Gestapo 19 540, Blatt 72, Aussage vom 12. 3. 1943.

Leistungen er nicht zufrieden gewesen war, verriet, bald darauf weitere nannte (wodurch, wie bald zu sehen sein sollte, der Gestapo eine äußerst wichtige Spur nach Duisburg gezeigt wurde)³⁹⁸ und schließlich selbst der Gestapo seine Mitarbeit anbot³⁹⁹. Diese ging zunächst darauf ein – was anscheinend auch zu weiteren Festnahmen führte – wandte sich dann aber aus bisher nicht geklärtem Grunde abrupt von ihm wieder ab und lieferte ihn dem Volksgerichtshof aus, der ihn zum Tode verurteilte.

Während die Gestalt Knöchels mysteriöser wirkt, je mehr Material über ihn zusammenkommt, traten die Zusammenhänge zwischen seiner Person und bisher ziemlich undurchsichtigen Vorgängen in Duisburg in der zweiten Jahreshälfte 1942 bald deutlich zutage.

Willi Seng („August“ bzw. „Kurt“), der vor Knöchel aus Holland eingereist war und sich meist in Wuppertal verborgen hielt⁴⁰⁰, hatte die im Februar 1942 von Amsterdam eingeschleuste Luise Rieke in Osnabrück ausfindig gemacht und mit ihrer Hilfe Verbindung zu Hubert Serwe, einem ehemaligen Redakteur des kommunistischen „Ruhr-Echos“ in Duisburg bekommen. Es gelang, Luise Rieke durch Vermittlung der Familie Stupp in Duisburg zu stationieren⁴⁰¹. – Eine Tochter Stupp war nach Amsterdam emigriert und stand dort in Verbindung mit dem für die politische Schulung von kommunistischen Emigranten zuständigen Eugen Schwebinghaus, wie auch mit Knöchel. – Serwe stellte Verbindungen her, während Luise Rieke eine noch wichtigere Funktion übernahm. Sie leitete nicht nur das ihr von Knöchel über Seng (der mittlerweile mit ihm sowohl direkt wie mittelbar über die beiden anderen Instruktoren Kaps = „Fred“ und Kamradt = „Karl“ und „Ernst“ Verbindung hatte) zugespielte Propagandamaterial über Serwe weiter (u. a. auch an „bürgerliche“ Adressen)⁴⁰², sondern steuerte auch den höchst geheimen Nachrichtenaustausch zwischen Knöchel in Berlin und dem „Großen“ in Amsterdam. Sie bediente sich dabei eines ihr von Amsterdam benannten Kurierchauffeurs der Wehrmacht wie einiger Rheinschiffer, zu denen vermutlich Serwe die Kontakte hergestellt hatte⁴⁰³.

Knöchel war einmal sogar selbst bis in die Nähe von Duisburg gekommen. Im November 1942 war er in Düsseldorf aufgetaucht, hatte sich mit Kaps getroffen und ihm gegenüber geäußert, daß er noch nach Duisburg fahren wolle, um sich ein Bild vom

³⁹⁸ Knöchel erwähnte u. a. in seiner Vernehmung, am 2. 3. 1943 unter Emigranten in Amsterdam, die evtl. noch für einen Einsatz in Deutschland in Frage gekommen wären, Josefine St., Tochter von Anton Stupp, Duisburg. Vgl. HD-Gestapo 19 540, Blatt 60.

³⁹⁹ Die einzelnen Stadien dieser Entwicklung spiegeln die Akten HD-Gestapo 19 540/41 und insbes. 12 111, die weitgehend den Wortlaut von Gesprächen zwischen Knöchel und Gestapokomm. Dihr wiedergeben.

⁴⁰⁰ Aussage Knöchel v. 16. 2. 1943, Abschrift in HD-Gestapo 27 501 (Erich Gentsch), Blatt 58. Vor dem Krieg hatte Seng schon zwei- oder dreimal Instruktoren in Sterkrade aufgesucht. Vgl. a. a. O., Blatt 39.

⁴⁰¹ Vgl. Ermittlungen HD-Gestapo 14 310 (Anton Stupp) u. a. Aussagen Rieke und Seng, Blatt 6 f., 9 ff.; s. auch Anklageschrift ORA 9 J 123/44 (und Fußnote 2), S. 295.

⁴⁰² Vgl. HD-Gestapo 14 310 (Stupp), Abschr. Aussagen Rieke v. 2., 3., 16. 2. 1943, Blatt 6 f., 10 f. Unter den Flugblättern befand sich auch eins („Bürger u. Bürgerinnen Duisburg“), das von Seng u. Rieke gemeinsam entworfen und im August 1942 verbreitet worden war. Es war unterzeichnet mit „Duisburger Kampfkomitee für Frieden u. Freiheit“. Vgl. HD-Gestapo 19 541, Blatt 192.

⁴⁰³ Hierzu Aussagen Knöchel v. 4. 2. 1943, HD-Gestapo 19 540, Blatt 33; dem entsprachen die Aussagen Rieke, s. o. (HD-Gestapo 14 310).

Ausmaß der Bombenschäden zu machen⁴⁰⁴. Es konnte jedoch an Hand der bisher aufgefundenen Gestapoakten nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob er dieses Vorhaben auch durchgeführt hat.

Acht Wochen später wurden plötzlich mehrere Personen in Oberhausen, Mülheim, Düsseldorf und Duisburg verhaftet. Unter ihnen befanden sich Luise Rieke, Willi Seng, Alfons Kaps, Hubert Serwe, Anton Stupp, dessen Frau und Tochter (Anna D.), eine Frau L., in deren Wohnung, Duisburg, Koloniestraße 218, Luise Rieke mehrmals Seng getroffen hatte⁴⁰⁵ und der kurz zuvor erst aus der Haft entlassene frühere Duisburger KPD-Stadtverordnete Paul W.⁴⁰⁶

Es folgten noch vier oder fünf Verhaftungen von verdächtigen Personen⁴⁰⁷. Dann lief alles weitere in den Verhörtzellen hinter Gefängnismauern in Düsseldorf und Berlin, bis zur Nacht vom 23. zum 24. April, als einer der letzten der noch nicht gefaßten Instrukteure Knöchels — Albert Kamradt — in Duisburg auftauchte. Schon auf der Flucht, wollte er sich noch rasch bei dem Arbeiterehepaar El., das ihn während der vorangegangenen Monate ein paar Mal beherbergt und von ihm Nachrichten und Propagandamaterial (u. a. eine Schrift „Der patriotische SA-Mann“) für die Rieke-Seng-Gruppe entgegengenommen hatte⁴⁰⁸, mit dem Nötigsten eindecken⁴⁰⁹. Er wurde noch in derselben Nacht verhaftet⁴¹⁰. In den beiden folgenden Monaten wurden in Duisburg noch sieben, in Mülheim zwei Kommunisten und in Oberhausen der frü-

⁴⁰⁴ Gestapobericht, HD 19 541, Blatt 16.

⁴⁰⁵ Vgl. HD-Gestapo 3938 u. 12 111, Blatt 91 ff.

Erste Daten auf Vernehmungsprotokollen: Kaps 17. 1. 1943 (Düsseldorf); Willi Seng 12. 1. (Düsseldorf), Knöchel 30. 1. (Berlin), während ein Duisburger Gestapobericht v. 31. 1. 1943 erst die Mitteilungen eines V-Mannes zitiert, derzufolge Anton Stupp mehrmals im Zug zur Arbeitsstelle in Ratingen „mit einer Frau aus Duisburg“ beobachtet worden sei, die miteinander wie „Gegner des Staates“ gesprochen und dabei mehrfach den Namen „Karl“ erwähnt haben sollen (vgl. HD-Gestapo 14 310, Blatt 11). Luise Rieke muß kurz darauf verhaftet worden sein; erste Vernehmungen sind vom 2. 2. 1943 datiert (a. a. O., Blatt 6).

⁴⁰⁶ Vgl. HD-Gestapo 14 310, 31 584.

⁴⁰⁷ Vgl. HD-Gestapo 3938, Blatt 18 ff.; 14 310, Blatt 30—60.

⁴⁰⁸ Kamradts mehrmaliges Auftauchen in Duisburg Anfang 1943 wird in der Anklageschrift 5 OJs 168/44 (HD-Gestapo 1765, Blatt 26 ff.) erwähnt. Die Anklageschrift enthält im übrigen hinsichtlich der Datierungen widersprechliche Angaben. Während in der Einführung — wie in den Gestapomeldungen in der Akte 1211, Blatte 91—93 — die Verhaftung Kamradts mit Ostern 1943 datiert ist, ist an anderer Stelle (S. 14) die Rede davon, daß Kamradt noch im Juni und November 1943 Straßentreffs mit einem Duisburger Kommunisten gehabt haben soll. Entweder handelt es sich hier um Schreibfehler — oder hat die Gestapo Lockspitzel eingesetzt?

Albert Kamradt („Ernst“ und „Karl“) hatte durch Vermittlung seines in Berlin wohnenden Bruders Paul dort noch mit Knöchel kurz vor dessen Verhaftung (Ende Januar 1943) Kontakt bekommen. Vgl. HD-Gestapo 19 540, Blatt 24, u. HD-Gestapo 12 111, Blatt 149 f. Wilhelm Beuttel („Robert“), der im August 1942 vermutlich zusammen mit Kamradt aus Holland Knöchel nachgefolgt war und mit Knöchel ebenfalls in Berlin zusammengekommen war, hatte, bevor er in Baden eingesetzt wurde, auch Duisburg kurz angelaufen, hatte sich dort mit Alfons Kaps getroffen, ihm einige Matrizen von Knöchel und nicht näher bekannte Instruktionen überbracht (vgl. HD-Gestapo 19 541, Blatt 124, Aussage Kaps). Beuttel wurde am 10. 2. 1943, als er wieder in Berlin war, dort festgenommen. Die Gestapo hatte seine Spur über seine Anlaufstelle bei seinem Bruder Oskar in Durlach verfolgt. Vgl. HD-Gestapo 12 111, Blatt 35 ff.

⁴⁰⁹ Vgl. HD-Gestapo 12 111, Blatt 91—93.

⁴¹⁰ Fernschreiben Gestapoleitstelle Düsseldorf an Außendienststelle Amsterdam v. 24. 4. 1943; HD-Gestapo 12 111, Blatt 93.

here Bezirksinstrukteur Fritz Kamleiter festgenommen⁴¹¹ Die Gestapoermittlungen ergaben, daß die Duisburger Gruppe schon im Herbst 1942 Verbindung mit den neuen Zellen in Oberhausen und Mülheim bekommen hatten.

Von der Knöchel-Gruppe, der letzten in Duisburg nachweisbaren kommunistischen Widerstandsorganisation, wurden Luise Rieke, Willi Seng, Anton Stupp und Albert Kamradt vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet. Alfons Kaps nahm sich nach einem Verhör das Leben, Friedrich Kamleiter, zu zehnjährigem Zuchthaus verurteilt, wurde kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner in einer Schlucht bei Langenfeld zusammen mit den schon früher verhafteten Duisburger Kommunisten Ferdinand Jahny und Paul Wondzinski von der SS erschossen⁴¹².

Die Knöchel-Gruppe, ihr Mut und ihr Zusammenbruch, der schließlich dazu führte, daß Knöchel selbst, von den Verhören zermürbt, nicht nur Namen preisgab, sondern, angesichts des drohenden Todesurteils in Verzweiflung getrieben, sich bereit erklärte, der Gestapo zur Hand zu gehen, weist darauf hin, daß auch einer fortschreitenden Geschichtsdarstellung die Aufgabe gestellt bleibt, nicht allein politische Konfliktbedingungen zu analysieren, sondern zum Verstehen des Verhaltens von Menschen vorzudringen, die in Grenzsituationen von der erwarteten Verhaltensweise abweichen.

⁴¹¹ HD-Gestapo 17 065 mit Anklageschrift 5 OJs 168/44.

⁴¹² Vgl. HD-Gestapo 20 023, 27 901/2; 14 305.

VG 2 H 52/44 und AfW-Duisburg ZK 204 039 (Jahny).

10 (9) J 571/43

Teil C

Protest und Widerstand auf christlich-
weltanschaulicher Basis

1. Die katholische Opposition

1.1 *Katholische Gegenströmung trotz Reichskonkordat*

Seit der Kulturkampfzeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen die Bischöfe und der nachgeordnete Klerus entscheidenden Einfluß auf das politische Verhalten der Katholiken in Deutschland. Aus dieser Perspektive kann kaum etwas der auf eine Kurzformel von Kurt Sontheimer gebrachten Auffassung entgegengesetzt werden, daß die Einstellung der deutschen Katholiken zum Nationalsozialismus im wesentlichen auch ein Desiderat der Haltung des deutschen Episkopats war¹. Die durchgängige Verquickung von geistlicher Führung und politischer Willensbildung, die freilich von den Bischöfen stets aus der Verantwortung „für das Heil der ihnen anvertrauten Gläubigen“ (Sontheimer) gesehen wurde, fand ihren sichtbaren Ausdruck nicht zuletzt darin, daß in der Endphase der Weimarer Republik die Zentrums- partei von dem Prälaten Kaas geführt wurde.

Die Frage nach der Haltung des Episkopats zur dynamisch aufkommenden „national- sozialistischen Bewegung“ bis zu Hitlers Machtergreifung selbst ist indessen weitaus schwieriger zu beantworten.

Am 17. März 1931 verkündeten die Bischöfe der Paderborner Kirchenprovinz in einer offiziellen Stellungnahme zum Nationalsozialismus:

„Mögen auch viele Katholiken durch die Unzufriedenheit mit den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen sich zum Anschluß an die NSDAP haben bestimmen lassen und durch religiös klingende Redewendungen von Wahlrednern haben täuschen lassen, so hegen wir doch das Vertrauen, daß sie in erster Erwägung der vorstehenden Gedanken und angeführten Tatsachen die pflichtgemäße Warnung ihrer Oberhirten, die einzig aus religiösen Gründen erfolgt und sich mit den Warnungen der übrigen Bischöfe Deutschlands deckt, zur Richtschnur ihres fernerer Verhaltens nehmen. Da jeder, der einer Partei beitrifft, das ganze Programm der Partei und die Arbeit in ihrem Geiste unterstützt, so ist für katholische Christen die Zugehörigkeit zur NSDAP unerlaubt, solange und soweit sie kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind.“²

In ähnlicher Weise äußerte sich Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Fuldaer Bi-

¹ Vgl. Kurt Sontheimer in der Einleitung zu „Katholische Kirche und Nationalsozialismus“, hrsgg. v. Hans Müller, dtv-Dokumente Nr. 328.

² Vgl. Gerhart Binder, Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, München 1968, Einleitung, S. 1.

schofskonferenz, am 19. März 1933 in einem vertraulichen Rundschreiben an den Seelsorgeklerus³.

Jedoch geben Darstellungen, die an Hand von ausgewählten Dokumenten die quellenmäßig wenig erschlossene Zeit von 1933 bis 1934 behandeln, nur unzureichende Aufschlüsse. Dies kann geltend gemacht werden gegen eine apoletische Geschichtsdarstellung mit der tendenziellen Überbewertung der kritischen Stimmen aus der Mitte des Episkopats vor 1933 wie für die polemische Gegenrichtung, die den deutschen Bischöfen den Vorwurf kurzfristig opportunistischer Anpassung nicht erspart oder gar bis zur Behauptung geht, die Kirche habe die Gläubigen in der Stunde der Entscheidung zum Widerstand im Stich gelassen⁴.

Folgt man den neueren differenzierteren Betrachtungsweisen, so dürfte (in verkürzter Perspektive) die Entwicklung dergestalt gewesen sein, daß die katholische Kirche, repräsentiert durch die Mehrheit ihrer Bischöfe, angesichts der dynamischen Entfaltung des Nationalsozialismus von 1931 bis 1933 ihre ursprünglich oppositionelle Haltung zugunsten einer „realitätsbezogenen“ Politik änderte und deshalb schließlich, als sichtbar wurde, daß ihre Aktionsfreiheit eingeengt zu werden drohte, auch auf das von Hitler angebotene Konkordat einging. Dieses kam im Juli 1933 als „Reichskonkordat“ zustande. Die Kirche verzichtete auf politische Einflußnahme in soziale und berufsständische Organisationen und verbürgte sich für eine loyale Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, während die Nationalsozialisten der Kirche die „Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion“, den Schutz der Geistlichen, der kirchlichen Körperschaften, die Aufrechterhaltung der Bekenntnisschulen und das Recht, Hirtenbriefe zu verbreiten, garantierten. Die kirchlichen Bemühungen um einen raschen Abschluß des Konkordates – später und bis in die Gegenwart hinein der Kirche von ihren Kritikern als Versagen vorgeworfen – resultierten vermutlich aus Unterschätzung der eigenen Möglichkeiten zur politischen Einflußnahme⁵ wie einer Fehleinschätzung des faschistischen Totalitarismus, die wahrscheinlich ein Fazit ihrer ersten Erfahrungen mit dessen gemäßigeren italienischen Variante war. Sie hatte im italienischen Faschismus weniger einen ihre Existenz bedrohenden Gegner als ein Bollwerk gegen den kirchenfeindlichen Kommunismus gesehen.

Als es sich zeigte, daß die Nationalsozialisten sich nur scheinbar an den Konkordatsvertrag hielten, in Wirklichkeit ihn ständig verletzten und Proteste des Episkopats ihrerseits mit dem Hinweis zurückwiesen, die Kirche halte sich nicht an das Konkordat, sondern mische sich in politische Angelegenheiten ein, kehrte die Kirche zu ihrer früheren oppositionellen Haltung zurück. Sie äußerte sich zunächst in dem Versuch einiger Bischöfe, mit Hirtenbriefen die katholische Bevölkerung vor dem Nationalsozialismus zu warnen; dann aber auch in zunehmendem Maße in Protestaktionen aus der Mitte der Kirchengemeinden.

Die Haltung namentlich des deutschen Episkopats stellvertretend für die katholische Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus ist Gegenstand einer inzwischen beinahe unüberschaubaren Literatur geworden, in der wohl anfänglich ein Hang zur Überbewertung des katholischen Widerstandes herrschte, während sich die jüngere Literatur

³ Vgl. Sontheimer, a. a. O., S. 12.

⁴ Hierzu Felix Messerschmids Einführung in die zit. Darstellung Binders.

⁵ Das rasche Verstehen verschlüsselter Predigten und Hirtenbriefe und die daraus resultierenden Verhaltensweisen bis hin zu Protestaktionen, Vorgänge, die sich in dem hier untersuchten Gebiet belegen lassen, deuten darauf hin, daß die Kirche über mehr potentielle politische Macht verfügte, als von ihr genutzt wurde.

eher in einer polemischen Gegenrichtung bewegt⁶. Die meisten Darstellungen zeigten indessen bisher oft noch einen Mangel an erschlossenem Material über die Widerstandshaltung der katholischen Bevölkerung und einzelner Geistlicher. Diese Lücken waren bisher auch kaum zu schließen, einmal weil Zeugnisse von der Widerstandsseite rar sind, zum anderen, weil aus verschiedenen Rücksichten, u. a. rechtlichen Gründen, der Erschließung von hinterlassenen Archivalien der Verfolgerseite bisher Grenzen gesetzt waren.

Inzwischen wurde es möglich, Aktenbestände der Gestapo in größerem Umfang zu benutzen. Durch den Zugang zu dieser Quellengruppe konnten noch unbekannte Vorgänge rekonstruiert werden. Zwar zeigen sich auch hier Lücken – namentlich für die Zeit 1933 bis 1935, in der die Gestapo noch im Aufbau war, doch stehen aus dieser Zeit (ab 1934) die monatlichen Lageberichte der Staatspolizeistellen und für 1933 Pressemeldungen zur Verfügung, in denen einige bemerkenswerte Ereignisse festgehalten sind. Wenn diese Möglichkeit wie in der folgenden Darstellung auch nur für einen relativ kleinen Raum genutzt werden konnte, so wird der eine oder andere im lokalen Bereich sichtbar gewordene Vorgang sich vielleicht auch als dokumentarische Ergänzung in weitergreifende Untersuchungen einfügen lassen.

Die folgende Darstellung der „katholischen Opposition“ in Duisburg von 1933 bis 1945 stützt sich auf mündliche Berichte, Meldungen der „National-Zeitung“⁷ und die erwähnten Akten der Gestapo aus den Beständen des Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf. Da die letzte Gruppe wegen des Mangels an anderen gleichwertigen Quellen (Prozeßmaterialien, Polizeiberichten) besonders aufschlußreich ist, wurde mehr als in den übrigen Abschnitten der Untersuchung eine Anzahl von Dokumenten im Originaltext in die Darstellung einbezogen.

⁶ Der Verfasser folgt hier den Darstellungen von Gerhart Binder, *Irrtum und Widerstand*, München 1968, K. D. Bracher, *Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat*, Wiesbaden 1956. Bracher-Sauer-Schulz, *Machtergreifung*. Vgl. ferner zum Gesamtkomplex Ernst Deuerlein, *Das Reichskonkordat*, Düsseldorf 1956. Rudolf Morsey, „Die deutsche Zentrumspartei“, in: *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, hrsgg. von Hans Müller, mit einer Einleitung von Kurt Sontheimer, München 1965, Friedrich Zipfel, *Kirchenkampf in Deutschland*, Berlin 1965, Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933*, in: „Hochland“, 53. Jg., 3. Heft 1961. Die bisher umfangreichste Quellenedition „Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944“, bearbeitet von Heinz Boberach, erschien nach Abschluß dieses Manuskriptteils. Sie konnte im einzelnen nicht mehr zitiert werden, wurde aber bei einer zweiten Manuskriptdurchsicht mitgelesen. Für das Untersuchungsgebiet ergaben sich keine abweichenden Aspekte. Es empfiehlt sich jedoch bei einer Vertiefung in einzelne der im folgenden behandelten Organisationen, vor allem aber zum Thema „katholische Aktion“, die von Heinz Boberach besorgte Quellenedition heranzuziehen. S. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, hrsgg. v. Konrad Repgen, Reihe A, Quellen, Bd. 12, Mainz 1971.

⁷ Von der katholischen Zeitung „Echo vom Niederrhein“ konnten, bis auf zwei kurz vor ihrer Einstellung im Oktober 1933 erschienene und politisch schon nicht mehr akzentuierte Ausgaben, keine weiteren Exemplare aufgefunden werden. Es kann jedoch aus mehreren Artikeln der nationalsozialistisch beherrschten „National-Zeitung“ geschlossen werden, daß das „Echo vom Niederrhein“ unter der Redaktion von Dr. Hanns Haberer bis Mitte März 1933, als Haberer aus nicht näher bekannten Gründen Duisburg verließ, in scharfer Form Warnungen vor dem Nationalsozialismus zu verbreiten versucht hatte. Vgl. die diversen „Randbemerkungen“ der NZ bis Mitte März unter dem mehrfach benutzten Attribut „zentrumliches Lügen-Echo“; insbes. Ausgabe Nr. 4 v. 18. 3. unter Artikelüberschrift „Drei Vermißte“ — „... der allgemein bekannte Chefredakteur und Landesverräter ...“).

1.11. Geheimer Staatspolizeibericht vom 4. April 1934

Die nationalsozialistische Presse feierte Monate hindurch den Sieg „der Bewegung“. Die Linksoption schien sich Anfang 1934 im Rhein- und Ruhrgebiet zum „Führer“ bekannt zu haben oder in Resignation verstummt zu sein. Jedenfalls war zu dieser Zeit in der Presse von ihr wie von den „ewig Unverbesserlichen“ nur noch selten die Rede und wenn, dann nur in Form von Skandalgeschichten, wie in der „National-Zeitung“ unter der Rubrik „Randbemerkungen“.

Hinter den Kulissen sahen die Nationalsozialisten die Dinge anders. Sie beobachteten aufmerksam und mit wachsender Beunruhigung nicht nur die Entstehung immer neuer Widerstandszellen in den ehemaligen kommunistischen Hochburgen der Industriegebiete, sondern auch die Stimmung der Bevölkerung in den katholischen Regionen des Rhein-Ruhr-Bezirks.

Im April 1934 widmete ein Geheimbericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf⁸ an das Staatspolizeiamt Berlin vier maschinengeschriebene Seiten verschiedenen Wahrnehmungen, die in den vorausgegangenen Wochen von den Gestapo-Außendienststellen im westlichen Ruhrgebiet gemacht worden waren. Es wurden folgende Ereignisse gemeldet:

„... Die katholische Kirche ist innerhalb des gesamten Regierungsbezirkes in all ihren Gliederungen ungemein lebhaft gewesen. Die Fastenzeit mit ihren Missionswochen, die Passionszeit und die kirchlichen Feiertage sind geschickt benutzt worden, um im breitesten Maße Katholiken in die Kirchen zu holen und sie mit dem Standpunkt der Kirche zu den Zeitproblemen bekanntzumachen. In äußerst geschickter Form wurde zu den akuten Fragen, soweit sie vermeintliches kirchliches Gebiet betrafen, Stellung genommen und hierbei vielfach die ablehnende Haltung gegen den Staat und seine Ziele zum Ausdruck gebracht. Die Art, in der dies geschah, war jedoch immer so, daß keine Möglichkeit zum Einschreiten bestand. Die Besuche zu den Veranstaltungen der Volksmission nahmen von Tag zu Tag zu, dieses Steigen der Teilnehmerzahl war zuerst bei den Frauen, dann bei den Jünglingen und Männern festzustellen ... Die Darlegungen fast aller in der letzten Zeit gehaltenen Predigten stellen scharf und deutlich Gottes Wort nach den Glaubensgrundsätzen der katholischen Kirche heraus und wenden sich oft in harten und scharfen Worten gegen das ‚Neuheidentum‘ und gegen heidnische und weltanschauliche Irrlehren. Im Bezirk der Staatspolizeistelle richtete sich der Hauptstoß der Missionare gegen die Häresie, d. h. die Versuche, aus der Hl. Schrift eine andere Deutung herauszulesen oder das Alte Testament abzuschaffen und dadurch die Reinheit des katholischen Glaubens zu verfälschen, wie es den von der Kurie auf den Index gesetzten Büchern von Rosenberg (‚Mythos des XX. Jahrhunderts‘), von Bergmann, Schmidt usw. nachgesagt wird.“

Der Bericht spiegelt auch schon Anzeichen einer zunehmenden politischen Opposition, die sich zu dieser Zeit in erster Linie gegen den Führungsanspruch der HJ in der Jugendziehung richtete:

„... Eine starke Verschärfung hat die kirchliche Lage durch die in jüngster Zeit von den Bischöfen erlassenen Hirtenbriefe erfahren ... Diese Hirtenbriefe finden

⁸ Deren Amtsbereich dem damaligen Regierungsbezirk Düsseldorf entsprach. Zu diesem gehörte Duisburg mit eigener Gestapo-Außendienststelle.

allgemein stärkste Beachtung und werden in äußerst wirksamer Weise von dem katholischen Klerus und der ihm gefügigen katholischen Presse propagandistisch ausgewertet. ... Nach wie vor finden auch die Hirtenbriefe und Adventspredigten des Kardinals Faulhaber⁹ sowie ähnliche Verlautbarungen von auswärtigen Bischöfen stärkste Beachtung und Verbreitung. ...

Eine äußerst rege Werbung wird schließlich mit der Osterbotschaft des Papstes an die katholische Jugend Deutschlands betrieben, die in der gesamten katholischen Presse und in den Kirchenzeitungen veröffentlicht ist und durch Sonderrundschreiben von der Leitung der hiesigen Zentrale der katholischen Jugendvereine an die Mitglieder derselben verbreitet wird. ... Das Verhältnis zwischen den katholischen Jugendorganisationen und der Hitlerjugend ist nach wie vor sehr gespannt. Während die Hitlerjugend bemüht ist, die katholischen Jugendorganisationen zu zerschlagen, versuchen diese unter wirksamer Leitung ihrer geistlichen Führer ihre Selbständigkeit zu behaupten, die ihnen, wie immer betont wird, durch das Konkordat garantiert sei. Aus Predigten katholischer Geistlicher ist zu entnehmen, daß die Kirche eher in den Tod gehe, als sich das Recht auf die Jugenderziehung in ihrem Sinn nehmen zu lassen.¹⁰

Die jüngere Geistlichkeit scheint keineswegs gewillt zu sein, ihren gehabten Einfluß auf die Jugend aufzugeben und bildet nach wie vor eine große Gefahr für die Bemühungen, unsere Jugend in nationalsozialistischem Gedankengut zu verankern. Vielfach haben sich katholische Jugendorganisationen in ihren Uniformen und mit ihren Fahnen gezeigt. ... In steigendem Maße ist eine wachsende Hartnäckigkeit und eine sorgfältige Propaganda festzustellen. In der Presse und auf jede sonst nur mögliche Art und Weise werden die Reden Baldur v. Schirachs verbreitet und an die Eltern herangebracht. Die kirchlichen Kreise sind bereits derartig hellhörig gemacht, daß auch die Veröffentlichung der Reden mit kleinen harmlos erscheinenden Zusätzen oder ohne jeglichen Kommentar den gewollten Zweck erreichen. Man versteht es meisterhaft, jede Rede zu erneuter Propaganda, zu erneuter Aufputzung der Jugend und der Eltern zu gebrauchen. Teilweise ist es bereits gelungen, eine ausgesprochen fanatische Stimmung zu erzeugen. Die Anwesenheit von Schirachs im Regierungsbezirk ist ganz besonders, sowohl in Essen wie in Düsseldorf, in dieser Art ausgenutzt worden.¹¹

1.12 Erste Anzeichen der katholischen Opposition in Duisburg und Hamborn

Die ersten Wahrnehmungen einer gegen die nationalsozialistische Regierung gerichteten Aktion in Duisburg hatte die Gestapo schon im Sommer 1933 gemacht. Sie war bei einer Hausdurchsuchung im Büro des wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“ verdächtigten Volksvereins in Mönchengladbach auf eine Korrespondenz mit dem kaufmännischen Angestellten Franz Wegener gestoßen¹¹. Wegener war Vorsitzender der

⁹ Kardinal Michael Graf v. Faulhaber gehörte von Anfang an zu den erklärten Gegnern des Nationalsozialismus. Vgl. Gerhart Binder, Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, München 1968, S. 216 ff., 232 f.

¹⁰ Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 4. 4. 1934. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem Rep. 90 Abt. P Nr. 76, Heft 1, S. 10—14.

¹¹ HD-Gestapo 21 417.

Duisburger Ortsgruppe des Friedensbundes deutscher Katholiken. In seiner Wohnung fanden die auf ihn angesetzten Geheimpolizisten Briefe von Paulus Lenz, einem der geistigen Führer des „links-katholischen“ Friedensbundes¹², eine größere Anzahl von Exemplaren des „Friedenskämpfers“¹³ und die Abschrift eines Rundschreibens, worin die katholischen Geistlichen von Duisburg aufgefordert wurden, Frontstellung gegen die nationalsozialistische Regierung zu beziehen¹⁴. Wegener wurde in Schutzhaft genommen, aber er wurde bald wieder entlassen, weil seine Verhaftung in die Zeit des Konkordatsabschlusses (7. Juli 1933) fiel¹⁵. Man wollte offensichtlich die politische Spannung zwischen Kirche und Regierung nicht durch Polizeiaktionen schärfer hervortreten lassen.

Zum Fall Wegener liegt einer der seltenen frühen Gestapoberichte über eine katholische Widerstandsaktion in Duisburg vor. Sonst fehlen für das Jahr 1933 entsprechende Akten¹⁶. Dafür gibt es einige interessante Meldungen der National-Zeitung aus der ersten Jahreshälfte 1933. Den „Randbemerkungen“ der NZ ist zu entnehmen, daß nach den Märzwahlen der Zentrums-Stadtverordnete Fey auf einer Bäckermeisterversammlung eine öffentliche Warnung vor dem Nationalsozialismus aussprach¹⁷. – Ein andermal findet sich ein Hinweis auf die oppositionelle Einstellung des Pfarrers von St. Matthias in Meiderich. Des Pfarrers Tun spiegelt sich in einem NZ-Kommentar wie folgt:

„Wie anscheinend nur durch Schutzhaft zu behelende Zentrums-Geistliche immer wieder versuchen, den nach wie vor gehafteten Nazis eines auszuweichen, beweist ein Vorkommnis in Meiderich. Dort gab nämlich Pfarrer Brand von der St. Matthias Pfarre einer Gruppe Nationalsozialisten, die sich an der Fronleichnamsprozession beteiligen wollten, den guten Rat, sich im Zuge dem polnischen Arbeiterverein anzuschließen. . . .“

Vom empörten Redakteur wurde Pfarrer Brand, „der also Nationalsozialisten und Polen gleichstellt“, geraten, sich um seine Versetzung nach Polen zu bemühen, „da das nationalsozialistische Deutschland für ihn kaum Verwendung haben dürfte — es sei denn, er würde durch diesen sanften Hinweis vom Saulus zum Paulus¹⁸“.

¹² Der „Friedensbund“ war die Vereinigung der katholischen deutschen Pazifisten. Der Bund lehnte u. a. den Krieg als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte ab. Er wurde durch Erlaß des Reichsinnenministers im Juli 1933 aufgelöst. Sein letzter Präsident war der Dominikanerpater Stratmann, Generalsekretär Paulus Lenz. Neben diesen war Kaplan Dr. Rossaint aus Düsseldorf einer der geistigen Führer des Bundes, gegen den später ein Schauprozeß von den Nationalsozialisten geführt wurde. Vgl. Ermittlungen HD-Gestapo 34 155, 42 388, Günter Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Rowohlt-Taschenbuch Bd. 507/508, S. 41, 57, 271.

¹³ Das offizielle Organ des Bundes.

¹⁴ HD-Gestapo 21 417.

¹⁵ Die Akte Wegener wurde offensichtlich erst 1934 angelegt, als Unterlagen für den großen Schauprozeß gegen Kaplan Dr. Roussaint und Angehörige des Friedensbundes der deutschen Katholiken vom OLG Hamm angefordert wurden. Da sie jedoch Einzelheiten über Zeitpunkt und Durchführung der Verhaftung enthält, müssen andere bisher noch nicht aufgefundene Polizei- bzw. Gestapoberichte vorhanden gewesen sein.

¹⁶ Siehe Anmerkung 15.

¹⁷ NZ Nr. 105, Ausgabe „Ostern 1933“.

¹⁸ NZ Nr. 167 v. 20. 6. 1933. Anmerkung des Verfassers: Um die Jahrhundertwende waren

Anzeichen für eine Protestaktion von bereits größerem Umfange finden sich in der „Randbemerkung“ der NZ vom 28. Juni 1933:

„... Die Sonnenwendfeier ... ließ in dem Kontakt zwischen Mündelheim und der Außenwelt einige Zweifel aufkommen. Denn außer der Freiwilligen Feuerwehr und je einem Mann des Krieger- und Turnvereins war von den Mündelheimer Vereinen und Verbänden niemand zu sehen. Da aber die begeisterten Schulkinder vollzählig erschienen waren, muß man annehmen, daß sonst etwas da unten im Süden¹⁹ nicht stimmt. Man erzählt sich sogar, daß in einer Sitzung der Vorstände der Mündelheimer Vereine am 23. Juni beschlossen worden sei, sich an der Sonnenwendfeier nicht zu beteiligen.

Wir empfehlen unseren lieben Mündelheimer Volksgenossen dringend ein besseres Achtgeben auf die Vorgänge im übrigen Deutschland. Es ist nicht gerade angenehm in den Ruf der Rückständigkeit zu kommen. Oder sollte es daran liegen, daß es in Mündelheim so ‚schwarz‘ ist?“²⁰

Nach dem Abschluß des Reichskonkordats vermied die NS-Pressen polemische Ausführungen während eines halben Jahres. Es kann sein, daß aus propagandistischen Gründen eine Informationssperre über die Lokalberichterstattung verhängt war²¹. Wahrscheinlich hielten sich auch die Katholiken zurück, weil sie sich an das Reichskonkordat gebunden fühlten. Vom Sommer 1933 bis Februar 1934, d. h. etwa bis zu dem Zeitpunkt, auf den der zitierte Gestapobericht zurückgreift, fehlen Meldungen, die Rückschlüsse auf die Haltung von kirchentreuen Katholiken gegenüber der sich vehement verfestigenden Diktatur im Untersuchungsgebiet zulassen.

Dann finden sich – zeitlich übereinstimmend mit den Angaben des am Anfang auszugswise wiedergegebenen Gestapoberichtes – Zeitungsmeldungen und nun auch

nach mehreren Zügen Thyssenscher Werber zunächst in Ostpreußen und Schlesien, dann auch in Polen viele Polen nach Hamborn eingewandert und wurden Bergarbeiter in den Zechen der August Thyssen Hütte. Sie bildeten ein starkes katholisches Element in der Bevölkerung, das an eigenen Sitten und Brauchtum festhielt, was von den einheimischen Geistlichen offenbar auch stark gefördert wurde. Die „Polengruppe“ in den Fronleichnamprozessionen konnte daher als Zeichen anerkannter Privilegien gedeutet werden; keineswegs galten die Polen als „unterprivilegierte Minderheit“. Es war außerdem festzustellen, daß unter einigen Hundert später von der Gestapo in Hamborn festgenommenen kommunistischen Bergarbeitern sich auffallend wenig Polen befanden. Hier fallen eher Ostpreußen auf, bei denen in den Personalbögen unter der Spalte Glaubensbekenntnis „Dissident“ (glaubenslos) vermerkt ist.

¹⁹ Gemeint war der überwiegend katholische Vorort von Duisburg.

²⁰ NZ Nr. 175 v. 28. 6. 1933 unter der Rubrik „Duisburger-Hamborner Beobachter“.

²¹ Für diese Annahme spricht eine Dienstanweisung des Kölner Staatspolizeichefs vom April 1934, in der es u. a. heißt: „... Öffentliche Vereinsversammlungen sind unauffällig zu überwachen. Geschlossene Vereinsversammlungen sollen grundsätzlich nicht überwacht werden. Die Polizeibehörden haben jedoch dafür zu sorgen, daß sie durch zuverlässige Vertrauensmänner, die selbstverständlich unauffällig arbeiten müssen, über den Verlauf jeder Vereinsveranstaltung unterrichtet sind. Im Hinblick auf die zur Zeit schwebenden Konkordatsverhandlungen ist ein unmittelbares polizeiliches Eingreifen gegenüber katholischen Veranstaltungen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Staatspolizei zulässig, es sei denn, daß Gefahr im Verzug ist ...“ Nachrichtenblatt der Staatspol. Stelle f. d. Reg. Bez. Köln, 15. 11. 1934. H. Staatsarchiv Düsseldorf.

schon Gestapoakten, die wieder auf die katholische Bewegung in Duisburg Bezug nehmen²².

Deutlich ist eine Form katholischer Opposition in einem Artikel gekennzeichnet, der dem Hamborner Abtei-Oberlyzeum im Februar 1934 gewidmet war. Hiernach hing das Lyzeum an Feiertagen nie die Hakenkreuzfahne heraus, der Hitler-Gruß war verpönt, vor allem aber nahmen die Mädchen der Oberstufe nicht am BDM-Dienst teil²³.

Kurz darauf war noch etwas bemerkt worden: Die Pfarrblätter brachten Inserate von jüdischen Geschäften. Der „Duisburg-Hamborner Beobachter“ der Nationalzeitung hatte die sensationelle Entdeckung im Februar 1934 gemacht²⁴. Wenige Wochen später stellte die Geheime Staatspolizei fest, daß Kaplan Niggemeyer von der Ludgekirkirche in Neudorf durch mehrere Jugendtrupps katholische Zeitschriften verteilen ließ. Eine HJ-Streife hatte entdeckt, daß unter die von den Jungkatholiken verbreiteten Blättern über 1000 Exemplare Nr. 25/1933 der „Jungen Front“ gemischt waren, die eine scharfe Polemik gegen den Nationalsozialismus enthielt. Der daraufhin sofort festgenommene Kaplan beteuerte, er habe den „alten Restposten“ lediglich loswerden wollen und ihn deshalb mit den anderen Heften verteilen lassen. Er wurde daraufhin wieder freigelassen²⁵. Die Nationalsozialisten schreckten damals noch davor zurück, gegen katholische Geistliche politische Prozesse einzuleiten.

Vier Monate später, am 30. Juni, kam Hitler dem angeblich bevorstehenden Putsch des SA-Stabschefs Röhm zuvor. Hitler räumte mit einer ersten Mordserie unter seinen politischen Gegnern auf. Unter den Opfern, von denen die meisten zu Röhm überhaupt keine Verbindung gehabt hatten, befanden sich vier profilierte Katholiken: der ehemalige Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium, Dr. Erich Klausener, der Führer der katholischen Jugend, Christoph Probst, der Münchener Redakteur Dr. Fritz Gerlich und der Musikkritiker Dr. Willi Schmid²⁶.

Die nun vollends gewonnene Gewißheit über das wahre Wesen des Nationalsozialismus verbreitete sich rasch im Lager der katholischen Opposition. Sie war so erdrückend, daß sie den Kampfgeist entweder völlig lähmte oder, wo sie ihn aufs neue entfachte, wie in der katholischen Jugend, zu völlig aussichtslosen, geradezu naiven Reaktionen führte. Tatsächlich aber war die Gestapo von diesen Reaktionen einige Augenblicke lang irritiert, wie aus den aufgefundenen Dokumenten hervorgeht.

Im Juli 1934 meldete die Staatspolizeistelle Düsseldorf an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin – zunächst über allgemeine Beobachtungen:

„Die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung im Reg. Bez. Düsseldorf kann für den Berichtsmonat Juli nicht ... als günstig angesprochen werden, vielmehr ist sie teilweise als ernst und bedrückt zu bezeichnen. Hatte zu Beginn des Monats

²² Die National-Zeitung griff jetzt vor allem Katholiken an, die Sammler des Winterhilfswerks demonstrativ abgewiesen hatten.

Vgl. u. a. dazu die Artikel unter „Rund um den Förderturm“ in Nr. 4 v. 5. 1. und Nr. 45 v. 15. 2. 1934.

²³ NZ Nr. 45 v. 15. 2. 1934 unter Rubrik „Beobachter für Duisburg und Hamborn“.

²⁴ Vgl. NZ Nr. 51 v. 21. 2. 1934, „Rund um den Förderturm“. Nicht bekannt ist, in welcher Form der Abdruck von jüdischen Inseraten in den Kirchenblättern verboten wurde. Außer dieser Pressenotiz ist weiter nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Polizeiakten stehen aus dieser Zeit nicht zur Verfügung.

²⁵ Vgl. HD-Gestapo 36 130.

²⁶ Vgl. Bracher-Sauer-Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln und Opladen 1962, S. 961.

die schnelle und energische Niederschlagung der Röhm-Revolte ausnahmslos Zustimmung und Sympathie gefunden ... so ist der an diesem Tag zum Ausdruck gekommene Umschwung in Stimmung und Haltung leider nicht überall von der erwarteten nachhaltigen Wirkung gewesen...

Das an Dr. Klausener und Probst²⁷ vollzogene Urteil hatte für den Reg. Bez. ... infolge der engen Beziehungen dieser beiden zu hiesigen katholischen Kreisen besondere Wirkung. Die vielfach veranstalteten Trauergottesdienste wiesen starke Beteiligung auf. Das Urteil an Probst ... hat die katholische Jugend im Bezirk ... in ihrer bisherigen Haltung gegenüber dem Staat nicht unwesentlich gestärkt. ...“

Es folgte eine Mitteilung über Beobachtungen der Gestapo in Duisburg-Hamborn:

„... Die katholischen Jugendorganisation haben in letzter Zeit zumindest stellenweise ein starkes Anwachsen zu verzeichnen. ... Die Außenstelle Hamborn teilt mit, im Berichtsmonat seien unter Beteiligung der Geistlichkeit auffallend viel Ausflüge von Jugendlichen und Erwachsenen gemacht worden. Auch fänden in letzter Zeit viele Sing- und Unterhaltungsabende mit Musik, Film- und Theateraufführungen statt. Das Kluffverbot suche man durch Tragen von „Verbotsuniformen“, die aus einheitlich kurzer Kniehose und weißen Sporthemden bestünden, zu umgehen. Auch verstoße man gegen das Sportverbot. So hätten z. B. 23 Jugendschärler außerhalb der Schulzeit auf einem fremden Schulhof Sport betrieben. Sie seien beim Exerzieren angetroffen worden. Die fragliche Jungschar ist aufgelöst worden. Gegen den Führer ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.“

Der frühere Duisburger Sekretär der Zentrumsparterie Bernhard Kaes berichtet von einem Zirkel, der sich „Jungkatholischer Klub“ nannte.

„Wir versuchten hier oppositionelle Katholiken zu sammeln. Es war eine kleine, etwa 30 Mann starke Gemeinde, die sich regelmäßig traf. Wir lasen mit verteilten Rollen Schriften philosophischer Natur, in denen die Tyrannei geächtet wurde, wir versuchten auf diese Weise den Antichrist darzustellen. Zwei oder dreimal hatten wir Maria Clairmont, Josef Pieper und Theodor Haecker bei uns, die später wegen ihrer Schriften verfolgt wurden²⁸.“

Man hatte aber nicht nur innerhalb der katholischen Jugend versucht, neben den offiziell zugelassenen – und leicht von der Gestapo zu beobachtenden – Organisationen, getarnte Ersatzorganisationen zu schaffen, um von hier aus eine „ideologische“ Gegenbewegung zu mobilisieren²⁹.

²⁷ a. a. O., S. 31. — Über den Vorfall selbst finden sich keine Akten, was darauf hindeutet, daß polizeiliche Unterlagen aus dieser Zeit fehlen.

²⁸ Mündliche Auskunft des ehemaligen Sekretärs der Zentrumsparterie Bernhard Kaes an den Verfasser in einem Interview am 8. 7. 1970.

²⁹ Getarnte Zusammenkünfte sind die am weitesten verbreiteten Formen der ersten Versuche, Widerstandsorganisationen aufzubauen. Sie sind zwar äußerst schwer nachzuweisen, da sie nur selten bis zur Entwicklung stabiler Gebilde führten, aber dennoch mehrten sich Anzeichen für ihre Existenz. Was bei den Duisburger Katholiken als Unterhaltungsabende, Gruppenfahrten und Sportveranstaltungen der Jungscharen zwischen 1933 und 1934 in Erscheinung trat, findet eine Parallele in Lesezirkeln der Sozialisten wie in Kaffeekränzchen von Konsumgenossenschaften. Primär dienten die getarnten Verbindungen dem gleichen Ziel wie die illegalen Zellen der Kommunisten. Es waren Versuche, eine Basis für den Zusammenhalt von Gleichgesinnten zu schaffen.

Auf ähnliche Weise hielten auch katholische Akademiker außerhalb der berufsständischen Organisationen im „katholischen Akademikerklub“ Kontakte; man diskutierte in geheimen Versammlungen die Versäumnisse der Vergangenheit und grübelte über die Zukunft, vor der man sich zu fürchten begann³⁰. Aber keiner sprach von einer Widerstandsorganisation. An die Möglichkeit einer Fühlungnahme mit den Kreisen der oppositionellen Linken dachte in Duisburg – im Gegensatz zu Düsseldorf, wo eine kleine Gruppe um den Kaplan Dr. Rossaint eine gemeinsame Widerstandsfront sogar mit den Kommunisten aufzubauen versuchte – niemand. Offenbar war die Animosität gegenüber der politischen Linken so stark, daß man lieber in die „innere Emigration“ ging, als sich mit Sozialisten, selbst, wenn sie als Sozialdemokraten verfassungstreu auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit standen, im Kampf gegen die totalitäre Diktatur zu verbünden. – Die gleiche Frustration zeigten jedoch auch die Sozialisten gegenüber den ehemaligen Mitgliedern der Zentrumspartei³¹. Die katholische Opposition in Duisburg begann allem Anschein nach sich nach dem 30. Juni 1934 mehr und mehr auf Überleben in einer Art Katakombendasein einzustellen³².

1.13 Ansätze einer Gegenbewegung im Rahmen der „Katholischen Aktion“³³ 1935 – Jesuiten und katholische Gewerkschaftsführer als Initiatoren

Der vom 6. August 1935 datierte Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf enthielt wieder die Feststellung:

Über die Nutzung von Konsumvereinen als Ersatzorganisationen für Sozialdemokraten vgl. die Darstellung des Verfassers in „Nationalsozialismus und Genossenschaften“ — Hannover 1968, S. 128 f.

³⁰ Mündliche Auskunft des ehemaligen Chefarztes Dr. med. O. Tschakert an den Verfasser in einem Interview am 24. 4. 1969.

³¹ Aus Kreisen der SPD und SAP sind keine Versuche einer Fühlungnahme mit dem Zentrum bekannt, während sich bei den Kommunisten sogar der Nachweis erbringen läßt, daß gegen die Anweisungen des Zentralkomitees in Duisburg die Fühlungnahme mit den oppositionellen Katholiken nicht Folge geleistet wurde. Vgl. Abschnitt „Der kommunistische Jugendverband (KJVD)“.

³² Aus dem Zeitraum zwischen dem Spätsommer 1934 und Frühjahr 1935 finden sich keine Quellen, die auf katholische Widerstandsaktionen in Duisburg-Hamborn hindeuten. Hingegen vermerkt der Gestapolagebericht v. 5. 10. 1934 (Rep. 90 Abt. P, Nr. 78, Heft 5, S. 36): „In den Lageberichten der Vormonate wurde stets darauf hingewiesen, daß die Einstellung des katholischen Klerus zum Staat und zur nationalsozialistischen Bewegung nicht nur eine wenig freundliche, sondern in vielen Fällen eine offen gegnerische sei. Auch für den hier vorliegenden Berichtsabschnitt kann von einer grundsätzlichen Umstellung der katholischen Geistlichkeit nicht gesprochen werden, wenn auch Fälle offener Ablehnung oder staatsfeindlichen Verhaltens nicht mehr so häufig zur Kenntnis der Staatspolizei kommen, was äußerlich auf eine ruhigere Lage schließen läßt. Die Methoden, mit denen der Kleinkrieg von den katholischen Kreisen geführt wird, sind so geschickt, daß ein polizeiliches Einschreiten selten Aussicht auf Erfolg hat.“

³³ Die „Katholische Aktion“ war eine Bewegung, die von Pius XI eingeleitet wurde. Ihr Ziel war es, Laien zur Verwirklichung katholischer Grundsätze im öffentlichen Leben zu gewinnen. Sie gewann Bedeutung für die katholische Gewerkschaftsbewegung und wurde daher besonders aktuell, als die Gewerkschaften vom NS-Staat gleichgeschaltet wurden. Zur Katholischen Aktion im einzelnen vgl. Lexikon für Theologie und Kirche, Herder Bd. 6.

„Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung im Reg.Bez. Düsseldorf im Berichtsmonat Juli muß als nicht gerade günstig bezeichnet werden.“

Darauf folgte eine bemerkenswerte Nuancierung:

„Wenn man den Gründen nachgeht, erkennt man deutlich zwei Gruppen, die sich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Staate hauptsächlich im Motiv voneinander unterscheiden: Die einen sind auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Lage mißgestimmt und verbittert. Hierzu ist insbesondere das Gros der Arbeiterschaft zu rechnen... Zur zweiten Gruppe gehören die ausgesprochenen Staatsgegner... Hierzu rechnen ... diejenigen, die aus religiösen und weltanschaulichen Gründen aus ihrer Gegnerschaft zum heutigen Staat kein Hehl machen. Sie sind vorwiegend bei den strenggläubigen Katholiken und ... in den reformierten Kreisen der Bekenntnisfront zu suchen...“³⁴

Der NS-Staat hatte zu dieser Zeit nach einer Eröffnungskampagne gegen Bekenntnisschule und Kloster (hier insbesondere mit dem Mittel der Diffamierung – durch die „Devisenschiebungsprozesse“) mit der Offensive gegen die Jugendorganisationen begonnen. Hauptangriffsziel jener „Frühjahrsoffensive“ war das Rhein-Ruhr-Gebiet, wo organisierte Großkundgebungen von Baldur von Schirach persönlich geleitet wurden³⁵.

Die Katholiken intensivierten darauf die „Katholische Aktion“. Es war vor allem eine Gruppe um den Kölner Domvikar Teusch und die christlichen Gewerkschaftsführer Josef Joos, Prälat Dr. Otto Müller, Bernhard Letterhaus in Köln und Düsseldorf, die jetzt versuchte, durch Übertragung der Aktion auf die Arbeitervereine in deren Hauptverbreitungsgebieten entlang des Mittel- und Niederrheins eine „geistige Widerstandsbewegung“ in Gang zu bringen. Aber auch die Gestapo hatte bald entdeckt, daß diese offiziell auf innerkirchliche Reformen gerichtete Bewegung zum Instrument eines politischen Widerstandskampfes umfunktioniert wurde. Im zitierten Lagebericht des Regierungsbezirks Düsseldorf war notiert:

„Trotz der regierungsseitigen Warnungen hat der politische Katholizismus im Berichtsmonat seine Tätigkeit nicht eingestellt ... die Personen um den Domvikar Teusch in Köln und die bischöfliche Hauptarbeitsstelle der Katholischen Aktion in Düsseldorf setzten bald wieder mit der Herausgabe neuer Kampfschriften ein. ... Nach privaten Informationen geht man beim Vertrieb der Schriften nunmehr völlig getarnte Wege, d. h., die bischöfliche Hauptarbeitsstelle hat überall Strohmänner für den Vertrieb eingeschoben, um polizeilichen Zugriffen vorzubeugen...“³⁶

³⁴ Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 5. 8. 1935, Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Nr. 82, Heft 4, S. 30 f.

³⁵ Vgl. hierzu Heinrich Roth, Katholische Jugend in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Katholischen Jungmännerverbandes. Daten und Dokumente. Düsseldorf 1959, S. 106 f.

³⁶ Staatspolizeistelle, Lagebericht vom 5. 8. 1935, Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Nr. 82, Heft 4, S. 34.

Unter den von der Katholischen Aktion eingesetzten Kampfschriften erregte u. a. besonderes Aufsehen das Buch des seit 1933 im Exil in der Schweiz lebenden katholischen Schriftstellers Waldemar Gurion „Der Kampf um die Kirchen im Dritten Reich“, das im Vita-Nova-Verlag in Luzern erschienen war und im Rhein-Ruhr-Gebiet große Verbreitung gefunden hatte. (Vgl. Lagebericht v. 6. 1. 1936, Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P,

Weiter hieß es:

„Alle Arbeit in der Leitung der Katholischen Aktion ist aber in der letzten Zeit darauf gerichtet, die einzelnen Pfarreien zu wichtigen, völlig selbständigen Stützpunkten der Katholischen Aktion zu machen. Die zahlreichen Glaubensfahrten des Vorjahres haben nunmehr eine Ablösung im selbständigen Leben der Pfarrgemeinden gefunden, wo demnächst das Laienapostolat eine noch viel bedeutendere Rolle wie früher spielen wird. Der klerikale Einfluß ist allein durch das feinmaschige Vereinsnetz vollständig erhalten geblieben.“³⁷

Mit spürbarer Nervosität beobachtete die Staatspolizeistelle das Übergreifen der katholischen Aktion auf die Arbeiterschaft im westlichen Teil des Bezirks. Besonders beunruhigte die Gestapo, daß durch „Apostulatsweihen“ die Aktion in den „Laienstand“, d. h. in die Basis der Arbeitervereine verlagert wurde, und daß die Lenkung der Aktion zunehmend in die Hände der Jesuiten kam³⁸. Erste Anzeichen wur-

Nr. 85, Heft 4, S. 45 ff.) Das Buch enthielt eine genaue Analyse der NS-Ideologie und entlarvte den anti-christlichen, politisch totalitären Herrschaftsanspruch der Nationalsozialisten (vgl. den zit. Lagebericht, a. a. O. — Ein kurzer, jedoch informativer Abriss über Gurion und das Buch findet sich im Katalog über „Exil-Literatur 1933—1945“, Sonderveröffentlichung der Deutschen Bibliothek Nr. 1, hrsgg. v. Kurt Köster, 2. Aufl., Frankfurt a. M., 1966, S. 52 f.). Unter neuesten Veröffentlichungen über illegales Schriftentum im Dritten Reich widmet sich eine bemerkenswerte Untersuchung von Heinz Hürten den von Waldemar Gurion und Otto Michael Knab herausgegebenen „Deutschen Briefen“ (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der katholischen Akademie in Bayern 1969). Der ehemalige Sekretär der Zentrumsparterie Bernhard Kaes konnte sich noch daran erinnern, daß das Buch auch in Duisburg in der damals von ihm geführten kath. Buchhandlung unter der Hand „wie warme Semmeln“ wegging. Eine Schauspielerin des Stadttheaters habe einmal gleich einen ganzen Posten gekauft, um die Exemplare im Bekanntenkreis zu verteilen. Mündliche Auskunft a. d. Verfasser im Juli 1970.

³⁷ a. a. O., S. 36.

³⁸ In dem Bericht über den Rhein-Ruhrbezirk wurde hierzu festgestellt: „Die Laienführer der katholischen Arbeitervereine sind bereits für Ende September aus der ganzen Erzdiözese Köln nach Düsseldorf vorgesehen ...“

„Außer den weltlichen Kundgebungen ist ... eine feierliche Apostolatsweihe vorgesehen ...“
„Über die enge Verbindung von katholischen Arbeitervereinen und Männerkongregationen ist bereits früher berichtet worden. Es sei aber auch an dieser Stelle betont, daß die Leitung der Männerkongregation bzw. deren Umgruppierung zu Säulen der Katholischen Aktion fast gänzlich in den Händen der Jesuiten liegt. Durch die enge Verbindung mit den Arbeitervereinen ist natürlich der Einfluß der Jesuiten auch hier sichergestellt ...“ Vgl. a. a. O., S. 37. Außer den zum Kölner Joos-Kreis gezählten katholischen Gewerkschaftsführer Bernhard Letterhaus und Otto Müller wurde als besonders „gefährlich“ der Jesuitenpater Meiss bezeichnet. Meiss war Redaktionsmitglied der „Ketteler-Wacht“ und schrieb gezielte Artikel in dem von ihm editierten Beiheft „Der katholische Mann“, vgl. a. a. O., ebenda. Bernhard Letterhaus wurde als Mitverschwörer der Widerstandsbewegung nach dem 20. 7. 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Vgl. Günther Weisenborn, „Der lautlose Aufstand“, a. a. O., S. 223. Prälat Dr. Otto Müller verstarb vierundsiebzigjährig vor der Eröffnung des Hochverratsprozesses im Oktober 1944 im Gerichtsgefängnis Berlin-Plötzensee. Vgl. a. a. O., S. 57, 304, hier auch weitere Hinweise auf Arbeit und Verbindungen der Katholischen Arbeiterbewegung nach 1933 im Rhein- und Ruhrgebiet. — S. auch Benedicta Maria Kemper, Priester vor Hitlers Tribunalen, München 1966, S. 311 f.

den in Duisburg gesehen, als im April 1935 die sprunghafte „monatliche Zunahme der Mitgliederziffer auf 1000 neue Mitglieder“ festzustellen war³⁹.

Hatte der ehemalige Zentrums-Stadtverordnete und Sekretär des Duisburger Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine Gottfried Könzgen dabei mitgewirkt? Es sieht fast so aus.

Den eigenwilligen Antifaschisten (der noch in den letzten Kriegstagen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung wurde) hatte die Politische Polizei kurz vorher mundtot zu machen versucht und offenbar damit die Gegenbewegung ausgelöst. Sie hatte ihn am 20. März verhaftet, sieben Tage in Schutzhaft gehalten und vergeblich herauszubekommen versucht, ob er der Verfasser eines Schriftstückes war, das als „vertraulicher Bericht eines Landjägers“ in Duisburg die Runde machte. Jener „unbekannt gebliebene Polizist“ hatte angeblich die politische Schulung in einem Arbeitsdienstlager miterlebt und darüber Aufzeichnungen gemacht, die er Könzgen zugespielt haben soll. Der Bericht ließ keinen Zweifel daran, daß die Schulung dazu gedient hätte, den Arbeitsdienstlern klarzumachen, daß die katholische Kirche in Deutschland ausgespielt habe und es in Zukunft nur noch das Gedankengut Nationalsozialismus als „Religion“ geben werde. Der „vertrauliche Bericht des Landjägers“ lautete:

Sofort nach Eintreffen in das Arbeitsdienstlager war ein Bericht zu unterschreiben:

1. Nichts aus dem Lager in die Öffentlichkeit zu bringen.
2. Unbedingt und vorbehaltlos auf die Rosenbergischen Richtlinien sich festzulegen – auf etwas Unbekanntes also, dessen Inhalt und Bedeutung sich erst im Verlauf der Schulung, und zwar erst ganz zuletzt vor der Flaggen- und Fackelparade sich ergab.
3. Einer Einberufung als Leiter mit 150 000 RM bzw. als Helfer mit 5000 RM monatlich unter allen Umständen Folge zu leisten.
4. Unbedingten Gehorsam den Lagerleitern und Helfern zu leisten.

Von 120 Einberufenen sind innerhalb 3½ Wochen mehr als die Hälfte ausgefallen durch:

1. Freiwilligen Weggang.
2. Wegschicken wegen Nichteignung – ohne jede nähere Angabe.
3. Durch Ausweisung nach vorhergegangener Rüge.
 - a) vor den versammelten Lagerinsassen
 - b) unter vier Augen

Aus dem Inhalt der 80 Fünf-bis-zehn-Minuten-Referate der Teilnehmer und der etwa 50 des Lagerleiters, der Leiter und Helfer (lt. Tagebuchnotiz):

Nationalsozialismus ist eine Religion (nicht nur eine politische Weltanschauung), die neue, wahre Religion, geboren aus Blut und Boden nordischen Geistes und arischer Seele! — Die noch bestehenden Konfessionen (kath. und evangel.) müssen schnellstens verschwinden bzw., wenn sie sich nicht freiwillig auflösen, von seiten des Staates beseitigt werden. § 24 des Parteiprogramms ist nur ein aus Werbungszwecken eingeführter Köder für die Schwarzen aller Schattierungen! Nur ein vollständiger Idiot verläßt sich auf das Programm und das Konkordat mit Rom. Jedem Einsichtigen ist klar, daß Nationalsozialismus und Christentum Todfeinde sind. ... Im N.S.-Staate sind Kirchen undenkbar. Die Kirchen sind

³⁹ Lagebericht Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 5. 5. 1935. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Nr. 80, Heft 4, S. 37.

politische Institutionen und als solche, weil staatsfeindlich, auszurotten. Es bietet weder Gewissens- noch Denk- und Lehrfreiheit. Der Staat in seiner Totalität übernimmt die alleinige und volle Verantwortung für Lehre und Leben. Anderes Denken ist staatsfeindlich. Kritik in jeder Form vollständig verboten, weder an dem Führer noch an den Führern bis zum Blockwart hinunter, noch an der Meinungs- und Willensäußerung darf kritisiert werden. Alleinige Quellen sind für:

1. die religiöse Seite: das N.S. Rosenberg-Mythos,
2. die politische Seite: das nur bedingt gültige Parteiprogramm,
3. für die besonderen Absichten des 9. Landschuljahres: Darres Arbeiten,
4. für kulturelle und allgemeine Grundlagen: einzig und allein wieder Rosenberg.

Daseinsberechtigt ist nur der 100%ige Sozialismus. Wir sind einzig und allein Sozialisten (nicht Marxisten), daher Volksgenossen, nicht Staatsbürger. Weder mit der liberalistischen noch zentrierten noch deutsch-nationalen noch marxistischen Theologie bestehen Beziehungen oder Bindungen irgendwelcher Art. N.S. ist die alleinige, neue berechnete Religion der Zukunft. N.S. ist nicht Religionsdiener mit Vorbehalt und Hemmungen. Hemmungs- und vorbehaltlos sind die Verkünder, Träger und Gestalter dieser neuen Zukunfts- und Gegenwartsreligion. Wer Vorbehalte macht, ist kein N.S. und muß entfernt werden, wenn er sich nicht freiwillig ausschließt. Die Erziehung obliegt allein dem Staate. Kirchen und andere Ansprüche sind ausgeschlossen. Alleiniges Recht auf den ganzen Menschen hat der Staat. Mit der Geburt wird der Mensch N.S. Mit der Geburt beginnen des Staates Rechte. Die Eltern sind nur Stellvertreter des Staates, nur bedingt zugelassen, solange sie Erziehung N.S. leisten. Wegnahmerecht des Staates. Die Jugend ist Träger der N.S. Geistesrevolution.

Die Gestapo schöpfte sofort Verdacht, daß der „Landjäger“ eine erfundene Figur war und hinter dem „vertraulichen Bericht“ als Verfasser niemand anderes als Könzgen stand. Aber sie konnte es nicht beweisen. Selbst als sie ihn damit überführte, daß der Bericht auf seiner Schreibmaschine geschrieben worden sei, kam sie nicht weiter. Könzgen gab zwar zu, den Bericht abgeschrieben zu haben, blieb jedoch bei der Behauptung, daß er ihn von dritter Seite, von einem Pfarrer zugeschickt bekommen hätte, der seinen Namen nicht angegeben habe⁴⁰.

Wegen Mangel an Beweisen mußte die Gestapo Könzgen damals lediglich mit einer Verwarnung wieder auf freien Fuß setzen. Das gleichzeitig über ihn verhängte öffentliche Redeverbot verfehlte die beabsichtigte Wirkung genauso wie der Versuch, ihn durch die Schutzhaft einzuschüchtern. Alteingesessene Duisburger wissen sich zu erinnern, daß Mitglieder der Katholischen Arbeitervereine sich in den Wirtschaften mit Könzgen am Biertisch trafen, so z. B. im Hamborner Abteikeller, wo der Wirt von der Theke her Warnungen zum Nebenzimmer gab, sobald eine unbekannte oder verdächtige Gestalt auftauchte⁴¹.

⁴⁰ Vgl. im einzelnen HD-Gestapo 31 004 und 31 045.

⁴¹ Die Information verdankt der Verf. Herrn Pater Dr. Ludger Horstkötter, der sich u. a. durch systematisches Befragen älterer Hamborner um die Erschließung von Quellen zur Geschichte der Duisburg-Hamborner Kath. Arbeitervereine bemüht. Dr. Horstkötter wird möglicherweise den Nachweis dafür erbringen können, daß einzelne Versammlungen der KAV keinen Niederschlag in den Gestapoakten gefunden haben, weil der Ortsgruppenleiter von Hamborn, Heinrich Tenter, heimlich mit der kathol. Arbeiterschaft sympathisierte und die Weitergabe von Meldungen unterdrückte.

Die „Katholische Aktion“, in der allem Anschein nach Könzgen als eine Art politischer Vorposten figurierte⁴², hatte der oppositionellen Bewegung neue Impulse gegeben. Trotz politischer Gleichschaltung von Gesellschaft und Partei und permanenter Kontrolle des öffentlichen Lebens durch einen politischen Polizeiapparat kam diese Opposition in den folgenden Jahren mehrmals zum Durchbruch.

1.2 *Duisburger Katholiken beweisen Mut*

1.21 Katholische Jugend und HJ. Schlägereien, Flugblattaktionen

Ein erster Vorfall nach scheinbarer Ruhe ereignete sich im Juli 1935. Die Duisburger Pfarreien hatten eine Vortragsreihe des prominenten Eugenikers Professor Hermann Muckermann⁴³ organisiert. Sie wurde auf Veranlassung des Prälaten Cüppers trotz Gestapowarnung durchgeführt⁴⁴. Als Antwort auf diese „Provokation“ setzte die NSDAP Schlägertrupps der HJ gegen Angehörige der katholischen Jugend ein. Es kam zu Prügeleien auf offener Straße. Steine wirbelten durch die Luft und zerschlugen die Fenster des Pfarrhauses am Dellplatz. Die Haushälterin Haarmann wurde verletzt⁴⁵.

Während des zweiten Vortrages in der Josefskirche hatten einige Störer Muckermann durch Zwischenrufe unterbrochen. Am folgenden Tag hing an allen Kirchenportalen ein Anschlag mit folgendem Wortlaut:

„Die weiteren Predigten des Herrn Professor Muckermann sind polizeilich verboten! Das Verbot erfolgte nicht wegen des Inhalts der Predigten, sondern wegen der Ruhestörungen auf der Straße.“⁴⁶

Die Nachricht verbreitete sich sehr schnell. Gegen Abend strömten aufgebrachte Jungkatholiken zum Dellplatz, wo sie in Sprechchören laut gegen das Redeverbot protestierten.

Von der anderen Seite rückten wieder HJ-Trupps an, verstärkt durch eine Gruppe „Kittelbachpiraten“. Im Handumdrehen war eine massive Schlägerei im Gange. Her-

⁴² Vgl. Günther Weisenborn, *der Lautlose Aufstand*, S. 57.

⁴³ Ein Bruder des zu dieser Zeit bereits emigrierten Jesuitenpaters Friedrich Muckermann.

⁴⁴ Im Bericht des damals für den Bezirk Düsseldorf zuständigen Gestapochefs Sommer an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin ist hierüber vermerkt: „... Auseinandersetzungen zwischen Besuchern der Vorträge und Andersdenkenden (führten) zu Mißhelligkeiten, die letzten Endes dazu führten, die Vortragsfolge des Prof. Muckermann zu unterbrechen. Prälat Cüppers erklärte, daß er eine derartige Maßnahme vor der katholischen Bevölkerung Duisburgs nicht verantworten könne.“

Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 5. 8. 1935. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Nr. 82, Heft 4, S. 41. — Der Prälat hatte sich vorher schon mit der Gestapo angelegt. Er hatte in einer Schülermesse in der St.-Josefs-Kirche einen Hirtenbrief vorlesen lassen, in dem die katholische Jugend aufgefordert worden war, „den katholischen Jugendverbänden beizutreten und sich nicht für das Neuheidentum bekehren zu lassen“, was, wie es in besagtem Hirtenbrief weiter hieß, „mit allen Mitteln versucht würde.“ — S. Auszug aus Gestapo-Tagesbericht Nr. 208 v. 25. 3. 1935 — Abt. III/G, in HD-Gestapo 8434.

⁴⁵ HD-Gestapo 12 771, Blatt 129.

⁴⁶ Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf, vom 5. 8. 1935, Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Nr. 82, Heft 4, S. 42.

beigeilte Polizisten wurden nicht Herr der Lage. Einige Gruppen drangen bis zum katholischen Jugendheim vor, wo die Schlägerei derartige Formen annahm, daß Einrichtungsgegenstände des Hauses in Trümmer gingen. Erst als die Polizei Verstärkung bekam, konnten die aufeinanderkeilenden Pulks auseinandergebracht werden. Die HJ fühlte sich durch das Eingreifen der Polizei brüskiert, zumal sie von ihr nicht Hilfe bekommen hatte, sondern selbst zur Räson gebracht worden war. Tags darauf, am 10. Juli, schickte sie einen ausgesuchten Schlägertrupp unter Führung eines der berüchtigten „Kittelbachpiraten“ abends zum katholischen Gesellenhaus, wo es zu einer zweiten „Saalschlacht“ mit einer sich hier aufhaltenden Jugendgruppe kam.

Der Vorfall endete mit einem Gerichtsverfahren, in dem diesmal die HJ den kürzeren zog. Der von ihr eingesetzte Schlägerheld wurde (wegen Sachbeschädigung) bestraft⁴⁷. – Die Gestapo nahm dafür einen Jungkatholiken für die Dauer von zwei Monaten zur politischen Behandlung in „Schutzhaft“. Es war der Gruppenführer der Sturmchar von Beeck, Hermann Vögeding, der seiner politischen Meinung mit den Worten Luft gemacht hatte: „Wenn es in Deutschland keine Idioten gäbe, würde es selbstverständlich auch keine NSDAP mehr geben“, und dazu die Kurzformel geprägt hatte: „Die Abkürzung für NSDAP heißt: Noch Solange Die Affen Parieren“⁴⁸. Wenige Wochen später fand ein SA-Mann in Angerhausen Flugschriften, die sich gegen die nationalsozialistische Judenhetze richteten. Die Staatspolizeistelle vermerkte:

„In Duisburg treffen sich die Grenzen der Diözesen Köln und Münster. Während die zur Diözese Köln gehörenden Pfarrer weniger in Erscheinung treten, betätigen sich die dem Bischof Galen, Münster, unterstellten Pfarrer stärker in staatsfeindlichem Sinne. So wurde in diesen Kirchen in letzter Zeit häufig beobachtet, daß Druckschriften ausgelegt wurden, die offen gegen die rassenpolitischen Bestrebungen des Nationalsozialismus gerichtet sind.“⁴⁹

Danach schien die katholische Opposition zu verstummen. Vor allem in der Jugend schien es ruhiger zu werden. Vielleicht verlor sich die politische Unruhe tatsächlich, weil die Nationalsozialisten es verstanden, vor der Olympiade die Jugend für den Sport zu begeistern⁵⁰. Versuche, Jugendgruppen außerhalb der HJ zu bilden, wurden sofort im Keime erstickt.

⁴⁷ In den Akten der Staatsanwaltschaft findet sich über den Vorfall u. a. folgender Bericht: „... Nachdem diese Schilder von dem Zeugen Krim.Sekr. Gö... sofort entfernt worden waren, kam es an demselben Abend auf dem Dellplatz und den einmündenden Straßen nochmals zu großen Menschenansammlungen. Es wurden Sprechchöre gebildet, das sog. Devisenschieberlied wurde gesungen, und die Menschenmenge ging zu Gewalttätigkeiten gegen die auf dem Platz postierten Polizeibeamten über. Diese zogen sich, nachdem 5 Beamte leicht verletzt worden waren, zurück ... konnten es auch nicht verhindern, daß inzwischen eine größere Gruppe in das katholische Gesellenhaus eindrang ... währenddessen ließ sich die Menge auch zu erheblichen Ausschreitungen im katholischen Arbeiterheim, das in der Nähe des Dellplatzes gelegen ist, hinreißen ... Ungefähr gleichzeitig ... ging (eine Schar junger Leute) ... unter der sich auch ... Sch. befand ... Sch. ... trug Bekleidungsstücke, die zu der Uniform der sogenannten „Kittelbachpiraten“ gehörten, einer inzwischen aufgelösten Organisation, die früher ... in einem gewissen Zusammenhang mit Angehörigen der SA oder SS gestanden haben soll ... Am 10. Juli wiederholte sich der Sturm (vom Vortag) ... diesmal ... wurden fast alle Einrichtungsgegenstände Opfer der Zerstörungswut ...“

Aus Urteil 6KLa 12/35 — VI 259/35, in HD-Gestapo 2837.

⁴⁸ HD-Gestapo 4160.

⁴⁹ Vgl. Lagebericht v. 5. 8. 1935, S. 44.

⁵⁰ Die Hitlerjugend hatte, dank ihrer geschickten Taktik (derzufolge damals der Sport in den Mittelpunkt des HJ-Dienstes und nicht die ideologische Schulung gestellt wurde) vorüber-

Studienrat Dr. Ernst Tönnessen, der Mitte 1935 aus Schülern des Städtischen Gymnasiums mit zwei Gruppen, „Gral“ und „Neuland“, eine Sektion des Bundes „Neu-Deutschland“ in Duisburg geschaffen hatte, wurde sofort vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz aus dem Schuldienst entlassen und strafversetzt⁵¹.

Es blieb nicht lange ruhig. Plötzlich tauchten wieder ganze Serien von Flugblättern in Duisburg auf.

Am Anfang dieser Reihe stand eine gedruckte Predigt des Bischofs Clemens Graf Galen, die er zusammen mit dem damaligen Kaplan Hermann Eising zur 800-Jahrfeier der Hamborner Abteikirche St. Johann ausgearbeitet hatte. Lapidar stand im Mittelpunkt des Textes:

„... Dem hl. Johannes dem Täufer wurde vor achthundert Jahren Stift und Abteikirche in Hamborn geweiht. Der große heilige Bußprediger, von dem Christus sagt, daß kein Größerer vor ihm auf Erden gelebt hat, hat durch alle Jahrhunderte dieses Heiligtum mit dem Ewigen Lichte beschützt; er hat gesorgt, daß hier Zeugnis für das wahre „Licht der Welt“, daß hier der Glaube an Christus und an seine Wahrheit niemals vernichtet worden ist. – Ein rauher Bußprediger war er; sein Leben in Abtötung und Entsagung war ein Aufruf zur Buße. Am Jordan trat er auf mit dem Rufe: „Tut Buße, denn das Himmelreich ist nahe“ (Matth. 3, 11). – Gilt dieses Wort auch heute noch? Fast sollte man meinen, daß der Aufruf zur Buße im neuen Deutschland überflüssig, verpönt und verfermt sei. Wurde doch in einem öffentlichen Aufruf zum „Tage der deutschen Arbeit“ am 1. Mai d. J. höhnend gesprochen von „törichten Menschen“, die da reden vom „Jammerthal dieser Erde, von Sünde und Schuld, von Buße und Gnade“. Johannes verlangt Buße, aber er zeigt auch das Ziel der Buße; er verspricht dem Menschen, der Sünde und Schuld kennt, durch Buße und Gnade die Freude der Gotteskinder. Jener Aufruf will, daß man von Sünde und Schuld schweige, will, daß man auf Buße und Gnade verzichte, und verlangt trotzdem: „Freut euch des Lebens!“ Kann aus solcher Tarnung der Wahrheit wohl echte Lebensfreude erblühen?.. Ich frage euch, ihr Bergleute und Arbeiter, ich frage euch, ihr Arbeitslosen und Invaliden, ich frage auch euch, ihr Bessergestellten oder gar Reichen: Könnt ihr es hindern oder auch nur leugnen, daß in diesem Erdenleben Mühe und Not und Jammer und Schmerz und schließlich der Tod unser Anteil ist? Wer kann diese Tatsachen leugnen und vergessen? Und nun frage ich: Wer kann sie erklären, wenn er die Schuld leugnet und die Sünde, „durch die der Tod in die Welt gekommen ist“ (Röm. 5, 12), mit all seinen Verböten und Grausamkeiten?..

Die folgenden auf hektographierten Blättern verbreiteten Proteste richteten sich von

gehend auf die Jugend eine gewisse Anziehungskraft ausüben können. Vgl. Abschnitt über den Kommunistischen Jugendverband, S. 139 ff.

Im Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 7. 12. 1935 wurde vermerkt: „Wenn auch in manchen Orten infolge der Mitgliederwerbung für die konfessionellen Jugendverbände von der Kanzel oder durch Besuch der Geistlichen bei den Eltern ein Anwachsen der Mitglieder zu verzeichnen ist, so machte sich doch im großen und ganzen, wie bereits im Vormonat berichtet, eine rückläufige Mitgliederbewegung bemerkbar. Diese ist hauptsächlich auf die dortige Verordnung vom 23. 7. 1935, die den konfessionellen Jugendverbänden jede sportliche Betätigung untersagt, zurückzuführen. Die Jugend legt heute mehr Wert auf körperliche Ertüchtigung als auf die religiöse Erziehung.“ Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90, Abt. P, Nr. 84, Heft 3, S. 57.

⁵¹ HD-Gestapo 8483.

neuem gegen die ideologische Gleichschaltung der Jugend und gegen die polizeiliche Verfolgung von Priestern und Ordensleuten, die man nach Schauprozessen gegen Franziskaner und Dominikaner in verschiedenen west- und süddeutschen Städten eingesetzt hatte. Im Juli 1936 wurde in etwa 1000 Exemplaren ein Hirtenbrief des Bischofs verbreitet, der heftige Angriffe gegen die wahrheitsentstellenden Berichte der NS-Presse über die Prozesse enthielt⁵² und mit den unmißverständlichen Sätzen geendet hatte:

Meine lieben Diözesanen!

Gott hat seiner Kirche im Laufe der Jahrhunderte manche schmerzliche Heimsuchung gesandt oder sie zugelassen. Er läßt sie heute zu und wird das auch in der Zukunft tun, aber stets zu unserem Besten. Wir müssen und wollen diese Prüfung ertragen und bestehen im echt christlichen Geiste der Buße und Sühne, mag dieser Geist modernem Hochmut auch wenig zusagen . . .⁵³

Besonders aber erregte die Gestapo wenige Monate später ein in großer Anzahl verbreiteter Bericht über eine Protestkundgebung der Bevölkerung von Eichstätt (Mittelfranken) gegen die von der Staatspolizei geforderte Absetzung und Ausweisung des Domherrn Johannes Kraus nach einer Predigt des Eichstätter Bischofs, die zu großen Ovationen für den oppositionell eingestellten Bischof geführt hatte⁵⁴.

1.22 Spontaner Durchbruch zum offenen Widerstand

Die lang erwartete offizielle Stellungnahme des Vatikans gegen die weltanschaulichen Leitsätze und politischen Praktiken des Nationalsozialismus war 1937 durch die Veröffentlichung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ bekanntgeworden. Gleichwohl versuchte der päpstliche Stuhl durch diplomatische Verhandlungen mit der Reichsregierung einer Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland entgegenzuarbeiten. Erreicht wurde nur, daß die Nationalsozialisten bei der Verfolgung opponenter Geistlicher und Laien eine Zeitlang nicht schärfer als bisher voringen. Nicht mehr zu verhindern war, daß der NS-Staat eine katholische Organisation nach der anderen liquidierte.

Die Chronik der Unterdrückung spiegelte in Duisburg zwischen November 1937 und

⁵² HD-Gestapo 12 771, Blatt 163 ff.

⁵³ HD-Gestapo 12 771, S. 164.

⁵⁴ Über weitere Flugblattaktionen vgl. HD-Gestapo 12 771, Blatt 189 ff., ferner: HD-Gestapo 12 181 (Protest gegen NS-Schulpolitik, 1937), HD-Gestapo 10 649 (betr. Schriften des Pater Muckermann aus Holland, 1935), HD-Gestapo 38 349, Alois Welling, Kaplan (betr. Verbreitung eines Flugblattes über das „Kreuz von Oldenburg“ — demzufolge das Kreuz auf Anweisung von Parteidienststellen aus Schulräumen entfernt wurde. Dez. 1936).

Außer den Flugblattaktionen, deren Urheber die Gestapo nur in wenigen Fällen ermitteln konnte, wagten Katholiken auch 1936 gezielte Frontalangriffe gegen das Regime.

Hervorzuheben ist das Wagnis des früheren Redakteurs des „Echos vom Niederrhein“, Bernhard Fehrecke, der, wie einem Gestapobericht zu entnehmen ist, in einem Vortrag im katholischen Arbeiterverein St. Josef im März 1936 die Arbeiterschaft zum Widerstand aufforderte. Vgl. HD-Gestapo 35 835. In ähnlicher Weise scheint sich der Kaplan Hubert Niehues in einer Fastenpredigt während der Passionszeit 1936 geäußert zu haben. Vgl. HD-Gestapo 36 133. Die Gestapo fand jedoch außer ihnen in die Vorträge eingeschleusten V-Männern keine Belastungszeugen, um gegen die Opponenten vorgehen zu können.

Januar 1939 der Reihe nach die Verbote sämtlicher Jugendorganisationen, der Arbeitervereine, des Lehrerinnenverbandes und des Akademikervereins⁵⁵.

Aber die Nationalsozialisten erreichten damit das Gegenteil der geplanten Entzweiung von Kirchenvolk und Klerus. Eine spontane Demonstration abermals auf dem Dellplatz zeigte der überraschten Gestapo die ungebrochene Kampfbereitschaft der Duisburger Katholiken für die Kirche.

Der Vorfall ereignete sich nach einer religiösen Woche in der Vorweihnachtszeit 1937. Sie fiel mit dem 50jährigen Priesterjubiläum des Prälaten Cüppers, Pfarrer von St. Josef, zusammen. Es begann alles scheinbar ganz harmlos und endete mit einem der größten Eklats während der 12jährigen NS-Herrschaft in Duisburg.

Am Vorabend des 5. Dezember hatten sich zwei unbekannte Dominikaner-Patres aus Düsseldorf im St.-Vinzenz-Hospital einquartiert⁵⁶. Sie hielten in der Woche von 5. bis zum 12. Dezember abwechselnd an jedem Tag drei Predigten in der St.-Josefs-Kirche. Der Predigtzyklus war den Sakramenten gewidmet und politisch unverfänglich. So schien es jedenfalls nach dem Tenor zu sein, der von den Predigten des Pater Urbanus bestimmt wurde. Auch Pater Paulinus blieb während der ersten Tage im theologischen Rahmen.

Dann bemerkten die Horchposten der Gestapo, daß der Pater Kurs auf die Katholische Aktion nahm und äußerst geschickt — immer gerade so weit, daß sich keine Handhabe zum polizeilichen Einschreiten bot — die nationalsozialistische Weltanschauung angriff⁵⁷. Am 8. Dezember ging Pater Paulinus einen gewagten Schritt weiter. In einem Gleichnis gab er zu verstehen, daß die Katholiken zur Versöhnung mit ihren bisher schärfsten Gegnern, den Kommunisten, bereit sein müßten, und ließ die lapidare Erklärung folgen, daß man nicht mehr nach fernen Ländern sehen müsse, um zu erkennen, wo die Feinde des Christentums ständen; er hatte hinzugefügt: „Wem heute noch nicht die Augen aufgegangen sind und erkannt hat, wohin der Weg führt, der kann ruhig nach Hause gehen; er braucht sich meine weiteren Worte nicht mehr anzuhören“⁵⁸.

⁵⁵ Vgl. Chronik der Pfarrgemeinde Liebfrauen-Duisburg, II. Teil, Abschrift, Blatt 298 f. Archiv der Stadt Duisburg, Mikrofilm Nr. 2093; s. auch HD-Gestapo 12 771, 29 520, 31 004; insbes. über die Aktion gegen die katholischen Arbeitervereine s. HD-Gestapo 31 004, Blatt 47 ff.; über die Schließung des Akademikervereins im Januar 1939 s. HD-Gestapo 12 771, Blatt 251 ff.

⁵⁶ Es war der Gestapo nur gelungen, ihre Ordensnamen „Urbanus“ und „Paulinus“ herauszubekommen.

⁵⁷ Vgl. Bericht der Gestapo-Außendienststelle Duisburg an die Geheime Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 14. 12. 1937, Abschrift in HD-Gestapo 12 771, Blatt 138.

⁵⁸ Der Gestapo-Bericht vom 14. 12. 1937 hatte folgenden Wortlaut: „Während der Abendpredigt am Mittwoch, dem 8. 12. 1937 — Maria Empfängnis —, stellte Pater ‚Paulinus‘ in seinen Ausführungen heraus, daß die Liebe des katholischen Priesters zu seinen Gläubigen die gleiche sei, wie sie Maria zu ihrem Kinde gehabt habe. Als Beweis hierfür erzählte er eine Begebenheit vom spanischen Kriegsschauplatz. Dort sei zu einem sterbenden kommunistischen Soldaten ein katholischer Priester gekommen und habe ihm kurz vor seinem Tode die Beichte abgenommen. Dabei habe sich herausgestellt, daß der Kommunist 38 Geistliche, darunter zwei Brüder und den Vater des Beichtvaters, ermordet habe. Trotzdem habe er die Absolution erhalten, und der Priester hätte zu ihm gesagt, er könne ruhig sterben, er würde für ihn beten. Anschließend erklärte der Prediger, es würde in der ganzen Welt ein Haß gegen die katholischen Priester gepredigt. Mit allen Schikanen würden die katholischen Priester verfolgt. Um dieses feststellen zu können, brauche der Katholik jedoch nicht nach fernen Ländern zu sehen. Wörtlich erklärte P. Paulinus: ‚Wem heute noch nicht die Augen auf-

Einige ängstliche Zuhörer blieben daraufhin den letzten Referaten fern, doch die meisten verharren eisern bis zum Schluß der Vortragsreihe. Auf den letzten Tag, den 12. Dezember, war die Jubiläumsfeier des Prälaten Cüppers festgesetzt, zu der Bischof Galen seinen Besuch angekündigt hatte⁵⁹. Der Gestapo war die zunehmende Spannung nicht entgangen, aber sie hatte es nicht mehr riskiert, drei Tage vor dem Eintreffen des Bischofs die Veranstaltungen zu untersagen.

Am Morgen des 12. Dezember füllten Delegationen der Frauenkongregation, der Arbeitervereine und des (bereits verbotenen) Jungmännervereins die Bänke der St.-Josefs-Kirche. Galen traf pünktlich ein und zelebrierte das Pontifikalamt⁶⁰. Von überall her strömten Menschen auf den Dellplatz. In kürzester Zeit hatten sich über 2000 (so der Gestapobericht) eingefunden. Aus der Menge ertönte der Choral „Großer Gott wir loben Dich“⁶¹. Als der Bischof später von der Kirche zur Wohnung des Prälaten Cüppers geleitet wurde, rief jemand aus einer Gruppe „Treu Heil“⁶². Das Stichwort zündete sofort in der Menge. In rhythmischem Wechsel hörte man dann die Rufe „Treu Heil“ und „Heil Bischof“, gleichzeitig waren hochgereckte Arme mit gespreizten Fingern zu sehen, ein spontan entstandenes Siegeszeichen (-V-?) oder ein Protestsymbol gegen den Hitler-Gruß. Als daraufhin in Zivil getarnte Geheimpolizisten Verstärkung von den in Alarmbereitschaft wartenden Einsatzkommandos der Polizei holten und die Menge auseinanderzutreiben versuchten, kam es zu tumultartigen Szenen. Jugendliche und Frauen setzten sich heftig gegen die anrückenden Polizisten zur Wehr. An einigen Stellen war aus der Handgemenge „gemeine Schweinehunde“ herauszuhören. Über 20 Personen wurden festgenommen und abgeführt. Auszüge aus 3 von bisher 22 aufgefundenen Festnahmeprotokollen – mit annähernd ähnlichem Inhalt – spiegeln das Ereignis wie folgt:

Dienststelle II B Br. Nr. 5598/37. Verhandelt Duisburg, d. 13. 12. 37, Strafanzeige. Straftat: Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. 2. 1933.

„... Die Nebengenannte hat sich am 12. 12. 37, gegen 12 Uhr, auf der Josefstraße, vor der Wohnung des Prälaten Cüppers an einer nicht genehmigten Kundgebung beteiligt. Sie hat durch Erheben des rechten Armes zum Deutschen Grusse fortwährend ‚Heil Bischof‘ gerufen. Der wiederholten Aufforderung, die Heil-Rufe zu unterlassen und den Arm herunterzunehmen, leistete sie keine Folge. Der ausgestreckte Arm wurde ihr öfters heruntergedrückt, sie streckte ihn jedoch jedesmal wieder aus.

Zur Verhütung weiterer strafbarer Handlungen wurde sie vorläufig in Polizeigewahrsam genommen und nach Beendigung der Kundgebung wieder entlassen. . .“

Wie oben 5592/37 vom gleichen Tage

„... Als die Demonstration polizeilicherseits aufgelöst wurde, rief M., der sich

gegangen sind und erkannt hat, wohin der Weg führt, der kann ruhig nach Hause gehen; er braucht sich meine weiteren Worte nicht mehr anzuhören.“

HD-Gestapo 12 771, Blatt 139.

⁵⁹ Nach Darstellung des zitierten Berichts wären nicht mehr alle gekommen — a. a. O., S. 138.

⁶⁰ Vgl. im zitierten Bericht Blatt 62.

⁶¹ Nach der Darstellung des Berichts der Geheimen Staatspolizei erscholl das Lied, bevor der Bischof sich am Fenster im Hause des Prälaten zeigte.

⁶² Der Gruß „Treu-Heil“ galt als der Oppositionsgruß der katholischen Jugend in Duisburg. Vgl. hierzu Mitteilung der Gestapo-Außendienststelle Duisburg an den Polizeipräsidenten von Duisburg v. 17.7 (im Original unleserlich) 12. 1937, HD-Gestapo 12 771, Blatt (62), 234.

unter der Menschenmenge befand, mit lauter Stimme: „Diese gemeinen Schweinehunde.“

Wie oben 5598/37 vom gleichen Tage

„... Die Nebengenannte hat am Sonntag, dem 12. 12. 37 gegen 12 Uhr, auf dem Dellplatz vor der Josefskirche an einer nicht genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen. Beim Heraustreten des Bischof aus der Kirche tat sie sich durch besonders lautes Heil-Rufen mit erhobenem rechtem Arm und gespreizten 3 Fingern hervor. Der allgemeinen Aufforderung, die Josefsstraße zu räumen, leistete sie keine Folge. Beim Abdrängen der Demonstranten leistete sie mir durch fortgesetztes Stemmen der Füße gegen den Erdboden heftigen Widerstand. Nach Feststellung der Personalien im Wachlokal (Restaurant Union) wurde sie entlassen⁶³.“

Die Gestapo vermutete, gestützt auf die Angaben eines V-Mannes, daß die Demonstration von einer Gruppe des Hamborner Jungmännervereins nicht nur ausgelöst, sondern auch bis ins Detail geplant worden sei, und nahm an, daß der Zwischenfall inszeniert worden war, um der ausländischen Presse Bilddokumente über die Katholikenverfolgung übergeben zu können. U. a. wurde ein Fotograf aus Düsseldorf verhaftet, der mit einer Kleinbildkamera die Szene zu fotografieren versucht hatte⁶⁴.

Für den Nachmittag desselben Tages war noch ein Besuch Galens in Meiderich vorgesehen, wo er an einer Adventsandacht in St. Michael teilnehmen wollte. Er fuhr unauffällig in einem Auto dorthin, hielt eine kurze Ansprache an die Jugend, in der er in wenigen Sätzen unmißverständlich betonte, „daß die Forderung, die Jugend müsse dem Staat dienen, nur mit Einschränkung gelten dürfe. Die Forderung, die Ju-

⁶³ Sämtliche der bisher gefundenen Protokolldurchschläge in HD-Gestapo 12 771, Blatt 91 ff.
⁶⁴ Im Bericht der Gestapo-Außendienststelle Duisburg an die Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 26. Januar 1938 hatte die Ereignismeldung folgenden Wortlaut:

„Von mehreren Beamten der hiesigen Dienststelle, die sich unter der Menschenmenge befanden, wurde bemerkt, daß sich verschiedene katholische Jungmänner schon vorher darüber unterhielten, was wohl die Polizei machen würde, wenn jetzt alles gemeinsam ‚Heil‘ rief. Offenbar war es diesen Leuten nur darum zu tun, durch ihr Verhalten die Polizei zu zwingen und dann die Zusammenstöße mit der Polizei für ihre staatsfeindliche Propaganda auszuwerten. Dieser Verdacht wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß der Beschuldigte Konrad, Pers. Bt. 1 d. A., mit einer Kleinbildkamera von Düsseldorf nach Duisburg kam, um Zwischenfälle zu fotografieren. Er hatte seinen Standort so geschickt gewählt, daß er zum Fotografieren die Josefskirche als Hintergrund hatte. Eine derartige Aufnahme wäre bestimmt für staatsfeindliche Propaganda geeignet gewesen, denn sie konnte den Eindruck erwecken, in Deutschland würden harmlose Kirchenbesucher von der Polizei vertrieben. Ob Konrad auch Angehöriger des katholischen Jungmännerverbandes ist, konnte nicht festgestellt werden. Seine verantwortliche Vernehmung durch die Stapo Düsseldorf hätte hierüber Klarheit gegeben.

Es ist bezeichnend für die Taktik der katholischen Jungmänner, daß von diesen nur ein geringer Teil von der einschreitenden Schutzpolizei erfaßt werden konnte. Fast alle Beteiligten haben es verstanden, sich dem Zugriff der Polizei durch die Flucht zu entziehen. Nach vorher hier eingegangenen vertraulichen Mitteilungen war die Kundgebung von den katholischen Jungmännern geplant, wie sie tatsächlich verlaufen ist. Von einer spontanen Kundgebung kann nicht die Rede sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es sich bei den Vorfällen um eine vorher genau festgelegte getarnte Protestkundgebung des katholischen Jungmännerverbandes und nicht um eine der üblichen Treuekundgebungen für den Bischof von Münster handelte. Die Ermittlungen in dieser Richtung werden noch fortgesetzt.“ — HD-Gestapo 12 771, Blatt 136.

gend habe ausschließlich dem Staat zu dienen, müsse energisch zurückgewiesen werden.“ Auf die Zwischenfälle, die sich wenige Stunden vorher in Duisburg auf dem Dellplatz ereignet hatten, ging der Bischof nicht ein. Offenbar hatte sich das Ereignis noch nicht bis Meiderich herumgesprochen. Die um die Michaeliskirche verteilten Einsatzkommandos der Polizei brauchten nicht einzugreifen. Die Zuhörer blieben ruhig. Kurz vorher hatte ein Beamter der Staatspolizei Galen jedoch aufgefordert, nach der Andacht die Kirche durch die Sakristei zu verlassen, was Galen ablehnte, sofern ihm hierzu kein schriftlicher Befehl erteilt werde. Dieser lag vor, als er seine Ansprache beendet hatte. Galen verließ daraufhin unter Polizeiaufsicht die Kirche unbemerkt durch den Sakristeiausgang, währenddessen Gestapobeamte vorübergehend das Hauptportal sperrten. Als die Andacht beendet und der Bischof nicht mehr zu sehen war, löste sich die Versammlung auf. Es kam auch jetzt zu keinen Unruhen. Allem Anschein nach war in der Kirche nichts davon bemerkt worden, was sich während der vorangegangenen halben Stunde in der Sakristei und vor dem Portal zugetragen hatte⁶⁵.

Um den Zwischenfall nicht weite Kreise ziehen zu lassen, hatte die Gestapo eine einfache, aber offenbar erfolgreiche Methode angewandt. Die Störer wurden nicht nach Motiven befragt, sondern nach Feststellung der Personalien sofort wieder entlassen. So wurde den Opponenten demonstrativ gezeigt, daß ihr Verhalten nicht als politischer Akt, sondern als Übertretung einer Polizeivorschrift gewertet wurde. – Dem Impetus der spontanen Erregung waren auf diese Weise Züge des Banalen verliehen worden. Gleichzeitig operierte die Presse äußerst geschickt. Die beiden zentralgesteuerten Zeitungen (National- und Rhein-Ruhr-Zeitung) fabrizierten Weihnachtstimmung mit Bildern friedlicher Winterlandschaften. Die Artikel waren vornehmlich der Arbeit des Winterhilfswerkes gewidmet. Politisch beschäftigten sich die Blätter mit der Organisation der evangelischen Reichskirche. Im übrigen berichtete der lokale Teil in Großaufmachung von einem „historischen Tag“ der Stadt: Duisburg war am 11. Dezember offiziell zur Garnison erklärt worden. Über das goldene Priesterjubiläum und den Bischofsbesuch brachte die National-Zeitung keine einzige Zeile. Die Rhein- und Ruhr-Zeitung brachte eine Spalte mit 33 Zeilen, ohne ein Wort über den Zwischenfall auf dem Dellplatz⁶⁶.

⁶⁵ Vgl. Bericht der Gestapo-Außendienststelle Duisburg an Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 14. 12. 1937, HD-Gestapo 12 771, Blatt 138, 142 f.

⁶⁶ Man beachte nochmals den Wortlaut des letzten Absatzes aus der zitierten Gestapomeldung vom 26. 1. 1938: „Nach vorher hier eingegangenen vertraulichen Mitteilungen war die Kundgebung von den katholischen Jungmännern geplant, wie sie tatsächlich verlaufen ist. Von einer spontanen Kundgebung kann nicht die Rede sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es sich bei den Vorfällen um eine vorher genau festgelegte getarnte Protestkundgebung des kath. Jungmännerverbandes und nicht um eine der üblichen Treuekundgebungen für den Bischof von Münster handelte. Die Ermittlungen in dieser Richtung werden noch fortgesetzt“ — HD-Gestapo 12 771, Blatt 136 und hierzu der Text der Rhein- und Ruhr-Zeitung vom 14. 12. 1937:

Zur Feier des Goldenen Priesterjubiläums des Prälaten Ehrendomherrn Dechant Pfarrer Clemens Cüppers fand am Sonntag in der St. Josephskirche, deren Pfarrer Prälat Cüppers seit nunmehr 29 Jahren ist, eine kirchliche Feier statt, zu der die Gläubigen in einer solch großen Anzahl erschienen waren, daß die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt war. Unter Orgelklang und dem Gesang „Ecce sacerdos magnus“ von Joseph Haas, vom St. Gregorius-Kirchenchor gesungen, zog der Jubilar inmitten einer großen Zahl von Geistlichen des Dekanates Duisburg und benachbarter Dekanate, Kirchenfahnen und weißgekleidete Mädchen in Begleitung des Diözesanbischofs von Münster, Graf Clemens August v. Gahlen, in die Kirche ein.

Ein halbes Jahr danach versuchte die Parteileitung durch einen Trick die Fronleichnamsprozession zu vereiteln. Sie veranstaltete vom Dreifaltigkeitssonntag bis zum zweiten Sonntag nach Pfingsten eine Duisburger Heimatwoche und belegte die öffentlichen Plätze, u. a. den Hof der Salvatorkirche mit Vergnügungsständen. Die Prozession wurde eine Woche später durchgeführt und hatte ein besonders großes Gefolge⁶⁷.

1.23 Flugblattaktion eines Kaplans aus Mündelheim

Über einen weiteren Vorfall berichten die Gestapoakten aus dem Frühjahr 1938. Wenige Tage nach dem Pfingstsonntag wurden mehrere Exemplare eines vervielfältigten Rundschreibens entdeckt. Hierin hatte der damals 27-jährige Kaplan Josef Gail die katholische Jugend von Duisburg-Mündelheim aufgefordert, sich durch Teilnahme an den Messfeiern des Dreifaltigkeitssonntags⁶⁸ mit allen katholischen Jugendlichen in Deutschland im Bekenntnis zum christlichen Glauben solidarisch zu erklären. Das geforderte Bekenntnis enthielt eine Aufforderung zum Widerstand gegen die ideologische Zwangsjacke des Nationalsozialismus⁶⁹. Die Gestapo fand „Belastungszeugen“

Nach einem kurzen Gebet vor dem festlich geschmückten Hochaltar wurden dem Bischof die liturgischen Gewänder angelegt, danach zelebrierte der Jubilar unter Assistenz früherer Kapläne von St. Joseph, des Probstes Oehmen, und des Pfarrer Kühnen, und unter Pontifikal-Assistenz des Bischofs das levitierte Hochamt, zu dem der Kirchendor unter Leitung seines Dirigenten Alfred Steffen die „Missa Majestas Domini“ von Karl Kraft zum erstenmal vortrug. Nach dem Evangelium verließ der Bischof seinen Thron und bestieg die Kanzel zu einer Ansprache, der er das Wort: „Lasset uns Dank sagen dem Herrn, unserem Gott“ zugrunde legte. Der Priester sei aus den Menschen genommen und für die Menschen bestellt, um sie zu Gott zu führen. 50 Jahre sei Prälat Cüppers nun Seelsorger, Lehrer und Führer in der katholischen Kirche gewesen und er danke ihm für seine segensreiche Arbeit. Nach Beendigung des Hochamtes sang der Chor das „Te Deum“ von Kraft und zum Segen das „Tantum ergo“ von Bruckner. In feierlichem Zuge wurde der Jubilar dann wieder zum Pfarrhause zurückgeleitet.

⁶⁷ Ein Chronist der Liebfrauenkirche hat das ihm wichtig erscheinende Ereignis in ungelenk vorsichtiger Formulierung festgehalten. In der handschriftlichen Aufzeichnung ist berichtet: „Die Fronleichnamsprozession wurde in diesem Jahr wegen der Heimatwoche mit den Vergnügungsplätzen auf dem Slavatorkirchhof und alten Markt vom Dreifaltigkeitsfeste bis zum zweiten Sonntag nach Pfingsten auf den dritten Sonntag verlegt. Am Abend vorher war von der Polizei die Befolgung der polizeilichen Vorschriften der Beflaggung und Ausschmückung der Straßen und Plätze festgestellt. Am Morgen der Prozession wurde aber dem Pastor vom Vertreter der Geheimen Staatspolizei und einem Polizeihauptmann eröffnet, daß die Beflaggung des Platzes vor dem Turm und des Altares auf dem Burgplatz unerlaubt sei und daher sofort entfernt werden müsse. So standen nur die kahlen Masten. Auch in den Straßen fehlte jeglicher Flaggenschmuck, da die Beflaggung mit kirchlichen Fahnen verboten war, nur wenige Häuser waren bekränzt, auch die Hauptaltären waren weniger zahlreich als sonst. Dafür aber war die Beteiligung, besonders der Männerwelt und der Verlauf der Prozession in allen Teilen um so schöner...“

Archiv der Stadt Duisburg, Chronik der Pfarrergemeinde Liebfrauen-Duisburg II. Teil 1802—1964, Blatt 301 c (Sicherungsfilm Nr. 2093).

⁶⁸ Der von den Bischöfen zum Bekenntnistag der Jugend erklärt worden war.

⁶⁹ Es hieß dort: „... ein Bekenntnis sollst Du in Gemeinschaft mit der gesamten katholischen deutschen Jugend ablegen... Denke nicht, daß das so einfach sei! Heute ein Bekenntnis... ist eine Sache, die den Mut und die Kraft eines ganzen jungen Menschen verlangt... es bringt Zurücksetzung und Benachteiligung im öffentlichen Leben, Spott und Hohn von

bzw. „Entlastungszeugen“, um gegen den Kaplan einen politischen Prozeß inszenieren zu können⁷⁰.

Der mit dem Vorverfahren gegen den Kaplan beauftragte Duisburger Staatsanwalt erhielt folgende Mitteilung als Richtlinie:

„Die katholische Geistlichkeit benutzt jede Gelegenheit, um gegen den Staat und seine Einrichtungen zu hetzen. Dabei werden in verleumderischster Weise Unwahrheiten verbreitet und Tatsachen verdreht, die dann in Form völlig haltloser Gerüchte Mißtrauen und Unwillen in der Bevölkerung hervorrufen sollen. Hierbei bedient sich die katholische Geistlichkeit jeder Mittel und versucht, namentlich die Jugendlichen in Gewissenskonflikte zu bringen, um diese somit dem Ideengut des Nationalsozialismus zu entfremden. Ein typisches Beispiel hierfür ist die der Anzeige beigelegte Flugschrift des Kaplans Gail. Der Inhalt der Schrift ist in erheblichem Maße geeignet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung stark zu gefährden und stellt eine Herausforderung des Staates dar.

Vom staatspolizeilichen Standpunkt aus erscheint es dringend geboten, gegen den Kaplan Gail, als dem Verfasser der Flugschrift, ganz exemplarisch vorzugehen, um der katholischen Geistlichkeit eindeutig zu zeigen, daß eine derart staatsgefährliche und heimtückische Hetze nicht geduldet wird.“

Ein Jahr später, am 12. Oktober 1939, wurde die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht in Düsseldorf wegen tatbestandsmäßiger Erfüllung des „Heimtückeparagraphen“ eröffnet. Sie endete überraschend mit einem Beschluß zur Einstellung des Verfahrens. Ein unbekannt gebliebener „politischer Hoheitsträger“⁷² hatte sich für den jungen Duisburger Geistlichen eingesetzt, worauf der Staatsanwalt die Sache so behandelte, daß sie in den Rahmen des „Führererlasses über Straffreisetzung“ vom 9. September 1939 paßte⁷³. Die Nationalsozialisten waren bei Ausbruch des Krieges darauf bedacht, alles zu vermeiden, was auf die Stimmung der katholischen Bevölkerung in den dichtbesiedelten Gebieten des Westens negativ zurückwirken konnte.

sogenannten Kameraden, die sich als ‚Helden‘ fühlen, wenn sie über den Glauben und seine Forderungen lachen...“

Gesamttext des Flugblattes in HD-Gestapo 15 065, Blatt 9.

⁷⁰ Einer von drei ähnlichen Berichten in den hinterlassenen Akten des Staatspolizei-Archivs lautete:

„Das Rundschreiben des Kaplans Gail hat auf mich empörend gewirkt:

1. weil es in offener und versteckter Form Angriffe gegen den Staat enthält, die man heute gar nicht mehr für möglich halten sollte, die zudem das Kirchenvolk beunruhigen und gemeinschaftszerstörend wirken;
2. weil Tatsachen glatt verdreht werden: in Mündelheim wird derjenige, der nicht in die Kirche geht bzw. seinen Austritt erklärt, von einer sehr starken ‚schwarzen Clique‘ gesellschaftlich und wirtschaftlich boykottiert und keineswegs umgekehrt;
3. weil das Schreiben nur den einen Zweck verfolgen konnte, Unruhe, Zweifel und Unfrieden zu säen — auf Kosten des Nationalsozialismus.

Mündelheim, den 6. 7. 1938

HD-Gestapo 15 065, Blatt 20; vgl. auch Blatt 18 und 19 R.

⁷¹ a. a. O., Blatt 36.

⁷² a. a. O., Blatt 37.

⁷³ a. a. O., Blatt 37.

gez. J. . . St. . .“

Und man hatte inzwischen ein neues Mittel, um unbequeme Geistliche auszuschalten – sie wurden zur Wehrmacht eingezogen⁷⁴.

1.24 Verbreitung des Hirtenbriefes der Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1938 in Duisburg

Der Hirtenbrief konstatierte, daß deutsche und österreichische Katholiken gleichermaßen zum weltanschaulichen Kampf gezwungen seien, da das Ziel erkennbar sei: „die Zerstörung der katholischen Kirche innerhalb unseres Volkes . . . , die Ausrottung des Christentums überhaupt“. Er enthielt lange Ausführungen über den Abwehrkampf der Kirche gegen den atheistischen Bolschewismus, verknüpfte die Tatsache mit der Feststellung, daß gerade aus diesem Grunde der Kampf (des wörtlich nicht genannten Nationalsozialismus) gegen den Katholizismus letztlich nicht begreifbar sei. Er forderte die Katholiken auf, mit bekennendem Mut im Glauben fest zu bleiben und beschwor die Gegner, von der Christenverfolgung abzulassen⁷⁵.

Der Hirtenbrief fand reißenden Absatz in Duisburg. Die Gestapo hingegen erkannte, daß durch eine Polizeiaktion die verdichtete Atmosphäre zur Explosion gebracht werden konnte und unterließ jeglichen Eingriff. Ihr Verhalten ist in den beiden folgenden Dokumenten festgehalten.

Vertraulich

Duisburg, den 27. August 1938

TELEFONISCHE Mitteilung.

Stapo Düsseldorf – Grebe – teilt um 10.40 Uhr fernmündlich folgendes mit:
An die Außendienststellen.

Betrifft: Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz.

Am Sonntag, dem 28. 8. 1938, soll von allen Kanzeln der kath. Kirchen ein Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz verlesen werden, dessen Inhalt in höchstem Maße staatsfeindlich ist. Gegen die Verlesung in den Kirchen selbst ist nicht einzuschreiten. Ich ersuche jedoch, jegliche Verbreitung des Hirtenbriefes außerhalb der Kirchen durch Beschlagnahme und Einziehung zu unterbinden, Vervielfältigungsapparate und Schreibmaschinen, die etwa zur Vervielfältigung des Hirtenbriefes benutzt worden sind, sind sicherzustellen.

Erfolgs- und Stimmungsberichte sind erstmalig bis zum 30. 8. 1938 — früh 9 Uhr — hier vorzulegen, evtl. fernmündlich voraus. Abschließender Bericht muß bis zum 6. 9. 38, genau, hier vorliegen. Die Sache ist vertraulich zu behandeln.

Zusatz für die Außendienststellen:

Alle Maßnahmen sind im Einvernehmen mit den örtlichen SD-Dienststellen zu

⁷⁴ Vgl. HD-Gestapo 38 532, 4942; s. auch Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Fischer Bücherei, Nr. 198 (Ausgabe 1964), S. 48.

⁷⁵ „... Ist man wirklich so benommen und geblendet, daß man sich eine gänzliche Auslöschung der christlichen Sonne im deutschen Volke durch Diktate und Machtmittel in Bälde verspricht? Das kann nur einem Törichten in den Sinn kommen, der weder die Geschichte des Christentums (kennt)... noch den Urdrang des Menschen nach letzter Wahrheit und innerem Frieden kennt... ist Deutschland etwa vor den apokalyptischen Reitern gesichert? ...“

Gesamttext im Original Diözesanen-Archiv Trier, III 2, 53.

treffen. Sofern mit Sicherheit feststeht, daß Einzel Exemplare oder größere Bestände des Hirtenbriefes in den Wohnungen von Geistlichen usw. aufbewahrt werden, sind sie daselbst unter Beachtung der notwendigen Formen zu beschlagnehmen.

Gestapo Düsseldorf
— II B 1/80, 10/27. 8. 38

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf
Außendienststelle Duisburg
B-Nr. II B/3997/38.

Duisburg, den 8. September 1938

H.

1. Schreiben: An Stapostelle in *Düsseldorf*.
Betrifft: Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz.
Bezug: Dort. fernmündl. Mitteilung vom 27.8.38 – II B/80, 10/27.8.38 –
Anlagen: – 3 –

Der Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz wurde am Sonntag, dem 28.8.38, in sämtlichen katholischen Kirchen des hiesigen Bezirks von der Kanzel verlesen. Die Kirchen waren durchweg stark besucht. Auffallenderweise wurde der Brief in sehr schneller und undeutlicher Sprache zur Verlesung gebracht, so daß es den meisten Kirchenbesuchern nicht möglich war, den Inhalt restlos zu verstehen. Nach Schluß der Kirche wurde der Hirtenbrief vereinzelt besprochen, und zwar indem sich einzelne Gruppen auf der Straße bildeten und darüber diskutierten. Zu erregten Auseinandersetzungen ist es jedoch nirgends gekommen. Allgemein kann gesagt werden, daß der Hirtenbrief von der Bevölkerung mit ruhigem Interesse aufgenommen wurde.

Am Sonntag, dem 4. 9. 38, wurde in allen katholischen Kirchen eine Verordnung des Bischofs von Münster zur Verlesung gebracht, die sich mit dem Caritassonntag am 11. 9. 38 befaßte. Die Katholiken wurden aufgefordert, am kommenden Sonntag reichlich zu opfern und Geldspenden in der Kirche zu geben, zumal es der Kirche nicht erlaubt sei, wie in früheren Jahren, eine öffentliche Caritassammlung zu veranstalten. Anschließend an die Verlesung der bischöflichen Verordnung wurde dann bekanntgegeben, daß der Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz gegen ein Opfer von 0,10 RM gedruckt in allen Kirchen zu erhalten sei. Nach Schluß des Gottesdienstes wurde dann der Hirtenbrief *in den Kirchen* in großen Mengen verkauft. Die Exemplare fanden reißenden Absatz, und nach kurzer Zeit waren die umfangreichen Vorräte ausverkauft. Zu irgendwelchen Zwischenfällen bzw. erregten Debatten ist es auch hierbei nicht gekommen.

Gegen den Verkauf des Hirtenbriefes konnte nicht eingeschritten werden, da er, wie bereits erwähnt, innerhalb der Kirche stattfand. . .“

1.3 Die katholische Opposition während des Krieges

1.31 Das Bernardus-Stift wird zur staatsgefährdenden Einrichtung erklärt und geschlossen

Nach dem großen Einwanderungsschub katholischer Hafen- und Industriearbeiter in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Meidericher Pfarrgemeinde St. Michael mit den Filialen St. Matthias und St. Bernardus entstanden⁷⁶. Die Gemeinde wurde ein aktives Zentrum der katholischen Arbeiterbewegung⁷⁷. Zu ihm gehörte auch das St.-Bernardus-Stift, das als Waisenhaus und Kinderhort vorbildliche Sozial- und Bildungsarbeit leistete.

Der letzte Leiter des Stiftes, Pfarrer Josef Gartz, war wegen seiner NS-feindlichen Einstellung bekannt⁷⁸. Das Stift schien daher ein geeignetes Objekt, mit dessen Hilfe der katholischen Opposition ein warnender Denkmittel gegeben werden konnte. Die Parteileitung quartierte zunächst im Spätsommer 1939 eine Gruppe sudetendeutscher „Gast“-Arbeiterinnen ein und veranlaßte, daß eine entsprechende Anzahl von Waisenkindern – wegen des „entstandenen“ Platzmangels in die Obhut der NSV übergang⁷⁹. Die Gestapo suchte noch nach einem weiteren Vorwand, um das Stift gänzlich auflösen zu können und fand ihn. In der überlieferten Chronik der Pfarrgemeinde Liebfrauen ist dazu vermerkt:

„Die nächste Veranlassung der Räumung ist eine unvorsichtige Bemerkung einer Schwester gewesen.“ Ein anderer Schreiber hatte den Schlußpunkt der Eintragung durch ein Komma ersetzt und mit kleinerer Handschrift hinzugefügt: „daß Auslandsender nicht gehört werden dürfen, weil dort die Wahrheit gesagt wird“⁸⁰.

Das Auflösungsdekret hatte folgenden Wortlaut:

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
B-Ar. II. B i/80.10/Hegenkötter
Düsseldorf, den 21. Oktober 1939
Prinz Georgstr. 98

An den
Vorsitzenden des St. Bernardus Stiftes
Herrn Pfarrer Josef Gartz
in Duisburg
Niederstr. 45

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 (RG Bl. I S. 83) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über

⁷⁶ Walter Ring, Geschichte der Stadt Duisburg, 2. Aufl., S. 459.

⁷⁷ Vgl. Festschrift „Zum Jubelfest anlässlich der 100-Jahr-Feier der katholischen Arbeiterbewegung St. Michael-Meiderich, 20. 10. 1957“, Archiv der Stadt Duisburg, S. 334 (C 284).

⁷⁸ Er war u. a. dadurch aufgefallen, daß er im November 193? während eines Gottesdienstes in Buderich Kr. Moers eine Predigt des Bischofs Galen verlesen hatte, die eine der gefürchteten Polemiken Galens enthielt. Vgl. HD-Gestapo 42 400.

⁷⁹ Auch hierzu aufschlußreich die nüchternen Angaben der Liebfrauen-Chronik (a. a. O., Blatt 300, 302), in der zwischen den Zeilen das von der Partei verfolgte Ziel herauszulesen ist.

⁸⁰ Vgl. a. a. O., Blatt 306. Faksimile im Anhang.

die Geheime Staatspolizei vom 10. 2. 1936 (Preuss. Gesetzessammlung 1936, S. 21) schließe ich hiermit das „St. Bernardus-Stift“ in Duisburg, Niederstr. 45, mit sofortiger Wirkung. Jede Tätigkeit, die den Versuch der Fortführung des St. Bernardus-Stiftes“ darstellt, wird hiermit unter Hinweis auf die Strafbestimmung des § 4 der Verordnung vom 28. 2. 1933 untersagt.

Gründe: Es ist hier festgestellt worden, daß die der Fürsorge des St. Bernardus-Stiftes anvertrauten Kinder im staatsabträglichen Sinne beeinflusst werden und eine Erziehung im Interesse des Staates nicht gewährleistet ist. Die Schließung des Stiftes ist daher geboten.

L.S. gez. Unterschrift⁸¹

1.32 Duisburger Geistliche ignorieren Siegesmeldungen. Warnungen vor Brechung des Völkerrechts. Verkündigungen im Geiste der Bergpredigt

Die Quellen geben über die Einstellung der Duisburger Katholiken zum Kriegsausbruch wenig Aufschlüsse. Es ist nur bekannt, daß in den Kirchen ein Gemeinschaftsgebet gesprochen wurde, das mit einer Fürbitte um „Sicherheit des Friedens in Gerechtigkeit und Freiheit . . . für alle Völker“ schloß⁸².

Die ersten Akten der Gestapo über oppositionelle Regungen während des Krieges datieren vom Sommer 1940. Zu dieser Zeit wurde der Religionslehrer Reinhold Friedrichs in Recklinghausen verhaftet. Er hatte kurz vorher in einer Jugendpredigt in der Herz-Jesu-Kirche von Hamborn-Neumühl u. a. öffentlich verkündet: „. . . Heute nennt man sich nicht mehr Antisemit, heute sagt man dazu gottgläubig. Es ist aber dasselbe. Mit diesen Menschen wird man aber nie einen Staat aufbauen können . . .“⁸³ Daß solche Äußerungen in Duisburg und Hamborn nicht ohne Resonanz blieben, zeigte sich im darauffolgenden Jahr, als die Predigten des Bischofs Galen gegen die Klösterschließungen, Euthanasie- und Sterilisationsverbrechen bekannt wurden. Die Texte, die auf unbekannt gebliebenen Wegen nach Duisburg gelangt waren, wurden rasch vervielfältigt und in großer Zahl verbreitet, nicht nur von Geistlichen, sondern ebenso von Kirchenbesuchern, die aus eigener Initiative für weitere Abschriften sorgten⁸⁴.

Die aufsehenerregenden Predigten des Bischofs von Münster führten, verstärkt durch ähnliche Proteste des Münchener Kardinals Faulhaber, zu einem bemerkenswerten Erfolg. Die berüchtigten Euthanasieverfahren, die auch zur Beseitigung politischer Gegner auf schändlichste Weise angewendet worden waren⁸⁵, wurden durch einen zurückdatierten „Führererlaß“ vorübergehend eingestellt⁸⁶.

Die ursprüngliche Einstellung des Bischofs zum Krieg selbst ist indessen nicht eindeu-

⁸¹ Abschrift, a. a. O., Blatt 306—307.

⁸² „Gebet für die Kriegszeit nach der hl. Messe und an Stelle des Allgemeinen Gebetes“, Orig. Text in „Chronik der Pfarrgemeinde Liebfrauen“, Blatt 305 a.

⁸³ Offenbar war hier auf die Judenverfolgung Bezug genommen. In einer weiteren Passage der von einer SD-Agentin mitstenographierten Predigt fanden sich außerdem heftige Angriffe gegen das Sterilisationsgesetz. Vgl. HD-Gestapo 22 250 (Reinhold Friedrichs), Blatt 15.

⁸⁴ HD-Gestapo 1112, 12 552, 18 583, 22 487, u. a. wurde von der Gestapo ein 18jähriger Primaner, der HJ-Mitglied war, als Vervielfältiger ermittelt.
HD-Gestapo 29 844.

⁸⁵ Vgl. hierzu Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland, Veröffentlichungen der histo-

tig. Es ist bekannt, daß der geistliche Graf, obwohl er aus moralisch-ethischer Grundhaltung ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus war, gegen Hitlers erste Feldzüge keine Stellung bezogen hat⁸⁷. In der vitalen Persönlichkeit lassen sich andererseits Stadien eines Gesinnungswandels erkennen, die zu einer permanenten Opposition gegen das Regime führten⁸⁸. Ob aber die zunehmend stärker werdende Opposition des Bischofs eine spürbare Rückwirkung auf den Klerus und die katholische Bevölkerung in Duisburg und im Stadtteil Hamborn hatte, kann an Hand der Quellen nicht exakt beantwortet werden. Es hat eher den Anschein, daß ein Kern des von der industriellen Entwicklung geprägten katholischen Bevölkerungsteils in Duisburg-Hamborn sich zwar für jede gegen das Regime gerichtete Äußerung des Bischofs interessierte, im übrigen aber eine eigenständige Opposition hervorgebracht hat. Sie äußerte sich wie dargestellt schon früh in spontanen Protesten von einzelnen Pfarrern und Kaplänen, die einen bemerkenswerten Widerhall vor allem bei der katholischen Jugend fanden. Es gibt auch Zeugnisse einer grundsätzlichen Ablehnung des Krieges, die keinen Zusammenhang mit Äußerungen des Bischofs von Münster erkennen lassen. Spontaneität war schon bei der Annektion der Tschechoslowakei im „Flaggenprotest“ des Prälaten Cüppers zu sehen gewesen.

Als Hitler am 15. März 1939 vom tschechischen Staatspräsidenten Hacha jene Erklärung erpreßte, derzufolge Hacha als Ministerpräsident „das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers“ legte⁸⁹ und am folgenden Tag im ganzen Reich Beflaggung angeordnet wurde, fehlten in Duisburg die Flaggen vor der Josefskirche und der Wohnung des Prälaten Cüppers. Cüppers ließ sich nirgendwo blicken. Er war angeblich verreist⁹⁰. Der Prälat hatte auf seine Weise den Duisburgern zu verstehen gegeben, wie er Hitlers „Schutzaktion für die slowakische Minderheit“ beurteilte.

Cüppers gab nach der „Rückkehr“ von seiner angeblichen Reise den ihn bereits erwartenden Gestapobeamteten an, von dem Beflaggungsbefehl nichts gewußt zu haben. Das Gegenteil war nicht zu beweisen. Der Gestapoakte 34564 zu „Cüppers, Clemens, Prälat, Duisburg“ wurde daraufhin vorerst ein weiterer Vermerk zugefügt, mit dem der Prälat einer Verhaftung näherrückte. Sie erfolgte nicht mehr. Prälat Cüppers verstarb 1941.

Ein Fall, der noch größeres Aufsehen erregte, ereignete sich im Mai 1941. Damals fiel der Gestapo ein Rundschreiben an das „Männerapostulat von Duisburg-Wanheimerort“ in die Hände, in dem unmißverständlich der Angriffskrieg verurteilt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Erinnerung gebracht wurde. Die entscheidende Stelle des Rundbriefes stand unter der unauffälligen Überschrift „Etwas vom Bauerndorf“ und hatte folgenden Inhalt:

rischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut Bd. 11, Berlin 1965, S. 222 ff.

⁸⁶ Reinhard Henkys, Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Stuttgart und Berlin 1964, S. 64 f., 372 f.

⁸⁷ Gerhard Binder, Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, München 1968, S. 236 f.

⁸⁸ Gerhard Binder, a. a. O., ferner Heinrich Portmann, Kardinal von Galen (Biogr.), Münster i. W. 1953, insbes. S. 190 ff. Ders. (Hrsg.), Bischof von Galen spricht: Ein apostolischer Kampf und sein Widerhall (Kath. Reihe H. 3), Freiburg 1946.

⁸⁹ Vgl. Thilo Vogelsang, Die nationalsozialistische Zeit. — Deutsche Geschichte, Ereignisse und Probleme, hrsgg. von Walther Hubatsch, Ullstein-Buch Nr. 3847, Frankfurt/M. 1968, S. 102 f., 109, 120 ff.

⁹⁰ Vgl. HD-Gestapo 12 771, Blatt 301, 341.

„... Täglich kommen Sondermeldungen, die Siegesnachrichten unserer Truppen aus aller Welt bringen. Man kann nur staunen über solche Leistungen. Ob Hochgebirge und Engpässe, ob Weltmeere und Lufträume, überall geht es vorwärts. Unser Beten und Kämpfen geht um Frieden. Denn der moderne Krieg ist schrecklich. Wenn wir auch von Gefallenen nichts hören, so werden es doch nicht wenige sein. Eine Frage legt sich uns immer wieder vor. Der Papst hat sie in seiner Weihnachtsansprache dahin beantwortet: „Die kleinen Völker haben ein Recht auf staatliche Selbständigkeit wie die großen.“ Ich muß da immer an das Bauerndorf denken, wo größere und kleinere, selbständige Bauern nachbarlich zusammenwohnen. Der kleine ist genau so gut Eigentümer wie der große. Der Große kann ihm nicht vorschreiben, was für Ansichten er haben, wie er wirtschaften, was für besondere Nachbarbeziehungen er pflegen soll. Wesentlich ist, daß beide Bauern ordentliche Leute sind, dann werden sie gut miteinander auskommen und sich nachbarlich helfen. Wenn sie sich aber aus irgend einem Grunde nicht verstehen, dann mag das bedauerlich und auch nachteilig sein. Aber es gibt ein Recht, ein unantastbares, das der Eine wie der Andere beachten muß. Und so leben sie schließlich friedlich nebeneinander. Sie sind ja selbständig. Wenn aber der Stärkere das Recht des Schwächeren beiseite setzt, dann entsteht schreiendes Unrecht und auch der Erfolg hebt das Unrecht nicht auf. Und selbst wenn er sagt, ich habe eine 12köpfige Familie und Du nur eine von acht und die 20 Morgen haben vor 80 Jahren zu unserem Hof gehört, darum nehme ich sie mir. So etwas gibt es nicht. Die Bauern kennen ein Recht, sie wissen, ohne Recht ist ewiger Krieg...“⁹¹

Als Verfasser des Rundbriefes ermittelte der SD den Kaplan Heinrich Oenning, der früher schon unter dem Verdacht stand, in Wanheimerort eine Jugendgruppe des Bundes Neudeutschland heimlich wiederaufgebaut zu haben⁹². Kaplan Oenning kam ins Konzentrationslager Dachau. Während seiner dortigen Unterbringung **verurteilte** ihn das Sondergericht Düsseldorf zu 8 Monaten Gefängnis⁹³. Er wurde daraufhin aus Dachau entlassen und sofort zur Wehrmacht eingezogen⁹⁴.

1.33 Im Höhepunkt der Siege Gedanken über den Tod. Der Mölders-Brief

Im Februar 1942 kursierten in Duisburg Abschriften eines Briefes des Jagdfliegers Oberst Werner Mölders, der im November 1941 beim Absturz einer Kuriermaschine tödlich verunglückt war. Der „an den Probst von Stettin“ gerichtete Brief des berühmten Fliegers erregte großes Aufsehen. Kaum etwas entsprach darin dem von der Propaganda aufgebauten Bild eines Helden der Nation. Mölders bekannte sich als gläubiger Katholik und äußerte seine Ablehnung gegenüber jenen, die dem Sieg eine höhere Bedeutung einzuräumen versuchten als Sterben und Tod.

Wie der Brief nach Duisburg gekommen war, konnte nicht geklärt werden. Die Gestapo bemerkte nur, daß er an mehreren Stellen der Stadt von Katholiken vervielfältigt und verbreitet wurde. Sofort lief eine große Fahndungsaktion nach den Duplika-

⁹¹ HD-Gestapo 4942, Blatt 62.

⁹² Vgl. a. a. O., Blatt 15, 29, 46 f. Angeblich wurde ein ähnlicher Versuch nochmals ein Jahr später von einem Kaplan in Neudorf gemacht. Vgl. HD-Gestapo 26 960.

⁹³ Aktz. 19 KMs 77/41, Sondergericht Düsseldorf, Abschrift in Akte HD-Gestapo 4942.

⁹⁴ HD-Gestapo 4942, Blatt 19, 119.

ten und ihren Herstellern an⁹⁵, während die Presse den Brief als „üble Fälschung“ entlarvte. Für die Nennung der Verfasser wurde eine Belohnung von 100 000 RM ausgesetzt. Die Weiterverbreitung war mit Konzentrationslager bedroht⁹⁶.

Dieser auch in anderen Teilen des Reiches gesichtete „Mölders-Brief“⁹⁷ war das letzte Zeichen der katholischen Opposition in Duisburg. Nach seiner Entdeckung trat der Wendepunkt des Krieges ein. Duisburg war bald den ersten heftigen Luftangriffen ausgesetzt. Die Bevölkerung konzentrierte sich, abgesehen von der kleinen aktiven Gruppe, die im Abschnitt über den kommunistischen Widerstand erwähnt wurde, jetzt nur noch auf die Wahrnehmung von Überlebenschancen.

1.4 Letzte Zeichen der Zeit

In der Phase des Zusammenbruchs schlug der NS-Staat noch einmal auch auf seine katholischen Gegner in Duisburg zurück. Nach dem mißlungenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurden die wenigen noch in der Stadt lebenden früheren Abgeordneten der Zentrumspartei im Rahmen der „Aktion Gewitter“ verhaftet und ihre Wohnungen von der Geheimen Staatspolizei nach eventuell belastendem Material durchsucht⁹⁸. An jenem Tag, an dem die Aktion ablief, war der ehemalige Sekretär der Zentrumspartei, Gottfried Könzgen, im Stadtgebiet nicht aufzufinden. Er war nach einem kurz zuvor auf Duisburg niedergegangenen Bombenangriff zu seiner auf

⁹⁵ Aufschlußreich über Verbreitung in Duisburg insbes. die Vorgänge über die Verhaftung des geistl. Studienrats Dr. Gustav Waters. HD-Gestapo 31 432, 36 687; s. auch HD-Gestapo 16 541.

⁹⁶ Die offiziellen Pressemitteilungen hatten u. a. folgenden Wortlaut:

„Ein gefälschter Mölders-Brief. — Niederträchtige Schändung der Ehre eines toten Helden. X Berlin, 12. 3. Nach dem Tod des Obersten Mölders wurde in verschiedenen Teilen des Reiches ein Brief verbreitet, den der Fliegerheld angeblich kurz vor seinem Tode an den katholischen Probst in Stettin gerichtet haben soll. Der Inhalt des Briefes ließ sofort erkennen, daß eine üble Fälschung vorlag. Inzwischen hat der Probst von Stettin als angeblicher Empfänger des Briefes eindeutig festgestellt, er habe Oberst Mölders nicht gekannt, habe auch nie einen Brief von ihm erhalten. Der katholische Feldbischof der Wehrmacht gab in Nr. 1 seines Verordnungsblattes vom 10. 1. 1942 zum sogenannten Mölders-Brief bekannt:

„Einwandfreie Feststellungen haben ergeben, daß es sich hierbei um eine grobe Fälschung handelt. Wenn daher dieser Brief irgendwo auftaucht, ist seine Verbreitung zu unterbinden.“

Durch die Geheime Staatspolizei sind inzwischen bereits einige Personen, die den sogenannten Mölders-Brief verbreiteten, obwohl die Tatsache der Fälschung bekannt war, in ein Konzentrationslager eingeliefert worden. Die Fahndungen nach den Fälschern des Briefes laufen weiter. Für die Aufklärungen, die zur Festnahme der Schuldigen führen können, wurde der Preis von 100 000 RM ausgesetzt.“

„Nationalzeitung“, Ausgabe B, Duisburg, vom 13. 3. 1942.

Den Wortlaut des Briefes vgl. Faksimile im Anhang.

⁹⁷ Vgl. hierzu Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939—1945, herausgegeben von Heinz Boberach, Neuwied und Berlin 1965, S. 233 f.

⁹⁸ Auskunft des ehemaligen Stadtverordneten Herrn Bernhard Kaes an den Verfasser. Zur „Aktion Gewitter“ vgl. HD-Gestapo 68 416.

dem Lande lebenden Tochter gefahren⁹⁹. Der Gestapo genügte seine Abwesenheit von Duisburg als Indiz für die Zugehörigkeit zum Verschwörerkreis. Könzgen wurde vom Verfolgungskommando wenige Tage später aufgespürt und ins Konzentrationslager gebracht, zunächst nach Sachsenhausen. Welche Leidensstationen der ehemalige Stadtverordnete und Zentrumssekretär durchgestanden hat, ist ungewiß. Sein letzter Aufenthaltsort war das berüchtigte Konzentrationslager Mauthausen in Österreich. Gottfried Könzgen überstand die Torturen nicht. Als KZ-Häftling fand er den Tod¹⁰⁰.

Als die Niederschrift der ermittelten Vorgänge bereits zum Druck ging, erhielt das Stadtarchiv Duisburg ein Aktenstück, das von einer Privatperson bei einer Trümmerräumaktion nach Kriegsende gefunden wurde und 27 Jahre unversehrt überstanden hat: Es sind Berichte des Kreisleiters Loch an die Gauleitung z. Hd. des stellvertretenden Gauleiters Schlessmann in Essen vom Januar 1939 bis zum April 1941¹⁰¹. Sie befassen sich fast ausschließlich mit den katholischen Geistlichen von Duisburg und Hamborn. Die mit Datum vom 4. und 5. April 1941 versehenen Blätter enthalten 37 kurze politische Zertifikate, die mit Ausnahme von wenigen, politische Neutralität attestierenden Beurteilungen im ungekürzten Wortlaut hier als dokumentarische Ergänzung nachgetragen werden.

Die unter „Betreff [NN]“ abgegebenen Meldungen hatten folgende Begleittexte:¹⁰²

Dechant Küppers ist als offener Gegner des heutigen Staates und der NSDAP allgemein bekannt. Am 31. 3. 1941 wurde er pensioniert. Bis zur Bestellung eines neuen Dechanten ist er mit der Führung des Dekanats beauftragt. (3)

Pfarrer Limberg ist ein versteckter Gegner des heutigen Staates. Er ist vor einem Jahr wegen Nichthissung der Reichsflagge mit einer Geldstrafe bestraft worden. Z. Zt. läuft gegen ihn ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Verfügung betreffs Kirchbeginn nach vorhergegangenem Fliegeralarm. (4)

Pfarrer Tentrup ist ein offener Gegner des nationalsozialistischen Staates. Pfarrer Tentrup stellte bei Kriegsbeginn Flugzettel her, in denen er den Polenfeldzug als den Auftakt zu einem Weltkrieg in gehässiger Weise bezeichnete. T. ist ein hinreißender, die Kirchenbesucher begeisternder Redner. Aus seinen Predigten ist deutlich der Haß gegen die nationalsozialistische Weltanschauung zu hören. Der Genannte hat auch gegen die Verfügung betreffs Kirchbeginn nach vorhergegangenem Fliegeralarm verstoßen. Pfarrer Tentrup ist einer von denen, die den heutigen Staat schon wegen des rassenpolitischen Standpunktes ablehnen. (5)

Pfarrer Blomert ist vor ca. 8 Tagen von Duisburg versetzt worden. B. kann als versteckter Gegner des heutigen Staates bezeichnet werden. Anlässlich der Sammlung für die Jugendherbergen im vergangenen Jahre lehnte B. die Zeichnung für

⁹⁹ So die Darstellung von Herrn Bernhard Kaes.

¹⁰⁰ Vgl. AfW-Duisburg Akte ZK 4724 a. Die Vermutung von Günther Weisenborn (Der lautlose Aufstand, a. a. O., S. 75), Könzgen sei bei einem Schiffstransport von KZ-Häftlingen ums Leben gekommen, hat sich nach Auskunft des Sohnes Edmund Könzgen an den Verf. später als ein Irrtum erwiesen. Gottfried Könzgen ist nach Recherchen des Schweizerischen Roten Kreuzes am 15. 3. 1945 im Konzentrationslager Mauthausen aus dem Leben geschieden.

¹⁰¹ Vgl. Stadtarchiv Duisburg, Bestand: 53, Nr. 41.

¹⁰² Die in Klammern angegebenen Zahlen bezeichnen die Blattnummern der Akte.

diese Sammlung ab mit dem Bemerkten: Da die Partei die Jugend der Kirche entführt, sei es wohl seine erste Pflicht, für diese zu zeichnen. (6)

Pfarrer Schlieker ist ein versteckter Gegner des heutigen Staates. Bereits im Jahre 1936 wurde er wegen eines von ihm verfaßten und im Kirchenblatt veröffentlichten Artikels staatspolizeilich verwarnt. (7)

Thielen ist Mitglied der NSV und des RLB. Er beteiligt sich an der Eintopfspende. Nach außen hin erscheint Thielen dem politischen Zeitgeschehen gegenüber zurückhaltend. In Wirklichkeit ist er ein aalglatter Gegner. Sein Werkzeug ist der Pfarrer Niggemann. (8)

Schepers kann als versteckter Gegner des heutigen Staates bezeichnet werden. Mitglied der NSV ist er nicht. Seine Beteiligung an den Sammlungen und Spenden ist äußerst schlecht und keinesfalls seinem Einkommen entsprechend. Sch. zählt zu den führenden Personen im Dekanat und steht vollkommen unter dem Einfluß des Dechananten Küppers. (9a)

Pfarrer Schwering ist ein versteckter Gegner des heutigen Staates. Sch., der seine gegnerische Einstellung nicht offen kundtut, bekämpft jedoch in gewissen Kreisen die Rassenlehre der NSDAP und versucht, diese durch kirchliche Argumente zu widerlegen. (10)

Hecke ist als Gegner des heutigen Staates bisher nicht in Erscheinung getreten. (15)

Kaplan van Husen kann als offener Gegner des heutigen Staates bezeichnet werden. Van Husen hat in einer seiner Predigten geäußert: „Eine Arbeitslagerführerin hat erklärt, eine jede Maid müsse dem Führer ein Kind schenken; wo bleibt da die sittliche und göttliche Reinheit des 20. Jahrhunderts?“ (17)

Pfarrrektor Hentschel ist ein versteckter Gegner des heutigen Staates. Eine NSV-Mitgliedschaft kommt für ihn nicht in Frage. H. war Weltkriegsteilnehmer und wurde dreimal verwundet. (18)

Schuhmacher ist versteckter Gegner des Nationalsozialismus. Er hat des öfteren mit der „Gestapo“ zu tun gehabt. In einem Falle erfolgte Bestrafung, und zwar Verbot der Erteilung von Religionsunterricht an Jugendliche. Schuhmacher versucht auch heute noch mit allen Mitteln, die hart an der Grenze des Erlaubten liegen, die Jugend zu sich herüberzuziehen. Schuhmacher wird nie für den heutigen Staat zu gewinnen sein. (20)

Pfarrer Dr. Busch ist ein offener Gegner des heutigen Staates. Er vermeidet es unter allen Umständen, den Deutschen Gruß zu erwidern. In Verbindung mit Kaplan Kürten gibt er sich alle erdenkliche Mühe, die Jugend an sich zu ziehen. Junge Studenten ladet er schriftlich ein und versucht, unter diesem Deckmantel diese für sich zu gewinnen. (23)

Pfarrer Wetzels, der seit 6 Wochen hier tätig ist, kann als versteckter Gegner des heutigen Staates bezeichnet werden. In einer vor ca. 14 Tagen gehaltenen Predigt forderte er die Gemeindeglieder auf, den „Neuen“ nicht zu folgen, Alle, die der neuen Richtung nachfolgten, seien charakterlos. (26)

Pastor Wiebold: Der oben Genannte kann als offener Gegner des heutigen Staates bezeichnet werden. Sein Kampf geht besonders um die konfessionelle Schule. Ein beliebter Ausspruch von ihm ist: „Sie sagen Vorsehung, weil sie an keinen Gott

glauben.“ Als den Geistlichen die Schule verboten wurde, hetzte er in seinem Religionsunterricht offen gegen nationalsozialistisch eingestellte Lehrer und nannte ihre Weltanschauung eine Irrlehre. Außerdem versteht er es, in echt jesuitisch-versteckter Weise erlassene Verfügungen zu kritisieren. (28)

Pfarrer Hülsmann ist ein offener Gegner des heutigen Staates. Seine Spenden zu den Sammlungen sind äußerst gering und keinesfalls seinem Einkommen entsprechend. H. hat die Kirchengänge öffentlich, trotz Verbot, vorgelesen. WHW-Weihnachtsspenden usw. hat er sabotiert und die Gläubigen aufgefordert, Pakete für arme Kirchengänger am Altar niederzulegen. Weiterhin hat er bei Ringelberg ein Jugendlager aufgezo-gen, an dem die Jugendlichen kostenlos teilnehmen konnten. Hülsmann hat immer bei Juden eingekauft. In den Schulen hat er es so organisiert, daß jedes Kind im „Kindheit Jesu-Verein“ sein mußte. Für den monatlichen Beitrag von 5 Pfg. wurde ein Heftchen ausgegeben. Vor der Machtübernahme hat er zwei Kirchenchor-Mitglieder aus dem Verein ausschließen lassen, als bekannt wurde, daß sie in der SA waren. Kinder von Parteigenossen wurden des öfteren von ihm geschlagen, wenn sie in der Kirche fehlten. Nach der Machtübernahme hat H. mit bekannten Sozialistenführern lange Zeit öffentlich in seinem katholischen Verkehrslokal Skat gespielt. (31)

Pfarrer Schonhofen ist bisher nach außen hin als Gegner des heutigen Staates nicht in Erscheinung getreten. Er versteht es jedoch vorzüglich, bei allen Gelegenheiten seine Geistlichen so vorzuschicken, daß die „Belange der Kirche“ doch gewahrt werden. Kath. Lehrerinnen stehen so unter seinem Einfluß, daß die Kinder durch regelmäßige Fragen nach den Sonntagspredigten indirekt gezwungen werden, an den Gottesdiensten teilzunehmen. (32)

Dechant Heimann ist ein versteckter Gegner des heutigen Staates. Er selbst tritt bewußt nicht an die Öffentlichkeit, sondern setzt dafür seine ihm untergeordneten Kapläne ein. (33)

Pfarrer Braacken ist ein versteckter Gegner des heutigen Staates. Bei einer vor längerer Jahren stattgefundenen Beerdigung hat er es verstanden, die Messedienner mit dem Kreuz vor die Fahnen der Ortsgruppe und der DAF zu stellen. (35)

Simons kann als versteckter Gegner des heutigen Staates bezeichnet werden. S. war früher als Religionslehrer an der Mittelschule in Duisburg-Hamborn beschäftigt. Dort trat er öffentlich gegen die deutsche Schule auf. Auf Grund dessen erfolgte seine Absetzung, und er erhielt das Pfarr-Rektorat. Der Genannte umgibt sich persönlich mit jesuitischer Vorsicht. Sein Werkzeug ist jedoch der zständige Kaplan. (36)

Pfarrer Möller kann als ein offener Gegner des heutigen Staates bezeichnet werden. Bei der vor einigen Wochen stattgefundenen Beisetzung eines Fliegers sagte er u. a. zu der Flieger-HJ gewandt: Euch, ihr Jugendlichen sage ich, verseht euren Dienst regelmäßig, aber besucht Sonntag morgens den Gottesdienst. Die heutige Weltanschauung ist die, daß nach dem Tode alles aufhört. Die christliche Kirche aber lehrt, daß nach dem Tode erst das Leben beginnt. (37)

Heil Hitler!

Loch

Kreisleiter¹⁰³

¹⁰³ Sämtliche vorangegangenen Beurteilungen sind in gleicher Form unterzeichnet.

2. Die protestantische Opposition

2.1 *Widerstand gegen nationalsozialistische Versuche zur Politisierung der Glaubenslehre*

2.11 Zur Entstehung der Bekenntnisfront

Das Verhältnis der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus hatte sich unter dem Aspekt des Konfliktes von Glaube und Ideologie noch problematischer gestaltet als das der katholischen Kirche. Die ambivalente Beziehung, die sich schon lange vor der Machtergreifung gezeigt hatte, entsprang letztlich den Erschütterungen des Staatskirchentums, die vom Zusammenbruch des Kaiserreiches ausgingen¹⁰⁴.

Für den Pastorenstand, der noch „in den tiefen Bindungen an den gestürzten Thron wurzelte“ (Bracher)¹⁰⁵ und der Kirche und Staat als einen gottgewollten Bund angesehen hatte, „bei dem auf Erden der Staat dominiert“ (Wolf), war es äußerst schwer, nach dem überraschend eingetretenen Ende des Staatskirchentums eine neue Orientierung zu finden. Ernst Wolf, führendes Mitglied der späteren Bekenntnisfront, hebt in einer historischen Analyse unter den vielfältigen emotionalen Strömungen, die sich als besonders gravierende Faktoren für die Integration der protestantischen Kirche in die Republik hindernd in den Weg stellten, vor allem hervor: „– die national-konservative Befangenheit, das Fehlen des Liberalismus als Lebensform und, ins Konfessionelle gewendet, die Ablehnung der Demokratie unter dem Titel des ‚westlichen Calvinismus‘, die Bejahung der Reichsidee mit der Wunschvorstellung eines ‚zweiten‘, protestantisch-lutherischen Reiches deutscher Nation auf dem Hintergrund der Synthese von Thron oder Nation und Altar . . . der weltanschauliche Antimarxismus samt dem Schreckgespenst des Kommunismus, das Trauma von Versailles, auch, zunächst wenigstens, die Abwehr eines ‚politischen Katholizismus‘, . . . (und) auch ein nicht nur latenter Antisemitismus¹⁰⁶.“

Aus dieser Stimmungslage entstand ein „Pastorennationalismus“, der zunehmend von der Idee einer „neuen Synthese von Volkstum und Christentum, Nation und Altar“ beherrscht wurde¹⁰⁷. Man konnte durchaus ideologische Brücken erkennen, die von

¹⁰⁴ Ernst Wolf, „Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung“, in: *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, hrsgg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln und Berlin 1966, S. 224.

¹⁰⁵ K. D. Bracher, in *Bracher/Sauer/Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung*, 2. Aufl., S. 327.

¹⁰⁶ Ernst Wolf, a. a. O., S. 223.

¹⁰⁷ Vgl. hierzu insbes. Karl Kupisch, *Zwischen Idealismus und Massendemokratie. Eine Ge-*

jener Strömung zu den völkisch orientierten Gruppen reichten; konkret etwa in Gestalt der seit 1921 bestehenden Vereinigung, die sich „Deutschkirche“ nannte und in der 1930 gegründeten „Christlich-deutschen Bewegung“¹⁰⁸.

Andererseits hatten die Nationalsozialisten frühzeitig erkannt, wie wichtig für die Eroberung der Macht ein Bündnis mit der Protestantischen Kirche war. Sie drängten über ihre Vorposten die ihnen nahestehenden Bewegungen zum Zusammenschluß. Im Juni 1932 kam sie mit Hilfe des Berliner Pfarrers Joachim Hossenfelder als „Glaubensbewegung Deutscher Christen“ zustande¹⁰⁹. Gegen diesen Zusammenschluß, der erste nationalsozialistische Politisierungsversuche innerhalb der evangelischen Kirche signalisierte, versuchten alsbald einige weiter vorausschauende Pastoren entgegenzuarbeiten.

Die ersten Anzeichen der Frontenbildung zeigten sich anlässlich der auf den 23. Juli 1933 angesetzten Kirchenwahlen. Ein von der amtlichen Pfarrerkonferenz in Dortmund beauftragter Ausschuß gab Richtlinien heraus, die klarstellten, daß es „gegenwärtig um die Selbstbehauptung der Kirche gegenüber Irrlehren und Irrlehrern gehe, wie sie an der Spitze und in der Mitte der jungen Massenbewegung, „Deutsche Christen“ am stärksten hervortreten“¹¹⁰. Noch stand jedoch im Vordergrund die Weisung zur Unterscheidung von kirchlichen und staatlichen Aufgaben entsprechend der lutherischen Auslegung von Röm. 13¹¹¹.

Mit massiv propagandistischer Unterstützung der Nationalsozialisten, vor allem durch Mobilisierung der bisherigen Nichtwähler, gelang es den Deutschen Christen am 23. Juli den Sieg davonzutragen. Der Sieg der Deutschen Christen aber löste die latent bereits vorhandene Gegenbewegung aus. Sie trat konkret in Erscheinung, als im Herbst 1933 die Nationalsozialisten den „Arierparagraphen“ des (im April) umgestalteten Beamtenrechts auf die neu gebildete „Deutsche Evangelische Kirche“ (DEK) zu übertragen versuchten (der neben der Einführung des „Führerprinzips“ auf eine Absage an das Alte Testament zielte)¹¹².

Als Antwort auf den nationalsozialistischen Versuch, dermaßen in das Kirchenregiment einzugreifen, gründete Pastor Martin Niemöller zusammen mit dem damals 27 Jahre alten Professor der Theologie, Dietrich Bonhoeffer, im September 1933 den „Pfarrernotbund“, um den sich zunächst einige kurz vorher im Rheinland und in Westfalen entstandene „Pfarrbruderschaften“ und die „jung-reformatorische Bewegung“ sammelten¹¹³.

Die Entwicklung, die zur Konsolidierung in der sogenannten „Bekenntnisfront“ führte, ging dann rasch voran, nachdem am 13. November 1933 auf einer Großkundge-

schichte der evangelischen Kirche in Deutschland von 1815—1945, 2. Aufl. Berlin 1959, S. 145 ff.

¹⁰⁸ Vgl. Berichte des SD und der Gestapo über Kirche und Kirchenvolk in Deutschland 1934 bis 1944, bearbeitet von Heinz Boberach, Mainz 1971, S. 53.

¹⁰⁹ Vgl. Berichte des SD und der Gestapo, S. 54; Hans Budheim, Glaubenskrise im Dritten Reich, Stuttgart 1953, S. 45 ff., 70 ff.; K. D. Bracher in Bracher/Sauer/Schulz, a. a. O., S. 330 f., Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 221.

¹¹⁰ Vgl. ausführlich Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 222.

¹¹¹ Vgl. Kurt Klotzbach, a. a. O., ebd.; zu Röm. 13, Ernst Wolf, a. a. O., passim; s. hierzu auch Heinz Zahrnt, Die Sache mit Gott. Die protestantische Theologie im 20. Jahrhundert, dtv (1972) Nr. 846, S. 20 ff. und passim.

¹¹² Vgl. K. D. Bracher in: Bracher/Sauer/Schulz, S. 334 ff.

¹¹³ Vgl. Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933—1944, hrsgg. von Joachim Beckmann, 1948, S. 24; Berichte des SD und der Gestapo, S. 56 f. K. D. Bracher, a. a. O., S. 334.

bung der Deutschen Christen im Berliner Sportpalast der Hauptredner (Dr. Krause) scharfe Angriffe gegen das Alte Testament vortrug. Auf einer unmittelbar anschließenden Kirchentagung vom 22. bis 24. November in Weimar war der Disput um den Vorfall in Berlin bereits so virulent, daß die Bischöfe der Länder Bayern, Württemberg, Hessen, Pfalz und Pommern ihren Austritt aus der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ erklärten und sich dem Pfarrernotbund anschlossen. Im Dezember folgte Sachsen und bildete unter Führung von Landesbischof Coch die „Volksmissionarische Bewegung“¹¹⁴. Im Frühjahr 1934 griff die Unruhe auf den nordwestdeutschen Raum über. Während die Auseinandersetzungen in Süd- und Mitteldeutschland zunächst nur als „Pastorenstreit“ in Erscheinung getreten waren, erreichten sie hier schon die Basis in den Gemeinden. Im März distanzierte sich auf der westfälischen Provinzialsynode in Dortmund Präses Karl Koch öffentlich vor 25 000 Teilnehmern in der Westfalenhalle von den nationalsozialistischen Forderungen¹¹⁵. Zwei Monate später, auf der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche vom 29. bis 31. Mai in Barmen, forderten die hier versammelten Vertreter der lutherischen, reformierten und unierten Bekenntniskreise, daß als einzige Quelle aller kirchlichen Verkündigungen allein die Besinnung auf das Evangelium zu gelten habe¹¹⁶. Im Mittelpunkt einer ausführlichen „theologischen Erklärung zur gegenwärtigen Lage“ stand unmißverständlich an die Adresse der Deutschen Christen und Nationalsozialisten zugleich gerichtet der Satz: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Wort Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen“¹¹⁷.

Die innerkirchlichen Spannungen wurden danach noch stärker. Um sich die für die Glaubensverteidigung notwendige Handlungsfreiheit zu sichern, betonte die Bekenntniskirche, wo immer es aus taktischen Gründen geboten schien, ihre Loyalität gegenüber dem Staat. Sie setzte sich damit später, ähnlich wie der katholische Episkopat der Kritik aus, nicht gezielten Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet zu haben. Andererseits fehlen bis heute noch Maßstäbe, mit denen die Effizienz des „verinnerlichten“ Widerstandes gegen das totalitäre System „gemessen“ werden kann, wie er sich im Bereich der evangelischen und der katholischen Kirche entwickelt hat. Nicht zuletzt deshalb, weil hier kulturgeschichtliche Dimensionen eine Rolle spielen, die über die, im übrigen auch erfolglosen Ansätze des politischen Widerstandes während der zwölf Jahre dauernden totalitären Diktatur hinausgreifen.

Die aufgefundenen Quellen ermöglichten noch keine umfassende Darstellung der Bekenntnisfront im Untersuchungsgebiet. Mehrere Dokumente geben jedoch Anhaltspunkte für eine zunehmende Aktivität Duisburger und Hamborner Bekenntnispfarrer, vor allem auch dafür, daß diese Aktivität die Gestapo zeitweilig beinahe so stark beunruhigte wie die „Katholische Aktion“ und sie deshalb (wahrscheinlich öfter als bisher belegt werden kann) mit kurzfristigen Verhaftungen und einschüchternden Verhören gegen Duisburger Pfarrer wie Laienmitglieder der Bekenntniskirche vorgegangen ist.

¹¹⁴ Vgl. Berichte des SD und der Gestapo, S. 54 f.

¹¹⁵ Vgl. Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 224; s. auch in den später von Heinz Boberach edierten Berichten des SD und der Gestapo, a. a. O., S. 56.

¹¹⁶ Vgl. Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871—1945, hrsgg. von Karl Kupisch, Leck/Schleswig 1965, S. 273 ff.; s. auch Kurt Klotzbach, a. a. O., S. 225.

¹¹⁷ Kupisch, a. a. O., S. 275.

2.12 Vorzeichen des nationalsozialistischen totalitären Herrschaftsanspruches. Zusammenstoß zwischen Bekenntnis-Christen und Deutschen Christen in Duisburg 1933

Der Vorfall ereignete sich nach dem Eklat im Berliner Sportpalast in der Gemeinde Wedau.

Pfarrer Friedrich Schindelin, der am 26. November 1933 die Gemeinde zusammengerufen hatte, um sie über das Berliner Ereignis zu informieren, wurde auf dem Weg zum Versammlungshaus von einem Kordon junger SA-Leute in Zivil angerempelt. Vorher hatten diese schon mehreren Gemeindemitgliedern den Zugang zur Kirchentür versperrt; einige waren mit harten Ellenbogenknüffen tötlich geworden¹¹⁸. Pastor Schindelin, der bemerkte, daß die Gruppe nicht aus Wedau war, hatte sich kurzentschlossen an einen SA-Sturmführer aus seiner Gemeinde gewandt, und diesem gelang es mit einem Wedauer Trupp und zwei inzwischen herbeigeeilten Polizisten den Sperrkordon zu durchbrechen¹¹⁹.

Der Wedauer Tumult dürfte einzigartig gewesen sein. Ähnliche Vorkommnisse, bei denen sich ein SA-Trupp auf die Seite der Deutschen Christen und ein SA-Trupp auf die Seite der bekennenden Kirche stellte, sind nicht bekannt.

Das Ereignis wurde indessen bereits minutiös in den Akten der Düsseldorfer Gestapo-stelle aufgezeichnet¹²⁰.

Vom April 1934 an fanden Beobachtungen der örtlichen Gestapodienststellen über Auseinandersetzungen zwischen Bekenntnis-Christen und Deutschen Christen ihren Niederschlag in den Berichten der Staatspolizeistellen an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin¹²¹.

2.13 Erste Gestapo-Meldungen über Unruhen in der evangelischen Kirche

Lagebericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 4. April 1934. Abschnitt: Protestantismus¹²².

„Da eine öffentliche Auseinandersetzung der bestehenden Gegensätze unmöglich gemacht ist, tritt die Entwicklung nur unklar in Erscheinung. Die Versammlung der Deutschen Christen Ende vorigen Monats in Düsseldorf, diejenige in Berlin sowie die Kundgebung in Dortmund, in der Reichsbischof Müller sprach, haben die Entwicklung aber weitergetrieben. Seine Worte und seine Maßnahmen wurden in der Opposition nicht als Versöhnungsbereitschaft, sondern als Kampfwille

¹¹⁸ Vgl. Pol.-Bericht vom 26. 11. 1933 in HD-Gestapo 16 696, Blatt 3 f.

¹¹⁹ Vgl. a. a. O., ebda.

¹²⁰ Pfarrer Schindelin wurde von nun an scharf beobachtet, 1936 wurde gegen ihn ein Strafverfahren u. a. auf Grund des § 2 des Heimtückegesetzes eingeleitet, dann jedoch eingestellt. 1941 wurde er wegen „staatsabträglicher Reden“ abermals verurteilt, im Juli 1944 nochmals und zugleich mit einem „Sicherungsgeld“ in Höhe von 1000 RM bestraft. Vgl. HD-Gestapo 16 696.

¹²¹ Zur Entfaltung des geheimen Staatspolizeiapparates unter Himmler und die speziellen Zuständigkeiten von Reinhard Heydrich für Kirchenfragen vgl. die Einleitung von Heinz Boberach in „Berichte des SD und der Gestapo über Kirche und Kirchenvolk in Deutschland“.

¹²² Vgl. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90 Abt. P, Nr. 76, Heft 1, S. 15 f.

betrachtet, auch wenn die Kirche darüber zerbreche. Es wird bedauert, daß Müller, der sich eine Zeitlang von den Deutschen Christen distanziert hatte, sich wieder einseitig auf ihre Seite gestellt habe. Auch die Kundgebung des Reichsbischofs zum Karfreitag an die Pfarrer und die Osterbotschaft haben keinen Eindruck gemacht, sondern werden in den Kreisen der Opposition aus dogmatischen Gründen abgelehnt. Dagegen hat der offene Brief des von Müller ‚verdrängten ersten Reichsbischofs‘ von Bodelschwingh gegen die Deutschen Christen überall wärmsten Widerhall gefunden.

... in Wuppertal ist die Opposition besonders stark ... Trotz stärksten Besuchs der evangelischen Kirchen ist das Schisma voll im Gange. Die Gläubigen scharen sich immer fester und zahlreicher um ihre Pfarrer und werden täglich bereiter, mit ihnen ihr Los zu teilen. Die beurlaubten oder in den Ruhestand versetzten Pfarrer haben ihre Gemeinden fester denn je hinter sich. In wachsendem Maße mehren sich die Bruderschaften nach Zahl und Anhang, die ihrerseits wieder fest zu den Synoden stehen. Von Mensch zu Mensch und von Mund zu Mund hat eine lebhaftere Werbung eingesetzt. Sie erstreckt sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

1. wird scharf zurückgewiesen die Behauptung der Deutschen Christen, daß sie gegen eine ‚Reaktion‘ zu kämpfen hätten, und daß alle Nationalsozialisten deutsche Christen seien.
2. Besonders wird immer und überall betont, daß man sich von keinem Deutschen Christen in seiner Liebe zu Volk und Führer übertreffen lasse.
3. Man weist weiter darauf hin, daß der Führer, sein Stellvertreter und der Reichsinnenminister jegliches Einmischen staatlicher Organe in die kirchlichen Auseinandersetzungen verboten haben, daß aber von den Deutschen Christen gerade der Zwang des Staates gewünscht und herbeigesehnt werde.
4. Wenn die Deutschen Christen vorgäben, nur die Neuordnung der Kirche herstellen zu wollen, so stimme dieses nicht, weil Bekenntnis und Ordnung (Verfassung einer Kirche untrennbar miteinander verbunden seien. Aus religiösen Gründen wird das Amt des Reichsbischofs und der von ihm Eingesetzten, überhaupt das Führerprinzip, das für die staatliche und weltliche Ordnung unbedingt anerkannt wird, für Kirche und Gemeinde als wesensfremd abgelehnt. Es wird weiter behauptet, daß durch die Deutschen Christen Irrlehren in die evangelische Kirche hineingetragen würden und daß es sich in dem Kampfe um das Wort Gottes handele.

Wenn Müller sage, daß ‚die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Christen nur und nur allein vor dem Hintergrund der nationalen Revolution her erkannt werden kann‘, daß ‚die Stimme des Volkes Gottes Stimme ist‘, so werde damit deutlich, daß bei dieser Bewegung Weltliches und Geistliches durcheinandergemengt und dadurch das Evangelium entstellt werde ... Weiter wird gegen ‚Gewaltherrschaft der Deutschen Christen‘ agitiert. Es ist zu beobachten, daß der Wille, selbst große Leiden aus Überzeugung auf sich zu nehmen, sehr im Wachsen begriffen ist.“

Im Bericht über die Lage im Monat Juli 1934 wurde zum erstenmal Duisburg-Hamborn erwähnt:

„Der Erlaß des Reichsinnenministers vom 9. Juni hat in den meisten Gegenden zu einer erheblichen Beruhigung geführt. Die Auseinandersetzungen nehmen

ihren Fortgang in Wuppertal, Essen, Remscheid, Solingen, Rheinhausen, Hamborn und Moers.

In Solingen mußte sowohl eine Kundgebung der Deutschen Christen als auch eine Versammlung der evangelischen Kirchengemeinde verboten werden. Ebenso wurde in Remscheid die Genehmigung für eine Versammlung versagt.

In Hamborn versucht man jetzt seitens der bekennenden Gemeinde ohne Erlaubnis und Benachrichtigung der Polizei Versammlungen abzuhalten. So hatte man am 16. Juli vor einer sogenannten Bekenntnisstunde mit dem Thema ‚Im Kampf um die Kirche‘ eingeladen. Als Redner waren Pfarrer Koch, Oeynhausens, und Pfarrer Heimann, Gladbeck, vorgesehen. Die Versammlung wurde aufgelöst, weil sich trotz des Verbotes 76 Personen in dem Versammlungslokal eingefunden hatten. . . .¹²³

Aus dem Jahre 1934 liegen keine weiteren Meldungen aus Duisburg vor. Vorerst herrschte bei der Gestapo Unsicherheit in der Beurteilung der Lage an der Bekenntnisfront, wie aus dem Bericht der Staatspolizeistelle Münster an das Staatspolizeiamt in Berlin vom 5. November 1934¹²⁴ hervorgeht:

„Der Widerstand gegen das Reichskirchenregiment hat im Laufe des Monats Oktober als unmittelbare Folge der Vorkommnisse bei der Eingliederung der württembergischen und bayerischen Landeskirchen erheblich zugenommen. In einer großen Versammlungswelle hatte die Bekenntnisfront es verstanden, bei ihren bisherigen überzeugten Anhängern die Ablehnung zu verstärken und aus den Reihen der dem Kirchenstreit bisher weniger interessiert gegenüberstehenden Protestanten neue Anhänger zu gewinnen. Die Versammlungen wiesen alle außerordentlich starken Besuch auf, die Sammlungen am Schlusse der Veranstaltungen hatten, sehr zum Ärger der Deutschen Christen, gute Erfolge. In welchem Umfange Versammlungseinladungen Folge geleistet wird, beweist der für den 14. Oktober 1934 nach Düsseldorf einberufene niederrheinische Gemeindetag, zu dem entgegen der Anmeldung durch den verantwortlich zeichnenden Pfarrer Ibeling aus Düsseldorf, die auf 5000 bis 6000 Teilnehmer lautete, schätzungsweise 35 000 bis 40 000 Personen erschienen waren. Diese Versammlung wurde in letzter Minute auf dortige Weisung hin, die auf Ersuchen des Beauftragten des Führers, Herrn von Pfeffer, erfolgte, untersagt. Die Teilnehmer verließen nach gemeinsamem Gebet und Gesang im großen und ganzen widerspruchslos den Versammlungsraum und beteiligten sich an ersatzweise stattfindenden Gottesdiensten. Alle dafür in Anspruch genommenen Kirchen waren überfüllt. In den Predigten kam zum Ausdruck, daß der Kampf sich nicht gegen die Reichsregierung, sondern lediglich gegen das Reichskirchenregiment richte; eine Erklärung, die schon häufig auch von den maßgebendsten Persönlichkeiten der Bekenntnisfront abgegeben worden ist . . .

Neben der sehr ausgiebigen Behandlung der süddeutschen Vorkommnisse¹²⁵ in den Versammlungen wurden diese natürlicherweise auch in den Zeitschriften usw. der Bekenntnisfront immer wieder behandelt. Die Darstellungen und Polemiken waren nicht immer sachlich. In einem Falle wurde festgestellt, daß ein in der Wochenschrift ‚Unter dem Wort‘ veröffentlichter Brief stark aufgebauschte

¹²³ Vgl. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem Rep. 90 Abt. P, Nr. 76, Heft 5, S. 38.

¹²⁴ Vgl. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90 Abt. P. Nr. 79, Heft 6, S. 48 ff.

¹²⁵ Vgl. hierzu K. D. Bracher in: Bracher/Sauer/Schulz, S. 338.

und unrichtige Darstellungen über die Vorkommnisse in Nürnberg enthielt; ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet. In einem anderen Falle mußte gegen den Pfarrer Lesser aus Wuppertal-Elberfeld ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehens gegen den Kanzel-Paragraphen eingeleitet werden, weil Lesser in einer Predigt u. a. gesagt hatte, daß in Württemberg die gläubigen Christen von dem ungeistlichen Kirchenregiment mit Hilfe der Staatsgewalt mit der Schwertklinge blutig verfolgt und blutend verletzt würden, so daß die Gemeinde Jesu den Märtyrerweg zu gehen habe, weiter, daß über Kirche und den zu Hilfe eilenden Staat das Gottesgericht hereinbrechen müsse u. a. m.

Mitunter vertreten Geistliche auch den Standpunkt, daß Widerstand gegen die Staatsgesetze im Sinne der Schrift liegen könne und daß die Schrift selbst genügende Beispiele dafür gebe. . . .

Es läßt sich daher nicht der Eindruck verwischen, als ob im Kampf gegen das Kirchenregiment wenig wählerisch jede gebotene Möglichkeit stillschweigend angenommen wird.

Um den allergrößten Auswüchsen in diesen Auseinandersetzungen in etwa zu begegnen, mußten verschiedentlich Druckschriften beschlagnahmt werden. Es handelt sich hierbei um die Flugblätter ‚Zu den Vorgängen in Württemberg‘ und ‚Zwei Reichskirchengebiete‘, um die Broschüren ‚Der Sieg der Kirche‘, ‚Die Kirche vor ihrem Richter‘ und ‚Die Entscheidungsstunde der Deutschen Evangelischen Kirche‘ sowie um die Folge 42 vom 21. Oktober 1934 des evangelischen Gemeindeblattes ‚Sonntagsruß‘ für Mülheim-Styrum. . . .

Die an sich schon wenig durchsichtige Lage ist m. E. durch die Botschaft der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche vom 20. Oktober 1934, in der unter Abschnitt III die Einsetzung neuer leitender Organe der Deutschen Evangelischen Kirche angekündigt wurde, noch undurchsichtiger geworden. . . .“

2.14 Meldungen aus dem Jahre 1935. Die Gestapo lenkt den Blick auf Duisburg

Aus dem Bericht der Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 5. August 1935 (Abschnitt E – Evangelische Bewegung u. a. betreffend Duisburg)¹²⁶:

„Die Rechtslage innerhalb der rheinischen evangelischen Kirche hat im Berichtsmonat keine Veränderung erfahren. Der unter Leitung des Superintendenten Horn (Duisburg) stehende Provinzialkirchenrat ist nach wie vor im stillen bemüht, zu einer Bereinigung der zwischen der Bekenntnisfront und den Deutschen Christen bestehenden Streitigkeiten beizutragen, ohne dabei allerdings bis jetzt bemerkbare Erfolge erzielt zu haben. . . .

Neben den amtlichen Bemühungen des Provinzialkirchenrates unter Superintendent Horn zur Bereinigung der Kirchenlage gehen die Bemühungen der rheinischen Pfarrererbeitsgemeinschaft ‚Ordnungsblock‘ weiter. . . .

Die Versammlungstätigkeit war im Juli außerordentlich schwach. Es handelt sich hierbei keineswegs nur um alljährlich festzustellende sommerliche Auswirkungen, vielmehr läßt das Interesse im Kirchenvolk an den innerkirchlichen Streitigkeiten und auch an dem Kampf gegen das sog. Neuheidentum mehr und mehr nach. Die Beteiligung an den Versammlungen und Bekenntnisgottesdiensten ist stellen-

¹²⁶ Geh. Staatsarchiv Berlin Dahlem, Rep. 90 Abt. P. Nr. 82, Heft 4, S. 50 ff., hier S. 55, 59 bis 61.

weise mitunter derart schwach, daß die Pfarrer darüber offen Klage führen. Die bisher üblichen Bittgottesdienste sind sogar ganz eingestellt worden. Im übrigen ist im großen und ganzen eine gewisse Mäßigung in dem Verhalten der Bekenntnisgeistlichen festzustellen. Die früher festzustellenden groben Ausfälle gegen die Gegenseite haben im allgemeinen nachgelassen, so daß Verwarnungen und sonstige behördliche Maßnahmen seltener geworden sind. Lediglich in einem Bekenntnisgottesdienst am 19. Juli 1935 in Duisburg schoß der evangelische Pfarrer Barner aus Herne i. W. weit über das Ziel des Erlaubten hinaus. Er behandelte in ausgiebiger Weise das behördliche Vorgehen gegen bekenntnistreue Geistliche im Zusammenhang mit der Kanzelabkündigung vom 5. März 1935 und versuchte den Eindruck zu erwecken, als habe der Staat nur da den Mut zum Vorgehen gegen Geistliche gehabt, wo diese gegenüber den nachgiebigen Pfarrern in der Minderheit gewesen seien. Weiter stellte er die Behauptung auf, die inhaftierten Pfarrer hätten auf schmutzigem Stroh liegen und dünne Wassersuppen essen müssen und seien außerdem mit Verbrechern spazierengeführt worden. Nach den weiteren Ausführungen des Pfarrers Barner kann nur derjenige Pfarrer als rechter Diener an Gottes Wort bezeichnet werden, der wenigstens einmal wegen seines Verhaltens in Schutzhaft genommen worden ist. Gegen Pfarr Barner habe ich ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen § 130a RStGB bzw. wegen Verstoßes gegen das Gesetz zur Abwehr heimtückischer Angriffe eingeleitet. Außerdem habe ich gegen ihn Redeverbot verhängt. . . .

Zum Schluß muß wiederum auf die internen Nachrichtenblätter der Bekenntnisfront verwiesen werden. Wenn auch im allgemeinen die Schreibweise etwas gemäßigter geworden ist, so bleibt doch festzustellen, daß die Objektivität in der Berichterstattung erheblich zu wünschen übrig läßt. Die sog. Tatsachenberichte lassen sich zwar nicht gerade als unwahr bezeichnen; sie sind aber immer so gefaßt, daß bei den Anhängern der Eindruck einer ungerechten Verfolgung der Geistlichen, sei es durch das Kirchenregiment Müller im Kirchenstreit oder sei es durch staatliche Stellen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit dem Neuheidentum, entstehen muß. Im übrigen wird nach wie vor sehr rege von der kommentarlosen Wiedergabe von Äußerungen maßgeblicher katholischer Geistlicher Gebrauch gemacht. . . .“

Die Duisburger Bekenntnisbewegung wurde wieder im November Gegenstand der Gestapo-Meldungen. Der Bericht des Düsseldorfer Staatspolizeiamtes über die Lage im Dezember 1935 vermerkte¹²⁷:

„Die Bemühungen der Bekenntnisfront, die Jugend für sich zu gewinnen, weisen in letzter Zeit eine weitere Verstärkung auf. In Duisburg wurde z. B. in einer Kirche eine größere Veranstaltung für Jugendliche aufgezogen, an der auch auswärtige Geistliche beteiligt waren. Der Besuch dieser Veranstaltung war sehr stark, die Predigten und Reden gaben an sich keinen Anlaß zu Beanstandungen. Immerhin war die Grundtendenz erkennbar, die Jugend mit erlaubten Mitteln möglichst stark völkischem Denken fernzuhalten. Für die nächste Zeit ist allgemein mit einer weiteren Verstärkung der Werbearbeit zu rechnen.“

Danach wurden die Monatsberichte auf Erlaß von Göring eingestellt¹²⁸. Von nun an

¹²⁷ Vgl. Bericht v. 7. 1. 1936, Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90 Abt. P, Nr. 85, Heft 4, S. 69.

¹²⁸ u. a. mit der Begründung: „... (weil) schon die Herstellung und Bearbeitung der Lage-

tauchen Einzelbeobachtungen aus Duisburg in den Personenakten der Staatspolizeistelle (ab 1937 Staatspol. Leitstelle) Düsseldorf auf.

2.2 Widerstand und Verfolgung nehmen zu. Aus den SD- und Gestapoakten über Duisburger Bekenntnispfarrer

In den monatlichen Berichten der Staatspolizeistelle Düsseldorf an das Staatspolizeiamt Berlin zur politischen „Lage“ in der Rheinprovinz waren noch nicht alle „Ereignismeldungen“ aufgenommen, die mittlerweile von der Duisburger Außendienststelle nach Düsseldorf durchgegeben worden waren; so u. a. nicht eine Anzeige, derzufolge Pfarrer Otto Vetter, Mitbegründer des Notbundes, Vorsitzender des Duisburger Bruderrates und der Bekenntnisgemeinde „Unter dem Wort“ auf einer Versammlung im Februar 1935 einen Redner hatte zu Wort kommen lassen, der eine anonyme Quelle zu der Feststellung heranzog, daß in Deutschland „viel brutaler gegen das Christentum gewütet (wird) als in Rußland“¹²⁹.

Der Vorfall hatte damals den Gestapoapparat alarmiert. Doch entweder arbeitete dieser in Kirchenfragen noch nicht sehr schnell, oder es waren Sympathisanten für Vetter in der Duisburger Außendienststelle am Werk, die die Sache verschleppten. Sie endete am 22. Mai mit einem Bericht der Duisburger Gestapo, die feststellte, daß „infolge der langen zurückliegenden Zeit . . . eine Klärung . . . nicht erfolgen (konnte)“¹³⁰.

1936 reichte ein Gestapomann bei der Staatspolizeistelle in Düsseldorf die von ihm im Stenogramm festgehaltene Predigt Veters vom Palmsonntag ein. Folgende Stellen waren unterstrichen:

„Wenn man den Hergang des Palmsonntages betrachtet, kann man wirklich nicht umhin, ihn mit der heutigen Zeit in Verbindung zu bringen, wo wir mitten im Kulturkampf, im schärfsten Religionskampf stehen, wo es um die Entkonfessionierung Deutschlands geht . . . Der Kampf ist wirklich da. Denken wir nur an die neue konfessionslose Schule. Das Kreuz, das Zeichen Jesu Christi, soll aus

berichte es mit sich bringt, daß diese einem größeren Kreis von Personen bekannt werden, entsteht so die Gefahr, daß die Lageberichte selbst zur Verschlechterung der Stimmung beitragen. Was schließlich bedeuten würde, wenn betont pessimistische Lageberichte, wie ich sie in der letzten Zeit öfter gesehen habe, in falsche Hände, insbesondere in dem uns gegenüber noch feindlich eingestellten Auslande, geraten sollten, braucht nicht näher dargelegt zu werden, und . . . daß die Partei die Stimmung im Volk weit besser kennt und beurteilen kann, als dies für die Bürokratie der Behörden möglich ist . . . (und es) Sache der Partei sein (muß), für die Unterrichtung des Führers zu sorgen . . .“ (Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90 Abt. P, Nr. 86.)

Die Berichterstattung erfolgte von nun an über die Organe des SD in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). S. Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934—1944 (bearbeitet von Heinz Boberach). In diesen Berichten haben einige Vorkommnisse in Duisburg noch keinen Niederschlag gefunden.

¹²⁹ Ein Spitzel meldete der Dienststelle des Gauobmanns der „Deutschen Christen“ in Oberhausen, Nohlstraße 6, Vetter habe dem Sprecher geantwortet: „Ich bin sehr dankbar über das, was der Redner hier zu sagen hatte.“ Vgl. HD-Gestapo 14 089, Blatt 6.

¹³⁰ a. a. O., Blatt 23.

Schulen und Kirchen verschwinden und andere Zeichen sollen an dessen Stelle gesetzt werden. Das Ausland sagt, daß heute Deutschland das antichristlichste aller europäischen Reiche ist. Viele Pfarrer sind aus ihren Gemeinden entfernt worden und werden heute noch entfernt. Christus soll abgeschafft werden . . .“¹³¹

Auch diese Meldung endete im Leerlauf der Gestapobürokratie; übrig blieb nur folgender Bericht ihrer Duisburger Dienststelle:

„Duisburg, den 15. Juli 1936

Pfarrer Vetter, der führende Mann der Bekennenden Kirche Duisburg und als solcher kein Freund der nationalsozialistischen Weltanschauung ist, wurde zu der auf Seite 2 d. A. angeführten Stelle aus dem Bericht eines V-Mannes vernommen. – Er bestreitet nicht, Äußerungen in dem Sinne, wie sie ihm vorgehalten wurden, getan zu haben, will jedoch heute wegen der langen Zwischenzeit keine konkreten Aussagen mehr machen können . . .

V. ist im Sinne des § 130a des RStGB in Tateinheit mit dem Heimtückegesetz als überführt anzusehen. Ein Strafverfahren gegen ihn dürfte jedoch nur wenig Erfolg haben, da Zeugen nicht ermittelt werden konnten und der Vertrauensmann aus zweckdienlichen Gründen nicht genannt werden kann.

Krim.-Angestellter“¹³²

Im gleichen Zeitraum muß sich die Gestapo auch schon intensiv mit dem Wedauer Pfarrer und Mitglied der Niederrheinischen Brüderkonferenz Friedrich Schindelin befaßt haben. Unterlagen über einzelne Vorfälle wurden bisher nicht aufgefunden. Aber eine auf spätere Untersuchungen bezugnehmende „stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufs“ in den Akten der Düsseldorfer Staatspolizeistelle (mit Datum vom 12. Februar 1940) enthält folgende Notierungen:

Am 7. 6. 1935 wurde Schindelin von der Staatspolizeistelle Düsseldorf verwarnet und ihm gleichzeitig Redeverbot angedroht, wenn er sich in seinen Äußerungen nicht größere Zurückhaltung und Sachlichkeit auferlegen würde.

Am 11. 12. 1936 wurde gegen ihn wegen Verstoßes gegen § 2 des Heimtückegesetzes ein Strafverfahren eingeleitet . . . Strafverfahren wurde eingestellt.“¹³³

Danach vermerkten die Akten der Düsseldorfer Gestapozentrale keine Vorkommnisse bis zum Juli 1937. – Vielleicht warteten die Bekenntnispfarrer vorerst noch die Wirkung einer im Frühjahr 1936 an den „Führer“ gerichteten Denkschrift ab, in der die „vorläufige Leitung“ der Bekenntniskirche die Gefahren beschrieben hatten, die von der „Entkonfessionalisierung“ und einer „Zerstörung der kirchlichen Ordnung“ ausgehen würden¹³⁴. Ab Juli 1937 folgte in dichtem Abstand wieder eine ganze Reihe von Meldungen. Zunächst über den jungen Pastor Theodor Hesse aus Hamborn. Gegenstand der ersten Anzeige war eine Predigt, die Hesse über den 2. Paulusbrief an die Thessalonicher am 25. Juli im Gemeindesaal an der Markgrafenstraße gehalten und in der die Gemeinde zum Widerstand „gegen Irrlehren und weltanschuliche Strömungen“ aufgefordert hatte¹³⁵. Dabei hatte er die Namen von 25 oder 30 „jüngeren

¹³¹ Vgl. a. a. O., Blatt 34.

¹³² Vgl. a. a. O., Blatt 39.

¹³³ Vgl. HD-Gestapo 16 696, Blatt 2.

¹³⁴ Vgl. Orig.-Text bis Karl Kupisch, a. a. O., S. 295 ff.

¹³⁵ Vgl. HD-Gestapo 16 128, Blatt 43 f. — Der 2. Brief an die Thessalonicher enthält die

Amtsbrüdern“ genannt, die wegen ihres Bekenntnisses zum evangelischen Glauben „in einer Art Gefangenschaft“ gehalten wurden¹³⁶. Eine zweite Meldung vom gleichen Tage bezog sich auf eine Versammlung der Hamborner Bekenntnisgemeinde in der Weselstraße 5 am 28. Juli, in der Hesse Pastor Biermann aus Mülheim-Styrum das Wort erteilte und dieser die (NS-)Blut- und Bodenideologie als Ausdruck einer „heidnischen“ und gottlosen Selbstvergötterung kennzeichnete¹³⁷. Pastor Hesse reiste dann, vermutlich, um sich dem schon erwarteten Zugriff der Gestapo zu entziehen, nach Ostpreußen. Er wurde in Allenstein festgenommen und einige Tage oder gar Wochen in Haft gehalten. Über diese Begegnung mit der Gestapo, seine Beobachtungen und Erlebnisse im Polizeigefängnis hatte er Aufzeichnungen gemacht, die er einigen befreundeten ostpreußischen Pfarrern zukommen ließ. Kurz danach geriet einer dieser Berichte der Gestapo in die Hände. Pastor Hesse wurde darauf im November 1937 in Duisburg wieder festgenommen¹³⁸. Ein Jahr lang fand sich in der Gestapoakte Hesse kein weiterer Vermerk, bis zum März 1939. Dann, offenbar nach Eingang mehrerer im einzelnen nicht festgehaltener Spitzelberichte, wurde ihm von der Reichspressekammer wegen „politischer Verantwortungslosigkeit“ jegliche schriftliche Äußerung verboten und „Redeverbot für das ganze Reichsgebiet“ erteilt¹³⁹.

Inzwischen hatten sich mehr als bisher die Beobachtungen auf Duisburg konzentriert. Als im September 1937 der Verein Christlicher Junger Männer (CVJM) im Hause der Inneren Mission einen Bibelabend für Wehrdienstpflichtige veranstaltet, ließ die Gestapo, vorher schon darüber informiert, daß u. a. Bekenntnispfarrer Otto Vetter anwesend sein würde, die Versammlung überwachen. Der dazu eingesetzte V-Mann berichtete, daß er einige Teilnehmer u. a. aus Essen und Oberhausen beobachtet habe. Sonst konnte er nichts Verdächtiges melden. Die im einzelnen behandelten Themen (u. a. „Soldaten unter dem Kreuz“, „Die Kraft des Evangeliums unter den Soldaten“) hatten sein Analysierungsvermögen offenbar überfordert. Er begnügte sich mit der Feststellung: „... daß sie sich auf durchaus rein religiöser Grundlage bewegten. Eine Zerpflückung der einzelnen Themen verlohnt sich daher nicht“¹⁴⁰.

Als wenige Tage später Pfarrer Vetter eine für die Zeit vom 6. bis 10. Oktober geplante Evangelische Woche vorschriftsmäßig bei der Polizei anmeldete, auf der u. a. die Pfarrer Brandt aus Dortmund, Busch-Essen und Denkhaus-Bremen über verschiedene religiöse Fragen sprechen sollten —, schaltete sich sofort die Gestapo ein und verbot die Durchführung.

Ein Jahr später erreichte die protestantische Opposition in Duisburg kurzfristig ein Stadium, das, wie der Zwischenfall bei den Katholiken im Dezember 1937, vom Umschlag in eine politische Aktion nicht mehr weit entfernt war.

Am 12. Oktober 1938 stieß die Gestapo auf ein Flugblatt, „Abschrift einer Denkschrift evangelischer Heerespfarrer“ mit einer umfangreichen Darstellung „der Aus-

bekannte Stelle (3, 2—5) über die Aufgabe der Gemeinde mit der Einleitung:

„Endlich, meine Brüder, betet für uns . . ., daß wir von den gottlosen und bösen Menschen befreit werden; denn nicht alle sind für den Glauben empfänglich. Aber der Herr ist treu; er wird euch stärken und vor dem Bösen bewahren. Wir haben im Herrn das Vertrauen zu euch, daß ihr jetzt und auch fernerhin unsere Weisungen befolgt. Der Herr lenke eure Herzen hin auf die Liebe Gottes und auf die Geduld Christi.“

¹³⁶ Vgl. Bericht vom 29. 7. 1937, HD-Gestapo 16 128, Blatt 44.

¹³⁷ a. a. O., Blatt 43.

¹³⁸ Vgl. HD-Gestapo 16 128, Blatt 53 f.

¹³⁹ Vgl. HD-Gestapo 16 128, Blatt 62 ff.

¹⁴⁰ Vgl. HD-Gestapo 16 903, Blatt 23 ff.

wirkungen des Kirchenkampfes“. Hier wurde zum erstenmal offen bekundet, daß die Auseinandersetzungen zwischen Bekenntnisfront und Deutschen Christen nur sekundär seien, es in Wirklichkeit um einen Kampf zwischen Nationalsozialismus und Christentum ginge. Die grundsätzliche Feststellung fand sich in folgenden Sätzen:

„... Der Kampf um die ev. Kirche konnte noch im Jahre 35 in öffentlichen Reden als bloßes Pastorengenzäk bezeichnet werden. Heute ist er eine Frage ersten Ranges geworden. Es hat den Anschein, als ob sich in der Gegenwart das alte Schicksal des deutschen Volkes erneuere: wenn irgendwo eine Kluft überbrückt ist, so bricht alsbald an anderer Stelle eine neue Kluft auf. Der neue Riß, der das deutsche Volk aufspaltet, ist der Riß zwischen Nationalsozialismus und Christentum. Das eigentlich Trennende sind dabei nicht die religiös und weltanschaulichen Gegensätze als solche; diese haben früher auch bestanden, ohne daß die Volksgemeinschaft und Kameradschaft gefährdet gewesen wären. Das beweist der Weltkrieg. Das Trennende ist vielmehr die Einbeziehung der staatlichen Gewalt in diese Gegensätze ... Innerlich geht es darum, daß die ev. Kirche in eine Staatskirche unter diktatorischer Leitung des Reichskirchenministers umgewandelt werden soll. Die 15. Durchführungsverordnung faßt zusammen, was namentlich seit dem Eintritt des Staatssekretärs Muß in das Ministerium ständig praktiziert wird; die gesamte kirchliche Verwaltung wird an die Weisungen des Ministers gebunden; die verfassungsmäßigen Rechte der Gemeinden, die Synoden usw. sind beseitigt. Der Minister bringt auch überall die deutschen Christen an die Macht, und zwar gerade diejenigen, die die Substanz des christlichen Glaubens preisgegeben haben. Das ist die Unterhöhlung der Kirche von innen her. Gleichzeitig erfolgt der Angriff von außen. In den Schulungslagern der Partei wird immer wieder auseinandergesetzt, daß der N.S. drei Feinde habe, die er vernichten müsse: das Judentum, das Freimaurertum und das Christentum. Offenes Bekenntnis zum Christentum gilt als Bindung, die zum Dienst in Staat und Partei untauglich macht. Die Anerkennung der Ludendorffschen Propaganda und die Verleihung des 1. Nationalpreises an Alfred Rosenberg haben die letzten Zweifel beseitigt. Jedermann in Deutschland weiß jetzt Bescheid.“ ...

Die Gestapo stellte fest, daß mindestens 200 Exemplare der hektografierten Schrift in Duisburger Bekenntniskreisen verbreitet worden waren¹⁴¹. Auf der Suche nach der Quelle stieß sie abermals auf Pastor Vetter. Welcher Gefahr er sich ausgesetzt hatte, geht aus dem Bericht der mit den Ermittlungen befaßten Duisburger Gestapo-Außendienststelle vom 13. Oktober 1938 hervor, in dem es am Schluß hieß:

„... Nach hiesigem Dafürhalten erscheint es angebracht, über Vetter eine fühlbare Schutzhaft zu verhängen, da er trotz hiesiger mehrfacher Warnungen es nicht unterläßt, sich den Anordnungen des Reichskirchenministers zu widersetzen, seine Predigten fast immer versteckte Angriffe gegen die nationalsozialistische Weltanschauung enthalten und er hier schon lange in Verdacht stand, durch illegale Schriften öffentlich zu hetzen. Durch die Verbreitung der „Denkschrift evgl. Heerespfarrer“, die Vetter nicht bestreitet, geht seine Haltung zum nat. soz. Staat eindeutig hervor.

Krim.-Oberasst. ¹⁴²

Wenn Pfarrer Vetter das Konzentrationslager doch noch erspart blieb, so möglicher-

¹⁴¹ Vgl. HD-Gestapo 16 903, Blatt 66 ff.

¹⁴² Vgl. HD-Gestapo 16 903, Blatt 82.

weise nur deshalb, weil die Gestapo nach einer Verhaftung Tumulte an der Bekenntnisfront fürchtete und weil sie wohl auch befürchtet hatte, daß ein rasches Übergreifen von Unruhen in die oppositionellen katholischen Kreise nicht auszuschließen war. Schließlich hatten die spontanen Demonstrationen der Katholiken im vorangegangenen Jahr (während des Bischofsbesuchs anlässlich des goldenen Priesterjubiläums von Dechant Cüppers) gezeigt, daß in Duisburg hinter den Pfarrern ein unberechenbares Widerstandspotential stand.

Die Flugblattaktion vom Oktober 1938 scheint indessen eine Wende zu markieren, nach der die Duisburger Bekenntnispfarrer keine weiteren öffentlichen Vorstöße mehr riskierten.

Gleichzeitig geht aus den Akteneintragen der Staatspolizeistelle Düsseldorf hervor, daß die Pfarrer Vetter, Schindelin und Hesse seitdem auf Schritt und Tritt von Beobachtern verfolgt wurden¹⁴³. Daß dies wiederum den Pastoren nicht verborgen geblieben war und sie sich dementsprechend vorsichtig verhielten, kann daraus geschlossen werden, daß die Gestapovermerke (wie z. B. bei Pfarrer Vetter bis Ende 1940) Treffen mit anderen Bekenntnis Pfarrern registrierten, aber keine politischen Vorgänge und entsprechende Gegenmaßnahmen erwähnt sind¹⁴⁴. Damit bleibt andererseits ungeklärt, in welchem Umfang eine auf geistige Auseinandersetzung zielende Untergrundarbeit vorangetrieben wurde. Daß in dieser Richtung die Duisburger Bekenntnispfarrer auch weiterhin wirkten, ist unbestritten, wie eine letzte, kurzfristige Häufung von Ereignismeldungen aus dem dritten Kriegsjahr dokumentiert. Im Mai 1941 entdeckte die Gestapo in dem von Pfarrer Theodor Stiasny redigierten Meidericher Kirchlichen Wochenblatt einen Artikel „Gottgläubig? – Christgläubig“, der bei genauerer Analyse kaum noch einen Zweifel offen ließ, daß der Pfarrer den Nationalsozialismus als sichtbar gewordenes Werk des Teufels umschrieben hatte¹⁴⁵.

Auf diese Auslegungsmöglichkeit reagierten die in ihren Liedern so forsch auf „Tod und Teufel“ eingeschworenen Hüter der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ besonders empfindlich. Der „SD-Leitabschnitts-Leiter“ in Düsseldorf ersuchte das Reichssicherheitshauptamt in Berlin um sofortiges Verbot des Meidericher Kirchenblattes¹⁴⁶. Doch das Gemeindeblatt bedurfte nicht mehr der Sonderbehandlung durch den SD. Es stand bereits auf der Liste der Kirchenblätter, die gemäß Erlaß von höchster Stelle „mit Wirkung vom 1. 6. 1941 aus kriegswirtschaftlichen Gründen“ ihr Erscheinen einstellen mußten¹⁴⁷.

Mit dem Jahr 1941 versiegen die Quellen über die Duisburger Bekenntnisfront. In den Akten der Gestapo findet sich lediglich noch eine Eintragung aus dem Jahre 1944, derzufolge Pfarrer Schindelin wegen der Entsendung eines „Rundbriefes ohne Impressum . . . staatspolizeilich verwahrt und mit einem Sicherungsgeld in Höhe von 1000 RM“ bestraft wurde¹⁴⁸.

Das Erscheinungsbild der Bekenntnis-Opposition war dem der katholischen Opposition zunehmend ähnlicher geworden.

Nach außen zeigte sich Ähnlichkeit von beiden Bewegungen ganz allgemein darin, daß sie immer nur kurzfristig in konkreter Gestalt für die Gestapo sichtbar wurden.

¹⁴³ Neben den Genannten stand eine Zeitlang auch der Pfarrer Dr. Gustav Haarbeck aus Meiderich unter Beobachtung. Vgl. HD-Gestapo 9840.

¹⁴⁴ Vgl. HD-Gestapo 12 003, 14 089, 16 903.

¹⁴⁵ Vgl. HD-Gestapo 36 272, Blatt 7 ff.

¹⁴⁶ Vgl. a. a. O., Blatt 12 g.

¹⁴⁷ Vgl. a. a. O., Blatt 14.

¹⁴⁸ Vgl. HD-Gestapo 16 696, Blatt 3.

Phänomenologisch gesehen wären sie als extreme Gegenstücke zu den Äußerungsformen des kommunistischen Widerstandes im politischen Raum, und innerhalb der religiös motivierten Opposition wären sie als das Gegenbild zum Widerstand der Sekten, z. B. dem der „Ernsten Bibelforscher“ (Zeugen Jehovas) zu betrachten.

Die so oft gestellte Frage, ob in beiden Bewegungen nicht tendenziell Verlagerung vom „Widerstand“ zur „Anpassung“ stattgefunden habe, entzieht sich andererseits auch heute noch der Antwort, weil unterschwellige Breitenwirkung, „Verinnerlichungsprozeß“ und die durch ihn erfolgte Blockierung einer möglicherweise schon vorhandenen Virulenz der tiefer als in der politischen Motivation ansetzenden psychischen Disposition zum Widerstand nicht faßbar sind. Diese wäre möglicherweise erst in einem längeren Zeitraum zum Durchbruch gekommen.

Es wäre z. B. denkbar, daß die erst heute vollentfaltete ökumenische Bewegung – die bekanntlich ihren Ursprung in der Begegnung von evangelischen und katholischen Geistlichen in den Konzentrationslagern des NS-Staates hat – bei längerer Dauer der totalitären Herrschaft unter dem gemeinsamen Erlebnis der Verfolgung sehr viel schneller vorangekommen wäre und dann zu einer „Einheitsfrontbildung“ im Widerstand gegen das System hätte führen können.

3. Eine standhafte Minorität: Ernste Bibelforscher (Zeugen Jehovas)

Am Schluß dieses Berichtes bleibt eine Widerstandsgruppe zu erwähnen, die eine besondere Stellung einnimmt, weil ihre Mitglieder – sieht man vom Schicksal der Juden ab – mit Haß ohnegleichen von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Es war eine kleine Schar, meist ältere Menschen, die in der Regel in sehr ärmlichen Verhältnissen lebten und abseits aller politischen Gruppierungen stand: die „Ernsten Bibelforscher“, auch „Zeugen Jehovas“ genannt¹⁴⁹. Die Sekte, die zu der von Josef Franklin Rutherford aus Amerika geführten Internationalen Bibelforscher-Vereinigung gehörte, war in Preußen durch Innenministererlaß schon im Juni 1933 verboten worden¹⁵⁰.

Die einfachen Leute aber hatten solcherlei Verbot nicht zur Kenntnis genommen und sich weiterhin unbekümmert zu gemeinsamen Bibellesungen zusammengefunden. Und auch die Gestapo schien anfangs keine Notiz davon zu nehmen.

Die Verfolgung setzte dann um so brutaler ein, nachdem die Zeugen Jehovas bei der Verteilung ihrer Zeitung „Wachturm“ angetroffen wurden und sie weder durch Verwarnungen noch Drohungen davon abzubringen waren.

Auf die ersten gewaltsamen Unterdrückungsversuche reagierten die Bibelforscher mit einer Resolution, die auf einer internationalen Begegnungswoche im September 1936 in Luzern gefaßt wurde, in der es hieß:

„Wir rufen alle gutgesinnten Menschen auf, davon Kenntnis zu nehmen, daß Jehovas Zeugen in Deutschland, Österreich und anderswo grausam verfolgt, mit Gefängnis bestraft und auf teuflische Weise mißhandelt und manche von ihnen getötet werden. Alle diese verruchten Taten werden gegen sie von einer grausamen, heimtückischen und bösen Macht verübt . . .

Aus dem Grunde lassen wir heute die Warnung an die Herrscher in Deutschland . . ., die die wahren und treuen Nachfolger Christi Jesu grausam verfolgen, ergehen, daß ihr Geschick nach Gottes Wort vollständige Vernichtung sein wird.“¹⁵¹

Mit bewundernswertem Mut suchten die Ernsten Bibelforscher – Zeugen Jehovas – Gelegenheiten, um ihre tiefgründende Überzeugung kundzutun, die bemerkenswert eindeutig in einer Schrift „Unser Kampf und Hitlers ‚Mein Kampf‘“ formuliert war:

¹⁴⁹ Vgl. hierzu den Aufsatz von Michael H. Kater „Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1969, 2. Heft, S. 181 ff.

¹⁵⁰ Vgl. hierzu ausführlich außer Michael H. Kater, a. a. O.: Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, Hannover 1969, S. 159 ff.

¹⁵¹ Vgl. HD-Gestapo 10 631, Blatt 47; hierzu weiterführende Interpretation bei Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 161, Fußnote 10.

„... Wir grüßen nicht ‚Heil Hitler‘, weil wir auf Grund des Wortes Gottes von ihm das Heil nicht erwarten können“
 „... Wir grüßen die nationalen Symbole nicht, aber wir beschimpfen sie auch nicht. Wir handeln nicht gegen das Gesetz, wenn wir Fahnen nicht grüßen. Dann widerstrebt es uns auch, tote Dinge zu grüßen. Wir werden dies ebensowenig tun, als Sadrach, Mosach und Abednech sich vor dem goldenen Bilde, das Nebudkadnezos aufgerichtet hatte, niederbeugten.“
 „... Wir geben nichts bei öffentlichen Sammlungen. Für den Christen ist es eine Selbstverständlichkeit Gutes zu tun. ... Wir lassen uns aber die Art, wie wir das Gute tun sollen, nur von Gott vorschreiben!“
 „... Selbstverständlich verweigern Bibelforscher den Kriegsdienst, wenn Gottes Wort doch sagt: Du sollst nicht töten ...“¹⁵²

In Duisburg und Hamborn folgten nicht weniger als 51 Bibelforscher durch die Verbreitung dieser Überzeugung in Wort und Schrift ihrem Gewissen, mit beispielloser Standhaftigkeit sogar konsequent bis zur Wehrdienstverweigerung.

Sie alle erlitten ein furchtbares Schicksal. Bis auf wenige, die mit kurzer Gefängnishaft davonkamen, wurden sie in die Konzentrationslager Bergen-Belsen, Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen verbracht, wo sieben umkamen. Einer von ihnen ging nach einer offenbar grauenvollen Folterung durch die Gestapo freiwillig in den Tod¹⁵³.

Die bisher festgestellten Opfer der wegen ihres öffentlichen Bekenntnisses in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gekommenen Duisburger und Hamborner Bibelforscher trugen folgende Familiennamen:

Bauer, Borkowski, Eichler, Engler, Ellgring, Goebels, Förster, Heinz, Herold, Jablonski († 20. 5. 1937), Jäkel, Jozefowski, Klessny, Köbernich, Köcher, Kölm, Kolpatzeck, Kornblum, Krieg, Kühn, Lenhardt († 20. 7. 1944, Lazarett Meseritz), Lentzen, Lesniewski († 23. 6. 1937, Pol.-Gefängnis), Lewandowski, Lipinski, Lohmann († 11. 11. 1944, Haftanstalt), Lyda, Matusiak, Menz († 6. 7. 1942, Dachau), Meyer, Molsich, Neumann, Nobis, Oberegger, Palzke, Pätzold, Paprotka, Pettheit, Pietrzak, Podoll, Poths, Priebe, Reichert, Ruddeck, August († vermutl. Sachsenhausen), Ruddeck, Franz († 2. 4. 1945 Buchenwald), Schmitt, Thies, Weis, Wiedemann, Zirk, van Zwamen¹⁵⁴.

¹⁵² Vgl. erweiterter Text mit Quellenangaben bei Hans-Josef Steinberg, a. a. O., S. 162.

¹⁵³ Ignatz Lesniewski; HD-Gestapo 21 617 mit Foto des Erkennungsdienstes.

¹⁵⁴ Vgl. HD-Gestapo 22 676, 3779, 7457, 21 615/50 272, 21 617, 31 114, 43 583/57 062 mit Akten des Afw Duisburg zu den aufgeführten Namen unter Sign. ZK 5120 bis 73 039.

Man wird an dieser Stelle des Berichts nach dem Schicksal der Juden in Duisburg fragen. Es wurde nicht behandelt, weil die Verfolgung außerhalb jeglicher Beziehungen zum Widerstand gesehen werden muß, der hier darzustellen versucht werden sollte. Andererseits erwies sich das bisher gesichtete Material über die Judenverfolgung in Duisburg als so umfangreich, daß es unangemessen schien, diesen Weg menschlichen Leidens in Form eines tabellarischen Anhangs, wie es nur im Rahmen dieser Untersuchung möglich gewesen wäre, nachzuzeichnen. Im Einvernehmen mit dem Verfasser hat es das Stadtarchiv Duisburg unternommen, eine detaillierte Dokumentation vorzubereiten¹.

Schlußbemerkungen

Das aus den Magazinen der Archive, aus privatem Besitz, aus vielen lange verschlossenen Räumen zusammengetragene Material, Akten, Berichte, Notizen, ergänzt durch mündliche Schilderungen von Menschen, die hinter Zuchthausmauern oder als unauffällig abseitsstehende Bürger die nationalsozialistische Zeit erlebten, vor allem das umfangreich überlieferte Gestapomaterial, haben es ermöglicht, aus der Zeit 1933—1945 einige Momente schärfer und ganze Zeitphasen der weit ausgreifenden Industriestadt mit dem größten deutschen Binnenhafen an der westlichen Grenze des Ruhrgebietes perspektivisch zu erfassen. Jene allgegenwärtige „zweite Wirklichkeit“, von der als das Charakteristische der nationalsozialistischen Epoche in den einführenden Bemerkungen die Rede war, schien stellenweise in greifbare Nähe gerückt. Hat die Darstellung indessen den roten Faden zu erkennen gegeben, dessen es bedarf, um das Wesentliche aus dem Lauf der Dinge, ihrer verwirrenden Parallelscheinungen und offenkundig mannigfacher Widersprüchlichkeit herauszufinden?

Der Rückblick auf die Anfänge des Widerstandes zeigt zunächst, daß er fast ausschließlich von der Arbeiterschaft ausging, auch daß zwei Zentren erkennbar waren: die kommunistische und die sozialdemokratische Opposition. In beiden Kräftegruppierungen herrschte

¹ Nicht behandelt wurde auch die sog. Otto-Strasser-Bewegung „Schwarze Front“, in der sich an mehreren Stellen innerhalb und außerhalb des Reichsgebietes eine Opposition des ehemaligen linken Flügels der NSDAP zu sammeln begann. Nach Verhaftung einer Aktionsgruppe in Köln wurden auch mehrere Personen in Duisburg festgenommen, die meist dem ehemaligen „Jungdeutschen Orden“ angehörten. Das bisher aufgefundene Aktenmaterial enthielt jedoch keine konkreten Anhaltspunkte für eine tatsächliche Sammlung dieser Widerstandsströmung in Duisburg.

offensichtlich ursprünglich die gleiche Überzeugung, nämlich die, daß der Nationalsozialismus eine kurzlebige Erscheinung sei. Die Führer der beiden großen Arbeiterparteien interpretierten indessen die historische Situation grundverschieden, was zu ebenso unterschiedlichen Reaktionen in der Praxis führte. Während die Kommunisten, in ihrem Denken und Handeln gelenkt von der Komintern in Moskau, den Nationalsozialismus als Finale des zusammenbrechenden Kapitalismus — mithin als die entscheidende historische Situation werteten, die es zu nutzen galt, um Voraussetzungen für die Diktatur des Proletariats zu schaffen, glaubten die Führer der SPD, die sich nach einer internen Krise im Exil durchsetzten, daß die Reichswehr sich nicht lange von der nach totalitärer Machtausübung strebenden politischen Führung bevormunden lassen, sondern Hitler stürzen würde, und daß danach, selbst bei einer Übergangsphase mit Militärdiktatur, die Rückkehr zu einer parlamentarisch-demokratischen Staatsverfassung möglich wäre. — Daß bei den Sozialdemokraten Erinnerungen an eine scheinbar vergleichbare Situation zur Zeit des „Sozialistengesetzes“ im Bismarckreich eine Rolle spielten, kann hier nur angedeutet werden. — Die wesentlich verschiedenen Auffassungen von politischer und gesellschaftlicher Idealstruktur wirkten sich auch auf die Zielsetzungen beim Aufbau von Untergrundorganisationen aus. Während es den Sozialdemokraten in erster Linie um die Erhaltung ihrer Parteibasis ging — wobei sie bezeichnenderweise auf bewährte Praktiken aus der Bismarckzeit zurückgriffen, etwa dergestalt, daß sie wie die damals ebenfalls unterdrückten Jesuiten über „Grenzsekretariate“ persönliche Kontakte zur „Basis“ mit dem Ziel des konspirativen Zusammenhalts anstrebten —, verfolgten die Kommunisten ganz andere Ziele.

Sie arbeiteten systematisch im Untergrund auf den Aufbau einer „Revolutionsarmee“ mit straffer Organisationsstruktur hin. Die mit so verschiedener Zielsetzung verfolgte Aufbauarbeit von Untergrundorganisationen ließ sich in Duisburg und Hamborn bis 1935 erkennen.

Das Jahr 1935 markiert eine deutlich wahrnehmbare Wende. Die sich bisher in tausendfachen Flugblattaktionen artikulierenden Untergrundorganisationen, die auf eine Aufklärung der Bevölkerung über das wahre Wesen des Nationalsozialismus und dessen aggressiv-imperialistischen Ziele gerichtet waren, die gleichzeitig aber auch den Versuch der KPD spiegelten, die Arbeiterschaft für eine revolutionär-militante kommunistische Massenorganisation zu gewinnen, diese starke Aktivität der illegal weitergeführten Arbeiterparteien erlischt scheinbar 1935. Daß ein Zusammenhang mit dem von 1934 bis 1935 zügig vorangetriebenen Aufbau der Gestapo bestand, ist offensichtlich.

Auf die ab 1934 binnen Jahresfrist hochschnellende Zahl von Verhaftungen erfolgte der strategische Kurswechsel bei der KPD, die offiziell ihren Führungsanspruch aufgab und statt dessen auf höchster Ebene eine Verständigung mit den Sozialdemokraten suchte; wie man weiß, vergeblich. Die Sozialdemokraten hatten nach der bis dahin von den Kommunisten praktizierten „Einheitsfront“-Politik begründete Zweifel an der Öffnung der KPD für eine nach dem Sturz Hitlers von der SPD wieder angestrebten parlamentarischen Demokratie, die für die Sozialdemokraten entsprechend ihrer Auffassung von Gerechtigkeit und Freiheit unabdingbare Maxime war. Die hierzu aufschlußreichen Hintergrundinformationen konnten an mehreren Stellen in die Untersuchung eingeblenndet werden.

Nicht konkret zu beantworten war die Frage, ob nicht auch 1935 einerseits eine in der spürbaren Erfolgslosigkeit gründende Resignation oder sogar eine gewisse Faszination von den sich abzeichnenden außenpolitischen Erfolgen des NS-Regimes, einhergehend mit der zunehmenden Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf das Engagement für den Widerstand negative Auswirkungen hatte. Einige Anhaltspunkte schienen

für die hier angedeutete Vermutung zu sprechen, zumindest für einen Umschlag der Widerstandsaktivität in zunehmend passiv abwartendes Verhalten.

Andererseits zeigte sich, daß 1934/35, als der Untergrundkampf der Arbeiterparteien zusammenbrach, im Untersuchungsgebiet eine bisher nach außen nur sporadisch in Erscheinung tretende Strömung Konturen annahm: die anfänglich nur von einigen wenigen katholischen Geistlichen zum Ausdruck gebrachte Opposition griff kurzfristig auf die katholische Arbeiterschaft über, die zwar keine mit den sozialdemokratischen und kommunistischen illegalen Parteien vergleichbare Organisation aufwies, sich aber anscheinend in den katholischen Arbeitervereinen zu sammeln begann. Die Bewegung blieb jedoch in ihren Anfängen stecken. Der Zeitpunkt für eine Konsolidierung war ebenso verpaßt wie die Chance für eine Verständigung mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Obwohl damals zwischen Katholiken und Sozialdemokraten — anders als zwischen Katholiken und Kommunisten — prinzipiell weltanschaulich unüberbrückbare Gegensätze gar nicht bestanden, hatten offensichtlich sozialdemokratische Ressentiments gegenüber katholischer Kirchenpolitik und eine vom Vatikan allzu lange nicht gesehene Möglichkeit und Aufgabe, die tendenziell gleichen Anliegen von politischer Arbeiterbewegung und christlicher Botschaft in ihren tiefergründenden Bezügen in Verbindung zu bringen, eine weitergreifende Kooperation blockiert.

Bemerkenswert bleibt, daß die Träger nationalsozialistischer Machtpolitik ein besonderes Gespür für potentielle Widerstandsenergien im religiös-weltanschaulichen Raum hatten und daß sie deren Umwandlung in politische Aktivität insgeheim fürchteten. Die aufmerksame Beobachtung aller Regungen der katholischen Opposition im Untersuchungsgebiet, wie sie in den monatlichen Gestapoberichten aufgezeichnet sind, waren hierfür äußerst aufschlußreich.

Die evangelische Kirche, vor der nationalsozialistischen Machtergreifung fast gänzlich von der Problematik ihres Verhältnisses zum Staat absorbiert, brachte in einem noch schwierigeren und geradezu dramatischen internen Prozeß um die Bestimmung des Verhältnisses zur totalitären Diktatur des Nationalsozialismus eine eigene Widerstandsbewegung hervor, die in Duisburg ähnlich wie in Dortmund zu einer beachtlichen Verdichtung gelangte. Sie konnte jedoch weder bis zur Verständigung mit der katholischen Opposition vordringen noch wie jene Anschluß an die Basis der getrennt zur Organisation drängenden sozialistischen und kommunistischen Widerstandspotentiale finden. Schließlich gab es die kleine Sekte der Ernten Bibelforscher — Zeugen Jehovas, die von allen Fähnrisen jener Zeit gänzlich unbeirrt die Nähe der End-Zeit prophezeite und, ohne auf Tarnung bedacht zu sein, sich den das „tausendjährige Reich“ verkündenden Nationalsozialisten schutzlos auslieferte.

Während des Krieges wandelt sich das Bild des Widerstandes nochmals. Zunächst, ganz allgemein wahrnehmbar, wird es im Untergrund wieder mobil. Die religiös motivierte Opposition tritt noch stärker hervor. Von ihr in der Thematik nicht mehr weit entfernt, erheben sich die Stimmen einzelner Sozialdemokraten und einiger politisch nicht eindeutig fixierbarer Nonkonformisten. Die Nationalsozialisten unterdrückten sie gnadenlos konsequent bis zur Hinrichtung der Opponenten.

All diesen Äußerungen ist gemeinsam, daß sie, von rudimentären Ansätzen abgesehen, keine organisierbare Basis finden konnten. (Rudimentäre Ansätze einer Solidarisierung konnten u. a. in der Verbreitung des Mölders-Briefes von Oberschülern gesehen werden.) Abermals systematisch nach Organisation strebten nur die Kommunisten. Die Zielsetzungen der ferngelenkten Aktionen können anhand der in Duisburg-Hamborn von der Gestapo aufgespurten Organisationskerne nicht genau festgestellt werden. Insbesondere bleibt offen, inwieweit es sich um eine vom sowjetischen Geheimdienst gesteuerte

Aktion gehandelt hat, die auf den Aufbau einer zweiten Front zur Unterstützung der militärischen Operationen hinter den Linien gerichtet war, oder ob es sich um die Aktivität einer nationalorientierten deutschen KP-Gruppe gehandelt hat, die mit Blick auf eine mögliche — parlamentarische — Demokratie nach dem Ende des NS-Staates im Ruhrgebiet Vorarbeiten für die Kaderbildung einer neuen KPD leisten wollte.

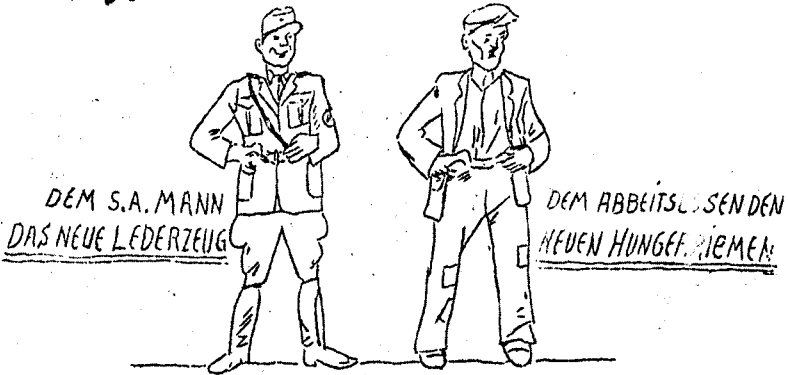
Nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt dieser unbeantwortet gebliebenen Frage erweist sich der gesuchte rote Faden durch die Widerstandsbewegung in Duisburg als ein vielgestaltiges Gebilde. Wie schon die Gliederung dieses Berichtes anzeigt, lassen sich jedoch die Ursprünge des Widerstandes in den Zentren der Arbeiterparteien erkennen. Und ebenso sicher ist, daß eine weitere Quelle in den katholischen und evangelischen Pfarreien, die inmitten oder am Rande von Arbeiterwohnvierteln lagen, zu suchen ist.

Was zwölf Jahre lang in der großen Industrie- und Hafenstadt an der westlichen Grenze des Ruhrgebietes von der Gestapo unter dem Geheim-Siegel verzeichnet wurde, ist gewiß nur ein kleiner Ausschnitt aus der zweiten Wirklichkeitsebene des Dritten Reiches. In ihr scheinen sich jedoch die Bewegungen einer, zukünftige Entwicklungen in sich tragenden Umbruchzeit auf relativ engem Raum in dynamische Vollzüge umgesetzt zu haben. Für viele schicksalschwer. Die Zahl derer, die in Duisburg als Opfer der politischen Verfolgung starben, bleibt ungewiß.

Es bleibt die Pflicht einer in Frieden und materiellem Wohlstand lebenden Generation, die Erinnerung an jene wachzuhalten, die es gewagt hatten, für Gerechtigkeit, Frieden und für die Freiheit unterdrückter Minderheiten einzutreten.

Dokumente

Jedem seine neue Ausrüstung:



Arbeitsloser, denk daran!

Die erste Tat der von Hitler unterstützten Regierung Papen - Schleicher war:

Die Unterstützung der Arbeitslosen, die Renten der Kriegs- und Kriegsverwundeten, die Renten der Witwen und Waisen zu kürzen.

Unter der Regierung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller wurden im Jahre 1928 die nachstehenden Arbeitslosenunterstützungssätze gezahlt. Eine Gegenüberstellung ergibt folgendes:

| Lohnklasse: | Unter Hermann Müller: | Unter Papen-Schleicher: |
|-------------|-----------------------|-------------------------|
| XI | RM. 37,80 | RM. 25,20 |
| X | 34,20 | 25,20 |
| IX | 30,60 | 22,20 |
| VIII | 27,00 | 21,90 |
| VII | 24,38 | 21,90 |
| VI | 21,45 | 17,40 |
| V | 17,52 | 17,40 |

Unter Duldung der Nazipartei hat die Regierung der Freiherrn und Barone in der Regierungserklärung ausgesprochen: Der Wohlfahrtsstaat muß beseitigt werden! Mit Unterstützung der Nazipartei wurde die neue Hunger-Notverordnung das große Sterben der Arbeitslosen erst verordnet und möglich gemacht.

Diese Hungersätze, die in der Spitze Mk. 9,90 pro Woche unter den angeführten früheren Sätzen stehen, treten ab heute in Kraft.

Arbeiter und Angestellte! Nun urteilt selbst!

Die Nazipartei, die alles versprochen, hat Eure Lage bis zum Elendsdasein verschlechtert. Das Totenkleid trägt ihr alle Lebend am Leibe. Hilfe kann nur kommen, wenn ihr euch in den Gewerkschaften und in der großen unbesiegbaren alten Arbeiterpartei August Bebel's zur Abwehr gegen den Faschismus zusammenschließt,

Bei der Reichstagswahl die Augen auf!

Der Vormarsch der Unterdrückten und Hungernden hat begonnen. In Hessen bei der Landtagswahl hat die Sozialdemokratische Partei 2 Mandate gewonnen. In ganz Deutschland marschieren die "Eiserne Front". Im Zeichen des Angriffes werden wir siegen!

Wir greifen an! Freiheit!

"Eiserne Front" Duisburg.

Wählt Liste 1

der Sozialdemokratischen Partei.

Verantwortlich: Rudolf Schulz, Duisburg, Marienstr. 22

Nationalsozialistisches Deutschland

Deutsches der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Herausgeber: Josef Terboven

Mittwoch, den 22. März 1933

Beobachter für Duisburg-Hamborn

Dehnungsbauung des Gauleitungsamtes

Das Gauamt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Duisburg hat sich in der letzten Zeit in der Hinsicht der Dehnungsbauung des Gauleitungsamtes in erheblichem Maße erweitert. Die bisherigen Aufgaben des Gauamtes sind nun durch die Erweiterung des Gauleitungsamtes in erheblichem Maße erweitert worden. Die bisherigen Aufgaben des Gauamtes sind nun durch die Erweiterung des Gauleitungsamtes in erheblichem Maße erweitert worden.

Die bei dem Gauamt in Duisburg am 22. März 1933 abgehaltene Sitzung des Gauamtes wurde von dem Gauamtsleiter Josef Terboven geleitet. In der Sitzung wurden die wichtigsten Angelegenheiten des Gauamtes besprochen. Die Sitzung wurde von dem Gauamtsleiter Josef Terboven geleitet.

Klage im Reichsgericht

Die im Reichsgericht eingeleitete Klage gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nun durch die Entscheidung des Reichsgerichts beendet worden. Die Klage wurde abgewiesen.

Ein Jahr „Kraft durch Freude“!

Das erste Jahr der „Kraft durch Freude“-Bewegung ist nun abgeschlossen. Die Bewegung hat sich in erheblichem Maße erweitert und hat die Arbeiter in erheblichem Maße gefördert.

Gerichtsurteil

Das Urteil des Reichsgerichts gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist nun veröffentlicht. Das Urteil ist abweisend.

Einmal mehr

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat sich in der letzten Zeit in der Hinsicht der Dehnungsbauung des Gauamtes in erheblichem Maße erweitert.

30 Ratsherren statt Schwöbervorstand

Eine Sitzung der vorläufigen Gemeindebehörde - Finanzierung der Stadt Park geherbergt - Die Geburt des Schwarz-roten Systems - Am die Hamborner Hundeliebhaber

Das Gemeindefassungsrecht in unserer Stadt

Ein Vortrag von Herrings

Die Sitzung des Gemeindefassungsamtes in Duisburg wurde am 22. März 1933 abgehalten. In der Sitzung wurde über die wichtigsten Angelegenheiten des Gemeindefassungsamtes berichtet. Die Sitzung wurde von dem Gemeindefassungsleiter geleitet.

Der Schwöbervorstand

Der Schwöbervorstand der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Duisburg hat sich in der letzten Zeit in der Hinsicht der Dehnungsbauung des Gauamtes in erheblichem Maße erweitert.

Das Gemeindefassungsrecht in unserer Stadt

Die Sitzung des Gemeindefassungsamtes in Duisburg wurde am 22. März 1933 abgehalten. In der Sitzung wurde über die wichtigsten Angelegenheiten des Gemeindefassungsamtes berichtet. Die Sitzung wurde von dem Gemeindefassungsleiter geleitet.

Wieder ein Tierpark an der Königstraße

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Duisburg hat sich in der letzten Zeit in der Hinsicht der Dehnungsbauung des Gauamtes in erheblichem Maße erweitert. Die bisherigen Aufgaben des Gauamtes sind nun durch die Erweiterung des Gauleitungsamtes in erheblichem Maße erweitert worden.

Städter II

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat sich in der letzten Zeit in der Hinsicht der Dehnungsbauung des Gauamtes in erheblichem Maße erweitert.

Städter III

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat sich in der letzten Zeit in der Hinsicht der Dehnungsbauung des Gauamtes in erheblichem Maße erweitert.

Das Signal

Nummer 2 • Jahrgang 1933
Mannover,
Sonntag, 18. Februar

Verlag: Joseph Schaffner, Hannover F.R. des Inhalt verantwortlich: Joseph Schaffner, Hannover Druck: E. A. H. Metzler & Co., Hannover

Für Recht und Freiheit!

Deutsches Volk, Frauen und Männer!

Die Parteien der Harzburger Front, Deutsche und Nationalisten, haben die Regierung überwunden, das Reichstag aufgelöst und abernas Wahlen eingeschrieben. Sie wollen noch einmal mit der Mehrheit über die Hand die Volk in die Wahlkabinen des letzten Jahres verwirkeln hat.

Ihre Regierung, die Regierung Müller-Papen-Hugenberg, hat einen Wahlaufruf erlassen, der keinen anderen klaren Gedanken enthält, aber von Verwirrungen aller politisch Andersdenkenden vertrieben ist.

Im Ordnen zu Bundesratsmitgliedern von Sozialdemokraten, die auf den Scheitlerdauern geblieben sind, im Namen von Millionen deutscher Arbeiterinnen, die Kammerlos erkrankt und geendet haben, erwidern wir gegen den ungesetzlichen Versuch einer Minderheit, sich selbst die autonomen Tätigkeiten und Verfahren zu verschaffen, die Freiheit aber zu verächtlich und unüberwindlich verächtlich der Nation zu stellen.

Worte sind kein Beweis ständiger Gesinnung. Nur so oft verlor sich hinter ihnen um ihre Qualität zu bestimmen, der von ihnen auf Sicherheit der Nation spricht, während er die eigene Freiheit mißt.

Denkt an die Ostseite!

Die Parteien der Harzburger Front, Deutsche und Nationalisten, haben die Regierung überwunden, das Reichstag aufgelöst und abernas Wahlen eingeschrieben. Sie wollen noch einmal mit der Mehrheit über die Hand die Volk in die Wahlkabinen des letzten Jahres verwirkeln hat.

Keine Partei der Reichstag die Unterstützung dieser Maßnahmen begehren, wurde er aufgelöst und durch die Verfassung neuorganisiert.

Die Parteien der Harzburger Front, Deutsche und Nationalisten, haben die Regierung überwunden, das Reichstag aufgelöst und abernas Wahlen eingeschrieben. Sie wollen noch einmal mit der Mehrheit über die Hand die Volk in die Wahlkabinen des letzten Jahres verwirkeln hat.

Wer steht in der Harzburger Front?

Die Parteien der Harzburger Front stehen Mitglieder der abgesetzten Reichstages, Grafen, Barone und Generale, die den Krieg begonnen und die jetzt durch die heillosen Lagen von Deutschland den Scheitlerdauern geblieben sind, im Namen von Millionen deutscher Arbeiterinnen, die Kammerlos erkrankt und geendet haben, erwidern wir gegen den ungesetzlichen Versuch einer Minderheit, sich selbst die autonomen Tätigkeiten und Verfahren zu verschaffen, die Freiheit aber zu verächtlich und unüberwindlich verächtlich der Nation zu stellen.

Keine Partei der Reichstag die Unterstützung dieser Maßnahmen begehren, wurde er aufgelöst und durch die Verfassung neuorganisiert.

Die Parteien der Harzburger Front, Deutsche und Nationalisten, haben die Regierung überwunden, das Reichstag aufgelöst und abernas Wahlen eingeschrieben. Sie wollen noch einmal mit der Mehrheit über die Hand die Volk in die Wahlkabinen des letzten Jahres verwirkeln hat.

Keine Partei der Reichstag die Unterstützung dieser Maßnahmen begehren, wurde er aufgelöst und durch die Verfassung neuorganisiert.

Die Parteien der Harzburger Front, Deutsche und Nationalisten, haben die Regierung überwunden, das Reichstag aufgelöst und abernas Wahlen eingeschrieben. Sie wollen noch einmal mit der Mehrheit über die Hand die Volk in die Wahlkabinen des letzten Jahres verwirkeln hat.

Herr von Papen, der seine Regierung mit den Worten antrat:

der Staat dürfte keine Wohlfahrtsanstalt sein, Herr von Papen, der die Beamten der Wägen, Wägen, Kriegswesenbeschäftigten und -verwaltern, die Unterstützungen der Arbeiterlosen gesamt hat, Herr von Papen, der den Arbeitgebern Lohnkürzungen bis zu 25 Prozent gestattet hat — dieser Herr von Papen, der es so weit trieb, daß ihn ein allgemeiner Volkssturm hinwegjagte — er sitzt wieder in der Regierung als Vizekanzler neben Hitler.

Was wundert es, daß diese Regierung ihre ganze Kraft daran wendet, ihre Vorzüge herauszuheben,

daß sie aber mit keinem Wort verrät, wie sie es besser machen will,

und daß sie die Arbeiter und Bauern, die nach schlechter Hilfe schrien, wie die Polizeiwagen mit einem Verhältnissen verhört.

Wir stellen die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geforderte Arbeitsbeschäftigung? Wo steht die 40-Stunden-Woche?

Die Regierungsparteien sagen, sie wollten das „November-Verbrechen“ wieder entzünden, was immer es damit?

Es gibt kein November-Verbrechen,

sondern der Krieg verlor die Hand. Der Krieg war trotz aller heldenmütigen Aufopferung des Volkes schon verloren, als im Oktober 1918 Hindenburg und Ludendorff im Waffenstillstand eintraten.

Es gibt kein November-Verbrechen, das Arbeiterlosigkeit und Not in Deutschland verschuldet hat. Arbeiterlosigkeit in auszuweisen, Ausmaß gibt es als Folge des kapitalistischen Systems in der ersten Welt, von sozialistischem Amerika bis zum sozialistischen Italien.

Und doch gibt es ein November-Verbrechen, das die Harzburger Parteien der Sozialdemokratie zu verschulden werden:

Daß wir die unheiligen Dynastien der Könige, die Vorrechte des Adels, das Soldatenrecht in Preußen, die Gendarmenordnungen im Osten beseitigten, das war unser November-Verbrechen!

Daß wir die Republik schufen, allen Staatsbürgern, Männern und Frauen gleiche Rechte geben, den Bürgerinnen gleiche Wahlrecht für Staat und Gemeinde einbringen, die Sozialversicherungen durchsetzen, die Arbeitslosenversicherung durchsetzen, den Arbeitlosen helfen, einen Lebensunterhalt verdienen, daß wir den Beamten das Kautionsrecht gaben, die Beamten gegen die Inhaber der Ämter schützten, daß wir den Achtstundentag proklamierten, Verhältnisse schafften, Arbeitervereinigungen gründeten, mit Licht und Luft und Grünflächen und Schönheit — das ist unser November-Verbrechen!

Daß wir mit dem November-Verbrechen, das wieder rückwärtsgerichtet werden muß! Dafür wollen sie die Mehrheit!

Keine solche Fiktion wollen wir auch zum Kampf.

Die Arbeiter, die hier folgen, sind für die Reichstagswahlen bereit.

Gibt den Feinden eurer Freiheit am 5. März die Antwort, die sie verdienen, damit ihnen ein für allemal die Lust vergeht, sich an euren Rechten zu vergreifen!

Freiheitsfront gegen Harzburger Front!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Freiheit!

Heraus zur entscheidenden Wahltschlacht!

Freiheitsfront gegen Harzburger Front!

Deutsches Volk, Frauen und Männer!

Die Parteien der Harzburger Front, Deutschnationale und Nationalsozialisten, haben die Regierung übernommen, den Reichstag aufgelöst und abnormale Wahlen angeschrieben. Sie wollen noch einmal um die Mehrheit kämpfen, die ihnen das Volk in fünf Wahljahren des letzten Jahres verweigert hat.

Ihre Regierung, die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg, hat einen Wahlausruf erlassen, der keinen einzigen klaren Gedanken enthält, aber von Verunglimpfungen aller politisch Andersdenkenden geradezu strotzt.

Im Gedanken an Hunderttausende von Sozialdemokraten, die auf den Schlachtfeldern geblieben sind, im Namen von Millionen deutscher Arbeiterfrauen, die Namenlosen erschüttert und geküffert haben, protestieren wir gegen den ungeschriebenen Versuch einer Minderheit, sich selber alle nationalen Tugenden und Verdienste anzuschreiben, die Mehrheit aber als verächtlich und minderwertig außerhalb der Nation zu stellen.

Worte sind kein Bayern nationaler Uebersetzung. Nur zu oft verbirgt sich hinter ihnen ein altes Geschichtsbildnis, das von Ehre und Sicherheit der Nation spricht, während er den eigenen Vorteil meint.

Denkt an die Osthilfe!

Mit der Begründung, es sei notwendig, den deutschen Osten vor polnischer Bedrohung zu schützen, hat man aus Mitteln des darbenenden Volkes eine Osthilfefonds geschaffen. Was ist aus ihm geworden? Nicht eine Hilfe für die Bauern, nicht eine Förderung der Stadtung, sondern eine Unterstützungszahlung für Großgrundbesitzer, die Millionen erbobten und verschwendeten.

Kann heute der Reichstag die Unternehmung dieser Mittelstünde begonnen, wurde er aufgelöst und damit der Vorhang zugezogen.

Nach vor wenigen Wochen herrschte zwischen den Harzburger Parteien gütliche Fehde. Blühige Überfälle von SA-Leuten auf Stahlhalmern und Deutschnationale waren an der Tagesordnung. Jetzt hat sie ein gemeinsamer Haß wieder, der Haß gegen die deutsche Arbeiterbewegung.

Wer steht in der Harzburger Front?

Siebt auch die Herrschenden doch einmal an!

In der Harzburger Front stehen Mitglieder der abgesetzten Dynastien, Grafen, Barone und Generale, die den Krieg verloren und die jetzt durch die intensive Lüge vom Datschuid die Schuld auf das Volk abwälzen wollen.

In der Harzburger Front stehen die großen Arbeitgebervereinigungen, die Schirmschutzeverbände, die Kampforganisationen des Großkapitals, die in der Harzburger Front stehen die Empfänger der Industrieausbeuten, der Steuerertragszuschüsse und die Nutznießer der Osthilfe.

Arme Bauern und gewerbliche Mittelständler, die ihr auch zu dieser Front gestellt, Narren wäret ihr, wäret ihr von jenen Herrschenden Hilfe in eurer Not erwartet. Wäret ihr nicht, wie der Volkstreckengeschichte im Osten zu einem Mittel gemacht wurde, werden? Wäret ihr nicht, daß die Sozialdemokratie es ist, die sich der Geoprellen annimmt, die den Handwerkslern und Landarbeitern zu ihren vollen Rechten verhalten will? Bauern, wäret ihr nicht, daß Arbeiterinnen Bauern sind? Daß der Schirmschutze der Großunternehmer, indem er die Arbeiterklasse drückt, auch den Markt für den Bauern immer weiter zerstört?

Gebt den Feinden eurer Freiheit am 5. März die Antwort, die sie verdienen, damit Ihnen ein für allemal die Lust vergeht, sich an euren Rechten zu vergreifen!

Freiheitsfront gegen Harzburger Front! — Greift an!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Der neue Reichkanzler ist Führer einer Partei, die sich heute noch Arbeiterpartei und sozialistisch nennt. Seine Regierung ist aber eine Kapitalistenregierung, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat.

Der Deutschnationale Führer Hugenberg, der schlichte Gegner der Gewerkschaft, der Sozialhilfe und Sozialversicherung, ist Wirtschaftsminister in dieser Regierung.

Herr von Papen, der seine Regierung mit den Worten antrat:

der Staat erfüllt keine Wohltätigkeitspflicht, Herr von Papen, der die Renten der Witwen, Waisen, Kriegsgenossen und Invaliden, die Unterstützung der Arbeitslosen gesenkt hat, Herr von Papen, der den Arbeitslosen Lohnkürzungen bis zu 25 Prozent gestatten hat — dieser Herr von Papen, der es nicht achtet, daß es ein allgemeines Volkstümliches Hauptgesetz — er sitzt wieder in der Regierung als Vizekanzler neben Hitler.

Was wundert es, daß diese Regierung ihre ganze Kraft daran wendet, ihre Vorgänger herabzusetzen.

daß sie aber mit keinem Wort vertritt, wie sie es besser machen will,

und daß sie die Arbeiter und Bauern, die nach schmerzlicher Hilfe schreien, wie die Bolschewiken mit einem Vierjahresplan vertritt.

Wo bleibt die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geforderte Arbeitsbeschaffung? Wo bleibt die 40-Stunden-Woche?

Die Regierungsparteien sagen, sie wollten das „November-Verbrechen“ wieder tutmachen. Was meinen sie damit?

Es gibt kein November-Verbrechen,

durch das der Krieg verloren ging. Der Krieg war trotz aller heldenmütigen Aufopferung des Volkes schon verloren, als im Oktober 1918 Hindenburg und Ludendorff im Waffenstillstand ertranken.

Es gibt kein November-Verbrechen, das Arbeitslosigkeit und Not in Deutschland verschuldet hat. Arbeitslosigkeit in ungeheurer Ausmaß gibt es als Folge des kapitalistischen Systems in der ganzen Welt, vom antinaristischen Amerika bis zum faschistischen Italien.

Und doch gibt es ein November-Verbrechen, das die Harzburger Parteien der Sozialdemokratie nie verzeihen werden.

Daß wir die unfähigen Dynastien davonjagten, die Vorräte des Adels, das Geldschwaubrecht in Preußen, die Gesundheitsordnungen im Osten beseitigten, das war unser November-Verbrechen!

Daß wir die Republik schufen, allen Staatsbürgern, Männern und Frauen gleiche Rechte geben, das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Stadt und Gemeinde einführen, die Sozialversicherung verbessern, die Arbeitslosenversicherung durchsetzen, den Arbeitsabbau heftlich gegen Lohnsenkung zu bekämpfen, daß wir den Leuten das Koalitionsrecht proklamierten, Volkshörsäle schufen, Arbeitswohnanstalten errichteten, mit Licht und Luft und Grünflächen und Spielplätzen — das ist unser November-Verbrechen!

Und das ist das November-Verbrechen, das wieder rückgängig gemacht werden soll! Dafür wollen sie die Mehrheit!

Gegen solche Pläne rufen wir euch zum Kampf.

0765/33

Niederrheinische Arbeiter-Zeitung!

— Antifasch. Aktion —

Erscheint trotz Verbot!

Das Sprachorgan des Ruhrproletariats

verboten! - Entfacht Massensturm!

In einer Situation, in der die deutsche Ausbeuterklasse und die faschistische Papenregierung einen Hungerfeldzug gegen die Arbeiterschaft durchführen will und auf den Widerstand der Ausbeuteten in den Betrieben und an den Stempelstellen stößt, ist die kommunistische Ruhrpresse verboten worden. Das Ruhrproletariat ist seines Sprachorgans beraubt worden. Die kommunistische Ruhrpresse, der Organisator der Widerstandsbewegung der Ausbeuteten gegen ihre Unterdrücker soll nach dem Willen des faschistischen Regimes 14 Tage lang nicht erscheinen.

Das Ruhrproletariat muß antworten!

Sofort müssen in allen Betrieben Belegschaftsversammlungen stattfinden, in welchen der schärfste Protest gegen das Verbot der kommunistischen Ruhrpresse erhoben werden muß.

An den Stempelstellen und in allen Arbeiterwohngebieten muß der Proteststurm des Ruhrproletariats gegen das Verbot seiner Zeitung entfacht werden.

Die Kameraden in den Betrieben und Schächten müssen erkennen, daß das Verbot der kommunistischen Presse in erster Linie gegen sie gerichtet ist. Der Kampf der Belegschaften gegen Lohnraub auf Grund der Papennotverordnung soll auf diese Weise erschwert und abgewürgt werden.

Die Antwort der Betriebe muß sein: Nun erst recht den schärfsten Kampf gegen jeden Lohnraub! Alle Belegschaften müssen die sofortige Aufhebung des Verbots fordern!

Die kommunistische Partei, die einzige Vertreterin des revolutionären Proletariats soll mündot gemacht werden. Unwidersprochen wollen die Feinde der Arbeiterklasse ihre Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die Arbeiterklasse und gegen ihre Partei entfalten können.

Jetzt muß sich zeigen die Verbundenheit der Arbeiterklasse mit der Kommunistischen Partei und ihrer Presse. Der Unterdrückungsfeldzug der herrschenden Klasse gegen die Kommunistische Partei und ihrer Presse muß die Offensive des ganzen Proletariats auslösen!

Die Unterdrückung der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Ruhrpresse ist nicht nur eine Angelegenheit der Kommunisten. Die ganze Arbeiterschaft, die parteilosen Arbeiter und vor

U.B. Duisburg-Hamborn.

Duisburg, den 11.2.33.

An alle Ortsgruppen.

Richtlinien zum Aufbau von antifaschistischen Massen-Selbstschutz-

Staffeln.

Der Faschismus will die revolutionären Arbeiterorganisationen zerschlagen. Mit Hilfe von Lügen- und Schwindetkampagnen über die "rote Mordpest" versuchen die braunen Mörder ihre Bestialitäten den Kommunisten und Antifaschisten in die Schuhe zu schieben, sie als kriminelle Verbrecher hinzustellen zu dem Zwecke eine Programstimmung gegen uns zu erzeugen.

Mit Hilfe der Staatsgewalt soll die S.A. und S.S. unter der Arbeiterklasse Depressionsstimmungen schaffen - der Terror die Antifaschisten zu Einzelterrorakten provozieren um Blutbäder unter den Massen anzurichten. Das Verbot der revolutionären Organisationen soll so vorbereitet werden.

Unsere Aufgabe ist es, eine breite Welle der Empörung in die Arbeiterreviere, in die Betriebe hineinzutragen. Alle antifaschistischen Stimmungen müssen organisatorisch erfasst, zur Verteidigung der Arbeiterbezirke eingesetzt werden.

Einheitsfront von unten.

Im Rahmen unserer zentralen Aufgabe "die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen" ist die Schaffung eines breiten Massen-Selbstschutzes, neben den Aufgaben im Betrieb, Stapelstelle und an der innergewerkschaftlichen Front, eine der wichtigsten Methoden unserer Einheitsfront im Kampf gegen den faschistischen Terror. Sie ist ein wirksames Kampfmittel des revolutionären Proletariats gegen die braunen Mordbänden.

Die Verhinderung aller weiteren Terrormassnahmen und Überfälle auf die Wohngebiete der Arbeiter ist eine Frage der gesamten Arbeiterklasse.

Aus diesem Grunde sofort mit allen sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern diskutiert, Stubenversammlungen organisiert, die Arbeiterwohnungen planmäßig bearbeitet und die Registrierung des Massen-Selbstschutzes vorgenommen.

Organisation und Aufbau.

Die Ortsgruppenleitungen haben

1. sofort alle Politiker der Strassen- und Betriebszellen zusammen zu fassen, mit ihnen konkrete Pläne über die gründliche Bearbeitung der Strassen- und Häuserblocks, jeder Arbeiterwohnung und der Betriebe durch Organisation von Stubenversammlungen, Einsatz von Sprechchören und Diskussionsgruppen auszuarbeiten, wobei die Registrierung und Schaffung des Massen-Selbstschutzes durchgeführt wird.
2. sofort einen beweglichen und ideologisch klaren Genossen freizustellen und als Praktikalleiter und politischen Führer des Massen-Selbstschutzes einzusetzen. Der Genosse wird zu den Leitungsstellen herangezogen.

Der 2. Mai 1933.

Erinnerungsbericht von Altoberbürgermeister August Seeling

Ich war damals Geschäftsführer des Zentralverbandes der Angestellten. Die Geschäftsräume der Ortsgruppe Duisburg befanden sich in der zweiten Etage des im Kriege zerstörten Hauses Friedrich-Wilhelm-Straße/Ecke Tonhallenstraße.

Am Morgen des 2. Mai 1933 hatte ich zur gewohnten Zeit meinen Dienst aufgenommen. Nach etwa einer Stunde wurde plötzlich die Tür aufgerissen und 8 bis 10 uniformierte und bewaffnete SA-Männer drangen mit dem Ruf „Hände hoch, Sie sind verhaftet“ ein. Nach einer Leibesvisitation wurde ich mit barschen Worten angewiesen in wenigen Minuten einen Kassenabschluß zu erstellen. Auf meinen Einwand, daß das so schnell nicht möglich sei, wurde erwidert, das würde man mir schon beibringen.

Zum Zeitpunkt der Besetzung waren zwei Besucher im Büro anwesend. Der eine war der heutige Bundestagsabgeordnete und langjährige Ratsherr der Stadt Duisburg, Eberhard Brünen, der den Verbandsbeitrag für seine damalige Braut, Hertha Niederhellmann, bezahlte. Er konnte, nachdem er sich legitimiert hatte, das Büro verlassen. Später wurde er in einen Hochverratsprozeß verwickelt und zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, aus der er erst durch den Zusammenbruch 1945 befreit wurde. Der andere Besucher war Albert Hamburger, Chefdekorateur in dem jüdischen Konfektionshaus Guttman an der Beekstraße. Auch er bezahlte seinen Beitrag. Nach Legitimation konnte er unter wüsten Beschimpfungen wegen seiner jüdischen Abstammung ebenfalls das Büro verlassen. Er ist später emigriert. Unterdessen erschien als weiterer Besucher plötzlich Emil Rentmeister. Er wurde von einigen SA-Männern mit dem Ruf „Aha, das ist der Richtige, den halten wir gleich mit fest“ empfangen. Emil Rentmeister war kaufmännischer Angestellter bei der AEG gewesen und in der Wirtschaftskrise arbeitslos geworden. Er half beim Zentralverband der Angestellten ehrenamtlich ein bißchen mit aus und verdiente sich durch kleinere Aufträge (Austragen von Post-sachen etc.) ein paar Mark zur seiner Arbeitslosenunterstützung. Er hatte dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehört und für seine Überzeugung immer offen und mutig gestritten. Während unserer Internierung am Nachmittag konnte er mir in einem unbewachten Augenblick noch zuflüstern, daß er einen der SA-Männer vom Vormittag gut kenne, weil er ein Hausnachbar von ihm sei. Ihm gegenüber habe er aus seiner antinationalsozialistischen Haltung nie ein Hehl gemacht. Er befürchte, daß er sich rächen würde.

Da die Erstellung des Kassenabschlusses den SA-Männern zu lange dauerte, wurde schließlich nur der vorhandene Barbestand aufgenommen. Dann mußten Emil Rentmeister und ich das Büro und das Haus verlassen. Auf jedem Treppenabsatz war ein weiterer SA-Mann postiert. Unten mußten wir auf einen offenen Lastwagen klettern und wurden vor dem Hause des Deutschen Binnenschiffsverkehrsverbandes Ecke Ruhrorter Straße/Scharnhorststraße abgesetzt und in das Sitzungszimmer geführt. Hier befanden sich bereits eine größere Anzahl mir durchweg bekannter Persönlichkeiten aus dem Duisburger Gewerkschaftsleben, weitere kamen nach und nach hinzu. Das Zimmer wurde von der SA bewacht. Der Chef der Kriminalpolizei (Geheime Staatspolizei) war zeitweilig anwesend, griff aber nicht ein. Am Nachmittag wurde angekündigt, daß jetzt die Vernehmungen beginnen würden. Der jeweils namentlich Aufgerufene mußte herauskommen und kam nach einiger Zeit wieder zurück. Meine „Vernehmung“ erfolgte durch den Leiter der NSBO, sie war ohne jeden sachlichen Inhalt.

Von diesen Vernehmungen kehrten Julius Birk, Michel Rodenstock und Josef Schlösser nicht in den Sitzungssaal zurück. In vorgerückter Stunde erschien ein SA-Mann und rief: „Ist hier jemand, der zu Hause einen Rucksack, Brotbeutel, Tornister oder ähnliches hat?“ Emil Rentmeister meldete sich und sagte, daß er von seinen Wanderungen einen Tornister habe. Er mußte herauskommen und kam nicht zurück.

Gegen 19.00 Uhr zog sich die SA zurück und das Kommando ging auf die SS über. Wir mußten uns einzeln auf die Straße begeben, bekamen an der Haustür von SS-Männern einen Stempel auf die Stirn gedrückt und wurden mit einem Fußtritt die Treppenstufen hinabgestoßen. Es begann dann unter ständigen Drohungen und Aufforderung zum Singen hintereinander und mit erhobenen Händen der Marsch durch Duisburg, auf weiten Strecken im Laufschrift, rechts und links von der SS eskortiert. Der Marsch ging über die Königstraße bis hinter den damaligen Hauptbahnhof in der Höhe der heutigen Societät und zurück zum Kuhtor, dann über die Düsseldorfer Straße zum Polizeipräsidium. Unterwegs wurden immer wieder Teilnehmer ins Gesicht geschlagen oder sonstwie mißhandelt. Justus Horchler, der hochbetagte und angesehene Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde ohnmächtig und mußte zurückbleiben. Wir wurden ohne Haftbefehl in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert und blieben 4 Tage, von der Außenwelt abgeschnitten, ohne Vernehmung und ohne die Zelle verlassen zu dürfen. Dann wurden wir mit der Auflage entlassen, uns sofort beim Leiter der NSBO zu melden.


Über das Schicksal von Birk, Rodenstock, Schlösser und Rentmeister war nichts zu erfahren. Die Zeitungen brachten nach einigen Tagen eine lakonische Notiz, daß sie nach Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern ins Ausland geflohen seien. In Wirklichkeit waren sie in der Nacht vom 2./3. Mai in dem Keller des Hauses Ruhrorter Straße 11 auf bestialische Weise erschlagen und anschließend im Hünxer Wald verscharrt worden. Ihre Leichen wurden ein Jahr später entdeckt.

In dem nach dem Kriege von dem Britischen Militärgericht gegen mehrere Angeklagte geführten Prozeß wegen Mordes war ich Zeuge.

Duisburg, im Oktober 1972

August Seeling

Die Geheime Staatspolizei kommt der SA zuvor.
Dokumente über die Ausschaltung politischer Gegner

| | | | | | |
|-------------------------|-----------------|---|----|-----------|--|
| Aufgenommen | | Abschließung Polizei-Gebäude | | Befördert | |
| von | Hauptfunkstelle |  | | an | |
| am | 23.6.33 um 0235 | | | am | |
| durch | Gr/Kr | | | durch | |
| Kopf / Berlin Nr. 172/1 | | 43 | 25 | 1740 | |

Verschlüsselt.

An alle - 2 Teile einschl -

Alle führenden SpD Funktionäre sofort in Schutzhaft nehmen, falls Gefahr besteht, dass SA selbständig vorgeht.

Für Nichtinhaftierte tägliche Meldepflicht anordnen.

Nichtpreussischen Stellen wird anheim gestellt sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Geh, Staatspol.-Amt Berlin Dez. V

Duitsburg-Hamborn, den 24.6.33.

Auf Anordnung von Herrn Krim.-Kommissar Schaefer, ist der sozialdemokratische Stadtverordnete Ernst Müller, Lerchenstr.45, am 25.6.33 gegen 6,30 vorm., in Schutzhaft zu nehmen und in das Polizeigefängnis einzuliefern.



Krim.Assistent.

Duitsburg, Hamb., den 25. 6. 1933.

Müller wurde auf Anordnung in Schutzhaft genommen und im lat. Polizeigefängnis eingeliefert.
H. V. V.



DER POLIZEIPRÄSIDENT IN DUISBURG-HAMBORN

DUISBURG, POLIZEIPRÄSIDIUM, DÜSSELDORFER STRASSE 161

An EINE

die Verwaltung des Konzentra-
tionslagers

Börgaroor bei Papenburg
an der Ems.

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS — MEINES SCHREIBENS

I. 9. Sept. 1933.

Betreffend

Beiliegende Verflung bitte ich dem dort einsitzenden Ernst Müller, geboren am 6.1.1874 in Weidenhausen, Kreis Eschwege, in Duisburg, Lerchenstr. 45, ^{zurzeit} ~~zurzeit~~ zu stellen. Die Anlage 1 bitte ich nach Ausfüllung hierher zurückzusenden.

Um Beschleunigung wird gebeten, da ich dem Herrn Regierungspräsidenten zu berichten habe.

Im Auftrage:

W. A. A. A.

Hilftrand

Die A 5
Verdruck
Pol. A. H. 3

Anlagen

Fernruf 26301

Postscheck
Essen 24030

Bank-Konten
Reichsbank-Girokonto
Kommunal-Girokonto

Der Polizeipräsident.

Duisburg-Hamborn, den 8. Sept. 1933.

I 24-10.

W. Müller.

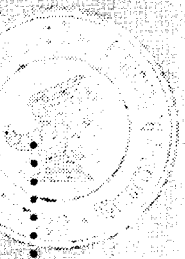
Polizeiliche Verfügung.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 ist es aus staatspolizeilichen Gründen notwendig, Ihnen Ihre persönliche Freiheit zu entziehen.

Sie sind daher bis auf weiteres polizeilich festgenommen worden.

Im Auftrage:

An
Herrn Ernst Müller
z. Zt. Börgermoor b. Papenburg
a. d. Lms



Zugestellt am:.....

Im Auftrage
Polizeipräsident
W. Müller
Neu 11.9.33. Lg. I

D.P.P.
I 24-10 -

Dtsburg-Hamb.

Li. 9.

-----1933.

1.) St. fertige:

Polizeiliche Verfügung.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat v. 28. Febr. 1933 ist es aus Gründen der Abwehr kommunistischer Gewaltakte notwendig, Ihnen Ihre persönliche Freiheit zu entziehen.

Sie sind daher bis auf weiteres polizeilich festgenommen worden.

Herrn

Ludwig Meier

z. Zt. *Pol. Insp.*

J.A.

Liseh

Zugestellt am:

Li. 9. 33.


Konzentrationslager
Wuppertal-Barmen
Beyenburgstraße 146

Verpflichtungsschein

Ich verpflichte mich hiermit, mich in Zukunft jeder staatsfeindlichen politischen Betätigung, insbesondere jeder Teilnahme an hoch- oder landesverräterischen Umtrieben, zu enthalten. Mir wurde eröffnet, dass gegen mich erneut die Schutzhaft und zwar auf unbestimmte Zeit verhängt wird, wenn ich mich erneut staatsfeindlich betätige. Ferner erkläre ich, dass Ansprüche auf Grund der gegen mich getroffenen politischen Massnahmen von mir nicht erhoben werden. Auch ist mir eröffnet worden, dass ich mich gegebenenfalls erneut freiwillig wieder in Schutzhaft begeben kann.

Duisburg-Hamborn, den *16. Okt. 33* 1933

Johannes J...
.....
(Unterschrift)

| | | | | | |
|-------------|---------------|--------------------|---|------------------------|--------|
| Aufgenommen | | Polizei-Funkdienst | | Befördert <i>70257</i> | |
| dra | | PF |  | 30 | an |
| 6/7/33 | um 2114 | 1a | | 4k | am |
| | SS | | | | durch |
| Kopf | breslau nr 33 | | 55 | 6 | 1610 - |

Polpräs duisburg-hamborn - zu dortigem ft vom 4/7/33 und schreiben vom 27/6/33 betreffend redakteur kranold - chefredakteur der volkewacht breslau kranold vorname albert geb 22/4/89 hannover hier herbert - stanetzkiestr 34 wohnhaft gewesen ist mit einer der hauptfunktionäre der spd und ein grosser hetzer gegen die nationale bewegung k. ist weiter in schutzhaft zu behalten
 staatspolizeistelle breslau -

I A d.

Duisburg-Hamborn, den 25. 7. 1933.

K r a n o l d wurde am 24. 7. 1933-9 Uhr-mittels Sammeltransport nach Breslau abgeschoben.

[Signature]
 Krim. Ass.

Koch. 1. ...
Koch. 2. Bei ... Mischhandlungen ...
42

Morg. H. Schroer wurde 4 mal schwer misshandelt, beim dritten mal wurde ihm ...
... alle Zähne ...
...
... letzte Misshandlung ...
... am 29. Mai starb.

Für ... sind #3
Kassensasse Turm 45/5/138 Turm 46 15 nicht ...
Kasernen. Zusammenkunft ...
Arbeitslocher für Bauern, ...

Mishandlungen
Paßwange ...
...
... misshandelt wurden ...

Verhaftungen 82 Genossen sind aben ...
Inhaft sind 12 Genossen ...
Betriebe ...
...

Kabrat fehlt noch.

Staatspolizeistelle
des Regierungspräsidenten
zu Düsseldorf.

Düsseldorf, den 22. Dezember 1933.

1.) Nachstehender Funkspruch ist zu richten:

- a) "An G e s t a p a in Berlin.
- b) ~~an~~ Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz.

In Nacht zum 22. Dezember in Duisburg kommunistischer
Funktionär August T h i e l e n , erwerbelos (früher Lokheizer
tot aufgefunden; Todesursache noch nicht festgestellt, an-
scheinend Schädelverletzungen. Schriftlicher Bericht folgt.

Stapo Reg. Präs Düsseldorf."

2.) Herrn Regierungspräsidenten,
Herrn Regierungs-Vizepräsidenten

mit der Bitte um Kenntnisaufnahme vorgelegt.

Nach fernmündlicher Meldung des Polizeipräsidenten
Duisburg-Hamborn ist Thielen am 22. 12. 1933 gegen 2,30 Uhr
von 3 SS.-Männern aus seiner Wohnung geholt und gegen 6.30 Uhr
tot, mit Schädelverletzungen, in der Römerstrasse, im Südtail
von Duisburg, aufgefunden worden. Die SS.-Männer sollen bei
der Abholung des Thielen gesagt haben: "Das ist Rache für
Schroer". Zum "Fall Schroer" sei bemerkt, dass vor einer Woche
etwa in Duisburg der SS.-Mann Schroer von unbekannt gebliebenen
Personen, vermutlich Kommunisten, ins Freie gelockt und ange-
schossen worden ist.

3.) Wiedervorlage am 23. 12. 33 (Bericht an Gestapa und O.P.)

I.A.

Ereignismeldung

| | |
|----------------------|---------------------------------|
| Provinz: | Rheinprovinz |
| Staatspolizeistelle: | Düsseldorf |
| Berichtertatler: | <i>Wern. 140. Das. Kerschke</i> |
| Sachfahrgleichen: | Ex. A 14,30 |

| | |
|---------------------------|--------------|
| Datei-Nr. Bericht(e) vom: | Nr. 22.12.33 |
| Re. 31 | |

22. 12.
1933.

Tag der Meldung: *30. 12.* 1933

Geheim

| | | |
|---------------|-------|-------|
| Exemplar für: | | |
| H F | III B | G.-D. |

D u i s b u r g

| | |
|------------------------|--|
| Titel des Ereignisses: | Tod des Lokomotivheizers August Thiele n, Duisburg, Dornstr. 15, durch Erschießen. |
|------------------------|--|

Kurze Sachverhalte:

Am 22.12.1933 gegen 2¹/₂ bis 3 Uhr wurde der erwerbelose Lokomotivheizer August Thiele n, geb. am 5.4.1905 zu Duisburg, verheiratet, ~~3~~ ² Kinder, wohnhaft in Duisburg, Dornstraße 15, von 2 Männern in schwarzer Uniform aus seiner Wohnung geholt. Thiele n war aus dem Schlafe geweckt worden und ging nach anfänglichem Streben ~~dem~~ ^{dem} freiwillig mit. Die Ehefrau des Thiele n, die am Fenster den Abtransport ihres Mannes mit angesehen haben will, gibt an, daß an dem gegenüberliegenden Hause noch eine dritte Person gestanden hätte. Auch will sie noch gehört haben, wie einer von den Leuten zu ihrem Manne gesagt habe: „Das ist die Rache für Schroer.“

Gegen 5,45 Uhr wurde Thiele n von einem Kraftwagenführer, der mit seinem Wagen die Humerstraße passierte, tot aufgefunden. Dieser hatte den Verfall sofort dem zuständigen Polizeizweier mitgeteilt, was die Nordkommission benachrichtigte, ~~die~~ ^{die} ~~Thiele n~~ ^{Thiele n} ~~in~~ ⁱⁿ ~~seinem~~ ^{seinem} ~~Wohnung~~ ^{Wohnung}.

Der Tod ist eingetreten infolge Verletzung des dritten Halswirbels und des Halsmarks mit Blutung in die Rückenmarks- und Schädelhöhle. Die Verletzung ist hervorgerufen durch einen von hinten, also von fremder Hand beigebrachten Schuß. Zwei weitere, von hinten beigebrachte Schüsse, sind nicht tödlich.

Die bisherigen Ermittlungen nach den Tätern waren erfolglos.

| | | | | |
|-------------------------------------|-----------------|-------------------------|------|-------------|
| Gefährlichkeit in bezug auf: | ./. | Zeit der Tat: | Zeit | Datei-Nr. |
| Gefährlichkeit in bezug auf: | gegen unbekannt | Zeit der Verletzung: | 1 | I. A. 12/33 |
| Untersuchungsfrist in bezug auf: | ./. | Wegen | - | - |
| | | dem Verbrechen | I. | - |
| | | der Tat oder Verbrechen | II. | - |

über das weitere Ermittlungsergebnis
berichten Sie dem ~~zuständigen~~ ^{zuständigen} ~~mit~~ ^{mit} ~~der~~ ^{der} ~~Beauftragten~~ ^{Beauftragten}.

In
das Geheimen Staatspolizeamt

| Einschreiten der Polizei | | | Statt A | Nr.: |
|---------------------------------------|--------------------------------|---|---------|------|
| Einschreiten mit Waffengebrauch | Einschreiten ohne Waffen | Nach- trägliche Ermitt- lungen | Statt B | Nr.: |
| | | | Statt C | Nr.: |
| | | | Statt D | Nr.: |

Berlin **GW 11**

8. 3.

| | |
|---------------|--------------------------|
| Original hat: | zur Bearbeitung erhalten |
|---------------|--------------------------|

Vernehmungprotokoll eines 1940 verhafteten kommunistischen Funktionärs
über die illegale Schrifteneinschleusung nach Duisburg-Ruhrort

Zur Zeit der Volksfrontbewegung haben wir zweimal versucht, uns der ITF. anzuschliessen. Ich habe mich deswegen zweimal an den Leiter der ITF., Edo F i m e n, in Amsterdam, in einem Schreiben gewandt. In dem Schreiben habe ich zum Ausdruck gebracht, dass unsere Gruppe mit der ITF. zusammenarbeiten möchte. In einem Antwortschreiben wurden wir auf spätere Zeit vertröstet und haben dann nie wieder etwas von der ITF. gehört. Durch die Zusammenarbeit mit der ITF. wollten wir eine finanzielle Besserstellung unserer Gruppe erreichen, im übrigen hatten wir aber die Absicht, unsere Tätigkeit in der bisherigen Form weiterzuführen. In Zukunft haben wir dann nicht mehr versucht, uns irgendwelchen Organisationen anzuschliessen. -

Zu unserer Propagandatätigkeit auf den Schiffen habe ich noch folgendes zu bemerken: Wenn wir unsere Schriften auf den Schiffen verteilt haben, hatten wir mitunter Gelegenheit, uns mit einzelnen oder mehreren Besatzungsmitgliedern der Schiffe zu unterhalten. Diese Unterhaltungen erfolgten an Deck, ganz selten oder garnicht in den Wohnräumen. Bei den Gesprächen wurde selbstverständlich über Politik gesprochen, wohl nicht immer aber meistens. Den Besatzungen war bekannt, dass wir kommunistische Schriften verteilten, da wir dieselben ja angeboten und erklärt haben, um was für Schriften es sich handelte. Sie wussten also auch, dass wir Kommunisten waren. Wir haben auch nicht verschwiegen, dass wir tatsächlich Kommunisten waren. Bei den sich zwangsläufig ergebenden Gesprächen über Politik haben wir den Leuten erklärt, warum wir Kommunisten waren und worauf unsere Bestrebungen hingen. Die Gespräche hatten von unserer Seite letzten Endes wohl den Zweck, unseren Gesprächspartner von der Richtigkeit unserer kommunistischen Meinung zu überzeugen. Andererseits sind wir natürlich auch mit Nationalsozialisten zusammengekommen, die von sich aus bestrebt waren, uns von der Richtigkeit ihrer Meinung zu überzeugen. Wir haben die Gespräche stets mit Ruhe und Sachlichkeit geführt, wie dies auch von der Gegenseite gesagt werden kann. Wir haben uns nie zu Beleidigungen oder Beschimpfungen herabgelassen, wenn wir

festgestellt haben, dass jemand eine andere politische Einstellung hatte als wir. Ich gebe zu, dass wir bei den Gesprächen mit dem Bestreben, unsere Gesprächspartner von unserer kommunistischen Einstellung zu überzeugen und unsere Meinung auf sie zu übertragen, kommunistische Mundpropaganda betrieben haben. Allerdings sind wir nicht mit der Absicht, kommunistische Mundpropaganda zu betreiben, auf die Schiffe gegangen; die Gespräche über Politik ergaben sich vielmehr ganz von selber. -

Auf Vorhalt:

Bei der Verteilung der kommunistischen Schriften an die deutschen Rhanschiffer, haben wir die Absicht verfolgt, die Rhanschiffer im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. Die von uns den einzelnen Rheinschiffen in einigen Fällen mitgegebenen Pakete mit kommunistischen Schriften, waren dafür bestimmt, nach Deutschland gebracht zu werden, wo sie dann auch zur Verteilung gelangen sollten.

Wenn mir vorgehalten wird, dass ich im Januar 1936 in Amsterdam an einer Versammlung des Einheitsverbandes teilgenommen haben soll, so entspricht dieses keinesfalls den Tatsachen. Ich habe an der Versammlung nicht teilgenommen, habe auch zu der Zeit mit dem Einheitsverband gar nichts zu tun gehabt. Auch mein Bruder und R. [redacted] haben meiner Meinung nach nicht an der fraglichen Versammlung teilgenommen. Mit S c h a a p hatten wir zu der Zeit überhaupt nicht mehr zu tun. Soviel wie ich weiss, bin ich nur im Interclub mit S c h a a p zusammengekommen oder in grösseren kommunistischen Versammlungen in Rotterdam. In Amsterdam war ich bisher lediglich ein einzigesmal zur Teilnahme an einem grossen Treffen der Communistischen Partei, das etwa in den Jahren 1936 oder 1937 stattfand, es kann auch 1938 gewesen sein. Sonst ist mir Amsterdam vollkommen unbekannt.

Von einem Bestehen der RGO. oder einem Zusammenschluss der RGO. mit der ITP. in Rotterdam ist mir nichtsbekannt.

Dass mein Bruder Jochem in Rotterdam die Rolle eines GPU-Mannes gespielt haben soll, ist mir vollkommen unbekannt. Ich wüsste ^{auch} nicht, dass er derartige oder ähnliche Funktionen jemals ausgeübt hätte. Es könnte möglich sein, dass mein Bruder aus Scherz so bezeichnet wurde.

Mit dem Transportarbeiterverband in Rotterdam habe ich nie zu tun gehabt, genau so wenig wie mit der ITP. Ich habe auch

nie eine Werbetätigkeit für den Transportarbeiterverband ausgeübt. Wenn mir dieses nachgesagt worden ist, so stimmt es nicht. Ein Ernst L a f r e n z, der uns bei der kommunistischen Propaganda unterstützt haben soll, ist mir vollkommen unbekannt. Des weiteren ist mir ein B r u i n e, W e b e r und eine Frau B r a a k e vollkommen unbekannt, insbesondere im Zusammenhang mit meiner politischen Tätigkeit. Lokale habe ich in Rotterdam so gut wie garnicht aufgesucht; denn erstens hatte ich nicht die Mittel dazu infolge meiner Erwerbslosigkeit und zweitens trinke ich sehr wenig.

Mit den Kämpfen in Rotspanien haben wir uns nicht befasst, wir haben sie lediglich zur Kenntnis genommen. Mir ist wohl bekannt, dass Sympathiekundgebungen für Rotspanien stattgefunden haben, und dass für die Teilnahme am Bürgerkrieg in Spanien auf Seiten der Roten geworben wurde. Ich selbst habe mich hiermit nicht befasst, habe auch keine Geldspenden für Rotspanien gesammelt."

Von Sabotageakten auf deutschen Schiffen oder in Betrieben innderhalb des deutschen Reichsgebietes ist mir nichts bekannt. Ich habe auch nicht davon in Zeitungen gelesen. Mir sind auch keine Personen bekannt, die sich mit diesen Sachen befasst haben oder die Sprengstoffe zu diesen Zwecken befördert haben. Ich selbst habe mich mit Sabotageakten nicht befasst, da ich derartige Gewaltakte grundsätzlich ablehne. Es sind auch nie Personen an mich herangetreten, um mich für solche Sachen zu gewinnen oder zu interessieren."

Selbst gelesen und für richtig befunden:

gez.

Beglaubigt mit der Bemerkung, dass nach der Vernehmung in Polizeihaft zurückgeführt wurde.

H o l s t

Krim. Oberassistent.

Hamburg, den 11.10.1940

Der Beschuldigte [REDACTED] wird zur Fortsetzung der Vernehmung vorgeführt und sagt aus:

Auf Vorhalt:

"Ein Matrose Matthias R a u s c h, der auf dem Kahn "Baden 64" gefahren sein soll, ist mir nicht bekannt. Es ist möglich, dass er anderen Mitgliedern unserer Gruppe bekannt ist. Überhaupt sind mir von den Rheinschiffern, die von uns kommunistische Schriften bekommen haben, keine dem Namen nach bekannt. Wir haben uns nie für die Namen einzelner Personen interessiert und haben noch weniger nach Namen gefragt. Für uns war die Hauptsache, dass uns die Schriften abgenommen wurden. Ich habe nicht etwa die Absicht irgendwelche Personen zu schonen, die von uns kommunistische Schriften angenommen haben. Ich werde auch weiterhin die volle Wahrheit sagen.

Ein gewisser T r a u d e n aus Duisburg-Meidrich ist mir als früheres Mitglied des Arbeiter-Esperanto-Bundes bekannt. Ich habe in irgendeiner Prozeßsache auch noch von ihm gehört, kann aber nicht sagen, um was es sich gehandelt hat. Ich selbst habe mit T r a u d e n nach 1933 keine Verbindungen gehabt und weiß auch nicht, dass er nach 1933 nach Rotterdam gekommen ist. Nach meiner Ausweisung aus dem deutschen Reichsgebiet habe ich ihn nicht mehr gesehen.

Der Kapitän M e l l i n g h o f f ist mir bekannt, und zwar dadurch, dass er mit meiner Schwester Altje verkehrte. Sie hat längere Zeit bei ihm auf seinem Kahn gewohnt und auch seine Fahrten mitgemacht. Ich habe M e l l i n g h o f f verschiedentlich in Rotterdam gesehen, wenn er mit seinem Kahn dort war. Wir haben uns gelegentlich auf der Strasse getroffen und es ist möglich, dass er mich auch ein oder zweimal in meiner Wohnung besucht hat. Ich habe ihm hin und wieder einzelne kommunistische Schriften zum Lesen angeboten. Ich kann aber heute nicht mehr sagen, ob er sie tatsächlich angenommen hat. Er war in dieser Hinsicht äußerst zurückhaltend und vorsichtig, er gab mir öfter zu erkennen, dass er mit solchen Sachen lieber nicht zu tun haben wolle. Ich kann auch nicht von ihm sagen, dass er Kommunist war, wohl war er in politischer Hinsicht linksstehend. Pakete mit Schriften zum Transport nach Deutschland habe ich dem M e l l i n g h o f f bestimmt nicht mitgegeben. Ob er die ihm von mir angebotenen einzelnen kommunistischen Schriften angenommen oder mit nach Deutschland genommen hat, kann ich nicht

Sejm ...

Wohin immer ich. [Weitere Teilnehmer waren nicht vorhanden, insbesondere keine Rheinschiffer. Auch waren keine weiteren Personen in demselben Zimmer anwesend. Es stimmt, dass wir bei der Versammlung von der holländischen Polizei festgenommen wurden. Eine Durchsuchung in meiner Wohnung ist von der Polizei nicht vorgenommen worden, auch nicht zu irgendeiner anderen Zeit. Um eine Konferenz mit deutschen Rheinschiffern hat es sich hier keinesfalls gehandelt, da überhaupt keine Rheinschiffer zugegen waren. Überhaupt ist mir von einer Konferenz oder einer Zusammenkunft von Mitgliedern unserer Gruppe mit deutschen Rheinschiffern nichts bekannt. Wenn wir mit Rheinschiffern zusammengekommen sind, dann nur an Bord ihrer Schiffe oder in einzelnen Büllen, wenn wir Treffs mit einzelnen Leuten hatten, um ihnen Schriften zu übergeben. Wenn mir nochmals vorgehalten wird, dass ich Funktionär der ISK. gewesen sei, so entspricht dieses nicht den Tatsachen. Ich war nie Mitglieder der ISK. und habe auch keine Funktionen für die ISK. ausgeübt. Über die vorübergehende Verbindung unserer Gruppe zur ISK. im Jahre 1954 habe ich mich bereits geäußert.

Ein Matrose Heinrich H 3 b n e r ist mir nicht bekannt. Es besteht natürlich die Möglichkeit, dass deutschen Rheinschiffern mein Name bekannt war.

Ein holländischer Staatsangehöriger mit Namen W o u d - s t r a ist mir bekannt. Dass er mit dem hier in Frage stehenden W o u d s t r a personengleich ist, schliesse ich daraus, dass in seiner Personenbeschreibung als besonderes Kennzeichen ein Kluppfuss genannt ist. Dieser W o u d s t r a war Funktionär der IKP. und vermutlich Sozialdemokrat, jedenfalls ein wütender Kommunistenhasser. Ich habe ihn gelegentlich auf deutschen Rheinschiffen gesehen. Ob er dort Schriften verteilt hat, ist mir nicht bekannt, gesehen habe ich es nicht. Über seine Verbindungen in der Rheinschifffahrt und nach dem deutschen Reichsgebiet ist mir nichts bekannt. Mit unserer Gruppe hat W o u d s t r a in keiner Weise in Verbindung gestanden und wir haben auch in keiner Weise zusammengearbeitet. Im Gegenteil waren wir mit W o u d s t r a stark verfeindet, und aus dem Grunde haben wir ihn durchaus nicht beachtet. Die näheren Personalien und die Wohnung des W o u d s t r a sind mir nicht bekannt. Ich glaube, ihn in den letzten Jahren nicht mehr gesehen zu haben. Ob W o u d s t r a in Rotterdam noch Mitarbeiter hatte, weiss ich nicht. Ich habe ihn auf den Rheinschiffen immer nur alleine gesehen.

Wenn mir weiter vorgehalten wird, das mein Bruder und ich in einer angeblichen Werbetätigkeit für den internationalen kommunistischen Transportarbeiterverband mit einem Mathias R a u s c h, Andreas G r e s e r, Ernst L a f r e n z, Willi G r ä n e n, Otto V ü l k e r, B a u n g H r t n e r und einem "Onkel Hermann" in Verbindung gestanden oder zusammengearbeitet haben sollen, so entspricht dieses nicht den Tatsachen. Wir sind sämtliche vorstehend genannten Personen nicht bekannt. Ich vermute, dass mit dem obengenannten Transportarbeiterverband der Verband gemeint ist, der der ITP. angeschlossen war. Falls dieses zutrifft, könnten die obengenannten Personen Mitarbeiter oder Verbindungsleute von W o u d s t r a gewesen sein. -

Wie ich schon gesagt habe, sind mir deutsche Rheinschiffer, die von uns einzelne oder Schriften in Paketen zur Mitnahme nach Deutschland bekommen haben, nicht bekannt. Ich kann in dieser Hinsicht keinen einzigen Namen nennen. Dieses kommt wohl zum Teil daher, dass die meisten Verbindungen schon 5 und 6 Jahre und noch länger zurückliegen. In den letzten Jahren haben wir die Schriften nur noch einzeln verteilt und ausserdem wechselte in den letzten Jahren das Personal auf den Rheinschiffen sehr oft. Die von mir erwähnten Treffs mit den einzelnen Rheinschiffern, denen wir die Pakete mit den Schriften mitgaben, liegen auch alle bis zum Jahre 1934 etwa zurück. Die Namen der Leute, die wir bei den Treffs getroffen haben, sind mir auch damals nicht bekannt gewesen. Ich weiss lediglich von einem Falle, wo ich den betreffenden Mann mit "Ernst" anrufen musste. Auf welchem Schiffe der Mann war, weiss ich nicht mehr. Ich glaube aber, von R u i g h a v e r gehört zu haben, dass dieser Mann in Deutschland festgenommen worden sei. Mit den Leuten, denen wir die Pakete mit Schriften mitgegeben haben, wurden wir durch S c h o l z e n in Verbindung gebracht, d.h. er hat die Leute zu den jeweiligen Treffs bestellt oder er hat uns die Leute bezeichnet, bei denen wir die Schriften an Ford abgeben konnten. Die mir vorgehaltenen Namen der Rheinschiffer und Rheinschiffe, die H o o n a a r d in seiner Vernehmung genannt hat, sind mir unbekannt. H o o n a a r d wusste jedenfalls auf den Rheinschiffen gut Bescheid, weil er auch beruflich auf den Schiffen zu tun hatte. Ich habe dagegen die Schiffe nur zum Verteilen der Schriften betreten, hatte im übrigen aber nichts mit den Rheinschiffen zu tun, besonders nicht im Beruf. R u i g h a v e r wusste auch besser mit den Schiffen Bescheid,

da er ja auf Rheinschiffen gefahren war.

Es ist wohl richtig, dass H o o n a a r d von uns Schriften bekommen hat, die er auf Rheinschiffen verteilen sollte. Es kann auch stimmen, dass er in zwei Fällen Pakete mit Schriften bekommen hat, die er auf Rheinschiffen bei Besatzungsmitgliedern unterbringen sollte zwecks Beförderung nach Deutschland. Es besteht auch die Möglichkeit, dass ich ihm bei diesen Gelegenheiten ein bestimmtes Schiff und einen bestimmten Mann genannt habe, wo er die Schriften abgeben sollte. Ich kann mich aber beim besten Willen nicht mehr auf Einzelheiten besinnen. Adressen im deutschen Reichsgebiet, bei denen die Schriften abgegeben werden sollten, haben wir nicht gehabt und haben infolgedessen den Rheinschiffern auch keine Adressen mitgegeben. Die Rheinschiffer nahmen die Schriften auf eigene Verantwortung mit und es war ihnen auch selbst überlassen, wie sie die Schriften im deutschen Reichsgebiet weiterverbreiteten.

Ich möchte betonen, dass ich auch in diesem zuletzt verhandelten Punkt meiner Vernehmung die volle Wahrheit gesagt habe."

Selbst gelesen und für richtig befunden:
gez. ~~Ernst Böhme~~

Beglaubigt mit der Bemerkung, dass ~~Böhme~~ nach der Vernehmung in Polizeihaft zurückgeführt wurde.

H o l s t
Krim.Oberassistent.

Brüssel, den 24. Juli 1933.

An die

Sopade,

Prag/ Krlin

Werte Genossen !

Endlich komme ich dazu, einen zusammenhängenden, längeren Bericht über Belgien machen zu können.

Als ich hierher kam fand ich denkbar verworrene Verhältnisse vor. Die Emigration in Brüssel ist ausserordentlich gemischt. Ich habe schon heute die Ueberzeugung, dass viele Flüchtlinge keine Flüchtlinge im wirklichen Sinne sind. In ganz Belgien und zwar fast ausschliesslich in Brüssel und Antwerpen befinden sich ungefähr 80 Emigranten, die angeben, aus politischen Gründen geflüchtet zu sein. In Brüssel sind ungefähr 50, in Antwerpen schätzungsweise 20, der Rest verteilt sich auf einige kleinere Orte. Ich bin jetzt dabei, möglichst erschöpfende Fragebogen auszufüllen. Zu Eurer Information lege ich 2 Exemplare bei. Auch den Fragebogen, den Ihr an die belgische Partei geschickt habt lege ich diesem Schreiben bei.

Die Grenzarbeit kommt jetzt langsam in Gang. Gestern habe ich mit 7 in Deutschland wohnenden Genossen und mit einigen in Belgien anwesenden Emigranten eine längere Besprechung gehabt. Von drüben wurde mir berichtet, dass alles Material geradezu verschlungen werde. Wir haben erreicht, dass einige Exemplare der deutschen "Freiheit" bereits bis nach Magdeburg gegangen sind. Belgische und zum kleinen Teil auch deutsche Eisenbahner legen Zeitungen in die Züge. Es ist vor gekommen, dass deutsche Arbeiter aus dem Reiche, nämlich aus dem Rheinland, bis nach Aachen gefahren sind und dort das Material in den Zügen an sich genommen haben. Wir wollen versuchen auch den von Euch angekündigten kleinen "Vorwärts", den ich leider bis jetzt noch nicht bekommen habe auf diese Art in das Land hineinzubringen.

Die deutsche "Freiheit" und später auch der neue "Vorwärts" sollen in Deutschland für 2,25 Mk. unter darüber (z.T. geben die Leute 0,50 Mk. und noch mehr) verkauft werden. Von dem Ueberschuss wollen die Genossen die Unkosten für die Arbeiten im Lande aufzubringen suchen. Zunächst wird natürlich noch nicht viel dabei herauskommen. Mit der Zeit hoffen wir aber mit grösserem Erfolg arbeiten zu können.

Zunächst ist es sehr schwer die unbedingt notwendigen Unkosten bestreiten zu können. Von den mir zur Verfügung gestellten Betrag habe ich gestern allein 547 belg. frs. ausgeben müssen. Die arbeitslosen Genossen, die gestern da waren, können natürlich kaum etwas von ihrer geringen Unterstützung bezahlen. In der vergangenen Woche hatte ich Unkosten dieser Art in Höhe von etwa 300 belg. frs. Bei dieser Sachlage bestehen gewisse Schwierigkeiten, ich hoffe jedoch diese mit der Zeit überwinden zu können.

Wenn mit dem 1. August ds. Jrs. die organisatorischen Erfassung der deutschen Sozialdemokraten in meinem Gebiet beginnen soll dann sendet bitte baldigst die Mitgliedskarten und die Beitragsmarken. Schon heute möchte ich allerdings sagen, dass es vorerst kaum möglich sein dürfte innerhalb der Reichsgrenzen fest Mitglieder zu organisieren. Später wird das vielleicht eher möglich sein.

Grenzstelle Holland.B E R I C H T F Ü R " S O P A D E " .

Leider sind die politischen Verhältnisse fuer die illegale Arbeit auusserst ungunstig. Die Regierung weicht mit ihrer Polizei strenglich dazueber, dass gegen das heutige Deutschland und seine regierenden Maenner nicht agitiert wird. Dem Fluechtlingen ist nicht nur die politische Betätigung im holländischen oeffentlichen Leben verboten, sondern auch jede Betätigung gegen die jetzige deutsche Regierungspolitik. Auf den Strassen darf kein Fluechtling antifaschistische Zeitungen verkaufen, an keiner antifaschistischen Zeitung (auch wenn sie sich lediglich gegen Hitlerdeutschland richtet) darf ein deutscher Fluechtling als Journalist arbeiten. Ja selbst die Mitarbeit sozialistischer Journalisten an sozialistischen Zeitungen und Korrespondenzen die im Saargebiet, der Schweiz, der Tschechoslowakei oder Frankreich erscheinen, wird mit Ausweisung geahndet. Bei meiner Ausweisung wurde mir im Justizministerium ausdruerklich erklart, dass alleiniger Grund meine Mitarbeit an der "Intern. Information", also brieflicher Verkehr mit der SAJ, sei. Dazu kommt, dass die SDAP aus Sorge um ihre Landespolitik den von ihr unterstützten Emigranten jede illegale Betätigung verbietet, und im Uebertretungsfall die Unterstützung entzieht. Die deutsche Reaktion der "Freien Presse", trotz guten Willens der Zeitung ganz unwuerdig entlohnt, arbeitet unter grossten Schwierigkeiten. Durch den vom Verlag eingesetzten Zensor wird nicht vor allem auf eine gute sozialistische Richtung gesehen, das tut manchmal not, sondern auf eine "anstandslos" Bekämpfung des faschistischen Deutschland und seiner "Tuerdenträger". Dem Verlangen der deutschen Regierung an die holländische Regierung treibt der Verlag korrekt Rechnung.

Unter diesen Umständen, jede praktische Hilfe durch die SDAP bei der Grenzarbeit wurde offiziell abgelehnt, musste ich ganz auf mich selbst angewiesen, die illegale Arbeit beginnen und durchzuführen. Sie ist wie folgt geleistet:

1. Verbindungsstellen in den Bezirken Niederrhein, westliches Westfalen, oestliches Westfalen, Ostfriesland und Oldenburg-Bremen bestehen insgesamt 22. Sie verteilen sich im Bezirk Niederrhein auf die Orte: Moers, Duisburg, Essen, Remscheid, Solingen, Dueseldorf, Krefeld, Cleve, Xanten, Muenchen-Gladbach; im Bezirk westliches Westfalen auf die Orte: Bochum, Bocholt, Bettrop und Dortmund; im Bezirk oestliches Westfalen auf die Orte: Bielefeld, Minden, Osnabrueck; Ausserdem in den Orten Leer, Oldenburg, Wilhelmshaven, Bremen und eine Verbindung nach Hamburg-Altona.

2. Materialversand. Expeditionsorte sind in Holland: Veels, Kerkrade, Venlo, Nijmegen, Amien-s'heerenberg, Zvenov, Binterwijk, Groningen, Nieuweeschanz, Rotterdam und Amsterdam. In Belgien wird von Antwerpen das Material nach Bremen, Hamburg, Moers, Duisburg und Dueseldorf per Schiff transportiert. Zwischen den hiesigen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam findet ein Wechsel mit der Arbeit hin und wieder statt, damit die Feststellungen der Geh. Staatspolizei erschwert werden.

II.

3. Die Namen der Verbindungsleute kann ich brieflich nicht mitteilen, aber referentlich mündlich berichten.

4. Propaganda im Ausland. Für den Verkauf des "Nieuw Vorwaerts" habe ich in Holland sehr viel mühselige Arbeit aufgewendet. Der Preis und ein gewisses Oöolum, das auf unser Blatt lastet, verhindern grossen Absatz. Dazu kommt die starke Konkurrenz der "Ereien Presse", die billiger ist, und der holländischen Parteizeitung, die von Deutschen gern gelesen wird. Für den Verkauf des "N. Vw." sind in den massgeblichen Orten Verkaufsstellen geschaffen, die sich aber erst noch bewahren müssen. Auch unsere Broschüren und Zeitschriften sollen durch diese Stellen vertrieben werden.

5. Klein-Kurse mit Funktionären aus dem Reich haben stattgefunden. Es waren Genossen aus Ostfriesland, Westfalen und dem Niederrhein vertreten. Diese Veranstaltungen sind sehr beliebt und ungemein wichtig. Leider sind sie sehr teuer. Es sollen jetzt im Reich für diese Zwecke die Mittel nach Möglichkeit ganz aufgebracht werden. Im Allgemeinen muss und wird die Arbeit jetzt bedeutend billiger werden. Nachdem der Apparat einigermaßen lauft, sind die zusätzlichen Kosten nicht mehr so gross.

6. Spitzel. Dieser Frage wird nach meiner Meinung noch viel zu wenig Bedeutung zugemessen. Es besteht noch zu viel Gleichgültigkeit in dieser Frage, die bei unserer Arbeit von entscheidender Bedeutung ist. Grosse Gewalt und Gerissenheit, auch persönlicher Mut gehören dazu, die Absichten der Spitzel zu durchkreuzen. Die Geh. Staatspolizei lässt es sich viel Geld kosten, um durch Spitzel unsere Arbeit zu verhindern, Angst zu erzeugen, Unfrieden zwischen die Emigranten zu bringen und die Spitzel-Funktionäre zu beseitigen. Meine Erfahrungen in Holland und besonders in den letzten 14 Tagen in Antwerpen waren gute Lehren. Es bleiben Spitzel in Antwerpen haben derbe Lektionen erhalten. Lediglich die gute Mitarbeit der belgischen Genossen erreichte das gute Resultat. Wir müssen von Zeit zu Zeit ein Spitzelregister veröffentlichen. Für mich ist die grössere Freiheit bei der Arbeit und die bessere persönliche Sicherheit in Antwerpen bestimmt eine gute Grundlage für bessere Arbeit. Gen. Huysmans hat mich trefflich unterstützt.

Hans Sachs.

Sabotage der Betriebsgemeinschaft

Die Geheime Staatspolizei befiehlt die Brotfabrik „Germania“, Hamborn

Am frühen Morgen des 3. Juni wurden der Leiter des Betriebes der Brotfabrik „Germania“, Kordah, und die Gefolgschaft von der Gestapo verhaftet und in das Polizeipräsidium nach Duisburg eingeliefert.

Bereits im November 1934 war der Kreisbetriebsgemeinschaft „Nahrung und Genuß“ der DAF bekanntgeworden, daß sich in der Brotfabrik „Germania“ Zustände herausbildeten, die in absehbarer Zeit ein Eingreifen unvermeidlich

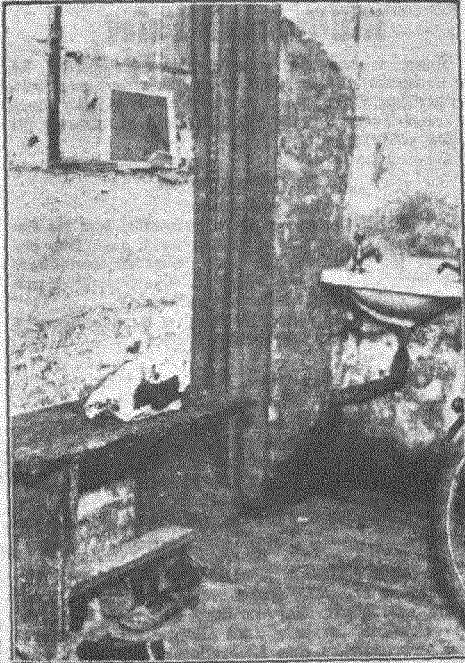
machen würden. Die Deutsche Arbeitsfront entschloß sich damals, die Dinge zunächst noch zu beobachten, um festzustellen, wie sich die Verhältnisse in diesem Betrieb weiter entwickeln würden. Damals bereits entfiel der Verdacht, daß in der Brotfabrik „Germania“ nicht nur die Betriebsgemeinschaft sabotiert würde, sondern daß auch noch staatsfeindliche Umtriebe hinführten. Die DAF ließ die Dinge also zunächst bewusst treiben, da der Betriebsführer zusammen mit der maßgeblichen Belegschaft eine Clique bildete, die gemeinsam Front machte gegen den Betriebsstellenodmann. Dieser hatte täglich einen schweren Kampf durchzuführen, wobei er von niemandem im Betrieb unterstützt wurde. Trotzdem mußte er auf seinem Posten aushalten, um ja die Saboteure zu verleiten, immer öfterer ihr schändes Spiel zu treiben. Erst in diesen Tagen war es der DAF endlich möglich, durchzugreifen und die sofortige Schließung des Betriebes zu veranlassen. Die Untersuchung wird ergeben, wie weit sich der Betriebsführer und die Mitglieder seiner Gefolgschaft gegen die Weisung unseres Staates verhalten haben. Bei Schließung des Betriebes offenbarten sich Zustände, die hinsichtlich jeder Beschreibung spotteten.

Auf den Badösen lag eine zehn Zentimeter hohe Staubschicht, die bei jedem Windstoß aufgewirbelt wurde und den Teig sowie die Brote beschmutzte. Die Umkleide- und Waschräume, Toiletten usw. waren in einem schlechteren Zustand als der Pferdestall. Es ist leichtverständlich, daß dem ehemaligen Betriebsführer Kordah die Fähigkeit abgesprochen wird, weiterhin einen Betrieb zu führen; im übrigen wird sich die Gestapo seiner sehr sorgfältig annehmen.

Die Brotfabrik „Germania“ wird einer gründlichen Säuberung und Umgestaltung unterzogen werden, um dann unter Leitung eines bewährten nationalsozialistischen Betriebsführers die Arbeit wieder aufzunehmen.

Jetzt steht weiter, daß die Brotfabrik „Germania“ in kurzer Zeit ein neues Gesicht tragen wird; Gefolgschaft und Betriebsführer nach nationalsozialistischem Arbeitsgrundsatz neu beginnen werden. Alle Saboteure an der Betriebsgemeinschaft, die hier und da noch glauben, im dunkeln verdorren wählen zu können, mögen an diesem Beispiel erkennen, daß ihr Spiel endgültig ausgespielt ist. Der nationalsozialistische Staat ist großzügig. Er hat es nicht nötig, bekanntwerden irgendwelcher Verleumdungen überflüssig zu machen. Wenn es aber geschieht, dann so unerbittlich, daß nichts mehr von den Worten der heimlichen Zerstörer übrig bleibt. Das lehrt der „Fall Germania“.

St.



Aufnahme: Wauschkuhn

Der „Aufenthaltsraum“ für Frauen und Mädchen

E i l b r i e f .

Staatspolizeistelle
Disseldorf,
Aussendienststelle
Duisburg.

Duisburg, den 16. November 1935.

An

I²/24¹⁰/35.

die Staatspolizeistelle Disseldorf,
Aussendienststelle

in E s s e n .

1.) Kanzlei:

2X
geh. J. 24/35
gel. J. 24/35
ab: [Signature]

Ich beantrage Schutzhaft über :

Name und Vorname : K o r d a s s August
Geb. Datum, Geb. Ort : 27.7.1905 Holten/Oberhausen
Wohnort und Wohnung : Dbg.-Hamborn, Im Holtkamp 4.
Beruf : Brotfabrikant
Partei-oder Organisationszugehörigkeit : SPD.

Begründung :

Kordass wurde am 3. Juni 1935 wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat mit einer grösseren Anzahl Personen festgenommen. Er wurde beschuldigt, geduldet zu haben, dass mit der Belieferung des Brotes aus seiner Brotfabrik gleichzeitig den Kunden illegale Schriften, wie "Sozialistische Aktion" usw., die zum Aufbau der illegalen SPD Anregung gaben, zugestellt wurden.

Zur unauffälligen Verbreitung der infrage kommenden Schriften hatte man sich die in Hamborn befindliche Brotfabrik Kordass als Mittel zum Zweck ausersehen. Der Inhaber August Kordass ist ein alter Marxist, der an Verschlagenheit in dieser Hinsicht nichts zu wünschen übrig lässt.

K. war lt. Mitgliedsbuch Mitglied der SPD seit 1.11.25, des Reichsbanners seit April 1932 - Mitglieds-Nr. 1470157/0457, der Roten Hilfe seit Oktober 1932 - Mitglieds-Nr. 105 - Ortsgr. Dbg.-Beeck, des Deutschen Arbeiter Sängerbundes seit November 1931 und des Arbeiter Turn- u. Sportbundes e.V. (Freie Wasserfahrer Hamborn) seit 7.6.1930 - Bootspass-Nr. 1072 - Mitglieds-Nr. 699786.

K. stand mit der ehemaligen Lehrerin Johanna N i e d e r - h e l l m a n n, die gleichfalls in einem Hochverratsverfahren verwickelt ist, und Beziehungen zu dem sich z. Zt. in London aufhaltenden Journalisten Heinrich S c h l ö s s e r, der gegen das nationalsozialistische Deutschland hetzt, unterhält, in Verbindung.

Eine Anzahl der von Kordass beschäftigten Brotfabriker waren frühere SPB- Funktionäre und standen bis zu ihrer Festnahme mit den

in
Soll Schutzhaft über 7 Tage ausgedehnt werden (besonders begründen)?

ja, siehe oben und umstehend.

im Ausland befindlichen ehemaligen SPD-Parteigrößen in Verbindung. Den Brotfahrern standen durch Kordass finanzierte Autos zur Verfügung, mit denen bei gleichzeitiger Belieferung des Brotes die illegalen Schriften befördert wurden.

Kordass wurde am 24.6.35 dem Amtsgericht Duisburg zugeführt, wo gegen ihn wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat Haftbefehl erlassen wurde - Strafsache Hermann Runge und Gen. Aktz. 5 Gs 598/35 -. Dieser Haftbefehl wurde am 25.11.35 aufgehoben, und K. wurde, da bei evtl. Freilassung die öffentliche Ordnung und Sicherheit, sowie auch seine eigene Sicherheit, gefährdet erschien, in Schutzhaft genommen.

Da es sich bei K. um einen verstockten Marxisten handelt, bitte ich, bis auf Weiteres die Schutzhaft über ihn zu verhängen und ihn einem Konzentrationslager zu überführen.

Ich verweise insbesondere auf den Erlass des stellvertr. Chefs und Inspektors der Preuß. Geh. Staatspolizei Berlin vom 29. Juli 35 - Br. Nr. G. 2267/35 - II 1 A 1 J - .

2.) Z. d- A. 24¹⁰

A b s c h r i f t .

Duisburg, den 14. Juni 1935
Stapeltor 17.

Bericht über die Brotfabrik "Germania" Kordass.

Am 5. März 1934 übernahm August K o r d a s s die Brotfabrik Germania. Schon bei den Vorverhandlungen schälte Kordass seine eigentümliche unsoziale Einstellung heraus und zwar dadurch, dass er sich weigerte, die Volksgenossen, die bisher bei der Brotfabrik Germania beschäftigt waren, alle zu übernehmen. Er wollte einen Teil der Volksgenossen nicht mit einstellen, sich aber dafür Ersatzleute aussuchen. Diese seine Einstellung zeigte er ganz offen kurz vor der Übernahme des Betriebes anlässlich einer Verhandlung. B e w e i s : Kbg.-Walter Pg. Hollender, RBG I Nahrung u. Genuss

Duisburg, Stapeltor 17.
Pg. Meibes, Duisburg, Stapeltor 17 RBG I
Pg. Willi Kamphaus, Hamborn, Lotharstr. 14
Pg. Theo Hüsch, Betriebszellenobmann bei der
Brotfabrik Germania Hamborn, Im Holtkamp 4,

die alle bei der betreffenden Verhandlung zugegen waren. Kordass wollte wohl damals schon, wie er es später getan hat, sich die früheren Gewerkschaftssekretäre ebenso die früheren KP- und SPDisten die früher in führenden Stellen waren in seinen Betrieb holen, um seiner marxistischen Gesinnung und Einstellung weitzulassen und verbotene Politik treiben zu können. Nach mehrstündiger Verhandlung ist es dann dem Kbg.-Walter Pg. Hollender gelungen, zu erwirken, dass alle Arbeitskameraden, die vorher bei der Brotfabrik Germania gearbeitet haben, von Kordass mitübernommen wurden.

Als Betriebszellenobmann wurde der Parteigenosse Willi Kamphaus eingesetzt, der nach seiner nationalsozialistischen Einstellung die Vertretung der Gefolgschaft übernahm und sein Amt als Zellenobmann bekleidete. Aber schon nach ganz kurzer Zeit rückte der Betriebszellenobmann bei der KBG I Duisburg, Klagen es und zwar:

1. über unsoziale Behandlung seitens des Betriebsführers, der nun versuchte, Kamphaus seine Arbeitsstelle zu verleiden. z.B. zwang er Kamphaus, der gelernter Fachmann ist und seine Meisterprüfung hat, Hilfsarbeiterdienste zu verrichten. Kamphaus sträubte sich aber hiergegen und machte seine alte Arbeit weiter,
2. beschwerte sich Kamphaus darüber, dass Kordass niemals den deutschen Gruss, der ihm von Kamphaus geboten wurde, erwiderte. Er sagte meistens garnichts, oder er erwiderte mit zynischem Lächeln "Guten Tag",
3. über unregelmässige Arbeitszeit. Es wurden Überstunden geleistet, die nicht bezahlt wurden.

B e w e i s : Pg. Kamphaus, Anschrift wie vor.

Pg. Theo Hüsch, der später dieselben Klagen führte. Kamphaus war damals Backmeister und versuchte Kordass nun jetzt, nachdem der erste Versuch gescheitert war, Kamphaus durch überaus grosse Freundlichkeit für sein liberalistisch-marxistisches Ideen gut zu gewinnen. Auch dieser Versuch scheiterte wieder. Zu dieser Zeit holte sich Kordass alle früheren KP- und SPDisten und die alten Gewerkschaftsbonzen zu sich als Brotfahrer, die ihm auch

IN Allen Sachen, die Kordass nun anzettelte, mit Rat und Tat zur Seite standen.

Jetzt allerdings setzte für Kamphaus eine sehr schwere Zeit ein. Der Betriebsführer setzte ihn bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vor der gesamten Belegschaft so herunter, dass er bald von der ganzen Gefolgschaft verlacht wurde und zwar in der Hauptsache auch dadurch, dass Kordass jedes einzelne Gefolgschaftsmitglied einzeln bearbeitete und gegen Kamphaus aufhetzte in einer Art und Weise, wie man es nur von einem alten Marxist erwarten konnte.

B e w e i s : Pg. Kamphaus,
Pg. Hüsich und
die übrige Gefolgschaft.

Alle Verwarnungen, die er von der DAF erhielt und alle Verhandlungen die stattfanden, fruchteten nichts. Kordass blieb das, was er bisher immer war, ein unsozialer Mensch, der die Bezeichnung Betriebsführer nicht verdient und ein grosser Menschenschinder nach marxistischen Grundsätzen, der es weiter nicht verdient, in den Reihen unserer Volksgemeinschaft zu stehen.

B e w e i s : Pg. Kamphaus,
Pg. Hüsich.

Kordass versuchte nun weiker, Kamphaus an die niedrigsten Arbeiten, die sonst die jüngsten Hilfsarbeiter im Betrieb versehen, zu stellen. Kamphaus liess sich das nicht gefallen und es kam dann zu einer erregten Auseinandersetzung, in der von beiden Seiten scharfe Äusserungen fielen. Auch hier war wieder eine Schlichtung durch die DAF erforderlich und die Angelegenheit sollnachs 3stündiger Verhandlung so geregelt werden, dass Kamphaus seine in der Erregung gemachten Äusserungen wie auch Kordass seine Blossstellungen durch schriftlichen Aushang zurücknehmen sollten. Kamphaus sollte dann wieder an seinen alten ihm zustehenden Arbeitsplatz gestellt werden.

B e w e i s : Pg. Kamphaus,
Pg. Achilles, Ortsgruppenwalter der DAF in Hamborn,
Pg. Josef Irmann, Fachgruppenwalter der Bäcker,
Duisburg, Ruhrorterstr. 11 und
Pg. Peter Schwab, Hamborn, Grillestr. 20.

Kordass beriet sich auch jetzt scheinbar wieder mit seinen sauberen Brotfahrern, wie er Kamphaus weiter schädigen könnte, denn schon ein paar Tage darauf fingen die Reibereien wieder von vorne an. An dieser Stelle wollen wir es nicht unerwähnt lassen, die Brotfahrer mal etwas in den Vordergrund zu stellen und zu charakterisieren. Es handelt sich, wie schon oben erwähnt, um frühere SPD und KPD Funktionäre und frühere Gewerkschaftssekretäre, wie Runge, Leese, Dami, Thabor, Wilkus, Wahl u. a. m. Es müsste interessant sein, die Kundenbücher der Fahrer mal einer genauen Kontrolle zu unterziehen, um diese mit den Listen der SPD und KPD zu vergleichen, man würde dann wohl aus dem Staunen nicht mehr herauskommen. So z. B. zeigte der Bonse Wahl einmal sein Kundenbuch und äusserte, indem er auf verschiedene Seiten seines Buches zeigte: "Hier, seht mal, das sind noch alles Kommunisten".

B e w e i s : Kamphaus, der falls erforderlich, noch weitere Zeugen angeben kann.

Die Fahrer führten bei Kordass ein selbtherrliches Leben. Sie kannten, was ja vorauszusehen ist, keinen deutschen Gruss und lehnten jede Mitarbeit an der Betriebsgemeinschaft ab. Dafür hielten sie aber auf dem Gelände der Brotfabrik in den Hofecken

unter

unter dem Schuppen usw. geheime Zusammenkünfte ab. Es war leider nie möglich, ein Wort der Unterhaltung aufzuschneiden, da diese Zeitgenossen sich viel zu sehr vorsahen. Allerdings konnte man immer wieder die Feststellung machen, dass, wenn die "sauberen Elemente" sich trennten, sie mit erhobener Faust auseinandergingen.

B e w e i s : Pg. Kamphaus,
Pg. Hüsch.

Der frühere Betriebszellenobmann war auch schon einmal Zeuge, als einer der Fahrer einen Gesinnungsfreund aus dem Betrieb an einem bestimmten Abend erinnerte, der zweifellos auch eine geheime Zusammenkunft darstellte. Dass die Fahrer nun mit diesen Dingen auch in die Kundschaft gingen und Propaganda trieben, liegt unter den gegebenen Umständen klar auf der Hand.

Im Sommer 1934 setzte schlagartig wieder eine grosse Hetze gegen Pg. Kamphaus ein. Er wurde gezwungen in Urlaub zu gehen. Als Vertreter wurde ein Zeitgenosse herangeholt, der bisher bei einem Gesinnungsgenossen von Kordass (Benake, Mülheim/Ruhr) gearbeitet hatte. (Kamphaus musste seinen Urlaub wegen der von ihm geleisteten Überstunden nehmen, die nicht bezahlt wurden). Während der Zeit der Abwesenheit des Pg. Kamphaus wurden nun betriebliche Umstellungen vorgenommen, welche ein noch nie gekanntes Arbeitstempo zur Folge hatten und welches noch durch eine Menge "Lieblings von Kordass" unterstützt wurde. Die logische Folge war, dass die Backwaren nicht richtig ausgebacken wurden und bei der Kundschaft deswegen Beanstandungen stattfanden. Das Arbeitstempo war nun so gestiegen, dass Kordass plante, Kurzarbeit eintreten zu lassen. Als Druckmittel für die Kurzarbeit wurden von Kordass 3 Arbeitskameraden benannt, die entlassen werden sollten, falls die Gefolgschaft sich weigerte, die Kurzarbeit anzuerkennen.

B e w e i s : Pg. Kamphaus und die übrige Gefolgschaft.

Gegen diese Massnahmen musste sich natürlich der Obmann wehren, da er vom nationalsozialistischen Standpunkt aus nicht vertragen konnte, dass dem armen, schaffenden Volksgenossen in dem Betrieb der Verdienst gekürzt wurde, um dadurch die Möglichkeit zu haben, den Gesinnungsfreunden von Kordass, nämlich den Brotfahrern, 30 % Rabatt zu gewähren, ein Satz, den eine vernünftige Kalkulation nach unseren Erkundigungen bei Wirtschaftsführern der Mühlen- und Brotindustrie überhaupt nicht zulässt.

B e w e i s : Pg. Kamphaus,
Pg. Hüsch und

die Geschäftsbücher des Kordass.

Die Gefolgschaft sollte sogar den SED-Fahrern lt. Anordnung von Kordass eine 10%ige Lohnabgabe machen, damit sich diese Bussen Fahrzeuge anschaffen konnten. In der Versammlung, wo diese Probleme vor gebracht wurden, nahm Kamphaus natürlich dagegen Stellung und weigerte sich im Namen der ganzen Gefolgschaft, derartige Spiele mit sich treiben zu lassen. Die Folge davon war, dass am nächsten Tag wieder eine grosse Hetze gegen Kamphaus einsetzte, die von Kordass angestiftet und von den Brotfahrern unterstützt wurde. Kordass hetzte nun Mann für Mann und Mann gegen Mann auf, so dass ein unheimliches Durcheinander und eine unbeschreibliche Verwirrung innerhalb der Gefolgschaft auftrat. Jeder Fahrer wurde einzeln von Kordass gegen Kamphaus aufgehetzt. Kamphaus selbst wurde von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz gejagt. An keiner Stelle konnte er angeblich etwas leisten. Von jedem jüngsten Hilfsarbeiter musste er sich etwas sagen lassen. Kordass selbst warf ihm vor, er taue zu keiner anderen Arbeit. Unter der Gefolgschaft herrschte eisiges Schweigen, da jeder um seine Existenz

bangte.

Zur Sache:

Etwa seit dem Jahre 1911 habe ich der SPD angehört und bin im Jahre 1933 mit der Auflösung ausgeschieden. Durch meinen früheren Beruf als Brauer kam ich zur Gewerkschaft und war seit 1919 hauptamtlich im "Verband der Nahrungsmittel und Getränkearbeiter" angestellt. Ich war zuletzt Verbandskassierer in Düsseldorf. Weiter war ich noch passives Mitglied im Reichsbanner und eisernen Front. In der Partei habe ich keine Funktionen gehabt.

Ende 1934 habe ich einen Brotvertrieb der Fa. Brotfabrik Germania, Hamborn, Inhaber Kordass, übernommen. Ich gelte als Abgestellter und bekomme Prozente vom Verdienst, und zwar habe ich durchschnittlich 28 - 30 M für mich.

Der bereits für längere Zeit festgenommene Wilhelm Frank wohnt als Untermieter in meinem Siedlungshaus. Da er seiner Zeit Gauleiter in meinem Verband war, ist er mir naturgemäss gut bekannt. Wenn mir hier vorgehalten wird, dass Frank mich auch mit illegalen Schriften beliefert hat, so muss ich dies verneinen. Es stimmt zwar, dass ich ab und zu mit Frank schon mal auf politische Themen zu sprechen kam. Hierbei erzählte er mir dann auch schon, dass verschiedene SPD.-Funktionäre im Ausland säss und dass von dort aus eine Schrift "Sozialistische Aktion" verbreitet würde. Ich habe ihm aber hier schon zu verstehen gegeben, dass ich mit solchen Sachen nichts zu tun haben wollte. Es wird wohl aus diesem Grund gewesen sein, dass er garnicht erst versucht hat, mir solche Schriften zu geben.

Richtig ist, dass auch mir aufgefallen ist, dass

WASAK schon mal Besuch von alten Genossen bekam. Ich bin aber der Ansicht gewesen, dass es sich hier um freundschaftliche Zusammenkünfte alter Bekannte handele. Dani ist mir bekannt, er brachte mir schon mal von Kordass Brot. Es mag möglich sein, ich glaube mich auch zu entsinnen, dass er bei diesen Gelegenheiten auch schon WASAK aufgesucht hat. Was beide aber miteinander hatten, ist mir unbekannt. Heinrich Dahmen ist mir nicht genau bekannt, ich kenne einen Schlosser und Kraftfahrer mit dem Vornamen Heinrich, ich weiss aber nicht, ob dies der Dahmen ist. Dieser hat mir auch schon verschiedentlich Brot gebracht. Ob mir dieser schon mal eine Bestellung für WASAK übermittelt hat, weiss ich nicht mehr. Es könnte vielleicht schon mal möglich sein, ich vermag mich da aber nicht zu entsinnen. Wenn er mir wirklich mal bestellt hat, Dani wollte den WASAK aufsuchen, so ist mir dies nicht in Erinnerung geblieben, da ich dies für eine ^{harmlose} Zusammenkunft alter Bekannter hielt.

Zusammengefasst kann ich nur nochmals sagen, dass ich von einer illegalen Arbeit der SPD keine Kenntnis habe und nichts damit zu tun habe. Auch von der illegalen Tätigkeit des WASAK habe ich keine Kenntnis gehabt. Wenn mir vorgehalten wird, dass meine Angaben durchaus unglaubwürdig klingen und ihnen nicht geglaubt werden kann, so muss ich bei meinen Aussagen verbleiben.

Sonstige Angaben vermag ich nicht zu machen.

v. g. u.

Eigener Unterschrift

Boyle, Pres. 7. 11.

Düsseldorf, den 2.5.1936.

~~SESS~~ bestreitet, mit ~~FRANK~~ und Anderen illegal zusammen gearbeitet zu haben. Seinen Angaben ist kein Glauben beizumessen. Er ist alter Gewerkschaftssekretär und SPD.-Mitglied. Der Mitbeschuldigte Franke, der in der illegalen SPD. eine führende Rolle spielte, wohnte mit ihm in einem Haus und stand mit ihm in ständiger Verbindung. ~~SESS~~ gibt zu, mit ihm über das Erscheinen der "Sozialistischen Aktion" gesprochen zu haben. Ihm war der Titel und das Aussehen der Schrift bekannt, sodass zu mindest anzunehmen ist, dass er das Blatt auch zu sehen bekommen hat. ~~FRANK~~ hat in seiner Vernehmung zugegeben, dass er sich auch als Verbreiter von Einzelexemplaren betätigt hat, weigert sich aber entschieden, Namen seiner Abnehmer zu nennen. Es ist daher mit Sicherheit anzunehmen, dass ~~SESS~~ einer der Abnehmer des ~~FRANK~~ war und ziemlich regelmässig in den Jahren 1934/35 mit der "Sozialistischen Aktion" beliefert worden ist.

Naheliegender ist weiter auch, dass ~~SESS~~ über die illegalen Verbindungen des ~~FRANK~~ näher unterrichtet ist. Wie bereits geschildert, wohnen beide gemeinsam in einem kleinen Siedlungshaus, wobei ein ständiges Zusammenkommen ganz selbstverständlich ist. Der Mitbeschuldigte Dani gibt in seiner Vernehmung auch an, dass er durch den Brotfahrer Dahmen der Brotfabrik Germania über SESS Bestellungen an ~~FRANK~~ hat ausrichten lassen. Dahmen ist in dem Verfahren gegen Kordass & A. verwickelt, welches ebenfalls bei dem Herrn Generalstaatsanwalt in Hamm anhängig ist.

Es dürfte sich empfehlen, die Beschuldigten Sebastian Dani, 14.10.99 zu Hausen geb., und den Heinrich Dahmen, 6.2.10 zu Duisburg geb., die sich beide im Untersuchungs-

W. 1130

gefängnis Duisburg befinden, eingehend zur Sache zu hören, sie werden über die Tätigkeit des ~~Zakmar~~ ~~Stoff~~ nähere Angaben machen können.

Ines =

Krim. Ass.

Pr. Geh. Staatspolizei. ~~am~~ Düsseldorf, den 2.5.1936.
Staatspolizeistelle
f.d. Reg.-Bez. D'dorf. die
II 1 A II/663/36.

4/5 J.

Urschr.

dem Amtsgericht

in Düsseldorf

unter Vorführung des Beschuldigten Eugen ~~Stoff~~ übersandt.

Ich bitte gegen ihn Haftbefehl zu erlassen, da derselbe der Vorbereitung zum Hochverrat dringend verdächtig ist.

Andernfalls bitte ich ihn der Staatspolizeistelle Düsseldorf wieder zur Verfügung zu stellen.

a. l.
Ines =
K. l.

Briefabschrift.

Sofort! Empfang bestätigen.

(Berlin) 23.Juli 33.

Streng vertraulich.

An alle Bezirke !

Werte Genossen! Die innerpolitischen Verhältnisse haben durch die vom Pr.Ministerrat vom 22.Juli 33 beschlossenen Gesetze eine ungeheuerliche Verschärfung erfahren. Wir richten deshalb an unsere Freunde einen dringenden Appell, der beabsichtigten neuen Terrorwelle gegen die Arbeiterklasse mit der größten Geschicklichkeit zu begegnen. Zweifellos wird dieser neue Einschüchternungsversuch unsere Arbeit zeitweilig erschweren. Wir müssen ~~hier~~ daher unter diesen neuen polizeilich juristischen Maßnahmen unsere Arbeit mit der größten Vorsicht und Nüchternheit organisieren. Im Interesse der Klasse sind wir verpflichtet, unsere Org. solange wie nur möglich aktionsfähig zu erhalten. Damit ist auch jeder Genosse verpflichtet, mit der notwendigen Vorsicht seine Aufgaben zu erfüllen. Unsere Arbeit muß auf lange Sicht eingestellt sein. Deshalb ist in der heutigen Zeit gute Arbeit mehr wert als viel Arbeit. Unserer Arbeit kam bisher zu gut, daß unsere Bewegung dem Gegner nicht genügend bekannt war. Soweit uns bisher bekannt, sind Adressen unserer Gen. nicht in die Hände der Polizei oder S.A. gefallen. Nur dort, wo unsere Organisation vor dem Umsturz bereits im öffentl. Leben stark in Erscheinung getreten ist, wie Süd- u. Westsachsen, Breslau ect. sind die Verfolgungen gegen uns erheblich schärfer gewesen. Unsere Tätigkeit in den letzten Monaten lenkt aber immer mehr die Aufmerksamkeit des Gegners auf uns, weil er bereits die verschiedensten Dokumente von unserer Org. erwischt hat. Wir haben deshalb alle Vorkehrungen zu treffen, daß mit dem größtem Maß von Sicherheit unsere Org. durch uns geschützt wird. Auf Grund von Erfahrungen und entsprechend der gegenwärtigen Lage geben wir nachstehens noch einmal konkrete Anweisungen. Die Mitglieder dürfen nur in 5 Gruppen zusammentreffen. Je 5 Gruppenführer bilden die nächst höhere Org. Die Leitung einer Ortsgr. besteht aus höchstens 5 Gen. Von diesen muß 1 Gen. mit der techn. Leitung betraut werden. Die U.B.L. sowie die B.L. dürfen nicht mehr als 5 Personen umfassen. Die Spitzenfunktionäre, soweit sie öffentl. bekannt sind, müssen hier sich unbedingt illegale Papiere beschaffen und dürfen nicht mehr im Hause wohnen. Da das in kleineren Orten oftmals nicht möglich ist, muß dort die Arbeit mit noch größerer Vorsicht orgn. werden. Nur absolut vertrauenswürdige zuverlässige Gen. dürfen zu wichtigen Funktionen herangezogen werden. In den Wohnungen

Wohnungen der Spitzenfunktionäre dürfen keine Sitzungen stattfinden. Die Adressen von wichtigen Funktionären dürfen für Korrespondenz innerhalb des Bezirks wie im Reich keineswegs benutzt werden. Für Adressen muß man möglichst Sympathisierende finden oder weniger bekannte aber zuverlässige Genossen. Adressen nicht bei sich führen, auch nicht in der Wohnung der führenden Genossen ohne Ortsangabe aufbewahren. Im Verkehr untereinander sollten sich die führenden Genossen mit Decknamen benennen. Der Verkehr der Ortsgr. mit der B.L. sollte durch Kuriere organisiert werden. Möglichst wenig die Post benutzen. Jeder Genosse sollte sich im Gebrauch von Adressen und Verbreitung innerorganisatorischer Nachrichten größter Schweisgsamkeit befleißigen. Es ist nicht notwendig, daß jeder Gen. alles weiß. Die Hauptsache ist, daß die politische Aufgabenstellung richtig ist. Die Wohnung aller wichtigsten Funktionäre und dem Gegner bekannter Gen. müssen von neuem (nach dem 5. März) gesäubert werden. Nachdem es gelesen, muß es entweder sofort weitergegeben oder vernichtet werden. Kein Archiv anlegen. Vorsicht bei Gesprächen. Keine Renommistereien. Kein Material in die Hände von Alkoholikern. Keine Propaganda wie etwa die S.A.P. lebt und ähnlich. Jede Ortsgruppe bzw. Bezirk sollte nicht mehr Material herausgeben, als ihre Org. verkraften kann. Die Hauptsache ist gute Arbeit!

Weniger ist mehr! Beim Verhandeln mit anderen politischen Gruppen größte Vorsicht walten lassen. Keine Adressen austauschen. Kuriere niemals an Deckadressen senden. Kuriere oder Delegierte an die R.L. müssen vorher angekündigt werden, damit vo. her Treffpunkt ausgemacht werden kann. Auf diesem Gebiet hat es für den R.L. in Berlin noch verschiedene Mängel gegeben, Briefe haben wir durch den Empfänger nicht rechtzeitig erhalten. Das wird abgestellt. Die B.L. sollte untersuchen ob regelmäßige Kuriermöglichkeit mit Berlin besteht oder eingerichtet werden kann. Die B.L. muß ihre Briefe mit der Bezirks-Nummer versehen, wenn möglich die Briefe laufend nummerieren, um kontrollieren zu können, ob alle Briefe angekommen sind. Unsere Adresse in Berlin nicht zu stark belasten, darf nur einmal wöchentlich geschrieben

geschrieben werden. Ausnahme nur in dringendem Fall. Wenn nichts zu berichten ist, muß Briefempfang bestätigt werden. Wir wollen versuchen, für ~~XXX~~ Drucksachenmaterial (Zeitungen etc. besondere Adressen zu beschaffen. Besonders wichtig ist, die angegebenen Adressen genau und richtig zu schreiben, sonst können Komplikationen und Gefährdung von Genossen entstehen. Bei Verwendung unserer Tinte ist notwendig, daß die Lösung vorher genau ausprobiert wird. Man muß solange Versuche machen, bis die richtige Mischung erreicht ist. In letzter Zeit haben wir Briefe erhalten, deren Inhalt wir ohne Auflösung schon entziffern könnten. In diesem Falle ist entweder die Tinte zu dick oder das Papier schlecht, nicht geeignet. Man braucht nicht allesbestes Büttenpapier zu nehmen, auch mit dem Papier Versuch machen. Bei den Versuchen sollte man das geschriebene Papier zunächst 72 Stunden liegen lassen, um festzustellen, ob die Tinte sichtbar wird, wenn ja, dann noch verdünnen. Das zur Tinte notwendige Salz ist nicht in der Wohnung aufzubewahren, wo die Briefe geschrieben werden. Von unserer Schreibmethode sollten nur die Genossen wissen, die damit zu tun haben. Diese Briefe dürfen nicht geschrieben und aufgelöst werden in den Wohnungen der Spitzenfunktionäre. Nach Auflösung solcher Briefe, wenn Inhalt wichtig und andere Genossen Kenntnis haben müssen, diesen Brief sofort abschreiben und Originalbrief vernichten, am besten verbrennen. Brief dort auflösen, wo kein anderer es sieht.

Größte Vorsicht heißt aber nicht Passivität: Wir bitten Euch, diese wenigen Anweisungen strengstens zu beachten und durch Eure Erfahrungen zu ergänzen. Falls Ihr besondere Erfahrungen auf diesem Gebiete habt, teilt uns dies mit.

Noch ein Wort, zur Erfüllung unserer Reichsarbeit benötigen wir Geld, schickt uns, wenn möglich, monatlich einen bestimmten Betrag, damit wir kalkulieren können.

In der Hoffnung, daß es uns gelingt, unsere Organisation aller Orts auf größte Illegalität umzustellen bevor der Gegner seinen neuen Schlag ausgeführt, verbleiben wir mit bestem Gruß

die R.L.
Ernst.

Die fanatisierte HJ wird gegen die katholische Opposition mobilisiert.
SS greift ein, weil Schutzpolizei nicht mehr Herr der Lage ist.

Staatspolizeistelle

für den Regierungs-Bezirk Düsseldorf

Außenstelle:

Duisburg-Hamborn

Duisburg-Hamborn, den 13. Juli 1935

An die

Staatspolizeistelle

Nr. 80-10

in Düsseldorf.

(in Duisburg am Dellplatz)
Betrifft: Zwischenfälle im Anschluss an Vorträge des Professors Dr. Hermann M u c k e r m a n n.

Besug: Mündliche Anordnung des Leiters der Staatspolizei-stelle Düsseldorf.

Anlagen: 5 *Handbeurteilung der Staatspolizei in Düsseldorf Nr. 406 vom 11. Juli 1935*

Vom 7. bis 12. ~~des~~ ^{Juli 1935} ~~Monats~~ ^{Monats} ~~erhielt~~ ^{erhielt} eine Reihe von Vorträgen des Professors Dr. Hermann M u c k e r m a n n in der Josepha-Kirche am Dellplatz über das Thema "Aufgaben der Kirche in der Gegenwart" ~~stattfinden~~ ^{stattfinden}. Diese Vorträge waren, da sie in der Kirche stattfanden und mit einer religiösen Andacht verbunden waren, ~~von dem Leiter der Aussendienststelle Duisburg der Staatspolizei-stelle Düsseldorf, Krim.-Rat B u s u n~~ ^{von dem Leiter der Aussendienststelle Duisburg der Staatspolizei-stelle Düsseldorf, Krim.-Rat B u s u n} genehmigt worden. ~~Die Vorträge, die am 7. Sa. 9. 1935 zwischen 20 u. 22, 30 Uhr stattfanden, wurden überwacht und mitatografisch.~~ ^{Die Vorträge, die am 7. Sa. 9. 1935 zwischen 20 u. 22, 30 Uhr stattfanden, wurden überwacht und mitatografisch.} ~~In der Anlage füge ich das Stenogramm bei.~~ ^{In der Anlage füge ich das Stenogramm bei.} ~~Zu Beanstandungen war kein Anlass vorhanden, lediglich wurde der Vortrag am 8. 7. 35 durch Lautsprecher in den Saal des neben der Kirche gelegenen kath. Gesellenheims übertragen. Zu diesem Saal hatte jedermann Zutritt. Da kirchliche Veranstaltungen nicht in profanen Räumen stattfinden dürfen, wurde der Veranstalter, Prälat C ü p p e r s, entsprechend unterrichtet und für die Folge unterblieb die Übertragung der Vorträge in das kath. Gesellenheim. Besondere Menschenansammlungen vor der Kirche oder Belästigungen der Kirchenbesucher konnten an diesem Tage nicht festgestellt werden.~~

Am 9. 7. 35 vormittags erschien der Veranstalter der Vorträge, Prälat C ü p p e r s, der Stadtdechant und Pfarrer der Pfarrgemeinde St. Joseph ist, im hiesigen Polizeipräsidium und teilte mit, dass am Vorabend nach dem Vortrag vor der Kirche einige Kirchenbesucher belästigt worden sind und sogar zwei Personen Verletzungen erlitten hätten. Er bat daraufhin um polizeilichen Schutz für die weiteren Vorträge. Auf Grund dieser geringfügigen Zwischenfälle war kein Anlass vorhanden, die weiteren Vorträge des Prof. Dr. M u c k e r m a n n zu verbieten. Vom Polizeipräsidium wurde polizeilicher

diese Plakate wurden sofort von mir sichergestellt. Ergibt sich
michte ich noch, dass als ich auf Grund meiner schriftlichen Ver-
fügung an den Prälaten Cüppers um eine Quittung ersuchte, mir
folgendes Quittungsschreiben gegeben wurde:

Duisburg, den 10. Juli 1935

" Ich bestätige hiermit den Empfang des Schreibens der Staatspoli-
zei Duisburg vom 10. Juli betr. das Verbot der Vorträge des Herrn
Professors Dr. Hermann Buchermann in der Josephskirche. Ich be-
merkte, dass in dem Schreiben es irrtümlich heißt: Pater H. Der
Herr ist Professor Dr. Hermann Buchermann. Ich bemerkte auch noch,
dass das Verbot nicht erfolgt ist wegen des Inhaltes der Predigten,
sondern wegen der Aufhängerungen, die von irgend einer Stelle auf
der Straße inszeniert sind."

geb. Magr. Cüppers.

Aus den Vorgehen des Prälaten Cüppers geht zweifellos
hervor, dass er kein Interesse an der Wahrung des öffentlichen
Friedens hatte, im Gegenteil, anstatt an einer Beruhigung der
Öffentlichkeit mitzuwirken, provozierte er in größter Weise, was
sowohl aus der Form des Quittungsschreibens als auch aus der Art
und Anbringung der Plakate hervorgeht.

Anstelle des verbotenen Vortrages wurde Gottesdienst
abgehalten.

Auf Grund des Verbotes der Vorträge wurde an diesem
Abend mit weiteren Zwischenfällen nicht mehr gerechnet. Trotzdem
wurden nach Rücksprache mit den Vertretern des hiesigen Polizei-
präsidenten, Oberregierungsrat W e g e l e r und dem Kommandeur
der Schutzpolizei, Major K a m p m a n n genügende polizeiliche
Kräfte bereitgestellt. Oberregierungsrat Wegeler hat die SA-Gruppe
Hilferlein gebeten, auch ihrerseits durch SA-Patrouillen dafür zu
sorgen, dass sich SA-Leute nicht an irgendwelchen Fundgebungen be-
teiligen. Auch die Kreisleitung wurde entsprechend unterrichtet.

Auf Grund vorstehender Massnahmen wurde von keiner Seite
mit irgendwelchen Zwischenfällen an diesem Abend gerechnet. Trots-
dem sammelten sich größere Menschenmengen an den Delliplatz an,
die von der Polizei aufgefordert wurden, auseinanderzugehen. Gegen
19,45 Uhr hatten sich auf dem Delliplatz und in den umliegenden
Straßen etwa 500 Personen zusammengefunden, die größtenteils der
Hitlerjugend aber auch der PC. u. SA angehörten. Durch Fragen von
Abzeichen

Abseihen und "Kennen untereinander" konnte dieses festgestellt werden. In losen Gruppen bewegten sich diese Leute um den Platz um in den anliegenden Strassen. Von Zeit zu Zeit wurden Lieder gesungen, hauptsächlich das Devisenschülerlied. Gegen 20,40 Uhr versuchte eine dieser Gruppen, die sich hauptsächlich aus Angehörigen der HJ in Zivil zusammensetzte, in das in der Nähe des Dellplatzes gelegene kath. Gesellenheim einzudringen. Die Personen wurden von der Polizei abgedrängt, und die Ansammlung wurde zerstreut. Es wurden weitere Beamte der Schutzpolizei eingesetzt. Während der Platz geräumt wurde, erschollen aus der Menge Pfändrufe und die Rufe: "Bluthunde schert euch vom Platz sonst trampeln wir euch tot" u.a. Plötzlich füllte sich überraschend im Handumdrehen der Dellplatz von 6 einmündenden Strassen aus mit einer Menge von mehr als 2000 Personen. An der Spitze der Menge befanden sich eine grössere Anzahl 16 bis 20 jährige Hitlerjungen in Zivil. Dem Ansturm einer derartig plötzlich auftauchenden Menschenmasse war die Polizei nicht gewachsen und sie zog sich zurück. Bei dem Zusammenprall der Polizei mit der Menge wurden 5 Polizeibeamte leicht verletzt. Ein Beamter wurde sogar von einem Jugendlichen mit einem Messer ins Gesicht gestochen, doch war die Verletzung leichter Natur. Zweifelsohn hätte der Gebrauch der Schusswaffe Ordnung schaffen können, doch wurde, um Blutvergiessen zu vermeiden, von dieser Massnahme Abstand genommen. In dieser Zeit rückte ein geschlossener SA-Sturm an dem Schauplatz der Begebenheit vorbei. Trotz Bittens des Reviervorstehers unterstützte der Führer des Sturmes die Polizei nicht, sondern rückte weiter. SA-Gruppenführer K n i e k a a n hat in Bezug auf diese Angelegenheit sofort strengste Untersuchung angeordnet. Er wird den bzw. die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Der Reviervorsteher zog dann seine Beamten zurück, da ein anwesender SS-Führer mit Angehörigen der SA, SS und eines Teils der Gruppenmasse der SA-Gruppe Niederrhein erklärte, er wolle den Platz räumen. Dieses geschah dann auch und der Platz wurde geräumt. Im Interesse der Vermeidung des Blutvergiessens - es handelte sich vorwiegend um jugendliche Volksgenossen - wurde dem Bitten des SS-Führers von der Polizei entsprochen. Die Massnahmen des Reviervorstehers wurden aus diesem Grunde nachträglich von dem Kommandeur der Schutzpolizei gebilligt. In dieser Angelegenheit sind von mir auf Grund der Rücksprache mit dem Leiter der Staatspolizeistelle Düsseldorf umfangreiche Ermittlungen ein-

geleitet

eingeleitet worden, über deren Verlauf ich eingehend berichten werde.

Während sich diese Ereignisse abspielten, drangen gleichzeitig eine Anzahl Jugendliche in das kath. Gesellenhaus am Dellplatz, in das kath. Arbeiterheim, Seitenstr. 9 und in das kath. Jugendheim, Grünstr. 4 ein und demolierten dort Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände. Die Bücher der Bibliothek des Jugendheims wurden auf die Strasse geworfen und verbrannt. Auch diese Vorgänge werden von mir auf Grund der Anordnung des Leiters der Staatspolizeistelle Düsseldorf eingehend untersucht.

Den ganzen Vorgängen an diesem Abend liegt ein planmäßiges Handeln zugrunde. Es wurde festgestellt, dass einzelne Truppe durch Pfiffe gelenkt wurden. Die Jugendlichen trugen zwar keine Uniform, jedoch fast alle Uniformhosen. Wie festgestellt wurde, sind Hitlerjungen in Uniform zum Umkleiden nach Hause geschickt worden. Die Annahme, dass es sich im vorliegenden Falle um eine Aktion der Angehörigen der Hitlerjugend, allerdings ohne Wissen und Wollen der Standortführung, handelt, dürfte zutreffend sein. Ein an diesem Tage angesetzter Heimabend der Hitlerjugend fiel aus. Den Jungen wurde gesagt, sie sollten zum Dellplatz gehen. Am 10.7.35 herrschte ab 22 Uhr Ruhe.

Am 11.7. fand in Gegenwart des Gaustabsleiters F i s c h e r von der Gauleitung Essen eine Besprechung beim Polizeipräsidenten, SA-Gruppenführer Knickmann statt, an der Vertreter der PO., SA., HJ. und ich teilnahmen. Gaustabsleiter Fischer erklärte, dass in vorstehender Angelegenheit mit aller Schärfe durchgegriffen und die Schuldigen restlos bestraft werden müssten. Ferner wurde eine eingehende Zusammenarbeit zwischen SA und Polizei vereinbart, um alle weiteren Zwischenfälle zu vermeiden. Sämtliche Parteinstanzen erhielten strengste Weisungen, damit sich derartige Ereignisse nicht wiederholen sollten. Am Abend des 11.7.35 ereigneten sich auf Grund dieser Massnahmen keine Zwischenfälle. Die üblichen Neugierigen waren auf dem Dellplatz und in der Nähe vorhanden, sie zerstreuten sich jedoch auf Aufforderung der Polizei und SA. Infolge der getroffenen Massnahmen dürften sich weitere Zwischenfälle nicht mehr ereignen.

Die

Die Gestapo wird gegenüber einem Duisburger Richter mißtrauisch.

Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf

| | | |
|--|--|--|
| 1. Name 2. Vorname 3. Nachname | 4. Geburtsdatum 5. Geburtsort 6. Beruf | 7. Dienstort 8. Dienststellung 9. Dienstzeit |
| 10. Telephon 11. Telegramm - Funkprüf - Fernschreiben - Fernschicht | | 12. Registrierungsnummer |

+ GESTAPA BERLIN NEU NR. 33430 6.7.35 0915 -

= **U** AN DIE STAPO DUESSELDORF = EILT =

25.3.35. ERFOLGTE VOR DEM VERNEHMUNGSRICHTER DES AMTSGERICHTS RUHRORT, AMTSGERICHTSRAT S C H R O E R S, FRANZ .92 IN MUENCHEN-GLADBACH GEB., DIE VERNEHMUNG DER N VERDACHTS DER VORBEREITUNG ZUM HOCHVERRAT BESCHULDIGTEN I) GENOSSEN (AKTENZEICHEN : 3 .GS. 72/35). ICH ERSUCHE DIE ORBEZEICHNETEN STRAFAKTEN ANZUFORDERN UND MIR ZUR EINSICHT ZU VERSENDEN. GLEICHZEITIG ERSUCHE ICH UNAUFFAELLIG NAEHERES UBER POLITISCHE EINSTELLUNG DES AMTSGERICHTSRATS S C H R O E R S BESONDERE VOR DER MACHTUEBERNAHME, FESTZUSTELLEN UND MIR DAVON BERICHTEN. SCHROERS WOHNTE IN DUISBURG, GEIBELSTRASSE 10 IN MUENCHEN-GLADBACH. =

GESTAPA BERLIN **U** NR. G. 1989/35 -II 1A 1 /J

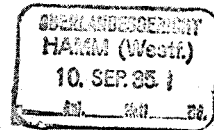
Ein Duisburger Anwalt versucht einen kommunistischen Widerstandskämpfer zu retten.

Mehlkopf
Dr. Baecker
Rechtsanwälte und Notare
Etzel
Rechtsanwalt

Fernsprecher: Sammel-Nr. 24941-42
Postalscheckkonto: Essen Nr. 161

Dr. B./M.

27
Duisburg, den 5. September 1935.
Königstraße 46
gegenüber dem Gericht (Batermannhaus)



In der Strafsache

gegen

T r a u d e n und Genossen

6. O.Js. 167 / 35
III 142 / 35

werden wir den Angeschuldigten Grohmann
in der Hauptverhandlung verteidigen.

Mit Rücksicht auf die uns nunmehr vorlie-
gende Anklageschrift vom 22. Juni 1935 beantra-
gen wir,

die Anordnung der Voruntersuchung, minde-
stens aber die Erhebung weiterer Beweise
mit Rücksicht auf folgenden Sachverhalt:

Der Angeschuldigte Grohmann bestreitet, sich
strafbar gemacht zu haben.

Grohmann war zwar von April 1926 bis Mitte
1927 Mitglied des „Kommunistischen Jugendverband-
des Deutschlands“, hat sich aber niemals politisch
betätigt. Er ^{ist} eingetreten lediglich deshalb, weil
er Interesse an den gemeinsamen sonntäglichen
Wanderfahrten hatte.

Grohmann war niemals Mitglied des „Roten
Frontkämpfer-Bundes“. Wohl hat er von 1926 bis

den
Strafsenat des
Landesgerichts
am i. Westf.

etwa Mitte 1929 ersatzweise bei den Uzzügen des Roten Frontkämpfer-Bundes die Querpfeife gespielt, weil er zufällig im Besitz einer solchen war. Beitrag hat er niemals bezahlt, ist auch niemals formell beigetreten. Erst jetzt hat Grohmann festgestellt, dass er ohne sein Wissen als Mitglied des Roten Frontkämpfer-Bundes geführt worden ist. Abgesehen von seiner Spielertätigkeit hat Grohmann sich niemals um die Grundsätze und Bestrebungen des Roten Frontkämpfer-Bundes bekümmert.

In der Folgezeit hat Grohmann keiner Organisation angehört, sondern ist im August 1929 nach Siegen verzogen, wo er bei dem Glasereinigungsinstitut Eichenhauer bis Ende Dezember 1929 beschäftigt war.

Ab Januar 1930 war Grohmann wieder in Duisburg. Ende 1930 oder Anfang 1931 trat er in den »Arbeiter-Esperanto-Bund« ein, weil ein Jugendfreund ihn dazu keilte und ihm besonderes Interesse für die Esperanto-Sprache beibrachte. Als Mitglied dieses Esperanto-Bundes hat Grohmann sich vollkommen beschränkt auf die Schulungskurse, in denen die Esperanto-Sprache gelehrt wurde. Um andere Dinge hat Grohmann sich nie gekümmert. Ihm ist auch nie bekannt geworden, dass der Arbeiter-Esperanto-Bund kommunistische Bestrebungen verfolgte. Im August 1932, als die Frau des Angeschuldigten Grohmann krank wurde, trat er aus dem Esperanto-Bund aus. Seitdem hat Grohmann auch nicht nur keiner Organisation mehr, sondern auch keinem anderen Verband oder Verein angehört.

Wenn es in der Anklageschrift heisst, Grohmann sei Organisationsleiter im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands gewesen und später in der Leitung der D.M.V. Duisburg, so kann es sich nur um eine Verwechslung handeln. Gemeint

ist offenbar ein gewisser Nikolaus Grossmann. Dieser Grossmann war Organisationsleiter des K.J.V.D. und später tätig in der D.M.V. Jugend.

Im Jahre 1932 lernte der Angeschuldigte Grohmann den Huber kennen. Ende 1933 oder Anfang 1934 erfuhr Grohmann, dass Huber kommunistisch eingestellt war. Damals zeigte Huber ihm nämlich einige deutsche Zeitungen kommunistischer Richtung. Grohmann hat sich aber um die Zeitungen nicht weiter gekümmert. Was die Fahrten des Huber nach Holland anbetrifft, so war Grohmann lange Zeit der Meinung, dass Huber Zigarren und Zigaretten schmuggelte.

Huber hat dem Grohmann niemals kommunistische Schriften zur Verteilung gegeben, wohl gelegentlich zum Lesen mit der Aufforderung, das Blatt ihm wieder zurückzugeben.

Anfang 1934 sagte Huber zwei- oder dreimal zu Grohmann etwa: "Wenn Du mal nach Duisburg kommst, so sag dem Krebs, er solle auf mich warten." Grohmann hat dieser Aufträge - es handelt sich nur um geringfügige Gefälligkeiten - ausgeführt ohne zu wissen oder zu ahnen, was Huber mit Krebs bestrebte. Grohmann hat mit Krebs niemals über kommunistische Belange gesprochen, dem Krebs insbesondere auch niemals ~~über~~ irgendwelche Druckschriften oder sonstige Schriftstücke zugestellt.

Etwa Juni 1934 wurde dem Grohmann klar, dass mit Gruber und Krebs irgendetwas nicht stimmte. Grohmann forderte daraufhin den Gruber auf, eine andere Wohnung zu suchen. Grohmann hatte nämlich bei Huber ein Paket, anscheinend mit Druckschriften, gesehen. Er sagte sich, dass es sich vielleicht um staatsfeindliche Schriften handelte, und wollte auf jeden Fall ver-

hindern, dass er mit der Sache irgendwie in Verbindung gebracht werde. Darum sollte Huber ausziehen. Huber versprach auch, nach einer erst noch auszuführenden Fahrt nach Frankreich eine andere Wohnung zu nehmen.

Von dem angeblichen Zettel mit den fünf Adressen hat Grohmann erst nach seiner Verhaftung etwas erfahren. Er hat vorher weder Zettel gesehen, noch von ihnen gehört. Es ist auch ausgeschlossen, dass seine Frau diese dem Angeschuldigten Trauden übergeben hat.

Was den Fall Neumann betrifft, so ist es richtig, dass Grohmann einmal im Juni 1934 ein Exemplar der "Internationalen Gewerkschaftszeitung" bei Neumann gesehen hat. Neumann fragte den Grohmann, ob dieser die Zeitung kenne. Grohmann sagte zu ihm: "Georg, gib Dich mit dem Kram nicht ab; das hat keinen Zweck mehr." Daraufhin hat Grohmann die Zeitung sofort verbrannt.

Grohmann gibt an, dass bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung oder bei den ersten polizeilichen Vernehmungen - wir kennen die Gerichtsakten noch nicht - seine Angaben anders niedergelegt worden seien, als er sie gemacht habe. Wir können das vorläufig nicht nachprüfen. Wir bitten aber, auch in dieser Beziehung Ermittlungen anzustellen. Es kommt leider gelegentlich vor, dass Polizeibeamte im ersten Übereifer den Sachverhalt nicht ganz objektiv wiedergeben. Es empfiehlt sich vielleicht, Grohmann mit dem betreffenden Beamten gegenüberzustellen.

Grohmann bestreitet jedenfalls, sich irgendwie direkt oder indirekt kommunistisch betätigt zu haben. Sein einziger Fehler ist vielleicht der, dass er den Huber nicht früh genug

von sich abgeschüttelt hat. Er war aber dem Huber gegenüber nicht energisch genug, weil er diesem gegenüber in gewissem Sinne zu Dank verpflichtet war. Als er nämlich den Huber kennen lernte, war Frau Grohmann krank. Da Grohmann den ganzen Tag auf Arbeit war, hat auf sein Bitten hin Huber sich um seine Frau, die wegen der damaligen Selbstmordgefahr der ständigen Aufsicht bedurfte, gekümmert.

- Beweis für alles Vorstehende: Zeugnis

- 1.) des August Grohmann in Duisburg, Beeckerwerth 189,
- 2.) Frau August Grohmann sen., ebendasselbst,
- 3.) Frau Hugo Grohmann jun., ebendasselbst,
- 4.) die aus den Akten festzustellenden Polizeibeamten,
- 5.) Nikolaus Grossmann, dessen Adresse wir nicht feststellen können.

Rechtsanwältin
Mehlfuß, Dr. Baetjer und Engel
Duisburg

1934 Beiträge von wöchentlich etwa 10 Pfg. an Lasarzik gezahlt. In der Wohnung des Lasarzik hat er während dieser Zeit auch verschiedentlich illegale Schriften geliehen und den Inhalt teilweise mit Lasarzik besprochen. Es handelte sich u.a. um "Der neue Vorwärts", "Die internationale Revue" und eine Fotokopie des "Syndikalist". Das Schriftmaterial hat er deshalb nicht mit nach Hause genommen, weil Lasarzik es zur Weitergabe an andere Gesinnungsgenossen brauchte.

Im September 1936 nahm Zech an der Beerdigung des Anarchisten Paschert aus Düsseldorf-Eller teil, Er war auch nach der Beerdigung mit den anderen Teilnehmern in einer Wirtschaft, in der Rosinke zur Sammlung für Rot-Spanien aufforderte (s. oben zu 47 b). Kurz darauf haben Nattermann und Zech den Lasarzik veranlasst, aus der Kasse der FAUD 5,- RM für Rot-Spanien zu stiften. Zech hat die 5,- RM von Lasarzik erhalten und sie mit weiteren 2,- RM, die er seinem eigenen Gelde entnahm, auftragsgemäß an Rosinke weitergegeben.

Diesen Sachverhalt hat Zech im Vorverfahren und in der Hauptverhandlung im wesentlichen zugegeben.

b) Windhoff ist mit dem oben schon erwähnten Provinzial-Börsen-Obmann Julius Nolden (s. oben I A) aus der Zeit vor der Machtübernahme bekannt. Nolden wohnte in Duisburg und hat von dort aus eine ausgedehnte illegale Tätigkeit ausgeübt. Bis Ende 1934 hat er das Gebiet der früheren Provinzial-Arbeiter-Börse "Rheinland" mit illegalen Schriften beliefert und hat sich von da ab bis zu seiner Festnahme im Jahre 1936 hauptsächlich durch politische Gespräche mit seinen Gesinnungsgenossen illegal betätigt. Mit Nolden ist Windhoff auch nach der Machtübernahme verschiedentlich zusammen gekommen. Sie haben sich gegenseitig besucht, und zwar war Nolden in den Jahren 1933 bis 1936 ungefähr fünfmal bei Windhoff in Düsseldorf, während dieser in der angegebenen Zeit etwa drei- bis viermal, zuletzt noch im Oktober 1936, bei Nolden in Duisburg war. Bei diesen Besuchen haben sich Windhoff und Nolden auch über politische Tagesfragen und über die illegale anarcho-syndikalistische Bewegung unterhalten. Windhoff will sich, wie auch Nolden bestätigt hat, der illegalen Arbeit gegenüber ablehnend verhalten haben. Er hat aber Anfang 1934 und im Sommer 1934 von Nolden verschiedentlich, mindestens aber zweimal, je eine illegale Schrift, und zwar u.a. die getarnte Broschüre "Esst deutsche Früchte" und die "Internationale Revue" erhalten. Im Sommer 1934 hat er ferner von Nolden auf dem Wege über seine Ehefrau eine Broschüre bekommen, in welcher davon die Rede war, daß Erich Mühsam in Deutschland nach der nationalen Erhebung getötet und daß ihm vor seinem Tode ein Hakenkreuz in die Haare geschnitten worden sei. - Windhoff hat ferner an Nolden mehrfach, mindestens aber zweimal, Geldbeträge für die illegale Organisation oder für einen illegalen Unterstützungsfonds gegeben, und zwar im Jahre 1934 etwa 4,- RM und im März 1935 etwa 10,- RM.

Bericht

über den Verlauf der öffentlichen Versammlung

der Bek. Gemeinde Hamborn

am 28. Juli 1937

in Saale, Hamborn, Markgrafenstr. 27.
(Versammlungsort, Ort, District, Straße — Platz — Nr.)

Veranstalter: Pastor Hesse, Hamborn
Weselerstr. 5

Ort: Wie vor.

Beginn: 20 Uhr. *20*

Schluß: 22 Uhr. *22*

Zahl der Teilnehmer: 70 Personen
(Schätzungswert)

Männer: } ältere Personen.
Frauen: }

Jugendliche: ./.

Als Hauptredner sind aufgetreten:

Pastor B i e r m a n n aus
Mülheim/Styrum.

Beauftragte:
(Name, Unterscheidung, Dienststelle)

Vertraulich überwacht.

Duisburg-Hamborn, am 22. Juli 1937.

Tagesordnung:

Thema:

" Die Entscheidung ".

Verlaufsbericht:

Die Versammlung wurde von Pastor Hesse eröffnet, der dem Pastor Biermann das Wort zu seinem Vortrage erteilte. Dieser legte nach seiner Beurteilung den Zuhörern klar, was sich heute "gottgläubig" bezeichne. Er bezeichnete diese Art Gottgläubigkeit als den Glauben, der sich auf Rasse, Blut, Boden und germanisches Empfinden berufe. Der Sinn seiner Rede war der, den neuen deutschen Menschen in seinem Denken zu Gott als eine Selbstergötterung darzustellen, das heiße, sich größer, sich selbst in der Verehrung zu sehen.

Die ganze Rede war sozusagen eine Diskussionsrede gegen das heutige deutsche Empfinden der Volkseele. Er nannte dieses Empfinden als nicht gottewürdig und stellte es als etwas heidnisches und gottloses hin, solange es sich nicht auf Christus und das Evangelium stütze.

Der Vortrag sah mehr nach einer Wahlrede aus und empfand man, dass der Redner darauf hinausging, die

Deutsche Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf.

Aussondieranstalt Duisburg
Verantwortliche Vernehmung eines Beschuldigten.

| Strafverzeichnis | | | | Duisburg | den 13. Nov. 1937 |
|---------------------|--|---------------------------|--|--|-------------------|
| Name des Urteils | Merkmalen der Behörde, die das Urteil erlassen hat | Ursache der Bestrafung | Bezeichnung der erkannten Strafe | Name: H e s s e , Vorname: Theodor (Nachname unterstreichen) Beruf: Pastor Geboren am: 14.11.09 zu Hamborn Kreis: dto. Landgerichtsbezirk: dto. Staat: D.R. Wohnort: Duisburg-Hamborn, Straße: Weselerstr. 5 | |
| | In dem pol. Sinne ist über das Urteil nicht verurteilt. <i>Handwritten signature</i> | | | | |

Duisburg, den 30. Oktober 1937.

Die Staatspolizeistelle Allenstein bittet über die Staatspolizeistelle Düsseldorf um verantwortliche Vernehmung des Hilfspredigers Theodor H e s s e , Hamborn, Weselerstr. 45, zu einem Bericht, den dieser über seine Verhaftung und Vernehmung in Allenstein, insbesondere über seinen Aufenthalt im dortigen Polizeigefängnis, verfasst und in mehrfacher Ausfertigung an ihm nahestehende Pfarrer versandt hat.

Krim.-Oberasst.

Ad.

Duisburg, den 13. November 1937.

II B/4884/37.

1.) Pfarrer Hesse ist verantwortlich vernommen.

2.) Vorgang ist unschriftlich mit 3 verantwortl. Vernehmungen des Hesse der Stapostelle Düsseldorf zurückgesandt worden.

3.) Zur Pers.-Akte Hesse. *zu*

I. V.

1. Sieh mal an! Ist das ein netter,
lieber, guter Pfarrer Vetter!
Himmelsbote, Seelenwecker,
Judentestamentsvollstrecker!
2. Von Gestalt sehr arm geraten!
Kummerlicher Tee elbsbraten!
Vor den Augen Demutsfalle
Glänzt die Theologenbrille.
3. Vetter stellt im Dritten Reiche
falsch die Weltanschauungsweiche.
Weiche Birne! Dogmenrenner!
Himmelsakrobat! Bekenner!
4. Für die Juden, die beklagten,
für die Priester, die versagten,
dass der Hergott sich erbarme,
betet dieser geistlich Arme.
5. Betsaalneubau. Bei dem Hause,
auch für Vetter eine Klausel.
"Dass wir bauen, Donnerwetter,
das verdanken wir dem Vetter!"
6. In den heiligen Betsaalhallen
darf kein Hitlergruss erschallen.
Vetter, dieser Jenseitsknoten,
hat den Schafen das verboten.
7. Unsere Jugend geht zugrunde,
ohne Moses vor die Hunde."
Vetter mit Prophetenfimmel
schreit zum Rassennischungshimmel.
8. "Lieber, kleiner Himmelsreiter
mach nur immer lustig weiter,
Eins Tage da kommt der Knall,
Ein tlicker, fetter Vetterfall.

=====

in der Alfred
Zinn-Hütte
Wille

Akten
der
Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeistelle
Düsseldorf

über

Vetter

(Familienname)

Otto

(Vorname)

5.9.99

(Geburtsdatum)

Hagen

(Geburtsort)

Vetter ist nach der Machtübernahme Mitglied des Pfarrer-Notbundes gewesen. Heute ist er führend in der Bekennenden Gemeinde "Unter dem Wort" tätig. Er ist Vorsitzender des hiesigen Bruderrates. Ausserdem ist er 2. Stellvertreter im Rheinischen Bruderrat. Er kann nicht als politisch zuverlässig bezeichnet werden. In seinen Predigten gebraucht er des öfteren Redewendungen, die sich in versteckter Form gegen den heutigen Staat richten.

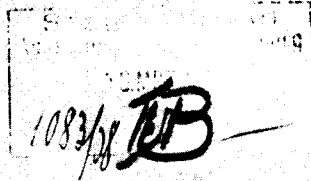
Am 1.5.33 liess Vetter sich als Partei-Anwärter in die NSDAP aufnehmen und hatte die Mitgl.Nr. 3421186. Am 2.9.35 wurde er vom Kreisgericht als Partei-Anwärter wieder gestrichen.

- 25.7.36 weil in einer Predigt am 5.11.36 in Duisburg hetzerische Äußerungen gemacht haben. Da Zeugen fehlen, wurde von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgesehen.
- 18.2.37 Hat seine Konfirmanden beim Betreten und Verlassen des Gemeindehauses den Gruß "Heil Hitler" verboten.
- 26.3.38 war Leiter über eine von der evgl. Bekenntnissynode im Rheinland veranstalteten Rüstwoche in der Zeit v. 20. bis 27.2. 38.
- 25.8.38 Ehefrau erhielt einen Brief eines unbekanntem Absenders aus der Schweiz.
- 4.5.39 Fordert in einem Rundschreiben an die BK.-Geistlichen der Kreis synode Duisburg zur Abgabe einer Erklärung auf, wonach das Evgl. Konsistorium der Rheinprovinz als Kirchenleitung nicht anerkannt wird.
- 11.8.39 Veranstaltete am 24.7.39 in der Salvatorkirche in Duisburg einen Br.-Gottesdienst. Sprech über den Tod des Pfarrers Paul ~~XXXXXX~~ Schneider im Konzentrationslager mit einer Fürbitte für die gemäßigten Pfarrer. Nahn Stellung zur Kollektenfrage. Forderte auf, sich nicht mehr an der antlichen Kollekte zu beteiligen, dafür dem Pfarrer das Geld zu geben, Bibelsprüche zu kaufen oder die Spende als für die BK. zu bezeichnen.
- 5.9.39 Pfarrer Schlingensiefen, Wuppertal, dankt im Schreiben v. 1.8.39 Pfarrer Vetter, Duisburg, für die angekündigte Überweisung von 21.37 RM. Gleichzeitig folgt ein Kontoauszug des Westdeutschen Jungmännerbundes e.V.
- 22.9.39 Hat am 11.7.37 in der Lutherkirche in Duisburg für das Jungwerk der Bekennenden Kirche eine Kollekte angekündigt und durchgeführt. Sammelergebnis 36.28 RM. Die sichergestellte Kollekte wurde am 21.11.38 gem. Verf. d. Reg. Fr. Ms. Df. - auf das Konto 630 bei der Bank der Deutschen Arbeit Df. - zu Gunsten des NWK. überwiesen.
- Am 12.9.37 wurde in der Christuskirche in Duisburg von V. eine Kollekte für die "Rhein. Bekenntnis-Synode" durchgeführt. Sammelergebnis: 13.37 RM. Dieser Betrag wurde am 18.9.39 der Konsistorialkasse in Bisseldorf überwiesen. Verfahren gegen Vetter auf Grund des Amnestieerlasses von 30.4.38 eingestellt.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
Düsseldorf.

Düsseldorf, den 14. März 1938.

II B 2/80 10/13.3.38.



Am Sonntag, dem 13. 3. 1938, sollte eine Erklärung der Vorläufigen Leitung der deutschen evangelischen Kirche in den Gottesdiensten zur Verlesung kommen, in der in der bekannten staatsabträglichen Weise zu dem Prozeß gegen den Pfarrer Niemöller aus Berlin-Dahlem und seine augenblickliche Schutzhaft Stellung genommen wird. Außerdem soll in dieser Woche eine Bibelstunde bzw. Passionsandacht als besonderer Fürbittegottesdienst für Pastor Niemöller ausgestaltet werden.

Ich ersuche um Feststellung und Bericht, ob und von welchen Geistlichen die Kanzelabkündigung am letzten Sonntag verlesen worden ist. Gleichzeitig ersuche ich, den dort etwa stattfindenden Fürbittegottesdienst für Niemöller zu überwachen und, sofern besondere Feststellungen gemacht werden, mir unter Beifügung des Überwachungsberichtes mit zwei Durchschlägen zu berichten.

Termin: 24. 3. 1938. Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

Zusatz für die Herren Landräte:

Überdrucke für die Herren Bürgermeister liegen bei.

Zusatz für die Außendienststellen:

Auf die fernmündliche Mitteilung vom 12. 3. 1938 wird Bezug genommen.

Im Auftrage:
gez. Friedrich.

Beglaubigt:

Ramm
Pol.-Sekretär.

An die Außendienststellen, die Herren Landräte des Bezirks und die Polizeiverwaltungen in Kouß und Viersen.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf
Ausendienststelle Duisburg.

Duisburg, den 13. Oktober 1938, B/3802

II B/4625/38.

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf

in D u s s e l d o r f .

Betrifft: Verbreitung einer illegalen Flugschrift durch
Pfarrer Otto V e t t e r . Duisburg.

Bezug: Mündl. Rückprache des Kris.-Oberasst. Körner
mit Polizei-Oberinspektor Friedrich am 12.10.38.

Anlage: 1

-.-.-.-.-

Bezugnehmend auf obige Rückprache übersende ich
hiermit den Aktenvorgang gegen den Beschuldigten Pfarrer
V e t t e r und eine Abschrift desselben zur Beantragung
der Schutzhaft bzw. Ausweisung aus dem Regierungsbezirk.

2.) Karteikarte ist Im Auftrage
ergänzt.

3.) Wvl. nach Eingang der
Antwort, spätestens am 15.11.38.

Im Auftrage:



Duisburg, den 14. November 38.

Ad.
II B/4625/38.

1.) Eine Antwort ist bisher von der Stapo-
stelle D, dorf noch nicht eingegangen.

2.) Wvl. am 15.12.38.

Offener Brief

An das bibelgläubige und Christus liebende Volk Deutschlands!

Der biblische Name für den allmächtigen Gott ist JEHOWA, er hat in seinem Wort, der Bibel, welches Christus die Wahrheit nannte, sein Vorhaben mit allen Menschen guten Willens geoffenbart. Die Kenntnis von diesem Vorsatz des Höchsten ist darum für jeden Menschen von lebenswichtiger Notwendigkeit.

D. Martin Luther prophezeite einst:

„Nach unser Zeit wird die Strafe auch über Deutschland und andere mehr gehen um der gräßlichen Undankbarkeit und Verachtung Willen des lieben seligen Worts, das ihnen reich und reichlich gepredigt wird. Und wird nach diesem heißen Licht ein gräßliche, schreckliche Finsternis kommen.“

(Aus D. Martin Luthers Werken. Kritische Gesamtausgabe, Tübingen & Bad Weimar 1921, Nr. 6543.)

Es ist nun eine erschreckende Tatsache, daß die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland alle aufrichtigen *Bibelchristen*, die offen ihren Glauben an Jehova Gott bekennen und ihm dienen, schmähen, verulunden und mit grausamen Mitteln verfolgen.

Jehovas Zeugen befragt:

Ägyptens Pharao mißhandelte einst Jehovas auserwähltes Volk. Die Schrift erklärt, daß Pharao der Vertreter des Teufels war, und daß er samt seinen Helfershelfern von Gott bestraft und vernichtet wurde.

Mose war ein Hebräer, ein von Gott inspirierter Prophet, der einen Teil der Bibel verfaßt und darin erklärt hat, daß Jehova einen Größeren, von dem Mose ein Schattenbild war, erwecken würde, und daß dieser Größere der Messias sei und zum rechtmäßigen Herrscher der Erde ernannt werden würde. Viele weitere Bibelstellen und Jesu eigenes Zeugnis beweisen, daß *Jesus Christus* jener Größere, das heißt der *Messias* und *Erretter* ist.

Seit vielen Jahren haben wir, Jehovas Zeugen, früher Bibelforscher genannt, in Deutschland unseren Volksgenossen die Bibel und ihre trostreichen Wahrheiten gelehrt und dabei in selbstloser Weise zur Linderung materieller und geistiger Not Millionen vorausgibt.

Als Dank dafür sind Tausende von Zeugen Jehovas in Deutschland aufs grausamste verfolgt, mißhandelt und in Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt worden. Trotz größtem seelischem Druck und trotz sadistischer körperlicher Mißhandlung, auch an deutschen Frauen, Müttern und an Kindern im zarten Alter, hat man in vier Jahren nicht vermocht die Zeugen Jehovas auszuertzen; denn sie lassen sich nicht einschüchtern, sondern fahren fort, *Gott mehr zu gehorchen als den Menschen*, wie es seinerzeit die Apostel Christi auch taten, als man ihnen verbot, das Evangelium zu verkündigen.

Die gegenwärtige unchristliche und bibelfeindliche Regierung muß sich ferner an zu erklären, daß nur die römisch-katholische Kirche und die Staatskirche eine Art Religionsfreiheit ausüben kann, daß aber allen anderen wahrhaft bibelgläubigen Christen *keine Glaubens- und Gewissensfreiheit* gewährt wird.

Befreiungsbegehren

In vielen Teilen Deutschlands bemühen sich die Kreisleiter vorzüglich, die Zeugen Jehovas zur Unterzeichnung von Erklärungen zu zwingen, worin es wörtlich heißt:

„Ich versichere hiermit an Eidesstatt, daß ich die staatsfeindlichen Maßnahmen der jüdischen internationalen Bibelforscher-Vereinigung gekannt habe und ich mich als treuer Deutscher von dieser Vereinigung, so weit ich zur angehöre oder nachstand, losgesagt habe. ... Ich werde die Gesetze und die Anweisungen der Partei und des Staates befolgen und vor allen Dingen auch in meiner Familie den Geist des Führers, besonders im Herzen meiner Kinder, aufrechten. Ich bedauere, daß ich früher *keine* Kenntnis von der Existenz dieser Vereinigung hatte und mich nicht mehr daran beteiligen werde. ... Ich bin mir bewußt, daß jede weitere Beteiligung für die internationale Bibelforscherbewegung, ganz gleich in welcher Beziehung, schärfste Bestrafung nach sich zieht, da ich dann nicht mehr wert und würdig bin in der Gemeinschaft des deutschen Volkes zu leben und zu arbeiten. Falls in der kommenden Zeit staatsfeindliche Elemente an mich herantraten sollten mit Broschüren, Flugblättern, Zetteln etc., werde ich die Träger sofort der zuständigen Partei- oder Polizeistelle melden und die Druckschriften ablehnen.“

Heil Hitler!
(Unterschrift)

Bibelgläubige — Wahlfürsorge?

In einem persönlichen und vertraulichen Begleitschreiben der Kreisleitung W..., datiert den 5. April 1937, heißt es wörtlich:

„Jede Betätigung im Sinne dieser jüdisch-verbrecherischen Machenschaften (unsere Bemerkung: nämlich an Gott zu glauben und die Lehren der Bibel zu verkündigen) wird schärfstens bestraft.“

Der Kreisleiter fährt fort:

„Da ich davon überzeugt bin, daß nur ganz wenige Verbrecheraturen an diese Wahlfürsorge, die der Anwurf der Menschheit ersucht hat, wirklich glauben und für sie auch noch unter Einsatz der ganzen Person kämpfen können, nehme ich an, daß der größte Teil der uns namhaft bekannten früheren Bibelforscher oder der damit sympathisierenden entweder durch falsche Information, Gedanklosigkeit oder Gutgläubigkeit sich dieser Organisation angeschlossen. Trotz des Verbots und erfolgter harter Bestrafungen gibt es noch Unbeliebige, die immer wieder sich und ihre Familien in sinnloser Weise der Gefahr einer Bestrafung aussetzen.“

Dann werden noch weitere Drohungen ausgesprochen, um den Bibelchristen zum Heucheln zu machen und die Erklärung zu unterzeichnen, indem es heißt:

„Solte einer der Volksgenossen später sich erneut verurteilen, kann ich ihm nicht mehr helfen, es muß dann die ganze Familie des Gesetzlos in Kraft treten. Falls ein ganz Verbohrter die Unterzeichnung dieser Erklärung ganz verweigern sollte, muß ich daraus entnehmen, daß er sich offensichtlich gegen Partei und Staat stellt, und auch dann mit den Konsequenzen dieser Stellen zu rechnen hat.“

Die Konsequenzen dieser Stellen sind Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und nach Entlassung aus dem Gefängnis Konzentrationslager, und mancherorts, besonders im Ruhrgebiet, Ostpreußen und in Bayern, Mißhandlungen, die sich von den *Föllerungen der Inquisition* nicht mehr unterscheiden.

Bibelfeindschaft

In amtlichen Blättern werden Jehovas Zeugen als Verbrecher, als Staatsfeinde, als Kommunisten, und die Führer der Bewegung als Juden hingestellt, obwohl alle Welt außerhalb Deutschlands und Millionen bibelgläubige Deutsche davon überzeugt sind, daß die Zeugen Jehovas weder Staatsverbrecher noch Kommunisten noch Juden sind, sondern einfache, anständige, gottgläubige Christen. Die Christentum- und bibelfeindliche Einstellung der deutschen Parteijustiz wird ferner bewiesen durch einen Artikel der Zeitschrift: „Der Deutsche Justizbeamte“ Berlin, Ausgabe vom 21. März 1937. Unter der Überschrift: „Der Bibelforscher im Strafvollzuge“, von Strafanstaltsvorsteher Liesche, heißt es wie folgt:

„Welche Greuelmärchen die Internationale Bibelforscher-Vereinigung über Deutschland und unsere Führer abwirft zu verbreiten sucht, zeigt uns eine Resolution, die der Mitteleuropäische Kongreß der Zeugen Jehovas in Luzern, während der Tagung vom 4.-7. September 1936, faßte und alle gutgemeinten Menschen aufforderte, davon Kenntnis zu nehmen, daß Jehovas Zeugen in Deutschland, Österreich und anderswo grausam verfolgt, mit Gedängnis bestraft und auf teuflische Weise mißhandelt und manche von ihnen getötet werden. Die Hitler-Regierung hat den wahren Christen jene Art von grausamen Bestrafungen auferlegt und führt fort dies zu tun.“

„Diesen Zeugen Jehovas liegt bei ihren Fälschungen in die Gefängnisse daran, die *Bibel* zu bekommen, damit sie ihre staatsfeindliche Einstellung durch planvoll zusammengestellte Bibelstellen weiter verfolgen und wenn möglich auf andere Insassen der Gefängnisse übertragen können. Sache der Vollzugsbehörden soll es sein, zu verhindern, daß das Studium der Bibel zu Aufzeichnungen führt, die in staatsgefährlicher Weise verwendet werden können. Es ist somit dem pflichtgemäßen Ermessen der Vollzugsbehörden überlassen, wie sie das verhindern, die Hauptaufgabe ist, daß sie es verhindern.“

„Der Paragraph 112, Ziffer 5, der Dienst- und Vollzugsordnung, besagt: Den christlichen Gefangenen sind die von den kirchlichen Behörden eingeführten Gebet- und Gesangbücher zu verabreichen; evangelische Gefangene erhalten ferner ein Neues Testament mit Passagen, katholische Gefangene den Diktions-Katechismus und ein Neues Testament oder die Biblische Geschichte. Jüdische Gefangene erhalten ein Gebetbuch. *Diese Bestimmungen treffen aber für alle Ersten Bibelforscher als Strafvollzugsgefangene nicht zu.*“

„Da nach Paragraph 112 STPO, der Zweck der Untersuchungshaft auch darin besteht, den Häftling an neuen strafbaren Handlungen zu hindern, würde es offensichtlich, dem Haftzweck widersprechen, den Untersuchungshäftlingen desjungen Bücher (Bibel und Neues Testament) zu verschaffen, aus denen sie für ihre innere Zurechtigkeit zu ihrer verbotenen Sekte und deren staatsfeindlichen Einstellung fortwährend neue Nahrung und Ermunterung entnehmen könnten. Der zuständige Richter wird mithin auf entsprechenden begründeten Antrag des betreffenden Strafanstaltsvorstehers in aller Regel die *Befreiung der ganzen Bibel für die Ersten Bibelforscher anordnen*. ...“

Hieraus ist zu ersehen, daß genügend Handhaben gegeben sind, den inhaftierten Ersten Bibelforschern die von ihnen verlangten Erbauungsblätter (*Bibel und Neues Testament*) vorzuenthalten, wenn man die in Frage kommenden Fotografien nur richtig auszuwerten versucht, und wenn diese Bücher nur zu ihren staatsgefährdenden Zwecken mißbraucht werden sollen."

"Den Strafverfolgungsbehörden ist in jedem Falle die Möglichkeit gegeben zu handeln unter dem Gesichtspunkte, daß es sich bei fast allen 'Zeugen Jehovas' um Getaupte handelt, die als Fanatiker ihrer Idee zu betrachten sind und sich als Märtyrer bezeichnen. *Wessie sind nur unter ihnen, die durch die Strafverfolgung zur Einsicht gelangen.*"

Märtyrer des christlichen Glaubens

Obiges zeigt deutlich, daß der Kampf darauf ausgeht, dem deutschen Volke die Bibel zu rauben und alle zu unterdrücken, die sich auf die geistige Freiheit und den *Glauben der Bibel* berufen. In christlicher Geduld und aus Scham haben wir lange genug zurückgehalten, die Öffentlichkeit in Deutschland und im Ausland auf diese Schandtaten aufmerksam zu machen. Es befindet sich in unseren Händen ein erdrückendes Beweismaterial von oben erwähnten grausamen Mißhandlungen der Zeugen Jehovas. *Bei der Mißhandlung haben sich unter anderen besonders der Kriminal-Assistent Theiss aus Dortmund, Tennhoff und Heimann von der Geheimen Staatspolizei Gelsenkirchen und Bochum hervorgetan.* Man hat sich nicht gescheut, Frauen mit Ochsenziemen und Gummiknüppeln zu mißhandeln. Für sadistische Grausamkeit bei der *Mißhandlung von christlichen Frauen* ist, wie erwähnt, besonders Kriminal-Assistent Theiss in Dortmund und ein Mann der Staatspolizei in Hamm bekannt. *Wir besitzen auch nähere Angaben und Namen von ca. 18 Fällen, wo Jehovas Zeugen gewaltsam getötet worden sind.* Anfangs Oktober 1936 wurde zum Beispiel der in der Neuhüllerstraße, Gelsenkirchen, Westfalen, wohnhaft gewesene Zeuge Jehovas, *Peter Ikenen, von Beamten der Geheimen Staatspolizei im Ruhlaus zu Gelsenkirchen erschlagen.* Dieser traurige Vorfall wurde dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler berichtet. Abschriften davon erhielten auch der Reichsminister Rudolf Heß und der Chef der Geheimen Staatspolizei, Himmler.

Die grausamen Mißhandlungen und die gewaltsame Verschleppung von Willy Ruhlaus, wohnhaft gewesen in Zoppot, Adolf Hitlerstraße 809, ist bereits als Petition dem Völkerbund unterbreitet und in der Weltpresse bekanntgemacht worden. Die Danziger Polizei weigert sich, irgendwelche Auskunft über den Verbleib Ruhlaus mitzuteilen. Ruhlaus ist ohne Zweifel von der Danziger Polizei verschleppt und nachher getötet worden.

Gurdfähigkeit

Die Verfolgung hat die treuen Zeugen Jehovas jedoch keineswegs abgeschreckt und wird sie auch fernerhin von ihrem Dienste nicht abhalten. Sie hat bei ihnen weder Überraschung noch Schrecken hervorgerufen. Bereits vor langer Zeit prophezeite schon Jesus von diesen Zuständen, wenn er zu seinen treuen Nachfolgern sprach: "Wenn die Welt euch haßt, so wisset, daß sie nicht vor euch gehaßt hat. Wenn ihr von der Welt würet, würde die Welt das Ihrige lieben; weil ihr aber nicht von der Welt seid, sondern ich euch aus der Welt auserwählt habe, darum haßt euch die Welt. Gedankt des Wortes, das ich euch gesagt habe: Ein Knecht ist nicht größer als sein Herr. Wenn sie mich verfolgt haben, werden sie auch euch verfolgen" (Johannes 15: 18-20).

Die Stunde eilt heran, da Christus, im Auftrage Jehovas, Satan und alle seine Diener vernichten wird. Die Menschen werden nun hierüber aufgeklärt, damit sie sich entschließen können, wenn sie zu dienen wünschen. Es ist einem jeden Menschen möglich, die Bibel zur Hand zu nehmen und die bekannten Tatsachen mit ihren Aussagen zu vergleichen, um auf diese Weise festzustellen, welches der richtige Weg ist. Alle, die den Triumph der Gerechtigkeit herbeisehnen und in Frieden und Glückseligkeit zu leben wünschen, müssen sich entscheiden und sich auf Jehovas und seines Königreiches Seite stellen.

Dienen Gottes

Um ein Diener Gottes zu werden, braucht man sich nicht irgend-einer Organisation anzuschließen. Es ist indessen notwendig, sich Jehova zu weihen, d. h. sich einverstanden zu erklären, Gott und

seinem Königreiche zu dienen. Nachdem dieser Schritt getan ist, soll man die Bibel und die Hilfsmittel für deren Studium zur Hand nehmen. Dadurch empfangen wir die notwendige Belehrung; und lernen den rechten Weg kennen. Daraufhin soll man sich beflüssigen, allen Menschen gegenüber das Rechte zu tun.

Es steht allen Menschen frei, zu glauben was sie zu glauben wünschen; wer aber Leben haben und glücklich sein möchte, entscheidet sich für Jehova Gott und sein Königreich, werde sein Diener und diene ihm in Treue und Wahrhaftigkeit. Man achte nicht auf Menschenlehren, sondern befolge die Lehren des Wortes Gottes, wie sie in der Bibel enthalten sind.

Edikt

Der Beweis ist endgültig erbracht, daß Satan Jehovas Widersacher und der größte Feind des Menschen ist, daß er stets Religion gebrauchte, um die Menschen zu täuschen und sie Gott und Christus Jesus zu entfremden. Ferner, daß alle, die Religion lehren und sie ausüben, Feinde derer sind, die Gerechtigkeit suchen. Alle weltliche Machthaber vertreten irgendeine Religion, und obwohl oder unbewußt nehmen sie eine Stellung gegen Gott und sein Königreich ein. Die Religion ausübenden Geistlichen bilden einen Teil der herrschenden Klasse und sind Freunde der Welt, und die Schrift erklärt, daß sie Feinde Gottes sind (Jakobus 4: 4). Jehova Gott befiehlt, daß jetzt die Menschen von seinem Vorhaben, Satan und alle ruchlosen Organisationen zu vernichten, was er in Har-magedon tun wird, Kenntnis erhalten sollen. Wer sich gegen Gott und sein Königreich erklärt, gehört zu den Gesetzlosen. Jehova sagt nun mit Bezug auf die Guten und die Bösen folgendes: "Jehova bewahrt alle, die ihn lieben, und alle Gesetzlosen vertilgt er" (Psalm 145: 20).

Alle irdischen Herrscher sind unvollkommene Menschen, von welchen du keinerlei Schutz erhalten kannst. Gott warnt dich durch sein Wort: "Vertraut nicht auf Fürsten [Herrscher], auf einen Menschensohn, bei welchem keine Rettung ist" (Psalm 146: 3). Solche, die Gelegenheit hatten, Gottes Gebote kennenzulernen und sie zu befolgen, es aber vorzogen, Religion anzunehmen, wird sehr bald Gottes Strafgericht ereilen. Zu diesen sagt Jehova: "Wo sind ihre Götter, der Fels, auf den sie vertrauten? ... Sie mögen aufstehen und euch helfen, mögen ein Schwim über euch sein! ... Wenn ich mein blitzendes Schwert geschärft habe und meine Hand zum Gericht greife, so werde ich Rache erstatten meinen Feinden und Vergeltung geben meinen Hassern" (5. Mose 32: 37-41). So erklärt Jehova, daß die Diener der Staatsreligion weder Hilfe noch Rettung geben können.

Es ist jetzt eine Zeit großer Gefahr, weil wir uns in den "letzten Tagen" befinden, wie geschrieben steht: "Dieses aber wisset, daß in den letzten Tagen schwere [gefährvolle] Zeiten da sein werden; denn die Menschen werden eigenliebig sein, geldliebend, prahlerisch, hochmütig, Lästler, den Eltern ungehorsam, undankbar, unheilig, hochmütig, vorwegen, aufgeblasen, mehr das Vergnügen liebend als Gott, die eine Form der Gottseligkeit haben, deren Kraft aber verlugen; und von diesen wende dich weg" (2. Timotheus 3: 1-5).

Wie kannst du nun Schutz finden? Nur indem du dich gänzlich auf die Seite Gottes und Christi Jesus stellst. Euch, die ihr Gott gegenüber aufrichtig und gutgesinnt seid, sagt er nun: "Dhe denn über euch komme die Glut des Zornes Jehovas ... suchet Jehova, alle ihr Sanftmütigen des Landes ... suchet Gerechtigkeit, suchet Demut; vielleicht werdet ihr gerborgen am Tage des Zornes Jehovas" (Zeph. 2: 2, 3).

Deine Feinde können und mögen dir deinen guten Namen nehmen, dein Besitztum zerstören und dich sogar töten; Gott jedoch besitzt die Macht, dich wieder zum Leben zu erwecken, und seine Verheißung ist, daß er alle aufwecken wird, die ihn lieben und ihm gehorchen. Wen aber Jehova Gott vernichtet, der wird niemals wieder leben; darum sagt Jesus: "Und fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, die Seele aber nicht zu töten vermögen; fürchtet aber vielmehr den, der sowohl Seele als Leib zu verderben vermag in der Hölle" (Matthäus 10: 28).

Wer auf Gott und Christus Jesus vertraut und ihnen dient, wird beschirmt werden und ewiges Leben erhalten. "Dies aber ist das ewige Leben, daß sie dich, den allein wahren Gott, und des du gesandt hast, Jesum Christum, erkennen" (Johannes 17: 3). Im Interesse deines eigenen Wohlergehens wende dich elends ab von jeglicher bibelfeindlichen Religion. Ergreife dagegen Christus und halte fest an ihm, folge seinen Fußstapfen nach und geh auf den Weg wahren Christentums; dies bedeutet das Befolgen der Gebote Jehovas, so wie Christus Jesus stets getan hat. Es gibt keinen anderen Weg des Schutzes und des Heils: "Und es ist in keinem anderen das Heil, denn auch kein anderer Name ist unter dem Himmel, der unter den Menschen gegeben ist, in welchem wir errettet werden müssen" (Apostelgeschichte 4: 12).

Zur Rechtfertigung Jehovas und im Namen Christi, gemäß seinem Gebot in Matthäus 24: 14, wird zu deinem persönlichen Nutzen dir trotz Lebensgefahr diese Botschaft übermittelt von

JEHOVAS ZEUGEN IN DEUTSCHLAND

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
für den Regierungsbezirk Düsseldorf

Düsseldorf, den 28. Januar 1937
Alte Garde-Ufer 2
Telefon: Nr. 3011

B.-Nr. II B/80,20/Neuert...

Wahr in der Neuert nachfolgenden Geheimsachen und Befunden des DAH 222 Aussendienststelle
Aussendienststelle Duisburg

in Duisburg.

17.12.1937
318/37

Betrifft: Illegale Betätigung des Vinzenz Neuert in
Hamborn, Fiskusstrasse 93, für die Sekte "Men-
schenfreundliche Versammlung".

Bezug: Die inzwischen dorthin übersandten Vorstücke.

Die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle
München - ersucht mit Schrb. vom 25.1.1937 - B.Nr. 48140/37
eb II 1 B - um Nachforschungen in folgender Sache:

"Am 30. Dezember 1936 wurde bei dem ledigen Melker
Jakob Siegler, geb. 29.8.04 in Beiningen, wohnhaft in Eris-
weiler, der Mitglied der Sekte "Menschenfreundliche Versam-
lung" war, eine Haussuchung vorgenommen. Dabei wurde auch
die obenangeführte Adresse des Neuert gefunden. Gegen Sieg-
ler läuft z.Zt. ein Verfahren beim Sondergerichte in München
wegen Vergehens gegen die VO. vom 28.2.33. Der Herr Ober-
staatsanwalt hat die Vernehmung des Neuert angeordnet. Es
wird ersucht, Neuert zur Sache zu hören. In welchem Verhält-
nis steht er zu dem Beschuldigten Siegler, ist er Anhänger
der IBV. und besuchte er den Weltkongress der IBV. im Sept.
1936 in Luzern, oder gehört er der Sekte "Menschenfreund-
liche Versammlung" an? Ist ihm eine werbende oder sonst
verbotswidrige Betätigung nachzuweisen? Ich ersuche, bei ihm
eine gründliche Haussuchung vornehmen zu lassen. Die evtl.
sichergestellten Gegenstände, sowie das Einvernahmeprotokoll
in zweifacher Ausfertigung ersuche ich anher zu übersenden."

Ich ersuche, dem Verlangen der Staatspolizeistelle
München mit tunlichster Beschleunigung nachzukommen und bei
Berichterstattung für den hies. Vorgang eine dritte Ausfer-
tigung der getätigten Vernehmung beizufügen.

Im Auftrage:

gez.: Friedrich

Beglaubigt:



Ranning
Pol.-Büro-Ass.

Duisburg, den 26 Juli 1937.

II B/2848/37.

H.

1.) Schreiben: An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf
in D ü s s e l d o r f .

Betrifft: Illegale Flugblatt-Reichsaktion "Offener Brief"
der IBV vom 20.6.37.

Bezug: Dort. Verfügung vom 14.7.37 - II B/80,20/
Slocinski u.A.

Der Auftraggeber des Beschuldigten ~~xxx~~
S l o c i n s k i liess sich nicht einwandfrei er-
mitteln, da S. die Aussage des verstorbenen L e s -
n i e w s k i bestreitet und als Racheakt hinstellt.
Nach den hiesigen Ermittlungen kommt als Auftraggeber
des S. ~~kein anderer~~ ^{kein bestimmter} in Frage, als der Beschuldigte
August P e t e r s, wohnhaft Hamborn, Ranenbergstr. 77a.
(P. ist Dienstleiter der Hamborner Gruppe). Er hat erst
im Februar ds. Jahres eine 8-monatige Gefängnisstrafe
wegen illegaler Betätigung verbüsst. ~~Wie~~ ^{Zeit} im verflossenen
Jahr ~~er~~ auch bei seiner jetzigen Vernehmung weigerte er
sich, Angaben über seine illegale Betätigung zu machen.
P. erklärte freimütig, die illegale Betätigung solange
weiter zu betreiben, wie es sein körperlicher Zustand
zulasse. ~~Er~~ ^{Er} denke garnicht daran, dieses zu unterlassen.
Aus vorstehenden Gründen war es nicht möglich,
von Peters Näheres über die auswärtigen Drahtzieher und
die betreffenden Personen zu erfahren, die von der Ham-
borner Gruppe sich an der Verbreitung der illegalen Flug-
blätter beteiligt haben. Nach den angestellten Ermitt-
lungen ~~und Angaben des V. Mannes~~ hat die Hamborner
Gruppe im Stadtgebiet Duisburg die Flugblätter verteilt,
da der grösste Teil der Duisburger Bibelforscher sich
noch in Haft befindet und der Rest eine Beteiligung abge-
lehnt hat, genau wie bei der Verbreitung der "Resolution"
am 12.12.1936. Der Stadtteil Hamborn ist nach den

II. Zur Sache:

Ich bin in Pirna geboren. Die ersten 4 Jahre habe ich in Pirna die Volksschule besucht. Als ich 10 Jahre alt war, kam ich in das Waisenhaus in Gottleuba, bei Pirna. Im Waisenhaus war ich bis zu meinem 14. Lebensjahre. Nachträglich lernte ich bei der Firma "Rockstrohwerke" in Heidenau das Maschinenschlosserhandwerk. Nach der Beendigung der Lehrzeit ging ich auf Wanderschaft. Ich bin etwa 6 Monate auf Wanderschaft gewesen. Nachträglich habe ich bei verschiedenen Firmen und an verschiedenen Orten als Schlosser gearbeitet. Seit dem 6. Dezember 1922 bis zum 21. November 1936 habe ich bei der Firma "August Thyssen-Hütte" in Hamborn gearbeitet. Vom 7.12.1936 bis zum 27. Mai 1937 habe ich bei der Firma "Blumberg & Co." in Lintorf bei Düsseldorf gearbeitet. Seit dem 27.5.1937 bin ich ohne Beschäftigung.

Vor der Machtergreifung habe ich keiner politischen Partei angehört. Von 1930 bis 1933 war ich Anhänger der IBV. in Hamborn. Nach Auflösung der IBV habe ich mich nicht illegal betätigt. Ich unterhalte auch zu den illegalen Bibelforschern keine Verbindung. Es herrscht in Deutschland eine gewisse Religionsfreiheit und aus diesem Grunde kann ich nicht mit "Heil Hitler" grüssen. Wenn mir vorgehalten wird, dass der Gruss "Heil Hitler" nichts mit der Religion zu tun hat, so gebe ich an, dass ich es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann, mit "Heil Hitler" zu grüssen. Hitler selbst hat gesagt; wenn einer in Deutschland den Gruss nicht aufrichtig meint, dann soll er es lieber sein lassen.

Ich glaube an Gott und halte seine Gebote. Meine sonstigen Pflichten dem Staate gegenüber erfülle ich. Die Gesetze der heutigen Regierung kenne ich nicht, da ich mit diesen bisher noch nicht in Berührung gekommen bin. Schriften der IBV habe ich nach dem Verbot nicht erhalten und ich habe auch für deren Verbreitung nicht gesorgt. Am 17.7.37 musste ich mich bei dem Arbeitsamt in Duisburg melden. Ich bekam die Aufforderung, mit nach Oranienburg zu fahren. Hier sollte ich bei den Heinkelwerken eingestellt werden. Am 22.7.37 fuhr ich mit noch 24 Arbeitskameraden mit einem Omnibus nach Oranienburg. Leiter des Transportes war Herr Barth vom Arbeitsamt in Duisburg. Am 23.7.37, gegen 10 Uhr, trafen wir in Oranienburg ein. Wir fuhren sofort zum Einstellungsbüro der Heinkelwerke. Ich bekam dort Papiere zum Unterschreiben. Ich unterschrieb auch alles bis auf den Fragebogen der Arbeitsfront. Dem Beamten im Einstellungsbüro fragte ich zuerst, ob es Zwang sei, in die Arbeitsfront einzutreten. Der Beamte sagte zu mir, dass es kein Zwang sei. Ich sagte darauf, dass ich nicht eintreten will, da ich noch nie einem Verbands angehört

Duisburg, den 21. Februar 1938.

V e r m e r k : Nach Mitteilung der Strafvollstreckungsbehörde in Hamm gelangt am 24. März 1938 der Strafgefangene Albert P e t t k e i t, geb. am 6.2.93 zu Modzokolmoor, Krs. Heidekrug, letzte Wohnung Duisburg-Hamborn, Lessingstrasse 32, zur Entlassung. Pettkeit wurde seinerzeit von der hiesigen Dienststelle II B wegen illeg. Betätigung für die Internationale Bibelforscher Vereinigung (IBV) festgenommen.

Nach der Verfügung der Stapostelle Düsseldorf vom 12.5.37 -II B/1065/37/30, 20/IBV-ist Pettkeit sofort anschliessend an seine Strafverbüßung in Schutzhaft zu nehmen, damit er einem KZ-Lo-ger zugeführt wird.

Begründung der Schutzhaft:

P e t t k e i t ist seit dem Jahre 1924 Anhänger der IBV. Er ist ein fanatischer Funktionär, der sich dermassen in die IXX Lehre der Internationalen Bibelforscher verrannt hat, dass er sich ^{Hier} ~~die~~ umstellen und für die nationale Weltanschauung eintreten wird. Nach dem Führungsbericht des Leiters der Vollzugsanstalt in Hamm ist P. bisher noch nicht zur Einsicht gekommen und un-
lehrbar. Er hält nach wie vor an seiner religiösen Einstellung fest.

P. hat nach dem Verbot der IBV sehr regen Anteil an dem Neu-
aufbau der illeg. IBV genommen. U.a. hat er illeg. Zusammenkünfte
abgehalten und seine Glaubensanhänger zu illegalen Handlungen
angehalten und verleitet. Er selbst hat von Haus zu Haus misio-
niert. Im November 1935 wurde er dieserhalb zu 7 Monaten Gefäng-
nis bestraft.

Nachdem er seine Strafe verbüßt hatte, nahm er sofort seine
illegale Betätigung für die IBV wieder auf. Er bezog illegales
Schriftenmaterial, unter anderem den Wachturm, das er an seine
Glaubensgeschwister weiterreichte. Bei seiner polizeilichen und
richterlichen Vernehmung, sowie in der Hauptverhandlung, verwei-
gerte ^{die} ~~er~~ Einlassung, da er als "Zeuge Jehovas" nach seinem Gide
nur Gott verantwortlich sei. Pettkeit wurde am 30.12.36 von der
gr. strafkammer des Landgerichts Duisburg wegen erneuter illeg.
Betätigung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. -Aktens.
"6 KMs 21/36".

Nach der ganzen Einstellung des Pettkeit dürften die Be-
strafungen nicht den geringsten Eindruck auf ihn gemacht haben
und

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

| | | |
|--|--|---|
| Entnommen am Jahr Zeit 21.1943 durch [Signature] | Raum für Eingangstempel <div style="border: 2px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> 61 22. MAI 1943 Anl. </div> | Befördert Tag Monat Jahr an durch |
| | | Derzügungsoermer |
| Nr. 5085 | Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch | |

- BERLIN NUE NR. 93687 21.5.43 1830 =HU =
 AN DIE STL. DUESSELDORF =
 BETR.: SCHUTZHAFT GEGEN DEN RD. HERMANN WIEDEMANN, GEB.
 26.1.06 IN ESSEN - DELLWIG.
 BEZUG : DORT. BER. V. 29.3.43 -ROEM 2 B 2/ WIEDEMANN.-
 FUER DEN OBGENENANTEN ORDNE ICH HIERMIT SCHUTZHAFT BIS
 WEITERES AN.- HAFTPRUEFUNGSTERMIN : 20.8.43.-
 SCHUTZHAFTBEFEHL IST WIE FOLGT AUSZUFERTIGEN :'' INDEM ER
 DADURCH, DASS ER ALS ANHAENGER DER VERBOTENEN SEKTE
 ' MENSCHENFREUNDLICHEN VERSAMMLUNG'' NACH SEINER EINBERU
 ZUR WEHRMACHT DEN EID AUF DEN FUEHRER VERWEIGERT HAT,
 ERWARTEN LAESST ER WERDE SEINE FREIHEIT DAZU MISSBRAUCHE
 DIE INTERESSEN DES REICHES DURCH EINSATZ FUER DIE VERBOT
 SEKTE ZU SCHAEDIGEN.''.- W. IST ALS HAEFTLING DER STUFE
 DAS KL. SACHSENHAUSEN ZU UEBERFUEHREN.
 UEBERFUEHRUNGSVORDRUCK, SCHUTZHAFTBEFEHL UND KURZER BER

Der Fronleichnamensprozess wurde in diesem Jahre wegen der Heimaftwoche mit dem Verzichtswort =
plätzen auf dem Salvatorhof und alten Markt
vom Greilabergfest zum zweiten Sonntag
nach Pfingsten auf den dritten Sonntag verlegt.
Am Abend vorher war von der Polizei die Befestigung
der polizeilichen Vorschriften in der Befestigung
und Ausschmückung der Straßen und Plätze fest-
gestellt. Am Morgen der Prozession wurde über
dem Pastor von Vertreter der Geheimen Staats-
polizei mit einem Polizeihauptmann eröffnet
dass die Befestigung des Platzes vor dem Turm und
des Altares auf dem Brühlplatz unerlaubt sei und
daher sofort entfernt werden müsse. So standen
mir die kalten Wachen. Auch in der Prozession
fehlte jeglicher Flaggenreinigkeit, da die Befestigung
in kirchlichen Fahrzeugen verboten war, nur wenige
Präsenzen waren bekränzt, auch die Heiligtümer
waren weniger zahlreich als sonst. Dafür aber war
die Beteiligung, besonders der Wärmewelt und der
Verlauf der Prozession, in allen Teilen nun so
schön. Der Höhepunkt war auf dem Brühlplatz,
wo die hl. Messe gelesen und der letzte Segen
erteilt wurde, Entfaltung der Mächtigkeits der
Schüler waren auch die Kinder schlecht vertreten.

Vom 8. - 15. Mai wurde durch Döllinger
Pastor Bahlmann aus Schönstatt eine Christi-
woche für die männliche und weibliche Pfarr-
jugend mit einem Morgen- und Abendvortrag
gehalten.

Anfang wurde Kaplan Hartner der seit
1930, besonders als Seelsorger der männlichen
Jugend hier tätig war, als Kaplan nach Münster
Liederheim versetzt. Sein Nachfolger ist Wilhelm
Bosch aus Kanten, bisher 3 Jahre Kaplan in
Esselberg und 5 Jahre in Essim.

Obwohl der Oberst Herr Lippers auf An-
frage bei der Geheimen Staatspolizei festgestellt
dass gegen die Fälschung des Briefes
der Bischöfe von September 1938 und die Ver-
teilung innerhalb des Kirchenraumes nichts ein-
zuwenden sei, wurde dennoch Dienstag nach-
her die Schreibmaschine und der Fälschungs-
apparat beschlagnahmt. Die 1000 Briefe
waren vorher vorschriftsmäßig verteilt.

sofort untergebrachten städtischen Mädchen
mit den Lehrkönninnen untersagt. Da keine
Kinder mehr von der städtischen Wohlfahrt dem
Hause überwiesen würden, würden die Kinder zur
weiteren Betreuung den Angehörigen in der städt.
Fürsorge übergeben. In einigen Tagen würde das
Haus von den Kindern geräumt.

Bei einem zweiten Besuch der beiden Herren ~~von~~ ^{von} ~~Hagen~~
am selben Tage im Pfarrhaus wurde mitgeteilt,
dass die Schwestern außerhalb des Hauses ihre
Arbeit in den Kinderkassen und Handarbeitschule
weiter fortsetzen dürfen. Auch kann das Haus -
weiter von Kirchlicher Seite für andere Zwecke
unter Leitung der Schwestern verwandt werden.
Die nächste Veranlassung der Besichtigung ist eine
unverrichtige Bemerkung einer Schwester gewesen,
dass Landau nicht dorthin gehört werden dürfen, weil dort die Kaserne
steht.

Abtschrift.

Geborne Staatspolizei
Staatspolizeistelle Linsellhof
B.-Nr. II B 4/30. Nr. Legenkötter.

Linsellhof, den 21. Oktober 1933
Ernst Georgstr. 98

An

den Vorsitzenden des St. Bernwardin Stiftes:
Herrn Pfarrer Josef Gatz

in Linsburg
Niederstr. 45.

Auf Grund des § 1 der Verordnung, des
Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und
Staat vom 28. 2. 1933 (3. 4. Bl. I S. 83) in Verbindung
mit § 1 des Gesetzes über die Geborne Staats-
polizei vom 10. 2. 1936 (Reichs-Gesetzsamml-
ung 1936 S. 21) schließe ich hiermit das
'St. Bernwardin - Stift' in Linsburg, Niederstr. 45,
mit sofortiger Wirkung. Jede Tätigkeit, die den
Versuch der Fortführung des 'St. Bernwardin - Stiftes'
darstellt, wird hiermit unter Hinweis auf die
Strafbestimmung des § 4 der Verordnung vom 28. 2. 1933
untersagt.

Der „Möldersbrief“. Undatiert. In Duisburg im Februar 1942 vervielfältigt und von katholischen Jugendlichen verbreitet.

Mein lieber Herr Probst!

Zu den schönsten Stunden an der Front gehören die Stunden, in denen ich Ihre lieben Briefe lesen kann. Seien Sie nicht böse, wenn ich Ihnen nicht immer sofort antworten kann, aber die Zeit fehlt. — Über meine Arbeit habe ich Ihnen schon im vorigen Brief ausführlich berichtet. Sie ist immer noch die gleiche. Inzwischen sind viele, viele meiner Kameraden gefallen. Aber die Angst vor dem Tode haben wir verlernt, denn was ist der Tod anderes als eine kurze Trennung, dann ein besseres Wiedersehen im Jenseits. Viele der sogenannten „Lebensbejaher“, die uns noch zu Anfang der großen Schlachten verlachten und verspotteten, holen sich jetzt bei den „lebensverneinenden Katholiken“ Mut und Kraft. Sie beneiden uns, daß wir über das irdische Leben leichter hinwegkommen als sie, an dem sie mit allen Fasern ihres Herzens hängen. Sie haben den Spott und den Hohn im Angesichte unserer seelischen Stärke, welche wir allein unserem Glauben verdanken, verlernt. Viele sind bekehrt und setzen das Ideal jetzt höher als alle irdischen Schätze und Verlockungen. Und ich glaube, daß hierin ein tiefer Sinn des Krieges liegt. Es ist an der Zeit, daß die Menschen wieder glauben lernen, wieder beten lernen. Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß durch unser katholisches Beispiel viele glücklicher und besser geworden sind. Ihr Spott verwandelt sich in Achtung und Liebe. Für sie ist es nicht so leicht wie für uns, aber es gibt nichts schöneres, als wenn ein Mensch sich durch allen Schlamm durchgedrungen hat zum Erkennen, zum Licht, zum wahren Glauben. Um mich brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Wenn ich eines Tages mein Leben für die Freiheit meiner Nation hingeben muß, die Gewißheit kann ich Ihnen geben: ich falle im alten Glauben, gestärkt durch die Sakramente der Kirche. Wenn auf meinem letzten Gang auch ein Priester nicht mehr dabei sein kann, so verlasse ich diese Erde in dem Bewußtsein, in Gott einen gnädigen Richter zu finden. Noch aber habe ich die feste Hoffnung, daß sich alles zum Guten wenden wird. Schreiben Sie mir, bitte, bald wieder und gedenken Sie im Gebete

Ihres Werner Moelders

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
Außendienststelle Essen
B.-Nr. II A 1/ 63/42g

Wahr in der Antwort nachträgliches Gefährlichkeits- und Datum anzugeben.

II A 2
Eing. 24. März 1942
1. Nr. 2/42g
S. B. 4. 2/42g

Essen, den 20. März 1942.

Geheim!

An
die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
in Düsseldorf.

VERSENDERSTELLE
22. MÄRZ 1942
Anl.

Betrifft: Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat
gegen Reinhold M e v e s , geb. 6.9.01 zu Wien.
Vorgang: Verfügung vom 10. und 11.3.42 - II A 2/ 2/42g.
Anlagen: 2.

F. v. L.
Als Anlage übermittle ich ¹ 2 Durchschriften der Vernehmungsniederschrift des M e v e s . Er gibt nunmehr unter dem Druck des vorliegenden Beweismaterials zu, am 3.10.1941 in München und vom 6. bis 8.10.41 in Berlin Besprechungen mit dem Reichsleiter des kommunistischen Aufbruchkreises, Dr. Josef R o e m e r , gehabt zu haben. Bei diesen Zusammenkünften wurde die illegale Arbeitsweise und die Entfaltung einer eifrigen, aber vorsichtigen Propaganda zum Sturz der nationalsozialistischen Regierung besprochen. Zur Erleichterung der Propaganda wurde die Bildung von Fünfergruppen angeregt, deren Mitglieder für die Verbreitung der erhaltenen Informationen und nötigenfalls auch für den bewaffneten Schutz herangebildet werden sollten.

M e v e s ist geständig, einen solchen Auftrag übernommen und versprochen zu haben, in dem angeordneten Sinne in seinem Bekanntenkreise tätig zu werden. Er will auch durch vorsichtiges Ausfragen ehem. Mitglieder des Duisburger Aufbruchkreises die Stimmung und Bereitwilligkeit dieser Personen zu erforschen versucht haben. Nach seiner nicht widerlegten Behauptung will er festgestellt haben, daß keine Möglichkeit zur Verbreitung seiner Ideen bestand, weil die Befragten schon bei den ersten Versuchen des Abtastens zu erkennen gaben, daß sie jede Mitarbeit ablehnten. Die Vernehmungen der fragl. Personen ergaben die Richtigkeit der Angaben des M e v e s , weshalb von Festnahmen abgesehen worden ist.

Bei

Bei den im Bericht vom 27.2. unter den Decknamen "Hans i" und "Fritz" aufgetretenen kommunistischen Funktionären handelt es sich um:

- a) Hans H a r t w i m m e r , wohnhaft in München, Walterstr.32. Nähere Personalien sind hier nicht bekannt.
- b) Fritz R i e d e l , geb. am 1.3.1908 zu Berlin, wohnhaft in Berlin, Rigaerstr.62.

Gegen M e v e s ist Haftbefehl erlassen (Aktenzeichen 29 Js. 33/42 St.A.Essen).

Im Auftrage:



Stapoleitstelle
II A 2/2/42 g.

Düsseldorf, den 11. April 1942

Sofort! Haftsache!

| |
|----------|
| 20.4.42 |
| 21.4.42 |
| 22.4.42 |
| 23.4.42 |
| 24.4.42 |
| 25.4.42 |
| 26.4.42 |
| 27.4.42 |
| 28.4.42 |
| 29.4.42 |
| 30.4.42 |
| 1.5.42 |
| 2.5.42 |
| 3.5.42 |
| 4.5.42 |
| 5.5.42 |
| 6.5.42 |
| 7.5.42 |
| 8.5.42 |
| 9.5.42 |
| 10.5.42 |
| 11.5.42 |
| 12.5.42 |
| 13.5.42 |
| 14.5.42 |
| 15.5.42 |
| 16.5.42 |
| 17.5.42 |
| 18.5.42 |
| 19.5.42 |
| 20.5.42 |
| 21.5.42 |
| 22.5.42 |
| 23.5.42 |
| 24.5.42 |
| 25.5.42 |
| 26.5.42 |
| 27.5.42 |
| 28.5.42 |
| 29.5.42 |
| 30.5.42 |
| 31.5.42 |
| 1.6.42 |
| 2.6.42 |
| 3.6.42 |
| 4.6.42 |
| 5.6.42 |
| 6.6.42 |
| 7.6.42 |
| 8.6.42 |
| 9.6.42 |
| 10.6.42 |
| 11.6.42 |
| 12.6.42 |
| 13.6.42 |
| 14.6.42 |
| 15.6.42 |
| 16.6.42 |
| 17.6.42 |
| 18.6.42 |
| 19.6.42 |
| 20.6.42 |
| 21.6.42 |
| 22.6.42 |
| 23.6.42 |
| 24.6.42 |
| 25.6.42 |
| 26.6.42 |
| 27.6.42 |
| 28.6.42 |
| 29.6.42 |
| 30.6.42 |
| 1.7.42 |
| 2.7.42 |
| 3.7.42 |
| 4.7.42 |
| 5.7.42 |
| 6.7.42 |
| 7.7.42 |
| 8.7.42 |
| 9.7.42 |
| 10.7.42 |
| 11.7.42 |
| 12.7.42 |
| 13.7.42 |
| 14.7.42 |
| 15.7.42 |
| 16.7.42 |
| 17.7.42 |
| 18.7.42 |
| 19.7.42 |
| 20.7.42 |
| 21.7.42 |
| 22.7.42 |
| 23.7.42 |
| 24.7.42 |
| 25.7.42 |
| 26.7.42 |
| 27.7.42 |
| 28.7.42 |
| 29.7.42 |
| 30.7.42 |
| 31.7.42 |
| 1.8.42 |
| 2.8.42 |
| 3.8.42 |
| 4.8.42 |
| 5.8.42 |
| 6.8.42 |
| 7.8.42 |
| 8.8.42 |
| 9.8.42 |
| 10.8.42 |
| 11.8.42 |
| 12.8.42 |
| 13.8.42 |
| 14.8.42 |
| 15.8.42 |
| 16.8.42 |
| 17.8.42 |
| 18.8.42 |
| 19.8.42 |
| 20.8.42 |
| 21.8.42 |
| 22.8.42 |
| 23.8.42 |
| 24.8.42 |
| 25.8.42 |
| 26.8.42 |
| 27.8.42 |
| 28.8.42 |
| 29.8.42 |
| 30.8.42 |
| 31.8.42 |
| 1.9.42 |
| 2.9.42 |
| 3.9.42 |
| 4.9.42 |
| 5.9.42 |
| 6.9.42 |
| 7.9.42 |
| 8.9.42 |
| 9.9.42 |
| 10.9.42 |
| 11.9.42 |
| 12.9.42 |
| 13.9.42 |
| 14.9.42 |
| 15.9.42 |
| 16.9.42 |
| 17.9.42 |
| 18.9.42 |
| 19.9.42 |
| 20.9.42 |
| 21.9.42 |
| 22.9.42 |
| 23.9.42 |
| 24.9.42 |
| 25.9.42 |
| 26.9.42 |
| 27.9.42 |
| 28.9.42 |
| 29.9.42 |
| 30.9.42 |
| 1.10.42 |
| 2.10.42 |
| 3.10.42 |
| 4.10.42 |
| 5.10.42 |
| 6.10.42 |
| 7.10.42 |
| 8.10.42 |
| 9.10.42 |
| 10.10.42 |
| 11.10.42 |
| 12.10.42 |
| 13.10.42 |
| 14.10.42 |
| 15.10.42 |
| 16.10.42 |
| 17.10.42 |
| 18.10.42 |
| 19.10.42 |
| 20.10.42 |
| 21.10.42 |
| 22.10.42 |
| 23.10.42 |
| 24.10.42 |
| 25.10.42 |
| 26.10.42 |
| 27.10.42 |
| 28.10.42 |
| 29.10.42 |
| 30.10.42 |
| 31.10.42 |
| 1.11.42 |
| 2.11.42 |
| 3.11.42 |
| 4.11.42 |
| 5.11.42 |
| 6.11.42 |
| 7.11.42 |
| 8.11.42 |
| 9.11.42 |
| 10.11.42 |
| 11.11.42 |
| 12.11.42 |
| 13.11.42 |
| 14.11.42 |
| 15.11.42 |
| 16.11.42 |
| 17.11.42 |
| 18.11.42 |
| 19.11.42 |
| 20.11.42 |
| 21.11.42 |
| 22.11.42 |
| 23.11.42 |
| 24.11.42 |
| 25.11.42 |
| 26.11.42 |
| 27.11.42 |
| 28.11.42 |
| 29.11.42 |
| 30.11.42 |
| 1.12.42 |
| 2.12.42 |
| 3.12.42 |
| 4.12.42 |
| 5.12.42 |
| 6.12.42 |
| 7.12.42 |
| 8.12.42 |
| 9.12.42 |
| 10.12.42 |
| 11.12.42 |
| 12.12.42 |
| 13.12.42 |
| 14.12.42 |
| 15.12.42 |
| 16.12.42 |
| 17.12.42 |
| 18.12.42 |
| 19.12.42 |
| 20.12.42 |
| 21.12.42 |
| 22.12.42 |
| 23.12.42 |
| 24.12.42 |
| 25.12.42 |
| 26.12.42 |
| 27.12.42 |
| 28.12.42 |
| 29.12.42 |
| 30.12.42 |
| 31.12.42 |

1. Schreiben mit einem Durchschlag:

An die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
in Berlin.

Betrifft: Tätigkeit des Aufbruchkreises in Essen.

Vorgang: Schreiben vom 20.2.42 -Stapo IV A 1-103/41 neu-.

Anlagen: 1 Vernehmungsniederschrift.

Einrücken von [bis] aus vorseitigem Bericht.

Gegen M e v e s wurde am 25.2.42 Haftbefehl erlassen. (St.A. Essen 29 Js 33/42).

2. Unter die Durchschrift von Ziff. 1 ist zu setzen:

An die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle München
in München.

Abchrift und eine Vernehmungsniederschrift übersende ich unter Bezugnahme auf das FS. Nr. 4213 vom

Nr. 40

Am Ende des gescheiterten Wiederbelebungsversuches des „Aufbruchskreises“
traten die Henker in Aktion

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
Außendienststelle Essen

Geheim!

Staatspolizei
- 8. JAN. 1944 Essen, den 6. Januar 1944.

An **GA**

B.-Nr. II A 1/ zu 241/41g

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben.

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
in Ratingen.

Betrifft: Reinhold M e w e s, geb. am 6.9.01 in Wien.

Vorgang: Dortiges Schreiben vom 24.11.43 - II A 482/42g -.

Keine Anlagen.

Die durch Urteil des II. Senats des Volksgerichtshofs
vom 2.11.43 gegen M e w e s erkannte Todesstrafe ist am 13.12.43
laut Mitteilung der Strafanstalt Brandenburg/Havel vollstreckt
worden.

II: A 1/ zu 241/41g

Eingang: 13.1.44

Kosten:

.....
.....
.....

Im Auftrage:

W. W. W.

Die letzte kommunistische Widerstandsgruppe in Duisburg fliegt auf

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
Düsseldorf
Landdienststelle Duisburg

Duisburg,
Düsseldorf, den
Rhe-Gebirgs-Bez.
Sachverh. 360.14

23. April 1943 103/

Referenz: II. A/441/43

Bei der Antwort wird Angabe des obigen Referenznummers gegeben

Staatspolizeistelle
24. APR. 1943
Anl. 1

Schnellbrief

1817
H 2858 2
24. APR. 1943

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
in Düsseldorf.

Betrifft: Hochverratssache K ■ ■ ■ ■ ■ u.A.
Vorgang: Festnahmemeldungen vom 23.4.43 - II A/441/43 - und
fernmündl. Rücksprache mit Krim.-Insp. Becker.
Anlagen: Keine.

-.--.-.

Nach Eingang der fernmündlichen Mitteilung der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf vom 22.4.43, 20 Uhr, Krim.Sekr. D i e r, wurde festgestellt, dass in Duisburg, Essenbergerstrasse ■■■, eine Familie E l ■ ■ ■ wohnt, wo sich vermutlich die gesuchte Anlaufstelle des K a m r a d befindet. Die Wohnung wurde am 23. 4.1943, gegen 4,30 Uhr, durch Beamte der hiesigen Dienststelle überholt. In der Wohnung war lediglich die Ehefrau El ■ ■ ■ anwesend. Ihr Ehemann hatte Nachtschlacht und befand sich auf seiner Arbeitsstelle, Zeche Diergardt, in Duisburg-Neuenkamp. Der gesuchte Funktionär wurde nicht angetroffen. Bei der Durchsichtung der Wohnung wurde eine Aktentasche, mehrere Wäschestücke und unbeschriebenes Briefpapier vorgefunden. Diese Gegenstände wurden sichergestellt, da sie von Frau El ■ ■ ■ als Eigentum eines Mannes, den sie nur mit Vornamen "Ernst" kennen will, bezeichnet wurden. Dieser Mann sei vor etwa 8 Wochen von ihrem Ehemann in die Wohnung gebracht und als Bekannter und Bombengeschädigter aus Essen vorgestellt worden. Der Mann habe zuerst ununterbrochen etwa 14 Tage bei ihnen gewohnt und sei dann anschlüssend noch einige Male in Abständen von etwa 8 bis 10 Tagen, zuletzt vor etwa 10 Tagen, zurückgekommen. Über den jetzigen Aufenthalt des betreffenden Mannes will Frau El ■ ■ ■ nichts wissen. Sie gab weiter an, dass dieser Mann während seiner ersten Anwesenheit einen Brief aus Dortmund durch die Post zugestellt bekommen habe. Der Brief war mit der Anschrift des El ■ ■ ■ versehen. Den Absender des Briefes könne sie nicht mehr angeben. "Ernst" hat den Brief selbst in Empfang genommen. Von einer illegalen Tätigkeit des "Ernst" will Frau El ■ ■ ■ nichts wissen. Ebenso bestreitet sie selbst jede staatsfeindliche Tätigkeit.

Der Ehemann El ■ ■ ■ wurde unmittelbar nach der Festnahme seiner Ehefrau auf seiner Arbeitsstelle festgenommen. Im Gegensatz zu den Angaben der Frau E. behauptet El ■ ■ ■, dass der ihm angeblich ebenfalls nur unter dem Namen "Ernst" bekannte Mann nicht von ihm, sondern von seiner Ehefrau in die Wohnung gerächt worden sei. Der

Mann

Mann sei ihm eines Tages, und zwar vor etwa 8 Wochen, in der Küche seiner Wohnung von seiner Frau als Bekannter und Bombengeschädigter aus Essen vorgestellt worden. Auch El[redacted] bestreitet jede staatsfeindliche Betätigung.

Die Eheleute El[redacted] leugnen offensichtlich hartnäckig. Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass sie gewusst haben, um wen es sich bei dem angeblichen "Ernst" handelt, und sie selbst an der illegalen kommunistischen Arbeit beteiligt sind. Bisher sind die Eheleute El[redacted] in staatspolizeilicher Hinsicht hier nicht bekannt geworden.

Die Wohnung der Eheleute El[redacted] wird bis auf weiteres dauernd durch 2 Beamte der Dienststelle besetzt gehalten. Falls Kamrad festgenommen werden kann, erfolgt fernmündliche Nachricht.

Im Auftrage:

Kritik

Worms

Schorf am 29.4.43

*Kamrad wurde am 23.4.43 in
Sitz festgenommen.*

*Freilich
KFE*

Sieben Monate vor dem Zusammenbruch der totalitären Diktatur noch ein erschütterndes Dokument vom Sterben eines Duisburger Bürgers, der vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde, weil er seine Entrüstung über die Gewaltverbrechen des nationalsozialistischen Staates laut geäußert hatte.

Der Abschiedsbrief an seine Ehefrau

Brandenburg, d. 2. Oktober 1944

„Meine liebe . . .!

Deinen letzten Brief vom 12. September habe ich noch erhalten. Ich danke Dir für alles Gute was Du im Leben für mich getan hast. Sei nicht böse, daß ich Dir so viel in den letzten Monaten noch angetan habe, ich habe es nicht gewollt. Um 12.30 Uhr werde ich in das ewige Leben hinüber gehen.

Grüße nochmals alle Freunde und Bekannte, Georg und Eltern. Besonders G., K. und B. von Abt. II. . . .

Es grüßt Dich nochmals Dein . . .

Deine Briefe werde ich in der Hand mit in den Tod nehmen. Entschuldige die Schrift aber ich muß gefesselt schreiben, es ist keine Angst vor dem Tod, ich bin mit meinem Gott einig.

Alles was da ist, ist Dein Eigentum, dies ist mein letzter Wunsch

Dein W

Der Begleitbrief des Gefängnispfarrers von Berlin-Tegel:

„Nun hat sich das traurige Schicksal, das über Ihrem Man schwebte erfüllt. Seine Bgnadigung ist abgelehnt worden; und heute Mittag um 1/2 1 Uhr ist das schwere Urteil schon vollstreckt worden. Ich war Ihrem Mann in Brandenburg (Havel) — Görden als Seelsorger zugeordnet für seine letzte Lebensstunde. Er war sehr still und ruhig, wenn auch in Gedanken an Sie nur all Ihre Liebe sehr betrübt. Ich habe noch mit ihm gebetet auch für Sie — und ihn gesegnet. Er war sehr bewegt und läßt Sie herzlich grüßen. Fast seine letzten Worten waren ein Dank an Sie für die glücklichen Jahre die er an Ihrer Seite verbringen durfte und: „ich lasse meine Frau bitten, mir den letzten Schmerz, den ich ihr jetzt angetan zu verzeihen“. Er ist dann sehr gefaßt und tapfer den letzten schweren Gang gegangen. Er wollte gern Ihren letzten Brief mit den Blümchen, worüber er sich noch so sehr gefreut hatte in der Hand behalten, wenn er zur Richtstätte ginge, das war aber nicht zulässig, und so sende ich Ihnen hier anbei den Brief zurück . . .¹⁾

gez. R . . . , Oberpfarrer

1) Vollständiger Wortlaut in den Unterlagen des AfW-Duisburg ZK 73027

Quellen- und Literaturverzeichnis

Document Center Berlin

*Anklageschriften des Oberreichsanwalts und Urteile des Volksgerichtshofes *)*

9 J 486/35 Franz Bittner, Paul Arthur Claasen u. A. (Doc)

1 H 71/35

9 J 479/35 Sebastian Dani, Hermann Runge u. A. (Doc)

2 H 14/36

9 J 30/40g Johann Dombrowski

2 H 5/41

9 J 25/42g Oskar Fichter

1 H 82/44 Erich Gentsch

8 J 52/44

9 J 151/35 Franz Grybowski u. Wilhelm Paulick

1 H 3/36

9 J 137/34 Berta Karg

1 H 25/35

1 H 97/44 Wilhelm Knöchel

9 J 51/44

9 J 354/40 Melchior Krämer

2 H 126/41

9 J 275/40 Alfred Lemnitz u. A.

2 H 84/41

14 J 380/36 Ernst Lörcher

2 H 8/37

9 J 70/42g Reinhold Meves

2 H 155/43

8 J 165/42 Karl Minster

2 H 137/42

9 J 267/37 Julius Nolden

2 H 46/37

17 J 171/35 Adolf Rembte

2 H 17/33

9 J 123/44 Luise Johanna Rieke u. A.

8 J 72/36 Dr. Josef Rossaint

2 H 7/37

*) soweit nicht mit (Doc) gekennzeichnet auch als Abschriften im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf in den Personenakten der Gestapo vorhanden. Die Aufstellung umfaßt nur die in die Darstellung direkt einbezogenen Verfahren

9 J 929/35 Waldemar Schmidt (Doc)
 1 H 37/36
9 J 657/35 Heinrich Schmitt (Doc)
 1 H 58/36
2 H 52/44 Willi Seng, Wilhelm Beuttel
 10 (9) J 571/43 Albert Kamradt
 9 J 130/44 Hubert Serwe, Ernst Vogel
 9 J 166/44 Anton Stupp
5 J 219/40 Wilhelm Winkelmann
 2 H 227/42

Archiv des Oberlandesgerichts Hamm i. Westf.

Hochverratsprozesse. Akten betr. Ermittlungsverfahren, Urteile, Strafvollstreckung, bzw. Einstellung od. Begnadigung

Verfahren:

| | | |
|--------------|-------------|------------|
| 0 J 18/33 | 0 J 817/33 | 0 J 215/34 |
| 0 J 50/33 | 0 J 834/33 | 0 J 223/34 |
| 0 J 52/33 | 0 J 847/33 | 0 J 246/34 |
| 0 J 64/33 | 0 J 873/33 | 0 J 256/34 |
| 0 J 65/33 | 0 J 883/33 | 0 J 275/34 |
| 0 J 95/33 | 0 J 927/33 | 0 J 287/34 |
| 0 J 99/33 | 0 J 942/33 | 0 J 301/34 |
| 0 J 129/33 | 0 J 992/33 | 0 J 303/34 |
| 0 J 148/33 | 0 J 1011/33 | 0 J 306/34 |
| 0 J 158/33 | 0 J 1024/33 | 0 J 309/34 |
| 60 Js 164/33 | 0 J 1025/33 | 0 J 310/34 |
| 0 J 169/33 | 60 J 3/34 | 0 J 330/34 |
| 0 J 170/33 | 0 J 8/34 | 0 J 346/34 |
| 0 J 196/33 | 60 J 12/34 | 0 J 371/34 |
| 0 J 222/33 | 0 J 14/34 | 0 J 383/34 |
| 0 J 226/33 | 60 J 28/34 | 0 J 387/34 |
| 0 J 274/33 | 60 J 35/34 | 0 J 388/34 |
| 0 J 284/33 | 0 J 38/34 | 0 J 405/34 |
| 0 J 295/33 | 0 J 41/34 | 0 J 409/34 |
| 0 J 298/33 | 0 J 60/34 | 0 J 428/34 |
| 0 J 356/33 | 60 J 69/34 | 0 J 491/34 |
| 0 J 377/33 | 0 J 70/34 | 0 J 535/34 |
| 60 J 385/33 | 0 J 71/34 | 0 J 564/34 |
| 0 J 474/33 | 60 J 72/34 | 0 J 595/34 |
| 0 J 515/33 | 50 J 81/34 | 0 J 598/34 |
| 0 J 527/33 | 50 J 82/34 | 0 J 607/34 |
| 60 J 547/33 | 60 J 84/34 | 0 J 618/34 |
| 0 J 583/33 | 0 J 86/34 | 0 J 635/34 |
| 0 J 588/33 | 60 J 101/34 | 0 J 679/34 |
| 0 J 626/33 | 60 J 107/34 | 0 J 690/34 |
| 0 J 662/33 | 60 J 125/34 | 0 J 711/34 |
| 0 J 670/33 | 60 J 126/34 | 0 J 729/34 |
| 0 J 720/33 | 0 J 133/34 | 0 J 742/34 |
| 0 J 734/33 | 0 J 157/34 | 0 J 763/34 |
| 0 J 751/33 | 0 J 158/34 | 0 J 771/34 |
| 0 J 792/33 | 0 J 161/34 | 0 J 781/34 |
| 0 J 799/33 | 0 J 203/34 | 0 J 786/34 |

| | | | | | |
|-------|---------|-------|--------|-------|--------|
| 0 J | 796/34 | 60 Js | 391/35 | 60 Js | 165/36 |
| 0 J | 806/34 | 60 Js | 400/35 | 60 Js | 173/36 |
| 0 J | 807/34 | 60 Js | 408/35 | 60 Js | 176/36 |
| 0 J | 832/34 | 60 Js | 435/35 | 60 Js | 178/36 |
| 0 J | 834/34 | 60 Js | 441/35 | 60 Js | 179/36 |
| 0 J | 841/34 | 60 Js | 454/35 | 60 Js | 180/36 |
| 0 J | 859/34 | 60 Js | 472/35 | 60 Js | 187/36 |
| 0 J | 863/34 | 60 Js | 473/35 | 60 Js | 190/36 |
| 0 J | 877/34 | 60 Js | 486/35 | 60 Js | 194/36 |
| 0 J | 878/34 | 60 Js | 506/35 | 60 Js | 196/36 |
| 0 J | 883/34 | 60 Js | 530/35 | 60 Js | 205/36 |
| 0 J | 915/34 | 60 Js | 548/35 | 60 Js | 206/36 |
| 0 J | 917/34 | 50 Js | 566/35 | 60 Js | 207/36 |
| 0 J | 918/34 | 60 Js | 582/35 | 60 Js | 219/36 |
| 0 J | 924/34 | 60 Js | 588/35 | 60 Js | 221/36 |
| 0 J | 942/34 | 60 Js | 596/35 | 60 Js | 222/36 |
| 0 J | 958/34 | 60 Js | 612/35 | 60 Js | 231/36 |
| 0 J | 1016/34 | 60 Js | 619/35 | 60 Js | 232/36 |
| 60 Js | 8/35 | 60 Js | 624/35 | 60 Js | 238/36 |
| 60 Js | 18/35 | 60 Js | 627/35 | 60 Js | 241/36 |
| 60 Js | 22/35 | 60 Js | 636/35 | 60 Js | 253/36 |
| 60 Js | 25/35 | 60 Js | 648/35 | 60 Js | 261/36 |
| 60 Js | 27/35 | 60 Js | 654/35 | 60 Js | 264/36 |
| 60 Js | 28/35 | 60 Js | 664/35 | 60 Js | 269/36 |
| 60 Js | 31/35 | 60 Js | 683/35 | 60 Js | 271/36 |
| 60 Js | 36/35 | 60 Js | 708/35 | 60 Js | 272/36 |
| 60 Js | 37/35 | 60 Js | 709/35 | 60 Js | 283/36 |
| 50 Js | 40/35 | 60 Js | 728/35 | 60 Js | 285/36 |
| 60 Js | 42/35 | 60 Js | 830/35 | 60 Js | 291/36 |
| 60 Js | 46/35 | 60 Js | 8/36 | 60 Js | 303/36 |
| 60 Js | 58/35 | 60 Js | 10/36 | 60 Js | 306/36 |
| 60 Js | 62/35 | 60 Js | 22/36 | 60 Js | 315/36 |
| 60 Js | 63/35 | 60 Js | 44/36 | 60 Js | 317/36 |
| 60 Js | 69/35 | 60 Js | 64/36 | 60 Js | 320/36 |
| 60 Js | 74/35 | 60 Js | 65/36 | 60 Js | 333/36 |
| 50 Js | 92/35 | 60 Js | 69/36 | 60 Js | 353/36 |
| 60 Js | 126/35 | 60 Js | 72/36 | 60 Js | 356/36 |
| 50 Js | 137/35 | 60 Js | 74/36 | 60 Js | 358/36 |
| 60 Js | 155/35 | 60 Js | 76/36 | 60 Js | 364/36 |
| 60 Js | 158/35 | 60 Js | 89/36 | 60 Js | 365/36 |
| 60 Js | 167/35 | 60 Js | 92/36 | 60 Js | 382/36 |
| 60 Js | 179/35 | 60 Js | 99/36 | 60 Js | 384/36 |
| 60 Js | 186/35 | 60 Js | 104/35 | 60 Js | 395/36 |
| 60 Js | 216/35 | 60 Js | 106/36 | 60 Js | 408/36 |
| 60 Js | 202/35 | 60 Js | 124/36 | 60 Js | 434/36 |
| 60 Js | 225/35 | 60 Js | 130/36 | 60 Js | 437/36 |
| 60 Js | 242/35 | 60 Js | 131/36 | 60 Js | 438/36 |
| 60 Js | 246/35 | 60 Js | 134/36 | 60 Js | 1/37 |
| 60 Js | 303/35 | 60 Js | 140/36 | 50 Js | 88/41 |
| 60 Js | 317/35 | 60 Js | 144/36 | 50 Js | 51/42 |
| 60 Js | 334/35 | 60 Js | 149/36 | 50 Js | 101/42 |
| 50 Js | 380/35 | 60 Js | 163/36 | 50 Js | 168/44 |
| 50 Js | 387/35 | 60 Js | 164/36 | | |

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Personenakten der Gestapo

| Nr. | | Nr. | |
|-------|-------------------------|-------|------------------------|
| 68416 | (Adler, Julius) | 32856 | (Brenner, Hermann) |
| 22837 | (Aehlig, Rudolf) | 28577 | (Breuer, Peter) |
| 60683 | | 59496 | |
| 7617 | | 34316 | (Breuer) |
| 60375 | (Altenschmidt, Johann) | 12946 | (Brünen, Eberhard) |
| 60086 | (Altmann, Erwin) | 12956 | (von der Burg) |
| 61945 | | 12957 | (Busch, Heinrich) |
| 67892 | (Anselm, Johann) | 22653 | (Buschbach, Hubert) |
| 5536 | (Antoszewski, Bruno) | 17584 | (Buxbaum, Hermann) |
| 1088 | | 49985 | |
| 2156 | (Arntz, Johann) | 22653 | |
| 57641 | | 45010 | (Claasen, Paul Arthur) |
| 36678 | (Asbach, Karl) | 27970 | (Creutzburg, August) |
| 67898 | (Auer, Ferdinand) | 12771 | |
| 21030 | (Bachmann, Hugo) | 12771 | (Cüppers, Clemens) |
| 67930 | (Bachmann, Peter) | 14534 | |
| 21033 | | 6410 | (Dani, Sebastian) |
| 17748 | (Bäcker, Friedrich) | 1112 | (Dettki, Elisabeth) |
| 8260 | (Bahr, Wilhelm) | 21263 | (Dittrich, Fritz) |
| 14079 | (Balsam, Wilhelm) | 12660 | (Dodt, Johann) |
| 17722 | (Baron, Paul Valentin) | 60594 | |
| 22524 | | 12660 | |
| 60592 | (Barten, Peter) | 22809 | (Doll, Franz) |
| 12964 | (Barth, Georg) | 21267 | |
| 12007 | (Bartnik, Johann u. A.) | 1088 | (Dombrowski, Johann) |
| 59462 | (Bartsch, Karl) | 8146 | |
| 18583 | (Bassier, Hermann) | 5644 | (Domning, Paul) |
| 12647 | (Baumeister, August) | 8369 | (Dreiser, Anton) |
| 35419 | | 11469 | (Drescher, Franz) |
| 49497 | (Baumeister, Helene) | 1934 | (van Driel) |
| 60594 | (Baumeister, Maria) | 22903 | (Eickhoff, Hugo) |
| 66225 | (Becker, Albert) | 28413 | (Eisenschneider, Paul) |
| 42250 | | 18334 | (Erbach, Adam) |
| 17756 | (Becker, Hugo) | 18346 | (Erdmann, Otto) |
| 22763 | (Bender, Ernst) | 25159 | |
| 60607 | (Bender, Otto) | 70031 | |
| 31199 | (Benner, Fritz) | 35835 | (Fehrecke, Bernhard) |
| 53925 | (van Bernum, Heinrich) | 43506 | (Feiden, Julius) |
| 27917 | (Bertz, Paul) | 65417 | |
| 27919 | | 18189 | (Fichter, Oskar) |
| 43302 | (Binder, Ernst) | 3694 | (Fladung, Hans) |
| 53902 | (Böllert, Heinrich) | 20653 | (Flechsigt, Kurt) |
| 5461 | | 14219 | (Frenzel, Adolf) |
| 54007 | (Bogdal, Franz) | 68432 | |
| 5904 | (Bossmann, Gustav) | 6480 | |
| 64149 | (Braun, Christian) | 66477 | (Friedrich, Albin) |
| 39256 | (Bräuner, Johann) | 22250 | (Friedrichs, Reinhold) |
| 59478 | | 61826 | (Fröhlich, Richard) |
| 39256 | | 15065 | (Gail, Josef) |
| 27753 | | 927 | (Gallein, Fritz) |

Nr.
42400 (Gartz, Josef)
24328
37724 (Gebler, Anton)
24382 (Geib, Heinrich)
23651 (Geistert, Oswald)
27501 (Gentsch, Erich)
24349 (Gewehr, Johann)
21077 (Giesen, Ernst)
29844 (Gödde, Heinz)
29835 (Göppel, Josef)
14079 (Gorschlüter, Olga)
183 (Graber, Adolf)
24315 (Grabosch, Paul)
192 (Gräfe, Willi)
12157 (Gräfensteiner, Friedrich)
14079 (Grocholewski, Walter)
4900 (Grosse, Fritz)
12181 (Grosse-Vorholt, Hermann)
30435 (Gruber, Kurt)
31812
30512 (Grybowski, Franz)
23099
10161 (Günther, Albert)
24329
42388 (Gurian, Waldemar)
9840 (Haarbeck, Gustav)
19656 (Haberland, Ernst)
33614 (Hadinsky, Martha)
33599 (Hämmelmann, Helmuth)
26960 (Hanisch, Emanuel)
3817
26962 (Hankammer, Hermann)
21001
6350 (Hecht, Paul)
16992
16132 (Heiden, Ernst)
38826 (Hein, Franz-Benno)
8108 (Heinskill, Wilhelm)
22676 (Heinz, Emil)
22702 (Heinz, Maria)
38447 (Helmers, A.)
3779 (Herold, Herbert)
13362 (Hespers, Theo)
16128 (Hesse, Theodor)
52541 (Heuken, Karl)
65468
2741 (Hilgers, Heinz)
30512 (Höffken, Hans)
3813 (Hoff, August)
21913 (Hoffmann, Theodor)
14079 (Hofmann, Karl)
10702 (Hogardt, Peter)
6078 (Honecker, Erich)

Nr.
6095 (Huber, Aloys)
8820
9345 (van Husen, Paul)
6690 (Idel, Otto)
285 (Jahny, Ferdinand)
14079 (Jandt, Ludwig)
20101 (Jausen, Theodor)
31653 (Jennes, Johann)
18189 (Johann, Wenzel)
18704 (John, Fritz)
53295 (Jonschker, Karl)
24021 (Jung, Jakob)
7009 (Kaasch, Herta)
9675 (Kaes, Bernhard)
17065 (Kamleiter, Friedrich)
74042 (Kamradt, Karl)
20023 (Kaps, Alfons)
27902
27901
4166
2202 (Karg, Berta)
27753
34155
18704 (Kellner, Ernst)
54539 (Ketzing, Albert)
25607 (Kistner, Jakob)
29319 (Kiwitz, Heinz)
12111 (Knöchel, Wilhelm)
19540
19541
27501
74042
31102 (Knüfken, Hermann)
25278 (Koczkowiak, Adam)
25274 (Köhler, Gustav)
31004 (Könzgen, Gottfried)
31045
61573 (Köpp, Stefan)
12552 (Kolbe, Ferdinand)
14602 (Koppers, Friedrich)
31691 (Kordass, August)
38283
21805
14079 (Kornalewski, Andreas)
27914 (Krämer, Melchior)
10902
21200 (Kranold, Albert)
62503 (Krucza, Ignatz)
21235 (Krumnow, Ernst)
3934 (Kuchta, Ewald)
16541 (Kück, Ferdinand)
8049 (Küppers, Bernhard)
53764 (Langer, Paul, Repelen)

Nr.
16381 (Langer, Paul, Dbg.)
40664
53758
2746
3408 (Langusch, Max)
2196 (Latocki, Josef)
9536 (Laquai, Philipp)
53802 (Langenhorst)
9916 (Lehmann, Kurt)
14079 (Lemm, Franz)
2199 (Lemnitz, Alfred, Albin)
44780 (Lesniak, Hermann)
21617 (Lesniewski, Ignatz)
21615 (Lentzen, Karl)
50272
7538 (Ligendza, Roman)
34085
12185 (Linnarz, Johann)
24910 (Lörcher, Ernst)
60594
24731 (Lubinski, Dagobert)
14118 (Lücke, Wilhelm)
2870 (Mai, Wilhelm)
43071 (Mark, Robert)
31160
41876 (Marquardt, Wilhelm)
65331 (Matysiak, Walter)
9133 (Meiners, Wally)
36090 (Meister, Otto)
38872 (Mellinghoff, Ferdinand)
22601a
3735 (Mewes, Reinhold, auch
Meves, Reinhold)
44986 (Meuss, Luise)
46046 (Militzke, Oskar)
8692 (Minister, Karl)
30616
60594 (Möller, Fritz)
36103 (Mowe, Heinrich)
8501 (Mühleib, Erich)
36100 (Müller, Ernst)
36061 (Müller, Friedrich)
37673
30638 (Müller, Georges)
31259 (Niederhellmann, Johanna)
36133 (Niehues, Hubert)
37709 (Nielebock, Wilhelm)
29137
36130 (Niggemeyer, Clemens)
13059 (Nolden, Julius)
29121
5145 (Nonn, Fritz)
68048

Nr.
25076 (Nowack, Paul)
31271
4942 (Oenning, Heinrich)
32936 (Opitz, Karl)
23099 (Paulick, Wilhelm)
30512
7457 (Pettkeit, Albert)
30224 (Piotrkowski, Anna)
57362 (Prust, Wilhelm)
2199 (Pusch, Gertrud)
13693 (Quix, Heinz)
1982 (Rattai, Karl)
52526
2746 (Rausch, Margarete)
12627 (Reichenbach, Otto)
46358 (Reimann, Max)
27375
27753 (Rembte, Adolf)
41150 (Rentmeister, Willi)
37056 (Reuter, Fritz)
18704 (Riebe, August)
44785 (Riehn, Walter)
14304 (Rieke, Luise Johanna)
44266 (Rogge, August)
36178 (Romstedt, Luise)
42388 (Rossaint, Joseph)
34155
39630
42696 (Roth, Philipp)
53862 (Ruf, Karl)
48315 (Sachse, Herbert)
42329 (Sager, Hans)
4603 (Salemka, Paul)
17140
1495 (Sanders, Leo)
58149 (Sandhövel, Wilhelm)
30464
2047 (Sandmann, Karl)
30468
14079 (Sauer, Karl)
21250
10468 (Sauter, Peter)
33599 (Sbosny, Fritz)
9322 (Seeger, Erich)
52032 (Selbiger, Kurt)
3938 (Serwe, Hubert)
36822 (Spanier, Franz)
66734
22487 (Speckbrock, Anna)
58176 (Sperrling, Fritz)
14079
31162 (Spindler, Kurt)
18704

| Nr. | | Nr. | |
|-------|--------------------------|-------|--------------------------|
| 927 | (Splitt, Bruno) | 22601 | (Trauden, Matthias) |
| 39392 | (Schäfer, Hermann) | 18180 | (Triebel, Oskar) |
| 39406 | (Schelhorn, Fritz) | 7833 | (Trocha, August) |
| 50805 | | 39447 | |
| 31798 | (Schiefer, Jakob) | 7837 | (Tschey, Josef) |
| 16696 | (Schindelin, Friedrich) | 14089 | (Verter, Otto) |
| 28827 | (Schirrmeister, Friedr.) | 12003 | |
| 4032 | (Schlagewerth, Heinrich) | 16903 | |
| 14079 | (Schmauch, Rudolf) | 4160 | (Vögeding, Hermann) |
| 31487 | (Schmidt, Ernst) | 38532 | (Völkerring, Heinrich) |
| 15973 | (Schmidt, Martin) | 66376 | (Vogt, Franz) |
| 37201 | (Schmidt, Waldemar) | 31584 | (Wächter, Paul) |
| 46265 | (Schmidt, Wilhelm) | 21400 | (Wagner, Fritz) |
| 59922 | | 21395 | (Walter, Philipp) |
| 41785 | | 21405 | (Walz, Gottlieb) |
| 43726 | | 34638 | (Washelowski, Friedrich) |
| 38324 | (Schmitter, Gerhard) | 36687 | (Waters, Gustav) |
| 29520 | (Schmitz, Elisabeth) | 21417 | (Wegener, Franz) |
| 29585 | (Schmitz, Heinrich) | 1773 | (Weidauer, Walter) |
| 12266 | (Schnapp, Anton) | 2383 | |
| 30857 | (Schönwald, Max) | 38545 | (Weitz, Heinrich) |
| 29121 | (Schröder, Fritz) | 38349 | (Welling, Alois) |
| 6096 | (Schwarz, Amandus) | 34531 | (Werther, Paul) |
| 12181 | (Schwering, Heinrich) | 21401 | |
| 23099 | („Stegmann“) | 1773 | |
| 2480 | (Stein, Karl) | 21435 | (Weyand, Jakob) |
| 40823 | | 7287 | (Wiatrek, Heinrich) |
| 32646 | (Steininger, Robert) | 43583 | (Wiedemann, Hermann) |
| 36272 | (Stiasny, Theodor) | 57062 | |
| 43986 | (Stock, Wilhelm) | 10610 | (Wiehsmann, August) |
| 14962 | (Stoffel, Grete) | 58158 | (Wiesner, Otto) |
| 43989 | (Stommel, Helene) | 8004 | |
| 14301 | (Stupp, Josefine) | 12646 | (Winkelmann, Wilhelm) |
| 11446 | (Teich, Arthur) | 11993 | (Winter, Friedrich) |
| 22622 | | 50596 | |
| 46260 | (Terheiden, Anton) | 26337 | (Winter, Richard) |
| 22611 | (Thelen, Konrad) | 10701 | (Wirriger, Heinrich) |
| 33819 | (Thesen, Matthias) | 16973 | (Wösel, Erich) |
| 7854 | | 35682 | (Wolf, Alois) |
| 44684 | (Thielen, August) | 35681 | (Wolf, Anton) |
| 63527 | (Thielen, Bernhard) | 35691 | (Wondzinski, Paul) |
| 7828 | (Thies, Julius) | 14079 | |
| 8434 | (Thönnessen, Ernst) | 30300 | (Wünnenberg, Johann) |
| 22631 | (Thomas, Gustav) | 18038 | (Zabiensky, August von) |
| 27753 | (Thunig, Alfred Rudolf) | 44571 | (Ziers, Hubert) |
| 31031 | (Titze, Richard) | 31114 | (van Zwamen, Johann) |

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf — Außenstelle Kalkum

Bestand Regierung Düsseldorf Nr. 30655c (Tagesmeldungen der Geh. Staatspolizei und Ereignismeldungen des Regierungspräsidenten v. 7. Januar bis 19. März 1935)
 Bestand LG-Duisburg — Sondergericht Nr. 116/1-523 (1942—1944)

Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung) Bonn

Bestand „Sopade“. Akten des exilierten Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1933—1945

Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preussischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem

Rep. 90 P

- Nr. 53—85 Monatliche Lageberichte der Staatspolizeistellen von März 1934 bis Dezember 1935
Nr. 86 Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamtes für die Zeit vom 1. Oktober 1936 bis 28. Februar 1937
Nr. 87 Lagebericht des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen. März und April 1935
Nr. 88 Lagebericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz. April und Mai 1935

Stadtarchiv Duisburg

Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom Januar 1932 bis August 1933
Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg-Hamborn für 1932 und 1933
Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg für 1934
Stadtverwaltung Duisburg-Hamborn. Amtliche Mitteilungen Jg. 1930—1935
Bestand 53/41 (vorl. Sign.). Berichte des Kreisleiters an die Gauleitung Essen vom Januar 1939 bis April 1941 betr. katholische Geistliche
Bestand A57/1965. Chronik der Pfarrgemeinde Liebfrauen-Duisburg II. Teil
Duisburg und seine Bürger. Eine gemeindesoziologische Strukturuntersuchung 1961/62. Erstellt vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft. Bad Godesberg 1962
National-Zeitung. Organ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Hrsg. Josef Terboven. Jg. 3—5 mit div. Nummern Jg. 8 und 9

Amt für Wiedergutmachung der Stadt Duisburg

Entschädigungsakten. Sign. ZK *)

*) Von Hans Pelger wurden Signaturen von Entschädigungsanträgen und Namen von nachweislich politisch Verfolgten verzeichnet. Sie wurden in der vorliegenden Untersuchung vielfach als ergänzende Quellen herangezogen, können aber wegen ihrer hohen Zahl (ca. 1500 Signaturen) hier im einzelnen nicht aufgeführt werden.

Literatur

- Adolph, Hans J. L., Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894—1939, Berlin 1971
- Aleff, Eberhard (Hrsg.), Das Dritte Reich. Edition Zeitgeschehen, 4. neu herausgeb. und überarbeitete Auflage, Hannover 1970
- Allen, William S., Eine statistische Analyse der sozialistischen Untergrundbewegung in Nordrhein-Westfalen 1933—1938, in: Widerstand, Verfolgung und Emigration 1933—1945, Referate auf der Tagung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 25. bis 30. 9. 1966 in Bergneustadt, Bad Godesberg 1967, (hekt.), S. 23 ff.
- Die Antifaschistische Aktion, Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich unter Mitarbeit von Elfriede Fölster und Käthe Haferkorn, Berlin (Ost) 1965
- Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1958
- Der lautlose Aufstand, Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945, hrsg. von Günter Weisenborn, Hamburg 1953
- Averdunk-Ring, Geschichte der Stadt Duisburg, neubearbeitet von Walter Ring, 2. Aufl. Ratingen 1949
- Bahne, Siegfried, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 655 ff.
- Ders., Zur Vorgeschichte der Volksfront, Die kommunistische „Einheitsfrontpolitik“ gegenüber der Sozialdemokratie in den Jahren 1933 bis 1945, in: Zeitschrift für Politik, N.F., Bd. VIII, 1960, H. 2, S. 168 ff.
- Bartel, Walter, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933—1945. 2. verb. Aufl., Berlin (Ost) 1956
- Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1934—1944, bearbeitet von Heinz Boberach — Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A: Quellen, Band 12, Mainz 1971
- Binder, Gerhart, Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, München 1968
- Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918—1923, Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten) ... Meisenheim a. Gl. 1969
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland, 53. Jg., S. 215 ff.
- Bonhoeffer, Dietrich, Widerstand und Ergebung, Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hrsg. von Eberhard Bethge, München 1959
- Bracher, Karl Dietrich, Anfänge der deutschen Widerstandsbewegung, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie, Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 375 ff.
- Ders., Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls der Demokratie, Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, 3., verb. und erg. Aufl., Villingen (Schwarzwald) 1960
- Ders., Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern und München 1964
- Ders./Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933—1934, Köln und Opladen 1960

- Brüning, Heinrich, *Memoiren 1918—1934*, dtv-Nr. 860—61 (1972)
- Brustat-Naval, Fritz, *Unternehmen Rettung. Letztes Schiff nach Westen*, Herford 1970
- Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers — Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Band 9 (1969)
- Buchheim, Hans: *Glaubenskrisen im Dritten Reich, Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik*, Stuttgart 1963
- Ders., *Die SS — Das Herrschaftsinstrument, Befehl und Gehorsam*, Olten und Freiburg i. Br. 1965
- Ders., *Totalitäre Herrschaft — Wesen und Merkmale*, München 1962
- Bullock, Alan, *Hitler. Eine Studie über Tyrannei*, Düsseldorf 1960
- Conze, Werner, *Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30*, in: HZ, Bd. 178, 1954 H. 1, S. 47 ff.
- Dahrendorf, Ralf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965
- Dallin, David J., *Die Sowjet-Spionage — Prinzipien und Praktiken*, Köln 1956
- Deuerlein, Ernst, *Das Reichskonkordat*, Düsseldorf 1956
- Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien*, hrsg. von Walter Schmitt-henner und Hans Buchheim, Köln/Berlin 1966
- Deutsche Widerstandskämpfer 1933—1945*, 2 Bde. hrsg. vom Institut Marxismus Leninismus, Berlin (Ost) 1970
- Drechsler, Hanno, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Meisenheim a. Gl. 1965
- Duhnke, Horst, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972
- Duisburger Zahlenspiegel. Jahrbuch 1951*, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Duisburg, der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel und der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG
- Edinger, Lewis J., *Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933 bis 1945*, Hannover und Frankfurt a. M. 1960
- Enderle, August/H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle, *Das rote Gewerkschaftsbuch*, Berlin 1932
- Esters, Helmut/Pelger, Hans, *Gewerkschafter im Widerstand*, Hannover 1967
- Exil-Literatur 1933—1945. Sonderveröffentlichung der Deutschen Bibliothek Nr. 1* hrsg. v. Kurt Köster, Frankfurt a. M., 2. Aufl. 1966
- Eyck, Erich, *Geschichte der Weimarer Republik, Zweiter Band: Von der Konferenz von Locarno bis zu Hitlers Machtübernahme*, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1956
- Fabry, Philipp W., *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939—1941*, Darmstadt 1962
- Fetscher, Iring, *Faschismus und Nationalsozialismus, Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 3. Jg. 1962, H. 1, S. 42 ff.
- Fetscher, Iring, *Der Marxismus — Seine Geschichte in Dokumenten*, München 1967
- Flechtheim, Ossip K., *Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik*, Offenbach a. M. 1948
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, Von 1924 bis Januar 1933; Bd. 5, Von Januar 1933 bis Mai 1945; Berlin (Ost) 1966
- Goebbels, Joseph, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern*, Berlin 1933
- Grebing, Helga, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1966
- Gross, Babette, *Die Volksfrontpolitik in den dreißiger Jahren, Ein Beitrag zum Verständnis der kommunistischen Taktik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, 24. 10. 1962, B 43/62, S. 521 ff.
- Henkys, Reinhard, *Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*, Stuttgart und Berlin 1964
- Heyen, Franz Josef, *Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus im Raum Mainz-Koblenz-Trier*, Boppard 1967
- Höhne, Heinz, *Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle*, Frankfurt a. M. 1970
- Im Kampf bewährt*, hrsg. von Heinz Vosske, Berlin (Ost) 1969

- Jahnke, Karl-Heinz, Der Anteil der deutschen Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf — unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Widerstandsbewegung — 1933 bis 1945, Habilschrift (maschinenschr.) Greifswald 1965
- Johe, Werner, Die gleichgeschaltete Justiz, Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933—1945, dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg, Frankfurt a. M. 1967
- Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation, hrsg. von Ilse Staff, Fischer Taschenbuch Nr. 559 (1964)
- Kantorowicz, Alfred, Spanisches Kriegstagebuch, Köln 1966
- Kater, Michael H., Die Ersten Bibelforscher im Dritten Reich, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte XVII, 1969, S. 181—218
- Katholische Kirche und Nationalsozialismus, hrsg. von Hans Müller, dtv-dokumente Nr. 328 (1965)
- Kempner, Benedicta Maria, Priester vor Hitlers Tribunalen, Rom/München 1966 (Bertelsmann-Lizenzausgabe Nr. 8169/10)
- Kliem, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, Diss. Marburg 1957
- Klönne, Arno, Gegen den Strom. Ein Bericht über die Jugendopposition im Dritten Reich, Hannover und Frankfurt a. M. 1960
- Klotzbach, Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945, Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969
- Kluke, Paul, Der deutsche Widerstand. Eine kritische Literaturübersicht, in: HZ, Bd. 169, 1949, H. 1, S. 136 ff.
- Kogon, Eugen, Der SS-Staat, Das System der deutschen Konzentrationslager, 4., vollst. und erw. Aufl., Frankfurt/M. 1958
- Komintern und Faschismus, Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, hrsg. und komment. von Theo Pirker, Stuttgart 1965
- Koszyk, Kurt, Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster (1873 bis 1942), in: Archiv für Sozialgeschichte, V. Band, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1965, S. 193 ff.
- Ders., Zwischen Kaiserreich und Diktatur, Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958
- Krausnick, Helmut, Stationen der Gleichschaltung, in: Der Weg in die Diktatur 1918 bis 1933, München 1962, S. 175 ff.
- Kücklich, Erika/Liening, Elfriede, Die Antifaschistische Aktion (Ihre Rolle im Kampf um die Abwehr der faschistischen Gefahr im Jahre 1932 und ihr Platz in der Strategie und Taktik der KPD. Mit einem Dokumentenanhang), in: BzG., 4. Jg. 1962, H. 4, S. 872 ff.
- Kupisch, Karl, Zwischen Idealismus und Massendemokratie. Eine Geschichte der evangelischen Kirche in Deutschland von 1815—1945, 2. Aufl., Berlin 1959
- Ders., Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1966
- Laschitza, Horst, Faschismus und Widerstand — Fälschung und Wirklichkeit — Auseinandersetzung mit Auffassungen der westdeutschen Historiker Hans Rothfels und Walter Hofer, in: ZfG, 9. Jg. 1961, H. 8, S. 1857 ff.
- Ders./Vietzke, Siegfried, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933—1945. Mit einem Anhang, Berlin (Ost) 1964
- Lipset, Seymour Martin, Der „Faschismus“ — die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 11. Jg. 1959, H. 3, S. 401 ff.
- Matthias, Erich, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938, Stuttgart 1952
- Ders., Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960
- Meldungen aus dem Reich, Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. von Heinz Boberach, Neuwied und Berlin 1965

- Mewis, Karl, Im Auftrag der Partei. Erinnerungen, Berlin (Ost) 1971
- Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hrsg. von Erich Matthias, Düsseldorf 1968
- Mommsen, Hans, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln/Berlin 1966
- Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 281 ff.
- Neumann, Sigmund, Die politischen Parteien der Weimarer Republik, (Nachdr. der Ausgabe „Die politischen Parteien in Deutschland“, Berlin 1932), Stuttgart 1965
- Neuhäusler, Johann, Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, München 1946
- Niemöller, Wilhelm, Bekennende Kirche in Westfalen, Bielefeld 1952
- Ders., Die evangelische Kirche im Dritten Reich, Handbuch des Kirchenkampfes, Bielefeld 1956
- Nolte, Ernst, Die faschistischen Bewegungen, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 4 (3. Aufl. 1971)
- Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963
- Pechel, Rudolf, Deutscher Widerstand, Erlenbach-Zürich 1947
- Pieck, Wilhelm, Wir kämpfen für ein Rätedeutschland, Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklassen unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur, Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands (Rede auf dem XIII. Plenum des EKKI Dezember 1933), Moskau-Leningrad 1934
- Ders., Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront 1936 bis 1938, Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin (Ost) 1955
- Plum, Günther, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus als Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung in Deutschland, Eine kritische Analyse der Widerstandsliteratur, in: Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1965, S. 20 ff.
- Portmann, Heinrich, Kardinal von Galen, Münster i. W. 1953
- Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871—1945, hrsg. von Karl Kupisch, München und Hamburg 1965
- Rauschning, Hermann, Die Revolution des Nihilismus, Zürich 1938
- Reichhardt, Hans-Joachim, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Vier historisch-kritische Studien, Köln/Berlin 1966, S. 169 ff.
- Ketzlaw, Karl, Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters. 2. durchges. Auflage Frankfurt a. M. 1972
- Revolution gegen Hitler, Die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, „Graphia“; Karlsruhe o. J.
- Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Mit einem Brief Goerdelers in Faksimile und vier Abbildungen, Stuttgart 1954
- Röder, Werner, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940—1945, Hannover 1969
- Ders., Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942—1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 17. Jg. 1969, S. 167 ff.
- Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966
- Roon, Ger van, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967
- Roth, Heinrich, Katholische Jugend in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Katholischen Jungmännerverbandes, Daten und Dokumente, Düsseldorf 1959
- Rothfels, Hans, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Eine Würdigung, Neuausgabe, Fischer Taschenbuch Nr. 198. Ungekürzte, stark revidierte Ausgabe (1964)

- Rühle, Gerd, *Das Dritte Reich, Dokumentarische Darstellung des Aufbaus der Nation, Mit Unterstützung des Deutschen Reichsarchivs, Bd. I—III, Berlin o. J. (1934—1936)*
- Schäfer, Gert, *Demokratie und Totalitarismus, in: Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, hrsg. von Gisela Kress und Dieter Senghaas. Fischer-Taschenbuch Nr. 6150 (1972)*
- Schlangen, Walter, *Der Totalitarismus-Begriff. Grundzüge seiner Entstehung. Wandlung und Kritik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. 31. 10. 1970, B 44/70*
- Schmidt, Jürgen, *Die Erforschung des Kirchenkampfes, Die Entwicklung der Literatur und der gegenwärtige Stand der Erkenntnis, München 1968*
- Schmidt, Walter A., *Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933—1945, Berlin (Ost) 1958*
- Schneider, Hans, *Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, in: Von Weimar zu Hitler 1930—1933, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln/Berlin 1968*
- Schüddekopf, Otto-Ernst, *Linke Leute von rechts. Die national-revolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960*
- Schumann, Hans-Gerd, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover und Frankfurt a. M. 1958*
- Stampfer, Friedrich, *Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, 2. Aufl., Offenbach-Main 1947*
- Steinberg, Hans-Josef, *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933—1945, Hannover 1969*
- Vogelsang, Thilo, *Die nationalsozialistische Zeit. — Deutsche Geschichte, Ereignisse und Probleme, hrsg. von Walther Hubatsch. Ullstein-Buch Nr. 3847 Frankfurt a. M. 1968*
- Ders., *Die Widerstandsbewegung und ihre Problematik in der zeitgeschichtlichen Darstellung. Das Vermächtnis und seine Schwerpunkte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 14. 7. 1965, B 28/65*
- Vollmer, Bernhard, *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934 bis 1936, Stuttgart 1957*
- Vorwärts und nicht vergessen — ein Lesebuch. *Klassenkämpfe in der Weimarer Republik, hrsg. von Heinrich Boehncke. Rowohlt's Sachbuch Nr. 8605/480 (1973)*
- Von Weimar zu Hitler 1930—1933, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln/Berlin 1968
- Weber, Hermann, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde, Frankfurt a. M. 1969*
- Wehner, Herbert, *Selbstbesinnung und Selbstkritik, (hekt. Manusk.) 1946*
- Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929—1934, Berlin 1970*
- Weisenborn, Günther, *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945, Hamburg 1953*
- Weissbecker, Manfred, *Gegen Faschismus und Kriegsgefahr, Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933—1935, Erfurt 1967*
- Wer ist wer in der SBZ? Berlin 1958
- Widerstand an Rhein und Ruhr 1933—1945, hrsg. vom Landesvorstand der Verfolgten des Nazi-Regimes, Düsseldorf 1969
- Wolf, Ernst, *Die evangelischen Kirchen und der Staat im Dritten Reich, Zürich 1963*
- Ders., *Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Vier historisch kritische Studien, S. 215 ff.*
- Wollenberg, Erich, *Der Apparat, Stalins Fünfte Kolonne, o. O. o. J. (1951)*
- Zahrnt, Heinz, *Die Sache mit Gott. Die protestantische Theologie im 20. Jahrhundert, dtv Nr. 846 (1972)*
- Zipfel, Friedrich, *Kirchenkampf in Deutschland 1933—1945, Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, Berlin 1965*

Personenregister*)

- Ackermann, Anton 103
Adler, Julius 100
Aehlig, Rudolf 91—98, 137
Agatz, Wilhelm 95
Alex, Ernst 24
Apelt, Fritz 118 f.
Aufhäuser, Siegfried 4, 8, 24

Bachmann, Hugo 42 f.
Balthes 14, 25
Barbusse, Henry 131
Barner, Pfr. 216
Barth, Peter 14—16
Bärtle, Bernhard 163
Bauer, Franz 224
Baumann, Edith 50 f.
Baumeister, August 127—130
Becherer, Herbert 112
Becker, Arthur 124 f.
Becker, Paul 131
Beimler, Hans 75
Berger, Josef 16
Bergmann, Ernst 178
Bernhard, Georg 70
Bernum, Theodor, van 93
Bertram, Adolf 175
Bertz, Paul 97, 148
Beuttel, Oskar 171

Beuttel, Wilhelm 121, 157, 167, 171
Bind 18
Biermann 219
Birk, Julius 14—16, 25
Birch, Wilhelm 16
Bischoff, Lotte 169
Blenke, Konrad 149
Bloch, Ernst 70
Blomert 206
Böchel, Karl 4, 8, 24, 49
Bock, Hans Manfred 62
Bodelschwihg, Friedrich von 213
Böhm, Wilhelm 16
Bonhoeffer, Dietrich 210
Borkowski, Johann 224
Brand 180
Brandt 219
Brandt, Willy 50
Bräuner, Johann 85, 100
Breitscheid, Rudolf 4
Breuer, Peter 149
Brückers, Theo 37
Brünen, Eberhard 27, 51—59
Brüning, Heinrich 47
Budeus, Walter 163
Budzislawski, Hermann 70
Bungert, Franz 65
Busch 219

*) Der Name Hitler ist wegen seiner häufigen Wiederholung nicht in das Personenregister aufgenommen. Desgleichen sind einige noch lebende Personen nicht aufgeführt, die im Duisburger Widerstand zwar aktiv waren und auch im Text mit verschlüsselten Buchstaben genannt sind, die aber aus geänderter Einstellung gegenüber der politischen Organisation, der sie früher angehörten oder aus persönlichen Gründen nicht erwähnt zu werden wünschten. Bei Personen, die aus Tarnungsgründen unter zwei Namen auftraten, sind beide mit Bezugsverweis angegeben. Das gleiche gilt für Namen, die in verschiedener Schreibweise in den Akten der Gestapo geführt wurden, bei denen aber die Identität der Person feststeht, z. B. Meves = Mewes. Namen ohne Vornamenangaben sind so wiedergegeben, wie sie in den benutzten Quellen überliefert sind. Die im Anhang genannten Personen werden nicht berücksichtigt.

- Büttner, Reinhold 41
- Castles, Henry
s. Schlösser, Heinrich
- Claasen, Paul Arthur 120
- Coch, Friedrich Otto 211
- Cremers, Heinrich 12
- Creutzburg, August 102, 109, 119, 121
- Crispien, Artur 4
- Crummenerl, Siegmund 6, 8, 23—25, 31
- Cüppers, Clemens 13, 189, 193—195, 197,
203, 206, 221
- Dahlem, Franz 110
- Dahlhaus, Max 105, 107, 115
- Dani, Sebastian 20, 22, 25—28, 31, 37,
41 f.
- Daub, Philipp 119, 121, 145, 148
- Denkhaus 219
- Dienst, Adam 16
- Dieter, Heinz 137
- Dietrich, Georg 4
- Dimitroff, Georgi 169
- Dittmann, Wilhelm 4
- Doll, Franz 131
- Dombrowski, Johann 151 f., 154—156
- Domning, Fritz 97, 108
- Doster, Gustav 66
- Ebeling, Hans 168
- Eichler, Franz 224
- Eichler, Willi 42
- Eisenschneider, Paul 150
- Eising, Hermann 191
- Ellgring, Johann 224
- Emmen, Paul 21
- Enderle, August 50
- Engelhardt, 42
- Engler, Wilhelm 224
- Erbach, Adam 95, 119
- Erdmann, Otto 84
- Esters, Helmut 42
- Fabian, Walter 48, 50
- Faulhaber, Michael von 179, 202
- Fehrecke, Bernhard 192
- Ferl, Gustav 21—24, 28
- Feuchtwanger, Lion 70
- Fey 180
- Fichter, Oskar 122
- Fimmen, Edo 21, 27, 42, 110
- Flechsigt, Kurt 55
- Florin, Wilhelm 110, 125
- Förster, August 224
- Frenzel, Gustav 111, 116
- Friedeberg, Raphael 60
- Friedrichs, Reinhold 202
- Fröhlich, Richard 85, 93, 98
- Fröhlich, Paul 48, 50
- Fuhr, von der 116
- Gail, Josef 197 f.
- Galen, Clemens, Graf von 190 f., 194 ff.,
201 f.
- Gallein, Fritz 85, 88
- Gartz, Josef 201
- Gebler, Anton 101 f.
- Gentsch, Erich 121, 149, 157, 167
- Gericke, Paul 91
- Gerlich, Fritz 182
- Giesen, Ernst 85, 98, 100
- Gnoss, Ernst 20
- Goebbels, Joseph 135
- Goebels, Josef 224
- Göring, Hermann 4 f., 19, 81, 84, 92
- Götze, Ferdinand 65, 67
- Gottmanns, Josef 24
- Graber 57
- Graber, Adolf 127
- Grabowski, Fritz 98
- Grohmann 114 f.
- Grosse, Fritz 92, 124 f., 129, 138
- Grosse, Hermann 129
- Grossmann, Gustav 41
- Gruber, Kurt 92
- Grybowski, Franz 105 ff.
- Grzeschik, Max 119, 122, 140
- Guddorf, Wilhelm 163
- Gumpert, Hans
s. Spanier, Franz
- Gurion, Waldemar 185
- Haarbeck, Gustav 221
- Haarmann 189
- Haas, Nikolaus 28
- Haberer, Hanns 177
- Hacha, Emil 203
- Hackenbergt, Kurt 100 f.
- Hadinsky, Martha 127, 136, 139, 145
- Haecker, Theodor 183
- Hankammer, Hermann 52
- Hankammer, Karl 20, 22, 24, 37
- Harnack, Arvid 163
- Hartwimmer 163
- Hausladen, Hans 95
- Hausser, Alfred 134
- Hebel, J. P. 90
- Heber, Karolus 66
- Heckert, Fritz 149
- Heckmann 93
- Heilmann, Ernst 9 f.

- Heimann 214
 Heine, Fritz 9, 21, 31
 Heintze, Josef 11 ff.
 Heinz, Emil 224
 Hellwig, Heinrich 37
 Henkel, Friedrich 45
 Hensel, Otto 58
 Hensel, Walter 149
 Herold, Herbert 224
 Hertz, Paul 4, 9, 24 f., 31—35
 Hespers, Theodor 168
 Hesse, Theodor 218 f., 221
 Heuer, Adolf 37
 Heydrich, Reinhard 212
 Hilferding, Rudolf 4, 9, 24 f., 31—35
 Hiller, Alfred 124
 Himmeler, Heinrich 212
 Hindenburg, Paul von 137
 Hitz, Alfred 41
 Hitzbleck 151 f.
 Hohmann, Wilhelm 12 f.
 Höltermann, Karl 9, 24
 Holtmann, Edith 20
 Holtschneider, Wilhelm 37
 Honecker, Erich 134
 Hordh, (Otto?) 72
 Horchler, Justus 15 f.
 Horn 215
 Hornick, Paul 149
 Horstkötter, Ludger 188
 Hossenfelder, Joachim 210
 Huber, Alois 109
 Hürten, Heinz 186

 Idel, Otto 105

 Jablonski, Friedrich 224
 Jahn, Hans 42 f.
 Jahny, Ferdinand 93 ff., 98, 119, 127,
 139, 172
 Jäkel, August 224
 Jandt, Ludwig 100
 Jarreck, Walter 92
 Jarres, Karl 13, 16
 Jennes, Hans 132, 140
 de Jong, Albert 64, 66 f.
 Jonschker, Karl 97 ff.
 Joos, Joseph 185 f.
 Jozefowski, Stanislaus 224
 Jung, Jakob 44
 Jungmann, Erich 124 f.

 Kaas, Ludwig 175
 Kaes, Bernhard 186, 206
 Kaiser, Ewald 125 f., 130 f.
 Kamleiter, Friedrich 84, 172

 Kamradt, Albert 157, 171
 Kamradt, Paul 171 f.
 Kantorowicz, Alfred 76
 Kappius, Josef 44
 Kaps, Alfons 157, 168, 171
 Karcher, Josef 115
 Karg, Berta 130—134, 144
 Kater, Fritz 61
 Katschmier, Paul 10
 Kayser, Albert 91
 Keller, Peter 51
 Kelter, Ernst 13, 16
 Ketzinger, Albert 111 f., 116
 Kippenberger, Hans 102, 123
 Kirchhoff, Hermann 16
 Kisch, Otto Egon 125
 Kiwnik, Erich 93
 Klausener, Erich 182 f.
 Klein, Arnold
 s. Kolossa, Edwin
 Klessny, Emil 224
 Klotzbach, Kurt 20, 129, 149
 Knab, Michael 186
 Knöchel, Wilhelm 121, 149, 157, 164,
 167 ff., 170 ff.
 Knorin, Waldemar 89 f.
 Knüfken, Hermann 43, 149, 157
 Köbernich, Gustav 224
 Koch, Karl 211, 214
 Köcher, Paul 224
 Köhler, Gustav 136 f.
 Köhler, Max 50
 Köller, Fritz
 s. Wollenweber, Ernst
 Kölm, Reinhard 224
 Kolossa, Edwin
 s. Klein Arnold 152—155
 Kolpatzeck, Johann 224
 Konrad 195
 Könzgen, Edmund 206
 Könzgen, Gottfried 178 ff., 205 f.
 Kordass, August 26, 35 ff., 132
 Körfer, Karl 51
 Kornblum, Martha 224
 Körner, Walter 149
 Koszyk, Kurt 49, 51
 Kowalke, Alfred 157, 163, 168
 Kratz, Willi 143
 Kraus, Johannes 192
 Krause, Ludwig 37
 Krebs, Georg 111 f.
 Kressmann, Willy 50
 Krone, Charlotte 115
 Kühnen 197
 Künstler, Franz 4

Kuron, Karl 16, 22, 37
 Küster, Fritz 48
 Küstermeier, Rudolf 54
 Kuusinen, Otto 90

 Landauer, Gustav 60
 Lange, Willi 8
 Langer, Paul 93, 96, 119
 Langusch, Max 93, 149
 Lassalle, Ferdinand 8
 Lehmann, Kurt 75, 157
 Lemnitz, Alfred 100, 127—130, 135
 Lenhardt, Jakob 224
 Lenin, Wladimir Iljitsch 10, 133
 Lentzen, Karl 224
 Lenz, Paulus 179 f.
 Lerche 36
 Lesniewski, Ignatz 224
 Lesser, Pfr. 215
 Letterhaus, Bernhard 185
 Levi, Paul 48, 61
 Leviné, Eugen 61
 Ley, Robert 91
 Liebknecht, Karl 94
 Liedke 16
 Ligendza, Roman 97
 Limberg 206
 Lindner, Heinrich 16
 Linkenheil 28
 Lipinski, Marian 224
 Löbe, Paul 5 f.
 Loch, Wilhelm 36, 208
 Lohkamp, Heinrich 126
 Lohmann, Heinrich 224
 Lörcher, Ernst 143—145, 147
 Losowski, S.A. 91
 Lubinski, Dagobert 55
 Lude, Ludwig 24
 Ludendorff, Erich 220
 Luxemburg, Rosa 48
 Lyda, Franz 224

 Maddalena, Max 121
 Mahnert, Emil 74
 Mann, Heinrich 70
 Mark, Robert 122, 148
 Markus, 19
 Marten, Otto 51
 Marx, Karl 133
 Matusiak, Stanislaus 224
 Matysiak, Walter 93
 Meiners, Wally 117
 Meiss, P. 186
 Melzer, Johanna 112
 Menz, Otto 224

Meves, Reinhold
 s. Mewes
 Mewes, Reinhold 158—160, 162, 164 f.
 Mewis, Karl 149
 Meyer 19
 Moerders, Reinhold 16, 37
 Mölders, Werner 204 f.
 Molitor, Wilhlem 27, 42
 Molsich, Eduard 224
 Moser, Richard 16, 37
 Muchow, Reinhold 91
 Muckermann, Friedrich 189
 Muckermann, Hermann 189
 Mühleib, Erich 92
 Mühsam, Erich 69
 Müller, Ernst 17 f.
 Müller, Kurt 124 f.
 Müller, Ludwig 212 f., 216
 Müller, Otto 185 f.
 Multhaupt, Heinrich 15 f.
 Müsken, Hermann 14 f.
 Muth, Clara 149

 Nau, Alfred 9
 Neumann, August 93, 115
 Neumann, Fritz 91
 Neumann, Wilhelmine 224
 Niederhellmann, Hertha 53
 Niederhellmann, Johanna 20, 22, 25 f., 37
 Niehues, Hubert 192
 Niggemeyer, Clemens 182
 Niemöller, Martin 210
 Nobis, Hubert 224
 Nolden, Julius 55, 65—68, 70, 73 f.
 Noske, Gustav 49
 Nöthen, Alexander 41

 Oehmen 197
 Ollenhauer, Erich 4, 6, 144, 147
 Oenning, Heinrich 204
 Opitz, Max 85
 Osche, Ullrich 139 f., 142
 Ossietzky, Carl von 70

 Paffrath 19
 Palzke, Robert 224
 Paprotka, Franz 224
 Pätzold, Heinrich 224
 Paulick, Wilhelm 102, 125, 156
 Paulinus P. 193
 Pelger, Hans 15, 42
 Pennekamp, Wilhelm 57
 Pettkeit, Albert 224
 Pfeffer, von 214
 Pieck, Wilhelm 102, 125, 156

- Pieper, Josef 183
 Pietrzak, Theodor 224
 Pietsch, Willibald 108
 Pinthus, Gerhard 126, 129
 Plesse, Karl 92
 Pliess 19
 Podoll, Karl 224
 Poliakow, Wladimir 70
 Poths, August 224
 Priebe, Otto 224
 Probst, Christoph 182 f.
 Proudhon, Pierre Joseph 57, 63
 Quast, Karl 16
 Radek, Karl 61
 Rattai, Willi 125 f., 126, 129
 Reichert, Wilhelm 224
 Reimann, Max 85, 131
 Reithmeier, Michael 126
 Rembte, Adolf 103, 121
 Renner, Willi 20
 Rentmeister, Emil 14—16, 25
 Rentmeister, Willi 134 f.
 Rentzsch, Oswald 97
 Reuter, Fritz 57, 132
 Riedel, Fritz 163
 Rieke, Luise 170—172
 Riess, Ludwig 169
 Ring, Franz 16
 Rinner, Erich 4
 Rocker, Rudolf 61 ff.
 Rode, Martin, s. Schabrod, Karl
 Rodenstock, Michael 12, 14—16, 25
 Rogge, August 57
 Röhm, Ernst 99, 182 f.
 Romboy, Adam 24
 Rosenberg, Alfred 178, 188, 220
 Rosenfeld, Kurt 48
 Rossaint, Josef 131, 134, 144, 180, 184
 Ruddeck, August 224
 Ruddeck, Franz 224
 Ruiter, Jan 108, 110 f.
 Ruiter, Peter 108, 110—112, 115
 Runge, Hermann 9—11, 19—28, 35, 41 f.
 59, 67
 Rutert, Albert 98, 111, 113
 Rutherford, Josef Franklin 223
 Sachs, Hans
 s. Schumacher, Ernst
 Saefkow, Anton 163
 Salemka, Paul 101
 Salomon, Rudolf 128, 134 f.
 Sander, Gustav 16
 Sauer, Karl 127, 130, 140, 145
 Sauter, Peter 157
 Sbosny, Fritz 132
 Schabrod, Karl 99, 112 f.
 Schaefer 17 f.
 Scheublein, Walter
 s. Schmitt Heinrich
 Schiffrin, Alexander 8
 Schindelin, Friedrich 212, 218, 221
 Schirach, Baldur von 137, 179, 185
 Schirdewan, Karl 135
 Schirrmacher, Willi 24
 Schlagermann, Theodor 24, 31
 Schleicher, Kurt von 137
 Schlessmann 206
 Schlösser, Johann 14—16, 25 f.
 Schlösser, Heinrich 26
 Schmalhans
 s. Rentmeister, Emil
 Schmid, Willi 182
 Schmid, W. A. 91
 Schmidt, Waldemar 119 f.
 Schmidt, Wilhelm 85, 88, 97
 Schmitt, Heinrich 106, 118 f., 120
 Schmitt, Peter 224
 Schmitz, Heinrich 93, 98
 Schmitz, Wilhelm 85, 88, 97
 Schoch, Julius 49
 Scholzen, Peter Paul 43, 110, 114, 116
 Schröder, Albert 93, 98
 Schröder, Fritz 66
 Schröter 153
 Schroth, Heinrich 53
 Schubert, Hermann 110
 Schulz, Hans 97
 Schulze-Boysen, Harro 163
 Schumacher, Ernst 20 f., 23
 Schumacher, Fritz 122
 Schwarz, Amandus 109
 Schwarz, Max 50, 54
 Schwebinghaus, Eugen 170
 Seelig 115
 Seeling, August 14 f., 28, 52
 Seger, Gerhart Heinrich 70
 Selbach, Hermann 45
 Seng, Willi 157, 168, 170—172
 Seydewitz, Max 47 f., 50
 Siemsen, Anna 48
 Siewert, Ernst 27
 Sistemich, Franz 59
 Sollmann, Wilhelm 5
 Sontheimer, Kurt 175
 Spanier, Franz 126, 130
 s. Sperrling, Fritz

- Sperrling, Fritz 127, 130 f., 133—136, 144
 Spindler, Kurt 100, 119
 Stahl
 s. Grybowski, Franz
 Stalin, Josef 91, 109, 133, 156 f., 167 f.
 Stamm, Robert 103, 121
 Stampfer, Friedrich 5 f., 118
 Steffen, Alfred 197
 Steinberg, Hans-Josef 126, 163
 Sternberg, Fritz 50
 Stiasny, Theodor 221
 Stoffel, Grete 56
 Stommel, Helene 93
 Stötzel, August 85, 93
 Stoye, Max 136
 Strasser, Otto 225
 Stupp, Anton 93, 170 f.
 Suhr, Otto 35

 Tentrup 206
 Terboven, Josef 16 f.
 Teusch, Joseph 185
 Thälmann, Ernst 48, 124, 138
 Thesen, Matthias 100
 Thiede, Richard 65
 Thielhorn, Wilhelm 49
 Thies, Gustav 224
 Thomas, Bernhard J. 50
 Thönnessen, Ernst 191
 Toller, Ernst 61
 Tombers, Nikolaus 119
 Trauden, Matthias 21, 108—113, 116
 Trepper, Leopold 155, 169
 Triebel, Oskar 55 f.
 Trocha, August 42
 Trotzki, Leo 157
 Tschakert, Oswald 184
 Tucholski, Kurt 70
 Tütting, Heinrich 16

 Uhrig, Robert 161—163
 Ulbricht, Walter 70, 102 f., 110, 118, 123
 Ungerer, Aenne 93

 Vetter, Otto 217—219, 220 f.

 Vögeding, Hermann 190
 Vogel, August 16
 Vogel, Hans 5 f., 9
 Völker, Erich 57
 Völker, Karl 52
 Vollrath 151

 Wabra, Ernst 130
 Wagner, Fritz 119
 Wahls, Otto 103
 Walcher, Jakob 48, 50
 Walter, Hilde 70
 Wartenberg 64
 Waters, Gustav 205
 Wegeler 115
 Wegener, Franz 179 f.
 Weis, Gerhard 224
 Welling, Alois 192
 Wels, Otto 3, 5 f., 8—10, 23, 25, 31—33, 44, 118
 Werner, Hans 91
 Werther, Paul 93
 Weyand, Karlernst 14, 16, 25
 Wiatrek, Heinrich 119
 Wiedemann, Hermann 224
 Wiesner, Otto 127, 130
 Wilming, Heinrich
 s. Schmidt, Waldemar
 Winkelmann, Wilhelm 74—76
 Wittkop, Bernhard
 s. Lörcher, Ernst
 Wolf, Ernst 209
 Wolff
 s. Riedel, Fritz
 Wollweber, Ernst 43, 109
 Wondzinski, Paul 122 f., 172
 Wöseler, Erich 150
 Woudstra, Jaring 44

 Zehner, Emil 64 f.
 Zirk, Artur 224
 Zöllig, Karl 56
 Zwamen, Johann van 224
 Zweig, Arnold 70
 Zweiling, Klaus 48, 50